Protokoll

36. Parteitag der CDU Deutschlands
6. bis 8. Mai 2024, Berlin

Protokoll

36. Parteitag der CDU Deutschlands
6. bis 8. Mai 2024, Berlin

INHALTSVERZEICHNIS

	Seite
Eröffnung, Begrüßung und Ehrung der Verstorbenen	6
Wahl des Tagungspräsidiums	10
Beschlussfassung über die Tagesordnung	11
Bestätigung der Antragskommission	11
Wahl der Mandatsprüfungskommission	12
Wahl der Stimmzählkommission	12
Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, **Kai Wegner** MdA, Landesvorsitzender der CDU Berlin	13
Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, **Friedrich Merz** MdB	24
Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden	47
Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, **Dr. Carsten Linnemann** MdB	79
Bericht des Mitgliederbeauftragten der CDU Deutschlands, **Henning Otte** MdB	88
Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands und Vorlage der Rechenschaftsberichte 2021 und 2022 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz, **Julia Klöckner** MdB	90
Bericht der Mandatsprüfungskommission	94
Anträge zu Änderungen des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung (FBO) und der Geschäftsordnung (GO) der CDU	95
Bericht der Rechnungsprüfer	95
Entlastung des Bundesvorstandes	97
Wahl des Bundesvorstandes	102
Wahl der/des Vorsitzenden	102
Wahl der Generalsekretärin/des Generalsekretärs	105
Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin/ des stellvertretenden Generalsekretärs	107
Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden	111

Wahl der Bundesschatzmeisterin/des Bundesschatzmeisters 118

Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums 120

Wahl der/des Mitgliederbeauftragten 131

Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes 133

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der CDU
für den Vorstand der Europäischen Volkspartei
für den Zeitraum vom 01.01.2025 bis 31.12.2026 159

Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten der CDU
für die Kongresse der Europäischen Volkspartei
für den Zeitraum vom 01.01.2025 bis 31.12.2026 159

Wahl des Bundesparteigerichts der CDU 159

Wahl der Rechnungsprüfer 160

Anträge zu Änderungen des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung (FBO)
und der Geschäftsordnung (GO) der CDU 161

Sonstige Anträge 162

Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands: Grundsatzprogramm
„In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“
Beratung und Beschlussfassung 175

Grußwort des Ministerpräsidenten des Freistaats Bayern,
Dr. Markus Söder MdL,
Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern 288

Fortsetzung Beratung des Grundsatzprogrammes und Beschlussfassung 305

Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands:
„In Freiheit. In Sicherheit. In Europa.“
Einführung in den Antrag durch den Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament (zugleich Bericht)
Daniel Caspary MdEP 376

Beratung und Beschlussfassung 383

Sonstige Anträge
„Auftakt heiße Phase Europawahlkampf“
Eröffnung durch den Generalsekretär der CDU Deutschlands,
Dr. Carsten Linnemann MdB
und den Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union in Bayern,
Martin Huber MdL 386

Rede der Spitzenkandidatin der Europäischen Volkspartei zur Europawahl,
Dr. Ursula von der Leyen 391

Grußwort der Präsidentin des Europäischen Parlaments,
Roberta Metsola MdEP 404

Talk mit dem Vorsitzenden der Christlich-Sozialen Union in Bayern,
Ministerpräsident **Dr. Markus Söder** MdL
und dem Präsidenten der Bundesvereinigung
der Deutschen Arbeitgeberverbände, **Dr. Rainer Dulger** 410

Talk: Was bedeutet Europa für die junge Generation?
Johannes Winkel, Bundesvorsitzender Junge Union
Lukas Honemann, Bundesvorsitzender RCDS
Feodora Lüdemann, Bundesvorsitzende Schüler Union
Benedikt Groß, Bundesvorsitzender Junge CDA
Caroline Bosbach, Bundesvorsitzende Junger Wirtschaftsrat 418

Talk mit dem Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, **Friedrich Merz** MdB
und der russischen Germanistin und Gründungsmitglied
der Menschenrechtsorganisation Memorial, **Dr. Irina Scherbakowa** 431

Grußbotschaft des Bürgermeisters von Kiew,
Vitali Klitschko 439

Grußwort des Parteivorsitzenden der Europäischen Volkspartei,
Manfred Weber MdEP 440

Schlusswort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzender
der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag,
Friedrich Merz MdB 448

Rednerverzeichnis 453

ANHANG

Beschlussprotokoll 459

Montag, 6. Mai 2024

Erste Plenarsitzung

(Beginn: 10:30 Uhr)

(Trailer)

TAGESORDNUNGSPUNKT 1:

Eröffnung, Begrüßung und Ehrung der Verstorbenen

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Meine sehr geehrten Damen und Herren, Delegierte des 36. Parteitages der CDU Deutschlands, Exzellenzen, liebe Gäste, liebe Freundinnen und Freunde, hiermit eröffne ich den 36. Parteitag der CDU Deutschlands und heiße Sie alle hier im Estrel in Berlin herzlich willkommen. Es ist eine große Freude, Sie alle hier zu sehen und von dieser Stelle aus begrüßen zu dürfen.

(Beifall)

Mein erster und ganz besonderer Gruß gilt den Delegierten aus unseren Ortsverbänden, den Stadtverbänden, den Kreisverbänden, den Bezirksverbänden, den Landesverbänden unserer Partei. 1.001 Delegierte sind bei uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich begrüße die Mitglieder unseres Präsidiums und unseres Bundesvorstandes und ich begrüße alle diejenigen, die uns und diesen Parteitag vom Fernsehen live oder über den Livestream von CDU TV zu Hause verfolgen. Wir sind heute hier in Berlin, der Bundeshauptstadt, und seit gut einem Jahr können wir voller Stolz sagen, die Bundeshauptstadt, unsere Hauptstadt Berlin, wird wieder von einem Christdemokraten, Berlin wird wieder von der CDU regiert. Ein herzliches Willkommen an den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Kai Wegner.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben in den nächsten drei Tagen viel vor. Wir wollen einen neuen Bundesvorstand wählen; wir beraten und verabschieden das vierte Grundsatzprogramm in der Geschichte unserer Partei und wir werden am Mittwoch in die letzte Phase des Europawahlkampfes starten. Wie der Film schon gezeigt hat: Von diesem Parteitag soll ein kraftvolles Signal der Zuversicht ausgehen. Deshalb lassen Sie uns diese drei Tage zusammen nutzen, um zu zeigen: Die CDU hat eine Idee von der Zukunft, die CDU hat einen Plan für die großen Aufgaben, die CDU geht voran, die CDU ist wieder da. Ich freue mich, in diesem Sinne auf die kommenden Tage mit Ihnen hier im Estrel in Berlin.

(Beifall)

Wie immer zu Beginn eines Parteitages, lassen Sie uns auch zu Beginn dieses Parteitages einen Moment innehalten und an die Frauen und Männer denken, die seit dem vergangenen Parteitag von uns gegangen sind.

(Die Delegierten erheben sich)

Lassen Sie uns unserer langjährigen Weggefährtinnen und Weggefährten gedenken. Wir sind ihnen dankbar für ihre Freundschaft, ihre Treue und ihr unermüdliches Wirken für unsere Demokratie und für unsere politische Heimat, die Christlich Demokratische Union.

(Video – Gedenken der Verstorbenen)

Am Abend des zweiten Weihnachstages im letzten Jahr ist Wolfgang Schäuble im Alter von 81 Jahren verstorben. Die CDU Deutschlands trauert um einen überzeugten Demokraten, einen großen Staatsmann und um einen leidenschaftlichen Europäer. Und auch ich trauere um einen persönlichen Freund. Wolfgang Schäuble gehörte mehr als 50 Jahre dem Deutschen Bundestag an. Fast zwei Jahrzehnte war er Bundesminister. Er war zehn Jahre Vorsitzender unserer Bundestagsfraktion und von 1998 bis in das Jahr 2000 zugleich Parteivorsitzender der CDU, später Präsident des Deutschen Bundestages und langjähriges Mitglied des Präsidiums unserer Partei. Von den 24 Regierungen unserer Republik hat Wolfgang Schäuble 16 erlebt und fast jeder dritten davon selbst angehört. Sechs Kanzler von zehn, die wir bisher hatten, hat er kommen und fünf davon auch wieder gehen sehen. Für Wolfgang Schäuble war Politik chancenergreifend. Er hatte die Gabe und die Weitsicht, diese Chancen zu erkennen. Er hatte den Mut, sie zu ergreifen. Er hatte die Tatkraft, aus ihnen Geschichte zu machen. Und er hatte die Demut, immer zu wissen, dass die große Tat angewiesen bleibt auf den glücklichen Moment, auf Mehrheiten. Er wusste, dass kleine Schritte das Tempo des guten Fortschritts sind. Für viele von uns, auch für mich, war Wolfgang Schäuble ein wichtiger Ratgeber. Ich wünsche uns, dass wir als Partei ihn genau damit in unserer Erinnerung bewahren können, dass wir uns immer wieder fragen, wenn es schwierig wird, was sein Rat nun gewesen wäre, und ich wünsche uns, dass wir seine Entschlossenheit und seine Zuversicht in uns bewahren. Sie haben sich zu Ehren unserer Verstorbenen erhoben; ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, wir haben heute Morgen eine eindrucksvolle Andacht in der St.-Johannes-Basilika hier in Berlin, Neukölln erlebt. Ich danke der Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union, Prälatin Dr. Anne Gidion, und dem Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, unserem

Freund Prälat Dr. Karl Jüsten, für die Gestaltung der Andacht. Das war ein schöner Beginn des heutigen Tages; herzlichen Dank für das Evangelium und für die Predigt.

(Beifall)

Mein herzlicher Dank gilt dem Estrel Berlin für diese hervorragenden Arbeitsbedingungen heute hier in diesem Saal, und ich möchte einschließen auch das ganze Team des Adenauer-Hauses, dass uns diese Ausstattung und dieses Parteitagsbild geschaffen hat; herzlichen Dank, dass wir hier sein dürfen. Für das ganze Team im Estrel begrüße ich einen der beiden Eigentümer, Maxim Streletzki. Wir freuen uns, dass Sie da sind und dass wir heute hier sein dürfen.

(Beifall)

Stellvertretend für die Deutschen Arbeitgeber begrüßen wir unseren Freund Steffen Kampeter, den Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, und am Mittwoch werden wir auch den Präsidenten begrüßen, Rainer Dulger.

(Beifall)

Unsere Freundin Hildegard Müller, Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie, ist heute ebenfalls bei uns; schön, dass Sie da sind.

(Beifall)

Herzlich willkommen Tanja Gönner, die als Hauptgeschäftsführerin des BDI heute hier vor Ort ist. Wir freuen uns auch über Ihre Teilnahme.

(Beifall)

Wir freuen uns über die Teilnahme von Oliver Zander, dem Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Gesamtmetall. Ich begrüße herzlich den Präsidenten des Bundesverbandes Großhandel, Einzelhandel und Dienstleistungen, Dirk Jandura. Morgen erwarten wir stellvertretend für den Deutschen Industrie- und Handelskammertag Achim Dercks. Last, but not least, ein sehr herzliches Willkommen der Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Yasmin Fahimi, und dem Vorsitzenden der IG Bergbau Chemie und Energie, Michael Vassiliadis; herzlich willkommen bei der CDU.

(Beifall)

Wir freuen uns über die Teilnahme des Verdi-Vorsitzenden, Frank Werneke, und der Vorsitzenden der IG Metall, Christiane Benner.

(Beifall)

Morgen wird Ulrich Silberbach, der Bundesvorsitzende von dbb beamtenbund und tarifunion, bei uns sein und zu uns kommen. Und ich begrüße den Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen, unseren früheren Kollegen im Deutschen Bundestag, Ingbert Liebing, den wir in den Reihen der Delegierten aus Schleswig-Holstein begrüßen; herzlich willkommen.

(Beifall)

Wir begrüßen den Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster; herzlich willkommen bei den Delegierten und unter den Delegierten.

(Beifall)

Ein ebenso herzliches Willkommen an den Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. André Berghegger.

(Beifall)

Auch eine ganze Reihe von Vertretern aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Verbänden ist unserer Einladung gefolgt. Ich begrüße stellvertretend Holger Schwannecke, Generalsekretär des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, und Kai Warnecke, Präsident Haus & Grund Deutschland, Zentralverband der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Bundes der Steuerzahler, Reiner Holznagel, der am Mittwoch bei uns sein wird. Und was wären wir ohne all die Frauen und Männer, die jeden Tag für unsere Sicherheit sorgen? Ich freue mich ganz besonders, dass wir auch heute wieder Vertreter der Sicherheitskräfte und der Bundeswehr begrüßen können. Stellvertretend nenne ich den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst André Wüstner und den Bundesvorsitzenden der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt; seien Sie uns herzlich willkommen.

(Beifall)

Selbstverständlich freuen wir uns über die Teilnahme einer ganzen Reihe von Wegbegleitern aus unserer Unionsfamilie. Ich nenne stellvertretend Bundespräsident a.D. Christian Wulff, Bundestagspräsidentin a.D. Rita Süssmuth, Bundestagspräsident a.D. Norbert Lammert und Bundesminister a.D. Thomas de Maizière; herzlich willkommen bei uns und auf diesem Parteitag.

(Beifall)

Mit dabei sind auch die Ministerpräsidenten a.D. Dieter Althaus, Volker Bouffier und Roland Koch; auch Ihnen ein herzliches Willkommen und auf ein gutes Miteinander hier in Berlin auf diesem Parteitag. Last, but not least, die beiden Parteivorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer und Armin Laschet sind bei uns, ebenso der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, Hans-Gert Pöttering; herzlich willkommen, schön, dass ihr bei uns seid.

(Beifall)

Morgen wird der bayerische Ministerpräsident und Vorsitzende der CSU, Markus Söder, bei uns sein. Ebenso morgen und übermorgen: Ursula von der Leyen, Roberta Metsola und Manfred Weber. Wir freuen uns auf diese Gäste und Freunde. Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte stellvertretend für die vielen internationalen Gäste und Diplomaten, die an diesem Tag teilnehmen, begrüßen, den ehemaligen Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko. Herzlich Willkommen bei der CDU Deutschlands hier in Berlin, Petro Poroschenko.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, und damit können wir in die Tagesordnung eintreten. Es liegt Ihnen ein Vorschlag zu

TAGESORDNUNGSPUNKT 2:

Wahl des Tagungspräsidiums

vor, digital auf Ihren Tablets, Thorsten Frei, Ina Scharrenbach und Kai Wegner. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, die drei Freunde zu den Mitgliedern des Tagungspräsidiums zu wählen, so möchte ich Sie bitten, Ihre Stimmkarte zu erheben. – Vielen Dank. Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Dann sind diese drei, Thorsten Frei, Ina Scharrenbach und Kai Wegner gewählt zu Mitgliedern unseres Tagungspräsidiums. Ich darf die drei bitten, hier oben Platz zu nehmen und die Führung des Parteitages zu übernehmen. Herzlichen Dank und uns allen einen guten Parteitag in Berlin.

(Beifall)

Kai Wegner, Tagungspräsident: Lieber Herr Friedrich Merz, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte, erstmal herzlichen Dank für das Vertrauen, für das in uns gesetzte Vertrauen. Wir werden versuchen, den Parteitag ordnungsgemäß zügig durchzuführen. Wir freuen uns riesig auf diesen Parteitag, lieber Friedrich Merz, und ich spüre das auch im Saal. Die Freude scheint nicht nur bei uns zu sein und von daher ist das gut, dass wir hier in Berlin tagen.

Zunächst darf ich aber um Ihre Aufmerksamkeit für einige organisatorische Hinweise bitten. Viele von Ihnen kennen es ja bereits. Auch in diesem Jahr werden wir ein digitales System für Wahlen, Abstimmungen und Wortmeldungen einsetzen und ich gehe davon aus, dass alle Delegierten ihre Tablets bereits an der vorab mitgeteilten Ausgabestelle abgeholt haben. Wenn Sie das noch nicht getan haben, sollten Sie das unbedingt jetzt tun. Zusammen mit dem Tablet müssten Sie Ihre persönlichen Zugangsdaten für die Wahlgänge erhalten haben. Diese befinden sich dann in den blauen Umschlägen. Die Delegierten, die noch nicht im Besitz des Gerätes sind sowie Ihrer Zugangsdaten, werden jetzt gebeten, sich an der Ausgabestelle der Tablets zu melden. Diese befinden sich ganz hinten im Plenarsaal. Dort werden sie dann ausgegeben. Vergessen Sie dabei nicht Ihre Karte, die Sie zum Erhalt der Geräte und der Zugangsdaten berechtigt. Auf Ihrem Tablet unter den Dateien finden Sie alle notwendigen Beschlussvorlagen, Vorschlagslisten und weitere Dokumente, die für diesen Parteitag wichtig sind. Wir empfehlen Ihnen dringend, bei den OpenSlides immer auf den Menüpunkt Autopilot zurückzukehren. Hier wird immer der aktuelle Tagesordnungspunkt angezeigt, und Sie verpassen keine Abstimmung oder Wahl. Weitere Informationen zu den Delegiertentablets folgen dann auch zu einem späteren Zeitpunkt. Bevor wir starten, darf ich an dieser Stelle fragen, ob Sie mit dem Einsatz des digitalen Wahl- und Abstimmungssystems einverstanden sind. – Ich sehe da nichts gegensätzlich. Also wer ist damit einverstanden, dass wir mit dem digitalen System abstimmen können, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Stimmenthaltung. – Somit einstimmig beschlossen, herzlichen Dank. Dann können wir jetzt so richtig loslegen.

Ich rufe auf

TAGESORDNUNGSPUNKT 3:

Beschlussfassung über die Tagesordnung

Die vorläufige Tagesordnung für diesen Parteitag wurde Ihnen mit der Einladung fristgemäß zugesandt. Sie liegt Ihnen gemeinsam mit der Tagungsfolge auf Ihrem Delegiertentablet vor und Sie sehen das nun auch im Autopiloten auf Ihrem Tablet. Wenn Sie mit der vorliegenden Tagesordnung und der Tagungsfolge einverstanden sind, so zeigen Sie dies bitte mit der Stimmkarte an. Also wer ist für diese Tagungsordnung? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Somit auch einstimmig beschlossen. Dann können wir so verfahren.

Ich rufe auf

TAGESORDNUNGSPUNKT 4:

Bestätigung der Antragskommission

Der Bundesvorstand hat gemäß § 10 Absatz 3 der Geschäftsordnung eine Antragskommission für den Parteitag bestellt. In den Unterlagen auf Ihrem Endgerät finden Sie die entsprechende Vorschlagsliste. Wenn Sie diesem Vorschlag zustimmen, dann würde ich um Ihr Ihr Kartenzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Somit ist die Antragskommission durch den Parteitag bestätigt.

Die Antragskommission wird heute Abend nach dem Ende des ersten Plenartages zu ihrer zweiten Sitzung zusammenkommen, um eine Empfehlung zu dem weiteren Leitantrag des Bundesvorstandes mit dem Buchstaben E abzugeben. Soweit sogenannte Initiativanträge vorliegen sollten, wird die Antragskommission auch hierzu entsprechende Voten abgeben. Diese Sitzung wird im Anschluss an die Plenarsitzung im Sitzungsraum der Antragskommission stattfinden. Dieser befindet sich im Auditorium. Der Weg dorthin ist ausgeschildert. Gut, dann darf ich an Thorsten Frei übergeben.

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank und guten Morgen auch von meiner Seite. Ich darf an besonderen Gästen noch jemanden begrüßen, nämlich unseren langjährigen früheren Fraktionsvorsitzenden, Volker Kauder, der heute auch bei uns ist. Wir freuen uns, lieber Volker, dass du bei uns bist.

(Beifall)

Wir kommen dann zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 5:

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Der Bundesvorstand hat ebenfalls einen Vorschlag für die Mandatsprüfungskommission beschlossen. Die Namensliste befindet sich in Ihren digitalen Unterlagen. Wenn Sie dem Vorschlag zustimmen wollen, dann bitte ich Sie jetzt um Ihr Kartenzeichen. – Vielen Dank. Ich mache die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Jeweils keine, dann haben wir die Mandatsprüfungskommission einstimmig so beschlossen. Die Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich nach dem Bericht des Vorsitzenden am Tisch der Tagungsassistenz auf der von mir aus gesehen rechten Seite der Bühne einzufinden.

Wir kommen dann zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 6:

Wahl der Stimmzählkommission

Auch in diesem Jahr haben sich erfreulicherweise wieder viele Damen und Herren bereiterklärt, in der Stimmzählkommission für diesen Parteitag mitzuarbeiten. Da-

für möchte ich mich schon jetzt ganz herzlich bedanken. Die Namen der vorgeschlagenen Personen können Sie Ihren Unterlagen entnehmen. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag durch Kartenzeichen zu unterstützen. – Herzlichen Dank. Ich mache die Gegenprobe. – Keine Enthaltungen. – Keine; dann ist die Stimmzählkommission einstimmig bestätigt. Wir kommen dann zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

Grußworte

Dabei ist es nicht nur eine gute Tradition, zu Beginn eines Parteitags Grußworte zu hören, sondern wir freuen uns in diesem Jahr auch ganz besonders bei unserem 36. Bundesparteitag, den wir nach 2018 wieder in Berlin durchführen können, dass wir das in einer Zeit tun können, in dem ein Christdemokrat die Geschicke dieser wunderbaren Stadt leitet. Wir freuen uns auf das Grußwort von Kai Wegner, dem regierenden Bürgermeister Berlins. Der CDU-geführte Senat ist seit einem Jahr im Amt und als Teilzeitberliner kann ich sagen, dieser Senat und dieser Regierende Bürgermeister tut dieser Stadt richtig gut. Lieber Kai, du hast das Wort.

(Beifall und Musik)

Kai Wegner: Lieber Thorsten Frei, lieber Carsten Linnemann, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte, herzlich willkommen in Berlin, herzlich willkommen im schwarzregierten Berlin, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Es ist in der langen Geschichte unserer CDU gerade mal das zweite Mal, dass Sie unter einem CDU-geführten Senat in Berlin zusammenkommen, um hier einen Parteitag durchzuführen. Das kann nun zweierlei bedeuten. Das kann einerseits bedeuten, dass die CDU in Berlin zu selten den Regierenden Bürgermeister stellt. Das kann auf der anderen Seite auch bedeuten, dass die CDU viel zu selten in Berlin ihren Parteitag abhält. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, wie auch immer die Antwort ausfällt, es ist gut, dass wir in Berlin zusammenkommen und es ist gut, dass die CDU die Hauptstadt der Bundesrepublik Deutschland regiert, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Denn eines ist doch völlig klar, in Berlin und an jedem anderen Ort in diesem Land: Es macht einen Unterschied, ob die CDU oder irgendeine andere Partei regiert. Wir haben in Berlin vor mittlerweile nun gut einem Jahr gezeigt, dass die CDU Stadt und Land kann. Liebe Freundinnen und Freunde, wir können auch in Metropolen Wahlen gewinnen und wir können Metropolen und große Städte gut regieren, liebe

Freundinnen und Freunde, und das müssen wir draußen deutlich machen. Stadt und Land sind keine Gegensätze; Stadt und Land gehört zusammen. Das macht Volkspartei aus, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Dass wir das in Berlin geschafft haben, hat ja unterschiedliche Gründe. Auf der einen Seite war da ein Vorgängersenat, Rot-Grün-Rot, der die Stadt gespalten hat wie kaum etwas anderes. Auf der anderen Seite hatten wir eine entschlossene, eine geschlossene Berliner CDU, die Mut hatte, die den Willen zur Verantwortung hatte, die den Willen zum Gestalten hatte. Auf der anderen Seite, auf der weiteren Seite, hatten wir viel Unterstützung und ich will das an dieser Stelle noch einmal ganz deutlich betonen: Ich bedanke mich bei den Ministerpräsidenten der CDU Deutschlands, die uns in Berlin unterstützt haben auf unserem Weg in die Regierungsverantwortung. Aber ich möchte mich auch ganz, ganz herzlich bei der Bundespartei, bei Friedrich Merz bedanken, der uns in einer Art und Weise unterstützt hat; ich kann mich noch gut erinnern an ein großes Plakat: „Senat feuern. Berlin feiern“. Liebe Freundinnen und Freunde, der Senat ist gefeuert und jetzt feiern wir Berlin richtig. Das ist gut.

(Beifall)

Dass die CDU wirkt, wenn sie Regierungsverantwortung übernimmt, liebe Freundinnen und Freunde, das zeigen wir in Berlin. Ohne die CDU würde es in Berlin kein neues Hochschulgesetz geben, um Antisemiten von Hochschulen auszuschließen. Es ist doch ein Irrsinn. Bislang kann man in Berlin exmatrikuliert werden, wenn man sein Semesterticket nicht bezahlt, nicht aber, wenn man einen jüdischen Studenten krankenhausreif schlägt, meine Damen und Herren. Damit ist jetzt Schluss. Die CDU wirkt.

(Beifall)

In Hamburg wurde vor Kurzem von einigen Menschen versucht, ja, das Kalifat auszurufen und der rot-grüne Senat hat zugeschaut, liebe Freundinnen und Freunde. In Berlin regiert die CDU und wenn hier ein Palästinenserkongress stattfindet, wo Hass und Hetze gesät werden, dann wird im wahrsten Sinne des Wortes der Stecker gezogen, liebe Freundinnen und Freunde. Das macht gute Politik aus und auch hier sehen wir, dass die CDU wirkt. Sie alle kennen ihn, den Görlitzer Park, wird ja beworben in vielen Broschüren, und viel zu lange wurde weggeschaut. Unter falsch verstandener Toleranz hat sich hier ein Kriminalitätshotspot entwickelt, der weit über die Grenzen Berlins bekannt ist, und ich sage Ihnen: Wir werden in Berlin nicht länger vor Kriminellen kapitulieren. Wir schauen hin. Wir werden diesen Park nachts abschließen. Hier wird ein Zaun hinkommen. Wir schließen Angsträume

und wir schaffen Freiräume, Freiräume für Familien, für ältere Menschen, für Kinder. Das machen wir. Wir wollen diesen Park nicht für Dealer, sondern für Familien und Gäste unserer Stadt, liebe Freundinnen und Freunde. Die CDU wirkt.

(Beifall)

Unser Bundesparteitag findet in Neukölln statt. Wer kennt nicht Neukölln? Übrigens, Sie müssen unbedingt, wenn Sie Zeit finden, natürlich nicht während des Parteitages, sondern danach, gerne sich mal Neukölln anschauen, ein wunderschöner Bezirk mit wunderschönen Ecken. Es ist nicht ein Bezirk, wo nun alles drunter und drüber geht, aber es gibt Stellen, ja, da müssen wir genauer hinschauen, Stellen, wo Menschen glauben, sie können die Macht übernehmen, Clans, liebe Freundinnen und Freunde. Und wir werden in Berlin genau darauf achten, dass diese Clans sich nicht weiter ausdehnen können, und ich sage immer wieder: Wir werden unsere Polizei an die Seite dieser Clankriminellen stellen. Diese Kriminellen müssen sich keine Sorgen mehr machen, liebe Freundinnen und Freunde; die Polizei hat sie fest im Blick. Wir werden an das gehen, was ihnen am meisten wehtut: an ihr Vermögen. Ich bin unserer Justizsenatorin, Felor Badenberg, sehr, sehr dankbar, denn diesen Weg gehen wir. Ich weiß nicht, wie Sie es empfunden haben, ich fand, es war geradezu ein Feiertag, als Herr Remmo seine Villa in Berlin verlassen musste, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich glaube, wir haben uns alle gemeinsam darüber geärgert, wie, ja, nicht Klimaaktivisten, wie Klimakriminelle unser Brandenburger Tor beschmiert haben. Liebe Freundinnen und Freunde, das macht halt auch einen Unterschied, ob die CDU oder Rot-Grün-Rot regiert. Früher unter Rot-Grün-Rot hätten diese Klimachaoten Unterstützung des Senats gehabt. Heute bekommen diese Typen eine Rechnung von der Landesregierung, und sie werden den Schaden am Brandenburger Tor bezahlen, liebe Freundinnen und Freunde, und das ist der Weg, den wir jetzt gehen.

(Beifall)

Lieber Carsten Linnemann, ich kann mich noch gut erinnern an viele Debatten, die wir auch gemeinsam im Deutschen Bundestag geführt haben, und wir haben damals gemeinsam immer wieder gesagt, wir brauchen in Deutschland wieder eine Vorschule. Wir müssen dafür sorgen, dass die Kinder, wenn sie in die Schulen kommen, Deutsch können und, liebe Freundinnen und Freunde, genau das machen wir jetzt. Wir haben mit unserer Bildungssenatorin, Katharina Günther-Wünsch, eine Bildungsnovelle auf den Weg gebracht, die genau auf diese frühkindliche Bildung setzt. Die Vorschule ist zurück in Berlin und wir werden dafür sorgen, dass alle Kin-

der in unserem Land einen guten Einstieg in die Schule haben, indem sie dem Unterricht auch folgen können, sprachlich, liebe Freundinnen und Freunde. Damit schaffen wir Chancengerechtigkeit auch an unseren Schulen und das ist der richtige Weg. Die CDU wirkt, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ja, die CDU wirkt. Sie wirkt vor allen Dingen dann, wenn sie regiert, wenn sie Verantwortung übernimmt, und wir haben in Berlin einen langen Weg hinter uns, ein Weg, der nicht immer einfach war. Wir haben auch unseren Mitgliedern in Berlin, anderen Landesverbänden viel abverlangt, aber wir haben am Ende des Tages es geschafft, durch Geschlossenheit und Entschlossenheit in unserer Stadt Verantwortung zu übernehmen. Ich sage immer wieder, ich habe leidenschaftlich gerne als Oppositionsführer im Berliner Abgeordnetenhaus Rot-Grün-Rot attackiert, aber, liebe Freundinnen und Freunde, Verantwortung, Regieren, Gestalten für die Menschen ist etwas anderes, und das macht auch viel mehr Spaß. Ich kann uns allen nur raten, dass die Oppositionszeit in Deutschland deutlich geringer ist als die Oppositionszeit in Berlin, liebe Freundinnen und Freunde. Die CDU muss schnellstmöglich wieder in die Verantwortung für unser Land, damit wir wirken können wie in Berlin, liebe Freundinnen und Freunde. Diese Ampelkoalition hat doch jetzt schon fertig und das müssen wir den Menschen rüberbringen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Deswegen ist das Motto, das Signal, das von diesem Parteitag ausgehen muss: Wir wollen die Zukunft gewinnen. Wir wollen im Bund wieder Verantwortung. Wir wollen regieren, nicht für uns, nicht, weil wir uns so toll finden, liebe Freundinnen und Freunde, sondern schlicht und einfach, weil es das Beste für unser Land ist. Die CDU ist nun mal keine Partei der Opposition, war sie nie, und deshalb dürfen wir uns in der Opposition, im Dagegensein niemals bequem einrichten. Wer diese Bundesregierung und ihr Treiben beobachtet, der kann zu gar keinem anderen Schluss kommen. Unser Land braucht dringend eine Bundesregierung, eine Bundesregierung, die das Machen über den Streit, die Verantwortung über das Zaudern, die Priorität über die Nebensächlichkeit stellt. Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind vorbereitet und nach diesen drei Tagen noch besser. Friedrich Merz hat die CDU im Bund neu aufgestellt und ihr neues Selbstbewusstsein nach einer schweren Wahlniederlage gegeben und die Bundestagsfraktion als schlagkräftige Opposition aufgestellt. Carsten Linnemann hat Leidenschaft in die Programmatik gebracht und hat ein Grundsatzprogramm erarbeitet, das Orientierung gibt. Lieber Friedrich, lieber Carsten: Herzlichen Dank dafür. Ich bin mir sicher, die Wertschätzung dafür wird sich heute

auch in den Wahlergebnissen widerspiegeln. Ich finde übrigens, man merkt jetzt schon sehr deutlich, die Stimmung in Berlin ist gut, liebe Freundinnen und Freunde, nicht nur in Berlin, sondern auch auf diesem Parteitag.

(Beifall)

Die CDU ist immer dann erfolgreich, wenn sie sich auf das besinnt, was wir diesem Land, unserem Land geben können. Was ist das, liebe Freundinnen und Freunde? Was ist das? Diese Frage schwebt auch über diesem Parteitag, auf dem wir ein neues Grundsatzprogramm beraten und beschließen wollen, und in den letzten Monaten wurde ja immer wieder viel über „CDU pur“ gesprochen. Ich glaube, bei der Antwort auf diese Frage sollten wir weniger in die Vergangenheit schauen. Wir sollten dieses „CDU pur“ weniger in der Auseinandersetzung mit anderen suchen. Wir sollten uns dabei nicht in Taktiererei und auch nicht in Spiegelstrichen verlieren. Nein, ich glaube, es geht um etwas ganz anderes. Es geht darum, wie wir auf Realitäten, auf Lebenswirklichkeiten, auf jeden einzelnen Menschen in diesem Land und weit darüber hinaus schauen. Da haben wir als Union – ich finde, da können wir selbstbewusst sein – einen Blick auf die Menschen, der ganz, ganz anders ist, einen Blick auf die Realitäten, auf die Lebenswirklichkeiten jedes einzelnen Menschen in diesem Land. Liebe Freundinnen und Freunde, da hat die Union doch ein absolutes Alleinstellungsmerkmal und das lautet, wie es schon einst Konrad Adenauer gesagt hat: Wir nehmen die Menschen, wie sie sind. Genau mit dieser Haltung unterscheiden wir uns doch von allen anderen Parteien in unserem Land. Nehmen wir die AfD. Die nehmen nun wirklich die Menschen nicht, wie sie sind. Die hetzen gegen Menschen, die vermeintlich anders sind. Sie schüren Hass und haben so ziemlich alles im Sinn, aber ganz sicherlich nicht eine gute Zukunft für unser Land, liebe Freundinnen und Freunde, mit Sicherheit nicht eine gute Zukunft für unser Land.

(Beifall)

Nehmen wir die Linke, die Folgen ihrer Ideologie von Gleichmacherei, die wirklich genau das Gegenteil davon ist, Menschen so zu nehmen, wie sie sind. Nehmen wir die SPD. Tief in der SPD steckt doch immer noch der Zweifel an mutigen und vor allem erfolgreichen Unternehmen. Wir erleben dort immer noch Skepsis gegenüber privatem, gegenüber persönlichem Engagement. Schule dient bei denen immer noch eher ideologisch der Gleichmacherei. Die SPD ist und bleibt ja eher eine linke Partei und glauben Sie mir, ich weiß, wovon ich spreche. Oder nehmen Sie die Grünen. Auch, wenn sie immer wieder versuchen, es zu verschleiern, im Kern bleiben die Grünen eine Partei, die für Umerziehung steht, weil sie eben nicht die Menschen nehmen, wie sie sind, sondern ihr Verhalten so ändern wollen, damit die Menschen so werden, wie die Grünen sich das vorstellen, liebe Freundinnen und Freunde. Die FDP, die schaut gar nicht so richtig auf Menschen; die schaut auf Zahlen.

Liebe Freunde, es gibt dieses Unterscheidungsmerkmal. Es gibt dieses „CDU pur“. Es gibt etwas, was wir, und zwar nur wir, diesem Land geben können. Nur müssen wir das mit Leben füllen und das tun wir bei diesem Bundesparteitag. Wir orientieren uns an den Realitäten und den Lebenswirklichkeiten der Menschen in unserem Land. Wir gucken dahin, wo es auch mal wehtut. Das Thema Armut, ein wichtiges Thema für unsere Gesellschaft, und uns Christdemokraten muss doch das Herz bluten, wenn jedes vierte, jedes fünfte Kind in Deutschland in Armut aufwächst, liebe Freundinnen und Freunde. Das dürfen wir als Christdemokraten nicht zulassen, denn diese Kinder werden kaum eine Chance in unserer Gesellschaft haben. Wir gucken uns an, was Alleinerziehende leisten in unserem Land. Wenn ich mir manchmal anschaue, was Alleinerziehende an Löhnen bekommen, obwohl sie so viel leisten, dann kann uns das doch auch nicht ruhigstimmen, sondern da müssen wir handeln, müssen wir etwas tun. Aber die Antwort der Ampel darf doch nicht heißen: Wir fördern Faulheit durch mehr Bürgergeld, liebe Freundinnen und Freunde. Auch in unserer Gesellschaft muss weiterhin gelten: Der Fleißige bekommt Hilfe vom Staat.

(Vereinzelt Beifall)

Leistung muss sich lohnen und nicht Faulheit, liebe Freundinnen und Freunde. Wir müssen uns auf die Herausforderungen der Zeit einlassen. Familien verändern sich, der Klimawandel, viele gerade junge Menschen machen sich hier Sorgen und das sind die Fragen, auf die wir Antworten geben müssen als Volkspartei, als letzte verbliebene Volkspartei, als Christlich Demokratische Union. Das machen wir auf diesem Parteitag.

Lasst uns die Menschen so nehmen, wie sie sind, und verzichten wir auf einen Kulturkampf. Lasst uns die Lebenswirklichkeiten in unserem Land ernstnehmen, und verzichten wir darauf, Menschen gegeneinander auszuspielen. Liebe Freundinnen und Freunde, ich bin davon überzeugt, dann klappt das auch mit „CDU pur“, dann klappt das auch bei den Wahlen und dann klappt das auch mit der Rückkehr in die Regierung und, liebe Freundinnen und Freunde, das ist gerade in diesen Zeiten so wichtig. Krisen und Kriege in Zeiten, wo Menschen Sorgen und Ängste haben. In Zeiten von Spaltungstendenzen braucht es eine Kraft, die einen klaren Kompass hat, eine Kraft, die Orientierung gibt, die auch auf den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft gibt. Es braucht eine Kraft, die führt, die nicht nur ankündigt, zu führen, sondern tatsächlich führt. Liebe Freundinnen und Freunde, da gibt es nur eine Kraft, die das kann, und das ist die Christlich Demokratische Union. Wir haben bewiesen, dass wir in Berlin erfolgreich sein und regieren können. Wir haben das bewiesen in vielen, vielen anderen Ländern, und wir werden in den nächsten Monaten dieses Land mit unseren Ideen überzeugen, mit Mut, mit Leidenschaft, mit

klarem Kompass, mit Geschlossenheit und Entschlossenheit, dass diese Ampel nach vier Jahren endlich der Geschichte angehört, liebe Freundinnen und Freunde. Herzlich willkommen im CDU-geführten Berlin.

(Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, lieber Kai Wegner, für deine inspirierende Rede, weil sie deutlich gemacht hat, dass das Reden in der Politik das eine und das Handeln das andere ist, die Opposition das eine, das Regieren das andere. Du, als regierender Bürgermeister, du und dein Senat, aber auch die Ministerpräsidenten, die wir in Deutschland stellen, die zeigen uns jeden Tag, was der Unterschied ist, wenn die CDU regiert. Deswegen brauchen wir mehr davon. Deswegen brauchen wir in diesem Sommer und in diesem Herbst eine Bestätigung in Sachsen und für Brandenburg und Thüringen neue CDU-Ministerpräsidenten. Dafür werden wir arbeiten, und deshalb ganz herzlichen Dank für dein Grußwort und weiterhin viel Kraft, viel Erfolg für dich, für deinen Senat und für die CDU Berlin.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Thorsten Frei. Auch von meiner Seite einen herzlichen Gruß an den 36. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Wie vorhin von Kai Wegner angekündigt, möchte ich Ihnen an dieser Stelle weitere Informationen zu Ihrem Tablet geben. Zum einen das Tablet als Informationssystem: Alle für den Parteitag notwendigen Tagungsunterlagen und weitere organisatorische Informationen befinden sich digital auf Ihrem Tablet. Sollten während des Parteitages Ergänzungen notwendig werden, erhalten Sie diese fortlaufend direkt auf Ihr Gerät. Sollte dies der Fall sein, werden Sie zusätzlich darüber informiert.

Wir werden das Tablet als Wahlsystem einsetzen. Insofern werden wir heute die Wahlgänge zur Wahl des Bundesvorstandes über das Tablet durchführen und direkt vor diesem Tagesordnungspunkt werden Sie noch weitere Hinweise erhalten, damit die Wahlen reibungslos durchgeführt werden können. Nähere Hinweise hierzu folgen unmittelbar vor Eintritt in den jeweiligen Wahlgang. Abstimmungen zu Anträgen sowie sonstige Abstimmungen werden wir angesichts der Anzahl der vorliegenden Anträge wie bislang durch Handzeichen und per Stimmkarte durchführen. Wird jedoch eine geheime Abstimmung beantragt oder sind die Mehrheitsverhältnisse bei Abstimmungen unklar, folgt eine Abstimmung per Tablet.

Alle Tablets befinden sich in einem geschlossenen System. Es ist nicht möglich, mit dem Tablet das Internet aufzurufen, E-Mails zu verschicken oder in andere Netz-

werke zu gehen, rein sicherheitshalber dieser organisatorische Hinweis. Damit ist sichergestellt, dass Wahlen und Abstimmungen von außen nicht angreifbar oder manipulierbar sind. Dies dient allen zu unserem Schutz und natürlich zur Wahrung des Grundsatzes der geheimen Wahl. Deshalb können Sie Ihr Tablet übrigens auch nur hier im Plenum benutzen.

Sie können über das Tablet Ihre Wortmeldungen zu jedem Zeitpunkt anmelden und dabei können Sie direkt den entsprechenden Tagesordnungspunkt bzw. in der Antragsberatung den Antrag auswählen, zu dem Sie sprechen möchten. Unsere herzliche Bitte seitens des Tagungspräsidiums: Sie können schon jetzt Ihre Wortmeldungen für den gesamten Parteitag anmelden, –wenn Sie das wollen. Bitte tun Sie das auch, denn jede früh angekündigte Wortmeldung erleichtert uns die Abläufe. Wenn Sie jetzt schon wissen, zu welchem Tagesordnungspunkt oder Antrag Sie sprechen möchten, dann melden Sie jetzt schon Ihre Wortmeldung über das Tablet an.

Rein praktischer Hinweis: Sollten Probleme mit dem Tablet auftreten, es stürzt ab, der Akku geht leer, sie haben keine Stromversorgung, was auch immer, wenden Sie sich bitte unmittelbar an die Servicemitarbeiter im Plenarsaal oder an die Kollegen vom Tisch der Tagungsassistenz. Sie erhalten dann umgehend ein Austauschgerät.

Heute Abend geben Sie bitte Ihre Geräte nach den Beratungen ab, und diese bekommen Sie dann morgen Früh wieder in den Empfang, denn so wollen wir sicherstellen, dass die Tablets geladen sind und somit der vollständige Einsatz gewährleistet ist. Ein letzter wichtiger Hinweis: Bitte melden Sie sich bei OpenSlides vor der Abgabe des Tablets ab. Angemeldet sollten Sie alle sein. Bevor Sie es heute Abend abgeben, bitte einmal offiziell wieder abmelden.

Wie bereits erwähnt, werden wir heute die Wahlgänge zur Wahl des Bundesvorstandes durchführen. Die Liste mit den bisher vorliegenden Kandidatenvorschlägen finden Sie in Ihren Unterlagen auf den Tablets. Neben den Kandidatinnen und Kandidaten, die bis zum Parteitag von den vorschlagsberechtigten Gliederungen und Bundesvereinigungen vorgeschlagen wurden, können auch noch auf dem Parteitag durch die Delegierten weitere Kandidatenvorschläge erfolgen. Nach § 12 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung müssen diese Kandidatenvorschläge schriftlich eingereicht werden. Bitte geben Sie diese am Tisch der Tagungsassistenz auf der von Ihnen aus gesehen linken Seite der Bühne ab. Von dort werden die Kandidatenvorschläge an die oder den jeweiligen Tagungspräsidenten weitergereicht. Nach § 12 Absatz 6 unserer Geschäftsordnung empfiehlt Ihnen das Tagungspräsidium die Festsetzung einer Meldefrist für Kandidatenvorschläge. Wir schlagen Ihnen vor, die Frist auf heute 12:30 Uhr festzulegen. Für bereits vorgeschlagene Kandidatinnen und Kandidaten, die Sie in der Kandidatenliste finden, erübrigt sich selbstverständ-

lich eine erneute Nominierung. Wenn Sie mit der vorgeschlagenen Meldefrist für die Kandidatenvorschläge heute 12:30 Uhr einverstanden sind, so bitten wir Sie jetzt um Ihre Stimmkartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist die Meldefrist für die Kandidatenvorschläge auf heute 12:30 Uhr festgesetzt. Sollten zu diesem Zeitpunkt weitere Kandidaturen vorliegen, erhalten Sie rechtzeitig vor den Wahlgängen eine aktualisierte Übersicht.

Nach § 6 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung können Sachanträge auf dem Parteitag von mindestens 30 stimmberechtigten Delegierten eingebracht werden. Das sind die sogenannten Initiativanträge. Wenn Sie einen solchen Antrag einbringen möchten, dann reichen Sie diesen in digitaler Form im Büro der Antragskommission ein, per E-Mail an antragskommission@cdu.de. Die Anträge sind dabei handschriftlich von den Antragstellenden zu unterzeichnen. Die notwendigen Unterschriften sind im Original zu hinterlegen. Die Annahme der Anträge erfolgt hier im Plenarsaal auf der von Ihnen aus gesehenen linken Hallenwand. Entsprechende Formblätter, ist ja nicht so, als ob nichts vorbereitet wäre, entsprechende Formblätter für die Unterschriften sowie zur Erklärung nach § 6 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung liegen im Tagungsbüro sowie an der Annahmestelle für Anträge auf der von Ihnen aus gesehenen linken Hallenwand bereit. Auf der Startseite von OpenSlides können Sie auch nochmal alle Hinweise zum Verfahren für die Initiativanträge finden. Damit die Anträge ordnungsgemäß von der Antragskommission beraten werden können, muss der Parteitag eine Frist für deren Einbringung beschließen. Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, auch den Antragsschluss auf heute 12:30 Uhr festzusetzen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitten wir um Ihr Kartenzeichen. – Gegenprobe. – Bei Enthaltungen. – Bei einer Gegenstimme, ist dann der Antragsschluss auf heute 12:30 Uhr festgesetzt worden. Ich glaube, der Stefan Ewers hat einfach zu spät die Hand gesenkt.

(Heiterkeit)

Damit ist der Antragsschluss auf 12:30 Uhr festgelegt. Ich weise an dieser Stelle auf das Folgende hin: Die Antragsbroschüren selbst sind Ihnen rechtzeitig zugesandt worden. Auch die Anträge finden Sie auf den Tablets. Dies gilt ebenso für die Sammlung etwaiger Initiativanträge, die bis heute 12:30 Uhr form- und fristgerecht entsprechend eingehen.

Die Mitglieder der Stimmzählkommission treffen sich nach dem Bericht unseres Bundesvorsitzenden zu einer Vorbesprechung. Diese findet im Sitzungsraum der Stimmzählkommission statt. Dieser befindet sich im Auditorium in der ersten Etage, Raum 9. Der Weg dahin ist sicherheitshalber auch nochmal ausgeschildert.

Nun darf ich Sie um Ihre Aufmerksamkeit bitten, die Sie auch nicht verloren haben. Das haben wir von hier oben sehr deutlich gemerkt. Um sicherzustellen, dass eventuell notwendige Abstimmungen als auch die Wahlgänge reibungslos funktionieren, führen wir nun jeweils eine Probe durch. Zunächst möchte ich Sie bitten, die Tischwahlkabinen aufzustellen, da auch diese bei den späteren Wahlgängen und bei eventuellen Abstimmungen ebenfalls notwendig werden. Sie finden Ihre Tischwahlkabine an Ihrem Sitzplatz. Haben wir auch welche? – Ihr seid alle lustig hier, ja, wunderbar. – So, wie Sie sehen, sehen Sie uns fast gar nicht mehr, ist ja Sinn und Zweck des Ganzen hier. – Genau, also wir nehmen die jetzt hier mal runter, dann haben wir Sie besser im Blick.

Wir wollen starten mit einer Probeabstimmung im OpenSlides-System. Wir empfehlen Ihnen, in dem System den Autopiloten anzuschalten. Dieser befindet sich im Menü auf der linken Seite als zweiter Punkt. Sollten Sie sich gerade in einem anderen Menüpunkt befinden, dann achten Sie auf den gelben Balken, der erscheint, wenn wir die Abstimmung eröffnen. Deshalb, sicher ist sicher, der Autopilot führt Sie sehr gut durch den Verlauf des Parteitages und dann sind Sie immer an der richtigen Stelle. Insofern rufe ich jetzt die erste Abstimmung auf und wir bitten Sie um die Beantwortung der folgenden Frage: Hält die Ampel bis zur Bundestagswahl 2025? Wir eröffnen die Abstimmung und bitten entsprechend um Ihr Votum. – So, dazu, der gelbe Balken hat sich geöffnet, müssen Sie bitte einmal auf den gelben Balken klicken, – werden dann auch nochmal gefragt, ob Sie Ihre Auswahl wirklich senden wollen. – Gibt es Delegierte im Raum, die Hilfe benötigen? Funktioniert irgendwo die Probeabstimmung nicht? Dort hinten in Nordrhein-Westfalen einmal bitte die Hand. – Wo haben wir noch? Bitte, wenn irgendwo die Abstimmung nicht funktioniert, sich deutlich erkennbar zu geben, dann kommen sofort freundliche Menschen. Hinten links, gibt es da auch noch Personen, Delegierte, die Herausforderung haben mit der Probeabstimmung? – Bitte deutlich erkennbar. – Hinten links wird noch mit Stimmkarten sich zu erkennen gegeben. – Sind die aufgetretenen Probleme gelöst? Gucken wir mal. – Linke Seite des Saals – sehe ich niemanden mehr, der Probleme hat, – beim weiteren Rundumblick auch nicht. Dann darf ich die Probeabstimmung schließen.

(Musik)

Dann warten wir kurz, bis das Ergebnis vorliegt. – Es wurden 847 Stimmen abgegeben. – Das Ergebnis sehen Sie ja.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Ich glaube, wir machen das Mittwoch nochmal, dann – das Ergebnis an, okay. So, wir haben heute noch eine zweite Probeabstimmung vorbereitet und das wollen wir

dann über POLYAS tun, also ein Wahlgang über POLYAS. Deswegen, bevor wir dies an dieser Stelle tun, folgende Hinweise: Wie wir alle wissen, sind politische Parteien Cyberattacken ausgesetzt, und wir sind als Christlich Demokratische Union für diese Tatsache sensibilisiert und haben uns für den Fall, dass wir diese Wahlen nicht digital durchführen können, vorbereitet. Nun wollen wir aber mit unserer Testwahl starten. Auch hier empfehlen wir, zunächst auf den Autopiloten im OpenSlides zu gehen. Sie kennen das schon, auf der linken Seite bei OpenSlides an zweiter Stelle im Menü. Nun sehen Sie dort den Hinweis zur digitalen Wahlkabine. – Bitte klicken Sie auf den Link und es öffnet sich ein weiterer Tab im Browser des Tablets. – So, Sie haben alle bei der Ausgabe der Tablets diesen blauen Umschlag bekommen, in dem sich Ihr persönlicher PIN und der Verifizierungscode befindet. Bitte heben Sie diese Zugangsdaten den Parteitag über auf, denn Sie werden sie noch benötigen, und diese Daten sind nun in das Anmeldefeld entsprechend einzugeben. Das ist Ihr persönlicher Zugang zur digitalen Wahlkabine. – Sollten Sie Unterstützung bei der Eingabe benötigen, bitten wir Sie, sich deutlich erkennbar zu machen. – Wir kommen nun zur Probe eines Wahlgangs und da wir uns kurz vor einer Europameisterschaft im eigenen Land befinden, interessiert uns als Tagungspräsidium die fachkundige Meinung des Plenums, wer am Ende den Pokal gewinnt. Deshalb lautet die Frage: Was glauben Sie, wer gewinnt die Fußballeuropameisterschaft 2024? Ihnen stehen folgende Auswahlmöglichkeiten zur Verfügung: Deutschland, England, Frankreich, Spanien, Italien, die Niederlande oder keines der genannten Länder. – Sie können nur eine Stimme vergeben. – Bei mir ist ein Problem aufgetreten. – In Teilen sollten Sie nochmal die Bitte bekommen haben, PIN und Verifizierungscode neu einzugeben. Besser, das passiert alles jetzt, als dass wir später in den Wahlgängen sind. – Gibt es Delegierte, wo es Probleme mit der Probeabstimmung über die Frage, wer denn Fußballeuropameister 2024 wird, gibt? – Das ist erkennbar nicht der Fall. Können wir schließen? Dann schließen wir die Probeabstimmung.

(Musik)

Bevor wir gleich das Ergebnis verkünden, möchten wir die Zeit kurz nutzen, denn die neue CDU-App ist da. – Die App ergänzt das digitale Angebot in CDUplus und ist hier auf dem Parteitag als Betaversion erhältlich. Mit dem Messenger in der App kommunizieren Sie im CDU-Netzwerk wie mit anderen Messengern, aber speziell auf die Bedürfnisse unserer Union zugeschnitten. Der Messenger ist sicher durch die Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, Betrieb auf deutschen Servern und mit einem aktiven Virenschutz ausgestattet. Der Messenger ist komfortabel durch automatische Gruppen für Verbände und Gremien und der Messenger ist vielfältig, mit der Möglichkeit, Textnachrichten, Bilder, Videos, Dokumente und Standorte zu versenden oder Umfragen zu erstellen. Eine Webanwendung sowie die iOS-App stehen hier

auf dem Parteitag als Betaversion zum Ausprobieren mit dem CDUplus-Account zur Verfügung. Die offizielle Veröffentlichung der Android- und iOS-App in den Stores ist in Kürze geplant. Außerdem werden viele weitere neue und in CDUplus bestehende Features in den nächsten Monaten in die CDU-App integriert werden. Alle Delegierten, die die App jetzt schon nutzen möchten, können sich hier auf dem Parteitag in den automatischen Landesverbandsgruppen austauschen. Wenn Sie in der App das UBG-Serviceteam anschreiben, können Sie sich dort einen Mitgliedsausweis im neuen attraktiven Design bestellen oder direkt bei den UBG-Kollegen am Stand des Konrad-Adenauer-Hauses abholen. Alle Infos finden Sie unter meine.cdu.de oder bei den UBG-Kollegen an dem Stand des Konrad-Adenauer-Hauses im Ausstellerbereich. – So, und jetzt gucken wir mal, ob das Ergebnis der Probewahl über die Frage, wer denn Fußballeuropameister 2024 wird, eingetroffen ist oder noch ausgezählt wird. Da sehen Sie jetzt auch im Hintergrund die neue CDU-App. Viel Arbeit ist da reingeflossen aus der Bundesgeschäftsstelle. Lieber Bundesgeschäftsführer: Herzlichen Dank. Mit allen zusammen, das habt ihr ganz großartig gemacht.

(Vereinzelt Beifall)

Na also. Wir haben ein Ergebnis über die Frage, wer denn Fußballeuropameister 2024 wird. Es wurden 853 Stimmen abgegeben. Davon glauben 568, dass Deutschland Fußballeuropameister wird. Ich gratuliere.

(Vereinzelt Beifall)

Das hat schon mal wunderbar geklappt. Insofern sind wir vorbereitet auf die echten Wahlen im weiteren Verlauf des Parteitages und dazu später mehr. Bis dahin können Sie nun entweder auf Ihrem Delegiertentablet wieder auf den Tab OpenSlides wechseln und in der digitalen Wahlkabine eingeloggt bleiben, oder Sie schließen das Tab von POLYAS und gelangen automatisch zur OpenSlides zurück. Insofern sage ich jetzt einmal herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und darf wieder zurückgeben an Thorsten Frei.

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, liebe Ina Scharrenbach. Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 8:

Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Bevor unser Parteivorsitzender, der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Friedrich Merz, zu uns sprechen wird, bitte ich kurz um Ihre Aufmerksamkeit und sage: Film ab.

(Video – Anhaltender Beifall)

Und jetzt ist es so weit. Wir freuen uns auf seinen Bericht. Hier kommt er, unser Vorsitzender, der Parteivorsitzende der CDU Deutschlands, Friedrich Merz.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Vielen Dank, vielen Dank. Liebe Delegierte, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, herzlichen Dank für das freundliche Willkommen. Ich freue mich, dass wir heute zu diesem 36. Bundesparteitag in Berlin zusammentreten, und ich heiße Sie noch einmal von ganzem Herzen in Berlin willkommen. Wir haben diesen 36. Bundesparteitag unter ein Leitmotiv gestellt. Dieses Leitmotiv heißt: „Gemeinsam Zukunft gewinnen." Mit diesen drei Worten, „gemeinsam Zukunft gewinnen", geht unser Blick von diesem Parteitag aus nach vorn. Wir werden morgen eine intensive Diskussion abschließen über ein neues Grundsatzprogramm unserer Partei. Und, ohne der morgigen Diskussion und der Beschlussfassung vorzugreifen: Der Prozess zur Erarbeitung dieses Programms war so intensiv, so breit, so gründlich und so tiefgehend, dass wir damit eine Basis schaffen, die uns ganz selbstbewusst sagen lässt: Mit diesem Programm sind wir sofort und spätestens im Herbst des nächsten Jahres bereit, wieder Regierungsverantwortung für Deutschland zu übernehmen.

(Anhaltender Beifall)

Denn, liebe Freundinnen und Freunde, es ist ganz einfach. Deutschland kann es besser, aber Deutschland muss auch endlich wieder gut regiert werden.

(Beifall)

Der Blick nach vorn erlaubt uns auch einen kurzen Blick zurück. Wir können Wahlen gewinnen. Wir haben in den vergangenen zweieinhalb Jahren seit der verlorenen Bundestagswahl 2021 gezeigt, dass wir genau das können: gemeinsam gewinnen. Wir haben mit Daniel Günther in Schleswig-Holstein die Landtagswahlen gewonnen. Wir haben mit Hendrik Wüst in Nordrhein-Westfalen die Landtagswahlen gewonnen.

(Beifall)

Wir haben mit Kai Wegner, und wir haben ihm heute Morgen schon zweimal gratuliert, die Wahlen hier in der Hauptstadt, in Berlin gewonnen. Und wir haben mit Boris Rhein die Landtagswahlen in Hessen gewonnen.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, lassen Sie uns nicht vergessen: Wir haben dabei auch eine ganze Reihe von Kommunalwahlen gewonnen. Wir stellen Landräte, Oberbürgermeisterinnen, Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen, Bürgermeister

in ganz Deutschland, in vielen Städten und Gemeinden. Lassen Sie mich, stellvertretend für viele, den Oberbürgermeister der Stadt Mannheim nennen: Christian Specht. Mit ihm haben wir zum ersten Mal überhaupt in der Nachkriegsgeschichte in Mannheim das Amt des Oberbürgermeisters gewonnen.

(Lebhafter Beifall)

Lassen Sie mich Karin Pötter nennen. Wir stellen mit ihr die Oberbürgermeisterin in der Studentenstadt Osnabrück. Sie hat sich in der Stichwahl gegen eine Kandidatin der Grünen durchgesetzt.

(Lebhafter Beifall)

Anke Beilstein hat im November des letzten Jahres im Landkreis Cochem-Zell bereits im ersten Durchgang mit einer Mehrheit von fast zwei Dritteln der Stimmen gegen eine Kandidatin der SPD die Landratswahlen gewonnen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, stellvertretend für die Landesverbände im Osten möchte ich ganz besonders nennen Christian Herrgott, der im Saale-Orla-Kreis im letzten Jahr in einer Stichwahl gegen einen Kandidaten der AfD gewonnen hat. Er sitzt dort hinten bei den Delegierten aus Thüringen. Herzlichen Glückwunsch noch einmal von dieser Stelle aus.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, dass wir uns auch so der kommunalen Ebene zuwenden, das war auch der Grund dafür, dass ich Ihnen auf dem letzten Bundesparteitag, bei dem wir gewählt haben, Christina Stumpp vorgeschlagen habe, ein neues Amt mit ihr, das Amt der stellvertretenden Generalsekretärin. Christina Stumpp kümmert sich um die kommunale Ebene. Wir wissen, wie wichtig die kommunale Ebene ist, und mit Christina Stumpp gibt es jetzt in dem Bundesvorstand der CDU in unserem Präsidium jemanden, der fest verankert ist für die Beziehungen der Bundespartei zur kommunalen Ebene. Dank an dich, liebe Christina, dass du diese Aufgabe mit so großem Engagement machst.

(Beifall)

Was ich Ihnen hier vorgetragen habe, zeigt ganz einfach: Wenn wir zusammenhalten, wenn wir gute Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen, dann gewinnen wir in Deutschland Wahlen, und zwar auf jeder politischen Ebene und gegen jede andere politische Partei in Deutschland, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das sind Erfolge, die wir nur gemeinsam erzielen können, Erfolge, die wir erzielt haben als Christlich Demokratische Union in den Ländern mit der jeweiligen Unterstützung aus der ganzen Partei. Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir wieder ein so gutes Miteinander zwischen CDU und CSU haben. Wir arbeiten in unserer gemeinsamen Bundestagsfraktion vertrauensvoll zusammen, und stellvertretend für die CSU-Kolleginnen und -Kollegen möchte ich an dieser Stelle Alexander Dobrindt nennen. Uns verbindet eine freundschaftliche, sehr kollegiale, vertrauensvolle Zusammenarbeit, und das erstreckt sich auf die ganze Bundestagsfraktion und deswegen: Herzlichen Dank für das gute Miteinander von CDU und CSU hier in Berlin.

(Beifall)

Das Gleiche, was ich für die Bundestagsfraktion sage, sage ich für CDU und CSU als Parteien. Das Gleiche gilt für uns beide, für die Vorsitzenden von CDU und CSU, für Markus Söder und für mich, für die beiden Generalsekretäre, Carsten Linnemann und Martin Huber und für die beiden stellvertretenden Generalsekretärinnen, Christina Stumpp und Tanja Schorer-Dremel. Wir alle wissen, liebe Freundinnen und Freunde, dieses Modell zweier selbstständiger Parteien in einer gemeinsamen Bundestagsfraktion – nicht im Wettbewerb gegeneinander, sondern miteinander und zueinander stehend auf der Grundlage eines gemeinsamen Politikverständnisses und vor allem eines gemeinsamen Menschenbildes, des christlichen Menschenbildes, und wir beide Parteien doch zugleich die Breite und die Tiefe unseres politischen Angebotes gegenseitig verstärkend – das ist ein Modell, um das uns viele politische Freunde in Europa und sogar viele Wettbewerber hier im eigenen Land einfach nur beneiden. Weil diese Gemeinsamkeit seit Jahrzehnten die wesentliche Grundlage ausmacht für unsere politischen Erfolge, liebe Freundinnen und Freunde, dürfen wir diese Gemeinsamkeit auch nie gefährden.

(Beifall)

Ich füge hinzu, weil das von den Ampelfraktionen über den Umweg des Wahlrechts versucht worden ist: Wir lassen uns von Sozialdemokraten, von Grünen und auch von der FDP nicht über den Umweg des Wahlrechts diese Fraktionsgemeinschaft im Deutschen Bundestag kaputt machen. Deswegen sind wir nach Karlsruhe zum Bundesverfassungsgericht gegangen, um diesen Versuch zu durchkreuzen, diese erfolgreiche Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU über diesen Umweg zu zerstören. Das lassen wir uns nicht gefallen von der gegenwärtigen Bundesregierung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, in wenigen Tagen, am 23. Mai 2024, jährt sich zum 75. Mal der Tag, an dem das Grundgesetz der Bundes-

republik Deutschland im Parlamentarischen Rat verabschiedet wurde. Dieses Grundgesetz, das ist nicht nur die Geburtsurkunde unserer Bundesrepublik Deutschland. Es ist die freiheitlichste und damit die beste Verfassung, die wir Deutsche in unserer Geschichte jemals hatten.

(Beifall)

Gerade, weil das so ist, liebe Freunde, sagen wir an einem solchen Tag auch sehr klar und deutlich, gerade, weil an unserer Freiheit, an unseren Werten, an unserer Gesellschaft und nicht zuletzt auch an den politischen Institutionen unseres Landes in den letzten Jahren von Minderheiten, von mitunter lautstarken Minderheiten in unserem Land immer mehr kritisiert, zum Teil einfach nur herumgenörgelt wird, sie aber von Linksradikalen ebenso wie von den Rechtsradikalen in unserem Land in ihrer demokratischen Legitimation auch ganz grundsätzlich in Frage gestellt werden, will ich es angesichts dieses Geburtstages am 23. Mai 2024 auch heute noch einmal von dieser Stelle aus sagen, und ich bin mir sehr sicher, dass ich das in aller Ihrer Namen sagen darf: Wir sind stolz auf dieses Grundgesetz, wir sind stolz auf unser Land und wir sind zutiefst dankbar, dass uns diese Verfassung mehr als sieben Jahrzehnte ein Leben in Freiheit, im Frieden und im Wohlstand erlaubt hat.

(Beifall)

Von diesen 75 Jahren Bundesrepublik Deutschland haben wir Christdemokraten deutlich mehr als 50 Jahre in der Regierungsverantwortung gestanden. Es gibt keine zweite Partei in Deutschland, die das auch nur annähernd für sich in Anspruch nehmen kann. Die großen Richtungsentscheidungen unseres Landes für Deutschland verbinden sich fast ausnahmslos mit unserem Namen und mit unserer Regierungstätigkeit. Wir waren in diesen 75 Jahren, liebe Freundinnen und Freunde, aber auch schon dreimal in der Opposition. Das erste Mal waren es 13 Jahre, das zweite Mal sieben Jahre. Wir wollen die Zeit in der Opposition jetzt erneut halbieren. Ich denke, wir sind uns einig.

(Beifall)

Ich denke, wir sind uns aber auch einig mit einer großen Mehrheit in der Bevölkerung unseres Landes. Maximal vier Jahre Ampel in Deutschland sind genug. Jeder Tag früher, den dieses Schauspiel ein Ende findet, ist ein guter Tag für Deutschland, liebe Freundinnen und Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Die verlorene Bundestagswahl 2021 war schmerzhaft, aber der Gang in die Opposition hat uns auch die Zeit verschafft, die wir als Partei gebraucht haben. Wir

mussten uns wieder sehr grundsätzlichen Fragen stellen, und wir haben uns diesen Fragen gestellt. Was ist christdemokratische Politik für dieses Jahrzehnt? Wohin weisen unsere Prinzipien gegenüber den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft und was bedeuten uns heute Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität? Wir haben uns diesen Fragen gestellt in dem Bewusstsein, dass die Zeit heute von uns andere Antworten verlangt, als wir sie etwa zum Zeitpunkt der Verabschiedung des letzten Grundsatzprogrammes im Jahre 2007 noch geben konnten. Zu dieser Zeit damals haben wir alle gehofft und auch fest daran geglaubt, dass wir in einer Zeit des dauerhaften Friedens und des weiteren Vormarsches von Demokratie und Marktwirtschaft, der Freiheit und der Menschenrechte leben. Keiner konnte oder wollte sich vorstellen, dass militärische Aggressionen und Terrorismus einmal wieder so aufleben könnten, dass die Zahl der autoritären Staatsführungen einmal wieder so zunehmen würde, wie wir dies in den vergangenen Jahren erleben. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, in einer solchen Welt leben wir heute und diese Welt verlangt von uns als einer großen und traditionsreichen politischen Partei neue Antworten und diese Antworten müssen uns unterscheidbar machen von unseren politischen Wettbewerbern.

(Vereinzelt Beifall)

Carsten Linnemann hat einmal zu Beginn dieses Prozesses, dieses Grundsatzprogrammprozesses, davon gesprochen, dass wir wieder eine Erkennungsmelodie der CDU brauchen, eine Erkennungsmelodie in Dur, nicht in Moll, nicht voller Melancholie und nostalgischer Erinnerung, sondern zuversichtlich, zukunftsgewandt und vor allem, liebe Freundinnen und Freunde, selbstbewusst.

(Beifall)

Ich möchte dem Team schon heute an diesem ersten Tag, ich möchte der Grundsatzprogrammkommission, den beiden Mitvorsitzenden, Serap Güler und Mario Voigt, allen diejenigen, die mitgewirkt haben in den einzelnen Kommissionen, und den über 100 Mitgliedern, die diese intensive Arbeit in den letzten zwei Jahren geleistet haben, einmal ganz herzlich Danksagen für diese tolle, intensive, kollegiale und freundschaftliche Arbeit. Es war eine wirklich richtig gute und spannende Zeit für unsere Partei.

(Beifall)

Ich schreibe in diesem Jahr auf meine Geburtstagsbriefe an die Kolleginnen und Kollegen in der Bundestagsfraktion ein Zitat des antiken griechischen Geschichtsschreibers Thukydides, der einmal gesagt hat: „Das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit; das Geheimnis der Freiheit ist der Mut.“ Liebe Freundinnen und Freunde,

wir alle sehnen uns nach Freiheit, nach Frieden und Freiheit, ja, richtig, aber vor allem nach Freiheit, denn Freiheit ist die Voraussetzung für den Frieden. Ohne Freiheit gibt es keinen Frieden.

(Anhaltender Beifall)

In der Ukraine nicht, im Mittleren und Nahen Osten nicht, nirgendwo auf der Welt, auch bei uns in Europa nicht, in Deutschland nicht und in keiner menschlichen Gemeinschaft. Freiheit ist das Wichtigste, das uns Menschen gegeben ist und das uns nicht genommen werden darf. Nur Freiheit garantiert die Unantastbarkeit der Würde eines jeden einzelnen Menschen, so, wie es im ersten Satz unseres Grundgesetzes steht. Aber täuschen wir uns bitte nicht, auch unsere Freiheit ist von so vielen Seiten so ernsthaft bedroht wie schon lange nicht mehr. Vor allem viele Menschen, auch in unserem Land, haben Angst, Angst vor Krieg, Angst vor Wohlstandsverlusten, Angst vor Altersarmut, Angst vor Gewalt und Übergriffen im ganz normalen Alltag. Alles das schreiben uns die Menschen. Das hören wir, das sehen wir und darauf sprechen uns viele an. Liebe Freundinnen und Freunde, wir setzen dieser Angst und dieser Verzagtheit mit diesem Parteitag und mit unserem neuen Grundsatzprogramm ein Zeichen der Zuversicht und des Mutes entgegen. Wir sagen den Menschen, die Probleme unserer Zeit sind lösbar. Wir sagen es vor allem den jungen Menschen.

(Beifall)

Wir sagen es vor allem den jungen Menschen. Wir sagen es den jungen Menschen, unser Land ist ein guter Platz für euch. Wir wissen und es ist ohne Zweifel so, dass wir in einer Zeit multipler Krisen und großer Herausforderungen leben. Aber in unserem Land, vor allem in den Menschen, die in unserem Land leben, steckt so viel Kraft und eine so große Leistungsbereitschaft, vorausgesetzt allerdings, wir ermutigen und ermuntern die Menschen, vorausgesetzt, wir sagen Ihnen, wo wir stehen und wohin wir unser Land in den nächsten Jahren führen wollen. Wir sagen: Wir wollen in Freiheit leben. So soll der Titel unseres neuen Grundsatzprogrammes lauten. Wir wollen Deutschland sicher in die Zukunft führen. So lautet der Untertitel. Das ist der Anspruch, liebe Freundinnen und Freunde, den wir an uns selbst stellen. Das ist aber auch das Versprechen, das wir den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes geben wollen. Wer sich den Entwurf dieses Grundsatzprogramms anschaut, wer die einzelnen Beschlüsse des Bundesvorstandes der CDU der letzten beiden Jahre zu einigen Themen der Tagespolitik, wer sich das alles anschaut, der wird einen Grundton, eine Grundmelodie unserer Politik erkennen, den Geist, der unsere Politik trägt. Ist ganz einfach formuliert: Wir machen Politik für freiheitlich und verantwortungsvoll denkende und handelnde Menschen in unserem Land.

(Beifall)

Ich sage bewusst nicht: für die Freiheit allein. Ich sage: für freie, freiheitlich und verantwortungsvoll denkende und handelnde Menschen. Denn als Christdemokraten ging es uns immer und soll es uns auch in Zukunft immer um den Menschen gehen, um seine Freiheit und seine Freiheit in Verantwortung. Wir glauben eben nicht an den Staat, der alles lösen kann und lösen muss. Wir glauben an die Menschen. Wir denken vom einzelnen Menschen her, nicht vom Kollektiv, und das unterscheidet uns fundamental vor allem von den Sozialdemokraten und vielen Grünen. Liebe Freundinnen und Freunde, es gehört schon zu den politischen Kuriositäten unserer Zeit, dass die Partei, die in der Opposition am heftigsten gegen den Staat und seine Institutionen eingetreten ist, nämlich die Grünen, heute die Partei ist, die, einmal in den Staatsämtern angekommen, am heftigsten dafür eintritt, dass der Staat bis in den kleinsten Lebensalltag der Menschen hinein alles regelt und übermäßig reguliert. Das Heizungsgesetz ist dafür nur ein Beispiel. Aber es ist ein Beispiel, wie diese Partei denkt.

(Anhaltender Beifall)

Eine Regierung, die so handelt, verliert in einer freiheitlichen und offenen Gesellschaft ganz zwangsläufig die Zustimmung seiner Bürgerinnen und Bürger. Wir haben eine andere Vorstellung vom Verhältnis zwischen Staat und Bürger. Wir sagen, so viel Gesetze wie nötig und zugleich so viel Freiheit und Verantwortung für jeden Einzelnen wie möglich. Das sind unsere Leitsätze.

(Beifall)

Zugleich wissen wir: Der Staat, das sind wir alle zusammen. Es gibt keinen anderen und genau deshalb müssen wir das Verhältnis zwischen dem Einzelnen und dem Staat, dem Einzelnen und dem Kollektiv des Staates neu justieren. Wir haben uns die Zeit genommen, genau hinzusehen, genau hinzuhören, nicht nur in unsere Parteibasis hinein, sondern auch in das ganze Land hinein. Wir haben mit vielen Fachleuten und Experten gesprochen, die uns ihr Wissen und ihre Erfahrung zur Verfügung gestellt haben. Wir haben dabei eine weite Wegstrecke zurückgelegt und wir haben heute Antworten für unser Land. Vor allem, wir haben den Mut zu sagen, was jetzt und heute unverzichtbar notwendig ist und was im Sinne neuer Prioritäten auch zurückstehen muss. Liebe Freundinnen und Freunde, unsere Partei, die CDU, ist entstanden aus den traumatischen Erfahrungen zweier Weltkriege. Sie ist entstanden als Antwort auf das Versagen der bürgerlichen und zugleich weltanschaulich tief zerstrittenen Parteien der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Mit den Weichenstellungen unionsgeführter Bundesregierungen konnte Deutschland zurückkehren in die Völkergemeinschaft und seinerseits einen überragenden Beitrag leisten für eine stabile politische Ordnung in Deutschland

und in Europa. Genau so einen Beitrag für die politische Ordnung der Zukunft unseres Landes und der Europäischen Union müssen wir auch in den vor uns liegenden Jahren wieder leisten. Es geht dabei um sehr grundsätzliche Dinge, denn wir sind heute wieder Zeitzeugen von geradezu tektonischen Verschiebungen der politischen und ökonomischen Machtzentren auf der Welt. Die Frage, die uns gestellt ist und auf die unser Land und wir eine Antwort finden muss, ist vordergründig ganz einfach: Wollen wir weiter handelndes Subjekt der Lebensgestaltung der Menschen in unserem Land bleiben, oder werden wir zum Objekt, ja, zum Spielball, zur Verfügungsmasse anderer Staaten und Interessen, die uns als handelnden politischen Akteur auf der Welt nicht mehr ernstnehmen müssen?

(Beifall)

Deshalb ist die wichtigste Aufgabe der vor uns liegenden Jahre die Freiheit und mit der Freiheit den Frieden auf unserem europäischen Kontinent zu wahren und zu sichern. Ich will es sehr deutlich sagen, auch an die Adresse unserer politischen Wettbewerber, insbesondere der Sozialdemokraten: Frieden entsteht nicht allein durch Friedfertigkeit.

(Anhaltender Beifall)

Nach der viele Jahre währenden Vernachlässigung unserer Streitkräfte – und daran waren wir, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freundinnen und Freunde, nicht ganz unbeteiligt –, werden wir auf Dauer wieder mehr in die Fähigkeit, unser Land und das Bündnisgebiet der NATO zu verteidigen, investieren müssen. Ich will es noch etwas deutlicher sagen. Wir können dabei nicht mal so eben 100 Milliarden Euro mehr Schulden machen, das Ganze Sondervermögen für die Bundeswehr nennen und dann in den gewohnten Gang der Dinge vor dem Krieg in der Ukraine zurückkehren. Es muss weitaus mehr geschehen als das.

(Beifall)

Eine der bekannten Tageszeitungen unseres Landes schrieb am Tag der Veröffentlichung des Entwurfs unseres Grundsatzprogramms wörtlich: „Die CDU ist die Partei der Zeitenwende." Liebe Freundinnen und Freunde, genau diesem Anspruch wollen wir und müssen wir in den jetzt vor uns liegenden Jahren gerecht werden und wir können dabei auf umfassende historische Erfahrungen zurückgreifen. Die Entscheidungen, die uns die Freiheit und den Frieden gesichert haben, den Frieden, den wir heute haben, Westbindung, Wiederbewaffnung, atomare Teilhabe, das waren zum beachtlichen Teil Entscheidungen, die zunächst auf sehr große Skepsis, zum Teil auf harsche Ablehnung getroffen sind in unserer Bevölkerung und für die es unter den politischen Parteien Streit und sogar in der Bevölkerung zunächst kei-

ne Mehrheiten gab. Aber wir waren auf der richtigen Seite der Geschichte. Wir waren nicht immer auf der richtigen Seite der Demoskopie, aber wir haben die Mehrheiten für uns gewonnen, und zwar mit unserer Überzeugungskraft und vor allem mit den Ergebnissen unserer Politik, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das, was für die äußere Sicherheit gilt, das gilt für die innere Sicherheit. Äußere und innere Sicherheit gehen ohnehin immer mehr ineinander über und lassen sich kaum noch voneinander trennen. Bei der äußeren und bei der inneren Sicherheit ist nun in der Tat der Staat gefragt. Die Gewährung von Sicherheit ist eine, wenn nicht die zentrale Aufgabe eines funktionierenden Staates. Wenn wir das Vertrauen der Menschen an unserem Staat zweifeln, und zwar nicht, weil sie unseren Staat im Grundsatz ablehnen, sondern ganz im Gegenteil, weil sie seine Funktionsdefizite sehen, wenn wir das Vertrauen dieser Menschen auf Dauer gewinnen, zurückerhalten und zurückgewinnen und auf Dauer erhalten wollen, dann muss unser Staat in diesem Kernbereich, in diesem innersten Kernbereich seiner Aufgaben wieder besser funktionieren als so, wie wir es gegenwärtig in Deutschland erleben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, diesen Kernbestand seiner Aufgaben, viele weitere Aufgaben auch, die wir gerne sehen würden, diese Aufgaben kann unser Staat nur erfüllen, wenn er die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung hat. Diese notwendigen Mittel, wir nennen es landläufig Steuereinnahmen, diese notwendigen Mittel bekommt der Staat nur, wenn wir gleichzeitig eine leistungsfähige Volkswirtschaft bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Oder, um es einmal mit Ludwig Erhard zu sagen, „Die Wirtschaft“, so hat er einmal gesagt, „ist das Primitivste, aber sie ist auch das Unentbehrlichste. Erst auf dem Boden einer gesunden Wirtschaft kann eine Gesellschaft ihre eigentlichen und letzten Ziele erfüllen.“ Diesem Wort ist nichts hinzuzufügen. Ludwig Erhard hat recht.

(Beifall)

Deshalb haben wir uns, nicht zuletzt angesichts der widersprüchlichen Wirtschaftspolitik der noch amtierenden Bundesregierung, in den letzten beiden Jahren sowohl in der Partei als auch in der Bundestagsfraktion ausführlich mit den Fragen der Wirtschaftspolitik beschäftigt. Uns besorgt zutiefst, welche strukturelle Krise die deutsche Wirtschaft gegenwärtig erlebt. Das Vertrauen vieler Unternehmerin-

nen und Unternehmer in die Verlässlichkeit des deutschen Standortes ist in den letzten Jahren massiv beschädigt worden. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland erwarten ebenso wie die Wirtschaft insgesamt von uns wieder eine Wirtschaft und Arbeitsmarktpolitik, die verlässlich ist und die vor allem, liebe Freundinnen und Freunde, die Fleißigen nicht bestraft, sondern belohnt. Wir brauchen eine Agenda für die Fleißigen in Deutschland.

(Anhaltender Beifall)

Wir wollen auch nicht nur darüber sprechen, wie wir in den nächsten Jahren denn leben und arbeiten wollen. Wir müssen auch darüber sprechen, wovon denn unser Land und vor allem wovon künftige Generationen in Deutschland leben können. Auch das ist eine Frage von Generationengerechtigkeit, die uns heute in neuer Dringlichkeit gestellt ist.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb wollen wir eine Agenda 2030 mit klaren Perspektiven für eine Volkswirtschaft und, ich will es hier sehr deutlich sagen, die Industriestandort bleiben soll und muss, um den Wohlstand unseres Landes zu erhalten.

(Beifall)

Wir widersprechen deshalb auch all denjenigen, die in ihren Kreisen von „Degrowth“ fantasieren oder die von einem Schlaraffenland träumen, in dem höhere Löhne, mehr Freizeit und mehr Sicherheit gleichzeitig zu haben sind. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Wir werden unseren Wohlstand, das Leistungsniveau unserer Sozialversicherungen und das notwendige Sicherheitsversprechen unseres Staates nur halten und einhalten können, wenn wir diejenigen, die etwas leisten wollen, die vielleicht sogar etwas mehr leisten wollen und können, ermutigen, dies zu tun, und ihnen dafür auch, wie zum Beispiel die Steuerfreiheit von Überstunden oder einen Steuerfreibetrag in der Rente, ihnen auch etwas anbieten aus unserer Gesellschaft und von unserem Staat.

(Beifall)

Erlauben Sie mir, dass ich eine persönliche Bemerkung hinzufüge, da ich ja nun bekanntermaßen aus einem sehr ländlich geprägten Raum unseres Landes komme. Ich finde auch, dass wir deutlich und klar sagen sollten, dass auch die Land- und Forstwirtschaft zu unserer Volkswirtschaft dazugehört und einen unverzichtbaren Beitrag leistet für unser Land.

(Anhaltender Beifall)

Diese Land- und Forstwirtschaft wird von der gegenwärtigen Bundesregierung einfach schlecht behandelt, weil sie dort keine Wählerpotenziale für sich sehen. Wir, meine Damen und Herren, versprechen der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft, dass wir weiter ein offenes Ohr für sie haben und dass wir sie vor allem bei den Steuern und Abgaben nicht einseitig belasten, sondern sie wenigstens auf ein europäisches Durchschnittsniveau herunterentlasten wollen, wenn wir wieder in der Regierungsverantwortung stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Wir nennen das alles Soziale Marktwirtschaft, und genau diese marktwirtschaftliche Ordnung hat es ja überhaupt erst möglich gemacht, dass so viele Menschen wie nie zuvor in unserem Land, in Europa, auf der Welt in Freiheit und unter menschenwürdigen Bedingungen leben können. Aber, meine Damen und Herren, wir wissen auch, gute Wirtschaftspolitik geht nur zusammen mit guter Sozialpolitik. Es ist uns doch allen völlig klar, dass es in der Sozialpolitik genauso eine Wende braucht wie in der Wirtschaftspolitik. Auch hier haben wir in den vergangenen zwei Jahren unsere Arbeit getan, Ideen diskutiert, politische Vorschläge unterbreitet. Um es sehr klar und sehr deutlich zu sagen: Wir wollen das sogenannte Bürgergeld der Ampel in dieser Form wieder abschaffen.

(Anhaltender Beifall)

Schon der Name Bürgergeld klingt doch viel zu sehr nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, und genau so wird es ja auch von vielen verstanden. Wir wollen stattdessen eine neue Grundsicherung, die wirklich denen hilft, die Hilfe benötigen, die aber auch Anreize und Ermutigung schafft für diejenigen, die in den Arbeitsmarkt zurückkehren können, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich einen Freund aus unseren Reihen zitieren, der hier vor mir sitzt. Bei der Vorstellung dieses Papiers zur neuen Grundsicherung hat Karl-Josef Laumann einen sehr klugen Satz gesagt. „Wir müssen“, so hat Karl-Josef gesagt, „mit Bedacht und Maß Solidarität und Eigenverantwortung neu justieren.“ Ja, neu justieren, genauso ist es gemeint.

(Beifall)

Genauso ist es gemeint, denn da ist in den letzten Jahren einiges aus dem Lot geraten. Gute Sozialpolitik ist Sozialpolitik, die Menschen zur Selbstverantwortung befähigt, und das heißt vor allem und natürlich ganz wesentlich in Arbeit bringt. Damit das auch allen klar gesagt sei: Das ist kein Angriff auf den Sozialstaat. Das ist

kein Sozialabbau. Unsere Vorschläge sind überhaupt erst die Voraussetzung dafür, dass unser Sozialstaat wieder funktionieren kann, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Ich erlaube mir in diesem Zusammenhang nicht nur ein Wort des Dankes an Karl-Josef Laumann, sondern auch ein Wort des Dankes an Gitta Connemann. Die beiden, Vorsitzende der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft und Vorsitzende der Mittelstandsunion der CDU/CSU, haben dieses Papier gemeinsam entworfen und vorgestellt. Das ist gelebte Wirtschafts- und Sozialpolitik als Einheit verstanden. Soziale Marktwirtschaft steht darüber, meine Damen und Herren, und dahinter versammelt sich die ganze Christlich Demokratische Union. Ganz herzlichen Dank euch beiden für euren beider großartigen Einsatz.

(Beifall)

Wir werden uns auf dem Weg auch von unseren parteipolitischen Gegnern in dieser Frage, wie in vielen anderen auch, nicht einschüchtern lassen. Keine zweite Partei in Deutschland kann auf eine so lange Geschichte in der Sozialpolitik zurückgreifen wie wir. Eine gerechte Sozialordnung war immer und bleibt auch immer ganz selbstverständlich ein Markenzeichen der CDU. Ich erinnere nur daran, dass wir es waren, die nicht nur in der Außen- und Sicherheitspolitik, sondern auch in der Sozialpolitik Grundentscheidungen in unserem Lande durchgesetzt haben. Den Kinderfreibetrag im Steuerrecht haben wir eingeführt, und zwar schon im Jahre 1949. Das erste Kündigungsschutzgesetz stammt von uns schon aus dem Jahre 1951. Kindergeld, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Wohngeld, Erziehungsgeld, Erziehungsurlaub, das waren alles nicht die Sozialdemokraten, liebe Freundinnen und Freunde. Das waren CDU/CSU-geführte Bundesregierungen, die das eingeführt haben, ebenso wie den ersten Mindestlohn und das Elterngeld. Das waren wir, und wir können verdammt stolz darauf sein, dass wir diesen Sozialstaat Bundesrepublik Deutschland so geprägt haben bis heute.

(Beifall)

Auch die Weichenstellungen in der Umweltpolitik, in der Klimapolitik, sie sind davon abhängig, dass wir als Volkswirtschaft alles leisten können und vor allem, dass die Menschen in unserem Land diesen Weg mitgehen. Wir brauchen uns in der Umweltpolitik von der Ampel übrigens ebenfalls keine Belehrungen erteilen lassen. Die großen umwelt- und klimapolitischen Weichenstellungen, die es in Deutschland in den letzten Jahrzehnten gegeben hat, tragen ebenfalls unsere Handschrift. Ich erlaube mir nur, daran zu erinnern, das erste Bundesministerium für Umwelt und Naturschutz ist von uns eingerichtet worden, der CDU. Wir sind Erfinder der Kreis-

laufwirtschaft, und wir sagen, auch die Soziale Marktwirtschaft bleibt ein Modell für die große Aufgabe, unser Leben und Wirtschaften klimaneutral und umweltfreundlich zu gestalten. Auch da vertrauen wir den Instrumenten der marktwirtschaftlichen Ordnung. Wir sagen das.

(Beifall)

So sagen wir es auch seit dem letzten Jahr und unserer Klausurtagung des Bundesvorstandes in Weimar: Wir denken Wirtschaftspolitik, Energiepolitik und Klimaschutz zusammen. Wir betrachten diese Themen als Einheit und nicht als Gegensätze. Liebe Freundinnen und Freunde, den Folgen des Klimawandels, denen begegnen wir ja auch nicht nur irgendwo weit entfernt auf der Welt. Wir begegnen dem Klimawandel und seinen Folgen jeden Tag auch bei uns hier im Land. Bei mir zu Hause und in vielen Teilen des Landes ist es, zum Beispiel, der Borkenkäfer und die lange Trockenheit und die hohen Temperaturen, die dazu führen, dass unsere Wälder stark beschädigt sind. Wir sehen Starkregen und Überschwemmungen in Niedersachsen, in Nordrhein-Westfalen oder in Sachsen-Anhalt, vor drei Jahren die katastrophalen Überschwemmungen an der Ahr und vielen weiteren Regionen unseres Landes mit geradezu katastropalen Auswirkungen und insgesamt über 180 Toten. Auf diesen Klimawandel müssen wir eine Antwort haben. Wir haben diese Antwort mit einem umfassenden wirtschaftspolitischen, energiepolitischen und umweltpolitischen Konzept, das wiederum den Betrieben und den privaten Haushalten richtige Anreize gibt, vernünftige Anreize gibt, das Richtige zu tun. Ich will es noch etwas deutlicher sagen: Unsere Umweltpolitik ist das Gegenteil von dem, was die Ampel versucht, durchzusetzen. Sie ist vor allem das Gegenteil dessen, was die Grünen in der Umweltpolitik wollen und tun.

(Beifall)

Wir wollen nicht regulieren, dirigieren, bevormunden und von oben herab den Menschen sagen, was sie zu tun haben. Wir wollen gute Rahmenbedingungen schaffen, Ziele formulieren, Grenzwerte festlegen, aber es dann bitte auch den Ingenieurinnen und Ingenieuren, den Erfindern, den Unternehmerinnen und den Unternehmen und den Forschungseinrichtungen in unserem Land überlassen, wie wir dieses gemeinsam formulierte Ziel erreichen.

(Beifall)

Eigentlich, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, müsste dies doch mittlerweile auch die Ampel merken und ihr auffallen, dass kein anderes Land auf der Welt diesen wirtschaftspolitischen, diesen energiepolitischen, diesen umweltpolitischen Weg geht, den Deutschland nach dem Willen der Regierung gehen

soll. Deutschland ist auf der Welt mittlerweile der klimapolitische Geisterfahrer und wir werden diese Geisterfahrt spätestens im nächsten Jahr beenden, meine Damen und Herren.

(Anhaltender Beifall)

Wenn wir nun Veränderungen und einen neuen Aufbruch in unserem Land wollen, dann brauchen wir dazu auch ein politisches, vor allem ein gesellschaftspolitisches, Klima, dass diese Veränderungen und diesen Aufbruch ermöglicht. Wir brauchen ein Klima des guten Miteinanders, ein Klima der Mitmenschlichkeit, ein Klima der Rücksichtnahme und des Respekts. Die Wirklichkeit in unserem Land sieht gegenwärtig leider in vielerlei Hinsicht anders aus. Die gesellschaftspolitischen Konflikte nehmen eher zu. Sie sind zum Teil auch Ausdruck von Unsicherheiten und Überforderung. Sie sind aber auch Ausdruck von zunehmender Intoleranz, ja, geradezu des Hasses und der Gewaltbereitschaft. Liebe Freundinnen und Freunde, diesen gesellschaftspolitischen Entwicklungen müssen wir dort, wo es notwendig ist, mit allen rechtsstaatlichen Mitteln begegnen, und dies gilt auch für die Behinderung und die Nötigung von Politikerinnen und Politikern in unserem Land, ganz gleich, welcher Partei sie angehören.

(Beifall)

Das, was in der letzten Woche der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Karin Göring-Eckardt, widerfahren ist, das, was am Wochenende beim Plakate kleben in Dresden oder gar dem sächsischen Europaabgeordneten der SPD in Dresden widerfahren ist, liebe Freundinnen und Freunde, das ist vollkommen inakzeptabel, ganz egal, aus welcher Richtung solche Angriffe kommen.

(Beifall)

Das sind Angriffe auf unseren Rechtsstaat und auf unsere Demokratie insgesamt, denen wir von Anfang an entschieden und ohne jeden Zweifel entgegentreten müssen.

(Beifall)

Dass in Deutschland, wie in den letzten Tagen in zahlreichen Städten geschehen ist, offen für die Errichtung eines Kalifatstaates aufgerufen wird, ist ebenfalls vollkommen inakzeptabel.

(Anhaltender Beifall)

Wir fordern die Bundesregierung und vor allem die Bundesinnenministerin auf, gegen die Organisationen und Personen, die das zu verantworten haben, jetzt endlich konsequent vorzugehen.

(Beifall)

Lassen Sie mich hinzufügen: Wir alle müssen uns heute zurecht sagen und sagen lassen, dass wir den Rechtsextremismus in Deutschland jahrelang unterschätzt haben. Zahlreiche Menschen haben diese Fehleinschätzung mit ihrem Leben bezahlt, mit Walter Lübcke aus Kassel darunter, auch einer aus unseren eigenen Reihen. Wir sollten sehr aufpassen, denselben Fehler nunmehr nicht gegenüber den Rädelsführern des politischen Islam zu wiederholen, die uns unverhohlen drohen und die nicht bereit sind, die Regeln unseres Landes und eines friedlichen Miteinanders in Deutschland zu akzeptieren. Wir dürfen diesen Fehler nicht wiederholen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Wer das friedliche Miteinander, wer den innenpolitischen Frieden in unserem Land will, der muss diesen Gruppierungen in aller Klarheit die Grenzen aufzeigen und darf nicht zulassen, dass in den Schulen, den Universitäten oder wo auch immer ein Klima der Intoleranz und der Respektlosigkeit entsteht, ein Klima, das es auf Dauer unmöglich macht, in unserem Land friedlich und tolerant zusammenzuleben. Umgekehrt müssen wir alle diejenigen, die, ganz gleich welcher religiösen Zugehörigkeit, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind oder die schon in zweiter, dritter oder gar vierter Generation in Deutschland leben und zu großem Teil deutsche Staatsangehörige sind, diese Menschen müssen wir ermutigen und stärken in ihrem Engagement für Toleranz, für Respekt und für ein gutes Miteinander in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Denn wir wissen, wir können Gemeinschaft nicht verordnen. Gemeinschaft und gesellschaftlicher Zusammenhalt müssen von innen heraus in einer Gesellschaft gewollt und auch gelebt werden. Wir müssen einander schützen, ja, auch gerade Minderheiten schützen und auch das geht nur aus der politischen Mitte heraus und nicht von den Rändern. In der Politik können und, wie ich finde, müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Quellen von Gemeinschaft in unserem Land gestärkt werden und damit der soziale Zusammenhalt gestärkt wird, den jede Gesellschaft braucht. Deshalb haben wir uns auch gefragt: Was hält unser Land eigentlich im Innersten zusammen? Wir geben im neuen Grundsatzprogramm darauf drei Antworten: Was uns zusammenhält, das ist unsere gemeinsame Geschichte und Kultur. Was uns zusammenhält, das ist unsere gemeinsamen Werte, Familie, in denen Werte vermittelt werden, Regeln des Miteinanders und Verständnis zwischen den Generationen gelernt wird. Liebe Freundinnen und Freunde, wir akzeptieren deshalb auch nicht, wenn sich Teile der Medien oder der politischen Konkurrenz, sozusagen, von oben herab über den ländlichen Raum äußern.

(Beifall)

Wir stehen als Volkspartei für die Breite der Gesellschaft, unabhängig von Alter, Geschlecht, Herkunft, Religion, Bildung und Beruf. Die Krankenschwester, die seit Jahren, wenn nicht Jahrzehnten, auf einer Pflegestation Menschen auf ihrem letzten Teil des Lebens begleitet, eine junge Polizistin, die in den Polizeidienst eintritt, ein Zeit- oder Berufssoldat, der etwas für unsere Sicherheit tut, ein Industriearbeiter, alle treffen auf eine offene CDU. Sie alle sind wie der Professor und der Unternehmer. Sie sind alle eingeladen, bei uns in der Partei mitzuwirken, in den Städten und im ländlichen Raum. Liebe Freundinnen und Freunde, überall in diesem Land gibt es Vorzüge, wie man leben kann und wo man sein Glück finden kann.

(Beifall)

Was uns zusammenhält, das sind vor allem die vielen Menschen in unserem Land, die sich ehrenamtlich engagieren nach Feierabend, am Wochenende, in den Sportvereinen, in den Musikvereinen, in den Chören, in den Schützenvereinen, in Nachbarschaftsinitiativen. Diese Beispiele zeigen uns, was wir tun können. Wir können das Ehrenamt stärken, wir können die Familien stärken, und wir wollen – so haben wir es in Hannover beschlossen – ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr einführen, das allen jungen Menschen, jungen Frauen wie jungen Männern, ermöglicht, über den Tellerrand ihres bisherigen Lebens und sozialen Umfelds hinauszuschauen, Erfahrungen in ganz anderen Bereichen des Lebens zu machen und dem Land, das ihnen doch so viele Möglichkeiten bietet wie nie zuvor, diesem Land auch etwas zu geben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Unsere Gesellschaft ist vielfältig. Die Lebensvielfalt wird größer. Das ist eine Konsequenz der Zeit, in der wir leben, eine Konsequenz der Globalisierung und am Ende eine Folge des Lebens in Freiheit. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Seit Jahrzehnten sind wir es. Und wir sind aus Gründen des demografischen Wandels natürlich auch auf Fachkräfte in Zukunft angewiesen. Aber gerade ein Land in Vielfalt braucht Gemeinsamkeiten oder, um es mit Norbert Lammert zu sagen, wie er es in seiner Rede zum 30-jährigen Bestehen der Deutschen Nationalstiftung in Hamburg im letzten Jahr zum Ausdruck gebracht hat: „Ohne Gemeinsamkeit erträgt keine Gesellschaft Vielfalt.“ Ja, liebe Freundinnen und Freunde, das ist ein wahrer Satz.

(Beifall)

Das ist ein wahrer Satz und diese Wahrheit fordert etwas von uns, nämlich das unbedingte Eintreten für unsere Werte, für unsere Kultur und für unsere Geschichte mit allen ihren Höhen und Tiefen. Einwanderung kann eine Bereicherung für die

ganze Gesellschaft sein und wir brauchen Einwanderung. Das wird niemand ernsthaft bestreiten. Aber gerade deshalb müssen wir die Einwanderungspolitik endlich wieder anpassen an die Notwendigkeiten und vor allem an die Fähigkeit zur Integration in unsere Gesellschaft. Lassen Sie es uns doch einfach klar und deutlich sagen: So, wie es ist, schon seit längerem, überfordert die irreguläre Einwanderung nach Deutschland unsere Integrationsfähigkeit.

(Beifall)

Das gilt für die Städte und Gemeinden, das gilt für den Wohnungsmarkt, das gilt vor allem für die Schulen und für die Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Das kann und darf so nicht weitergehen, und deshalb machen wir der Bundesregierung ja nun auch regelmäßig Vorschläge, wie wir das, wenn wir in der Verantwortung stehen würden, ändern würden.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, neben diesen sehr konkreten Maßnahmen müssen wir uns als Gesellschaft aber auch immer wieder darauf besinnen, was uns stark macht, was uns vereint, was uns gemeinsam ist, was über Gesetzestexte und über den reinen Wortlaut des Grundgesetzes hinausgeht. Das alles sind unsere Wertevorstellungen im Alltag. Das sind auch unsere Traditionen und unsere Gepflogenheiten des Miteinanders. Schon lange vor uns haben andere, wie zum Beispiel der bekannte Islamforscher Bassam Tibi oder der langjährige Chefredakteur der Wochenzeitschrift die ZEIT, Theo Sommer, dies alles „Leitkultur“ genannt. Sie finden diesen Begriff nun auch wieder im Entwurf unseres Grundsatzprogramms. Liebe Freundinnen und Freunde, wir sollten dazu stehen, dies auch so zu benennen. Der Begriff grenzt nicht aus, sondern er ist eine allumfassende Klammer um unsere Gesellschaft in ihrer ganzen Vielfältigkeit, die einem beständigen Wandel unterworfen ist, ja, natürlich, die aber auch eine Reihe von Konstanten enthält, für die wir nicht zur Verfügung stehen, sie zu verhandeln. Sie sind unverhandelbar.

(Beifall)

Dazu möchte ich Ihnen an allererster Stelle nennen unser Bewusstsein um die Verantwortung, die sich aus der deutschen Geschichte ergibt gegenüber Jüdinnen und Juden, die hier bei uns in Deutschland leben, und gegenüber dem Staat Israel. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang einfach sagen: Es macht mich sehr stolz, dass unsere Partei wie keine andere Partei in Deutschland geschlossen Gesicht zeigt gegen Antisemitismus, den wir auch auf deutschen Straßen seit dem 7. Oktober wieder verstärkt sehen.

(Beifall)

Zwei Wochen nach dem grauenvollen Angriff auf Israel fand in Braunschweig der Deutschlandtag der Jungen Union statt. Lieber Johannes Winkel, ihr habt keinen Moment gezögert, Initiative zu zeigen, Gesicht zu zeigen. Ihr habt den israelischen Botschafter Ron Prosor eingeladen zu sprechen, und das hat er mit bewegenden Worten in Braunschweig getan. Diese Veranstaltung, liebe Freundinnen und Freunde, stellvertretend für viele andere, die in der ganzen CDU in Deutschland seitdem stattgefunden haben, sie ist ein echter Ausweis unserer gemeinsamen Arbeit, unserer gemeinsamen Verantwortung, und ich möchte insbesondere Johannes Winkel und der Jungen Union dafür danken, dass sie das so früh und so klar und so eindeutig gemacht haben.

(Beifall)

Ja, liebe Freundinnen und Freunde, so stehen wir nun heute noch wenige Wochen vor der Europawahl. Ich habe schon in einem anderen Zusammenhang von unseren historischen Erfahrungen gesprochen. Ich möchte es auch in diesem Zusammenhang noch einmal sagen: Keine Partei in Deutschland, keine Partei in ganz Europa ist so sehr mit dem Projekt Europa verbunden wie wir. Aber auch historische Verdienste werden irgendwann zum Alltag der Menschen. Ja, sie verblassen, wenn andere Dinge eine größere Bedeutung bekommen. Diese Europäische Union steht heute nicht da, wo sie stehen sollte. Ja, die Europäische Union hat sich in der Krise immer wieder bewährt. Das galt für die Coronakrise ebenso wie für die Unterstützung der Ukraine. Wir verdanken es vor allem Ursula von der Leyen, dass Europa, dass die Europäische Union beide Herausforderungen mit weitgehender Geschlossenheit und Einigkeit bewältigt hat. Auch, wenn wir, ich will es deutlich sagen, für die Ukraine und auch für unsere eigene Sicherheit eigentlich noch sehr viel mehr tun müssten.

(Beifall)

In den Augen der Bevölkerung, liebe Freundinnen und Freunde, fällt das Urteil über die Europäische Union allerdings auch sehr viel kritischer aus. Die EU wird neben allen Verdiensten angesehen als eine Institution, die im Kleinen zu viel regelt und im Großen zu wenig erreicht. Das muss sich in den nun vor uns liegenden Jahren grundlegend ändern. Ich weiß, dass Ursula von der Leyen dies genauso sieht und deshalb ihr Augenmerk jetzt vor allem auf die Sicherheitspolitik im umfassenden Sinne und auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie richtet. So werden wir es am Mittwoch sagen. Freiheit, Sicherheit und Wohlstand, mit diesen drei Versprechen gehen wir in den Europawahlkampf. Genau darum wird es in den vor uns liegenden Jahren gehen. Die Generation, die Europa aus Kriegen und Zerstörung hat entstehen lassen, diese Generation verlässt uns nach und nach, und wir

dürfen nicht zulassen, dass wir damit auch das Wissen darüber verlieren, dass Europa, so hat es Helmut Kohl einmal sehr prägnant gesagt, „eine Sache der Vernunft ist, aber genauso eine Sache, die Leidenschaft braucht“.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, genauso ist es, und das gilt insbesondere heute, in Zeiten so großer geopolitischer Kräfteverschiebungen, in Zeiten eines russischen Imperialismus, in Zeiten einer überaus selbstbewusst auftretenden Volksrepublik China, die doch ganz unverhohlen ökonomisch und politisch die führende Supermacht der Welt werden will. Das gilt in Zeiten verschärften Wettbewerbsdrucks auf den globalen Märkten und vor allem in einer Zeit, ja, in der das normative Projekt des freien und demokratischen Westens immer mehr in Frage gestellt wird von innen und von außen. Liebe Freundinnen und Freunde, in diesen stürmischen Zeiten ist dieses europäische Bündnis, das eben nicht nur auf Interessen beruht, sondern auch auf geteilten Werten, in diesen stürmischen Zeiten ist diese Europäische Union eine Zukunftsversicherung, deren Wert wir gar nicht überschätzen können.

(Beifall)

Wolfgang Schäuble, den wir heute geehrt haben, war einer der großen Europäer unserer Partei, einer der Generation, die Europa hat entstehen sehen und mitgestaltet hat. Wolfgang Schäuble hat auf dem CDU-Parteitag 2011 uns eine Frage gestellt. Er hat die Frage gestellt: „Wozu brauchen wir ein starkes, handlungsfähiges Europa?“ Und er hat schon damals, vor mehr als einem Jahrzehnt, diese Antwort gegeben: „In einer globalisierten Welt brauchen wir ein starkes, handlungsfähiges Europa, damit wir unsere Vorstellungen, wie sich die Welt entwickeln soll und wie sie sich nicht entwickeln soll, verwirklichen können.“ Ende des Zitats. Wenn wir genau aus diesem Grund auch heute und in Zukunft ein handlungsfähiges und starkes Europa wollen, liebe Freundinnen und Freunde, dann müssen auch Deutschland und Frankreich wieder enger und vertrauensvoller zusammenarbeiten.

(Beifall)

Diese deutsch-französischen Beziehungen sind so schlecht wie seit Jahrzehnten nicht. Das ist nicht gut für Deutschland. Das ist nicht gut für Europa. Gleichzeitig ist die Sensibilität dafür wohl nirgendwo so groß in einer politischen Partei wie uns, eine Partei, die von Anfang an die Partei der deutsch-französischen Freundschaft war. Wir werden diese verlässliche Freundschaft mit Frankreich wiederherstellen und wir werden im Weimarer Dreieck mit Polen und seiner neuen Regierung den engen europäischen Schulterschluss suchen. Dafür stehen wir als Christdemokraten in Deutschland, liebe Freundinnen.

(Beifall)

Deshalb ist es ein Glücksfall für uns, dass wir in diese Europawahl gehen mit einer Spitzenkandidatin, mit Ursula von der Leyen, die Europa als Kommissionspräsidentin durch diese letzten Jahre der Krise, der großen Krise geführt hat mit Weitsicht, mit Beharrlichkeit und mit Entschlossenheit. Ich muss Sie, meine Damen und Herren, nicht daran erinnern: Diese Europawahl ist die erste Europawahl seit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. In Europa, weniger als 2.000 Kilometer von hier entfernt, kämpfen Ukrainerinnen und Ukrainer mit ihrem Leben für genau das, was wir hier in der Europäischen Union so selbstverständlich haben: Freiheit, Frieden, Sicherheit. Sie kämpfen dabei auch für unsere Freiheit, denn Putin hat keinerlei Geheimnis daraus gemacht.

(Beifall)

Nicht die Ukraine allein, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, Europa, das demokratische und freie Europa, das ist für Putin der historische Feind. Diesen Feind, diese Europäische Union, diese Freiheit, diese Demokratie, die müssen wir verteidigen gegen die Feinde unserer Freiheit und gegen die Feinde unserer Demokratie.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, vor diesem Hintergrund ist es doch geradezu beschämend für uns, dass in ganz Europa und eben auch in Deutschland Parteien an Boden gewinnen, die diese zerstörerische Kraft, die von außen auf uns zukommt, die uns begegnet von außen, dass sie diese zerstörerische Kraft von innen her auch noch unterstützen. Es sind eben Parteien wie die AfD, die viele unserer Werte, aber eben auch unser Europa ablehnen, verspotten und von innen zerstören wollen und wir wissen es nicht erst seit zwei Wochen. Das ist eine Partei, die ganz offensichtlich auch von Russland mit unterstützt und mitfinanziert wird.

(Anhaltender Beifall)

Gegen diese Entwicklung, gegen dieses lächerlich machen unserer wichtigsten und größten Prinzipien, gegen diese Kraft der Zersetzung werden wir uns mit aller Kraft, die uns zur Verfügung steht, in den demokratischen Wahlen im Laufe des Jahres, insbesondere dieses Jahres 2024, zur Wehr setzen. Wir sagen hiermit alle denen den Kampf an, die unsere Werte, die unsere Europäische Union, die unsere Demokratie beschädigen und zerstören wollen. Sie stoßen auf den erbitterten Widerstand dieser Partei und aller ihrer Mitglieder.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, diese Aufgabe, die stellt sich uns allen. Sie stellt sich uns als Aufgabe guter, verlässlicher, überzeugender, demokratischer Politik.

Wir alle, und ich meine hier alle demokratischen Parteien, müssen sich die Frage gefallen lassen, warum wir denn an Vertrauen verloren haben, denn das ist doch der Nährboden von extremistischen Parteien, der Nährboden der AfD. Das ist nicht die eigene Überzeugungskraft dieser Parteien, nicht die eigenen Inhalte, das sind Enttäuschung, mangelndes Vertrauen in die demokratischen Parteien, das wir gemeinsam wieder herstellen müssen, alle demokratischen Parteien in Deutschland, nicht nur wir, aber auch und vor allem wir, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Dieses Vertrauen gewinnen wir nur zurück, wenn wir Lösungen anbieten, wenn wir Lösungen durchsetzen, wenn wir die Probleme unseres Landes und auch die Probleme der Europäischen Union wirklich lösen und keinen Zweifel daran lassen, dass wir mit den Parteien des linken Populismus genauso wenig zusammenarbeiten wie mit den Parteien des rechten Populismus. Es gibt diese Zusammenarbeit mit uns nicht.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, so, wie wir heute aus der Rückschau auf die letzten zehn Jahre wissen, welche richtigen Entscheidungen wir getroffen und welchen Fehleinschätzungen wir aufgesessen sind, so werden wir und unsere Entscheidungen in diesen Monaten eines Tages ebenfalls aus der Rückschau beurteilt werden. Heute steht aber zu viel auf dem Spiel, als dass wir noch einmal nachlässig sein oder gar Fehler wiederholen dürfen. Wir werden gemessen werden an den Fragen: Sind wir unserer Verantwortung gerecht geworden als Partei? Haben wir dafür Sorge getragen, dass Freiheit, Demokratie und Wohlstand in unserem Land erhalten bleiben? Die Menschen in unserem Land trauen uns in großer Zahl wieder zu, die vielen Herausforderungen zu lösen, die wir als Land jetzt lösen müssen. Das zeigen unsere jüngsten Wahlsiege in Bayern, in Hessen, in Berlin und anderswo; das zeigen die Umfragen und das erleben wir ja auch in persönlichen Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern. Das kann uns einigermaßen stolz machen auf die Leistung der vergangenen zwei Jahre. Das ist ein Grund zur Zuversicht, aber das ist kein Grund, jetzt die Hände in den Schoß zu legen. Mit den Europawahlen stehen in acht Ländern Kommunalwahlen an und in Thüringen die Stichwahlen der Kommunalwahlen. Dann folgen in Thüringen, in Sachsen und in Brandenburg die Landtagswahl. Vor allem, liebe Freundinnen und Freunde, diese Landtagswahlen werden für uns kein Spaziergang. Wir werden kämpfen um die Mehrheit, um Platz 1 und in diesen Wahlkämpfen werden wir uns vor allem eben mit dieser AfD auseinandersetzen. So haben wir das im Bundesvorstand der CDU im Januar gemeinsam beschlossen. Wir

nehmen den Kampf auf mit dieser Partei, und deshalb erlauben Sie mir, dass ich an dieser Stelle auch ein ganz besonders herzliches Wort des Danke sage, einmal an Mario Voigt.

(Beifall)

Dass er bereit war, lieber Mario, dass du bereit warst, mit dem Vertreter des äußersten rechtsradikalen Flügels dieser rechtsradikalen Partei in die direkte Auseinandersetzung zu gehen. Liebe Freundinnen und Freunde, es ist die CDU, es ist unsere Partei, die im Osten die Kraft, die Entschlossenheit und die Bedeutung hat, sich diesen Leuten entgegenzustellen. Es ist unsere Partei, die die Kraft, die Entschlossenheit und die Bedeutung hat, stabile Regierungen auch in Ostdeutschland zu ermöglichen.

(Lebhafter Beifall)

Genau das, liebe Freundinnen und Freunde, hat uns Reiner Haseloff in Sachsen-Anhalt vor drei Jahren schon einmal gezeigt, dass das geht, und wir wiederholen diese Erfolge in Brandenburg, in Thüringen und auch in Sachsen.

(Beifall)

Die drei Landesverbände, Jan Redmann in Brandenburg, Mario Voigt in Thüringen und Michael Kretschmer in Sachsen, ihr habt die volle Unterstützung der ganzen Partei in diesen nächsten Wochen und Monaten, in denen es jetzt wirklich darauf ankommt. Wenn wir uns dann auf dem nächsten Parteitag wiedersehen, dann möchte ich besonders herzlich begrüßen, den wiedergewählten Ministerpräsidenten Michael Kretschmer in Sachsen, den neuen Ministerpräsidenten in Thüringen, Mario Voigt und den neuen Ministerpräsidenten von Brandenburg, Jan Redmann. Die drei möchte ich gerne hier auf unserem Parteitag dann begrüßen.

(Lebhafter Beifall)

Karl Popper hat einmal gesagt, „Unsere Einstellung der Zukunft gegenüber muss sein: Wir sind jetzt verantwortlich für das, was in der Zukunft geschieht." Ja, liebe Freundinnen und Freunde, weil wir verantwortlich sind, moralisch und politisch verantwortlich sind, für diese Zukunft, müssen wir, so geht das Zitat weiter, „ohne ideologische Brille das Beste tun". Liebe Freundinnen und Freunde, eine solche Haltung, das ist die Haltung von selbstbewussten, freiheitlich denkenden Menschen und das ist die Haltung, die diese Partei immer ausgezeichnet hat und die uns auch durch diesen Erneuerungsprozess der letzten zweieinhalb Jahre getragen hat. Es ging dabei nicht um Erneuerung um ihrer selbst willen, sondern um Erneuerung für bessere Politik. Im Gründungsaufruf unserer Partei heißt es am Ende: „Voll

Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen." Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind heute die Kinder und Enkelkinder derer, die da gesprochen haben. Wir leben heute in Freiheit, in Frieden und im Wohlstand. Das zu bewahren, das weiterzugeben, es vielleicht sogar noch ein bisschen besser zu machen, das ist jetzt unsere Aufgabe. Das ist unsere Pflicht als Väter, als Mütter, als Demokratinnen und Demokraten, als Europäerinnen und Europäer, als Deutsche, als Volkspartei und als die CDU Deutschlands. Herzlichen Dank. Vielen Dank.

(Neun Minuten anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Lieber Friedrich, ganz herzlichen Dank für diese großartige Rede, programmatisch mitreißend, aber auch nachdenklich. Du hast die langen Linien der Politik gezeichnet. Du hast sehr deutlich gemacht, warum wir unsere Zeit in der Opposition noch einmal halbieren werden. Du hast deutlich gemacht, lieber Friedrich, dass wir uns nicht über andere definieren, sondern über unsere Inhalte, über unsere Ziele, über unsere Überzeugungen und genau darüber sprechen wir. Es gibt einen großen Unterschied von dir zu anderen: Du hast einen Plan, nicht nur für unsere Partei; du hast einen Plan für unser Land; du hast einen Plan für Deutschland. Ganz herzlichen Dank für diese großartige Rede, lieber Friedrich Merz.

(Beifall)

Kai Wegner, Tagungspräsident: Liebe Freundinnen und Freunde, wir haben jetzt die Aussprache. Wir haben insgesamt, Stand jetzt, 17 Rednerinnen und Redner. Und als allererstes darf ich Karin Prien auf die Bühne bitten und darf dann schon mal Michael Kretschmer bitten, sich bereitzuhalten.

Karin Prien: Liebes Tagungspräsidium, liebe Delegierte, aber vor allem lieber Friedrich: Danke. Danke für deine große Rede. Du hast den Parteitag spürbar begeistert. Jeder hat es heute gehört: Wir Christdemokraten sind wieder da und wir sind bereit für unser Land. Aber ich danke dir auch für deine nachdenklichen und sehr ernsten Passagen. Unser Land braucht in Zeiten großer Herausforderung eine starke Christdemokratie. Die CDU musste sich nicht neuerfinden, aber sie hat innegehalten, hat in sich hineingehört, hat an sich gearbeitet und jetzt stehen wir kraftvoll bereit für unser Land. Das war und es ist eine Teamleistung von vielen von euch gewesen, aber es ist eben auch klar dein persönlicher Verdienst. Deine Rede, Friedrich, am heutigen Montag ist die Stimme dieser starken Christdemokratie in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Die Herausforderungen, vor denen unser Land heute steht, sind groß, das ist auch in deiner Rede deutlich geworden, aber sie sind eben kein Grund für Verzweiflung und Endzeitstimmung und unsere Antworten sind Mut und Zuversicht. Wir glauben an die Kraft der Menschen in unserem Land. In der Geschichte der Bundesrepublik ging es immer wieder um die gleichen Fragen. Wie finanzieren wir unseren Staat nachhaltig? Wie erfüllen wir das Aufstiegs- und Wohlstandsversprechen der Sozialen Marktwirtschaft? Was tragen wir in Deutschland bei zur Sicherheit und Frieden in Europa und in der Welt? Vor allem, wie sichern wir eine gute Zukunft für unsere Kinder und Enkel und erhalten dabei unsere natürlichen Lebensgrundlagen? Und auch das hast du gesagt: Unsere Demokratie wird angegriffen von Feinden von außen und leider auch von innen. Die CDU steht in einer langen Tradition des Kampfes gegen Faschisten und Extremisten von links und rechts, meine Damen und Herren, und wenn wir heute sehen, mit welchen dunklen Mächten in der Welt sich unsere Feinde verbünden, dann müssen wir wieder und wieder klar und deutlich sagen: Die AfD ist der Feind im Inneren. Wer Deutschland und deutsche Interessen an die Russen und an die Chinesen verkauft, der handelt nicht für, der handelt gegen Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Delegierte, das Signal vom heutigen Tag ist klar: Wir sind die moderne Kraft der bürgerlichen Mitte, die für Deutschlands Zukunft arbeitet. Wir stellen die Extremisten in der Sache. So, wie du, lieber Mario Voigt, es in und für Thüringen getan hast. Wir streiten für unsere Heimat und unsere Freiheit und nicht für Putin oder die chinesischen Kommunisten.

(Vereinzelt Beifall)

Lasst mich, liebe Freunde, an dieser Stelle einen besonderen Dank sagen an Armin Laschet. Lieber Armin, du hast dich nicht nur nach der verlorenen Wahl in die Bundestagsfraktion eingereiht und damit größten politischen Anstand gezeigt, du zeigst dieser Tage Woche um Woche, wofür die CDU steht, und bist eine starke und laute und deutlich vernehmbare Stimme gegen Hass und Hetze und die Gefahr von rechts außen und dafür danken wir dir.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde und Freundinnen, mein erster Parteitag 1981 stand unter dem Motto: „Unser Land braucht einen neuen Anfang." Nicht anders ist es heute. Unser Land braucht dringend einen neuen Anfang. Diese Bundesregierung ist ein Totalausfall. Die Zeitenwende droht zum Rohrkrepierer zu werden. Die Menschen leben in Angst vor Rezession und sozialem Abstieg. Die Klima- und Energiewende, falsch aufge-

setzt, kommt nicht voran. Das Allerschlimmste ist: Die Menschen verlieren das Vertrauen in die Demokratie und die Lösungskompetenz der Politik insgesamt. So, liebe Freunde, darf es nicht weitergehen. Gutes Regieren geht anders. Unser Land hat Besseres verdient. Dieser Parteitag steht unter dem Motto: „Zukunft gemeinsam gewinnen." Das ist unser Anspruch für das Land und die Partei. Unser Land braucht Zusammenhalt, Orientierung und Perspektive und die Stärke der CDU liegt in ihrer Breite als Volkspartei. Die Traditionslinien unserer Partei als konservative, liberale und christlich-soziale Partei der bürgerlichen Mitte finden sich in unserem Bundesvorstand; sie finden sich in unserem neuen Grundsatzprogramm und vor allem in der täglichen Arbeit von tausenden Politikerinnen und Politikern der CDU in Stadt und im Land wieder. Sie sind die Brückenbauer, die dieses Land so dringend braucht. In dieser Tradition werden wir bei den kommenden Kommunalwahlen, bei den Landtagswahlen und bei der Europawahl die stärkste Kraft, und wir werden den nächsten Bundeskanzler, lieber Friedrich, wieder stellen. Es wird ein Christdemokrat sein, der dieses Land wieder regieren wird.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Delegierte, lasst mich auch das ganz klar sagen: Wir Christdemokraten können mit jeder anständigen und demokratischen Partei zusammen eine Regierung bilden, aber das machen wir nach der Wahl, wenn der Wähler gesprochen und die Stimmen ausgezählt sind. Diese Debatten sollten wir jetzt nicht führen. Ich stehe hier und werbe dafür, dass wir morgen leidenschaftlich über die Fragen der Zukunft streiten, dass wir unsere innere Einheit, die wir uns in den vergangenen beiden Jahren wieder erarbeitet haben, zu neuen Höhen tragen. Liebe Freunde, unser Land braucht jeden und jeden Einzelnen von euch. Unser Land braucht unser aller Einsatz in den kommenden Wahlkämpfen, in dem wir für unsere freiheitliche Demokratie und gegen die Feinde der Freiheit kämpfen. Damit das gelingen kann, brauchen wir in den kommenden Wahlkämpfen eine neue Geschlossenheit, wie wir sie in den vergangenen Monaten zunehmend von Duisburg bis Flensburg, von Greifswald bis Cottbus, von Konstanz bis Koblenz leben. Diese Geschlossenheit, liebe Freundinnen und Freunde, das will ich auch ganz deutlich sagen, diese Geschlossenheit darf natürlich nicht an der bayerischen Landesgrenze aufhören. Es geht um Deutschland. Lasst euch nicht beirren, auf dem Weg in diesen Wahlkämpfen werden wir neue Tiefpunkte erleben. Friedrich hat es angesprochen, die Angriffe auf demokratische Politikerinnen und Politiker der letzten Wochen sind ein Ding der Unmöglichkeit. Von diesem Parteitag gehen alle unsere guten Wünsche an Andreas Ecke. Liebe Freunde, Demokraten streiten mit Worten; Demokratiefeinde greifen zur Gewalt.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will auch sagen, infam ist es, wenn Sozialdemokraten und andere versuchen, uns mit der Formel „Kampf gegen Rechts“ in die Nähe von Demokratiefeinden zu rücken. Selbst nehmen sie den Kampf gegen die Extremisten in der Sache nicht auf, aber der Kampf gegen die Extremisten ist Sache aller demokratischen Parteien.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, 1981 hat Helmut Kohl einen Satz gesagt, der so bei Adenauer galt, der später auch bei Angela Merkel galt und der auch unter dem nächsten Kanzler der CDU gelten wird. Ich darf das zitieren: „Nur mit den Werten und Tugenden, die unser Leben lebenswert gemacht haben, die unser Land zu Wohlstand und Ansehen in der Welt gebracht haben, mit der Bereitschaft zur Leistung, mit Eigeninitiative, mit dem Mut zur Selbstständigkeit, mit der Lebenstüchtigkeit der jungen Generation werden wir die Herausforderungen der Zukunft bestehen.“ Friedrich Merz und Carsten Linnemann haben als Parteivorsitzender und als Generalsekretär wesentlich dazu beigetragen, dass unsere Partei sich neu aufgestellt hat. Dafür, lieber Friedrich, lieber Carsten, dafür gilt euch unser aller Dank. Jetzt legen wir richtig los und wir gewinnen sie. Wir gewinnen gemeinsam die Zukunft für unser Land. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Karin Prien. Als Nächstes begrüßen wir zur Aussprache Ministerpräsident Michael Kretschmer und bereit hält sich bitte Ministerpräsident Hendrik Wüst.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Kretschmer: Meine sehr verehrten Damen und Herren, Mut, Zuversicht, Entschlossenheit haben wir gerade gespürt und ich glaube, der Funke ist auch übergesprungen. Friedrich, vielen Dank für deinen Dienst für unser Land, für den Dienst für unsere Partei. Wie war das, als du angefangen hast? Wie schwierig war die Situation nach 16 Jahren, in denen wir jeden Tag hart gearbeitet haben, in denen wir Verantwortung getragen haben, in denen wir diesem Land versucht haben, eine Richtung zu geben und es in der Tat auch vor vielen schwierigen Situationen und vielen Gefahren bewahrt hat? Aber wir wissen und wir wussten damals, wir haben auch in dieser Zeit nicht alles richtig gemacht und es braucht jetzt einen neuen Antritt. Es war nicht klar, es war nicht selbstverständlich, dass es gelingt, die Partei so zu einen, ihr ein Profil zu geben, sie auch in dieser schwierigen Zeit mit dieser großen Koalition, die jetzt hier regiert und die so ein Chaos verursacht, als einen stabilisierenden Anker, als eine Kraft der Vernunft, der Verantwortung zu profilieren. Das hast du getan. Vielen Dank für deinen Dienst für unser Land.

(Vereinzelt Beifall)

Meine Damen und Herren, wir sind in einer Zeit, wo Weichen gestellt werden. Der eine oder andere empfindet das als Majestätsbeleidigung, wenn wir sagen, was wir in der Zukunft auch nicht mehr wollen, dass wir, beispielsweise, keine Koalition mit den Grünen haben wollen. Meistens gibt es da Applaus dafür.

(Heiterkeit und vereinzelt Beifall)

Wissen Sie, ich finde, man muss die Dinge aussprechen, wie sie sind. Ich bin auch sehr dankbar unseren hessischen Freunden, dass sie jetzt, wo sie die Möglichkeit hatten, sich zu entscheiden, sich gegen diese grüne Partei entschieden haben.

(Vereinzelt Beifall)

Denn so, wie wir sie erlebt haben in den vergangenen Jahren, dann ist das nicht mehr diese Kraft, auf die wir auch einmal gemeinsam gesetzt haben, eine Partei, die nicht heißt, Die Grünen, sondern die heißt und hieß Bündnis 90/Die Grünen, eine Partei, die sich immer klar gewesen ist, dass die Bürgerrechtler wichtig sind, dass die Rückbindung an die Menschen wichtig ist und dass es nicht um Ideologie geht, sondern um die Verantwortung für dieses Land. Aber genau dieser Geist, meine Damen und Herren, ist in den letzten Jahren bei dieser Partei verflogen und deswegen ist es richtig, wenn die jetzt mal auf die Oppositionsbank geschickt werden, damit sie sich neu besinnen können und in diesem Land wieder Vernunft, Ordnung und eine Partei der wirtschaftlichen Kraft dieses Land regiert.

(Vereinzelt Beifall)

Man muss auch sagen, dass das, was hier als Schaden entstanden ist in den vergangenen Monaten und Jahren, noch lange, lange nachwirken wird. Sie erinnern sich alle an diese Bauernproteste. 500.000 Bauern fahren nach Berlin, gehen auf die Straße, wollen etwas mit ihrer Regierung klären. Das Einzige, was sie hören, sind Vorwürfe, sind Unterstellungen, und sie müssen am Ende zurückfahren und haben nichts erreicht. Was macht diese Ohnmachtserfahrung mit Menschen, die so sehr darum kämpfen, nicht, dass sie weniger arbeiten, dass es leichter wird, sondern die dafür kämpfen, dass sie ihren Job einfach machen können und dass sie in einer Europäischen Union wettbewerbsfähig sind? Was macht das mit einem Bauernpräsidenten? Was macht es mit dem Deutschen Bauernverband, der die Aufgabe hat, zu verbinden, die Konflikte zu lösen und dafür zu sorgen, dass auch dieser wichtige Berufsstand zusammenbringt? Ich glaube, das ist eines dieser zentralen Beispiele, wo man sieht, Ideologie darf nie dominieren, sondern es muss immer darum gehen, was dem Land dient. Es muss das gelten, was Deutschland immer ausgemacht hat: Konflikte nicht auf die Spitze treiben, sondern dafür zu sorgen, dass mit einem

Kompromiss alle leben können und am Ende wieder zusammen können. Das ist das Gegenteil dieser grünen Politik der vergangenen Jahre, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Das muss man dann auch so aussprechen, weil man ja erklären muss, warum man das nicht will und warum man etwas anderes will. Man muss erklären, dass natürlich wir einmal überlegt haben, auch aus der Atomkraft auszusteigen, aber wir am Ende gesehen haben, jetzt mit diesem Ukrainekrieg, so wird das nichts. Wir haben sehr deutlich gemacht, dass es ein großer Fehler wäre, sechs Prozent der deutschen Energieversorgung einfach so abzuschalten, die im Übrigen CO_2-neutral gewesen sind. Wie ist das denn dann? Was macht das mit Menschen, die nachdenken, die sich das alles überlegen, wenn 14 Tage nach dem Ausstieg der Bundeswirtschaftsminister kommt und sagt: „Also wir sind jetzt ausgestiegen. Strom reicht nicht mehr; ist alles zu teuer geworden. Wir brauchen einen Industriestrompreis. Das kostet leider paar Milliarden, aber ist halt so." Nein, das ist keine vernünftige Wirtschaftspolitik. Man mag sein, wenn der eine oder andere sich daran stört, wenn man Vergleiche mit der DDR macht, aber dort war es genauso eine falsche Wirtschaftspolitik, die diesem Land die Kraft genommen hat, versucht, mit Schulden zu klären. Am Ende war der Staatsbankrott, und wir müssen dieses Land vor einem solchen Schäden bewahren. Es muss darum gehen, eine Wirtschaftspolitik zu betreiben, eine Energiepolitik zu betreiben, die diesem Land die Kraft wiedergibt, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Der Friedrich Merz hat es ja so sehr auf den Punkt gebracht: Die soziale Sicherheit, die Verteidigung nach außen, die Verteidigung nach innen, das braucht alles eine wirtschaftliche Kraft. Deutschland, letztes Jahr 0,3 Prozent Schrumpfung, dieses Jahr 0,2, 0,3 Prozent Wachstum, das reicht doch nicht. Das ist doch überhaupt keine Grundlage für das, was wir hier miteinander vorhaben. Wir müssen die Dinge erklären und sagen, warum wir sie anders haben wollen. Meine Damen und Herren, wenn man manchmal über den Osten spricht, bin dir, Friedrich, dankbar für deine große Zuwendung, für deine Unterstützung auch, in jeder Phase, in der wir jetzt gewesen sind. Ich habe gestern eine gemeinsame Kundgebung gehabt mit Hendrik Wüst. Wie du das, Hendrik, erklärt hast, dass das, was wir da jetzt gerade erleben, dass wir das ablehnen, dieser Hass auf andere Parteien, und vielleicht darf ich das auch nochmal sagen: 15 Jahre Mitglied im Deutschen Bundestag und nie, nie haben wir in diesen Jahren eine solche Stimmung erlebt. Nie habe ich, auch als junger Abgeordneter, das Gefühl gehabt, dass der andere, die andere politische Partei, dass

das Feinde sein könnten oder dass wir Feinde sind. Es waren Konkurrenten; es waren Gegner, aber es war immer möglich, miteinander zu reden. Mit der AfD 2017 ist dieser furchtbare Geist in dieses Parlament eingezogen und es sickert sich jetzt überall durch. Und wir müssen denen ein klares Stoppschild entgegensetzen. Wir sind nicht Feinde, sondern wir sind Konkurrenten. Menschen, die andere zu Feinden erklären, die meinen es nicht gut, die können wir nicht ertragen, die müssen wir zurückweisen, denn das wird kein guter Weg für Deutschland sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen ist das etwas, was uns alle miteinander angeht. Nur mit mehr Freiheit, nur mit mehr Respekt und nur mit mehr miteinander reden wird es am Ende auch gelingen, dass wir dieses Land zusammenhalten. Ich erlebe bei meiner Fahrt durch Sachsen Plakate von diesen rechtspopulistischen Parteien, auf denen steht: „Demokratie bewahren". Man schaut sich das an und denkt: Was seid ihr für Leute? Welches Verhältnis habt ihr zu Demokratie? Vermutlich ein absolut funktionales, aber das ist nicht das, was Demokratie ausmacht. Demokratie ist eine Haltung. Vielleicht ist es sogar eine Kulturtechnik, weil sie im Kern bedeutet, dass ich respektiere, dass ich weiß, es gibt nicht die einige, eine richtige Meinung, es gibt nicht nur eine Position, die möglich ist, sondern es muss immer darin bestehen, Dinge zusammenzuführen. Nur, wenn man das beachtet, kann man am Ende diesem Land auch eine gute Richtung geben. Darum geht es, meine Damen und Herren. Darum geht es auch bei den bevorstehenden Wahlen. Dieses Land braucht wirtschaftliche Kraft und es braucht eine Partei wie die Union, die das gemeinsam auf den Weg bringt. Wir haben mit diesem Grundsatzprogramm in sehr, sehr viel Arbeit und der Einbindung von so vielen Menschen, auch so vielen Gruppen und so vielen Experten auch von außen einen Plan für die Zukunft gemacht, mit dem wir mit Zuversicht, mit Mut und mit Entschlossenheit nach vorn gehen können, die Wähler ansprechen können und auf die wichtigen Zukunftsfrage eine Antwort geben. Ich freue mich auf die Diskussion morgen, auf die Beschlussfassung und bin sehr dankbar, dass wir so gemeinsam diesen Weg gegangen sind. Diese Geschlossenheit, diese gemeinsame Arbeit, die macht uns stark. Die ist die Grundlage für die kommenden Jahre. Herzlichen Dank dafür und uns allen viel Erfolg für die Zukunft.

(Beifall)

Kai Wegner, Tagungspräsident: Vielen Dank, Michael Kretschmer. Hendrik Wüst betritt schon das Rednerpult und als Nächstes kann sich gern Boris Rhein fertigmachen.

(Beifall)

Hendrik Wüst: Lieber Kai, liebes Tagungspräsidium, lieber Friedrich Merz, erstmal vorweg vielen herzlichen Dank für diese starke und für diese ausgewogene Rede, großartig, vielen Dank dafür.

(Beifall)

Michael Kretschmer hat es gerade angesprochen, wir waren gestern nach den Gremiensitzungen und vor den Delegiertenvorbesprechungen gemeinsam am Brandenburger Tor bei einer Demonstration für Demokratie, gegen Hass und Hetze und gegen Gewalt. Es ist ein Phänomen, das es eben nicht nur im Osten gibt. In der letzten Woche ein gewalttätiger Übergriff auf zwei Grüne in Essen, Kai Gehring, den Bundestagsabgeordneten, Rolf Fliß, den ehrenamtlichen Bürgermeister von Essen. Es ist Zeit, dass wir das nicht als einzelne Phänomene betrachten von einzelnen Verwirrten, sondern das hat Methode. Das soll einschüchtern. Unsere Leute sollen daran gehindert werden, abends allein Plakate aufzukleben. Unsere Leute, die Demokratinnen, Demokraten, sollen daran gehindert werden, sich zu artikulieren, ihren Job zu machen, mitzuwirken an der freien Willensbildung dieses Volkes. Deswegen, Michael, danke, dass wir da gemeinsam Flagge gezeigt haben, auch für die CDU, gestern am Brandenburger Tor. Wir werden noch häufig Flagge zeigen müssen, aber wir werden stehen, als CDU gemeinsam Seite an Seite mit allen anderen Demokraten und werden diese Demokratie verteidigen.

(Beifall)

Die CDU ist die letzte große Volkspartei in Deutschland und in Europa, und den größten Dienst, den wir Deutschland und den wir Europa machen können, ist, dass wir genau das bleiben, die große Volkspartei der Mitte, nicht als Selbstzweck, nicht für uns, sondern für unsere Nachbarn und Arbeitskollegen, für die Studentin aus Jena genauso wie für den alleinerziehenden Vater in Stuttgart, für den Handwerker aus Dortmund, den Verkäufer im Supermarkt oder die Ärztin im Krankenhaus. Wir machen jedem ein politisches Angebot. Wir sind die Stimme dieser Menschen. Wir sind die Stimme der Mitte, und genau das wollen wir bleiben.

(Beifall)

Eine Politik von Mitte und Modernität, eine Politik von Ausgleich und Vernunft, das ist CDU pur. Christliches Menschenbild, das ist CDU pur. Christdemokratie heißt Realitäten erkennen, annehmen und zum Maßstab von Politik machen. Realitäten erkennen heißt, die wirtschaftliche Lage in Deutschland ist ernst. Es machen sich wieder viel zu viele Menschen Sorgen um ihren Arbeitsplatz. Viele Menschen machen sich Sorgen um die Zukunft ihrer Kinder und ihrer Enkelkinder. Nur mit Fleiß und mit harter Arbeit, vor allen Dingen aber mit besserer Politik wird Deutschland

wieder erfolgreich sein. Steuerpolitik, Sozialpolitik, Energiepolitik in Deutschland müssen ein Ziel haben: den Menschen die Zuversicht zurückgeben, Vertrauen der Unternehmerinnen und Unternehmer zurückgewinnen, in Deutschland zu investieren. Deutschland braucht eine Politik für die fleißige Mitte. Die Schultern entlasten, die unsere Gesellschaft tragen, auch das ist CDU pur.

(Beifall)

Realitäten erkennen heißt auch, viele Kinder können am Ende der Grundschule nicht gut genug Deutsch. Da ist Bildung zu Ende, bevor sie richtig angefangen hat. Natürlich hat das auch was damit zu tun, dass diese Kinder erst in den letzten Jahren zu uns nach Deutschland gekommen sind, vielfach, nicht alle, und dass die Eltern eben auch nicht gut Deutsch sprechen. Alles richtig, aber das sind alles unsere Kinder. Diese Kinder sind die Zukunft unseres Landes. CDU pur heißt für mich auch, jedem Kind eine Chance geben auf Aufstieg durch Bildung und Eltern und Großeltern die Zuversicht zurückgeben, ja, unsere Kinder haben eine gute Zukunft in diesem Land.

(Beifall)

Realität erkennen heißt, Deutschland ist längst ein Zuwanderungsland. Deutschland ist ein Land mit Migrationshintergrund. In unserer Gesellschaft leben Menschen mit ganz, ganz unterschiedlichen Wurzeln, darunter mehr als fünf Millionen Muslime. Wolfgang Schäuble hat uns den richtigen Kompass gegeben, mit dieser Realität umzugehen, vor fast 20 Jahren. Wolfgang Schäuble hat gesagt: „Der Islam ist Teil Deutschlands und Teil Europas. Er ist Teil unserer Gegenwart und er ist Teil unserer Zukunft.“ Ja, Wolfgang Schäuble hatte recht, aber Islamismus ist es nicht. Islamismus ist nicht Teil Deutschlands, nicht jetzt und auch nicht in Zukunft. Wer ein Kalifat will, der hat in Deutschland nichts zu suchen.

(Beifall)

Realität erkennen heißt auch, die Menschen in Deutschland haben ein großes Herz für Menschen auf der Flucht. Menschen in Deutschland wollen helfen. Aber inzwischen schon seit über einem Jahr, anderthalb Jahren schlagen immer mehr Bürgermeisterinnen und Bürgermeister Alarm, und zwar zurecht, denn Kitas, Schulen, Flüchtlingshelfer sind am Limit. Es geht nicht mehr darum, ob man helfen will; es geht darum, ob wir noch ordentlich helfen können. Unterbringung kriegen wir noch hin, schwierig, aber wir kriegen es noch hin, aber wenn man genau hinguckt, merkt man, an Integration ist immer weniger zu denken. Die Ampel ignoriert die Hilferufe der Praktiker, auch aus den eigenen Parteien, und lässt Kommunen und Länder im Regen stehen. Diese Probleme werden aber nicht von selber weggehen. Weltweit sind Jahr für Jahr über 100 Millionen Menschen auf der Flucht. Der Migrationsdruck auf

Europa, auf Deutschland wird groß bleiben. Die Ampel legt die Hände in den Schoß und lässt unser Land geradewegs in die nächste Flüchtlingskrise schlittern. CDU pur heißt hier, selbst stark bleiben, um denen helfen zu können, die unsere Hilfe wirklich brauchen. Wir müssen illegale Migration nicht begrenzen; wir müssen sie beenden.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, Deutschland ist die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Unter Führung der CDU galt Deutschland als Führungsnation der freien Welt. Es ist nicht so lange her, wie es klingt, aber davon ist nicht viel übriggeblieben. Ich will ein Deutschland, das seiner Verantwortung in der Welt gerecht wird. Ich will ein Deutschland, das sich und seine Partner verteidigen kann. Dazu brauchen wir eine starke Bundeswehr. Es ist gut, dass wir als CDU darüber debattieren, wie junge Menschen wieder einen Dienst für unser Land leisten können. Diese Debatte ist richtig. Es war gut und verdienstvoll, lieber Friedrich, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus der Bundestagsfraktion, dass die Unionsbundestagsfraktion dem Sondervermögen für die Bundeswehr zugestimmt hat, aber das reicht nicht. Deutschland muss das Zwei-Prozent-Ziel dauerhaft einhalten, und wir brauchen Nachrichtendienste, die wissen, was los ist in der Welt. Deutschland muss wehrhaft sein in aller Konsequenz.

(Beifall)

Ich will ein Deutschland, das an sich arbeitet. Unserer Verantwortung in der Welt gerecht werden, bedeutet auch, dass wir wirtschaftlich stark bleiben. Deutschland ist Exportland. Offene Märkte sichern unseren Wohlstand. Deshalb brauchen wir Freihandelsabkommen und wir müssen dafür sorgen, dass wieder mehr in Deutschland investiert wird. Wir brauchen einen leistungsfähigen gemeinsamen Kapitalmarkt in Europa, um Innovationen zu finanzieren, einen Kapitalmarkt, der insbesondere dem Mittelstand einfacher Kapital verschafft. Deutschland geht es gut, wenn die Weltwirtschaft brummt. Deutschland muss wieder raus aus dem Bremserhäuschen. Wir müssen Motor sein für Wachstum in der Welt, dann geht es allen gut, uns vor allen Dingen wieder besser.

(Beifall)

Ich will ein Deutschland, das seine Chancen nutzt, die Chancen dieser Zeit nutzt. Deshalb ein klares Ja zur künstlichen Intelligenz. Künstliche Intelligenz wird uns Möglichkeiten eröffnen, von denen Generationen vor uns nur geträumt haben. Wir können Volkskrankheiten wie Krebs und Demenz besiegen. Unsere Aufgabe ist, den Boden zu bereiten und unser Anspruch muss sein, dass Deutschland KI-Land Nummer 1 in Europa wird.

(Vereinzelt Beifall)

Ich will ein Deutschland, das den Menschen wieder Zuversicht gibt. Die Ampel steht für Streit und dadurch für permanente Verunsicherung. Wir Christdemokraten lieben dieses Land. Wir Christdemokraten wollen Deutschland wieder stark machen und voranbringen. Wir Christdemokraten stehen bereit, um Deutschland zurück auf die Erfolgsspur zu bringen. Dann kann es Deutschland besser gehen, weil wir Christdemokraten es besser können, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir haben gleich Wahlen. Deswegen will ich auch dazu etwas sagen. Die CDU Nordrhein-Westfalen schlägt heute Friedrich Merz zur Wiederwahl als Vorsitzenden der CDU Deutschlands vor. Wir tun das, lieber Friedrich, aus voller Überzeugung. Meine herzliche Bitte an euch alle, an Sie alle: Lasst uns gemeinsam Friedrich Merz den Rücken stärken; lasst uns ein Signal der Geschlossenheit senden. Einig und geschlossen sind wir stark, und eine starke CDU ist gut für Deutschland und gut für Europa. Vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hendrik Wüst. Als Nächstes begrüßen wir hier oben Ministerpräsident Boris Rhein aus Hessen und Ines Claus hält sich bitte bereit.

Boris Rhein: Liebe Freunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, aber ganz besonders natürlich lieber Friedrich Merz; lieber Friedrich, ich will ein ganz herzliches Dankeschön sagen, wirklich, für eine richtig starke Rede. Ich will ein herzliches Dankeschön sagen für eine ganz wichtige Standortbestimmung, die du vorgenommen hast. Ja, und das besonders herzliche Dankeschön will ich sagen für ein sehr klares Profil. Das ist ein Merzprofil, und das tut unserer CDU richtig gut, lieber Friedrich.

(Beifall)

Ich will auch das sagen: Ich erinnere mich sehr gut, wie das war nach dem Absturz, wie das war nach der Bundestagswahl. Ich erinnere mich sehr gut, wie das gewesen ist, als die Schwestern gestritten haben wie die Kesselflicker und heute, liebe Freunde, heute sind wir da, wo wir hingehören. Wir sind in Deutschland wieder die Nummer 1, und zwar mit einem starken Abstand zu allen anderen, die Nummer 1.

(Beifall)

Wir sind wieder Union. CDU und CSU sind so nah beieinander wie selten zuvor. Und, liebe Freunde, vor allem gilt eins: Wir haben wieder so viel CDU, so viel Profil, so viel CDU pur wie selten zuvor und das ist dein persönliches Verdienst, lieber Friedrich.

Dafür können wir dir alle dankbar sein. Du hast diese CDU aufgerichtet. Wir sind wieder da, und das ist etwas, was nicht vorgegeben war vor zwei Jahren und deswegen: Dankeschön für diesen Weg, den du mit uns gegangen bist, CDU pur.

(Vereinzelt Beifall)

CDU pur, das ist auch die Linie, die wir jetzt in Hessen fahren. Ich will mich auch bei Ihnen allen bedanken, bei der Fraktion, bei der Partei, bei allen, die uns geholfen und unterstützt haben in diesem Wahlkampf bis zum 08.10. Wir sind jetzt etwas mehr als 100 Tage im Amt als neue Landesregierung in Hessen in einer neuen Koalition, in einer christlich-sozialen Koalition. Wir haben die erste Erhebung nach der Landtagswahl, einen neuen Hessentrend von letztem Freitag: 37 Prozent für die CDU Hessen.

(Lebhafter Beifall)

Das sind 2,4 Prozent mehr als bei der Wahl und es sind insbesondere 2,4 Prozent weniger für die AfD. Ich finde, es ist ein enormer Vertrauensbeweis nach 100 Tagen und es hat einen einfachen Grund: Wir liefern und wir führen das Land und nicht schrille Debatten. Das ist genau der Unterschied, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall)

Sie haben es natürlich verfolgt und es ist schon angesprochen worden, ja, wir haben uns getrennt von unserem damaligen Koalitionspartner. Das war nicht immer einfach.

(Vereinzelt Beifall)

Es war kein einfacher Weg, aber nichts von dem, was wir in diesen 100 Tagen umgesetzt haben, wäre möglich gewesen mit den Grünen. Ich will es in aller Deutlichkeit sagen: Kein Verteilstopp für Flüchtlinge aus sicheren Herkunftsländern auf die Kommunen, keine Innenstadtoffensive der Polizei, keine IP-Adressenspeicherung gegen Kinderschänder, kein Genderverbot an Schulen und in der Verwaltung; nichts von dem wäre möglich gewesen. Die Grünen haben die Menschen überfordert. Sie haben sie überfordert mit Verboten. Sie haben sie überfordert mit Bevormundungen. Sie haben sie überfordert mit ihrer Ideologie und genau das ist das, was Menschen nicht wollen. Das ist das, was die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land nicht wollen.

(Vereinzelt Beifall)

Sie wollen Realpolitik; sie wollen eine klare Führung; sie wollen Orientierung und sie wollen die Union genauso, wie Friedrich Merz formuliert hat, wie Friedrich Merz

es in der Partei macht, wie er es in der Fraktion macht. Exakt auch das ist unser Angebot jetzt in Hessen in dieser neuen christlich-sozialen Koalition. Wir liefern Union pur bei der inneren Sicherheit mit einer massiven Innenstadtoffensive, über 25.000 Kontrollen in den ersten 100 Tagen, nicht nur in Kriminalitätsschwerpunkten, sondern auf Marktplätzen, auf Straßen, auf Wegen. Wir fahren endlich eine massive Offensive im Frankfurter Bahnhofsviertel, weil die Frankfurt-Ampel es nicht hinbekommt, weil die Stadtregierung es nicht hinbekommt, dieses Chaos in den Griff zu bekommen. Wir räumen da jetzt auf. Wir gehen da jetzt rein, und zwar offensiv gehen wir da rein, jede Woche mit hunderten von Beamten, die dort Ordnung schaffen. Das ist der neue Frankfurter Weg, Konsequenz statt Verständnis. Dealer gehören in den Knast und nicht auf die Kaiserstraße, ist das Motto.

(Beifall)

Es macht einen Unterschied. Es macht einen Unterschied, wer das Land regiert. Wir liefern in Hessen Union pur, und zwar auch für unsere Familien. Ich will Ihnen ein Beispiel nennen. Ich bin Ina Scharrenbach unglaublich dankbar, dass sie das mit ihrem Papier und mit ihren Punkten auch jetzt bundesweit auf den Punkt gebracht hat. Während die Ampel sich über die Familienpolitik streitet, liefern wir für unsere Familien. Wir führen ein Hessengeld ein und wir bringen Familien steuerfrei ins erste Eigenheim. Wenn eine Familie sich ein Eigenheim kaufen will, dann unterstützen wir sie und bitten sie nicht zur Kasse, und zwar mit unserem Hessengeld, 5.000 Euro pro Kind, 10.000 Euro pro Käufer, macht 30.000 Euro für eine Familie mit zwei Kindern, und zwar ohne Kaufpreisgrenze, ohne Einkommensgrenze, ohne Quadratmetergrenze. Das ist Politik für die breite Mitte und das ist das, was die Menschen von der Union erwarten, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Das Gleiche gilt natürlich auch bei der Wirtschaft. Wir steigen ein in eine aktive Wirtschaftspolitik, in Standortpolitik und es ist ein Kontrastprogramm zur Ampel. Leute, Deutschland ist in der Krise. Wir sind mitten in der Krise. Wir sind Schlusslicht beim Wachstum, und was ist die Antwort dieser Ampel? Die Antwort dieser Ampel ist ein Cannabisgesetz. Man muss sich das vorstellen. Es ist die komplett falsche Prioritätensetzung, die in unserem Land stattfindet. Wir brauchen kein Cannabisgesetz. Wir brauchen ein Konjunkturpaket: Unternehmenssteuerreform, Abschaffung des Soli für Unternehmen, eine echte Preisbremse für die Energie. Das ist es, das, was wir jetzt gerade brauchen. Ich sagte, es macht einen Unterschied, wer das Land regiert, und das ist auch das Motto, was wir den Leuten von diesem Parteitag mitgeben müssen. Es macht auch beim Gendern einen Unterschied, wer das Land regiert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt wichtigere Probleme.

Das mag so sein, aber wer entscheidet eigentlich, was die wichtigen Probleme sind und was die nicht wichtigen Probleme sind? Die Menschen jedenfalls haben die Nase voll von Genderwahnsinn.

(Beifall)

Sie wollen keine Unterstriche; sie wollen keine Gendersternchen; sie wollen kein Binnen-I; sie wollen das alles nicht. Deswegen haben wir in Hessen geliefert. Wir haben das härteste Gesetz, das härteste Genderverbot in Deutschland: Gendern mit Sonderzeichen als Fehler im Abitur, Gender-Aus in der gesamten Verwaltung, Genderverbot in der Auftragsverwaltung der Hochschulen, in den Staatsexamina. Das ist das, was die Bürgerinnen und Bürger wollen und was die Bürgerinnen und Bürger von uns als Union erwarten.

(Vereinzelt Beifall)

Jetzt werden wir in den nächsten Wochen gemeinsam für Europa kämpfen, weil es in der Tat um alles geht. Friedrich hat das sehr deutlich gemacht; es geht um alles. Es geht um unsere Sicherheit. Noch nie war dieses Europa so wichtig für unsere Sicherheit, für unseren Frieden. Liebe Freunde, das ist ja unsere Marke als Union. Nie war es wichtiger als jetzt. Wir stehen wie keine andere Partei in Europa für ein sicheres Europa, für sichere Grenzen, für eine europäische Armee. Wir bieten China die Stirn und nicht unsere Häfen. Das unterscheidet uns von den anderen. Vor allem, auch das gilt, auch das ist gesagt worden, wir bringen mit unserer Kommissionspräsidentin, Ursula von der Leyen, Europa auf Augenhöhe mit der Welt. Wir müssen den Menschen bei dieser Wahl sehr klar machen, eine Chaosampel in Brüssel ist ein Sicherheitsrisiko für Europa und für unsere Freiheit. Deswegen lasst uns jetzt einen knackigen Europawahlkampf machen und dann unterstützen wir unsere Freunde in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, Michael Kretschmer, Mario Voigt und Jan Redmann, großartige Typen, und ich hoffe auch, dass wir sie bald dann im Kreise der Ministerpräsidenten begrüßen können, weil dann geht es noch besser, dann sind wir noch stärker und dann können wir noch besser unterstützen. Deswegen gilt heute und ab sofort: CDU wählen, Euro-Ampel verhindern, Europa weiterführen. Das ist unser Auftrag. Das ist das Signal, was von diesem Parteitag ausgehen sollte. Mein Dank gilt Ihnen allen, dass Sie mir jetzt zugehört haben. Alles Gute und eine gute Zeit.

(Lebhafter Beifall)

Kai Wegner, Tagungspräsident: Herzlichen Dank, Boris Rhein. Als Nächstes Ines Claus und dann kann sich Jan Redmann bereitmachen.

Ines Claus: Vielen herzlichen Dank, liebes Tagungspräsidium, sehr geehrte Delegierte, und das ist das, live, was wir meinen, aus Hessen, was Geschlossenheit be-

deutet, was Teamstärke bedeutet. Wenn man hier unseren Ministerpräsidenten erlebt, dann kann man nur sagen, das ist großartig; das ist Union pur, und das geben wir auch gerne an die Bundes-CDU weiter, liebe Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist der Grund für 34 Prozent bei der Wahl und jetzt 37 Prozent im Hessentrend. Wenn wir uns das anschauen, wo wir hier auch gerade sind, das ist ein ganz besonderer Parteitag, ja, vielleicht sogar ein historischer. Zwei Wochen vor dem 75. Geburtstag unseres Grundgesetzes, zwei Tage vor dem 8. Mai, das ist besonders in unserer Geschichte, und insoweit war es so wichtig. Deswegen will ich ein herzliches Dankeschön dir sagen, lieber Friedrich, für diesen Start in diesen Parteitag, denn du hast sehr, sehr deutlich gemacht, du bist strikt; die Ampel streitet. Du hast einen Plan; die Ampel ist planlos. Du hast Orientierung; die Ampel ortet sich noch. Du entscheidest, und die Ampel enthält sich. Denn bei einer Regierung, bei der man nicht weiß, ob sie streitet, ob sie sich enthält, wie die Haltung momentan gerade ist, erlebt man eine Verunsicherung des ganzen Landes und das ist problematisch für die Menschen. Deswegen ist deine klare Sprache, deine Orientierung halt so wichtig für uns. Vielen herzlichen Dank dafür.

(Vereinzelt Beifall)

Dank Friedrich Merz sind wir eben bundesweit wieder eine geschlossene CDU geworden. Wir sind ein Land voller Ideen. Dank ihm haben wir ein Fundament für unsere Arbeit und wieder den Mut, auch Themen zu setzen und vor allen Dingen gemeinsam für unsere Ideen zu kämpfen. Ganz klar ist, und das will ich doppelt unterstreichen, schaut man in die Länder, wie in Hessen oder auch in andere Länder, erkennt man, es macht einen Unterschied, wer regiert. Und da, wo die Union regiert, geht es den Menschen besser, und das sollte jetzt unser Antrieb sein, unsere Positionen nach außen zu vertreten. Und ja, wir müssen es auch immer sagen: Wir haben viele gute Ideen und häufig sind wir diejenigen mit den Alleinstellungsmerkmalen. Denn wir sind gegen Extremisten jeder Art; wir sind gegen die Linken; wir sind gegen die Rechten und gegen die Islamisten und das ist ein Alleinstellungsmerkmal mit uns, wo wir sagen müssen: Jetzt müssen wir unsere Themen, unsere konkreten Themen anpassen und diejenigen, die Extremisten bei uns im Land sind, die haben hier nichts verloren. Denn wir sind es unseren Kindern schuldig, dass wir Sicherheit auf unsere Straßen und Freiheitsgefühl auf unsere Straßen zurückbringen. Deswegen müssen wir sehr, sehr deutlich in unserer Haltung sein. Die Menschen nehmen nämlich momentan viel Schlechtes in Deutschland wahr. Von der Ampel werden sie schlecht regiert und von den Radikalen wird ihr Land schlechtgeredet. Deswegen ist es so wichtig, dass wir mit Mut, Entschlossenheit und Zuver-

sicht nach vorne gehen. Deswegen danke, lieber Friedrich, für diesen Start in den Parteitag. Und ich will mit einem Zitat aus unserem Grundsatzprogramm schließen, was nämlich verdeutlicht, was der Auftrag für heute, für morgen und vor allen Dingen für die nächsten Jahre ist. „So", steht da drin, „so, wie die Frauen und Männer, die unsere Partei 1945 gründeten, glauben wir an eine bessere Zukunft für alle. Wir wollen diese Zukunft gestalten, mit Mut, Entschlossenheit und Zuversicht." Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Als nächster Redner ist Jan Redmann dran.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Jan Redmann: Liebe Freundinnen und Freunde, lieber Friedrich, herzlichen Dank für deine Rede. Du hast in diesem Saal für ein Aufbruchsgefühl gesorgt, das mit Händen zu greifen war. Mit Kraft, mit Geschlossenheit und mit einem Plan für unser Land rufen wir den Menschen zu: Wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen, Verantwortung in Europa, Verantwortung im Bund, Verantwortung in Sachsen, in Thüringen und in Brandenburg, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Im Blick auf die politischen Mitbewerber wird auch eines klar: Mit denen ist kein Blumentopf zu gewinnen. In Brandenburg, da gibt es die einen, die sind vollauf damit beschäftigt, auf 30 Jahre zurückzublicken und sich selbst auf die Schulter zu schlagen, aber verlieren dabei die Zukunft aus den Augen. Dann gibt es die anderen, die wollen, dass wir so leben, dass es ihnen in ihren ideologischen Kram passt. Dann gibt es da noch die dritten, die können sich gerade nicht einigen, ob sie unser deutsches Vaterland lieber an China oder an Russland verscherbeln wollen. Das ist doch die Wahrheit, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wer Anstand und wer Anspruch in der Politik sucht, der kommt an der Union nicht vorbei. Wir sind auf Bauerndemos und auf Demos gegen Rechtsextremismus. Wir sind auf dem Fußballplatz bei Bratwurst und im Museum Barberini und der Nationalgalerie. Wir sind in meinem Wahlkreis in Berlinchen, einem Dorf mit 200 Einwohnern, und wir sind in Berlin, unsere Hauptstadt mit vier Millionen. Die Union, die CDU, sie ist überall in Deutschland bei den Bürgern, bei den Unternehmen, bei denen, die etwas für dieses Land erreichen wollen, die etwas bewegen wollen, die sich was vorgenommen haben, die Ambitionen haben; an dieser Seite steht die Union.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, der Michael Kretschmer, der Mario Voigt und ich, wir sind uns der Verantwortung, die wir in diesem Wahljahr haben, wohl bewusst. Wir wissen nur zu genau, dass es in vielen Teilen Ostdeutschlands, gerade in den ländlichen Regionen, nur noch uns gibt im Bereich des anständigen politischen Spektrums. Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, all jenen, die vielleicht gerade in der Tür stehen und überlegen, der Demokratie den Rücken zuzuwenden, ein Angebot zu machen, sie bei der Hand zu nehmen und sie wieder zurückzuführen in die freiheitlich-demokratische Grundordnung, ihnen zu sagen: „Dieses Deutschland, für das meine Eltern 1989 auf die Straße gegangen sind, dieses Deutschland ist wertvoll. Engagiere dich; du kannst hier etwas verändern. Du wirst gehört mit deinen Sorgen und wir entwickeln gemeinsam Lösungen für deine Probleme."

(Vereinzelt Beifall)

Lieber Friedrich, lieber Carsten, ich möchte mich sehr herzlich bedanken für den Rückenwind, der aus Berlin uns in den Ländern, in den Landtagswahlkämpfen hilft. Brandenburg ist die letzte verbliebene Herzkammer der SPD, und wir werden auch diese Herzkammer für die Union gewinnen. Die SPD in Brandenburg, nicht nur in Brandenburg, aber auch in Brandenburg, ist saft- und kraftlos. Sie schafft es an vielen Orten nicht mal mehr, Kommunalwahllisten aufzustellen. 30 Jahre SPD-Bildungspolitik haben in Brandenburg dazu geführt, dass mehr als die Hälfte der Schülerinnen und Schüler am Ende der vierten Klasse nicht anständig lesen, schreiben und rechnen kann. Das ist die Wahrheit. Das ist die Bilanz sozialdemokratischer Bildungspolitik in Brandenburg, und wir werden diese Politik, die zukunftsvergessen ist, die kein Angebot hat für die nächste Generation, kein Angebot hat für unsere Wirtschaft, kein Angebot hat für die Zukunft dieses Landes, wir werden dafür sorgen, dass diese Politik abgewählt wird, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir werden den Brandenburgerinnen und Brandenburgern sagen: „Lasst euch nicht verampeln." Unser Land hat Besseres verdient. Unser Land hat eine bessere Politik mit der CDU verdient. Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber Jan, vielen Dank. Falls es noch nicht aufgefallen ist, hier oben gab es auch einen Wechsel und die Neuen von hier oben sagen auch ganz herzlich hallo und guten Tag. Als nächster Redner dürfen wir den Vorsitzenden der Jungen Union, Johannes Winkel, hier oben begrüßen.

(Vereinzelt Beifall)

Der Nächste, Ministerpräsident Daniel Günther, kann sich schon bereithalten.

Johannes Winkel: Wofür steht ihr eigentlich? Das war die zentrale Frage am Wahlkampfstand bei der Bundestagswahl 2021 von den Menschen an die CDU. Wofür steht die Union eigentlich noch? Dass ihr gegen Rot-Rot-Grün seid, da wären wir gerade noch selber draufgekommen. Liebe Freunde, wir werfen den Grünen und Linken oft vor: Ihr seid so ideologisch. Aber wenn man das macht, dann muss man auch Antworten auf die Fragen haben: Was ist denn unser programmatisches Fundament, und wie sieht denn unser intellektueller Überbau aus? Manche sagen, die CDU ist keine Programmpartei, war sie noch nie. Wir sind die CDU, eine Regierungspartei, und es stimmt ja auch. Klar wollen wir Macht, aber, liebe Freunde, Macht, Posten, der Machterhalt, das ist doch alles kein Selbstzweck. Machtgewinn und Machterhalt sind politische Verantwortung und Pflicht, den Menschen Antworten zu geben, und wir müssen gerade in diesen schwierigen politischen Zeiten als Union wieder Antworten geben, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben heute bei diesem Bundesparteitag die Gelegenheit, dass die CDU endlich wieder CDU-Antworten gibt bei der Migration, bei der Energie, bei der Verteidigung, und lasst uns dabei die Partei sein, die die junge Generation ernstnimmt durch eine faire Finanzierung der Rente, durch die Schuldenbremse, bei der Digitalisierung. Klar, dieses Grundsatzprogramm, das trägt die Handschrift vieler, aber es braucht auch einen, der den Kompass einnordet, der die Klarheit herstellt und der den Kurs vorgibt, und das ist dein Verdienst, lieber Friedrich Merz.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freunde, es gibt eine aktuelle Studie unter jungen Menschen, und die hat gezeigt, was wir in der Jungen Union schon länger sagen: Die Jugend tickt nicht grün. Die junge Generation wählt nicht links. Die junge Generation will aber klare politische Antworten, und sie ist momentan enttäuscht, und das geht so weit, dass viele junge Menschen resigniert sind. Lassen Sie uns die Partei sein, die gemeinsam sagt: Wir machen Deutschland wieder Hoffnung; Wir machen den Menschen wieder Mut, und wir sind die Partei, die sagt: Gerade in ganz schwierigen politischen Zeiten ist es Zeit für Optimisten. Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, dann darf ich Daniel Günther auf die Bühne bitten, und als nächste Rednerin wäre dann Ina Scharrenbach dran.

(Vereinzelt Beifall)

Daniel Günther: Lieber Friedrich Merz, liebe Delegierte des Bundesparteitages, es ist mir erstmal ein Bedürfnis, dir, lieber Friedrich, für deine Rede gerade eben ausdrücklich zu danken. Ich habe das bei der Regionalkonferenz schon so wahrgenommen, aber heute ganz besonders wahrgenommen, dass du die richtigen Themen adressiert hast und, wie ich finde, wirklich beeindruckend an uns alle nochmal ausgesandt hast, dass es unsere Verantwortung ist, dass die Hoffnungen der Menschen auf die Christlich Demokratische Union gerichtet sind, dafür, dass wir in Deutschland wieder Zuversicht bringen. Das ist unsere große historische Verantwortung und ich bin dir wirklich sehr, sehr dankbar, lieber Friedrich, wie unmissverständlich du das eben in deiner Rede deutlich gemacht hast.

(Beifall)

Ich weiß, dass das immer schnell als Kritik wahrgenommen wird, wenn man sagt, 31 Prozent ist noch nicht das, wo wir hinwollen. Deswegen will ich nochmal ausdrücklich sagen, dass das, glaube ich, uns alle miteinander eint, dass wir eine Verantwortung dafür haben, dass wir es schaffen können, bei der Bundestagswahl auch noch mehr zu holen, und dass ihr eine hervorragende Arbeit dafür leistet, dass wir wieder wahrnehmbar sind, dass du das als Partei- und Fraktionsvorsitzender machst. Und ich glaube, es ist kein Geheimnis, dass wir ja früher nicht immer auf einer Seite gestanden haben, aber, lieber Friedrich, ich will das ausdrücklich respektieren: Du bist ein hervorragender Partei- und Fraktionsvorsitzender. Du gibst unserer Partei Gesicht, ein klares Profil und das ist gut für die Christlich Demokratische Union.

(Beifall)

Das gilt genauso für Carsten Linnemann, für den Grundsatzprogrammprozess, wie er ihn moderiert und organisiert hat, und deswegen glaube ich, werden wir heute auch wichtige Weichenstellungen vornehmen. Wir schaffen das nur, so viele Menschen anzusprechen, wenn wir breit aufgestellt sind, wenn wir auch unterschiedliche Meinungen aushalten. Ich glaube auch, dass wir MPs eine wichtige Verantwortung dafür haben, weil wir den Unterschied eben zeigen. Da, wo die Union in den Ländern regiert, geht es den Menschen besser. Wir können auch in Zeiten mit großen Herausforderungen Mut machen. Wir zeigen das in den Ländern. Wenn wir gut in Verantwortung in den Ländern sind, haben die Menschen auch wieder Hoffnung darauf, dass es besser wird, wenn die Union die Bundesregierung wieder in unserem Land führt.

(Beifall)

Deswegen ist meine feste Überzeugung, unser Hauptgegner ist eben die AfD, auch in den Bereichen. Sie ist eine Gefahr für die Demokratie. Sie ist eine Gefahr für

Wohlstand in unserem Land, für Sicherheit und deswegen ist sie mit keiner anderen Partei vergleichbar. Wir müssen alles dafür tun, dass diese Partei niemals in Verantwortung in Deutschland kommt. Das ist unsere Aufgabe als Demokraten, dass wir uns dem in den Weg stellen. Das werden wir auch schaffen bei allen Wahlen, die in diesem Jahr auch in Deutschland stattfinden, liebe Parteifreunde.

(Vereinzelt Beifall)

Ich weiß, dass sich mancher immer etwas darüber wundert, dass ich sehr respektvoll auch über den politischen Gegner spreche, und dass das auch manchmal irritiert. Ich glaube, dass es richtig ist, dass wir als Christdemokraten Zusammenhalt predigen, dass wir bei allen Unterschieden auch deutlich machen, dass in anderen demokratischen Parteien auch Menschen sind, die wir respektieren, dass die auch etwas Gutes wollen. Ich sage das auch aus einer Erfahrung, die ich gehabt habe, als ich mit Robert Habeck, mit dem wir viele politische Unterschiede haben, in Berlin mit ihm zusammen beim Handball war und mit ihm ein Foto gepostet habe und ich zu dem Zeitpunkt wusste, als ich das entschieden habe, was in den sozialen Medien los sein wird. Wenn Sie sich den Post angucken, da waren 2.000 Leute, die da kommentiert haben: „Wie kannst du dich mit diesem Typen in der Öffentlichkeit zeigen?“ Ich sage euch, bei allen politischen Unterschieden, wir waren dort in der Halle, haben gemeinsam für Deutschland geschrien, weil die gegen Frankreich gespielt haben, und wenn wir in unserem Land nicht mehr in der Lage sind, bei allen politischen Unterschieden auch mal alle Fünfe gerade sein zu lassen und zu sagen: Mir egal, wenn es um Deutschland geht, dann stehen wir gemeinsam zusammen. Es war ein Erlebnis, in Berlin mal wieder zu erleben, dass den Menschen dort diese politischen Unterschiede wurstegal gewesen sind. Die haben alle gemeinsam für Deutschland geschrien und das müssen wir in unserem Land wieder erreichen, liebe Parteifreunde.

(Beifall)

Das heißt eben auch, Optimismus zu verbreiten. Wir sind in unserem Land auch durch die Politik der Ampel in einer so destruktiven Weise unterwegs, dass wir alles in unserem Land schlechtreden. Wir haben eine Fußballeuropameisterschaft. Wir haben jetzt entschieden, dass wir dafür auch Terminpläne machen, als Werbemittel. Natürlich, in den Zeiten, in denen wir uns befinden, gab es schon Überlegungen, ob wir nur die Vorrunde ausdrucken, um ein bisschen Papier zu sparen. Aber in Wahrheit haben wir eben mit unserer Abstimmung gezeigt, dass hier auch ein Glaube wieder dafür da ist, dass wir auch bei der Europameisterschaft in unserem Land etwas leisten können.

Ich erzähle das immer ein bisschen anekdotisch aus unserem Land, um mich ein bisschen aufzubauen: Wir haben bei uns in Weissenhäuser Strand einen Menschen, der hat damals versteigert bei der WM 2014. Da konnte man sich den Schuh von Mario Götze ersteigern für eine Millionen Euro. Das war dem zu teuer. Dann hat er sich das Tor von Rio organisiert. 20.000 Euro hat er dafür bezahlt. Das steht jetzt bei uns in Schleswig-Holstein und wenn Sie dahingehen wollen und mal erleben wollen, dass wir etwas können, dann gehen Sie in diesen Raum, wo das Tor von Rio steht. Da ist der Fußball unten fest an einem Seil, damit sie auch nicht danebenschießen können, und dann können Sie genau diese Situation, als Mario Götze damals das Eins-zu-Null für uns beim WM-Finale geschossen hat, nachspielen, mit dem Fuß ins linke Eck treffen. Dann wissen Sie wieder, dass wir in Deutschland etwas schaffen können. Wer, wenn nicht wir als Christdemokraten, müssen das den Menschen wieder verdeutlichen, dass wir die Stärke in unserem Land haben, dort alles zu rocken, dass wir übrigens auch die Stärke haben, in diesem Jahr alle Landtagswahlen zu gewinnen? Ich sage das ausdrücklich: Ich möchte, dass Michael Kretschmer Ministerpräsident in Sachsen bleibt, dass Jan Redmann Ministerpräsident in Brandenburg wird und ich möchte auch, Mario Voigt, bei allem Respekt, was ich über deinen Amtsvorgänger gesagt habe: Du musst Ministerpräsident in Thüringen werden, weil das gut für Thüringen ist.

(Beifall)

Dafür müssen wir als Christdemokraten kämpfen. Lieber Friedrich, mit dir an der Spitze, mit einem Superergebnis heute und bitte auch einem Superergebnis für alle, die in Deutschland für das Profil der Union sorgen. Das muss das Signal dieses Parteitages werden, dann werden wir auch wieder 40 Prozent holen. Danke, wir werden das schaffen, liebe Parteifreunde.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Daniel Günther. Als nächste Rednerin ist dann Ina Scharrenbach dran und bereithalten kann sich dann schon mal Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Tagungspräsidentin, und vielen Dank, lieber Friedrich Merz, für diese sehr grundsätzliche Rede als Einstieg in den 36. Parteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Diese Rede markiert zugleich den Auftrag, den wir haben mit diesem Parteitag, und es macht deutlich, was in den vergangenen zwei Jahren alles auf den Weg gebracht wurde. Denn zugegebenermaßen, ich darf in Nordrhein-Westfalen die Bau- und Wohnungspolitik verantworten und alle, die gerade in der Bauwirtschaft unterwegs

sind, wissen, Schaum und Silikon ersetzen keine Präzision. Das gilt offen gesagt auch für die Politik. So, und das, was wir gerade in Berlin von der Ampel erleben, ist rot-grün-gelber Schaum; es ist rot-grün-gelbes Silikon, aber das ersetzt nicht die politische Präzision, die es braucht in dieser Zeit. Wir erleben doch, dass in ganz vielen Teilen Deutschlands, ganz viele Menschen wirklich durcheinander sind vor dem Hintergrund der Herausforderungen, die auf die Bundesrepublik Deutschland einströmen. Deswegen ist es umso wichtiger, dass wir dieses Grundsätzliche diskutieren. Deswegen war diese Rede von Friedrich Merz umso wichtiger, weil wir einen Bundesvorsitzenden haben, der Haltung hat, der Werte hat und der Werte und Kompass vermittelt, und das braucht Deutschland mehr denn je in diesen Zeiten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin auch dankbar, sehr dankbar, für den Grundsatzprogrammprozess, den wir miteinander haben gestalten dürfen. Philipp Amthor und ich haben die Fachkommission Moderner Staat leiten dürfen und glauben Sie mir eins, in unserer Fachkommission so wie in allen anderen Fachkommissionen war es auch Auftrag, Gegensätzliches grundsätzlich miteinander in die Diskussion zu bringen und in eine Linie zu führen. Wir merken doch eines auch in dieser Zeit: Es gibt natürlich politische Mitbewerberinnen und Mitbewerber, die großen Wert darauf legen, wertelos unterwegs zu sein. Aber deswegen macht die Union eben den Unterschied, weil Wertelosigkeit zugleich Wertlosigkeit ist und Christlich Demokratische Union heißt, Haltung zu haben, heißt, Werte zu haben, und die kommen in diesem Grundsatzprogramm, mit dem wir uns in den nächsten Tagen auseinandersetzen werden, mehr als heraus. Eins ist auch verstanden von uns als Union: Die Menschen sind frei und die Menschen sind mündig. Das hat die aktuelle Bundesregierung nicht verstanden, denn wenn Sie die Debatte um das Heizungsgesetz verfolgen, dann war das ein Fanal, weil man bis in den Keller hineinregiert hat, weil man die Menschen für unmündig erklärt hat, weil man ihnen sagen wollte, was sie denn zu tun und zu lassen haben. Deswegen setzen wir als Union da einen absoluten Kontrapunkt. Eins werden wir auch tun, und das hat Friedrich Merz mehr als deutlich gesagt: Die Union ist stolz auf unser Grundgesetz, was wir in diesem Jahr zum 75. Mal feiern werden, aber Union heißt eben auch, wir lieben Schwarz-Rot-Gold. Das sind unsere Farben. Union heißt auch: Einigkeit und Recht und Freiheit ist unser Auftrag. Es ist unsere Verantwortung, und wenn wir im Inneren einig sind, dann sind wir auch stark vor dem Hintergrund der Veränderungen, die wir zu gestalten haben. Deswegen hat dieser Bundesvorstand in den vergangenen zwei Jahren unter Friedrich Merz, unter einem Politiker, der mit Haltung daherkommt, der mit ordnungspolitischer Klarheit daherkommt, die richtigen Weichen gestellt für diesen 36. Partei-

tag und dafür, dass die Union diese Republik wieder regieren kann, weil wir sie regieren wollen und weil wir es zugegebenermaßen auch können. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Liebe Ina, vielen Dank. Als nächster Redner darf ich dann Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff auf die Bühne bitten, und bereithalten kann sich in der Zwischenzeit dann auch Dr. Markus Reichel.

Dr. Reiner Haseloff: Liebe Freundinnen und Freunde, seit 1990, seit dem Vereinigungsparteitag durfte ich auf jedem Parteitag dabei sein. Für mich ist es immer auch ein erhebendes Gefühl, diese Tage erleben zu dürfen. 1990 war für uns eine Zäsur. Das ist jedem, der damals dabei war, bewusst. Wir sind damals bewusst durch freie Entscheidung der freigewählten Volkskammer dem Gebiet des heutigen Grundgesetzes beigetreten und damit wieder Bestandteil des wiedervereinigten Deutschlands und der Europäischen Union und auch der NATO geworden. Wenn ich heute aktuelle Diskussionen erlebe: Warum ist bezüglich der jetzigen Ampelpolitik nicht mehr drin als 30, 31, vom Potenzial her vielleicht 34, 35 Prozent? Da muss ich schon mit Blick auf die Vergangenheit sagen, ist es nicht schon eine ganz hervorragende Leistung, wenn ein Parteienspektrum sich fast verdoppelt hat und wir genauso viel Prozente auf die Waage bringen, wie die derzeitige Regierungsampel nur zur Hälfte, dass wir grundsätzlich nicht alles falsch gemacht haben können in den letzten zweieinhalb Jahren.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin dankbar, dass nach den Anläufen, die wir da nehmen mussten, wir jetzt eine solide und auch mit der CSU wieder gut zusammenarbeitende Parteifamilie geworden sind, die Union, die erkennbar ist durch eine klare Oppositionsarbeit auf der Bundesebene. Auf der anderen Seite wissen wir, was in diesem Jahr alles bevorsteht. Wir wissen, was bei den Wahlen alles passieren kann, wie priorisierend das auch für die Bundestagswahl wirken kann, zumindest in der medialen Widerspiegelung und auch in den Emotionen. Ich möchte uns insgesamt aufrütteln und daran erinnern, dass wir als Partei der Deutschen Einheit eine besondere Verantwortung haben, dass auch das Wahlverhalten in Deutschland immer eng beieinanderbleibt. Ich sage das deswegen, weil rein die Statistik, aber eben auch die teilweise bitteren Ergebnisse, auch der letzten 34 Jahre, eins immer zutage gefördert haben: Wir haben immer dann die Kanzlerin oder den Kanzler gestellt, wenn im Osten und im Westen gleichgute Ergebnisse erzielt wurden, und die Kanzler sind im Osten verhindert worden, wenn es einen großen Abstand gegeben hat. Edmund Stoiber wäre damals im Westen Kanzler geworden, wenn nicht Schröder im Osten sehr, sehr

deutlich vorne gewesen ist. Selbst Helmut Kohl ist 98 nicht im Westen, sondern im Osten abgewählt worden, weil der Unterschied zehn und mehr Prozent gewesen ist. Das war bei der letzten Bundestagswahl 2017 bei uns in Deutschland auch der Fall. Dann ist mehr oder weniger der Osten das Zünglein an der Waage. Ich sage das deswegen, weil wir uns alle als Union Deutschlands mit allen Landesverbänden jetzt hinter die wahlkampfführenden Landesverbände formieren und gemeinsam darum kämpfen müssen, dass wir dort gute Ergebnisse erzielen. Für mich ist das brutal, zu denken, bzw. ist es fast schon ein Trauma, wenn es möglich sein könnte, dass bei der Europawahl der gesamte Osten blau sein könnte und die Direktmandate komplett an die AfD gehen, wie es die Demoskopen momentan voraussagen. Liebe Freundinnen und Freunde, das darf nicht passieren.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen bitte ich, sich auch darauf zu konzentrieren, wie wir insgesamt als Union auch über Europa sprechen, nicht nur, dass im Koalitionsvertrag der Ampel steht, wenn wir mit Ursula von der Leyen nicht vorne liegen, dass wir dann einen grünen Kommissar bekommen. Das müssen wir den Leuten nochmal klarmachen: Wir bekommen eine grüne Kommissarin oder Kommissar für Deutschland in Brüssel, wenn wir nicht vorne liegen. Dazu muss auch insgesamt die CDU und die CSU vorn liegen in ganz Deutschland, in allen Landesverbänden bzw. in allen Bundesländern. Es geht auch darum, dass wir den Leuten auch klarmachen, auch im Osten, durch ein sehr sensibles Argumentieren, was auch medial insgesamt, aber auch parteipolitisch insgesamt, von der Union Deutschlands auch mitgetragen werden muss, welche Vorteile wir gerade im Osten durch die Wiedervereinigung und auch die Möglichkeit der Europäischen Union, nicht nur der NATO als Sicherheitsbündnis, sondern auch mit der Europäischen Union verbunden sehen. Das muss unsere Aufgabe sein und deswegen bin ich hier an dieser Stelle auch bereit, nochmal uns gemeinsam zu formieren, dass wir das auch mit in den Vordergrund stellen.

Abschließend möchte ich eines sagen: Friedrich Merz hat heute hier eine fulminante Rede gehalten. Er begleitet mich schon viele, viele Jahre bei meinen Wahlkämpfen, die schon vor 15 Jahren begonnen haben. Er hat immer, auch durch seine wirtschaftliche Tätigkeit im Osten und auch in Sachsen-Anhalt, einen tiefen Fuß drin gehabt und war immer da, wenn es darum ging, uns nach vorne zu bringen, aber auch politisch entsprechend zu unterstützen, im Mittelstand, aber auch im Handwerk und darüber hinaus, auch für sozialpolitische Veranstaltungen. Ich kann nur eins sagen: Wenn einer den Osten versteht, eben auch aufgrund seiner Erfahrung, obwohl er aus Nordrhein-Westfalen kommt und das als Westdeutschland per se eingestuft wird, ist er derjenige, der am besten weiß, wie wir das gemeinsam wuppen

können, dass eben ein neuer Kanzler und unser Kanzler dann auch in ganz Deutschland gewählt wird, weil der Osten auch mitzieht. Ich bin dankbar, dass wir in den Wahlkämpfen jetzt in allen Bundesländern sagen können, woran wir profiliert erkennbar sind, dass wir mit dem Stichwort Leitkultur – was wir kaum versuchen, in den Mund zu nehmen, auch heute ist man, ein bisschen drum rumgewandert, obwohl wir es ganz bewusst, und Friedrich Merz hat das ja auch begründet – im Grundsatzprogramm stehen haben, klar erkennbar machen, was mit der deutschen Nation, der wir 1990 beitreten konnten nach der friedlichen Revolution 1989, insgesamt am Wertvollen zu bieten haben und dass das unser europäischer Bestandteil ist einer Gemeinschaft, die es so noch nie gegeben hat und die nach 45 dafür sorgen sollte, dass es keinen Krieg mehr gibt. Das hat diese Gemeinschaft auch gehalten.

Deswegen bin ich ganz klar bei der Position von Friedrich Merz und unserem Grundsatzprogramm. Mit diesem Grundsatzprogramm können wir echt punkten, auch gerade im Osten, auch, wenn es darum geht, dass wir es gemeinsam schaffen, wieder einen Nationalstolz zu entwickeln, der auch zur Wehrbereitschaft und zur Verteidigungsbereitschaft aufruft und auch in der Lage ist, eine Demokratie als freiheitlich-demokratische Grundordnung mit eigenen Kräften in die Lage versetzt, sich entsprechend auch zu bewähren und in einer Gemeinschaft auch in Bündnis der NATO entsprechend die Positionen wahrzunehmen, die wir eigentlich immer schon hätten wahrnehmen müssen, wo wir uns aber viele, viele Jahre gescheut haben, eine Position klar zu formulieren. Mit diesem Grundsatzprogramm, das wir wirklich jedem in den Briefkasten stecken sollten, haben wir die Chance, diese Punkte wieder reinzuholen, die wir in den letzten Monaten und Jahren verloren haben, vor allen Dingen in eine Richtung hinein, für die es für uns immer ein klares Tabu gegeben hat. Dass es überhaupt eine Gründung dieser Partei aus der westdeutschen Elite heraus gegeben hat, ist für mich eine Bankrotterklärung der damaligen Zeit gewesen. Wir hätten da viel eher reagieren müssen. Jetzt haben wir die Geister, die wir gerufen haben, fast in allen Parlamenten. Deswegen müssen wir gemeinsam dafür kämpfen, dass wir diese Partei als unseren Hauptgegner wieder rauskriegen, denn rechts von der Union darf es keine demokratische Alternative geben. Wir als Union sind die entscheidende Partei, die Deutschland in der Mitte halten kann. Wenn wir uns heute auflösen würden per Parteitagsbeschluss, dann wäre Deutschland am Ende und auch die Europäische Union hätte ganz schwere Zeiten vor sich. Auf uns kommt es an, liebe Freundinnen und Freunde, und deswegen bin ich dankbar, diesen Parteitag mit diesem neuen Grundsatzprogramm hier erleben zu dürfen. Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Als nächster Redner ist dann Dr. Markus Reichel dran, und bereit halten kann sich dann in der Zwischenzeit schon mal bitte Christian Haase.

Dr. Markus Reichel: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, lieber Vorsitzender, Sie hatten vorhin schon in Ihrer Rede es angesprochen: In den vergangenen Tagen sind ja auch vermehrt politische Gewalttaten bekannt geworden in Nordrhein-Westfalen, in Sachsen. Ich bin Kreisvorsitzender in Dresden und es ist auch in meinem Wahlkreis eben passiert, und das ist auch der Grund, wieso ich mich hier heute zu Wort melde: um darüber kurz zu berichten. Es ist in Dresden-Striesen, einem Stadtteil von Dresden, in der Nacht von Freitag auf Sonnabend der SPD-Politiker Matthias Ecke brutalst niedergeschlagen worden. Er musste dann schwerstverletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden, und das Ganze ist eben dann geschehen, als er gerade mit seinem Team für die Europawahlen aufplakierte, so, wie wir auch. Alle anderen Parteien haben eben entsprechend hier aufplakiert. Ich selbst muss auch sagen, ich war zu dem Tatzeitpunkt nur wenige hundert Meter entfernt und habe auch plakatiert. Da geht es jetzt nicht nur darum, dass das vielleicht jetzt Vertreter der Grünen in Nordrhein-Westfalen, einen Vertreter der SPD eben in Sachsen traf, sondern es geht uns alle an. Das hätte uns allen passieren können, überall in Deutschland, denn das waren keine Angriffe auf unliebsame Politiker; das war ein Angriff auf unsere Art und Weise, wie wir Demokratie leben, mit vielen Ehrenamtlern an der Basis. Ich weiß nicht, ob jetzt die Zukunft sein soll, dass wir die Ehrenamtler nur noch mit Polizeischutz entsprechend zum Plakatieren schicken können. Nein, das kann nicht der Weg sein und deswegen bin ich auch sehr dankbar, dass einige Bundestagskollegen, nicht aus unserer Partei, „Brand New Bundestag“ war das, die Initiative für eine überparteiliche Erklärung ergriffen haben: die Striesener Erklärung. In dieser wird klar gemacht, bei allen inhaltlichen Unterschieden eint uns eins, nämlich die Ablehnung jeder Gewalt. Ich bin allen unter ihnen dankbar. Ich kenne einige von ihnen, die mich gefragt haben: Sollen wir das auch unterschreiben? Sie haben das unterschrieben, herzlichen Dank, auch mein Kollege Lars Rohwer, auch Dresdner Abgeordneter. Das sind wichtige Signale, aber ganz ehrlich, eine Erklärung ist halt auch noch nicht genug. Viel wichtiger ist, dass wir jetzt den Ursachen für diese zunehmende Verrohung eben konkret etwas entgegensetzen, und da nur drei Punkte:

Erstens: Wir dürfen jetzt nicht den Eindruck erwecken, da, wo jetzt mal Gewalt gegen Politiker erfolgt, da wachen wir als Politiker auf, sondern hier geht es noch um ganz andere. Ich habe davon gehört, dass ein Straßenbahnfahrer angegriffen wurde, dass Müllleute angegriffen werden. Mindestens genauso stark geht es auch um

unsere Einsatzkräfte, zum Beispiel Krankenwagen, Feuerwehr, Polizisten. Denken wir daran, was in der Silvesternacht 2022 hier in Berlin los war. Das ist unsäglich, und das ist untragbar und deswegen müssen wir uns generell gegen diesen Angriff auf unsere Ehrenamtlichen und generell Aktiven entsprechend wehren.

Der zweite Punkt: Der Rechtsstaat muss hier rasch und klar antworten. Ich möchte ausdrücklich loben, dass die sächsische Polizei, dass der hohe Fahndungsdruck der sächsischen Polizei, hier bereits die ersten Erfolge gezeigt hat. Das war der Weg, denn der mutmaßliche Tatverdächtige ist jetzt entsprechend momentan gestellt. Jetzt muss die Justiz hier ebenso und ebenso klar ihrer Verantwortung nachkommen. Also wir brauchen einen starken Rechtsstaat.

Der dritte Punkt: Um Extremismus jeder Art den Boden zu entziehen, brauchen wir vor allem eine starke, eine selbstbewusste Mitte. Deswegen bin ich auch so dankbar dafür, für die Entwicklung und den Kurs der Partei, den Sie, Herr Vorsitzender in Ihrer großartigen Rede vorhin entsprechend beschrieben haben. So wird es uns dann auch gelingen, die Mitte der Gesellschaft wieder stark zu machen, und das brauchen wir auch, um, wie wir das hier geschrieben haben, das ist ja auch unser Anspruch, Zukunft gemeinsam zu gewinnen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber Markus, vielen Dank. Als nächsten Redner darf ich dann Christian Haase auf die Bühne bitten, der heute auch Geburtstag und sich entschieden hat, seinen Geburtstag hier im Kreise seiner Parteifamilie zu feiern. Da freuen wir uns sehr drüber und wünschen dir alles, alles Gute und Gottes Segen.

(Vereinzelt Beifall)

Als Nächster darf sich auch schon bereitmachen Kai-Uwe Hemmerich aus Hessen.

Christian Haase: Danke, liebe Serap, es gibt ja nichts Schöneres, als mit 1.000 Delegierten und 1.000 Gästen und Pressevertretern zu feiern. Also von daher, danke schön für die herzlichen Grüße. Im Namen der kommunalen Familie will ich mich auch bei Friedrich Merz bedanken, weil er gerade am Anfang nochmal deutlich gemacht hat: Es sind unsere Landräte, es sind die Bürgermeister, sind die Bürgermeisterinnen vor Ort, die uns das Gesicht, die kommunale Familie, die unsere Partei vor Ort vertreten und Ehrenamt und demokratische Mitbestimmung; das ist unsere DNA; das ist die CDU. Sie machen erst unsere Partei; Sie machen erst unseren Staat auch stark. Lassen Sie es mich ganz deutlich sagen: Kommunale Selbstverwaltung ist kein Geschenk des Bundes, ist kein Geschenk der Länder. Erst einmal haben die 350.000 Amts- und Mandatsträger vor Ort das Recht auf eine eigene Selbstverwaltung.

(Vereinzelt Beifall)

Wir wollen auch nicht die Almosenempfänger der Nation sein. Aber wenn die Schule zerfällt und der Kitaplatz fehlt, dann spüren die Menschen in unserem Land sofort, in diesem Staat funktioniert etwas nicht. Deswegen brauchen wir keine neuen Förderprogramme, sondern wir brauchen Mittel zur freien Verwendung und zur Selbstentscheidung vor Ort. Das ist wichtig, auch für uns.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn uns die Linken vormachen wollen, es muss in Deutschland alles gleich sein, dann ist das nicht die DNA der Kommunalen. Wir stehen für gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land und nicht für einen Einheitsbrei auf der niedrigsten Gasstufe. Meine Damen und Herren, die Ampel führt dieses Land nicht nur gesellschaftspolitisch in die verkehrte Richtung. Für jedes Problem wird ein Rechtsanspruch kreiert, der dann auch am Ende nichts mehr kosten darf: Rechtsanspruch auf Bus- und Bahnverkehr rund um die Uhr, Rechtsanspruch auf Wohnung, Rechtsanspruch auf Betreuung und bedingungsloses Grundeinkommen von der Wiege bis zur Bahre und das alles staatlich organisiert. Meine Damen und Herren, das ist der Gang in den Sozialismus, und die FDP ist der Steigbügelhalter für diesen Sozialismus in Deutschland.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist es für uns wichtig, als CDU deutlich zu sagen: Der Mensch gehört in den Mittelpunkt und nicht der Staat. Das ist der große Unterschied von CDU und CSU im Gegensatz zu den anderen Parteien: Lieber Friedrich Merz, es ist wichtig, dass wir jetzt den Resetknopf drücken. Wir brauchen weniger Regeln. Wir brauchen mehr Mut in unserem Land. Wir brauchen weniger Bürokratie, mehr Zutrauen und mehr Eigenverantwortung. Wir brauchen weniger Zentralismus, sondern mehr Vertrauen auch in die Kommunen. Das unterstützen wir als Kommunale ausdrücklich und wir müssen diese Ampel in diesem Land so schnell wie möglich ablösen. Wir brennen auf den nächsten Bundestagswahlkampf. Wir sind zurück; wir sind bereit und wir haben dafür den richtigen Kompass. Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber Christian, hab herzlichen Dank. Dann als nächsten Redner darf ich Kai-Uwe Hemmerich auf die Bühne bitten. Bereithalten kann sich in der Zwischenzeit auch schon unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender, Jo Wadephul. Und auch an dieser Stelle der kleine Hinweis, dass wir jetzt die Rednerliste geschlossen haben.

Kai-Uwe Hemmerich: Liebe Delegierte, lieber Vorsitzender, ich hatte eigentlich so ein bisschen den Auftrag gehabt, vorsichtig Kritik zu üben, dass zu wenig Industrie-

politik in der Grundsatzrede vorkommt. Ich kann mich an der Stelle aber erstmal bedanken. Es war jede Menge Industriepolitik in der Rede drin – und zwar als CDA-ler, und für die CDA spreche ich hier – auch jede Menge Sozialpolitik drin und das hat uns auch sehr, sehr gutgetan. Aber die Arbeitsplätze in der Industrie sind momentan schwer in Beschuss, da die Ampel seit zwei Jahren nichts für unsere wirtschaftliche Situation tut und wir, vor so einer Art Kipppunkt sind im Moment.

Was die Situation der Arbeitsplätze und der Industrie an sich betrifft: Ich bin Betriebsratsvorsitzender in der chemischen Industrie an einem großen Industriepark in Frankfurt und wir haben in einem Bereich seit zwei Wochen einen Insolvenzantrag laufen, weil eine der großen Firmen dort am Industriepark Insolvenz anmelden musste. Wie das so ist in so einem Verfahren, fährt dann der Bereich runter. Es werden quasi die ersten Turbinen rausgenommen, weil man den Dampf nicht mehr braucht in der Chemie, weil man die Kälte, also das gibt, wenn man am Molekül arbeitet, braucht man immer viel Kraft und entweder macht man das dann mit Hitze, mit Dampf, oder mit Kälte, weil die Reaktionen von sich aus so heiß werden, dass man tonnenweise Eis braucht, oder man braucht viel Strom, um, zum Beispiel, Wasserstoff zu komprimieren und alles das führt dazu, wenn die ersten Firmen rausgehen, dass es für alle anderen teurer wird. Die nächste Logistikfirma transportiert jetzt nichts mehr. Der Dampf wird nicht mehr hergestellt. Das Nebenprodukt Strom, das dabei abfällt, muss zugekauft werden am Spottmarkt. Das wird dann auch teurer. Wir stehen vor einem Punkt, wo ein ganzer Industriepark wegen einer Firma kippen kann und anschließend vielleicht über 20.000 Arbeitsplätze verloren gehen und das mitten in Frankfurt und das, weil wir eine Ampelregierung haben, die sich nicht um die Industrie kümmert. In Frankfurt haben wir eine spezielle Ampel, eine V-Ampel. Das Wirtschaftsdezernat dort wird von der FDP geführt, aber auch ein Totalausfall. Egal, was man dort vorträgt und erklärt, es wird nicht gehört. Lieber Friedrich Merz, das sind Arbeitsplätze, die gut sind. Das sind Arbeitsplätze, da gibt es eine Gewerkschaft. Yasmin Fahimi sitzt ja hier drüben. Das sind Arbeitsplätze mit Betriebsrat, mit Urlaubsgeld, mit Weihnachtsgeld, mit betrieblicher Altersvorsorge. Das sind Arbeitsplätze, die Wohlstand schaffen. Die Industrie schafft an dieser Stelle Wohlstand und das ist bitter gefährdet. Es ist hochbrisant, was da ist. Wir brauchen im Prinzip jemanden, der die Ampel abschaltet und der eine Vorfahrtsstraßenregelung einführt für die industriellen Arbeitsplätze und den Mittelstand und alles, was dazu gehört. Danke schön.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Dann der nächste Redner, Jo Wadephul, und bereithalten kann sich Peter Liese aus Nordrhein-Westfalen.

Dr. Johann Wadephul: Liebe Serap, meine sehr verehrten Freundinnen und Freunde, Friedrich Merz hat das Thema Freiheit als den wichtigsten Punkt in den Mittelpunkt seiner Rede gestellt, und das ist in Zeiten von Krisen und Kriegen keine Selbstverständlichkeit. Europa wird nach wie vor vom russischen Aggressionskrieg heimgesucht. Israel kämpft um seine Sicherheit, um seine Existenz. Auch in Nordafrika toben Kriege. In diesen Zeiten müssen auch wir als CDU definieren, wie wir äußere Sicherheit gewährleisten wollen. Das machen wir an allererster Stelle seit vielen Jahrzehnten erfolgreich in den Allianzen und Bündnissen, in denen wir tätig sind. Fredrich Merz hat auf die Europäische Union abgehoben. Ich möchte die NATO hinzufügen, auch ein Bündnis, was in diesen Tagen Jubiläum feiert, ein Erfolgsbündnis. Schweden und Finnland sind nach langen Jahren von Neutralität dazugekommen. Wir sind gemeinsam stark und es muss unsere deutsche Aufgabe sein, dieses Militärbündnis, dieses Defensivbündnis, dieses Bündnis der Freiheit stark zu machen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Wir dürfen uns dabei, finde ich, keinen leichtfertigen, fahrlässigen Antiamerikanismus leisten. Wer jetzt alle Kommentare und alle Diskussionen zu der Präsidentschaftswahl, zu den Wahlen in den Vereinigten Staaten von Amerika Anfang November hier in Deutschland verfolgt, ich glaube, der stellt fest, dass es immer eine leichte Anfälligkeit in Deutschland gibt, sehr schnell von oben herab, sehr schnell auch etwas selbstgerecht auf eine sehr viel ältere Demokratie zu schauen, der wir doch so viel zu verdanken haben. Liebe Freundinnen und Freunde, deswegen lasst uns immer klar sein, wir müssen immer wissen und dürfen nie vergessen: Es waren die Vereinigten Staaten von Amerika, die uns von den Nazis befreit haben. Es waren die Vereinigten Staaten von Amerika, die uns den wirtschaftlichen Wiederaufbau in den 50er- und 60er-Jahren ermöglicht haben. Es waren die Vereinigten Staaten von Amerika, die bei manchen Zweifeln hier in Europa uns die deutsche Wiedervereinigung ermöglicht haben.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, die USA sind unser engster Verbündeter. Wir stehen an ihrer Seite und dürfen das nicht vergessen, liebe Freundinnen und Freunde. Deswegen müssen wir innerhalb der NATO unsere Beiträge leisten. Ich bin dankbar, dass Friedrich Merz vorhin das noch einmal zur Bundeswehr auch ganz klar gesagt hat. Wir haben in einem einmaligen Akt der Zusammenarbeit zwischen Opposition und Regierung das sogenannte Sondervermögen auf den Weg gebracht, was der jetzigen Ampelkoalition ermöglicht, formal die sogenannten zwei Prozent an Verteidigungsausgaben vom BIP einzuhalten, aber das reicht so nicht aus. Der Inspekteur der Marine hat dazu richtigerweise gesagt, allein das Sondervermögen ohne weitere Investi-

tion in die Bundeswehr, das ist eine Palliativbehandlung für die Bundeswehr und das ist richtig. Denn nur mehr Material mit nicht neuem Geld für die Unterhaltung dieses Materials, mit nicht neuem Geld für das Personal, was dieses Material am Ende bedienen soll. Wir brauchen Panzerbesatzung, wir brauchen Schiffsbesatzung, wir brauchen Flugzeugbesatzung, liebe Freundinnen und Freunde. Die Ampel macht einen historischen Fehler, indem sie den Bundeswehretat, den Einzelplan 14 nicht erhöht. Die Soldatinnen und Soldaten, die Bundeswehr und die Allianz schauen auf die CDU. Wir müssen dafürstehen, dass die Bundeswehr dauerhaft gut ausgerüstet ist, dass die Bundeswehr sich dauerhaft auf unsere finanzielle Unterstützung verlassen kann.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir müssen auch die Partei sein, die dafür sorgt, dass die Soldatinnen und Soldaten, die keinen gewöhnlichen Dienst verrichten, auch in der Öffentlichkeit die Unterstützung bekommen, die sie verdienen. Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Oberst André Wüstner, ist hier unter uns und vertritt eine, die ganz große Organisation aller Soldatinnen und Soldaten. Lieber André, nimm das von dieser CDU mit, bitte, zu deinen Mitgliedern, aber auch in die gesamte Truppe: Die CDU Deutschlands steht hinter den Soldatinnen und Soldaten. Sie halten im Zweifel für uns den Kopf hin. Sie leisten einen besonderen Dienst für unser Vaterland, aber auch für das NATO-Bündnis, und wir sind allen Soldatinnen und Soldaten, wo immer sie Dienst tun, zu Dank verpflichtet und stehen hinter ihnen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, Friedrich Merz, das möchte ich abschließend sagen, hat hier deutliche Worte zum Antisemitismus gefunden, der in Deutschland keinen Platz haben darf. Aber auch außenpolitisch müssen wir die Partei sein und bleiben, die ohne Zweifel und mit großer Klarheit hinter dem Staat Israel steht. Angela Merkel hat nicht umsonst diesen Satz gesagt, der so wichtig ist, der für alle Israelis so wahnsinnig wichtig ist, gerade in diesen Zeiten, dass nämlich die Sicherheit und die Existenz des Staates Israels Teil der deutschen Staatsräson ist. Liebe Freundinnen und Freunde, gerade in diesen Stunden, wo die Hamas weiterhin über 100 israelische Geiseln, die unschuldig sind, die niemandem etwas getan haben, in ihrer Haft hält, wo viele davon schwer leiden, einige wahrscheinlich sogar schon gestorben sind, wo dieses tagtägliche Unrecht gegen Israel begangen wird, in dieser Zeit, wo der Iran Israel direkt attackiert, muss Deutschland klar sein: Wir stehen an der Seite Israels. Das ist unsere historische Verpflichtung. Auf uns kann Israel sich immer verlassen. Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber Jo, vielen Dank für deine Worte, gerade dem Dank an unsere Soldatinnen und Soldaten schließen wir uns natürlich alle gemeinsam an. Ich darf auf die Bühne bitten, unseren Spitzenkandidaten für die Europawahl in Nordrhein-Westfalen, Peter Liese, und bereithalten kann sich dann im Anschluss Andreas Heck aus Baden-Württemberg.

(Vereinzelt Beifall)

Dr. Peter Liese: Danke, liebe Serap, liebe Freundinnen und Freunde, herzlichen Dank an Friedrich Merz für deine starke Rede, lieber Friedrich, und danke, dass du auch sehr klare Worte gefunden hast zur Europawahl. Ich möchte nur zwei kurze Gedanken hinzufügen. Natürlich ist das die einzige bundespolitische Wahl nach der letzten Bundestagswahl und vor der nächsten, und deswegen wird es eine Rolle spielen, dass die Menschen sauer sind auf die Ampel. Es gibt auch europapolitisch ausreichend Argumente, dieser Ampel einen Denkzettel zu verteilen. Das Chaos und der Streit in der Ampel wirken sich auch auf Europa negativ aus und auf die deutschen Interessen in Europa, die man eben in der Regel nicht durch eine Enthaltung durchsetzen kann, sondern durch gute Vorschläge, möglichst zu Beginn des Diskussionsprozesses. Aber die Kritik an der Ampel reicht nicht aus.

Wir haben eigene Themen; wir haben ein gutes gemeinsames Wahlprogramm mit der CSU, und wir haben ein gutes EVP-Wahlprogramm. Ich sage es ganz bewusst: Wir haben vor allen Dingen eine starke Spitzenkandidatin. Ursula von der Leyen ist die mächtigste Frau der Welt. Sie hat uns gut durch Krisen geführt und als Arzt und Gesundheitspolitiker sage ich auch nochmal ganz bewusst: Sie hat wichtige Weichenstellungen, zum Beispiel bei der Bekämpfung von Krebs durch grenzüberschreitende Forschung, gestellt. Ganz konkret helfen wir damit vielen, vielen Menschen. Wir müssen an dieser Stelle ganz klar, liebe Freundinnen und Freunde, der FDP entgegentreten. Die FDP sagt klar, was sie nicht will. Sie wettert gegen Ursula von der Leyen. Aber was kriegt denn derjenige, der FDP wählt? Wen will die FDP als Kommissionspräsidenten? Einen Sozialdemokraten, eine Europa-Ampel, die gibt es tatsächlich bei vielen Entscheidungen jetzt schon, oder Mario Draghi, der zwar ein honoriger Mensch ist, aber sicher mehr für Verschuldung in Europa steht. Vor allen Dingen ist eine Sache ja klar: Wen sie an der Spitze wollen, sagt die FDP nicht, aber die FDP und auch Agnes Strack-Zimmermann haben den Koalitionsvertrag unterschrieben und Reiner Haseloff hat darauf hingewiesen: Wer FDP wählt, kriegt im Zweifel Anton Hofreiter, Claudia Roth oder andere Grüne als Kommissar oder Kommissarin. Das müssen wir den Leuten in den nächsten Wochen sagen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Der Hauptgegner ist aber auch bei der Europawahl ganz klar die AfD. Wir müssen die Anti-Europäer in die Schranken verweisen. Ich freue mich sehr über die breite gesellschaftliche Bewegung, nicht nur die Demonstrationen, sondern auch die Statements von Gewerkschaften, Arbeitgebern, Kirchen und anderen. Die AfD geht runter in den Umfragen, und das ist gut. Aber eine Sache darf uns bis zum Wahltag am 9. Juni nicht ruhen lassen. Bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern liegt die AfD leider zurzeit vorne mit 22 Prozent; so sagt es die Jugendstudie. Wir liegen knapp dahinter mit 20 Prozent und ich finde, wir müssen sowieso um jede Stimme kämpfen. Aber, lieber Johannes Winkel, die Junge Union ist hoch motiviert. Wir müssen vor allen Dingen dafür kämpfen, dass wir Nummer 1 werden bei den jungen Menschen und nicht die AfD. Lasst uns das gemeinsam tun. Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Andreas Heck hat seine Wortmeldung zurückgezogen. Dann bitte ich den letzten Redner auf die Bühne; das ist Uwe Heinemann aus Oldenburg.

Uwe Heinemann: Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Friedrich Merz, ich habe mir zum Ziel gesetzt, die kürzeste Rede dieses Bundesparteitages zu halten.

(Beifall)

Ich komme aus Wilhelmshaven an der Nordsee, mein Name ist Uwe Heinemann, und dort steht das erste LNG-Terminal, was wir nach Ausbruch der Gaskrise in Rekordzeit aufgebaut haben. Dieses Terminal, Herr Merz, hat nur einen Fehler: Es wurde bisher nur von einem Bundeskanzler der Bundesrepublik besucht, und das ist ausgerechnet Olaf Scholz. Diesen Umstand müssen wir unbedingt ausmerzen und insofern darf ich als Fraktionsvorsitzender in Wilhelmshafen den zukünftigen Bundeskanzler der Bundesrepublik aus den Reihen der CDU/CSU recht herzlich nach Wilhelmshafen einladen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Dank an alle und ihre Worte. Ich beende hiermit die Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden. Liebe Delegierte, wir kommen nun zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 9:

Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands

Lieber Carsten „Einfach-mal-machen“ Linnemann, du hast das Wort.

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Lieber Friedrich Merz, liebe Ehrengäste, liebe Delegierte, das war ein richtig toller Start in den 36. Parteitag der CDU Deutschlands. Die Stimmung ist klasse. Ihr nehmt das auch wahr; Sie nehmen das auch wahr. Wir diskutieren leidenschaftlich, und man konnte das schon wahrnehmen. Viele von Ihnen waren da, bei den Regionalkonferenzen, wo wir in der Sache gestritten haben und die Zukunft schon gewinnen wollten. Das führen wir heute fort und was mich besonders freut, ist, und da können wir auch stolz sein, dass wir Ministerpräsidenten haben, die wir hier in der kompletten Aussprache erlebt haben, mit Hendrik Wüst, mit Boris Rhein, mit Michael Kretschmer, mit Reiner Haseloff, mit Daniel Günther und Kai Wegner, die Verantwortung übernehmen und ihre Länder in die Zukunft führen. Vielen Dank für eure Reden und vielen, vielen Dank für euer Engagement für die CDU Deutschlands.

(Beifall)

Wir werden in diesem Jahr, Friedrich Merz hat es gesagt, zwei Ministerpräsidenten dazugewinnen. Jan Redmann wird Ministerpräsident in Brandenburg.

(Vereinzelt Beifall)

Mario Voigt wird Ministerpräsident in Thüringen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, lassen Sie mich auch den Respekt zollen an Mario Voigt, dass du nicht nur den Mut hattest, sondern auch die Überzeugungskraft und in dieses Fernsehduell gegangen bist. Ich darf Ihnen sagen, wir haben im Adenauer-Haus gesessen mit 40 jungen Leuten. Das Team von Mario Voigt war da; das Team aus dem Adenauer-Haus war da. Es hat richtig viel Freude bereitet. Aber dann begann es, und ich möchte Ihnen einfach mal sagen, wie es mir persönlich ging. Was war meine Stelle? Es begann spätestens bei den Zitaten, als der heimliche Vorsitzende der AfD, Herr Höcke, als Geschichtslehrer SA-Parolen nicht kannte, diese benutzt hat. Tagelang später standen die alle in der Zeitung. Er hat dann in der Sendung gesagt, er kannte diese SA-Parolen nicht, um sie dann trotzdem in einer Veranstaltung wenige Wochen später, nachdem er das erste Mal diese Parole benutzt hat, sie wiederholt hat. Liebe Delegierte, mit solchen Typen möchten wir nichts zu tun haben, und solche Leute dürfen nicht eine Sekunde in Deutschland Verantwortung übernehmen, nicht eine Sekunde, nicht eine Sekunde.

(Beifall)

Das ist unser aller Auftrag. Lieber Friedrich Merz, ich bin dir dankbar im Lichte dessen, was wir an extremen Herausforderungen erleben, diese machttektonische

Verschiebung weltweit, auch hierzulande, zum Teil eine zerrüttete Gesellschaft und vieles mehr, dass du bereit bist und sagst: „Ja, ich übernehme Verantwortung und führe diese Partei, die große Volkspartei CDU, in die Zukunft." Aber wofür ich dir noch mehr dankbar bin, und das ist heute deutlich geworden: Wir müssen uns mal bewusstwerden, als wir die Bundestagswahl verloren haben – und Friedrich Merz sagt es immer – haben wir diese Wahl ja nicht verloren, weil die anderen so gut waren, sondern weil wir nicht mehr gut genug waren, weil wir auch inhaltlich in vielen Bereichen entkernt waren. Das muss man einfach sagen.

(Vereinzelt Beifall)

Dann hat Friedrich Merz Verantwortung übernommen und hat dieser Partei ein Selbstbewusstsein gegeben. Wir werden morgen das Grundsatzprogramm verabschieden. Dass wir mittlerweile, finde ich, wieder so weit sind, dass wir nicht nach rechts schauen, nicht nach links schauen, wir schauen auch nicht auf gewisse Zeitgeisttendenzen, sondern wir schauen auf unsere Überzeugungen und noch wichtiger: Wir stehen zu unseren Überzeugungen, egal, wer da kommt und was sagt. Wir lassen uns auch nicht von irgendwelchen verrückten Linken in irgendeine Ecke treiben. Wir stehen wieder zur CDU pur.

(Beifall)

Ich hatte vor wenigen Tagen Kontakt zu Allensbach, und Renate Köcher hat etwas identifiziert, was es noch nie gab: einen Befund, der, finde ich, mitten ins Mark geht. Denn zum ersten Mal seit Aufzeichnung der Daten sagt die Mehrheit der Deutschen, sie schaut nicht mehr optimistisch in die Zukunft, sondern pessimistisch. Das hängt mit der Ampelpolitik zusammen. Schlimmer noch, laut rheingold Institut, auch eine aktuelle Zahl, sagen drei von vier Deutschen, sie haben nicht mehr den Eindruck, dass die aktuelle Bundesregierung sich mit den Zukunftsfragen Deutschlands auseinandersetzt. Das ist ein ganz, ganz großes Problem. Die Ampel macht Politik an den Menschen vorbei. Sie macht nicht mehr die Politik, die gebraucht wird, die den Menschen unter den Nägeln brennt, wo es drauf ankommt. Das sind Fragen wie: Lebe ich sicher? Ist mein Geld sicher? Ist mein Job sicher? Die Zukunft der Kinder, Stichwort Klima, Stichwort Verschuldung, es sind aber auch Fragen wie: Läuft die Kita? Kann ich meine Familie organisieren, dass meine Kinder morgen in die Kita gehen? Fährt die Bahn? Kann ich als Frau abends, wenn es dunkel wird um 18 Uhr, noch allein in die Innenstadt gehen? Das sind die Fragen, die die Menschen umtreiben, und diese Ampel kümmert sich nicht mehr um diese Fragen. Das ist das Problem dieser Ampel.

(Beifall)

Sie kümmert sich um Themen wie das Heizungsgesetz, was das komplette Land verunsichert hat. Mit der Einführung des Bürgergeldes gibt es ein neues Ungerechtigkeitsgefühl. Sie müssen sich mal vorstellen: In der Prioritätensetzung einigen sie sich schnell bei den gesellschaftlichen Themen, zuletzt bei der Legalisierung von Drogen. Das ist die Themensetzung der Ampel, die Prioritätensetzung im Jahr 2024 in Deutschland. Ich kann Ihnen eines sagen: Wenn wir wieder regieren, dann muss das Thema eigentlich in der ersten Sitzung des Kabinetts auf den Tisch, dieses Drogengesetz, diese Legalisierung von Drogen, wo alle Experten sagen: Das ist Quatsch – einschließlich Holland – muss sofort wieder weg, muss vom Tisch, und dafür muss die CDU stehen und kämpfen.

(Beifall)

Natürlich ist die Gemengelage nicht einfach, ich habe es gesagt. Aber muss es nicht dann gerade Aufgabe eines Bundeskanzlers sein, zu führen, ein Land zu führen? Wo ist eigentlich Olaf Scholz? Ich war dieser Tage in Baden-Württemberg unterwegs, hatte zwei Unternehmensbesuche. Ich war bei der Landtagsfraktion bei Manuel Hagel; es war eigentlich ein schöner Tag. Dann habe ich gehört von einem Unternehmer, ein Mittelständler – es war ein größerer Mittelständler, macht ein paar hundert-Millionen-Euro-Umsatz im Maschinenbau –, dass er das Glück hatte, mit dem Bundeskanzler zu reden und sich mit ihm zu treffen. Dieser Mittelständler hat sich vorbereitet. Er war hoffnungsvoll und hat gesagt: So eine Chance bekommst du nur einmal im Leben, mit dem Bundeskanzler fast allein eine halbe oder eine Stunde zu reden. Es ging um die Themen Bürokratie, Steuern, Fachkräfte. Nach einer halben Stunde oder einer Stunde steht der Bundeskanzler auf, sagt während des Gesprächs nichts, und sagt zu dem Unternehmer, „Alles wird gut“ und verlässt den Raum. Dieser Unternehmer war völlig desillusioniert. Dieses Gespräch geht durch ganz Baden-Württemberg, und ich muss mir einfach die Frage stellen: Wie kann es sein, dass in einem Land wie Deutschland ein Bundeskanzler so mit einem vernünftigen Mittelständler umgeht? Nur zuhören und hinterher sagen, „Alles wird gut“?

(Beifall)

Liebe Delegierte, ich glaube und das ist auch meine Überzeugung und das ist mein zweiter Punkt, der extrem wichtig ist: Wir als Union, und das beweisen wir morgen, dürfen nicht nur sagen, was die Ampel falsch macht, was die Ampel schlecht macht, sondern wir müssen vor allem sagen, was wir besser machen als die. Was ist das, was wir besser machen? Die Leute wollen das von uns hören.

(Beifall)

Um das zu machen, braucht es drei Grundvoraussetzungen. Erstens, sie brauchen Zuversicht und das sprühte ja geradezu aus, aus der Rede von Friedrich Merz. Das, was die CDU seit Jahrzehnten geschafft hat, und da können wir stolz drauf sein, ist, dass wir immer, egal, wie es aussah, mit Zuversicht in die Zukunft gehen. Wir sind ein tolles Land. Wir haben hier 46 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte, die jeden Tag arbeiten gehen und dafür sorgen, dass der Laden läuft. Wir haben Mittelständler, Familienunternehmer, die so gut sind, dass sie Weltmarktführer sind. Wir konzentrieren uns nicht nur wie andere Länder auf große Städte, sondern wir sind auch im ländlichen Raum unterwegs. Wir haben eine tolle Wissenschaftsstruktur, mit Helmholtz, mit Max-Planck, mit Fraunhofer, Fachhochschulen, Universitäten. Wir haben tolle Menschen. Ehrenamt pro Kopf ist nirgends so groß wie in Deutschland. Wenn man so zuversichtlich in die Zukunft schaut wie wir, dann muss eins klar sein: Dieses Land lassen wir uns nicht kaputtmachen. Es darf nicht kaputt geredet werden, kaputt gemacht werden und schon gar nicht kaputt regiert werden. Darum geht es, liebe Delegierte, heute.

(Beifall)

Die zweite Grundvoraussetzung, die Friedrich Merz auf den Punkt gebracht hat, und der eine oder andere sagt: Ja, wir wissen das, aber trotzdem ist es zentral für uns. Prälat Jüsten hat es heute im Gottesdienst auch deutlich gemacht: Es gibt für uns einen ganz klaren Kompass. Jeder von uns hat den virtuell in der Tasche. Dieser Kompass ist das christliche Menschenbild, und dieses christliche Menschenbild ist für uns an keiner Stelle verhandelbar. Es sagt nämlich aus, dass wir nicht von oben herab Politik machen, sondern immer aus Sicht des Menschen, dass wir für die Menschen Politik machen, nicht gegen sie. Wenn Sie so wollen, kann man es auf den Punkt bringen: Wir nehmen die Menschen so, wie sie sind, und nicht, wie sie sein sollten. Das ist CDU-Politik von heute und von morgen.

(Beifall)

Die dritte und letzte Grundvoraussetzung, das ist, glaube ich, das Hauptübel Deutschlands: dass dieses Land, das zeigt die Ampel, ziellos daher navigiert. Dieses Land hat kein Ziel mehr, kein Bild, kein Deutschlandbild. Wo wollen wir eigentlich hin? Das ist die Aufgabe der Union, mal wieder ein Leitbild für Deutschlands Zukunft zu entwerfen. Das ist der eigentliche Kern des Grundsatzprogramms, das Geheimnis des Grundsatzprogramms, dass wir das machen mit dem Grundsatzprogramm. Ich will Ihnen nur einmal eine Formulierung vorlesen, die dieses Leitbild definiert: „Wir wollen ein Land, das frei und sicher ist, eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet, eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft, ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist, und einen Staat, der funktioniert

und vorangeht.“ So einfach ist das. Das ist Deutschlands Leitbild, ein Leitbild für Deutschlands Zukunft, und das definiert die CDU in diesen Tagen hier auf dem Parteitag in Berlin.

(Beifall)

Es ist wichtig, wie wir dieses Leitbild mit Beispielen, mit Themen füllen. Ich glaube, das war die Hauptaufgabe in der Funktion, wenn ich das vorsichtig sagen darf, des Vorsitzenden des Grundsatzprogramms, gemeinsam mit Serap Güler und Mario Voigt und wirklich über 100 tollen Kolleginnen und Kollegen. Wir haben uns ein Jahr, zwei Jahre Gedanken gemacht, wie wir dieses Leitbild füllen können und das ist das, wozu man sagt: CDU pur. Ich habe Ihnen nur einmal drei, vier, fünf Beispiele mitgebracht. Erstens: Für die CDU Deutschlands ist klar, dass es anstrengungslosen Wohlstand nicht gibt.

(Beifall)

Wir müssen der Eigenverantwortung wieder das Wort reden. Zweitens: Für die CDU ist klar, dass Fördern und Fordern zwei Seiten einer Medaille sind. Beides gehört zusammen, Solidarität und Subsidiarität. Was heißt das? Wer arbeiten kann, muss arbeiten gehen; ansonsten gibt es keine Sozialleistungen.

(Vereinzelt Beifall)

Gleichzeitig sind wir für Menschen da, die nicht arbeiten gehen können, und zwar mit voller Wucht. Das ist auch CDU. Drittens: Die CDU ist die Partei der inneren Sicherheit. Der Rechtsstaat muss funktionieren. Wenn Straftaten begangen werden, müssen die so schnell wie möglich abgeurteilt werden. Das erwarten die Menschen von uns. Die Menschen erwarten das von uns.

(Vereinzelt Beifall)

Das zählt auch für das Thema Migration. Hendrik Wüst hat es, finde ich, auch klar auf den Punkt gebracht. Ich komme aus Paderborn. Sie haben gelesen, in meiner Heimat, vor wenigen Tagen: Ein 30-Jähriger wurde auf dem Boden zertrampelt. Der kam ins Krankenhaus und ist dann vor wenigen Tagen gestorben. Wir müssen dafür sorgen, dass nicht die üblichen Politikerreflexe kommen, von wegen, der Rechtsstaat muss funktionieren. Er muss es tatsächlich machen und unsere Länder zeigen, dass es geht. Wir brauchen das auch wieder im Bund. Wenn Straftaten begangen werden, muss der Rechtsstaat funktionieren, und er muss es durchziehen.

(Beifall)

Viertens: Der Staat muss funktionieren. Ich glaube, da sind wir als Politiker auch selbst in der Verantwortung, bei uns selbst anzufangen. Wenn die CDU Deutschlands wieder regiert, dann müssen wir uns als erstes an die Arbeit machen, nämlich an die Arbeit bei uns, dass wir uns die Frage stellen: Sind das noch die Strukturen, die wir erleben, die zukunftsfähig sind, oder findet eine Aufblähung der Ministerien in Berlin statt, wo wir sagen, das kann so nicht weitergehen? Wir haben mittlerweile mehr als 40 Regierungsbeauftragte. Vielleicht reicht die Hälfte; vielleicht reichen auch zehn. Ich finde, wir müssen selbst verkrustete Strukturen in Frage stellen. Wir können den Bürgern nicht irgendwas zumuten, wenn wir als Politiker immer so weitermachen und deshalb ist das das Erste, was wir machen müssen, den Staat wieder funktionsfähig machen, und das muss auch ins Programm.

(Beifall)

Fünfter und letzter Punkt: Wir als CDU sind die Partei, die weiß, wie wichtig gesellschaftlicher Zusammenhalt ist. Wir sehen dieser Tage, dass ein weiterer Riss durch Deutschland geht, dass in Hamburg Demonstranten für das Kalifat demonstrieren und an der Berliner Humboldt-Universität antisemitische Parolen skandiert werden. Wenn wir als CDU auch hier immer nur sagen: Der Staat muss sofort funktionieren. Das ist alles richtig, der Rechtsstaat. Aber was mich auch ein bisschen persönlich stolz macht, dass wir auch eine Antwort haben mit dem Gesellschaftsjahr, dass wir sagen: Wir möchten diese Gesellschaft wieder zusammenführen. Wir möchten, dass sich Milieus wieder treffen. Wir möchten, dass man aus Blasen rauskommt, dass, wenn jemand eine andere Meinung hat, die vielleicht richtig ist, dass soziale Kompetenzen in Deutschland wieder gestärkt werden, dass der Mensch wieder im Mittelpunkt steht, dass wir vernünftig miteinander umgehen. Das ist CDU pur und deshalb bin ich froh, dass wir diesen Weg gemeinsam gehen.

(Beifall)

Liebe Delegierte, wir müssen es natürlich dann auch machen. Die Menschen sind es satt, dass immer viel geredet wird und viel in Aussicht gestellt wird. Wir müssen es machen. „Einfach mal machen“, muss die Divise der CDU sein. Wenn wir regieren, müssen wir direkt anfangen und umsetzen, damit wir auch Vertrauen wieder in die Demokratie bekommen. Ich bin guter Dinge, dass wir das schaffen, weil wir – und das hat Friedrich Merz gesagt – es geschafft haben, in den letzten zwei Jahren nicht nur deutlich zu machen, wofür die CDU steht, sondern auch klar zu zeigen, was der Unterschied zwischen CDU und allen anderen Parteien ist. Die Unterscheidbarkeit haben wir wiederhergestellt. Ich meine, viele haben ja gegrinst über meinen Satz, als ich gesagt habe, wir müssten eigentlich als Ziel haben, dass jeder nachts um drei Uhr geweckt wird und sagen kann: erstens, zweitens, drittens – dafür steht die CDU.

Wir sind jetzt soweit oder morgen Abend nach Verabschiedung des Grundsatzprogramms. Deswegen wäre mein Vorschlag, heute ist Montag, morgen ist Dienstag, jeder von Ihnen, wenn er morgen Abend nach dem Berliner Abend ins Bett geht, stellt sich den Wecker auf drei Uhr.

(Heiterkeit)

Und wenn er geweckt wird, sagt er erstens, zweitens, drittens – dafür steht die CDU. Für diejenigen, die noch nicht im Bett sind um drei Uhr: Da komme ich persönlich um fünf Uhr vorbei und frage ab. Das ist CDU. Das muss die Zukunft sein. So weit sind wir wieder.

(Beifall)

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. Als Friedrich Merz mich fragte, ob ich mir das zutraue, habe ich einen Moment nachgedacht – ernsthaft, ist jetzt keine rhetorische Floskel, es war so –, weil ich einfach Respekt hatte vor dieser Aufgabe. Heute muss ich sagen: Die Aufgabe macht mir verdammt viel Spaß, meistens zumindest, und ich sage Ihnen auch warum. Eigentlich kommt das ganz am Ende, aber ich bringe es am Anfang. Es macht deshalb viel Spaß, weil ich unglaublich gerne in dieses Konrad-Adenauer-Haus gehe. Da gibt es ein Team, die sind menschlich klasse, haben was auf dem Kasten und wollen mit der CDU auch intrinsisch die Zukunft gewinnen. Wir sind wieder kampagnenfähig. Wir sind wieder da. Wir haben einen frischen Look. Wir sind digital. Wir sind modern. Lassen Sie mich stellvertretend drei Persönlichkeiten erwähnen, die mit dafür verantwortlich sind, natürlich zusammen mit dem ganzen Team. Ist zum einen der Bundesgeschäftsführer, lieber Christoph Hoppe, vielen Dank für die professionelle Arbeit. Schön, dass du da bist.

(Beifall)

Ja, kann er auch mal aufstehen? So, sehr gut, müssen wir schon vernünftig machen. Ich möchte auch stellvertretend für alle dem stellvertretenden Bundesgeschäftsführer danken. Das ist der Kollege Philipp Birkenmaier. Herzlichen Dank, lieber Philipp.

(Beifall)

Komm, steh mal auf. Jawohl. Ich möchte stellvertretend für die komplette Belegschaft dem Betriebsratsvorsitzenden danken, Jens-Uwe Kerl. Lieber Herr Kerl, vielen Dank.

(Beifall)

Seit gestern verstehen wir uns wieder, denn vor einem halben Jahr war er beim SC Paderborn gegen Hannover. Er ist Hannover-Fan. Da hat Paderborn gewonnen. Aber gestern hat Hannover gewonnen. Jetzt ist wieder alles okay.

(Heiterkeit)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte mich auch bedanken bei Christina Stumpp. Mein Vater sagt immer, Politiker müssen das Ohr an der Scholle haben. Die müssen wissen, was wirklich abgeht in der Bevölkerung. Du hast das Ohr an der Scholle, liebe Christina, danke für deine Arbeit und danke, dass du das Thema Kommunalpolitik nicht nur verinnerlicht hast, sondern toll auch organisierst.

(Beifall)

So müssen wir mit allen Mitgliedern umgehen. Der Mitgliederbeauftragte, Henning Otte, hat jetzt das Netzwerk Nationale Sicherheit übernommen. Dafür bin ich ihm sehr dankbar, und er wird heute kandidieren als Beisitzer und will die Themen Verteidigung und Sicherheit stärker in den Mittelpunkt rücken lassen. Lieber Henning Otte, auch dir vielen Dank für deine Arbeit als Mitgliederbeauftragter.

(Beifall)

Ich bedanke mich beim Präsidium und beim Bundesvorstand. Das macht Spaß. Ich bedanke mich bei Ihnen, liebe Delegierte, und zu guter Letzt bei meinem Chef, Friedrich Merz, dass er mich einfach machen lässt. Danke, lieber Friedrich.

(Beifall)

Liebe Delegierte, ich bin jetzt seit zehn Monaten euer Generalsekretär. Wir werden morgen das Grundsatzprogramm verabschieden. Das wird historisch für uns alle, aber danach wird es noch anstrengender, noch härter. Aber ich werde euch hiermit versprechen, dass ich alles geben werde, und ich versuche auch, eure Ideen umzusetzen. Wir haben alle das gleiche Ziel. Wenn die Ideen jetzt nicht ganz verrückt sind, setze ich die um, weil wir es nur gemeinsam schaffen können. Wir gemeinsam können die Zukunft gewinnen und die müssen wir gewinnen, denn, wenn wir es nicht schaffen, ist kaum noch jemand da, der dieses Land in die Zukunft führen kann. Ich würde mich freuen, wenn Sie mich dabei unterstützen könnten. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Serap Güler, Tagungspräsidentin: Lieber Carsten, ganz, ganz herzlichen Dank, nicht nur für deine Worte, sondern für deine Arbeit, für dein Engagement, für deinen Einsatz und wenn du sagst, oder hier drohst, dass du um fünf Uhr morgens bei irgendjemandem auf der Matte stehst, dann ist das sehr, sehr ernst zu nehmen. Wer

dich kennt, weiß, dass du um diese Zeit eben nicht schläfst. Also insofern, ganz, ganz herzlichen Dank. Es geht weiter. Es liegen bisher keine Wortmeldungen vor, ich möchte aber trotzdem fragen: Gibt es Wortmeldungen zu dem Bericht unseres Generalsekretärs? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Dann machen wir weiter mit dem Tagesordnungspunkt 11.

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Den darf ich jetzt übernehmen.

Wir kommen zu

TAGESORDNUNGSPUNKT 11:

Bericht des Mitgliederbeauftragten der CDU Deutschlands

Lieber Henning Otte, ich übergebe dir sehr gerne das Wort.

(Beifall)

Henning Otte: Sehr geehrtes Präsidium, liebe Delegierte unseres 36. Bundesparteitages der CDU Deutschlands, liebe Freundinnen und Freunde, meinen Bericht als Mitgliederbeauftragter starte ich mit einer guten Nachricht: Die CDU Deutschlands ist zurück. Sie ist aktiver denn je. Das haben die beiden Reden unseres Parteivorsitzenden und unseres Generalsekretärs eindrücklich gezeigt. Die CDU ist wieder da, wo unser Land sie braucht, nämlich vorne, liebe Delegierte.

(Beifall)

Aber unsere Devise ist klar. Wir wollen nicht Umfragen gewinnen; wir müssen Wahlen gewinnen. Denn immer, wenn die CDU regiert, geht es den Menschen besser. Die Union aus CDU und CSU ist in der Gesamtheit die stärkste Mitgliederpartei, die stärkste politische Kraft. Aktuell bekennen sich mehr als 570.000 Menschen zur Unionsfamilie. Liebe Delegierte, das sind Zahlen, von denen andere Parteien nur träumen können. Deswegen danke ich allen aktiven, treuen Mitgliedern für dieses Bekenntnis zur CDU Deutschlands.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist ein Bekenntnis zu unserem schönen Land, zu den Werten unserer CDU Deutschlands. Gehen wir also den nächsten Weg in dem Wissen, voller Selbstvertrauen und Zuversicht, gehen wir die Herausforderungen an, die Friedrich Merz benannt hat: die sicherheitspolitische Lage, die demografische Lage, die Wirtschaftssituation und vor allem auch die gesellschaftspolitische Lage mit extremistischen Bewegungen links außen und rechts außen, meine Damen und Herren. Gerade deswegen braucht unser Land jetzt eine starke CDU mehr denn je. Jetzt, oder wie Carsten es sagt, einfach mal machen, liebe Delegierte.

(Vereinzelt Beifall)

Allein in den ersten drei Monaten haben wir deutlich mehr Neumitglieder, als das im Vorjahresquartal war. Dies zeigt, die CDU ist zunehmend attraktiv, und die Menschen bekennen sich zu unserer Partei. Aber wir müssen auch die Herausforderung ganz klarsehen und benennen, nämlich, dass wir weiter demografische, zahlenmäßige Herausforderungen haben. Aber wir haben gerade die Chance, jetzt, mit dem neuen Grundsatzprogramm, mit den anstehenden Wahlen deutlich zu machen, die verheerende Politik der Ampelregierung, die hat jetzt nur eine Motivation für uns: Mitglied zu werden, Mitglied zu bleiben, anzupacken. Dieses schöne Land braucht eine neue Regierung und dafür müssen wir einstehen, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Es sind Frauen und Männer, jung oder reich an Jahren, sie übernehmen Verantwortung für ein Miteinander. Mit unseren Vereinigungen und unseren Sondergliederungen und Organisationen sind und bleiben wir eine echte Volkspartei. Mich persönlich haben diese Begegnungen mit den Menschen, ob nun 90 Jahre und reich an Jahren, wie zum Beispiel Prof. Dr. Otto Wulff, oder eben mit den jungen Leuten und den frischen Ideen, immer fasziniert. Für mich war es eine Ehre und eine Freude, dieses Amt auszuüben. Als ich im Dezember 2016 in Essen zum ersten Bundesmitgliederbeauftragten gewählt worden bin von Ihnen, da war unser gemeinsamer Eindruck: Wir müssen mehr tun. Wir waren etwas müde geworden, vielleicht auch in die Jahre gekommen, aber wir haben diese Zeit genutzt. Wir haben deutlich gemacht, mit dem Grundsatzprogramm haben wir den Willensbildungsprozess von unten wieder nach oben gebracht. Wir haben diskutiert, Leitkultur, wir haben neue digitale Tools eingeführt, und wir machen auch Mitgliederbefragungen. Diese Aufgabe war für mich auch eine Pionierarbeit. Die hat sich gelohnt. Die haben die Mitwirkungsmöglichkeiten wesentlich erhöht. Die Grundsatzprogrammdiskussion hat es gezeigt. In den Fachkommissionen haben Mitglieder unserer Basis mitgearbeitet. Wir haben einen zentralen Willkommensservice eingerichtet, Neumitgliederempfänge, Meet-and-Greet, Onlineschulungen und Social-Media-Auftritt ist wesentlich aktueller geworden. Ich möchte Danksagen allen 3.700 Mitgliederbeauftragten in unseren Verbänden. Ich möchte Danksagen Friedrich Merz als Parteivorsitzenden, für die Unterstützung, ebenso wie Carsten Linnemann als Generalsekretär. Ihr habt unserer Partei wieder neue Impulse gegeben. Ihr habt uns alle zusammen wiederbelebt. Wir gehen gemeinsam Schulter an Schulter, und deswegen danke ich auch ganz herzlich den Vorgängern Paul Ziemiak und Mario Czaja und ganz besonders auch unserem Bundesgeschäftsführer, Herrn Dr. Christoph Hoppe, für die tolle Arbeit.

(Beifall)

Wie es Carsten Linnemann gesagt hat, kandidiere ich jetzt nicht mehr. Ich kandidiere als Beisitzer für das Netzwerk Nationale Sicherheit. Ich gebe das Amt bewusst in jüngere Hände, weil es auch darum geht, dass wir unter 50-, unter 40-, unter 30-, unter 20-Jährige gewinnen für diese Arbeit in unserer Partei. Daher bitte ich um volle Unterstützung für meinen Nachfolger Philipp Amthor. Er wird es ebenso gut diese Auseinandersetzungen suchen und die Zusammenarbeit pflegen mit dem Konrad-Adenauer-Haus. Deswegen möchte ich noch persönlich Danksagen an Frank Niebuhr für die exzellente gemeinsame Zusammenarbeit. Ein Applaus für Frank Niebuhr und das Team im Konrad-Adenauer-Haus.

(Vereinzelt Beifall)

Ich komme damit zum Schluss meines Berichtes. In Artikel 21 Grundgesetz heißt es: „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit." Immer, wenn es darauf ankam, war es die CDU, die die richtigen und wichtigen Entscheidungen getroffen hat. Meine Damen und Herren, es ist wieder an der Zeit, dass die CDU die wichtigen Entscheidungen trifft. Wichtiger denn je ist es, mit einer Parteienmitgliedschaft ein Bekenntnis zur Demokratie und zu unserem Land abzugeben. Mitglied der CDU zu sein, das bleibt weiterhin eines der schönsten Gefühle, die man haben kann, denn nur eine mitgliederstarke Partei ist eine starke Mitmachpartei, ist eine starke Volkspartei und wird eine starke Regierungspartei. Zusammengefasst: Zukunft gemeinsam gewinnen für Einigkeit und Recht und Freiheit; darum wähl auch du nur CDU. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Lieber Henning, ganz herzlichen Dank für deinen Bericht, der Mut und Zuversicht für die Zukunft und unsere Mitgliedschaft verbreitet. Vielen Dank für acht Jahre Engagement und deine Zeit als Bundesmitgliederbeauftragte. Wir kommen zu der Frage, ob Wortmeldungen vorliegen. Das ist nicht der Fall. Dann haben wir den Bericht so zur Kenntnis genommen.

Wir fahren fort mit

TAGESORDNUNGSPUNKT 12:

Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands
und Vorlage der Rechenschaftsberichte für die Jahre 2021 und 2022
gemäß § 23, Absatz 2 des Parteiengesetzes

Liebe Julia Klöckner, liebe Julia, du hast das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Julia Klöckner: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, mir ist schon sehr bewusst, dass das jetzt inhaltlich der allerspannendste Teil ist, wenn die Bundesschatzmeisterin berichtet. Es gehört dazu, ich will aber auch ein wenig einordnen: Mir ist klar, dass sehr häufig darüber gesprochen wird – ja, die Parteien bekommen Spenden –, ob das so anständig sei. Ich kann Ihnen und euch nur sagen: Wir Parteien sind auf Spenden angewiesen, damit unsere Demokratie stabil bleibt. Denn wir Parteien haben Verfassungsrang und die Verfassung sagt, ohne Parteien ist kein Staat zu machen, und deshalb ist jede Spende eine Spende zur Stabilisierung unserer Demokratie hier in Deutschland.

(Beifall)

Das sage ich deshalb, weil wir auch ganz hohe Standards haben bei der Veröffentlichungspflicht, weil wir ganz hohe Standards haben, von wem wir überhaupt Geld annehmen dürfen, weil wir ganz hohe Standards haben, was die Transparenz und die Berichterstattung angeht. Aber ich wundere mich sehr häufig, dass diejenigen, die immer diese hohen Standards von Parteien fordern, selbst als NGOs nicht bereit sind, ihre Spender offenzulegen.

(Beifall)

Wir machen das als Partei, und es ist auch nichts Unanständiges, und das sage ich auch zu einigen Unternehmen, die sagen, sie spenden einer Partei nicht mehr wegen ihres Kodexes. Ich kann nur sagen, zum Kodex dieser Bundesrepublik Deutschland gehört, dass Parteien dazu gehören, und wenn sie stabil sind, in der Mitte sind, dann ist auch dieses Land stabil und auch ein gutes Land für Unternehmerinnen und Unternehmer.

(Beifall)

Ich darf Ihnen Bericht erstatten. Ihnen liegt der Rechenschaftsbericht 2021/22 vor und zur Erinnerung: Im Jahr 2021 haben wir die Bundestagswahl verloren. Das hatte erhebliche Auswirkungen, im Übrigen auch finanzieller Art, spürbarer Rückgang der Wahlkampfkostenerstattung, aber auch, das wissen wir, es ist kein Geheimnis, dass sich viele Spender nach einem Regierungswechsel dann auch einer neuen Regierung eher zuwenden. 2022 fanden dann die Landtagswahlen statt. Das waren alles finanzielle Herausforderungen für unsere CDU Deutschlands, aber auch für die Landesverbände, für euch, für Sie in den Verbänden. Wir mussten uns anstrengen, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, und wir haben uns angestrengt in dieser Bundespartei. Ich bin froh und dankbar, dass uns die Stabilität für unsere CDU wirklich sehr gut gelungen ist. Kurzum: Die Finanzlage unserer Partei, das darf ich vorwegnehmen, die ist stabil ausbalanciert. Wir konnten das Gleichgewicht

trotz dieser Herausforderung wahren. Nachher werden die Rechnungsprüfer Ihnen noch die detaillierten Zahlen vorlegen. Ich möchte in meinem Bericht als Schatzmeisterin aber auf zwei Punkte eingehen, die wichtig sind für Sie in Ihren Landesverbänden, in Ihren Gemeindeverbänden, Kreisverbänden und Ortsverbänden. Es gibt neue Regeln bei dem Thema Spenden, und das wollen und das müssen wir ernstnehmen als Parteien. Das hat was mit Glaubwürdigkeit zu tun. Aber es hat auch was damit zu tun, dass wir das Vertrauen derer, die uns spenden, und das Vertrauen derer, die uns wählen, nicht enttäuscht wird.

Sie erinnern sich: Wir mussten eine Reform des Parteifinanzierungsgesetzes vornehmen in Deutschland. Warum? Weil das neue Gesetz aus der vergangenen Legislaturperiode nicht dem Verfassungsgericht standgehalten hat. Das hatte zur Folge, dass allen Parteien eine hohe Millionensumme an Rückzahlungen drohte. Alle wissen das, nur mal auf unsere CDU betrachtet: Uns hätte das 27 Millionen Euro gekostet, neun Millionen Euro allein für die Landesverbände. Das konnten wir nach zwölf langen Sitzungen und einem verfassungsgemäßen, neu überarbeiteten Parteifinanzierungsgesetz abwenden. Wir konnten auch eins abwenden: dass die Veröffentlichungspflicht von 10.000 Euro auf 7.500 Euro abgesenkt worden ist. Das mag eine Lappalie sein, aber jeder bei Ihnen, der Wahlkampf macht, Kommunalwahl, Bundestags- oder Landtagswahl oder Europawahl, Sie wissen, was es heißt, wenn einem bei einer Spende, zum Beispiel, 2.500 Euro fehlen. Ich glaube, dieser Erfolg, der war wichtig und auch richtig.

Zweiter Punkt: Bitte denken Sie daran, wenn es eine Spende gibt, die über 35.000 Euro beträgt, dann ist die ab sofort veröffentlichungspflichtig. Das war bisher bei 50.000 Euro; das wird jetzt bei 35.000 Euro sein. Da bitte ich Sie, das zu berücksichtigen. Ich habe Ihnen als Bundesschatzmeisterin ein entsprechendes Schreiben zukommen gelassen. Bei Fragen können Sie sich jederzeit an uns wenden. Ich möchte mich bedanken bei meinem Büroleiter, Sören Kablitz-Kühn, und dem ganzen Team. Ich will mich auch bedanken, lieber Herr Dr. Hoppe, wir haben das immer gut auch hinbekommen, eine große Partei, wo so viele Ehrenamtler auch mit Finanzen und rechtlichen Fragen zu tun haben, die brauchen Begleitung. Diese Begleitung, die möchten wir Ihnen weiterhin auch geben und auch digital. Liebe Freunde, ich will abschließend – in die Einzelzahlen gehen wir gleich noch rein – Ihnen noch berichten. Da ich selbst auch die Funktion der wirtschaftspolitischen Sprecherin im Deutschen Bundestag innehabe für unsere Fraktion, habe ich viel mit Unternehmerinnen und Unternehmern zu tun. Wenn wir wollen, dass wir unterstützt werden als Partei, dann muss es den Menschen auch gut gehen in diesem Land, dass sie sagen, wir haben noch einen Euro und den geben wir, den investieren wir in die Demokra-

tie, in eine politische Sichtweise, die uns aber das Leben nicht schwer macht und das sind die Ideen und die Vorstellungen der CDU Deutschlands. Unser Wirtschaftsstandort ist massiv unter Druck in diesem Land. Wir kamen von zehn Jahren Wirtschaftswachstum am Stück, jetzt hin zu einer Rezession, Stagnation, Betriebe wandern ab, schließen zu. Wir haben steigende Insolvenzen. Wir sehen, dass die Innovationsbereitschaft, die Patentanmeldungen in den Keller gerutscht sind und unter den G7 sind wir nur noch Schlusslicht. Deshalb ist es so wichtig, im Sinne von uns allen, dass wieder eine Wirtschaftspolitik für die Unternehmerinnen und Unternehmer gemacht wird. Unternehmer zu sein, ist das Gegenteil von Unterlasser zu sein, und das ist die Grundlage. Da will ich Ihnen sagen, dass die Bereitschaft da ist, verstärkt wieder von Unternehmerinnen und Unternehmern, in die CDU zu investieren. Ist auch ein Seismograf dafür, dass man uns vertraut, dass man dem Bundesvorsitzenden vertraut, dass man dem Generalsekretär vertraut, dass man der CDU Deutschlands vertraut, dieses Land wieder zum Besseren aufzustellen, statt diese Regierung unter dem aktuellen Bundeswirtschaftsminister, der eigentlich nur Bundesklima- und kein Wirtschaftsminister ist.

(Vereinzelt Beifall)

Kurzum, und damit möchte ich auch schließen: Wir haben es geschafft, nach Regierungsverlust, wo man keine Kanzlerin oder Kanzler und Minister mehr hat, weniger interessant und attraktiv ist, wieder den Dreh hinzubekommen, nicht nur inhaltlich, sondern auch bei dem Wunsch, uns zu unterstützen. Wir haben es geschafft, gemeinsam. Da freue ich mich als Bundesschatzmeisterin, das Spendenziel im vergangenen Jahr sogar zu übertreffen. Deshalb sage ich allen Spenderinnen und Spendern: Herzlichen Dank für Ihr Vertrauen; herzlichen Dank für Ihre Unterstützung; danke, dass Sie Demokratie proaktiv unterstützen und stabilisieren. Deshalb, es ist nichts Unanständiges, einer Partei zu spenden. Im Gegenteil, das Parteifinanzierungsgesetz sagt, die Hälfte nur darf staatlich geschehen, die andere Hälfte durch Mitgliedsbeiträge, durch Spenden. Die Partei hat eigene Unternehmen wie Verlage. Das machen wir nicht; wir bleiben bei unseren Leisten. Wir machen Politik. Wir machen keinen Journalismus. Deshalb sage ich: Wir sind auf Sie angewiesen. Danke, dass Sie uns unterstützt haben. Wir sind auf einem sehr, sehr guten Weg, und die Ideen, die unser Generalsekretär hat, die sind manchmal ziemlich teuer. Die sind ziemlich gut, aber auch ziemlich teuer und die finanzieren wir dir, lieber Carsten, damit der Friedrich Merz Bundeskanzler dieser Republik Deutschland wird. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Liebe Julia, ganz herzlichen Dank für deinen Bericht. Ich glaube, ich verrate nicht zu viel, wenn es vor allen Dingen

Julia Klöckner zu verdanken ist, dass dieses Parteienfinanzierungsgesetz so aussieht, wie es jetzt aussieht. Das waren nämlich zwölf Sitzungen, die vor allen Dingen Julia Klöckner dominiert hat. Insofern, liebe Julia, ganz herzlichen Dank für dein Engagement für unsere Partei und für die Parteienfinanzen und für deinen Bericht. Wortmeldungen zu dem Bericht der Bundesschatzmeisterin liegen nicht vor. Dann brauche ich jetzt einmal Sie als Delegierte mit Ihren Abstimmkarten. Ich darf Sie also um Ihr Kartenzeichen bitten, wenn Sie dem Bericht der Bundesschatzmeisterin sowie der Vorlage der Rechenschaftsberichte für 2021 und 22 Ihre Zustimmung erteilen möchten. – Vielen herzlichen Dank. Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das so beschlossen, vielen Dank. Ich darf eine organisatorische Meldung machen, und zwar möchte ich Sie alle herzlich bitten von unserem Tagungspräsidium, die Tablets auszuschalten, wenn Sie sie nicht benutzen, weil die Akkuleistung so nach unten geht und wir somit sicherstellen, dass die Akkuzeit und die Tablets auch bis zum Ende der Sitzung ausreichen. Wir brauchen die ja nachher noch für einige Wahlgänge und insofern schalten Sie bitte Ihre Tablets aus, wenn Sie sie gerade nicht brauchen.

Ich rufe nun auf den

TAGESORDNUNGSPUNKT14:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Dafür darf ich das Wort an den Landesgeschäftsführer der CDU Berlin, Dirk Reitze, weiterleiten.

(Vereinzelt Beifall)

Dirk Reitze, Vorsitzender Mandatsprüfungskommission: Liebe Freundinnen und Freunde, wir kommen wahrscheinlich zum spannendsten Tagungsordnungspunkt dieser Veranstaltung, dem Bericht der Mandatsprüfungskommission. Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldung und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft. Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind. Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus tausendundeinem vollstimmberechtigen Delegierten. Nach Feststellung der Kommission sind für den 36. Parteitag von den 1.001 Delegierten alle stimmberechtigt. Von diesen 1.001 Delegierten waren um 15:40 Uhr 996 Delegierte anwesend. Der Parteitag ist beschlussfähig. Danke.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Ich rufe nun auf

TAGESORDNUNGSPUNKT 22:

Anträge zur Änderung des Statuts der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung der CDU

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen Ihnen insgesamt 35 Anträge vor. Wir wollen aber an dieser Stelle, so kurz vor der Wahl des Bundesvorstandes, von diesen Anträgen nur einen Antrag behandeln. Das ist der Antrag B002 des Bundesvorstands. Demnach soll der Generalsekretär, wie alle anderen Mitglieder des Bundesvorstandes auch, zukünftig in jedem zweiten Kalenderjahr gewählt werden und nicht wie bisher in jedem vierten. Es ist nachvollziehbar, dass wir diese Angleichung aus Gründen der Klarstellung vor der Wahl des Generalsekretärs beschließen sollten. Daher rufe ich nun den Antrag B002 auf. Zunächst, gibt es Wortmeldungen? – Wortmeldungen liegen nach unserem Kenntnisstand hierzu nicht vor. Dann können wir jetzt gleich zur Abstimmung kommen. Wer also der Empfehlung der Antragskommission auf Annahme des Antrages B002 zustimmt, den bitte ich nun um das Karten- oder Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Empfindung der Antragskommission gefolgt und damit ist der Antrag angenommen, vielen Dank.

Wir fahren fort mit

TAGESORDNUNGSPUNKT 13:

Bericht der Rechnungsprüfer

Ich bitte nun um den Bericht und gebe das Wort an Peter Jacoby.

(Vereinzelt Beifall)

Peter Jacoby, Rechnungsprüfer: Lieber Tagungspräsident, liebe Freundinnen und Freunde, nach den klaren und überzeugenden Darlegungen von Julia Klöckner will ich mich nur auf einige wesentliche Punkte konzentrieren und das relativ kurz und überschaubar. Ich will sagen, dass die drei Rechnungsprüfer, Frau Störr-Ritter aus Baden-Württemberg, Frau Yzer aus Berlin und ich selbst, dass wir in den zurückliegenden Zeiten regelmäßig und kontinuierlich einbezogen waren und einbezogen sind in die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle der Verantwortlichen für die Finanzfragen, einbezogen sind in die Erstellung der Rechenschaftsberichte, sowohl der Jahre 2021 und 22, um die es ja heute insbesondere geht und die ja schon weitergeleitet sind an die Bundestagsverwaltung und im Übrigen, die den Delegierten digital vorliegen. Im Blick auf den vollzogenen Etat 2023 gilt dasselbe. E es ist auch noch eine kurze Bemerkung zu machen zum laufenden Etat des Jahres 2024. Also das

Thema Ausgaben, Einnahmen, die Frage der Liquidität, die Frage der finanziellen Planung der Bundespartei sind ständige Themen, die im Gespräch auch mit den Rechnungsprüfern erörtert werden. Aus unterschiedlichen Gründen hatten wir in den Jahren 2021 und 2022, Julia Klöckner hat darauf hingewiesen, sie hat das angedeutet, jeweils ein Einnahme-Ausgaben-Defizit. Für das Jahr 2021 liegt der Grund auf der Hand, wahlkampfbedingt, Bundestagswahl. Für das Jahr 2022 ist zu sagen, die vom Bundesverfassungsgericht festgestellte Verfassungswidrigkeit und Nichtigkeit des damals neuen Parteienfinanzierungsgesetzes, hinterließ eine Schleifspur. Aber was das Entscheidende ist, für beide Jahre konnte im Ergebnis ein finanzieller Ausgleich, ein finanzielles Gleichgewicht erreicht werden, für das Jahr 2021 aufgrund von Ansparungen bzw. Rücklagen aus der Vergangenheit, sodass das mit dem Etat 2021 vorgegebene finanzielle Ziel im Ergebnis eingehalten werden konnte. Für 2022 ist zu sagen, dass ebenfalls verantwortlich reagiert worden ist von den Zuständigen, von den Verantwortlichen. Ich habe es eben gesagt und wir alle wissen es: Die vormals vom Bundestag verabschiedete Erhöhung der staatlichen Parteienfinanzierung wurde vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig und nichtig erklärt. Das war von Anfang an für alle Verantwortlichen der Bundespartei klar, dass diese zugespitzte Situation, diese Anspannung, für die Finanzwirtschaft unserer Partei so zu bewältigen sei, dass im Rechenschaftsbericht 2020 umfassende Rückstellungen vorzunehmen waren, mit dem Ziel, gegebenenfalls Rückzahlungen in voller Höhe ohne Kreditaufnahme leisten zu können und das in voller Höhe. Auch für das Jahr 2022 selbst standen entsprechende Rückzahlungsverpflichtungen im Raum und das in erheblicher Größenordnung. Man stand also vor einer Riesenaufgabe, einer Riesenproblematik, die zu bewältigen war und die bewältigt worden ist. Natürlich ist in erster Linie dadurch, dass die im März 24 wirksam gewordene erneute rückwirkende Anhebung der Parteienfinanzierungsobergrenze die Lage im Blick auf die Etats entspannte, mit dem Ergebnis, dass die vorsorglich gebildeten Rückstellungen in großer Höhe wieder aufgelöst werden konnten.

Generell kann man sagen, und das gilt für die Gegenwart aber auch für die Zukunft: Mit den geänderten Einnahmebedingungen bei den staatlichen Mitteln haben wir nun endlich an diesem Punkt eine geklärte Situation, sowohl für die Vergangenheit als auch für das laufende Jahr wie auch für den Etat des vergangenen Jahres. Was den laufenden Etat – das ist meine Schlussbetrachtung – 24 anbelangt, weist er deutliche Ausgabensteigerungen gegenüber den Vorjahren aus, insbesondere weil geplante Maßnahmen aus der Vergangenheit jetzt entsprechend etatisiert worden sind. Hinzu kommt die Europawahl, deren Planung vollzieht sich absolut, gemessen an den Ansätzen der Vergangenheit und im Rahmen, sodass mit der optimistischen Aussage zu schließen ist, dass bei Einhaltung der bestehenden Planung die Europa-

wahl 24 und die Bundestagswahl 25 aus eigenen Mitteln wahrscheinlich zu finanzieren sein wird. Hiermit, meine Damen und Herren, liebe Delegierte, beantragen wir, die Rechnungsprüfer, die Entlastung des Bundesvorstandes für die Jahre 2021 und 2022 und wir sagen auch unsererseits danke gegenüber den Verantwortlichen in der Bundesgeschäftsstelle für die jederzeitig abrufbaren Leistungen, Informationen und dergleichen. Vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, sehr geehrte Damen und Herren, das war der Tagesordnungspunkt 13. Wir danken den Rechnungsprüfern für ihre wertvolle Arbeit und danken insbesondere Peter Jacoby für seinen Bericht.

Jetzt gebe ich zu Tagesordnungspunkt 15 die Tagesleitung ab an Thorsten Frei.

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber David.

Wir kommen zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 15:

Entlastung des Bundesvorstandes

Dazu übergebe ich zunächst das Wort an unseren Vorsitzenden, Friedrich Merz.

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Herr Tagungspräsident, liebe Freundinnen und Freunde, bevor wir zu der Abstimmung über den gestellten Antrag zur Entlastung des ausscheidenden Bundesvorstandes kommen, erlauben Sie mir, dass ich noch einmal kurz das Wort ergreife. Ich möchte gerne den Mitgliedern des Bundesvorstandes und den Mitgliedern des Präsidiums ganz herzlich danken für die gute Zusammenarbeit in den letzten zwei Jahren in der Führung unserer Partei. Das hat große Freude gemacht. Herzlichen Dank für die Kollegialität; herzlichen Dank für die Freundschaft; herzlichen Dank für das gute Miteinander im Präsidium und Bundesvorstand der CDU.

(Beifall)

Ich möchte einer Person einen besonderen Dank aussprechen, und Sie haben sie gerade hier gehört und das ist Julia Klöckner. Liebe Julia, du hast die Aufgabe übernommen, Schatzmeisterin der CDU zu sein. Das ist keine immer sehr einfache Aufgabe, aber du hast es hier gerade mit einfachen Worten gesagt, die Rechnungsprüfer haben es bestätigt, unter deiner Verantwortung sind die Finanzen der CDU in Ordnung gekommen. Wir haben auch die Schwierigkeiten überwunden, die mit der Verfassungswidrigkeit des früheren Parteienfinanzierungsgesetzes einhergegangen sind, und ich will dir nicht nur danken für deine Aktivität in der Partei und für die

Partei und für unsere Finanzen, ich möchte dir auch ein ganz herzliches Wort des Dankes sagen für deinen großartigen Einsatz, der schwierig war, mit den anderen Schatzmeistern der beteiligten Parteien zusammen ein neues Parteienfinanzierungsgesetz auszuarbeiten. Du bist da sehr hartnäckig gewesen. Du hast teilweise sehr alleine gestanden, und am Ende hat es ein gutes Ergebnis gegeben. Herzlichen Dank für deine auch parlamentarische Arbeit in diesem Zusammenhang. Das war wirklich richtig klasse, Julia, herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Nun scheiden bei dieser Wahl zum Präsidium und zum Bundesvorstand heute auch einige Freunde aus dem Führungsgremium aus. Ich möchte sie gerne namentlich nennen und ich möchte ihnen allen noch einmal von dieser Stelle aus danken. Ich spreche zuerst an unseren Freund Bernd Althusmann. Lieber Bernd, du bist Mitglied des Präsidiums gewesen; du bist Mitglied des Bundesvorstandes der CDU gewesen und scheidest jetzt nach sechs Jahren aus. Du wirst andere berufliche Aufgaben übernehmen. Wir danken dir von ganzem Herzen dafür, dass du gearbeitet hast, dass du in Niedersachsen gearbeitet hast, dass du mit dabei warst im Präsidium und Bundesvorstand der CDU. Ganz herzlichen Dank und alles Gute für deinen persönlichen und beruflichen weiteren Lebensweg.

(Beifall)

Es scheiden aus dem Bundesvorstand aus Thomas Bareiß, der Mitglied seit 2018 war, Peter Beuth, der Mitglied seit 2016 war, Barbara Havliza, die Mitglied seit 2022 war, Laura Hopmann, Mitglied seit 2021, Mike Mohring, Mitglied seit 2010, Lucia Puttrich, Mitglied des Bundesvorstandes seit dem Jahr 2016. Allen, die ausscheiden und teilweise viele, viele Jahre im Bundesvorstand der CDU dabei waren: Herzlichen Dank für eure, für Ihre Mitarbeit und für eure Freundschaft und Kollegialität im Führungsgremium der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Dann möchte ich eine Person gern zum Schluss besonders nennen: Unser Freund Prof. Dr. Otto Wulff verlässt nach 28 Jahren Mitglied des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands unseren Bundesvorstand. Lieber Herr Wulff, darf ich Sie gerne bitten, noch einmal nach vorne zu mir auf die Bühne zu kommen.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Lieber Otto Wulff, 28 Jahre Mitglied des Bundesvorstandes der CDU, länger als der ein oder andere Delegierte heute an Lebensjahren zählt und länger als sich viele von uns überhaupt in die Parteigeschichte zurückdenken können, 20 Jahre Mitglied des

Deutschen Bundestages, Vorsitzender der Senioren-Union unserer Partei. Es gibt niemanden mehr außer Otto Wulff, der eine so lange Zeitspanne der deutschen Nachkriegsgeschichte politisch in Erinnerung hat und mitgestaltet hat wie er, Zeitgenosse von Konrad Adenauer, langjähriger Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Mitglied unseres Bundesvorstandes der CDU. Lieber Otto Wulff, herzlichen Dank für diese großartige Treue und Arbeit im Bundesvorstand der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Jetzt gibt es noch ein kleines Geschenk für Otto Wulff, liebe Freundinnen und Freunde, das ist das Wahlplakat des zweiten Bundestagswahlkampfes aus dem Jahre 1953. In dem Jahr ist Otto Wulff Mitglied der CDU geworden. „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau. Darum CDU. 1953".

(Lebhafter Beifall)

Das wollen wir Ihnen gerne überreichen als kleines symbolisches Dankeschön für Ihre Arbeit bei uns. Wir freuen uns auch noch über ein paar Sätze von Ihnen. Ich habe immer gesagt, jede Wortmeldung von Otto Wulff ist eine kleine Kundgebung.

(Heiterkeit)

Prof. Dr. Otto Wulff: Lieber Herr Merz, meine lieben, verehrten Freundinnen und Freunde, ich gebe zu, es berührt mich tief, wenn ich vor einer Union stehe, die die großartigste, erfolgreichste Volkspartei der europäischen Geschichte geworden ist.

(Beifall)

Was ich mir nie hätte vorstellen können, als ich als Zwölfjähriger in einem kleinen Dorf stand, aus dem Nebenraum in die Küche blickte, wo zehn Freunde die Christlich Demokratische Union im November 1945 gründeten. Das waren Eisenbahner. Das waren Bauern. Das waren Kaufleute, Handwerker, Friseure, Versicherungsvertreter und diese Männer, nur Männer, keine Frau, die einzige war meine Mutter, die eine Erbsensuppe kochte.

(Heiterkeit)

Was damals eine Köstlichkeit war, aber diese Männer, es waren zehn, waren alle Antinazis gewesen, Gegner der Nationalsozialisten, und sie brachten in einer Not, ein Drittel des Vaterlandes verloren, 85 Prozent des Landes zerstört, zehn Millionen Tote nur in Deutschland und 60 Millionen in Europa und ein Ruf in der Welt, das nur wieder aufzubauen war, dass sich zehn Christen, evangelische und katholische, zusammenfanden und eine Partei gründeten, die den Menschen wieder Hoffnung, Zu-

versicht gab, die großen Vorstellungen und die Bedeutung, die einer Demokratie Macht geben, wenn sie erfolgreich sein sollte. Und die CDU trat an in einer Welt, meine Freunde, wo ich Menschen erlebt habe, die in Holzschuhen gefüllt mit Stroh in eine Versammlung der Union kamen. Und die Union gab ihnen Hoffnung. Sie war diese Partei, die Deutschland aus der schlimmsten Schmach wieder herausgebracht hat.

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, ich habe noch Adenauer vor Augen, wie er wie er sich erstmals traf in Verdun mit Charles de Gaulle, unter dem nationalen Emblem der Franzosen, die beiden sich umarmten und mit der deutsch-französischen Freundschaft etwas besiegelten, was wir uns nicht vorstellen konnten. Dann war es Helmut Kohl, der als Bundeskanzler mit Mitterand vor Tausenden von Toten in Douaumont stand und die Aussöhnung mit Deutschland feierte. Beide waren Kanzler der Union. Das hat mich stolz gemacht, nicht nur auf die Partei, sondern auf mein Vaterland, dass eine Partei mit solchen Vorsitzenden wieder uns in den Mittelpunkt der Staatengemeinschaft geführt hat.

(Beifall)

Meine Freunde, wir sollten daran denken, das ist die Union, die Hoffnung und Zuversicht gab und sie muss es bleiben. Wir sind eine Partei, die Hoffnung in den Mittelpunkt stellt und wir sind die Partei Europas geworden. Ich danke Ihnen, lieber Herr Merz, dass Sie in dieser Folge der großen Staatsmänner heute auch die deutsch-französische Freundschaft erwähnt haben.

(Beifall)

Meine Freundinnen und Freunde, ich rufe Ihnen zu. Wenn ich noch eine Zeit lang lebe, werde ich Sie unterstützen, so gut, ich es kann. Aber ich möchte Ihnen an dieser Stelle zurufen als die stolzeste, erfolgreichste Volkspartei der europäischen Nachkriegsgeschichte, von der viel erwartet wird und von der auch die Sicherheit und das Blühen unseres Vaterlandes abhängt. Es lebe unser geliebtes deutsches Vaterland in einem geeinten und starken Europa. Meine Freundinnen und Freunde, es lebe die Freiheit.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Meine lieben Freunde, ganz herzlichen Dank für das, was ich jetzt erleben darf. Aber als wir heute über so manche Entwicklungen sprachen, die auf der rechten Seite sich vollziehen, da habe ich nur gedacht, und dafür haben wir alle gestanden, dass die Ideen und das, was unsere Partei beherrscht hat als Programm, das waren

die Ideen der Frauen und Männer, die vor dem Blutgericht Freislers und an den Haken in Plötzensee ihren Opfertod gaben. Das war der Geist, der die Leute damals beseelt hat und der uns beseelt hat, und deshalb haben Radikale in unserem Staat, und dafür wird die Union sorgen, nichts mehr zu sagen. Sie sind zumindest moralisch erledigt.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Mir bleibt nur ein Wort zu sagen, lieber Otto Wulff, danke, danke für dieses offene Wort, danke für diese Hilfe über Jahrzehnte und danke für dieses Vermächtnis, das uns alle verpflichtet und das zeigt, wo wir herkommen, wo wir stehen und wo wir hingehen wollen. Eine Partei, die einen solchen Mann so verabschiedet wie heute, kann stolz auf sich sein.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Friedrich Merz, für deine Worte der Würdigung, der Verabschiedung der ausgeschiedenen Bundesvorstandsmitglieder und insbesondere auch diese sehr würdige Verabschiedung von Prof. Otto Wulff. Ich glaube, das Entscheidende ist, sich immer bewusst zu machen, dass Politik am Ende von Menschen gemacht wird, von denen, die sich ehrenamtlich in unseren Vorstandsgremien, auch im Bundesvorstand, engagieren und einsetzen. Das ist alles nicht selbstverständlich. Deswegen schulden wir denen, die das tun, auch unseren ehrlichen Dank und Respekt; herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Die Entlastung des Bundesvorstandes für seine Amtszeit ist von den Rechnungsprüfern beantragt worden. Wir gehen davon aus, dass Sie mit einer gemeinsamen Entlastung für den gesamten Zeitraum einverstanden sind. Ich sehe gerade, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt eine Wortmeldung gibt von Ines Kaufmann aus Hannover. Ist das zutreffend? Wenn das so wäre, Frau Kaufmann, dann hätten Sie jetzt das Wort. – Wird das Wort gewünscht? – Nein, also sieht nicht so aus. Dann muss es ein Fehler sein. Dann können wir im Tagesordnungspunkt fortfahren. Wer der Entlastung des Bundesvorstandes zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank. Ich mache der Vollständigkeit halber die Gegenprobe. – Keine Enthaltungen. – Bei Enthaltung einiger Betroffener ist die Entlastung des Bundesvorstandes, wir sagen dann trotzdem, einstimmig erfolgt. Herzlichen Dank dafür. Damit stelle ich fest, dass der Bundesvorstand durch den Parteitag entlastet wurde. Ich bitte jetzt die Mitglieder des bisherigen Bundesvorstandes, aber das tun sie ja, soweit sie auf der Bühne platziert sind, wieder bei ihren Landesverbänden Platz zu nehmen.

Denn wir kommen jetzt zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 16:

Wahl des Bundesvorstandes

Vor Eintritt in die einzelnen Wahlgänge bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für einige wenige wichtige Hinweise. Zunächst zum Wahlverfahren: Wir werden diese Wahlgänge per Tablet durchführen. Da es sich um geheime Wahlen handelt, kommen auch wieder die Tischwahlkabinen zum Einsatz. Lassen Sie mich nun einige allgemeine Hinweise zu den Wahlgängen anschließen. Bei allen Wahlen ist die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Mehrheitsermittlung nicht mit; sie sind aber bei der Feststellung der Beschlussfähigkeit zu berücksichtigen. Ich möchte alle Delegierten und auch Pressevertreter darauf hinweisen, dass es keine Fotos, keine Selfies und auch sonst keine Aufnahmen von eigenen Wahlhandlungen oder Wahlhandlungen anderer geben darf, geschweige denn, dass die möglicherweise noch in den sozialen Netzwerken gepostet würden. Das Wahlgeheimnis gilt für jeden einzelnen Delegierten. Soweit zu den allgemeinen Hinweisen, Einzelhinweise für die jeweiligen Wahlgänge von Bedeutung erhalten Sie dann unmittelbar vor dem entsprechenden Wahlgang. Jetzt würde Ina Scharrenbach übernehmen.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Thorsten Frei.

Wir rufen auf den

TAGESORDNUNGSPUNKT 16.1:

Wahl der/des Vorsitzenden der CDU Deutschlands

Vorgeschlagen wird Ihnen zur Wiederwahl Friedrich Merz. Wir gehen davon aus, dass eine Kandidatenvorstellung nicht notwendig ist. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitten wir Sie um Ihr Kartenzeichen. – Vielen Dank. Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann sind Sie damit einverstanden und wir sagen schon einmal herzlichen Dank. Bevor wir in den Wahlgang eintreten, darf ich Sie auf das Folgende hinweisen: Bitte stellen Sie Ihre Tischwahlkabinen auf. Ersichtlich ist das bereits erfolgt. Die Wahl erfolgt mit Ihrem Tablet. Sie benötigen hierfür Ihre POLYAS-Zugangsdaten. Die sind in diesem blauen Umschlag, haben wir heute Morgen schon ausprobiert. Gestatten Sie mir einige Erläuterungen zum Wahlverfahren. Sobald der Wahlgang eröffnet wurde, öffnet sich der digitale Wahlzettel. Beachten Sie bitte die Wahlregeln. Diese finden Sie noch einmal auf den digitalen Stimmzetteln wiedergegeben. Treffen Sie dann bitte Ihre Auswahl. Nachdem Sie gewählt haben, wird Ihnen Ihre Auswahl angezeigt. Hier können Sie Ihre Stimmabgabe noch korrigieren. Diese ist dann nochmal zu bestätigen.

Erst nachdem Sie Ihre Auswahl verbindlich abgegeben haben, zählt Ihre Stimme. Wenn Sie im Nachgang zur Veranstaltung wissen wollen, ob Ihre Stimme gezählt wurde, haben Sie am Ende des Wahlganges die Möglichkeit, einen verschlüsselten Prüfcode abzufotografieren. Sobald Sie dieses Fenster geschlossen haben, ist der Prüfcode nicht wiederherstellbar. Alle haben ihre Tischwahlkabinen aufgestellt und damit darf ich den Wahlgang zur Wahl des oder der Bundesvorsitzenden eröffnen.

(Musik)

Gibt es Delegierte, die Probleme mit der Stimmabgabe haben? Dann bitten wir Sie, das deutlich zu kennzeichnen, dann kommt jemand aus der Servicestelle. Hier vorne im Nordrhein-Westfalen-Block bei der Ziffer 5 gibt es Probleme mit der Stimmabgabe, auf der linken Seite ebenfalls und ganz links auch.

(Musik)

Hinter Dr. Kerber gibt es auch noch jemanden, der ein Problem mit der Stimmabgabe hat, im Saarland müsste das der Fall sein. Wenn Sie sich bitte einmal sehr, sehr deutlich, sehr kenntlich machen, kommt sofort jemand zu Ihnen und ist entsprechend behilflich.

(Musik)

Bei Nummer 3 scheint es auch eine Herausforderung mit der Stimmabgabe zu geben. – Im Saarland scheint das Problem gelöst zu sein. – Nein, noch nicht. – Vorne links ist auch noch eine, – Christina, okay. – In Baden-Württemberg wird noch gewunken; da gibt es noch Probleme mit der Stimmabgabe. Vielleicht kann jemand von der Assistenz dort einmal unterstützen.

(Musik)

Sehr geehrte Delegierten, haben alle ihre Stimme abgeben können zur Wahl des Bundesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands? Hier in der Mitte ist noch jemand und in Schleswig-Holstein winkt auch noch jemand.

(Heiterkeit)

Er macht sich die Haare schön, ja.

(Heiterkeit)

Gibt es noch Delegierte, die jetzt ihre Stimme noch nicht haben abgeben können zur Wahl des Bundesvorsitzenden? Ganz hinten, – bitte machen Sie sich deutlich erkennbar, dann findet Sie die Teamassistenz des Parteitages.

(Musik)

So, wir haben ein, zwei Tablets austauschen müssen, deshalb ist der Wahlgang noch geöffnet, das nur zur Information an Sie. Da hinten wird gewunken.

(Musik)

Gibt es noch Delegierte, die ihre Stimme nicht haben abgeben können? – Wo sind wir? Im Saarland noch jemand?

(Musik)

Ich frage jetzt zum letzten Mal: Gibt es noch eine Delegierte, einen Delegierten, der die Stimme noch nicht hat abgeben können zur Wahl des Bundesvorsitzen der Christlich Demokratischen Union Deutschlands? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Damit schließe ich den Wahlgang und unterbreche den Parteitag bis zur Bekanntgabe des Wahlergebnisses.

(Musik)

Sofern Sie mögen, können Sie Ihre Tischwahlkabinen natürlich vorerst wieder zusammenfalten. Das werden Sie noch brauchen im Laufe des Tages.

(Musik)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, Sie haben gemerkt, so Entspannungsmusik kann auch sehr unentspannt machen. Also, insofern, ich darf wieder eröffnen. Das Ergebnis zur Wahl des Bundesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands liegt vor. Es wurden 981 Stimmen abgegeben. Davon sind 972 Stimmen gültig. Auf Friedrich Merz entfielen 873 Stimmen. Das entspricht einer Zustimmung von rund 90 Prozent. Lieber Friedrich Merz, herzlichen Glückwunsch.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Lieber Friedrich Merz, ich darf Sie fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Ja, liebe Freundinnen und Freunde, ich nehme die Wahl an. Ich bedanke mich sehr herzlich für das großartige Vertrauensvotum und ich freue mich auf die Arbeit, die jetzt vor uns liegt in den nächsten zwei Jahren. Das werden harte Jahre, aber wir werden sie bestehen und wir werden sie mit Rückenwind aus diesem Bundesparteitag bestehen. Herzlichen Dank für das Vertrauen. Ich freue mich sehr darüber, ganz, ganz herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Wir machen hier weiter in der Tagesordnung. Ich darf die Präsidentschaft im Tagungspräsidium an Franziska Hoppermann übergeben.

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Ina Scharrenbach.

Wir begrüßen den neugewählten Bundesvorsitzenden bei uns wieder hier oben und fahren fort mit

TAGESORDNUNGSPUNKT 16.2:

Wahl des Generalsekretärs oder der Generalsekretärin der CDU Deutschlands

Hierfür darf ich das Wort an unseren neugewählten, frisch wiedergewählten Bundesvorsitzenden Friedrich Merz übergeben.

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde, nach unserer Satzung hat der Parteivorsitzende das Privileg, der Alleinige zu sein, der den Generalsekretär oder die Generalsekretärin zur Wahl vorschlagen darf. Ich möchte Ihnen Carsten Linnemann vorschlagen, heute erstmalig auf dem Bundesparteitag gewählt zu werden. Ich schließe dann gleich an: Ich möchte Ihnen Christina Stumpp vorschlagen auch als stellvertretende Generalsekretärin. Beide haben eine tolle Arbeit gemacht. Wir sind ein wirklich gutes Team und ich möchte, dass Sie für beide ein richtig starkes Votum abgeben, für Carsten Linnemann und für Christina Stumpp.

(Beifall)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Vielen Dank für diesen Vorschlag. Auch hier gehen wir davon aus, dass eine Kandidatenvorstellung nicht erforderlich ist. Hier sehe ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Bitte stellen Sie, wenn nicht noch stehend, Ihre Tischkabinen wieder auf. Ich darf nochmal ein paar Hinweise geben. Sobald der Wahlgang eröffnet wurde, öffnet sich der digitale Wahlzettel. Beachten Sie bitte die Wahlregeln. Diese finden Sie noch einmal auf den digitalen Stimmzetteln. Treffen Sie dann bitte Ihre Auswahl. Nachdem Sie gewählt haben, wird Ihnen Ihre Auswahl nochmal angezeigt. Hier können Sie Ihre Stimmabgabe noch einmal korrigieren, diese dann aber bitte noch einmal bestätigen. Erst nachdem Sie Ihre Auswahl verbindlich abgegeben haben, zählt ihre Stimme auch wirklich. Wenn Sie im Nachgang wissen wollen, ob Ihre Stimme gezählt wurde, können Sie auch diesen Wahlgang am Ende nochmal prüfen und diesen verschlüsselten Prüfcode abfotografieren. Sobald Sie das Fenster geschlossen haben, ist dieser Prüfcode nicht mehr herstellbar. Wenn jetzt alle die Tischkabine aufgestellt haben, was fast überall erfolgt ist, eröffne ich den Wahlgang.

(Musik)

Gibt es irgendwo technische Probleme bei der Abgabe der Stimmen? – Hier vorne an der 3 im Mittelgang wird gewunken.

(Musik)

Dann frage ich nochmal, ob noch irgendwo jemand Probleme bei der Stimmabgabe hat. Da vorne bei der 2 ungefähr wird noch einmal Hilfe benötigt.

(Musik)

Ich frage nochmal, ob die technischen Probleme, die wir hatten, gelöst sind. Wer hat noch ein technisches Problem bei der Stimmabgabe? Immer noch hier vorne bei der 2. Da wird aber schon geholfen. – Weitere Hände sehe ich nicht. – Dann darf ich an der Stelle vielleicht nochmal den technischen Hinweis geben, dass, wer seine Stimme erfolgreich abgegeben hat, das Tablet bitte ausstellt, damit die Akkulaufzeit der Geräte etwas länger ist. Die gehen nämlich nicht von allein aus.

(Musik)

Ist das Problem da hinten gelöst? – Super, dann haben jetzt alle ihre Stimmen abgegeben. Ich sehe da vorne, das ist Kollege Jung mit einem Fehler. Nein, gut, dann sehe ich nichts Gegenteiliges, schließe den Wahlgang und bitte um Auszählung.

(Musik)

Ich darf die Sitzung wieder eröffnen. Wir haben ein Ergebnis, das ich Ihnen sehr gerne bekannt gebe: abgegebene Stimmen 980, Enthaltungen sieben, damit 973 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 487. Auf Dr. Carsten Linnemann entfielen 889 Stimmen; mit Nein haben gestimmt 84. Das ist ein Ergebnis von 91,4 Prozent. Lieber Carsten, ganz herzlichen Glückwunsch. Komm zu uns auf die Bühne.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Lieber Carsten, ich muss noch die formale Frage stellen: Nimmst du die Wahl an?

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Nehme ich gerne an, vielen Dank für das Vertrauen, einen schönen Abend noch.

(Heiterkeit und Beifall)

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Lieber Carsten, auch von meiner Seite aus ein herzliches Wort des Dankes und vor allen Dingen der Gratulation zu dem tollen Ergebnis, das du heute hier bekommen hast. Damit du fit bleibst für die nächsten zwei Jahre, habe ich ein kleines Geschenk für dich mitgebracht und da steht etwas drauf. Sie können das lesen: „einfach mal aufmachen“.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Ja.

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Mach mal auf.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Hier?

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Ja, da.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Oh super.

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Ja, hol sie raus.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Aber top, super.

(Lebhafter Beifall)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Ich darf die Sitzungsleitung nun an Thorsten Frei übergeben.

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank und wir fahren fort mit dem

TAGESORDNUNGSPUNKT 16.3

– der Vorsitzende hat ja bereits Christina Stumpp vorgeschlagen für die

Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin

Liebe Christina, wir freuen uns jetzt auf deine Kandidatenvorstellung.

(Vereinzelt Beifall)

Christina Stumpp: Lieber Friedrich, als allererstes bevor ich loslege, möchte ich dir zu deinem Topergebnis gratulieren. Unsere CDU ist geschlossen, hat einen klaren Kurs und eine Vision für unser Land, und dafür bist du verantwortlich. Herzlichen Dank für deine hervorragende Arbeit die vergangenen zwei Jahre, und ich freue mich auf die nächsten zwei Jahre, lieber Friedrich.

(Beifall)

Gleiches gilt für dich, lieber Carsten, herzlichen Glückwunsch. Du machst einen hervorragenden Job als Generalsekretär. Es macht mir sehr viel Freude, mit euch beiden im Team für unsere großartige CDU zusammenzuarbeiten. Wir haben noch viel vor. Wir möchten über 35 Prozent. Packen wir es an, liebe Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, vor genau vier Monaten ist meine Tochter Tamina auf die Welt gekommen. Das sind Tage im Leben, an die man sich erinnert, als seien sie gestern gewesen. Die bleiben im Kopf. Man trägt sie im Herzen. Der 16. November 2021 ist auch so ein besonderer Tag für mich, nicht nur, weil ich an diesem Tag Geburtstag feierte. An diesem Tag stand ich mit dir, lieber Friedrich, genau hier im Estrel Hotel, als du mir das Vertrauen geschenkt hast, als erste stellvertretende Generalsekretärin in der Geschichte der CDU Deutschlands für unsere großartige Partei und für dich, lieber Friedrich, arbeiten zu dürfen. Seitdem haben wir gemeinsam als Team CDU entschlossen mit Herz und Leidenschaft und vor allem hart daran gearbeitet, unsere CDU neu aufzustellen. Heute, liebe Freundinnen

und Freunde, können wir mit Stolz sagen, mit Erfolg, liebe Damen und Herren, wir sind wieder auf Kurs mit einem richtig starken Team, mit Mut, mit Tatendrang und einer Vision für unser Land. Unser Generalsekretär, Carsten Linnemann, wird sagen: Das ist CDU pur. Deshalb bin ich froh und stolz, sagen zu können, wir sind bereit, bereit, das Ampelchaos zu beenden und die Verantwortung für unser Land zu übernehmen.

(Beifall)

Aber, liebe Freundinnen und Freunde, und das ist mir wichtig, wir dürfen dabei nicht nur auf die Ampel nach Berlin schauen. Ganz besonders, und das sage ich hier vor allem als Leiterin des Kommunalbüros im Konrad-Adenauer-Haus, müssen wir auch die Scheinwerfer auf unsere kommunale Ebene richten. Wir haben immer gesagt, die CDU ist die Kommunalpartei. Vor Ort sind wir so stark wie keine andere Partei und das stimmt. Wir haben auch immer gesagt, die CDU lebt von den vielen Frauen und Männern, die sich vor Ort ehrenamtlich engagieren, sei es in der Feuerwehr oder in den örtlichen Vereinen. Das stimmt auch, aber genauso stimmt, Kommunalpolitik ist ein Knochenjob, der leider immer unattraktiver wird. Warum? Weil es vor allem die kommunale Ebene ist, die die Fehlentscheidungen dieser Ampel ausbaden muss, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Besonders katastrophal sind die Auswirkungen ihrer Migrationspolitik. Die Kommunen befinden sich seit Monaten am Rand ihrer Kapazitätsgrenzen und fordern zurecht endlich effektive Gegenmaßnahmen, doch diese kommen viel zu langsam und tragen bisher insgesamt nicht zu einer Entspannung dieser Situation bei. Im November vergangenen Jahres wurde nach langem Ringen bei der MPK endlich eine Einigung zur Kostenübernahme erzielt. Sechs Monate später, ganze sechs Monate später ist das entsprechende Gesetz aber immer noch nicht umgesetzt worden. So, liebe Freundinnen und Freunde, kann es doch nicht weitergehen in diesem Land.

(Beifall)

Als desaströs ist auch die Energiepolitik der Ampel und insbesondere von Robert Habeck zu bezeichnen. Mit ihrem Vorgehen bei der Wärmewende erweist die Ampel dem Klimaschutz einen Bärendienst. Das mit der Brechstange vorangetriebene Heizungsgesetz verunsichert unsere Bürgerinnen und Bürger. Das Wärmeplanungsgesetz wiederum ist ein weiteres Zeugnis der Ignoranz der Ampel. Es stellt unrealistische Anforderungen an unsere Kommunen. Das schlägt sich auch in den Zahlen nieder. Erstmals seit dem Jahr 2011 haben die Kommunen 2023

wieder einen negativen Gesamtsaldo von ganzen 6,8 Milliarden Euro ausgewiesen. Das ist eine fatale Entwicklung, denn unser Land braucht unsere starken Kommunen.

(Beifall)

Aus diesem Grund haben wir am Anfang 2022 das Kommunalbüro im Konrad-Adenauer-Haus gegründet. Wir arbeiten nicht nur mit den Kommunalpolitischen Vereinigungen eng zusammen. An dieser Stelle möchte ich dir, lieber Christian Haase, von Herzen herzlichen Dank sagen für die hervorragende Zusammenarbeit. Es macht viel Freude, mit der KPV auf Bundesebene und den Ländern zusammenzuarbeiten. Auch ein besonderer Dank geht an die Frauen Union. Liebe Annette Widmann-Mauz, vielen Dank für deinen Einsatz und für die gute Zusammenarbeit und für den Einsatz für die Frauen, die du so leidenschaftlich jeden Tag vornimmst. Gemeinsam haben wir viel bewegen können. Ich erinnere mich beispielsweise sehr gerne an unsere Auftaktveranstaltung von Women@CDU #kommunal zurück. Mehr als 300 Kommunalpolitikerinnen aus ganz Deutschland waren zwei Tage im Konrad-Adenauer-Haus und haben über kommunale Herausforderungen, über Finanzen, über Wirtschaft gesprochen. Wir haben hier gemeinsam eine Vernetzung stattgefunden. Über die CDU-Plattform können die Damen zukünftig sich vernetzen und sich über kommunalpolitische Themen austauschen. Liebe Christdemokratinnen, ich kann euch heute schon versprechen, die Fortsetzung folgt. Das Handwerkszeug für unsere ehrenamtlichen, hauptamtlichen Kommunalpolitiker zu verbessern, das ist mein Anspruch. Daher haben wir das kommunale Spitzengespräch etabliert, um nah an der kommunalen Ebene zu bleiben. Gerade bei dem Thema Migration, bei den Kommunalfinanzen, bei der Energiewende oder bei der Mobilität ist der direkte Draht enorm wichtig und prägt unsere Politik ganz entscheidend.

(Vereinzelt Beifall)

Insbesondere die Unterstützung bei Landrats- und Bürgermeisterwahlkämpfen, Friedrich Merz, hat es auch angesprochen, ist uns eine Herzensangelegenheit. Hier möchte ich stellvertretend für alle, die gewonnene OB-Wahl in Mannheim nennen. Nach 50 Jahren SPD konnte Oberbürgermeister Christian Specht das Rathaus wieder für unsere CDU gewinnen.

(Vereinzelt Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, dass die CDU die Kommunalpartei ist, zeigen wir seit bald 80 Jahren. Ganz besonders auch in den nächsten Wochen. In Thüringen starten wir am 26. Mai. Am 9. Juni folgen in acht weiteren Bundesländern die Kom-

munalwahlen. Wir kämpfen für die starke christdemokratische Politik in unseren Gemeinden, Städten und Landkreisen, und ich danke allen Kandidatinnen und Kandidaten, die bereit sind, diese Verantwortung zu übernehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Die aus voller Überzeugung den Rücken gerade machen und die die christdemokratische Fahne hochhalten. Wir machen keine kleinteilige, ideologische Politik, sondern eine pragmatische Politik, die die richtigen Anreize setzt und Fleiß wieder wertschätzt, meine Damen und Herren. Deshalb sind wir Volkspartei und deshalb werden wir die Ampel nächstes Jahr in den Ruhestand schicken und das Land wieder vernünftig regieren.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wie Sie sehen, wir haben noch viel vor und ich bin hochmotiviert. Ich bin Christina Stumpp, 36 Jahre alt, zweifache Mutter, kommunalverwurzelt und Regionalrätin, direkt gewählte Bundestagsabgeordnete und möchte meinen Beitrag als stellvertretende Generalsekretärin gemeinsam mit Friedrich Merz und Carsten Linnemann dafür leisten, dass wir unsere CDU weiterhin auf Erfolgskurs halten. Dafür stehe ich heute zur Wahl und bitte Sie um Ihre Stützung, vielen Dank.

(Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Ganz herzlichen Dank, liebe Christina, für deine Vorstellung und, verbunden damit, auch ein ganz herzliches Dankeschön für deine Arbeit im Konrad- Adenauer-Haus. Das sind neue Aufgaben, die du aufgebaut hast in den vergangenen zwei Jahren, sehr, sehr erfolgreich, und es zeigt eben, dass wir als CDU auf einer ganz breiten Basis stehen. Jetzt bitte ich Sie, soweit es nicht ohnehin schon erfolgt ist, die Tischwahlkabinen wieder aufzustellen, und ich würde jetzt darauf verzichten, den Wahlgang im System nochmal im Einzelnen zu erklären. Das hat ja jetzt zweimal wunderbar funktioniert. Nur auf spezielle Nachfrage und speziellen Wunsch würde ich es nochmal en détail machen, aber ich glaube, das ist nicht notwendig. Insofern würde ich jetzt den Wahlgang eröffnen.

(Musik)

Ich möchte jetzt nochmal nachfragen, ob alle Delegierten ihre Stimme abgeben konnten oder ob es irgendwo noch technische Probleme gibt, die wir lösen müssten. – Gut, ich sehe keine Hand. – Dann würde ich den Wahlgang schließen.

(Musik)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich gebe Ihnen jetzt das Ergebnis der Wahl der stellvertretenden Generalsekretärin bekannt. Es sind 948 Stimmen abgegeben worden, 61 Enthaltungen; damit waren 887 gültige Stimmen auszuwerten. Die erforderliche Mehrheit beträgt dann 444 Stimmen. Auf Christina Stumpp entfielen 691 Stimmen. Das entspricht dann einer Zustimmungsquote von 77,9 Prozent.

(Beifall)

Damit, liebe Christina, bist du mit überwältigender Mehrheit gewählt. Ich gratuliere herzlich und bitte dich auf die Bühne.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Christina, ich will dich noch fragen, ob du die Wahl annimmst. – Herzlichen Glückwunsch und alles Gute für deine weitere Arbeit, liebe Christina. Jetzt würde Ina übernehmen.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Ich darf nun aufrufen den

TAGESORDNUNGSPUNKT 16.4:

Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden
der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

Es kandidieren in alphabetischer Reihenfolge: Breher, Silvia; Jung, Andreas; Kretschmer, Michael; Laumann, Karl-Josef; Prien, Karin. Für die Vorstellung der Kandidatinnen und Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge schlagen wir Ihnen eine Vorstellungszeit von bis zu fünf Minuten vor, bis zu, bis zu; man muss sie nicht nutzen, man kann sie nutzen. Insofern darf ich Sie fragen, ob das Ihre Zustimmung findet, bis zu fünf Minuten. – Sie sollen die Schutzdinger runternehmen, die Tischwallkabinen bitte runter. Okay, wir beginnen mit den Kandidatenvorstellungen und ich darf als Erstes auf die Bühne bitten Silvia Breher und bereit hält sich bitte Jung, Andreas und Kretschmer, Michael.

(Lebhafter Beifall)

Silvia Breher: Vielen Dank, Oldenburg, vielen Dank, liebe Ina. Liebe Delegierte, liebe Freundinnen und Freunde, mein Name ist Silvia Breher. Ich bin 50 Jahre alt und weil mein Landrat heute da ist, darf ich sagen, ich komme aus dem wunderschönen Landkreis Cloppenburg in Niedersachsen. Nach 18 Jahren als selbstständige Rechtsanwältin und Geschäftsführerin bin ich seit 2017 Mitglied im Deutschen Bundestag und Vorsitzende einer niedersächsischen Spezialität unserer CDU, nämlich des Landesverbandes Oldenburg.

(Lebhafter Beifall)

Ich habe zwei absolute Herzensthemen, die mich politisch antreiben, die aber eben auch zu uns als CDU gehören. Nicht nur als familienpolitische Sprecherin unserer Fraktion, sondern vor allem auch als Mama von drei Kindern kann ich sagen: Ich kenne den Spagat zwischen Familie, Politik und Beruf. Ich weiß aber auch, was Familien in Deutschland leisten und mit Blick auf die Ampel, mit Blick auf die grüne Bundesfamilienministerin Paus, muss ich einfach sagen: Millionen Familien in Deutschland, die brauchen keine Klientelpolitik; sie brauchen keinen gesellschaftspolitischen Umbau unseres Landes und keine 5.000 neue Stellen für die Umsetzung einer Kindergrundsicherung, die den Kindern und den Familien nichts, aber auch wirklich gar nichts, bringt.

(Beifall)

Familien brauchen eine echte Familienpolitik für die Zukunft der Kinder und Jugendlichen, für die Zukunft der Familien, und dazu gehört, dass wir Familien und Bildungspolitik gemeinsam denken müssen, so, wie wir es vorgestellt haben in unserem Kinderzukunftspaket im vergangenen Jahr, von der Stärkung der Familien durch frühe Hilfen, zum Beispiel, über ausreichend verlässliche und gute Kita-Betreuung mit einer frühen und flächendeckenden Diagnostik zum Entwicklungsstand von Kindern im Kita-Alter und dann aber auch einer verpflichtenden Förderung, wenn Kinder Förderbedarf haben, bis hin zu einer guten Gesundheitsversorgung. Denn wenn wir es ernst meinen mit dem Gender Pay Gap und dem Gender Care Gap, wenn wir das angehen wollen, dann müssen wir auch die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf setzen. Wenn wir die hohe Zahl an Schulabbrechern und jungen Menschen ohne Berufsausbildung beklagen, dann reicht es einfach nicht, wenn wir sie anschauen und als Erwachsene sie vor uns stehen, dann müssen wir die Startchancen verbessern; dann müssen wir Kinder von Beginn an besser unterstützen. Wir dürfen nicht nur sagen, wir sind die Familienpolitik; Familienpolitik muss ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein. Und das gilt vor allem in unserem zukünftigen Regierungsprogramm. Wer mich kennt, der weiß es: Ich bin auf einem Bauernhof aufgewachsen. Ich habe beim Landvolk, so heißt der Bauernverband der niedersachsenen Fechter, als Geschäftsführerin gearbeitet. Die Themen des ländlichen Raums und der Landwirtschaft, die gehören einfach untrennbar auch zu mir. Unsere Land- und Forstwirtschaft, ja, die kann Klimaschutz und CO_2-Speicher. Sie kann erneuerbare Energien. Sie kann Tierschutz. Sie kann Umweltschutz. Aber ihre Kernaufgabe ist die Erzeugung von Lebensmitteln. Das ist die Sicherung unserer Ernährung und das wollen wir wieder in den Mittelpunkt der Politik rücken.

(Beifall)

Politik ist immer auch Teamwork und deswegen sage ich ein riesengroßes Dankeschön all den engagierten Mitgliedern auf allen Ebenen, allen Kolleginnen und Kollegen, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die tolle Zusammenarbeit, für jede gute Idee und für jede Unterstützung. Meinen Teil möchte ich dazu gern auch zukünftig leisten und bitte dafür um euer, um Ihr Vertrauen, vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Silvia Breher. Es folgt Andreas Jung.

Andreas Jung: Liebe Freundinnen und Freunde, mein Name ist Andreas Jung. Ich komme aus Baden-Württemberg.

(Lebhafter Beifall)

Aus Konstanz, Deutschlands letztem Zipfele; die Kollegen sagen: „the end of the länd“. Ich bin seit 30 Jahren mit ganzem Herzen Christdemokrat, und zwar aus dem Grund, den vorher Otto Wulff gesagt hat: weil wir seit Anbeginn immer für Zusammenhalt stehen, für Zusammenführen. Ich finde, gerade in unserer Zeit, wo vieles auseinanderdriftet und wo andere nur Öl ins Feuer gießen, da braucht es uns. Da braucht es unser Zusammenführen. Da braucht es unsere Werte. Den Spaltern treten wir entgegen. Wir halten unser Land zusammen.

(Beifall)

Darum geht es auch bei dem Thema, das ich im Bundesvorstand bearbeiten darf, bei dem Klimaschutz und, lieber Friedrich, du hast das Notwendige heute früh dazu gesagt: Klimaschutz ist unser Ding. Es geht um den deutschen Wald. Es geht um die Ernte unserer Bauern. Es geht um unsere Heimat. Aber es geht auch um unsere Verantwortung für die eine Welt, um unsere Werte, die Bewahrung der Schöpfung. Es geht um die Zukunft unserer Kinder.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist es für uns Christdemokraten Herzensanliegen, ein echtes Herzensanliegen. Aber ich sage auch, und auch das hast du gesagt, es ist geradezu unsere verdammte Pflicht, es so zu machen, dass wir ein starkes Land bleiben, dass unsere Wirtschaft stark bleibt, dass die Gesellschaft zusammenbleibt, dass wir nicht zurückfallen, dass man weltweit nicht auf uns guckt und sich abwendet, sondern, dass man auf uns guckt und sagt: Mit den machen wir es gemeinsam. So wollen wir es auch machen. Wir gehen global voran. Das ist unsere Aufgabe.

(Beifall)

Deshalb müssen wir es so hinkriegen, dass die Industrie investiert und nicht abwandert, dass die Wirtschaft, das Handwerk, der Mittelstand, die Landwirtschaft sich entfalten können, dass wir Stadt und Land mitnehmen, dass wir niemanden abhängen und niemanden überfordern. Um es in einem Satz zu sagen: Wir müssen Klimaschutz so machen, dass die Akzeptanz dableibt. Wenn die Akzeptanz bröckelt, erodiert, wird es auch keinen Klimaschutz geben. Dann geht es hinten raus. Wir haben ja zum Glück alle vier Jahre Wahlen und das ist unsere Aufgabe: das Zusammenführen. Das können nur wir. Das ist unsere DNA, das Nachhaltigkeit in der ganzen breiten Politik für die nächste Generation eine intakte Umwelt hinterlassen, aber eben auch eine florierende Wirtschaft, keine Müllberge und keine Schuldenberge, Nachhaltigkeit nach unserem Verständnis CDU pur.

(Beifall)

Daran würde ich gerne arbeiten und dafür bitte ich Sie und euch um euer Vertrauen, herzlichen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andreas Jung. Als Nächstes Michael Kretschmer.

(Lebhafter Beifall)

Michael Kretschmer: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, in den vergangenen zwei Jahren habe ich im Bundesvorstand versucht, meine Themen, meine Akzente zu setzen und das zielgerichtet auch für die Themen der neuen Bundesländer, aber eben auch diese ganzen Fragen von Wirtschaftspolitik und von Freiheit. Ich möchte gerne an dieser Stelle weiterdienen, und ich bitte Sie und euch um eure Unterstützung. Wir sind in schweren Zeiten. Wir können es schaffen, wenn wir zusammenhalten, wenn wir anständig miteinander umgehen, wenn wir den Leuten kein X fürs U machen, wenn wir dafür sagen, dass die Dinge ausgesprochen werden, die notwendig sind, und wenn wir für Freiheit, für wirtschaftliche Prosperität kämpfen und wenn wir unseren Markenkern nach vorn stellen. Danke für eure Unterstützung, danke für jede Stimme; es kommt auf viel an hier für Deutschland, bei uns in Sachsen. Mit eurer Stimme könnt ihr mir helfen, könnt ihr uns helfen, vielen Dank dafür.

(Lebhafter Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Danke sehr, Michael Kretschmer. Der nächste Bewerber, Karl-Josef Laumann.

(Beifall)

Karl-Josef Laumann: Liebe Parteifreunde, ich glaube, wir haben heute viel gehört, und wir fühlen das ja alle, dass wir die Bundestagswahl gewinnen müssen. Wir müssen sie gewinnen, weil es um die Zukunft Deutschlands geht. Aber die Wahrheit ist auch, dass alles das, was wir heute und morgen besprechen, Theorie bleibt, wenn wir die Bundestagswahl nicht gewinnen. Deswegen ist mir wichtig und da möchte ich gerne einen Beitrag leisten, dass wir als CDU, wenn wir über fleißige Menschen reden, auch Menschen vor Augen haben, die jeden Tag fleißig sind und trotzdem einen niedrigen Lohn haben. Wir haben acht bis zehn Millionen Menschen in diesem Land, die im sogenannten Niedriglohnbereich sind. Ich denke jeden Morgen oder oft daran, wenn ich in mein Ministerium komme in Düsseldorf, dass wir auf der einen Seite im Ministerium sehr viele Leistungsträger haben, die Gewaltiges leisten, aber die Wahrheit ist, dass die Frauen und Männer, die morgens um fünf Uhr kommen und ein solches Gebäude reinigen, auch fleißige Menschen sind und bei uns im Auge sein müssen.

(Beifall)

Deswegen will ich, dass CDU auch damit verbunden wird, dass wenn Menschen acht Stunden am Tag fleißig arbeiten, sie von den Früchten ihrer Arbeit leben können müssen. Das muss unser Anspruch auch an Menschenwürde für diese Leute sein.

(Beifall)

Dann will ich einen zweiten Punkt sagen. Ich mache mir Riesensorgen, und ich habe im letzten halben Jahr sehr viele Industriebetriebe besucht, vor allen Dingen, um die Arbeitsplätze, da, wo wir gewaltige Mengen von Energie brauchen, um zu produzieren. Das ist die Stahlindustrie; das ist aber alles das, was mit Metall arbeitet und Warmverformung machen muss. Gehen Sie mal in eine Achsenfabrik, die Kurbelwellen für Schiffe macht, was man da an Energie braucht, was man da aber auch an Technik braucht, um solche Dinge zu schmieden. Ich kann Ihnen sagen: Wenn diese Ampel die Wahl gewinnt, wird von dieser Industrie nichts überbleiben. Das sind gute Arbeitsplätze mit hohen Löhnen, mit Betriebsrenten, mit einem großen Beitrag auch zur sozialen Absicherung dieses Landes. Wir dürfen uns diese Arbeitsplätze nicht von den Grünen und von den Roten kaputt machen lassen.

(Lebhafter Beifall)

Deswegen müssen wir auch eins sehen: Wenn wir ehrlich sind, wissen wir, dass gerade die großen Industriebetriebe in vielen Bereichen nicht die Kernwähler der CDU waren. Die Grünen haben die nie gehabt. Die SPD ist dabei, sie zu verlieren.

Jetzt muss die Union diesen Menschen auch ein politisches Angebot zu machen, damit sie nicht eine Haustür weitergehen. Auch das ist eine staatspolitische Verantwortung, die wir in diesem Land haben.

(Beifall)

Deswegen und wenn Sie denken, dass so ein Typ wie ich dazu etwas beitragen kann, dass das für uns gut ausgeht, dann wählen Sie mich, danke schön.

(Lebhafter Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann, und es folgt die Vorstellung von Karin Prien.

(Lebhafter Beifall)

Karin Prien: Liebe Freundinnen und Freunde, ich komme aus dem echten Norden, da, wo die Menschen auch nach sieben Jahren CDU-Regierung immer noch die glücklichsten in Deutschland sind. Ich darf meinem Land seit sieben Jahren als Bildungs-, als Wissenschafts-, als Kulturministerin dienen und ich sage euch, meine feste Überzeugung ist bei den großen Herausforderungen, die wir haben, bei den dicken Brettern, die wir zu bohren haben, ist Bildung wahrscheinlich für fast jedes Problem der Schlüssel.

(Beifall)

Deshalb, ihr Lieben, deshalb brenne ich für dieses Thema, und deshalb möchte ich in unserer Partei das Thema Bildung zu einem der ganz großen Themen machen in den nächsten Jahren. Dafür trete ich an. Ein zweites Thema, das muss ich euch auch sagen, für das ich weiter brennen werde: Ich will mich einsetzen für ein lebendiges jüdisches Leben in Deutschland und in Israel.

(Beifall)

Ich würde mich wahnsinnig freuen, wenn ihr mir die Chance gebt, zusammen mit Friedrich Merz, zusammen mit Carsten Linnemann, zusammen mit Christina Stumpp die weiteren zwei Jahre hier für euch und mit euch zu arbeiten, damit der nächste Bundeskanzler ein Kanzler der Christlich Demokratischen Union in Deutschland ist. Ich danke euch.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Delegierte, das waren die Vorstellungen der Bewerberinnen und Bewerber für die Wahl der fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Vor Eröffnung des Wahlganges darf ich Sie noch auf das Folgende hinweisen: Nach § 43

Absatz 2 des Statuts muss mindestens die Hälfte der Zahl der zu wählenden Kandidaten ausgewählt werden, also drei. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also fünf. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn drei, vier oder fünf Kandidaten/Kandidatinnen angekreuzt sind. Ich weise darüber hinaus darauf hin, dass erstmalig für Wahlen des Bundesvorstandes die in § 15 unseres Statuts geregelte Frauenquote zur Anwendung kommt. Demzufolge sind mindestens 40 Prozent Frauen zu wählen, damit die Satzung erfüllt wird. Sollte dies im ersten Wahlgang nicht gelingen, so ist ein zweiter Wahlgang für die noch offen gebliebenen Parteiämter erforderlich. Für die Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden bedeutet dies konkret, dass von den fünf zu wählenden stellvertretenden Bundesvorsitzenden mindestens zwei Frauen sein müssen. Ich darf Sie nun bitten, sofern Sie das noch nicht getan haben, Ihre Tischwahlkabine aufzubauen. Die übrigen Hinweise kennen Sie alle schon, was unser POLYAS-Wahlsystem anbetrifft, und insofern darf ich den Wahlgang dann eröffnen.

(Musik)

Gibt es Delegierte, die Probleme mit der Stimmabgabe haben? – Schleswig-Holstein, nein, Nordrhein-Westfalen nein, Saarland nein, da hinten wird gewunken an der Nähe zur 3, da gibt es Probleme mit der Stimmabgabe. – Weiteres Winken sehen wir hier nicht.

(Musik)

An der 3 wird noch Hilfe benötigt, – Work in progress, ja. – Ist immer noch Work in Progress an der 3?

(Musik)

Gibt es noch eine Herausforderung mit der Stimmabgabe? Immer noch an der 3 wird die Hand gehoben. Vielleicht könnte jemand von der Assistenz – an der 2, glaube ich, auch inzwischen. Ja, an der 1 auch. 1, 2, 3 braucht bitte Hilfe oder Unterstützung.

(Musik)

Hinten zur 1 bitte auch nochmal jemand zur Unterstützung.

(Musik)

Das Problem an der 3 ist immer noch nicht gelöst. Nein, da wird abgewunken. – Ist das Problem an der 1 gelöst? Da ist es gelöst, wunderbar. Das Problem an der 2 ist auch gelöst. – Dann sind alle guten Dinge drei. An der 3 haben wir noch ein Problem.

(Musik)

Alle, die schon gewählt haben, können das Tablet bitte einmal zur Schonung des Akkus ausmachen. – Ist die Herausforderung an der 3 gelöst? – Das sieht so aus. Seht ihr das mit? Die Herausforderung an der 3 scheint gelöst. – Weitere Probleme mit der Stimmabgabe zur Wahl der stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands sind hier nicht angezeigt. – Das bleibt auch so. Dann schließen wir den Wahlgang. B bis zur Bekanntgabe des Ergebnisses darf ich kurz unterbrechen.

(Musik)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Ergebnis zur Wahl der fünf stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands liegt vor. Es wurden 957 Stimmen abgegeben, gültige Stimmen 957. So, schon mal herzlichen Glückwunsch, das hat wunderbar geklappt. Und wir kommen zu den Ergebnissen in der Reihenfolge der abgegebenen Stimmen. Auf Karl-Josef Laumann entfielen 880 Stimmen. Das entspricht rund 91,9 Prozent.

(Beifall)

Auf Michael Kretschmer entfielen 839 Stimmen. Das sind rund 87,7 Prozent.

(Lebhafter Beifall)

Auf Andreas Jung entfallen 760 Stimmen. Das sind 79,4 Prozent.

(Beifall)

Auf Silvia Breher entfallen 741 Stimmen mit 77,4 Prozent.

(Lebhafter Beifall)

Auf Karin Prien entfallen 556 Stimmen mit 58,1 Prozent.

(Beifall)

Ich darf alle fragen, ob sie die Wahl annehmen. Karl-Josef Laumann, nimmst du die Wahl an? – Ja, wunderbar. Michael Kretschmer, herzlichen Glückwunsch. Andi Jung, nimmst du die Wahl an? – Silvia Breher, – jawohl, und Karin Prien, – herzlichen Glückwunsch an die neu- und wiedergewählten stellvertretenden Bundesvorsitzenden der CDU Deutschlands. – Damit kommen wir hier zu einem Wechsel im Tagungspräsidium und wir freuen uns auf Serap Güler, David McAllister und Kai Wegner. Ja, wir kommen nochmal wieder, Carsten.

Kai Wegner, Tagungspräsident: Liebe Freundinnen und Freunde, jetzt sind wir beim

TAGESORDNUNGSPUNKT 16.5:

Wahl der Bundesschatzmeisterin/des Bundesschatzmeisters

Es kandidiert die bisherige Bundesschatzmeisterin, Julia Klöckner. Frau Klöckner hat heute schon zu uns gesprochen. Ich frage allerdings den Parteitag: Wird Ihrerseits eine Kandidatenvorstellung gewünscht? – Das ist ganz offensichtlich nicht der Fall. Dann auch hier folgender Hinweis, gerne gebe ich noch einmal die Hinweise, sobald der Wahlgang eröffnet wurde: Öffnet sich der digitale Wahlzettel, beachten Sie bitte die Wahlregeln. Diese finden Sie noch einmal auf den digitalen Stimmzetteln. Treffen Sie dann bitte Ihre Auswahl. Nachdem Sie gewählt haben, wird Ihnen Ihre Auswahl angezeigt. Hier können Sie Ihre Stimmabgabe noch korrigieren. Diese ist dann nochmal zu bestätigen. Erst nachdem Sie Ihre Auswahl verbindlich abgegeben haben, zählt Ihre Stimme. Wenn Sie im Nachgang zur Veranstaltung wissen wollen, ob Ihre Stimme gezählt wurde, haben Sie am Ende des Wahlgangs die Möglichkeit, einen verschlüsselten Prüfcode abzufotografieren. Sobald Sie dieses Fenster geschlossen haben, ist der Prüfcode nicht wiederherstellbar. Hat jeder seine Tischwahlkabine aufgebaut? Das ist ganz offensichtlich auch der Fall. Wenn es jetzt keine Fragen mehr gibt, das ist auch nicht der Fall, dann eröffne ich den Wahlgang.

(Musik)

Haben alle Delegierten die Möglichkeit gehabt, ihre Stimme abzugeben? – Gibt es noch irgendwo Probleme? – Da hinten ist noch jemand. Seht ihr das?

(Musik)

Aus unserer Sicht scheint jetzt jeder seine Stimme abgegeben zu haben. Ich frage aber trotzdem: Hat noch irgendjemand ein Problem mit der Stimmabgabe? – Das ist jetzt ganz offensichtlich nicht der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang für die Wahl der – Da hinten ist noch jemand, halt, hinten bei der Eins hat noch jemand Probleme.

(Musik)

Sind jetzt alle Probleme behoben, auch da hinten? – Scheint so zu sein. Okay, dann schließe ich den Wahlgang für die Wahl der Bundesschatzmeisterin, bitte um Auszählung und unterbreche kurz den Parteitag.

(Musik)

Liebe Freundinnen und Freunde, es liegt das Ergebnis vor. Es ging um die Wahl zur Bundesschatzmeisterin, abgegebene Stimmen 898, Enthaltungen 33, damit 865 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 433 Stimmen. Auf Julia Klöckner entfielen 721 Ja-Stimmen; mit nein haben 144 gestimmt. Das entspricht einer Zustimmung von 83,3 Prozent, liebe Julia.

(Beifall)

Eigentlich muss ich erstmal fragen, ob du die Wahl annimmst. Nimmst du die Wahl an? – Herzlichen Glückwunsch.

(Vereinzelt Beifall)

Damit haben wir auch wieder eine Bundesschatzmeisterin.

Jetzt kommen wir zum

TAGESORDNUNGSPUNKT 16.6:

Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

Es kandidieren als weitere sieben Mitglieder des Präsidiums in alphabetischer Reihenfolge: Ines Claus, Ronja Kemmer, Sebastian Lechner, Ina Scharrenbach, Sven Schulze, Jens Spahn und Prof. Dr. Mario Voigt. Ich gehe davon aus, dass Vorstellungen gewünscht sind, und darf deshalb die Kandidaten bitten, sich in alphabetischer Reihenfolge kurz vorzustellen. Wir schlagen auch hier eine Vorstellungszeit von jeweils fünf Minuten, bis zu fünf Minuten vor. Findet das Ihre Zustimmung? – Das ist auch, ich habe ja gesagt, bis zu fünf Minuten. Ich glaube, die Kandidatinnen und Kandidaten haben das schon zur Kenntnis genommen. Das ist also der Fall. Dann können wir so verfahren und dann bitte ich die Kandidaten in alphabetischer Reihenfolge nach vorn. Genau, dann fangen wir mit Ines Claus an, Ines.

(Lebhafter Beifall)

Ines Claus: Vielen herzlichen Dank, sehr geehrter Herr Tagungspräsident. Meine Damen und Herren, mein Name ist Ines Claus. Ich bin 46 Jahre alt. Ich bin verheiratet. Wir haben drei Kinder. Ich bin gelernte Volljuristin und seit 2020 darf ich die Vorsitzende der tollsten CDU-Landtagsfraktion sein. Seitdem wir im vergangenen Jahr eine Wahl gewonnen haben, haben wir die stärkste junge Gruppe bei uns im Hessischen Landtag sitzen.

(Beifall)

Wir haben eine motivierte Truppe bei uns sitzen und einen großartigen Ministerpräsidenten, der in der Reihenfolge nach Roland Koch, Volker Bouffier, jetzt Boris Rhein heißt. Insoweit sind wir gestärkt in Hessen. Wir sind motiviert in Hessen. Wir wollen die Themen mit nach Berlin tragen. Worum müssen wir uns jetzt kümmern in der nächsten Zeit? Das ist natürlich die innere und äußere Sicherheit; das ist die Wirtschaftspolitik. Denn wir müssen uns die Frage stellen, warum wird bei uns das Pilotprojekt gebaut und der Scaler, aber der Benefit geht ins Ausland. Wir müssen uns auch um die Fachkräfte kümmern, weil die jetzige Regierung lässt die Menschen an der Stelle im Stich. Das sind Themen, da möchte ich mich gerne weiterhin

drum kümmern. Mir hat es eine Riesenfreude gemacht die letzten zwei Jahre im Präsidium. Wenn Sie der Auffassung sind, dass Hessinnen und Hessen ins Präsidium gehören, würde ich mich über Ihre Stimme freuen. Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Kai Wegner, Tagungspräsident: Vielen Dank und als Nächstes bitte ich Ronja Kemmer ans Rednerpult und Sebastian Lechner kann sich schon mal fertigmachen.

(Vereinzelt Beifall)

Ronja Kemmer: Liebe Freundinnen und Freunde, als wir vor zwei Jahren den ersten digitalen Parteitag Deutschlands abgehalten haben, da war ich wirklich stolz. Wir als CDU, wir können es auch digital. So wichtig dieser Moment auch war, ich glaube, der heutige Tag beweist, er ersetzt eben nicht, dass wir in Präsenz zusammenkommen. Was für eine Stimmung. Was für ein Parteitag. Wir senden heute das Zeichen aus: Wir sind wieder da; wir sind zurück und wir sind vor allem bereit, zu übernehmen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Der Befund ist eindeutig: Wir haben die schlechteste Regierung, die dieses Land jemals gesehen hat. Deutschland braucht jetzt eine Regierung, die in Krisenzeiten führt, die in Krisenzeiten auch Ruhe ausstrahlt, statt ständig noch Öl ins Feuer zu kippen, und die vor allem eine Vision davon hat, wo sie mit diesem Land hinwill.

(Vereinzelt Beifall)

Genau das haben wir mit dem Grundsatzprogramm jetzt unter Beweis gestellt. Wir zeichnen ein Bild von Deutschland fünf, zehn, 15 Jahren und ich glaube, es ist gut, dass wir dabei auch wirklich wieder unser Profil schärfen, dass wir sagen, worauf es ankommt. Das ist die Grundlage dafür, dass wir beim nächsten Mal auch gewinnen werden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Neben der so wichtigen Agenda für die Schaffer und Macher, während die Grüne Jugend ja irgendwas von der 20-Stunden-Woche schwadroniert, setzen wir ganz klar darauf, wie wir den Wohlstand der Zukunft auch noch bei uns erwirtschaften. Wir haben einen Fahrplan und wir besinnen uns dabei zum einen auf unsere Grundwerte und auf der anderen Seite bleiben wir doch nicht im Gestern stehen. Das Stichwort Digitales oder Internet ist im letzten Grundsatzprogramm nicht ein einziges Mal aufgetaucht und es stammt aus dem Jahr 2007. Das war immerhin das

Jahr, in dem das erste Smartphone auf den Markt kam. Das ändert sich jetzt grundlegend mit dem neuen Grundsatzprogramm. Wir setzen auf technologischen Fortschritt, weil wir überzeugt davon sind, dass es für unsere Wirtschaft, aber vor allem für die Menschen in unserem Land, wirklich auch einen Fortschritt gibt durch neue Technologien. Da setzen wir drauf. Wir wollen Mut machen. Wir wollen Zuversicht verbreiten, während andere in diesen Tagen nur Untergangsstimmung zelebrieren.

(Beifall)

Ich bin vor drei Jahren zum ersten Mal Mama geworden und in ein paar Jahren werden meine beiden Mädels vielleicht mal fragen, welches Land wir ihnen da eigentlich hinterlassen. Wir als CDU wollen doch, dass sie groß werden in einer freien Gesellschaft, die aber auch Prinzipien und Werte definiert für ihr Zusammenleben. Wir wollen, dass sie auch finanziellen und wirtschaftlichen Spielraum haben, um sich selber was aufzubauen. Das Ganze geht eben nur unter der Voraussetzung, dass wir das Ganze auch mit geordneten Finanzen machen, dass wir das nicht auf Pump machen, denn es kann nicht sein, dass unsere Kinder, unsere Enkelkinder diese Schuldenberge eines Tages mal zurückzahlen müssen. Das ist mit uns als CDU nicht zu machen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, mein Name ist Ronja Kemmer. Ich bin vor drei Tagen 35 Jahre alt geworden. Ich bin Mama von zwei kleinen Töchtern im Alter von ein und drei Jahren. Ich bin Volkswirtin, ehrenamtlich engagiert im Roten Kreuz, seit zehn Jahren darf ich im Deutschen Bundestag den Wahlkreis Ulm vertreten. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich meine Arbeit im Präsidium fortsetzen könnte und deswegen bitte ich Sie heute um Ihre Stimme, um Ihr Vertrauen, herzlichen Dank.

(Beifall)

Kai Wegner, Tagungspräsident: Vielen Dank, als Nächstes bitte ich dann Sebastian Lechner ans Mikro.

(Lebhafter Beifall)

Die Ina Scharrenbach kann sich schon mal bereitmachen.

(Lebhafter Beifall)

Sebastian Lechner: Liebe Delegierte, meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Name ist Sebastian Lechner, Volkswirt von Beruf. Ich war mal geschäftsführender Gesellschafter eines kleinen mittelständischen Unternehmens. Ich entstam-

me der besten und größten Jugendorganisation in Europa, der Jungen Union, und bin heute Partei- und Fraktionsvorsitzender der großen stolzen CDU Niedersachsen.

(Lebhafter Beifall)

Aber vor allen Dingen bin ich glücklich verheiratet und wir haben drei wundervolle Kinder, die allerdings zu früh aus der Schule kommen oder zu spät in die Schule gehen, weil es keinen verlässlichen Unterricht gibt, und die morgens mit einem schweren Ranzen aus der Tür treten, weil es keine digitale Schule gibt, bei der ich mir oft überlege, ob sie gleich mit ihrer Zukunft zusammen hintenüberkippen. Wenn Sie mich fragen, warum ich hier vorne stehe, dann aus einem simplen Grund: weil ich nicht möchte, dass wir diese Zukunft einer Ampel in Berlin in die Hände geben, gar Extremisten in unserem Lande, sondern ich will sie wissen in den Händen von vernünftigen, bodenständigen, pragmatischen Menschen, so, wie ich sie hier in der Halle sehe, in die Hände der besten Partei Deutschlands. Das ist die Motivation, warum ich heute hier antrete.

(Beifall)

Mit diesem Geist machen wir uns auch in Niedersachsen auf den Weg. Niedersachsen ist ein wunderschönes Land, ich empfehle jedem, es zu besuchen, mit großen Chancen, aber dort regiert die SPD seit elf Jahren und wenn sie noch viele weitere Jahre regiert, wird dieses Land all diese Chancen verpassen. Deswegen haben wir ein junges Team aufgestellt, unterstützt durch erfahrene Kräfte, und wir machen uns jetzt auf den Weg, eine der letzten Hochburgen der SPD zu schleifen. Unser Ziel ist es, 2027 auch dieses schöne Bundesland wieder zurück in die Hände der CDU zu geben. Wenn Sie mich dabei unterstützen wollen, dann freue ich mich, herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Kai Wegner, Tagungspräsident: Ina Scharrenbach kommt schon nach vorn und bevor sie das Wort erhält, kann sich auch Sven Schulze bereitmachen.

(Beifall)

Ina Scharrenbach: Liebe Delegierte, Ina Scharrenbach, 47 Jahre alt, Ministerin für Heimatkommunales, Bau und Digitalisierung im Land Nordrhein-Westfalen und zugegebenermaßen, wer eine starke Heimat haben will, der braucht eine starke Gemeinschaft und die Union ist eine starke Gemeinschaft, meine sehr geehrten Damen und Herren. Dazu gehört eben auch, dass, wenn man sich mit Heimat beschäftigt, gerade wir in der Christlich Demokratischen Union wissen, dass es nichts von gestern ist, sondern Heimat ist etwas Urpositives, ein urpositives Gefühl von Men-

schen, was ganz viel mit Identität und Identifikation zu tun hat. Deswegen wissen wir auch, dass Deutschland mehr ist als 16 Einzelteile, als 16 Bundesländer. Dazu gehört eben, dass man mit großer Demut daran geht, an die einzelnen Bräuche, an die Tradition, an Identität und Identifikation, weil zugegebenermaßen Heimat das ist, was Orientierung und Halt gibt. Deswegen ist das umso wichtiger in dieser Zeit. Das bedeutet eben auch, dass Heimat Gemeinschaft schafft - Gemeinsinn erhält und das ist eben das Besondere und daran möchte ich gerne mitwirken. Zwei Jahre habe ich es tun dürfen im Präsidium und zugegebenermaßen gehört zur Heimat auch eine große Frage dieser Zeit und das ist beispielsweise das Thema Wohnen. Wohnen ist soziale Daseinsvorsorge. Wer weiß das besser als wir? Wenn ich gerade in die Länder gucke, die von Unionsbauministerinnen und -bauministern geführt werden, dann merken Sie den Unterschied. Ob das mit Nicole Razavi in Baden-Württemberg ist, ob das mit Thomas Schmidt in Sachsen ist, ob das mit Rainer Genilke in Brandenburg ist oder mit Sabine Sütterlin-Waack in Schleswig-Holstein, wenn die Union regiert, macht es den Unterschied. Deswegen gilt es, Zukunft gemeinsam gestalten, um Zukunft gemeinsam zu gewinnen. Ich bitte Sie um Ihre Stimme für eine erneute Wahl ins Präsidium der CDU Deutschlands, herzlichen Dank.

(Beifall)

Kai Wegner, Tagungspräsident: Vielen Dank, Ina Scharrenbach. Als Nächstes hat Sven Schulze das Wort und dann kann sich Jens Spahn bereitmachen.

Sven Schulze: Liebe Unionsfreunde, Sven Schulze mein Name, Sachsen-Anhalt, dort Wirtschaftsminister und auch Landwirtschaftsminister in einem Land, was in den letzten Jahren, denke ich, sehr viele positive Schlagzeilen gemacht hat, bin aber auch stolz, das als Ingenieur zu machen. Ich habe viele Jahre in der Wirtschaft gearbeitet und habe das, was ich in der Wirtschaft gelernt habe, im Mittelstand, jetzt übertragen können auf meine Arbeit in der Politik. Wenn man mich fragt, warum habe ich denn irgendwann mal die Liebe zur Politik gefunden, dann war das die Kommunalpolitik. Ich bin Gemeinderat gewesen in meiner kleinen Heimatgemeinde mit 300 Einwohnern, später im Kreistag. Ich wollte mitreden. Ich wollte mitentscheiden.

Heute habe ich einen ganz anderen Antrieb, warum ich in der Politik aktiv bin. Ich erinnere mich noch gut an meine Schulzeit in den 90er-Jahren. Da hat man mir und anderen gesagt: „Du hast hier in diesem Land, in Sachsen-Anhalt, keine Zukunft, und in Ostdeutschland nicht. Hier geht die Industrie bergab und es ist schwer für euch, die gute Leistungen bringen, hier einen Arbeitsplatz zu finden, Karriere zu machen." Ich bin trotzdem geblieben. Ich habe dort studiert und wenn ich in Berlin bin, dann er-

warte ich immer oder sage das auch immer, mit Abschluss natürlich, und habe dann viele Jahre in der Wirtschaft gearbeitet. Wenn ich heute mit jungen Leuten rede, dann sagen die mir manchmal das Gleiche, was ich als junger Mensch erlebt habe. Die sagen: „Herr Schulze, glauben Sie denn, dass Deutschland eine Zukunft hat? Sie reden doch mit der Bundesregierung recht häufig; was glauben Sie denn?“ Da muss ich oft sagen, es fällt mir schwer, zu verstehen, was die Bundesregierung mit Deutschland machen will. Ich sage Ihnen das, weil ich sehr häufig mit Herrn Robert Habeck und mit Cem Özdemir zusammenarbeiten muss. Als Mensch kommt man mit denen klar, aber inhaltlich ist es ein großes Problem. Ich lerne Ideologie kennen, Verbote, Bevormundungen. Ich sage Ihnen das, wenn ich sehe in der Wirtschaftsministerkonferenz, wenn da so diskutiert wird, ähnlich, wie wir es auch schon erlebt haben, so nach dem Motto, man kann den Bäcker mal zwei Monate zu machen, wird schon nichts passieren, das ist keine vernünftige Wirtschaftspolitik. So werden wir Deutschland zu Grunde richten, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, liebe Unionsfreunde und deshalb muss es hier einen Wechsel geben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich sage Ihnen das auch im Landwirtschaftsbereich. Cem Özdemir hat es doch glatt geschafft, dass sämtliche Bauern Deutschlands auf die Straße gegangen sind, und nicht nur das, halb Europa hat sich angeschlossen. Wir haben ihn davor gewarnt. Wir haben gesagt, so kann man keine vernünftige Politik machen. Ich sage Ihnen, ich höre ja zuweilen, dass er vorhat, in Baden-Württemberg als Ministerpräsident zu kandidieren. Ich sage Ihnen, Baden-Württemberg kann nichts Schlimmeres passieren, als das. Cem Özdemir gehört in die Politikrente und Manuel Hagel muss dort Ministerpräsident werden.

(Beifall)

Liebe Freunde, zwei, drei Sätze noch, wofür ich stehe. Ich bin zum einen sehr stolz auf unseren Sozialstaat. Ich bin stolz, in einem Land zu leben, wo wir Schwachen helfen können. Ich sage Ihnen aber umgedreht auch, es tut mir weh, wenn mir Menschen, die tagtäglich arbeiten gehen, wenn die Menschen, die dieses Land am Laufen halten, sagen, wir haben teils das Gefühl, dass wir nicht mehr unterstützt werden. Wir haben das Gefühl, dass unsere Arbeit nicht geschätzt wird. In Deutschland muss es immer so sein, dass die, die dieses Land am Laufen halten, am Ende auch die sind, die mehr haben als die, die das nicht machen. Zum anderen ist es eine Situation, die mich sehr befremdet. Wir geben immer mehr Geld aus für konsumtive Maßnahmen, immer weniger in investive Maßnahmen. Wir müssen uns auch wirklich, und das fängt in den Bundesländern an, genau überlegen, wie wir Deutschland in den nächsten Jahren noch finanziell aufstellen. Auch da haben wir gemeinsam

zwischen Bund und Land viel zu bewegen. Ich will zum Schluss noch drei Sätze sagen, weil ich aus Sachsen-Anhalt komme, aus Ostdeutschland, zu dem leidigen Thema: Wie gehen wir denn mit Wahlen um? 2021, in einem nicht leichten Jahr, hatten wir Landtagswahl und ich musste mich vor der Wahl als Landesvorsitzender tagtäglich dafür oder Rede und Antwort stehen, was passiert denn nach der Wahl? Wie regieren Sie denn, wenn Sie überhaupt regieren können? Am Wahlabend hatten wir 37 Prozent und die anderen, über die wir hier heute nicht reden wollen, 20 Prozent. Liebe Freunde, wir müssen stolz auf unsere Partei sein. Wir müssen mutig sein.

(Vereinzelt Beifall)

Wir brauchen uns doch nicht von denen irgendwo in eine Ecke treiben zu lassen, auch nicht von den Medien. Wir sind die CDU. Wir sind diese Deutschlandpartei, die dieses Land groß gemacht hat, und so wird es auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sein. Das sollten wir mit Selbstbewusstsein machen. Ich danke Ihnen allen für Ihre Unterstützung, für Ihr Vertrauen, herzlichen Dank.

(Beifall)

Kai Wegner, Tagungspräsident: Vielen Dank, Sven Schulze. Dann als Nächstes Jens Spahn und dann macht sich Mario Voigt bereit.

(Lebhafter Beifall)

Jens Spahn: Liebe Freundinnen und Freunde, wir waren vor zweieinhalb Jahren bei der Bundestagswahl nicht mehr gut genug. Das sage ich auch ganz selbstkritisch. Ich war dabei. Aber wir haben in den letzten zwei Jahren hart gearbeitet, mit Friedrich Merz an der Spitze, in Partei und Fraktion. Wir sind wieder da. Wir haben Landtagswahlen gewonnen. Wir sind wieder die stärkste Partei in Deutschland, aber das reicht noch nicht. Es geht noch mehr. Heizungsgesetz, Klima- und Energiepolitik, bei der Begrenzung der Migration, bei der Frage Leitkultur oder linkes Multikulti, bei diesen und anderen Themen spüren wir doch, wenn wir unterwegs sind im Land, eine Mehrheit sieht es so wie wir. Die Mehrheit im Land ist nicht links. Eine Mehrheit im Land will eine andere Politik. Eine Mehrheit im Land will eine Politikwende.

(Beifall)

Aber noch trauen sie diesem Braten nicht so ganz. Sie fragen sich, und das spüren wir doch alle, wenn wir in den Veranstaltungen sind, ist ja ganz richtig, was ihr da sagt, aber meint ihr das auch ernst? Werdet ihr das auch durchsetzen? Liebe Freundinnen und Freunde, das Signal dieses Parteitages muss sein, wir meinen es ernst mit einer anderen Politik für Deutschland.

(Beifall)

Lasst uns aufhören, immer gleich in Koalitionen zu denken. Lasst uns aufhören, zu glauben, man könne nur noch mit SPD und Grünen regieren in Deutschland. Lasst uns zur nächsten Bundestagswahl einen Pitch wagen. Lasst uns sagen, liebe Leute, ihr wollt in Mehrheit eine andere Politik. Wir spüren es. Wir sehen es. Die Umfragen zeigen es, aber wenn ihr wirklich wollt, dass diese andere Mehrheit Politik werden kann, dann müsst ihr uns so stark machen, dass wir diese Politik auch durchsetzen können; dann müsst ihr uns so stark machen, dass es keine Formelkompromisse mehr nach links gibt; dann müsst ihr uns so stark machen, dass wir die extreme Rechte uns entgegenstellen können; dann müsst ihr uns so stark machen, dass es wieder bürgerliche Mehrheiten in Deutschland gibt. Damit sollten wir Antreten bei der nächsten Bundestagswahl.

(Beifall)

Wenn wir das machen, da bin ich sehr sicher, dann nehmen uns die Leute auch wieder ab, dass wir es ernst meinen mit einer anderen Politik für Deutschland und dann war dieser Parteitag, dieser Bundesparteitag, Zwischenetappe zu einer erfolgreichen Bundestagswahl im nächsten Jahr. Dabei will ich gerne mithelfen mit ganzem Einsatz. Ich bin Jens Spahn, 43 11/12 Jahre alt, Münsterländer und ich bitte um Ihre Unterstützung.

(Beifall)

Kai Wegner, Tagungspräsident: Ja, und als Letztes Mario Voigt.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, liebes Tagungspräsidium, mein Name ist Mario Voigt. Ich bin 47 Jahre, stamme aus der schönen Stadt Jena, bin verheiratet mit einer wunderbaren Frau, habe zwei tolle Kinder und ich habe gemerkt, was Familie CDU bedeutet. Ich bin total dankbar für die letzten Wochen, weil, was ich erlebt habe, ist viel Unterstützung aus allen Regionen, vom einfachen Mitglied bis zum Konrad-Adenauer-Haus, vom Bundesvorsitzenden bis zu der Vereinigung, zu vielen Vereinigungen, die unterstützt haben. Otto Wulff hat vorhin davon gesprochen, dass die CDU bei einer Erbsensuppe gegründet wurde. Heute stimmen wir hier digital mit einem Tablet ab. Vieles hat sich geändert, aber ich sage euch eins, eines ist gleichgeblieben: der Geist dieser Union. Wir sind eine Familie. Wir sind die Unionsfamilie. Wir sind geschlossen; wir sind entschlossen und wir werden 2024 und 2025 erfolgreich sein.

(Beifall)

Als christliche Demokraten, egal, ob Norden, Süden, Osten, Westen, unser Auftrag ist immer, dass wir sagen, wir treten ein für die Freiheit und die Demokratie und wir treten an gegen die Extremisten, die unser Land bedrohen. Das ist immer die DNA der Union gewesen. Wenn jetzt auf diesen Straßen Menschen das Kalifat ausrufen wollen, wenn die Rechtsextremen in diesem Land, die gesellschaftliche Stimmung vergiften wollen, dann gibt es nur eine Partei in Deutschland, die sich dagegenstellt, die mit Mut und Klarheit sagt, bis hier hin und nicht weiter. Unser Land ist kein ideologisch, kein extremistisch geprägtes Land. Wir stoppen die Feinde der Demokratie. Das ist Auftrag der Union.

(Beifall)

Den Kampf führen wir in der Sache, in den inhaltlichen Fragen morgen auch beim Grundsatzprogramm, aber den führen wir eben auch bei Wahlen, in diesem Jahr in Brandenburg, in Sachsen und in Thüringen. Thüringen, das ist meine Heimat. Dafür kämpfe ich und ich kann euch eines sagen: Wir werden das nur gewinnen, wenn wir alle gemeinschaftlich anpacken, wenn wir sagen als christliche Demokraten, wir sind Mutmacher; wir sind nicht Miesmacher. Wir haben eine Idee von diesem Land. Wir sind zuversichtlich. Wir packen die Menschen und sagen Ihnen, es geht wieder voran. Das gilt in Deutschland und das gilt in Thüringen. Wenn wir jetzt darauf schauen, wenn es jetzt darum geht, dann sage ich euch eines zu: Wir werden an jedem Gartenzaun, an jeder Tür, an jedem Vereinsfest, auf jedem Pult den Extremisten entgegentreten. Wir werden sagen, es geht um die Heimat, es geht um Thüringen, es geht darum, dass wir die linke Regierung in Thüringen nach zehn Jahren nach Hause schicken in die Rente und dass wir Höcke stoppen und dann wieder Schwarz in Thüringen regiert werden. Wenn ihr das unterstützen wollt, dann würde ich mich über euer Votum freuen. Ich bin dankbar und wünsche euch alles Gute, einen guten Parteitag, danke für die Unterstützung.

(Beifall)

Kai Wegner, Tagungspräsident: Vielen Dank, lieber Mario Voigt, und an die anderen Kandidatinnen und Kandidaten für die Vorstellungen. Vor der Eröffnung des Wahlgangs darf ich erneut auf Folgendes hinweisen: Nach § 43 Absatz 2 des Statuts müssen mindestens die Hälfte der zu wählenden Kandidaten angekreuzt werden. Das sind also vier Kandidaten. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also in unserem Falle sieben. Der Stimmzettel ist also gültig, wenn vier, fünf, sechs oder sieben Kandidaten angekreuzt sind. Bitte denken Sie auch daran, dass für diesen Wahlgang auch die Frauenquote gilt. Demzufolge sind mindestens 40 Prozent Frauen zu wählen, damit die Frauenquote erfüllt wird. Sollte dies im ersten Wahlgang nicht gelingen, so ist ein zweiter Wahlgang für die

noch offen gebliebenen Parteiämter erforderlich. Für die Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums bedeutet das konkret, dass von den sieben zu Wählenden mindestens drei Frauen sein müssen. So, ich darf Sie nun erneut bitten, Ihre Tischwahlkabinen aufzustellen, aufzubauen. Das sieht schon ziemlich gut aus. – Wie ich sehe, haben das dann jetzt auch alle getan und damit eröffne ich den Wahlgang.

(Musik)

Das hat alles gut geklappt oder hat jemand ein Problem bei der Stimmabgabe? – Hier vorne ist noch ein Problem. – Da hinten ist noch irgendwas.

(Musik)

Von da hinten sehen wir einen Daumen hoch. Hat sonst noch ein Delegierter/eine Delegierte ein Problem bei der Stimmabgabe? Das ist ganz offenkundig nicht der Fall. Dann gehen wir davon aus, dass alle Delegierten genug Zeit hatten, jetzt ihre Stimme abzugeben. Auch das ist der Fall. Dann schließe ich den Wahlgang für die Mitglieder des Präsidiums, unterbreche den Parteitag, bis das Ergebnis vorliegt.

(Musik)

Liebe Freundinnen und Freunde, uns liegt ein Ergebnis vor und ihr wollt es bestimmt auch gerne hören. Ich komme zu den Ergebnissen bei der Wahl zu den sieben Mitgliedern des Präsidiums. Es wurden 939 Stimmen abgegeben, gültige Stimmen 939. Die erforderliche Mehrheit beträgt 470 Stimmen. Dann machen wir das mal jetzt, ja. Dann fangen wir mal mit dem besten Ergebnis an, Mario Voigt, 853 Stimmen, 90,84 Prozent.

(Lebhafter Beifall)

Lieber Mario Voigt, nimmst du die Wahl an? Mario Voigt, nimmst du die Wahl an? – Ja, alles klar. Dann Ina Scharrenbach, 769 Stimmen, 81,9 Prozent.

(Beifall)

Liebe Ina, nimmst du die Wahl an? – Das war ein ja, oder? – Sehr gut, sie nimmt die Wahl an. Ines Claus, 762 Stimmen, 81,15 Prozent.

(Lebhafter Beifall)

Sie nimmt auch die Wahl an, haben wir erkannt. Mit 752 Stimmen, Jens Spahn, 80,09 Prozent. Lieber Jens, nimmst du die Wahl an? –

(Beifall)

Er nimmt die Wahl an. Sebastian Lechner, 670 Stimmen, 71,35 Prozent. Lieber Sebastian, nimmst du die Wahl an? –

(Lebhafter Beifall)

Ronja Kemmer, 668 Stimmen, 71,14 Prozent. Liebe Ronja, nimmst du die Wahl an? –

(Beifall)

Auch dir einen herzlichen Glückwunsch. Sven Schulze, 640 Stimmen, 68,16 Prozent. Lieber Sven, nimmst du die Wahl an? –

(Beifall)

Das ist der Fall. Dann gratuliere ich allen Gewählten. Damit ist die Frauenquote erfüllt und die Präsidiumsmitglieder gewählt. Jetzt macht David weiter.

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kai Wegner, ich bitte jetzt alle gewählten Mitglieder des Präsidiums sowie Yvonne Magwas und Daniel Caspary, für ein gemeinsames Foto zu uns auf die Bühne zu kommen, also das gesamte heute gewählte Präsidium der Partei plus die Bundestagsvizepräsidentin und der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

(Musik)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Auf dem Foto hier vorne fehlt noch Karin Prien. Also wo immer du steckst, schön, wenn du ganz schnell einmal nach vorne kommst, liebe Karin.

(Musik)

Es fehlt immer noch Karin Prien. Hat sie jemand gesehen? Weiß jemand, wo sie steckt? Einmal vielleicht ganz schnell ihr Bescheid geben; das wäre total hilfreich gerade.

(Musik)

Okay, sie kommt.

(Musik)

David McAllister, Tagungspräsidium: Wenn ich dann die gewählten Präsidiumsmitglieder bitten darf, die Bühne zu räumen. Sehr geehrte Damen und Herren, liebe CDU-Freundinnen und -Freunde, bevor ich den Tagesordnungspunkt 16.7 aufrufe, möchte ich zunächst einen besonderen Gast in unseren Reihen begrüßen. Es ist gute Tradition, dass internationale Gäste, eine Fülle von internationalen Gästen, unsere Bundesparteitage besuchen. Ganz besonders freue ich mich, dass wir einen sehr ranghohen Vertreter jetzt bei uns haben. Er sitzt vorne hier in der ersten Reihe direkt neben Volker Kauder. Begrüßen Sie mit mir einen langjährigen großartigen Freund Deutschlands und insbesondere unserer Christlich Demokratischen Union, begrüßen Sie mit mir den Außenminister der Republik Kroatien, Gordan Grlić Radmann. Lieber Gordan, herzlich willkommen bei der CDU.

(Beifall)

Damit kommen wir nun zu

TAGESORDNUNGSPUNKT 16.7:

Wahl des Mitgliederbeauftragten

Vorgeschlagen ist Philipp Amthor. Ich gehe davon aus, dass eine Kandidatenvorstellung gewünscht wird, und bitte deshalb Philipp Amthor, jetzt auf die Bühne zu uns zu kommen. Philipp, du hast das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Philipp Amthor: Liebe Freundinnen, liebe Freunde, lasst mich gleich zu Beginn ein Wort des Dankes sagen, und zwar an Henning Otte. Henning, du warst seit 2016 der erste Mitgliederbeauftragte in der Geschichte der CDU Deutschlands und ich bin dir persönlich für den geleisteten Dienst, so wie viele in unserer Partei, sehr dankbar. Wir haben hervorragend zusammengearbeitet. Ich finde es ausgesprochen kameradschaftlich von dir, dass du jetzt auf dieses Amt verzichtest, um dich noch mehr auf die Sicherheitspolitik zu konzentrieren. Du trittst auch bei der Beisitzerwahl an. Dafür wünsche ich dir ein gutes Ergebnis. Danke an Henning Otto und an die CDU in Niedersachsen, liebe Freunde.

(Beifall)

Liebe Freunde, mit dem Blick nach vorne können wir sagen, wir können stolz sein auf unsere über 370.000 Mitglieder der CDU Deutschlands. Wir wissen hier beim Bundesparteitag, unser größter Schatz in der CDU, das sind, so klasse wir uns dann auch finden, nicht zuallererst diejenigen, die in der Parteiführung sind, sondern es sind vor allem die Mitglieder und es ist die breite Verankerung, die unsere CDU als Volkspartei ausmacht. Davon können andere Parteien nur träumen, liebe Freunde. Es war gut, dass wir in den letzten Jahren auf unsere Mitglieder gehört haben bei der Wahl des Bundesvorsitzenden, bei der Frage, wie wir unser Grundsatzprogramm ausgestalten. Wir haben eine Mitgliederumfrage durchgeführt. Wir haben viele Dialogformate auf den Weg gebracht und das hat uns darin bestärkt, zu mehr Klarheit zu finden, zu mehr Profil zu finden und das ist das, was für unsere CDU so entscheidend war und ist. Wir standen vor einer wichtigen Wegscheide. Wollen wir politischen Konflikten, potenziellen Spannungen nur aus dem Weg gehen? Wollen wir eine Art softgrüne Selbstanpassung? Oder wollen wir eine bürgerliche Selbstbehauptung, eine selbstbewusste CDU, die die Konflikte nicht den politischen Rändern überlässt, sondern sie in die politische Mitte holt und dort führt. Und ich bin froh, dass wir uns entschieden haben für eine selbstbewusste, für eine unterscheidbare, für eine pointierte CDU. Das muss auch unser Weg in die Zukunft sein, liebe Freunde.

(Beifall)

In Rückspiegelung des Grundsatzprogrammprozesses ist es mir auch ein wichtiges Anliegen, in das Amt des Bundesmitgliederbeauftragten auch eine neue Facette einzuführen. Ich bin davon überzeugt, dass wir unsere Mitglieder auch in inhaltlichen Fragen noch mehr als Seismograf nutzen müssen, sie als Expertenpool nutzen müssen. Das heißt nicht ständig irgendwie Ja-Nein-Mitgliederbefragungen, aber das heißt mehr inhaltliche Mitgliederbeteiligung. Ich habe Carsten Linnemann dafür ein Konzept vorgestellt, das ich auch im Bundesvorstand zeitnah präsentieren will, denn ich bin überzeugt, unsere Mitglieder, sie sind unsere Stärke, unser Schatz, den wir nicht nur in die Vitrine stellen sollten, sondern den wir zum Leben erwecken sollten. Unsere Mitglieder gehören in die inhaltliche Teilhabe dieser Partei, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Dafür müssen wir uns vor Augen führen, die allermeisten Mitglieder der CDU Deutschlands, die sind doch nicht unbedingt nur eingetreten, weil es tolle Stammtische gibt oder weil sie gerne Plakate hängen, sondern die allermeisten Mitglieder sind in die CDU eingetreten, weil sie inhaltlich einen Unterschied machen wollen. Es ist eben so, dass es in unserem Land einen großen Unterschied macht, ob wir christdemokratische Politik machen oder ob linke Politik gemacht wird, ob Politik von Populisten gemacht wird. Das macht einen Unterschied und wir wollen mehr Teilhabe an christdemokratischer Politik. Das ist gut für die CDU; das ist gut für unsere Demokratie und das ist gut für Deutschland, liebe Freunde.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Schluss soll ja noch etwas persönlich sein: 31 Jahre alt, selbst die jüngsten Abgeordneten werden älter, katholisch, Jurist, in meinem Heimatlandesverband Landesgeneralsekretär – als Kreisvorsitzender jemand, der auch die praktischen Probleme kennt, die sich mit solchen neuen Beteiligungsformaten verbinden, aber ich habe Lust und Zuversicht darauf, dass wir sie angehen können. Ich bedanke mich für die breite Unterstützung und freue mich auf die neue Aufgabe mit eurem Rückenwind, herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Lieber Philipp Amthor, vielen Dank für deine Vorstellung. Wir können jetzt in den Wahlgang eintreten. Ich darf Sie erneut bitten, die Wahlkabinen aufzustellen. – Wenn die Wahlkabinen aufgestellt sind, eröffne ich hiermit den Wahlgang.

(Musik)

Die übliche Frage an die Delegierten: Gibt es irgendwo im Saal technische Probleme bei der Stimmabgabe? – Eine erhobene Hand ist dort am Ende des Saals. – Ist das Problem jetzt behoben worden? – Ja, dann frage ich abschließend noch einmal; dort drüben ist auch noch eine erhobene Hand, mehrere sogar.

(Musik)

Beide Daumen hoch, dann schließe ich jetzt den Wahlgang und unterbreche wieder kurz bis das Ergebnis vorliegt.

(Musik)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Delegierte des Bundesparteitages, ich bitte um Aufmerksamkeit. Wir haben ein Ergebnis vorliegen für die Wahl des Mitgliederbeauftragten, abgegebene Stimmen 764, Enthaltungen 35, damit 729 gültige Stimmen. Die erforderliche Mehrheit beträgt 365. Auf Philipp Amthor entfielen 495 Stimmen. Mit Nein haben gestimmt 234. Das entspricht einer Zustimmung von 67,9 Prozent.

(Beifall)

Ich frage dich, lieber Philipp, lieber Philipp Amthor, nimmst du die Wahl an? – Herzlichen Glückwunsch zur Wahl als neuer Mitliederbeauftragter im Namen des CDU-Bundesparteitages, alles Gute. Und damit kann ich wieder übergeben zum bewerten Team um Thorsten Frei, Ina Scharrenbach und Mario Voigt.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber David McAllister.

Wir rufen auf den

TAGESORDNUNGSPUNKT 16.8:

Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Für die Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes liegen uns die Bewerbungen vor. Die Namen der Kandidatinnen und Kandidaten befinden sich in den Tagungsunterlagen auf Ihrem Tablet. Wir möchten nun allen Kandidatinnen und Kandidaten Gelegenheit geben, sich den Delegierten vorzustellen. Aufgrund der Vielzahl der Kandidatinnen und Kandidaten bitten wir, die Redezeit auf bis zu zwei Minuten zu begrenzen. Bis zu zwei. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir hier oben sehr genau auf die Redezeit achten werden. Empfehlung: Testen Sie es nicht aus. Ich bitte die jeweils zwei folgenden Kandidatinnen und Kandidaten, sich in der Nähe des Rednerpultes aufzuhalten, sodass keine unnötigen Verzögerungen auftreten. Wir beginnen nun mit der Kandidatenvorstellung. Es beginnt Ruth Baumann und es halten sich bitte bereit Roman Baumgartner und Steffen Bilger. Ruth Baumann, – da kommt sie, bitte sehr.

Ruth Baumann: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Steuerzahler, früher hieß es, Wohlstand für alle, heute leider Schulden für jeden. Weder Arbeitnehmern noch Arbeitgebern ist das ein zukunftsfähiges Konzept. Sie sperren den Laden zu, wandern ab oder kämpfen mit der Insolvenz. Die Arbeitsplätze von Miele, BASF, OTTO oder Viessmann werden fehlen, die Steuern auch. Wenn ich sehe, was unseren Mitarbeitern vom Brutto noch netto bleibt, tränen mir die Augen. Nächste Woche ist es wieder so weit, Eigentum, auch Wohnungseigentum, ist ein Fels in der Brandung. Dies gilt es zu ermöglichen und zu schützen. Recht muss transparent und verbindlich sein. Der Staat setzt sparsam den Rahmen, ich komme aus dem Tiefbau, deswegen geht das Ding runter, die er fordert und die gelten auch für ihn, auch bei Fristen und Dokumentationen, Freiheit statt Bürokratie. Freiheit zeigt sich in der Wahl der Sprache, der Bestückung des Kühlschranks, der Mobilität, der Heizung, bei Verträgen. Wir sind des Denkens mächtig und treffen in Eigenverantwortung unsere Entscheidungen, denn wir sind keine zu betreuenden Wesen. Eigentum und Recht und Freiheit, das ist unser Fundament und Wohlstand für alle unser Ziel. So sieht es die Frau vom Bau mit dem ungegenderten Namen Baumann und würde sich über ihre Stimme freuen.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ruth Baumann. Ich rufe und bitte nach vorne Roman Baumgartner und es halten sich bereit Steffen Bilger, Joe Chialo. – So, ich schaue nochmal, Roman Baumgartner – So, wir warten oder solange Herr Baumgartner noch nicht hier ist, bitte ich Steffen Bilger nach vorne und es halten sich bereit Joe Chialo und Birte Glißmann.

(Vereinzelt Beifall)

Steffen Bilger: Liebe Delegierte, mein Name ist Steffen Bilger. Ich bin 45 Jahre alt, habe mit meiner Frau drei Kinder und ich komme aus Ludwigsburg. In Ludwigsburg wollte STIHL viele Millionen Euro investieren. Die Investition wurde abgesagt, Grund: der Produktionsstandort ist zu teuer, sogar teurer als die Schweiz. Woran liegt das? Hohe Energiekosten und zu hohe Arbeitskosten. Frau Esken redet von der Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich. Unsere Wirtschaft geht den Bach runter. Die Zukunft des Standorts Deutschland ist in Gefahr. Deshalb finde ich es richtig, dass wir als CDU sagen, nicht weniger arbeiten, sondern mehr arbeiten für die Zukunft unseres Landes. Das ist die Lösung.

(Vereinzelt Beifall)

In der Bundestagsfraktion bin ich zuständig für Umwelt und Landwirtschaft. Da gibt es zwei grüne Minister. Frau Lemke, die trickst und täuscht beim Kernkraft-

Aus, die steht für Verbote, vom Verbrenner bis zu neuen Züchtungstechnologien, und ignoriert, was mit Innovation und Technologie alles möglich ist. Herr Özdemir, der offensichtlich wenig zu melden hat in der Bundesregierung, der unsere Bauern im Stich lässt, obwohl die gerade jetzt einen starken Fürsprecher brauchen würden, meine Damen und Herren.

(Vereinzelt Beifall)

Als Baden-Württemberger bin ich langsam so ein bisschen genervt von den ständigen Fragen, geht er denn jetzt nach Baden-Württemberg. Liebe Freunde, Baden-Württemberg ist kein Trostpreis für gescheiterte Bundesminister einer gescheiterten Ampelregierung.

(Beifall)

Als CDU stehen wir hinter den Landwirten, die jeden Tag hart arbeiten, damit wir uns alle gut ernähren können, und wir stehen für die Zukunft von Stadt und Land, für miteinander statt gegeneinander. Umweltpolitik, die Bewahrung der Schöpfung ist uns wichtig, aber durchdacht und mit einem klaren Kurs für Innovation und Technologie. Mit diesen Themen will ich mich auch in den kommenden Jahren im Bundesvorstand einbringen, damit wir gut vorbereitet mit klarem Programm und klarem Profil in die Zukunft gehen können. Unser Land hat etwas Besseres verdient als dieses Ampelchaos. Ich bitte Sie um Ihre Stimme und um Ihr Vertrauen.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Steffen Bilger. Eine Information für die Delegierten: Der Bewerber Roman Baumgartner hat seine Kandidatur zurückgezogen, sodass wir hier auf diesen Bewerber nicht mehr in der Vorstellung zu warten brauchen. Als Nächstes bitte Joe Chialo und es halten sich bereit Birte Gliß-mann und Hermann Gröhe.

(Lebhafter Beifall)

Joe Chialo: Einen wunderschönen guten Tag, liebe Parteitagsgemeinde, ich freue mich, dass ich heute hier vor euch sprechen darf und das als Senator für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt, der ich seit einem Jahr bin. Ich möchte sagen, es ist uns tatsächlich gelungen, in Berlin nach 22 Jahren die Verwaltung für Kultur und gesellschaftlichen Zusammenhalt in die Hand der CDU wieder zurückzuholen.

(Beifall)

Die Kultur, das ist mehr als Museen, als Opern, als Konzerthäuser. Die Kultur ist der Ort, an dem die Fragen der heutigen Zeit verhandelt werden, Fragen, die uns alle

bewegen, die uns alle etwas angehen. Seit dem 7. Oktober sind das auch Fragen, die an mich herangetragen worden sind hier in Berlin, die eine solche Relevanz haben, dass wir als CDU uns nicht wegducken können. Wenn Jüdinnen und Juden mich anrufen und sagen, sie haben hier in dieser Stadt Angst, wenn sie sagen, sie können ihre Sprache nicht sprechen, Hebräisch, sie können hier in Berlin sich nicht sicher bewegen, dann ist das ein Auftrag nicht nur für mich als Senator, sondern für uns als Partei, da aktiv zu werden.

(Beifall)

Das habe ich gemacht und das müssen wir auch weiter tun. Die Singularität zwischen 33 und 45 verpflichtet uns alle dazu. Zweitens, ich hoffe, dass es uns gelingt, diese Tage miteinander das Grundsatzprogramm, was in den letzten zwei Jahren erarbeitet worden ist, so zu verabschieden, dass wir wieder sprechfest in die Gesellschaft rausgehen können. Wir haben gehört, dass die Menschen da draußen tatsächlich auf Antworten warten. Wir müssen ihnen diese Antworten geben. Drittens, ich freue mich auf morgen Abend. Ich habe gehört, dass der ein oder andere Ministerpräsident sein Bein schwingen wird. Ich hoffe, dass die Kolleginnen hier vorne ebenfalls tanzen werden. Friedrich, ich zähle fest auf dich, dass du auf jeden Fall am Start bist.

(Vereinzelt Beifall)

Ich hoffe, Ihr seid auch dabei, denn Spaß sollte auch bei einem Parteitag sein, denn wer nur mit Freude rausgeht, kann die Herzen der Menschen zum Klingen bringen. Ich bitte um eure Unterstützung und würde mich sehr freuen, wenn wir gemeinsam die Menschen da draußen mit uns erfreuen können.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Joe Chialo. Ich rufe Birte Glißmann auf. Herrmann Gröhe und Serap Güler halten sich bitte bereit.

(Lebhafter Beifall)

Birte Glißmann: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, mein Name ist Birte Glißmann. Ich bin 31 Jahre alt. Seit zwei Jahren bin ich Landtagsabgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführerin in Schleswig-Holstein und von Beruf bin ich Staatsanwältin und deswegen ist mir auch das Thema innere Sicherheit ganz besonders wichtig. Wir haben es heute schon oft gehört, aber gerade im Bereich der inneren Sicherheit ist die Ampelregierung und ist unsere Bundesinnenministerin, Nancy Faeser, eine absolute Fehlbesetzung.

(Beifall)

Es werden Straftaten meist nur bedauert, aber keine Lösung präsentiert, viel mehr im Gegensatz; die Ampel schafft neue Probleme. Aktuellstes Beispiel dafür ist das Cannabisgesetz. Die Legalisierung ist in meinen Augen schon dem Grunde nach falsch, aber das Gesetz zeigt ein weiteres Mal, dass die Ampelkoalition es nicht schafft und das handwerkliche Regieren nicht beherrscht, indem Sie dieses Gesetz vorgelegt hat. Ich bin auch ganz ehrlich, die Grüne Transformation der Wirtschaft habe ich mir auch anders vorgestellt.

(Beifall)

Das Cannabisgesetz ist nämlich am Ende nur eins: eine einzige Justizbelastungsmaßnahme. Es stärkt am Ende noch die organisierte Kriminalität und führt zu einem reinen Cannabischaos. Dabei ist gerade jetzt ein starker Rechtsstaat genau das, was wir brauchen. Dafür stehen wir. Ich möchte weiter im Bundesvorstand daran mitarbeiten, dass auch das Bundesinnenministerium spätestens im nächsten Jahr wieder in CDU-Hand kommt. Dafür bitte ich um Ihre Stimme, vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Birte Glißmann. Hermann Gröhe und es halten sich bitte bereit Serap Güler und Elke Hannack.

(Beifall)

Hermann Gröhe: Frau Präsidentin, liebe Freundinnen, liebe Freunde, „die CDU schärft ihren Kompass“, war in den letzten Monaten immer wieder zu lesen, wenn es um das neue Grundsatzprogramm geht. Mir gefällt dieses Bild vom Kompass. Einen Kompass braucht man nicht im sicheren Hafen, sondern auf offener See. Auf unser Grundsatzprogramm gewendet heißt das, wir müssen den Anspruch haben, die gesellschaftlichen Debatten in diesem Land mit unseren Überzeugungen erfolgreich zu prägen. Das verlangt von uns Gewissheit in den eigenen Überzeugungen und die Fähigkeit, möglichst viele Menschen und Gruppen in diesem Land zu erreichen. Gemeinsam sollten wir dafür kämpfen, aus CDU pur CDU plus werden zu lassen. Das ist ein gutes Programm für unser Land. Mein Name ist Hermann Gröhe. Ich bin 63 Jahre alt. Meine Frau und ich haben vier Kinder. Ich bin direkt gewählter Bundestagsabgeordneter am Rhein-Kreis Neuss und darf als stellvertretender Fraktionsvorsitzender die Bereiche Arbeit und Soziales, Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit verantworten. Ich bitte Sie, ich bitte euch um euer Vertrauen.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herrmann Gröhe. Ich bitte jetzt Serap Güler nach vorne. Elke Hannack und Stefan Heck halten sich bitte bereit.

Serap Güler: Liebe Parteifreunde, Serap Güler, 43 Jahre alt, ich komme aus Nordrhein-Westfalen und da aus der wunderbaren Stadt Köln.

(Vereinzelt Beifall)

Bin seit 2021 Mitglied des Bundestages, sitze dort im Verteidigungsausschuss und es ist eine Aufgabe, die ich wirklich mit großer Leidenschaft und viel Freude mache. Die letzten zwei Jahre durfte ich zusammen mit Carsten Linnemann und Mario Voigt die Grundsatzprogrammkommission leiten. Es war eine Ehre und große Freude zugleich. Es waren zwei sehr intensive Jahre. Es waren viele gute, konstruktive Diskussionen. Es waren viele Stunden Arbeit und ich glaube, am Ende ist es uns gelungen, ein Programm vorzulegen, das sich sehen lassen kann und worauf wir gemeinsam stolz sein können. Wir werden das Programm morgen hier gemeinsam verabschieden und dann geht die Arbeit weiter. Ich möchte gerne daran mitwirken, dieses Programm mit Leben zu füllen, es unter die Leute zu bringen, selbstverständlich als Mitglied unserer Partei, aber mit Ihrer Unterstützung auch weiterhin als Mitglied des Bundesvorstandes, und bitte Sie heute erneut um Ihr Vertrauen. Serap Güler und falls Sie sich mal gefragt haben, was der Name Güler eigentlich bedeutet, Güler bedeutet im Türkischen die Lachende und ich möchte mit Ihnen gemeinsam die nächsten anderthalb Jahre alles dafür tun, dass die Menschen in unserem Land endlich wieder was zu lachen haben in diesem Land.

(Vereinzelt Beifall)

Weil wir endlich wieder dieses Land regieren, weil Profis wieder dieses Land regieren. Lassen Sie uns daran gemeinsam arbeiten für unsere gemeinsame Zukunft, herzlichen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Serap Güler. Als Nächstes bitte Elke Hannack und es halten sich bereit Dr. Stefan Heck und Mechthild Heil.

Elke Hannack: Liebe Freundinnen und Freunde, mein Name ist Elke Hannack. Ich bin 62 Jahre jung und erfahren und viele von Ihnen kennen mich jetzt seit vier oder fünf Parteitagen. Ich bin immer noch eine der stellvertretenden Bundesvorsitzenden bei der CDA und ich bin auch immer noch, und das seit elf Jahren, stellvertretende Bundesvorsitzende beim Deutschen Gewerkschaftsbund.

(Vereinzelt Beifall)

Das als einzige Schwarze in dieser hohen Funktion. Daran haben Sie Ihren Anteil, denn Sie haben mich in den letzten Jahren immer wieder und neu unterstützt und dafür will ich Ihnen heute auch mal herzlich Danksagen. Meine Schwerpunktthemen im Bundesvorstand haben sich nicht verändert. Ich kämpfe immer noch für eine bessere Bildungspolitik, denn es regt mich nach wie vor auf, dass jedes Jahr 55.000 junge Menschen die Schule verlassen ohne Schulabschluss. Es regt mich auf, dass 2,86 Millionen junge Menschen zwischen 20 und 35 Jahren keinen Berufsabschluss haben, und es regt mich auf, wenn die letzte Pisa-Studie feststellt, dass 20 Prozent unserer Grundschülerinnen und Grundschüler die Mindestanforderungen im Lesen, Schreiben, Rechnen nicht mehr erreichen. Deshalb kämpfe ich für eine bessere Bildungspolitik in unserem Land, liebe Freundinnen und Freunde. Da muss sich grundlegend etwas ändern.

(Vereinzelt Beifall)

Ich stehe dafür, gleiche Teilhabechancen für alle Kinder und Jugendlichen in der Bildung und Ausbildung, dafür zu sorgen, dass diese auch da sind. Und wir brauchen jede, wir brauchen jeden Einzelnen, um zukünftig unseren Fachkräftemangel auch wirksam bekämpfen zu können. Natürlich stehe ich im Bundesvorstand auch für die Themen gute Arbeit, gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne, davon aber ein andermal mehr. Für heute bitte ich Sie herzlich um Ihre Stimme.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Elke Hannack. Ich darf Stefan Heck nach vorne bitten und es halten sich bereit Mechthild Heil und Kai-Uwe Hemmerich.

Stefan Heck: Liebe Freunde, mein Name ist Stefan Heck. Ich bin 41 Jahre alt, Rechtsanwalt, verheiratet, Vater von zwei Söhnen. Seit meiner Zeit als Landesvorsitzender der Jungen Union mache ich mit ganzer Leidenschaft Innenpolitik und ich will weiter meinen Beitrag dazu leisten, dass wir hier als Union mit einer klaren Position erkennbar bleiben. Dafür bitte ich Sie um Ihre Unterstützung, schenke Ihnen jetzt eine Minute 40 und wünsche Ihnen einen schönen Abend, herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Stefan Heck. Als Nächstes bitte Mechthild Heil und es halten sich bereit Kai-Uwe Hemmerich und Karina Hermann.

Mechthild Heil: Einen wunderschönen guten Abend, mein Name ist Mechthild Heil.

Ich bin Ingenieurin, Architektin, selbstständig. In der fünften Generation haben wir ein Architekturbüro, mein Bruder und ich, und die sechste Generation steht schon in den Startlöchern. Ja, ich mache Baupolitik, früher im Stadtrat in meiner Heimatstadt, im Kreistag, da stehe ich jetzt auch wieder zur Wahl, und seit 2009 auch im Bundestag. Ich darf den Wahlkreis Mayen-Koblenz und Ahrweiler vertreten. Ahrweiler, früher bekannt über die sehr guten Weine, die wir immer noch haben, aber leider auch berühmt geworden durch die schreckliche Flutkatastrophe. Ich darf Vorsitzende der Gruppe der Frauen sein im Bundestag und bin aber auch Vorsitzende der katholischen Frauen Deutschlands. Wir haben noch 300.000 Frauen, die ich repräsentieren darf. Ich bin auch Vizepräsidentin des Deutschen Roten Kreuzes bei uns im Gebiet. Ich weiß also, was es heißt, mit Umbrüchen in der Gesellschaft umzugehen, im kirchlichen Raum, im politischen Raum und natürlich auch in der Baupolitik. Ich weiß, was es heißt, Verantwortung in diesen Bereichen zu übernehmen und die Serap hat es eben so nett gesagt: Wir sind Rheinländer. Ich bin ein fröhlicher Mensch und ich kann nur sagen, die braucht man auch in dem Gremium. Ich bitte um Ihre Zustimmung, danke.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Mechthild Heil. Ich bitte nach vorne Kai-Uwe Hemmerich. Es halten sich bereit Carina Hermann und Reinhold Hilbers.

Kai-Uwe Hemmerich: Liebe Delegierte, liebes Tagungspräsidium, gute Industriepolitik ist auch immer gute Politik für Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer. Ich glaube, ich weiß, wovon ich rede. Ich bin seit über 25 Jahren Betriebsratsvorsitzender in der chemischen Industrie und kenne mich da ein bisschen aus. Ich würde gern das als Angebot an den CDU-Bundesvorstand machen: dass ich als Betriebsratsvorsitzender da mein Wissen einbringe. Ich bitte um Ihre Stimme. Ich heiße Kai-Uwe Hemmerich, bin 54 Jahre alt, glücklich verheiratet, habe zwei Kinder. Bitte wählen Sie mich.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kai-Uwe Hemmerich. Als Nächstes bitte Carina Hermann und es halten sich bereit Reinhold Hilbers und Franziska Hoppermann.

(Beifall)

Carina Hermann: Liebe Delegierte, warum CDU? Diese Frage ist mir oft gestellt worden, als ich 2016 in die Politik gegangen bin. Weil ich als ehemalige Richterin am Amtsgericht Tag für Tag unmittelbar miterlebt habe, dass unser Rechtsstaat

herausgefordert ist; weil ich durch meine Familie unmittelbar miterlebt habe, dass unsere Kinder ein besseres Bildungssystem benötigen und weil ich als junge Frau unmittelbar miterlebe, dass Gleichberechtigung noch ausbaufähig ist. Die CDU steht wie keine andere Partei für einen starken Rechtsstaat, für gute Bildung und für Gleichberechtigung ohne Ideologie. Deswegen ist die CDU meine Partei, für die ich brenne, für die ich Verantwortung übernehme seit 2016 als Mitglied des Göttinger Stadtrates, seit anderthalb Jahren als Abgeordnete im niedersächsischen Landtag und seitdem als Parlamentarische Geschäftsführerin meiner wunderbaren CDU-Landtagsfraktion in Niedersachsen.

(Lebhafter Beifall)

Warum sollten Sie ausgerechnet mich in den Bundesvorstand wählen? Erstens, weil ich eine Haltung habe. Wenn man aus der linken Studentenstadt Göttingen kommt, dann geht man nicht aus Opportunismus in die CDU, sondern aus einer inneren Haltung heraus.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens, weil ich eine Überzeugung habe, die Überzeugung, dass wir zwar unsere Stammwähler nicht außer Acht lassen dürfen, dass wir uns aber auch neue Potenziale erschließen müssen, um starke Volkspartei zu bleiben. Hier geht es mir insbesondere um die jungen Erstwähler zwischen 16 und 23. Drittens, weil ich einen Anspruch habe, den Anspruch, dieses Land besser zu machen. Ohne unsere Grundwerte, wie den konsequenten Schutz unserer Grenzen, zu vernachlässigen, müssen wir bei den Themen Bildung, Kultur, Frauen und Klimaschutz noch besser werden. Mit dieser Haltung, dieser Überzeugung und diesem Anspruch will ich im Bundesvorstand daran mitarbeiten, dass die nächste Bundesregierung von der Union geführt wird. Ich bin Carina Hermann und bitte um Ihre Unterstützung.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Carina Hermann. Ich bitte Reinhold Hilbers nach vorn und es halten sich bereit Franziska Hoppermann und Thomas Jarzombek.

Reinhold Hilbers: Herr Präsident, liebe Freundinnen und Freunde, Reinhold Hilbers, 59 Jahre alt, verheiratet, vier Kinder, vom Beruf Diplomkaufmann, komme aus dem Westen Niedersachsens ganz von der holländischen Grenze und hab dort auch meinen Wahlkreis, den ich seit über 20 Jahren im Niedersächsischen Landtag vertrete. In der letzten Wahlperiode war ich niedersächsischer Finanzminister. Da konnten wir beweisen, was nachhaltige christdemokratische Finanzpolitik bedeu-

tet. Unter meiner Regie ist die Schuldenbremse in die Verfassung geschrieben worden. Ich habe Altschulden getilgt und meine Schuldenuhr lief rückwärts, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das geht; das ist kein Hexenwerk. Das geht, wenn man klare Prioritäten setzt und wenn man bereit ist, sich dafür auch anzulegen. Das sage ich auch vor dem Hintergrund, dass ich weiß, was gute Sozialpolitik bedeutet. Ich bin nämlich mal über die kirchliche Jugendarbeit zur Jungen Union gekommen und habe mich in Kolping engagiert, engagiere mich dort immer noch in Großprojekten und habe die kaufmännische Leitung einer Lebenshilfe ausgeübt. Ich weiß sehr wohl, dass es Menschen gibt, um die wir uns auch sozial kümmern müssen. Das können wir nur wirklich gut, wenn wir wirtschaftlich stark sind. Dafür brauchen wir eine starke Volkswirtschaft. Mein Kompass ist die Soziale Marktwirtschaft mit ihrem Ansatz, dass Leistung beim Einzelnen anfängt, dass sich Leistung in unserem Land wieder lohnen muss. Das heißt auch, das Aufstiegsversprechen nämlich, das auch für den Personenkreis, den Karl-Josef Laumann hier eben angesprochen hat, für die Menschen, die jeden Tag hart arbeiten, dass sie auch zu Vermögen und zu Eigentum kommen können. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, wenn das auch Ihr Kurs ist, Wettbewerb statt immer neue Staatsschulden, Entlastung und Eigenverantwortung statt Bevormundung, Anreize statt staatliche Lenkung, dann würde es mich freuen, wenn Sie mich unterstützen. Den Rest der Redezeit schenke ich Ihnen, weil ich sonst im Landtag immer abgeklingelt werde, vielen Dank.

(Heiterkeit und Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Reinhold Hilbers. Als Nächstes bitte Franziska Hoppermann und es halten sich bereit Thomas Jarzombek und Thomas Kufen.

(Lebhafter Beifall)

Franziska Hoppermann: Liebes Tagungspräsidium, liebe Delegierte, liebe Freundinnen und Freunde, ich bin Franziska Hoppermann, 42 Jahre alt, verheiratet und habe mit meinem Mann zusammen einen 17-jährigen Sohn. Ich komme aus Hamburg, bin seit 2021 Mitglied des Deutschen Bundestages und auch, wenn meine katholische Kirche es mir nicht immer leicht macht, bin ich aktive Christin. Da gebe ich nicht auf. Wo ich auch nicht aufgebe, ist, dafür zu kämpfen, dass wir in Hamburg im März 25 wieder Regierungsverantwortung übernehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Um dann mit ausreichend Rückenwind in die Bundestagswahl zu starten und wieder ins Kanzleramt einzuziehen und die Bundesregierung zu stellen. Inhaltlich kümmere ich mich um Maschinenraumthemen, Haushaltspolitik und Digitalisierung, weil ich will, dass dieses Land wieder läuft. Den Rest meiner Zeit schenke ich Ihnen und mache es kurz: Ich würde mich über zwei weitere Jahre im Bundesvorstand freuen und bedanke mich bei Ihnen und euch für die Unterstützung, vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Franziska Hoppermann. Ich bitte Thomas Jarzombek nach vorne. Es halten sich bereit Thomas Kufen und Prof. Dr. Alexander Lorz.

Thomas Jarzombek: Liebe Freundinnen und Freunde, ganz in der Nähe hier in Berlin haben Otto Hahn und Lise Meitner die Kernspaltung erforscht. 90 Jahre später, in der schwersten Energiekrise unseres Landes, hat die Ampel unsere letzten Atomkraftwerke abgeschaltet. Aber, meine Damen und Herren, die Atomenergie in Deutschland, sie ist nicht weg; sie ist nur an einem anderen Ort. Zwei Atomkraftwerke laufen in Frankreich de facto exklusiv für uns. Das ist keine pragmatische und das ist keine ehrliche Politik. Die Ampel macht den Menschen Angst. Sie macht ihnen Angst vor Strahlen. Sie macht ihnen Angst vor der Nutzung von Daten. Sie macht ihnen Angst vor der militärischen Nutzung von Innovation. Ich kämpfe dafür, dass wir den Menschen Mut und Lust machen auf Innovation. Wir müssen sie begeistern. Mein Name ist Thomas Jarzombek. Ich bin 51 Jahre alt, Vater eines Sohnes mit meiner Frau gemeinsam, direkt gewählter Abgeordneter aus Düsseldorf, Sprecher im Ausschuss für Bildung und Forschung und seit zwei Jahren Mitglied in diesem Bundesvorstand und Vize für das Thema Aufstieg in unserer Grundsatzkommission und, meine Damen und Herren, ich habe keine Angst. Ich habe keine Angst vor der Ampel, denn ich habe als Kreisvorsitzender in Düsseldorf sechs Jahre lang gegen eine Ampel jeden Tag gekämpft und wir haben die Stadt wieder schwarz gemacht.

(Beifall)

Ich habe auch keine Angst vor der AfD, vor allem nicht auf TikTok, denn wir müssen den jungen Menschen einfach nur die Wahrheit sagen und die lautet: Wer mit der AfD ins Bett geht, der Wacht mit Beatrix von Storch wieder auf. Dafür kämpfe ich mit Ihnen gemeinsam, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Jarzombek. Als Nächstes bitte Thomas Kufen und es halten sich bereit Alexander Lorz und Fred-Holger Ludwig.

Thomas Kufen: Sehr geehrter Tagungspräsident, liebe Delegierte, mein Name ist Thomas Kufen. Ich bin 50 Jahre alt, verheiratet. Ich bin Vorsitzer der CDU Ruhrgebiet und kandidiere hier auf Vorschlag meines Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Sicherlich kandidiere ich auch in Stellvertretung für die vielen tausend ehrenamtlichen wie hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern. Seit 2015 darf ich in meiner Heimatstadt Oberbürgermeister sein und 2020 wurde ich im ersten Wahlgang wiedergewählt.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Kommunalpolitik haben wir reichlich Themen. Wir haben unsere eigenen Themen, unsere eigenen Probleme. Da brauchen wir nicht noch mehr. Was wir aber seit zwei Jahren feststellen, dass immer mehr Themen von der Ampel, von der Bundesregierung uns in die Kommunen reingeschoben werden mit falschen Prioritäten, mit falscher Politik und, was manchmal noch viel schlimmer ist, im Schweinsgalopp Gesetzgebungsverfahren, ohne auf Praktiker zu hören, ohne auf Praktiker in den Kommunen zu hören, das macht uns das Leben in den Kommunen so schwer und deshalb kandidiere ich auch, um deutlich zu machen, wir sind die Kommunalpartei. Sie finden mich bei K wie Kufen oder kommunalpolitische Stimme im Bundesvorstand, herzlich Dank für Ihr Vertrauen.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Thomas Kufen. Ich bitte nach vorne Prof. Dr. Alexander Lorz und es halten sich bereit Fred-Holger Ludwig und Henning Otte.

Prof. Dr. Alexander Lorz: Liebe Freundinnen und Freunde, mein Name ist Ralph Alexander Lorz. Ich bin 58 Jahre, verheiratet, zwei Kinder. Zehn Jahre war ich Universitätsprofessor, zehn Jahre hessischer Kultusminister, jetzt darf ich in der neuen hessischen Landesregierung unter Boris Rhein als hessischer Minister der Finanzen tätig sein.

(Vereinzelt Beifall)

Damit sind auch gleichzeitig die beiden Bereiche beschrieben, um die ich mich im Falle meiner Wahl in den Bundesvorstand besonders intensiv kümmern möchte, denn ich halte sie für absolut entscheidend für unsere Zukunft. Bildung ist die Basis der Zukunft unserer Kinder und solide Staatsfinanzen, eine florierende Wirtschaft, das ist die Basis der Zukunft unseres Landes. Beides gehört wie kaum etwas anderes zum Markenkern unserer CDU. Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind die Partei für beste Bildung. Wir sind die Partei des differenzierten Schulsystems. Wir

sind die Partei der Exzellenz in Forschung und Lehre und wir stellen im Übrigen auch diejenigen Landesregierungen, die die geringste Schulabbrecherquote in Deutschland herbeigeführt haben.

(Lebhafter Beifall)

Es gibt niemand anderen als uns, der so dafür steht, für stabile Staatsfinanzen und für eine Wirtschaftspolitik, die das Wohlergehen der Menschen in den Vordergrund stellt und nicht irgendwelche Ideologien. Wenn Sie mir Vertrauen schenken, dann will ich als Mitglied des Bundesvorstandes dazu beitragen, dass diese Teile unseres Markenkerns so gut wie möglich sichtbar bleiben, herzlichen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Alexander Lorz. Als Nächstes bitte Dr. Fred-Holger Ludwig und es halten sich bereit Henning Otte und Jan Redmann.

Dr. Fred-Holger Ludwig: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, mein Name ist Fred-Holger Ludwig, 78 Jahre, Arzt, wohnhaft in Rheinland-Pfalz. Am 31. August letzten Jahres hat mich die Senioren-Union als Nachfolger von Prof. Dr. Otto Wulff zum Bundesvorsitzenden gewählt. Die Senioren-Union ist ein unverzichtbarer Stabilitätsfaktor für unsere Partei, denn, und das muss man sagen, das rot-grüne ideologische Schmierentheater zerstört gerade unsere Wirtschaft und unseren Wohlstand. Wenn es die CDU und die Senioren-Union nicht geben würde, hätten Rentner und Pensionäre keine Lobby in Deutschland. Deshalb setzen wir uns ein für Themen wie Altersdiskriminierung, die Sicherheit, ein Aktionsbündnis Pflege und Beruf, die Gesundheitsversorgung, besonders im ländlichen Raum, und eine verbesserte Infrastruktur, Kampf gegen Altersarmut, ohne, dass die nachfolgende Generation für das Versagen einer ideologisch geprägten Ampel bluten muss, die angemessene Inflationsausgleichpauschale für unsere Seniorinnen und Senioren. Lieber Herr Linnemann, Sie sprechen immer wieder von der silbernen Fachkräftereserve, denen eine steuerfreie Zuverdienstmöglichkeit nach dem Eintritt in die Rente gewährt werden soll. Hier stehen wir bedingungslos an Ihrer Seite. Wenn wir also alle zusammen betrachten das erfolgreiche Zusammenwirken aller unserer Vereinigungen, das erfrischende und kraftvolle Engagement unserer Jungen Union und die erfahrene Behutsamkeit der Senioren-Union, damit ist mir um einen deutlichen Wahlerfolg bei der Europawahl und bei der Landtagswahl im Herz, auch durch das Engagement einer Union der Generationen, nicht bange. Deshalb bitte ich Sie nicht nur als Bundesvorsitzender, sondern auch im Namen unserer 45.000 Mitglieder der Senioren-Union, um Ihre Stimme und um Ihr Vertrauen, vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Dr. Ludwig. Ich darf Henning Otte nach vorne bitten. Jan Redmann und Jana Schimke halten sich bitte bereit.

(Vereinzelt Beifall)

Henning Otte: Mein Name ist Henning Otte, Bundestagsabgeordneter aus der Lüneburger Heide. Wie bereits angesprochen, möchte ich für Sie und mit euch das Netzwerk Nationale Sicherheit weiter ausbauen. Und ich möchte für uns alle, dass die nächste Bundesregierung wieder von der CDU angeführt wird. Dafür bitte ich um Unterstützung, herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Henning Otte. Ich bitte Jan Redmann nach vorne und Jana Schimke und Bastian Schneider halten sich bereit.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Jan Redmann: Liebe Freundinnen und Freunde, da ich vorhin schon zu euch sprechen durfte, mache ich es jetzt etwas kürzer. Mein Name ist Jan Redmann, bin 44 Jahre alt und mit eurer Unterstützung werde ich der erste Ministerpräsident der CDU in Brandenburg.

(Lebhafter Beifall)

Natürlich würde es mich besonders freuen, wenn eure Unterstützung genau jetzt heute Abend beginnen würde, vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jan Redmann. Als Nächstes bitte Jana Schimke, es halten sich bereit Dr. Bastian Schneider und Kim-Sarah Speer.

Jana Schimke: Liebe Freunde, mein Name ist Jana Schimke und ich lebe mit meinem Mann und unseren zwei Kindern, Ferdinand und Greta, in Brandenburg. Meine Heimat ist die Spreewaldregion und ich vertrete diese seit elf Jahren im Deutschen Bundestag. Natürlich gab es auch bei mir eine Zeit vor der Berufspolitik im Team eine der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft, jedoch immer als Mitglied der CDU, in guten wie in schlechten Zeiten, wenn wir Wahlen gewonnen haben und wenn wir sie auch mal verloren haben. Blicken wir auf die Lage in der Wirtschaft, so blutet mir als stellvertretende MIT-Bundesvorsitzende und leidenschaftliche Kämpferin für die Interessen unserer Leistungsträger in unserem Land, Arbeitnehmerin-

nen und Arbeitnehmer, das Herz. Noch nie war eine Bundesregierung derart unberechenbar für Investitions- und Zukunftsentscheidungen unserer Unternehmen.

Wann kommt endlich eine neue Bundesregierung, ist die Kernfrage, die mir immer wieder gestellt wird von unseren Gästen im In- und Ausland, wenn ich als Vorsitzende des Tourismusausschusses im Deutschen Bundestag unterwegs bin. Wir sind in Brandenburg, meine Damen und Herren, mitten im Wahlkampf und arbeiten gerade für gute Ergebnisse bei den Kommunal-, Europa- und Landtagswahlen. Politisch stellt sich die Lage herausfordernd dar. Wie fast überall in Ostdeutschland ist der rechte Rand inzwischen auch bei uns zur stärksten politischen Kraft erwachsen. Wenn wir als CDU in Ostdeutschland erfolgreich sein wollen, liebe Freunde, dann geht dies nur mit einem klaren Kurs in allen Belangen unseres Landes, mehr Freiheit, weniger Verbote, Hilfe ja, aber nicht zum Nulltarif, Kosten runter, damit Neues entstehen kann. Und, liebe Freunde, wir müssen unsere Versprechen halten. Deshalb hat die Erfolgsgeschichte, die wir morgen mit unserem Grundsatzprogramm schreiben, nicht nur für die CDU insgesamt in Deutschland eine Bedeutung, sie hat vor allem auch für unsere CDU-Verbände in den neuen Bundesländern eine erhebliche Relevanz. Liebe Freunde, es geht darum, Vertrauen bei den Menschen zurückzugewinnen. Das tun wir mit den richtigen Botschaften, in Freiheit und in Sicherheit leben durch die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. Unsere Anhänger haben lange darauf gewartet und alle Hoffnung liegt nun bei der CDU. Wir können es besser. Meine Damen und Herren, es ist mir ein Herzensanliegen, meine Partei auf diesem Weg zu begleiten und im Bundesvorstand für unsere Werte einzutreten und ich bitte um Ihr Vertrauen, vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Jana Schimke. Ich darf nach vorne bitten Dr. Bastian Schneider. Bereit halten sich Kim-Sarah Speer und Marc Speicher.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Bastian Schneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, Friedrich Merz hat es eingangs erwähnt, im Roten Rathaus hier in Berlin, da regiert wieder die CDU, aber im Kanzleramt, da regiert das Chaos. Wir haben einen Finanzminister, der zum ersten Mal in der über 70-jährigen Geschichte unseres Landes einen verfassungswidrigen Bundeshaushalt vorgelegt hat. Wir haben einen Wirtschaftsminister, der zum Wirtschaftsleben einen eher philosophischen Zugang pflegt und der dann traurig in die Kameras schaut und

sagt, er fühle sich manchmal umzingelt von Wirklichkeit. Und wir haben einen Bundeskanzler mit Erinnerungslücken, einen Bundeskanzler, der einem jungen Familienvater auf die sorgenvolle Frage nach den steigenden Lebenshaltungskosten allen Ernstes geantwortet hat, wörtliches Zitat: „Es gibt ja keinen Staatsauftrag, dass man Kinder kriegen soll", Zitat Ende. Liebe Freundinnen und Freunde, eines ist nach zweieinhalb Jahren Ampelregierung völlig offensichtlich: Diese Leute können es nicht. Sie gefährden den Erfolg unseres Landes. Sie gefährden den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und deshalb brauchen wir eine neue Bundesregierung, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Genau deshalb braucht es eine starke CDU, eine CDU, die wieder einsteht für die Fleißigen in unserem Land, für die Familien, für einen funktionierenden und durchsetzungsfähigen Staat, eine CDU, die nicht nur auf Umfragen schielt, sondern die das Richtige tut. Genau dafür möchte ich mich gemeinsam mit Ihnen einsetzen. Mein Name ist Bastian Schneider. Ich bin 33 Jahre alt, komme aus dem schönen Baden-Württemberg. Ich bin Richter am Verwaltungsgericht Karlsruhe, Hauptmann der Reserve bei der deutschen Bundeswehr und ich möchte mit Ihnen gemeinsam für unsere Überzeugung kämpfen, für Europa, für unsere Heimat, für die CDU, für Deutschland. Dafür bitte ich Sie sehr herzlich um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme, vielen herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Bastian Schneider. Es folgt Kim-Sarah Speer und es halten sich bitte bereit Marc Speicher und Jessica Steiner.

(Beifall)

Kim-Sarah Speer: Liebe Delegierte, wenn man etwas bewegen will, dann muss man auch Verantwortung übernehmen. In Hessen habe ich das bereits gerne getan und in einem großartigen Team haben wir bereits viel erreicht, gerade in der Innenpolitik, das eines meiner Kernthemen ist. Ob Sicherheit in unseren Innenstädten oder im Internet, hier gehen wir in Hessen bereits voran. Nach meiner Überzeugung steht für uns als CDU fest, wir müssen eine klare Sprache sprechen und die Themen ansprechen, die die Menschen bewegen, denn wir machen Politik für die Menschen und nicht gegen sie. Bei der Landtagswahl in Hessen im Herbst habe ich meinen Wahlkreis knapp gegen den damaligen amtierenden Wirtschaftsminister und stellvertretenden Ministerpräsidenten Tarek Al-Wazir gewonnen.

(Lebhafter Beifall)

Aktuell bin ich eine der jüngsten Abgeordneten des Hessischen Landtags. Mein Name ist Kim-Sarah Speer und ich freue mich über Ihr Vertrauen, denn Zukunft braucht Tatendrang und Ungeduld, herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Kim-Sarah Speer, und ich darf nach vorne bitten Marc Speicher. Es halten sich bereit Jessica Steiner und Johannes Steiniger.

Marc Speicher: Liebe Freundinnen und Freunde, ich bin Marc Speicher und ich komme gerade aus dem Wahlkampf. Ich bin gerade im Wahlkampf. Wir wollen nach Jahrzehnten der SPD-Führung die heimliche Hauptstadt des Saarlandes. Wir wollen, dass Saarlouis wieder von der CDU geführt wird. Deswegen trete ich an als OB für Saarlouis, damit Saarlouis wieder ordentlich geführt wird nach Jahrzehnten der SPD.

(Beifall)

Ich bin 39 Jahre alt, seit 2021 Mitglied des CDU-Bundesvorstandes, Abgeordneter im Landtag des Saarlandes, verheiratet und seit sechs Monaten stolzer Papa von Anton und ich bin eingetreten in die CDU als überzeugter Christdemokrat. Ich bin eingetreten, weil das christliche Menschenbild das Alleinstellungsmarkmal ist der CDU und weil wir die Partei sind der Sozialen Marktwirtschaft. Und dafür braucht es wieder mehr in Deutschland und diese Mehrheiten, die kommen über die Länder, diese Mehrheiten, die kommen wir als Kommunalpartei, diese Mehrheiten kommen eben auch über die Rathäuser. Und deswegen bitte ich euch heute um eure Stimme und Unterstützung dafür, dass wir als CDU Saar wieder die heimliche Hauptstadt des Saarlandes als CDU zurückerobern. Ich bin Marc Speicher, bitte um euer Vertrauen und eure Stimme, vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Marc Speicher. Als Nächstes folgt Jessica Steiner, die aus einem wunderschönen Grund heute nicht da sein kann, sie ist nämlich Mama geworden, und deswegen wird sie vorgestellt vom Johannes Winkel.

Johannes Winkel: Liebe Freundinnen, liebe Freunde, ich darf Jessica Steiner heute vorstellen. Die hat nämlich den besten und auch den schönsten Grund, heute fehlen zu dürfen, nämlich, sie hat vor Kurzem ihr zweites Kind bekommen, herzliche Glückwünsche, liebe Jessica. Wenn du uns gerade zuschaust, alles Gute nach Leipzig für dich und deine Tochter.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Jessica Steiner ist 1990 geboren. Sie hat eine Ausbildung als Krankenschwester gemacht und Jessica arbeitet heute auf der Intensivstation als Krankenschwester des Uniklinikums in Leipzig. Sie gehört dem Bundesvorstand der CDU bereits seit zwei Jahren an, setzt sich dort insbesondere für den Bereich Gesundheit und insbesondere für den wahnsinnig wichtigen Bereich Pflege ein und vor allen Dingen will sie im Herbst dieses Jahres mit vielen Sachsen, mit Michael Kretschmer für den Landtag kandidieren. Sie will in Leipzig einen ganz schwierigen Wahlkreis für die CDU zurückgewinnen, wo momentan noch die Linke ist. Liebe Jessica, schon mal an der Stelle dafür viel Erfolg. Liebe Freundinnen und Freunde, die Jessica, die hat ihr Herz am rechten Fleck. Deswegen ist es klar, dass sie nicht nur von der CDU Sachsen, nicht nur von der CDA, sondern auch von der Jungen Union Deutschlands nach allen Kräften bei ihrer Kandidatur unterstützt wird. Ich bitte Sie, ich bitte euch um eure Stimme für Jessica Steiner, Danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Johannes, für die Vorstellung von Jessica Steiner. Ich darf nach vorne bitten Johannes Steiniger. Es halten sich bereit Johannes Volkmann und Astrid Wallmann.

Johannes Steiniger: Liebe Freunde, mein Name ist Johannes Steiniger. Ich bin 36 Jahre alt, Gymnasiallehrer für Mathematik und seit zehn Jahren jetzt Mitglied des Deutschen Bundestages, vertrete meinen Wahlkreis an der Deutschen Weinstraße als direkt gewählter Abgeordneter, ja, und seit zwei Tagen bin ich frisch verheiratet.

(Beifall)

Wir haben unsere kleine Tochter auch getauft und Flitterwochen auf dem Bundesparteitag, auch ganz schön. Was möchte ich in den Bundesvorstand auch in den nächsten beiden Jahren einbringen? Ich kümmere mich im Deutschen Bundestag im Finanzausschuss um Steuerthemen und im Sportausschuss um die Sportpolitik. Es gibt einen gemeinsamen Nenner bei diesen beiden Themen und das ist die Frage, wie gehen wir eigentlich mit dem Thema Leistung in unserer Gesellschaft um. Wenn wir in der Sportpolitik sehen, dass beispielsweise die Bundesjugendspiele abgeschafft worden sind, obwohl die Kinder sich ja vergleichen wollen, ein Tor mehr schießen wollen, schneller laufen wollen, dann ist es etwas ganz Schlechtes für unsere Gesellschaft und wir müssen wieder den Leistungsbegriff nach vorne bringen. Genauso ist es auch im Bereich des Steuerrechts, weil diejenigen, die diesen Laden am Laufen halten, eben derzeit keinen großen Anreiz haben, noch mehr zu tun, noch mehr zu leisten. Deswegen möchte ich mich auch in den nächsten beiden Jah-

ren im Bundesvorstand massiv dafür einsetzen, dass wir dieses Leistungsversprechen auch weiter als CDU in die Zukunft tragen. Ich würde mich sehr über Ihre Unterstützung freuen, herzlichen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Johannes Steiniger, als Nächstes bitte Johannes Volkmann, und es halten sich bereit Astrid Wallmann und Wiebke Winter.

Johannes Volkmann: Liebe Freunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, in den 90 Sekunden, in denen ich heute hier rede, wächst Chinas Bruttoinlandsprodukt um zweieinhalb Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr, die amerikanische Wirtschaft wächst um zwei Millionen Euro und die der EU nur um eine halbe Million. Viele haben die Sorge, dass wir hier in Deutschland den Anschluss verlieren. Nirgendwo in der EU haben junge Menschen weniger Zufriedenheit in Umfragen, mit Ausnahme von Bulgarien, als hier in Deutschland. Die Ampel hat meiner Generation nichts mehr anzubieten, außer vielleicht Cannabis. Deshalb muss die Ampel weg, liebe Freunde.

(Beifall)

Lasst uns als CDU die Weichen dafür stellen, damit sich junge Menschen wieder auf die Zukunft freuen können, indem wir in Innovation investieren und den Systemwettbewerb mit China gewinnen, indem wir den Frieden in Europa sichern, indem wir in unsere eigene Verteidigungsfähigkeit investieren, indem wir den Zusammenhalt in unserem Land konsequent auch gegen Islamismus verteidigen. Dafür möchte ich im Bundesvorstand kämpfen. Mein Name ist Johannes Volkmann. Ich bin 27 Jahre alt. Ich habe in Oxford, Peking und Friedrichshafen Volkswirtschaft und Chinastudien studiert. Ich bin Kreisvorsitzender meines Kreisverbandes der CDU Lahn-Dill und dort auch seit drei Jahren Kreistagsvorsitzender. Es ist mir eine Ehre, heute als jüngster Kandidat vor Ihnen zu stehen. Ich bitte herzlich um Ihr Vertrauen als Beisitzer im Bundesvorstand, vielen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Johannes Volkmann. Ich darf nach vorne bitten Astrid Wallmann. Es halten sich bereit Dr. Wiebke Winter und Monica Wüllner.

Astrid Wallmann: Liebe Freunde, mein Name ist Astrid Wallmann, 44 Jahre alt, verheiratet, Mutter von zwei kleinen Töchtern. Ich bin gelernte Bankkaufrau und Diplomverwaltungswirtin und habe in diesen beiden Berufen gearbeitet, bis ich

2009 erstmals ein Direktmandat für den Hessischen Landtag erringen konnte. Als Nachfolgerin von Boris Rhein wurde ich im Jahr 2022 zur Hessischen Landtagspräsidentin gewählt und ich bin dankbar, in diesem Amt für unsere Werte und unsere Demokratie eintreten zu dürfen.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben als hessische CDU im vergangenen Jahr sehr erfolgreich eine Landtagswahl bestritten. Allein die Tatsache, dass wir 53 von 55 Wahlkreisen direkt gewonnen haben, ist ein Beleg dafür.

(Beifall)

Ich würde mich freuen, wenn ich zukünftig im Bundesvorstand mitarbeiten dürfte und die Erfahrungen aus Hessen auch in die Parteiarbeit im Bund einbringen dürfte, denn wir müssen alles daransetzen, an diese Erfolgsgeschichte anzuknüpfen. Ich würde mich über Ihre Unterstützung sehr freuen, herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Astrid Wallmann, als Nächstes bitte Wiebke Winter, und es halten sich bereit Monica Wüllner und Paul Ziemiak.

Dr. Wiebke Winter: Norddeutsch, sturmfest und voller Energie für unsere CDU, moin, ich bin Wiebke Winter. Ich bin 28 Jahre alt, promovierte Volljuristin und komme aus der Freien Hansestadt Bremen. Dort bin ich stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Landesvorsitzende der besten Jugendorganisation, der Jungen Union.

(Beifall)

Als Bremerin weiß ich genau, wie verheerend die Folgen einer SPD-Links-geführten Regierung sein können. Sie sollten in Bremen in der Innenstadt besser keinen Schmuck offen tragen. Jeder zweite Grundschüler kann kein Deutsch und jedes dritte Kind lebt in Armut. Liebe Freundinnen und Freunde, ich bin überzeugt, nicht nur Bremen, sondern auch der Bund braucht deswegen endlich eine Schwarze Regierung und wir brauchen den nächsten Bundeskanzler von der Union.

(Beifall)

Ich möchte mich heute wieder für den Bundesvorstand bewerben, um zwei Themen anzugehen: erstens, Sicherheit. Die innere Sicherheit ist dieser Tage in Gefahr und als Vorsitzende der Innendeputation in Bremen, unserem Innenausschuss, weiß ich, dass wir dem nur mit einem konsequenten Rechtsstaat und einer guten Ausstattung für die Polizei und für die Justiz begegnen können. Zweitens, Klimaschutz;

wir brauchen kein mit heißer Nadel gestricktes Grünes Heizungsgesetz, sondern wir müssen die Soziale Marktwirtschaft in den Mittelpunkt unserer Klimapolitik stellen, denn nur so können wir Ökonomie und Ökologie verbinden.

(Vereinzelt Beifall)

Wir müssen die Menschen, und zwar gerade auch die jungen Menschen, von der CDU überzeugen. In der letzten Landtagswahl in Bremen konnten wir unseren Erstwähleranteil fast verdoppeln. Das möchte ich jetzt auch für die Union schaffen, für die CDU schaffen. Mein Name ist Wiebke Winter und ich bitte um Ihre Stimme.

(Lebhafter Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Wiebke Winter. Ich bitte Monica Wüllner nach vorne und Paul Ziemiak hält sich bereit.

Monica Wüllner: Sehr geehrtes Tagungspräsidium, liebe Freundinnen und Freunde, mein Name ist Monica Wüllner. Ich bin 54 Jahre alt und lebe mit meiner Familie in Stuttgart. Als Gewerkschaftssekretärin der IG Metall arbeite ich im Transformationsnetzwerk Ostwürttemberg. Ich unterstütze die Unternehmen der Automobil- und Zulieferindustrie in der Region, den Strukturwandel zu gestalten und den Industriestandort zu sichern. In der Fachkommission Nachhaltigkeit durfte ich als Stellvertreterin von Andi Jung unser neues Grundsatzprogramm mitgestalten. Ich bin Mitglied im Bundesvorstand der CDA und stellvertretende Landesvorsitzende in Baden-Württemberg. In der CDU leite ich den Landesfachausschuss Arbeit, Soziales und Demografie. Liebe Freundinnen und Freunde, „Industriestandort Deutschland stärken" lautet der Titel einer gemeinsamen Erklärung von Gesamtmetall und IG Metall. Das ist nichts anderes als ein Brandbrief an die Bundesregierung, mit abgestimmten und konkreten Vorschlägen die Arbeitsplätze in der Industrie zu sichern. Aber was macht die Ampel? Sleepy Olaf macht gar nichts und der Rest schaut zu oder streitet. Ich bin überzeugt, wir müssen in diesem Land wieder Politik mit gesundem Menschenverstand machen, Politik für alle und nicht nur für Einzelne. Das klappt am besten, wenn der Bundesvorstand eine bunte Mischung der gesamten Bevölkerung abbildet. Liebe Freundinnen und Freunde, lassen Sie mich Teil dieser bunten Mischung sein. Lasst uns gemeinsam daran arbeiten, Ludwig Erhards Motto, „Wohlstand für alle", zu verwirklichen auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Dafür setze ich mich ein und deshalb bitte ich um Ihr Vertrauen und um Ihre Stimme.

(Beifall)

Ina Scharrenbach: Vielen Dank, Monica Wüllner, und Paul Ziemiak bildet den Abschluss der Kandidatenvorstellung für die Wahl der Beisitzer.

(Beifall)

Paul Ziemiak: Liebe Freundinnen und Freunde, was für eine Stimmung auf diesem Parteitag. Jetzt ist das natürlich auch eine Wahl und ihr habt eine Wahl und es auch ein bisschen Wettbewerb dabei. Das gehört zu Demokratie dazu, aber ich finde, wenn man sich das Kandidatenfeld anschaut, diejenigen, die schon gewählt wurden und die gerade sich hier präsentiert haben, und damit meine ich insbesondere auch die Kandidatinnen und Kandidaten der Jungen Union, mein Gott, was können wir stolz sein auf so einen Nachwuchs. Ihr steckt alle Ampelpolitiker in der Bundesregierung in die Tasche. So einen Nachwuchs und so eine Jugendorganisation haben wir, lieber Johannes.

(Beifall)

Die Botschaft dieses Parteitages ist die gemeinsame Stärke der Union, die Geschlossenheit und ein klarer inhaltlicher Kompass. Aber es geht nicht um die CDU unserer selbst wegen, sondern es geht um unser Land. Und ich engagiere mich auch als Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Parlamentariergruppe. Europa schaut auf Deutschland und schaut auf uns als CDU und wartet ehrlicherweise auf das nächste Jahr, da spätestens dann endlich Deutschland wieder auf einem vernünftigen Kurs ist.

(Beifall)

Lieber Friedrich, du hast in deiner Rede aus dem Gründungsaufruf der CDU zitiert, „voller Gottvertrauen wollen wir unseren Kindern und Enkeln eine glückliche Zukunft erschließen“, und ich glaube sogar, heute das erste Mal schauen, zumindest von meinen Kindern, von den dreien, die ältesten, heute zu das erste Mal beim Parteitag. Deswegen senden wir doch gemeinsam dieses Zeichen an alle, auch an alle Kinder: Wir versprechen feierlich von diesem Parteitag, dass wir nicht nur sagen, es wird alles gut, sondern dass wir das Beste geben werden, um es richtig zu machen. Es geht nicht nur um heute, sondern um morgen. Es geht nicht um uns, sondern es geht um die nächsten Generationen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Deswegen, lieber Friedrich, du hast Karl Popper zitiert, und es gibt ein weiteres Zitat von Karl Popper: „Optimismus ist Pflicht.“ Das ist das, was uns auszeichnet, Optimismus für unser Land, für die Menschen, weil wir Vertrauen in die Menschen haben. Ich bitte euch um euer Vertrauen. Warum? Ich habe Leidenschaft. Ich brenne für die Sache. Lasst uns gemeinsam rausgehen und diesen Geist des Parteitages mitnehmen, in diesem Jahr und vor allem im nächsten Jahr. Und das will ich einbringen im Bundesvorstand. Paul Ziemiak aus dem Sauerland, ist auch nicht schlecht, bittet um euer Vertrauen, danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt: Herzlichen Dank, Paul Ziemiak, herzlichen Dank allen Kandidatinnen und Kandidaten. Wir schließen damit die Kandidatenvorstellung ab. Vor dem Eintritt in die Wahl weise ich auf folgende Punkte hin: Zum voraussichtlich letzten Mal bitte ich Sie nunmehr wieder, die Tischwahlkabine aufzubauen. Nach § 43, Absatz 3 des Statuts müssen mindestens dreiviertel der Zahl der zu wählenden Kandidaten, also 20, angekreuzt werden. Höchstens dürfen so viele Kandidaten angekreuzt werden, wie zu wählen sind, also 26. Der digitale Stimmzettel ist also gültig, wenn er zwischen 20 und 26 Kreuzen enthält. Bitte denken Sie daran, dass auch für diesen Wahlgang die Frauenquote gilt. Demzufolge sind mindestens 40 Prozent Frauen zu wählen, damit die Frauenquote erfüllt wird. Sollte dies im ersten Wahlgang nicht gelingen, so ist ein zweiter Wahlgang für die noch offenen gebliebenen Parteiämter erforderlich. Für die Wahl der weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes bedeutet das konkret, dass von den 26 zu Wählenden mindestens zehn Frauen sein müssen. Ich glaube, an dieser Stelle können wir darauf verzichten, dass wir POLYAS noch einmal erklären, oder ist das noch einmal gewünscht? Das scheint mir nicht der Fall zu sein. Dann darf ich hiermit den Wahlgang eröffnen.

(Musik)

Ich wiederhole nochmal: 20 Stimmen müssen mindestens und 26 maximal abgegeben werden, damit der Stimmzettel gültig ist.

(Musik)

Konnten alle Delegierten ihre Stimmen abgeben? – Also ich wiederhole nochmal: 20 Stimmen Minimum, 26 Stimmen Maximum, damit der Stimmzettel gültig ist.

(Musik)

Wir ermuntern alle Delegierten, ihre Stimmen abzugeben. Ich darf auch sagen, dass wir eine Stunde vor unserem geplanten Zeitplan laufen. Das spricht für die Disziplin des Parteitages. Empfindet nicht jeder so hier, ich weiß, aber ist so. Okay, also, konnte jeder seine Stimme abgeben? Nein? Gut, dann warten wir noch.

(Musik)

Dann schaue ich nochmal ins Rund. Ist alles okay da vorn? – Perfekt, gut, konnten alle ihre Stimmen abgeben? Dann schließen wir den, nein? Okay, im Block 3.

(Musik)

Ich sehe Daumen hoch in Bereich Nummer 3, dann schaue ich jetzt nochmal jeden einzelnen Block durch. – Wenn es keine Widerrede gibt, würden wir jetzt den Wahlgang schließen, herzlichen Dank. Nein? Ja, aber verzeihen, – ja, wir wollen ja allen die Gelegenheit geben, abzustimmen. Wo ist denn die Hand hochgegangen? Es war

vielleicht nur ein Strecken. – Ich kann jetzt sehen, auch in Bereich 5 ist abgestimmt worden, korrekt? Dann schließen wir den Wahlgang und zählen aus und unterbrechen solange die Sitzung, herzlichen Dank.

(Musik)

Ich bitte alle, wieder Platz zu nehmen. Wir haben ein Ergebnis. – Die gute Nachricht vorneweg: Es bedarf keiner Stichwahl.

(Beifall)

Ich komme zu den Ergebnissen bei der Wahl der 26 weiteren Mitglieder des Bundesvorstandes. Es wurden 959 Stimmen abgegeben, gültige Stimmen 959. Die erforderliche Mehrheit beträgt 480 Stimmen. Es wurden insgesamt zwölf Frauen gewählt. Damit ist die Frauenquote eingehalten.

(Beifall)

Damit ist der Bundesvorstand komplett. Als Mitglieder des Bundesvorstandes wurden gewählt, nach der Anzahl der Stimmen: auf Platz 1 Joe Chialo mit 848 Stimmen.

(Beifall)

Auf Platz 2 Astrid Wallmann mit 826 Stimmen.

(Beifall)

Ich frage die beiden, nehmt ihr die Wahl an? – Astrid, ja? Gut. Franziska Hoppermann mit 823 Stimmen.

(Lebhafter Beifall)

Franziska, nimmst du die Wahl an? – Herzlichen Glückwunsch. Henning Otte, mit 789 Stimmen.

(Beifall)

Henning, nimmst du die Wahl an? – Ja, sehr gut. Paul Ziemiak mit 778 Stimmen, herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Paul nimmt die Wahl an. Carina Hermann mit 774 Stimmen.

(Beifall)

Carina, nimmst du die Wahl an? – Ja, sie nimmt die Wahl an. Jessica Steiner, 769 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Jessica ist heute bekanntermaßen verhindert. Sie hat die Annahme der Wahl vorher erklärt, herzlichen Glückwunsch. Kim-Sarah Speer, 751 Stimmen.

(Lebhafter Beifall)

Nimmst du die Wahl an? – Ein gewisser Pulk da hinten, aber ich würde mal sagen, ja. Gut, dann Dr. Stefan Heck, 750 Stimmen.

(Beifall)

Nimmst du die Wahl an, Stefan? – Ja, sehr gut. Thomas Kufen, 746 Stimmen, herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Thomas, nimmt die Wahl an. Serap Güler, 739 Stimmen.

(Beifall)

Serap nimmt die Wahl an, herzlichen Glückwunsch. Mechthild Heil, 737 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Mechthild Heil nimmt die Wahl an, herzlichen Glückwunsch. Steffen Bilger, 736 Stimmen.

(Beifall)

Steffen nimmt die Wahl an. Dr. Jan Redmann, 733 Stimmen, lieber Jan, herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Jan, nimmt die Wahl an. Birte Glißmann, 718 Stimmen.

(Beifall)

Birte nimmt die Wahl an, herzlichen Glückwunsch. Hermann Gröhe, 714 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Hermann nimmt die Wahl an, herzlichen Glückwunsch. Johannes Steiniger, 706 Stimmen, herzlichen Glückwunsch.

(Vereinzelt Beifall)

Johannes, du nimmst die Wahl an? – Ja, gut, herzlichen Glückwunsch. Thomas Jarzombek, 673 Stimmen.

(Beifall)

Thomas, du nimmst die Wahl an? Herzlichen Glückwunsch. Johannes Volkmann, 672 Stimmen.

(Beifall)

Johannes nimmt die Wahl an. Dr. Bastian Schneider, 651 Stimmen.

(Beifall)

Bastian nimmt die Wahl an. Marc Speicher, 649 Stimmen.

(Lebhafter Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, Marc nimmt die Wahl an. Prof. Dr. Alexander Lorz, 614 Stimmen, herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Nehmen Sie die Wahl an? – Sieht positiv aus. Dr. Wiebke Winter, 607 Stimmen, herzlichen Glückwunsch.

(Lebhafter Beifall)

Wiebke nimmt die Wahl an, herzlichen Glückwunsch. Elke Hannack, 592 Stimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Elke Hannack nimmt die Wahl an? – Herzlichen Glückwunsch. Ruth Baumann, 591 Stimmen, herzlichen Glückwunsch.

(Vereinzelt Beifall)

Ruth Baumann nimmt die Wahl an, ja. Dann Monica Wüllner, 579 Stimmen, 60,38 Prozent.

(Vereinzelt Beifall)

Monica Wüllner nimmt die Wahl an. Damit sind 26 Mitglieder des Bundesvorstandes im ersten Wahlgang gewählt, darunter zwölf Frauen. Damit ist das Frauenquorum erreicht. Es bedarf keiner Stichwahl und ich gratuliere allen Gewählten und danke allen Kandidaten, herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Bevor wir das Tagungspräsidium hier oben wechseln, und ich bitte Serap Güler, Franziska Hoppermann und David McAllister nach oben, will ich noch informieren, dass nach Ablauf der Tagung heute sich die Antragskommission trifft auf der rechten Seite bei der Tagungsassistenz. Wir übergeben jetzt, fliegender Wechsel, an Serap, Franziska und David.

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Jetzt brauchen wir nur noch ein bisschen Konzentration für den Rest des Abends. Das geht aber gemeinsam ganz schnell. Was jetzt alle brauchen, ist vor allem ihre Stimmkarte. Wenn das alle flott am Start haben, dann ist der Weg zu Currywurst und Kaltgetränk nicht mehr weit. Noch ein bisschen Konzentration, dann schaffen wir das.

Ich rufe jetzt auf

TAGESORDNUNGSPUNKT 17:

Wahl der CDU-Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder
für den Vorstand der Europäischen Volkspartei

Zunächst einmal möchten wir den bisherigen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern im Vorstand der Europäischen Volkspartei für ihre wichtige Arbeit ganz herzlich danken. Die insgesamt 14 CDU-Vertreter im EVP-Vorstand sowie ihre 14 Stellvertreter werden für die Dauer von zwei Jahren gewählt, also für den Zeitraum vom 1.1.2025 bis zum 31.12.2026. Die Liste der Vorschläge für die Mitglieder im EVP-Vorstand ist vom Bundesvorstand der Partei erarbeitet worden und liegt Ihnen in Ihren Tagungsunterlagen vor. Wir können diese Wahl offen durch Hochheben der Stimmkarte durchführen. Gibt es hiergegen Widerspruch? Das sehe ich nicht. Dann verfahren wir so. Ich bitte jetzt diejenigen um das Kartenzeichen, die dem Vorschlag des Bundesvorstands zustimmen wollen, – herzlichen Dank. Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Keine, damit sind alle einstimmig gewählt, herzlichen Glückwunsch und Gratulation allen ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern im Vorstand der Europäischen Volkspartei und wünsche eine erfolgreiche Arbeit.

Wir kommen dann zu

TAGESORDNUNGSPUNKT 18:

Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten
für den Kongress der Europäischen Volkspartei

Nach dem Vorschlag, der Ihnen in den Tagungsunterlagen vorliegt, sind die Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der EVP für die Zeit, ebenso wie eben, vom 1.1.25 bis 31.12.26 zu wählen. Dabei handelt es sich um 30 Delegierte und 30 stellvertretende Delegierte. Die vom Bundesvorstand unterbreiteten Vorschläge der zu wählenden Personen finden Sie ebenfalls in Ihren Unterlagen auf Ihrem Tablet. Auch hier schlage ich Ihnen vor, offen abzustimmen. Erhebt sich dagegen Widerspruch? Das sehe ich nicht, dann verfahren wir so. Wer dem vorliegenden Vorschlag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen, – vielen Dank. Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Keine, dann ist auch diese Liste jeweils einstimmig gewählt und ich wünsche auch hier allen Gewählten eine erfolgreiche Arbeit.

Jetzt kommen wir zu

TAGESORDNUNGSPUNKT 19:

Wahl des Bundesparteigerichts der CDU

Hier ist es mir am Anfang ein besonderes Anliegen, den ausgeschiedenen und ausscheidenden Mitgliedern des Bundesparteigerichts unseren Dank für die Ausübung dieses für unsere Partei so wichtigen Ehrenamtes zu übermitteln, verbunden mit den herzlichen Grüßen des gesamten Parteitages. Wir danken Frau Rechtsanwältin Petra Kansy, die dem Bundesparteigericht seit 1996 angehört hat. Da kann man schon mal klatschen.

(Vereinzelt Beifall)

Unser Dank gilt weiter Herrn Direktor des Amtsgerichts, Jens Gnisa sowie Herrn Prof. Dr. Roman Poseck. Beide waren fast zwölf Jahre Mitglieder des Bundesparteigerichts. Herzlichen Dank für Ihren langjährigen Einsatz an dieser Stelle unserer Partei.

(Vereinzelt Beifall)

Ebenso danken möchte ich denjenigen Mitgliedern des Bundesparteigerichts, die sich zu einer erneuten Kandidatur bereiterklärt haben. Damit können wir jetzt zur Wahl kommen. Den Wahlvorschlag für das Bundesparteigericht finden Sie auf Ihrem Tablet und in den Tagungsunterlagen. Auch diese Wahl können wir per Stimmkarte durchführen. Erhebt sich hiergegen Widerspruch? Das sehe ich nicht. Dann verfahren wir so. Auch hier bitte ich jetzt um Ihr Kartenzeichen, wenn sie dem Vorschlag für das Bundesparteigericht zustimmen wollen, – herzlichen Dank. Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Keine, dann ist auch das Parteigericht einstimmig gewählt. Ich gratuliere allen neugewählten Mitgliedern des Bundesparteigerichts, denn diese haben schon vorher ihre Bereitschaft zur Annahme der Wahl erklärt, und übergebe jetzt an David McAllister.

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Franziska. Zunächst einmal, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Delegierte, es ist entschieden zu laut im Saal. Wir haben noch einige wichtige Abstimmungen vor uns. Ich würde gerne insbesondere die Gruppierungen von Männern in dunklen Anzügen, die stehen entlang der einzelnen Gänge, bitten, sich jetzt allmählig aufzulösen. – Ja, ich meinte euch.

So, wir fahren jetzt fort mit

TAGESORDNUNGSPUNKT 20:

Wahl der Rechnungsprüfer

Zunächst einmal ein herzliches Dankeschön an die ehrenamtlichen Rechnungsprüfer für ihre Arbeit. Die Kandidatenvorschläge für die Wahl der Rechnungsprüfer liegen in den Unterlagen; vorgeschlagen sind Peter Jacoby, Dr. Michael Meister und

Cornelia Yzer. Ist eine Vorstellung der Kandidaten gewünscht? – Wenn das nicht der Fall ist, dann würde ich Folgendes vorschlagen: Ich bitte um Zustimmung für den Vorschlag zur Wahl der Rechnungsprüfer durch Hochheben der Stimmkarte. – Gibt es etwa Gegenstimmen? – Es gibt auch keine Enthaltungen, wie ich sehe. – Dann sind damit unsere Rechnungsprüfer einstimmig gewählt, herzlichen Glückwunsch. Wir wünschen erfolgreiche Arbeit.

(Vereinzelt Beifall)

Nun geht es weiter mit dem

TAGESORDNUNGSPUNKT 22:

Anträge zu Änderungen des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung (FBO) und der Geschäftsordnung (GO) der CDU

Bevor wir mit der Beratung der Anträge zu den Änderungen des Statuts der Finanz- und Beitragsordnung und der Geschäftsordnung beginnen, bitte ich um Ihre Aufmerksamkeit für einige wichtige Hinweise. Dazu wäre es doch hilfreich, wenn insbesondere in diesem mittleren Gang diese Gruppierungen von stehenden Delegierten sich jetzt auflösen könnten, denn wir müssen nochmal konzentriert ein paar Minuten arbeiten: Für die Änderung des Statuts ist nach § 41 unseres Statuts die absolute Mehrheit der dem Parteitag angehörenden stimmberechtigen Mitglieder erforderlich. Das sind 501 Delegierte. Gleiches gilt für die Änderung der Geschäftsordnung und die Finanz- und Beitragsordnung selbst, da sie ja Bestandteile unseres Statuts sind. Uns liegen hierzu insgesamt noch 34 Anträge vor, aber nicht zu jedem Antrag gibt es auch Wortmeldungen. Damit wir schneller durchkommen, schlage ich Ihnen deshalb vor, dass wir diejenigen Anträge, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen, dass wir die im Block abstimmen. Sind Sie mit diesem wegweisenden Verfahrensvorschlag einverstanden? Dann bitte ich um das Karten- und Handzeichen. – Ist etwa irgendjemand dagegen? – Enthaltungen? – Dann können wir das genauso machen, vielen Dank. Sollten Sie zu bestimmten sogenannten B-Anträgen sprechen wollen, bitte, liebe Freundinnen und Freunde, geben Sie Ihre Wortmeldungen ab. – Jetzt frage ich mal, wie sieht es aus? Wir warten nochmal einen Moment ab. Gibt es jetzt Wortmeldungen? – Also es liegt keine einzige Wortmeldung uns hier oben vor. Das heißt, wir können jetzt Folgendes machen: Wir haben ja heute Vormittag schon über den Antrag B2 abgestimmt. Wir können also jetzt en bloc abstimmen über den Antrag 1 sowie über die Anträge 3 bis insgesamt 35. – Dann können wir zur Abstimmung schreiten, nicht? Wer also für all diese Anträge in der Blockabstimmung ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das alles so angenommen worden.

(Vereinzelt Beifall)

Bevor ich weitermache, bin ich noch informiert worden, dass zwei weitere Delegierte aus dem Landesverband Niedersachsen ihren Geburtstag heute auf diesem Bundesparteitag feiern. Wir gratulieren den Delegierten Jens Willerding aus dem Kreisverband Aschendorf-Hümmling und dem Delegierten Fritz Güntzler aus dem Kreisverband Göttingen sehr herzlich zum Geburtstag.

(Beifall)

Wir fahren dann fort und ich rufe auf

TAGESORDNUNGSPUNKT 24:

Sonstige Anträge

Wir wollen uns bei der heutigen Beratung der sonstigen Anträge auf die Anträge C beschränken. Es liegen Ihnen zwei sogenannte C-Anträge vor. Ich rufe zunächst den Antrag C001 auf. Gibt es hierzu eine Wortmeldung? – Es liegt keine Wortmeldung vor. Dann können wir gleich zur Abstimmung streiten. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das so beschlossen. Dann kommen wir zum Antrag C2, auch hier zunächst die Frage: Gibt es hierzu eine Wortmeldung? – Das ist ebenfalls nicht der Fall. Wer also der Empfehlung der Antragskommission auch zu diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Karten- oder Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das so beschlossen. – Damit sind wir doch in ziemlicher Rekordzeit durch und ich kann jetzt wieder übergeben an Serap Güler.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber David, vielen Dank, wir machen weiter. Liebe Delegierte, liebe Gäste, bevor wir den ersten Tag hier beenden, bitte ich nochmal um eure Aufmerksamkeit für den letzten Programmpunkt am heutigen Tag. Für die Preisverleihung „Preis für innovative Parteiarbeit“ übergebe ich nun das Wort an unseren Generalsekretär Carsten Linnemann und an unsere stellvertretende Generalsekretärin Christina Stumpp.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Das finde ich klasse, dass ihr noch hier seid, denn wir wollen jetzt die innovativste Parteiarbeit Deutschlands honorieren und auszeichnen. Dazu gibt es einen Preis, und wir haben 50 spannende Projekte von euch bekommen. Das war richtig klasse. Da geht es nicht nur um den Preisträger selbst, sondern auch für alle Verbände, die mit viel Herzblut, Tatkraft daran arbeiten, attraktive Angebote für Wählerinnen und Wähler zu machen. Es gibt eine Jury, die getagt hat. Meine Wenigkeit macht da mit und ich bedanke mich bei Manuela Anders-Granitzki, Mitgliederbeauftragte der CDU Berlin; ich bedanke mich bei Andreas Weber, Landesgeschäftsführer der CDU Brandenburg, Antje Bött-

cher, Kreisgeschäftsführerin der CDU Potsdam, sowie Michael Trock, Stadtverbandsvorsitzender der CDU Gernsheim. Ihr habt einen super Job gemacht, vielen Dank, kann man mal klatschen.

(Beifall)

Wir haben drei Verbände ausgesucht von 50, die stellen wir jetzt kurz vor und dann gebe ich ab an Christina.

Christina Stumpp: Einen wunderschönen guten Abend, wir starten mit dem Kreisverband Hagen, sozusagen ein Dauergast unserer Ideenwettbewerbe; der Verband ist bereits zum dritten Mal nominiert. In Hagen stand man im Rahmen des Landtagswahlkampfes 2022 in Nordrhein-Westfalen vor der großen Herausforderung, eine möglichst große Zahl an Erst- und Jungwählern anzusprechen. Im Wahlkampfteam kam man dann jetzt auf die Idee, einen Ort zu wählen, bei welchem die Wahrscheinlichkeit, mit jungen Menschen in Kontakt zu kommen, sehr, sehr hoch ist. Welcher das ist und was genau hier auf die Beine gestellt wurde, schauen wir uns jetzt in dem folgenden Film an; Film ab.

(Video)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Super, das war die Nummer 1.

(Beifall)

Ja, finden wir auch. Das nächste Thema ist ein wichtiges Thema, auch für Friedrich Merz, der immer sagt, wir müssen viel stärker in den vorpolitischen Raum gehen. Es gibt einen Stadtverband, nämlich Fröndenberg/Ruhr, die das Thema „Kümmern um den vorpolitischen Raum" in den Mittelpunkt gestellt haben und mit Leben gefüllt haben. Auch hier schauen wir einmal rein.

(Video)

(Vereinzelt Beifall)

Christina Stumpp: Wirklich ein Spitzenprojekt. Wir sind bei der dritten Bewerbung oder für den dritten Kandidaten, der Stadtverband Friesoythe überzeugt die Jury durch die Vielfalt der eingereichten kreativen Wettbewerbsbeiträge und jetzt schauen Sie selbst; Film ab.

(Video)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: So, auch hier einen Applaus.

(Beifall)

Dann bitte ich die drei auf die Bühne, die drei Projektträger, Jan Günther und Max Schneevoigt aus dem Kreisverband Hagen.

(Beifall)

Schön, ihr beiden, hallo, ja, wir kennen uns doch? Klar. Gabriele Spiekermann aus dem Stadtverband Fröndenberg/Ruhr.

(Vereinzelt Beifall)

Frau Spiekermann, super, und Jann Christian Hegewald aus dem Stadtverband Friesoythe.

(Lebhafter Beifall)

Ihr habt ganz schön viel eingereicht, ne? Super. So, Christina.

Christina Stumpp: So, lieber Carsten.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Jetzt müssen wir mal schauen. Das ist Platz 1. Darf man das sagen? Es gibt einen Pokal, 500 Euro, in Cash wäre jetzt ein bisschen blöd, aber ihr könnt bei uns beim CDU-Shop für 500 Euro kaufen. Den ersten Platz hat, möchtest du mal aufmachen?

Christina Stumpp: Ja.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Der Preisträger für innovative Parteiarbeit ist der Kreisverband Hagen.

(Musik)

(Beifall)

Christina Stumpp: Herzlichen Glückwunsch, tolles Projekt, verdient und nächstes Jahr gleich wieder, müsste auch der Ansporn sein, viel Freude damit.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Super, so und wir haben natürlich auch nur zweite Plätze. Ich meine, ihr müsst wissen, von 50 Bewerbern seid ihr die Top 3. Also ihr seid Top 2 von 50, also wirklich eine tolle Parteiarbeit. Macht nächstes Jahr bitte wieder mit. Nur so geht es. Wir sind eine Volkspartei. Wir müssen für die Bürgerinnen und Bürger Politik machen.

(Beifall)

Herzlichen Glückwunsch, da ist auch nochmal ein Gutschein drin. Ihr macht einen fitten Eindruck. Ihr seid gut drauf. Wir wünschen euch einen schönen Abend. Macht weiter so. Ihr seid die Nummer 1, die Mitglieder der CDU Deutschlands, danke.

(Beifall)

Christina Stumpp: Jetzt lasst es krachen.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Wir machen noch ein Bild und dann gebe ich wieder ab an Serap Güler.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Das Foto ist gemacht, auch einen herzlichen Glückwunsch von uns hier an die Gewinner. Liebe Delegierte, der erste Parteitag neigt sich dem Ende zu. Wer jetzt ganz clever war und meinte, schon vorher rausgehen zu können und sich eine Currywurst zu krallen, wird enttäuscht gewesen sein, denn wir machen das hier noch bis zum Ende, bis das Buffet draußen eröffnet wird und hier zum Get-together auf Bier und Currywurst eingeladen wird. Wir treffen uns im Ausstellungsbereich, den Sie heute Morgen bereits durchlaufen haben. Der Weg dorthin ist auch ausgeschildert und, liebe Delegierte und Gäste, bitte beachten Sie folgende wichtige Hinweise. Das, was jetzt kommt, ist wirklich wichtig: Nehmen Sie Ihre persönlichen Wertsachen und Ihre persönlichen Unterlagen mit. Jetzt kommt der ganz, ganz, ganz wichtige Teil: Bitte geben Sie Ihre Tablets zurück. Diese Tablets können Sie morgen dann voll aufgeladen wieder zurückbekommen, also bitte kein Tablet mitnehmen. Geben Sie die Tablets bitte dort wieder ab, wo Sie sie heute Morgen abgeholt haben, und dann kriegen Sie auch Ihre Delegiertenkarte wieder zurück. Alles, was entsorgt werden soll, also Papier, Leergut und so weiter, legen Sie bitte auf den Boden. Das erleichtert dem Servicepersonal die Arbeit, vielen Dank. Wir sehen uns morgen Früh um 9:30 Uhr hier an derselben Stelle, vielen Dank, schönen Abend uns allen.

(Musik)

(Schluss: 20:50 Uhr)

Dienstag, 7. Mai 2024

Zweite Plenarsitzung

(Beginn: 9:35 Uhr)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Liebe Delegierte, ich darf Sie herzlich willkommen heißen zu unserem zweiten Tag des Parteitages. Ich bitte um Aufmerksamkeit. Ich freue mich, wenn Sie die Plätze einnehmen. Ich freue mich auch: Wir haben tolles Feedback bekommen, das positivste Feedback zu dem Umstand, dass wir einen Parteitag unter einem Dach organisiert haben, dass wir keine großen Busfahrten brauchen.

(Beifall)

Vielen Dank, ja, die Baden-Württemberger können auch mal klatschen. Also ich darf Sie herzlich willkommen heißen zum zweiten Tag. Die Stimmung ist gut. Heute wird es historisch. Aber bevor wir einsteigen, gibt es nochmal einen kurzen Blick zurück auf den gestrigen Tag, viel Spaß.

(Musik – Video – Blick auf den ersten Plenartag – Beifall)

Liebe Delegierte, heute wird es historisch. Nach 1978, 1994, 2007 werden wir heute unser viertes Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands verabschieden. Wir haben heute einen vollen Tag. Wir haben es so geplant, dass wir um 20:30 Uhr durch sind und den Berliner Abend eröffnen, und deshalb freue ich mich auf diesen Tag. Wir stehen am Ende eines Prozesses. Der Prozess hat zwei Jahre lang gedauert. Auch der Weg ist das Ziel, Sie wissen das, der Prozess als solches. Wir haben insgesamt 6.237 Kaffeetassen getrunken in dieser Zeit, 63 Positionspapiere verabschiedet. Es gab eine Mitgliederbefragung. Wir hatten insgesamt zehn Regionalkonferenzen. Wir hatten über 200 Sitzungen der Fachkommissionen. Das freut mich besonders, viele Anträge wurden eingereicht von Ihnen, insgesamt 2.120 Änderungsanträge zum Grundsatzprogramm, die heute auf der Tagesordnung stehen. Was mich besonders freut, ist, dass 43,2 Prozent, 43,2 Prozent der antragsberechtigten Gliederungen, mitgemacht haben. Das ist schon ein richtig starkes Signal, das zeigt, die CDU lebt, und die CDU ist wieder da.

(Beifall)

Ich möchte mich persönlich herzlich bedanken, denn ich habe das nicht allein gemacht, sondern wir waren über 100 Mitglieder in den Fachkommissionen, aber vor allen Dingen möchte ich mich persönlich bedanken bei zwei Persönlichkeiten, die auch hier vorne sitzen, wir sind sehr unterschiedlicher Natur, das ist zum einen Serap Güler und Mario Voigt. Das zeigt auch die Bandbreite der CDU. Man muss sa-

gen, wir sind super zusammengewachsen. Wir haben alles vernünftig ausdiskutiert, und das hat einfach wirklich Spaß gemacht. Wir hatten da so eine WhatsApp-Gruppe, die ist immer heiß gelaufen und wenn einer mal eine Stunde nicht geantwortet hat, dann hat der andere gleich gesagt, was ist los. Also vielen Dank an euch beide, das war wirklich großartig, danke.

(Beifall)

Wenn Sie mich persönlich fragen, vielleicht darf ich diese Anmerkung noch machen: Für mich persönlich war dieses Grundsatzprogramm natürlich etwas, was genau mein Ding war. Dafür mache ich Politik. Es geht um die inhaltliche Auseinandersetzung. Es geht darum, dass wir der CDU wieder inhaltlich Gewicht verleihen. Wenn Sie mich fragen – gestern in meiner Rede habe ich nochmal deutlichgemacht, welches Leitbild wir heute formulieren, aber wenn Sie mich persönlich fragen – gibt es zwei Leitplanken, die uns leiten. Das ist zum einen – es wurde gestern oft erwähnt – das christliche Menschenbild, dass wir immer vom Einzelnen ausgehen, nie vom Kollektiv. Sie sehen das im Deutschen Bundestag bei den linken Parteien, die gehen immer vom Kollektiv aus, nie vom Einzelnen. Wir haben auch ein schönes Beispiel gestern genannt mit der Vorschulpflicht, dass wir junge Menschen fördern wollen, indem sie der deutschen Sprache mächtig sind, bevor sie eingeschult werden. Linke Parteien würden sagen vom kollektivistischen Denken: Ihr drangsaliert die Kinder, stigmatisiert sie. Wir sagen: Wir fördern sie. Das ist das christliche Menschenbild. Wir glauben an den Einzelnen, an die Stärken und die Fähigkeiten.

(Beifall)

Der zweite Punkt, die zweite Leitplanke ist das, Friedrich Merz hat eine ganz tolle Formulierung gefunden: Wir als Menschen, wir als Partei können nur die vorletzte Antwort geben. Wir wissen nicht, was in Zukunft ist, und deswegen müssen wir auch Politik mit Demut machen. Wir dürfen nicht so tun, als ob wir die Weisheit mit Löffeln gefressen haben. Das ist eine Haltung, die unserer Partei gut zu Gesicht steht. Das ist CDU pur und deshalb freue ich mich auf den heutigen Tag. Zur Einstimmung gibt es jetzt einen tollen Film, der heißt: „Unser Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm“.

(Video – Unser Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm – Beifall)

Serap Güler, Mario Voigt, was waren denn so die Momente, die ihr nie vergessen werdet, irgendwie Randnotizen oder was war das in den letzten zwei Jahren, wo du sagst, Serap: Das war so ein Moment, den konnte man nicht planen?

Serap Güler: Es waren sicherlich ganz, ganz viele Momente dabei. Es war viel in Cadenabbia dabei, all die Diskussionen etc. Aber ich glaube, der Höhepunkt, so vor allem in Cadenabbia, und auch ein Moment, was man nicht planen konnte, war das Boccia-Spiel. Davon gibt es Fotos auf Social Media.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Ich muss jetzt mal erklären, also Cadenabbia, was haben wir da gemacht?

Serap Güler: Wir haben uns 15, 16,17 Stunden eingeschlossen und intensiv über das Grundsatzprogramm beraten.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Also wir haben keinen Urlaub gemacht.

Serap Güler: Genau, und zwar zwei Tage lang, zwei lange Tage, viele intensive, viele gute Diskussionen und haben dann am Ende noch eine Runde Boccia gespielt, was man auch in Cadenabbia tun kann –

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Und wer hat gewonnen?

Serap Güler: – und der Parteivorsitzende seine guten Spielfähigkeiten unter Beweis stellen konnte. Ich kann mich noch erinnern, wir mussten ihn ja dazu überreden, dass er einmal wirft, und am Ende wussten wir alle, warum. Er kam, warf und gewann. Also so schnell ging das. Das war ein besonderer Moment.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Also Friedrich Merz hat das Boccia-Spiel gewonnen, sehr gut. Mario, was war dein Moment?

Prof. Dr. Mario Voigt: Ach, da gab es viele unterschiedliche Momente. Ich finde, das Spannendste ist, was diesen ganzen Prozess ausgemacht hat. Wenn wir uns überlegen, die CDU ist losgegangen und hat gesagt: Wir diskutieren das, was Serap gerade gesagt hat, wirklich konzentriert, abends auch, bis spät in die Nacht, über 190 Thesen, die man wirklich durchdekliniert und sagt: Wie stehen wir dazu? Das ist ein hartes Ringen gewesen, aber immer wieder getragen von einem gemeinsamen Geist: Wir wollen das hinkriegen. Aber das Spannendste für mich war, zu erleben, dass wir eine Mitgliederbefragung gemacht haben und am Ende über 70.000 Menschen gesagt haben: Das sind meine inhaltlichen Themen, die ich mir in der CDU wünsche. So einen Beteiligungsprozess gab es ja entlang des Weges immer mit Regionalkonferenzen, mit vielen Debatten in Kreisverbänden. Ich war jetzt noch im März bei einer Digitalschalte in Baden-Württemberg beim Kreisverband Böblingen zugeschaltet, in vielen anderen Bereichen auch. Die Partei lebt diese inhaltliche Arbeit und ich glaube, das ist echt ermutigend. Das sind die vielen kleinen Momente, die zu einem großen Werk geworden sind.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Sehr gut. Was war für dich entscheidend in dem Prozess?

Serap Güler: Als du damals gesagt hast, wir legen das in zwei Jahren vor, haben wir erstmal gesagt: Wow, Respekt, okay, zwei Jahre, das wird ein Marathon. War es auch. Aber wie Mario gerade auch gesagt hat, du hast es gerade zu Beginn auch gesagt – 100 Leute, die wirklich alle Lust hatten, die Kommissionsmitglieder, und auch darüber hinaus, egal, wo wir waren, Kreisverbände, die Regionalkonferenzen, du hast richtig gemerkt –, dass die Menschen, dass die Mitglieder, dass unsere Mitglieder Bock haben, zu diskutieren. Was ich ganz besonders in dem ganzen Grundsatzprogrammprozess fand, war neben der Zeit, dass eben auch Basismitglieder Mitglieder der Fachkommission waren und da einfach ihre Ideen einbringen konnten. Das war wirklich insgesamt ein ganz, ganz besonderer Prozess, ganz viele Momente, ganz viel, was uns wieder, glaube ich, stärker zusammengeführt hat.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Sehr gut.

Prof. Dr. Mario Voigt: Ich glaube, es geht darum, eine DNA für eine Partei freizulegen und sich auf die Suche zu machen, das nochmal zu schärfen, klarzumachen, auf welchem Fundament wir stehen. Da braucht es viele, und das eine ist die Beteiligung aller Mitglieder und der Basis. Das andere ist aber auch das Thema, Experten mitzunehmen und der Anspruch, den wir hatten, war immer, Betroffene auch zu Beteiligten zu machen, Experten einzuladen in unterschiedlichen Formaten mit denen zu diskutieren, dadurch ein ganz breites Bild über Deutschland auch aufzuspannen und zu sagen, nicht nur, wo stehen wir heute, sondern was ist eigentlich unser Bild von der Zukunft? Wie können wir beschreiben, wo Deutschland in zehn Jahren stehen soll und das mit auch einem wertegebundenen Fundament anzustreben? Das fand ich hochinteressant, und ich glaube, dass die Stimmung im Land auch dafür sehr offen war und zeigt, wenn die Union im Bund wieder regiert, wie unser Beteiligungsprozess eben auch aussehen sollte, nämlich Menschen, die dieses Land prägen, auch tatsächlich in politische Entscheidungen mit einzubinden.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Super, letzte Frage: Was erwartet ihr heute? Wir haben 2.200 Anträge. Übrigens interessant: Ich habe mal geschaut, die frühste Abgabe eines Antrages kam aus dem Kreisverband Unna am 13. Februar. Wo seid ihr, Unna?

(Zurufe)

Sehr gut, sind schon wach, sehr gut. Die späteste Abgabe kam kurz vor Mitternacht am 25. März, wir waren noch auf, 29 Minuten vor Antragsschluss. Es waren die Kreisverbände Stuttgart und Rhein-Neckar-Kreis. Seid ihr auch schon da?

(Zurufe)

Sehr gut. Was erwartet ihr heute?

Serap Güler: Viele gute, lebendige Debatten und so soll es auch sein. Ich glaube, wir haben was vorgelegt mit ganz, ganz vielen, die dran mitgewirkt haben, was sich sehen lassen kann, worauf wir stolz sein können. Das heißt aber nicht, dass wir darüber heute nicht intensiv sprechen, intensiv beraten, intensiv debattieren. Ich glaube, das, was sich in den letzten zwei Jahren in den Kreisverbänden in den Regionalkonferenzen abgespielt hat, erleben wir hier heute nochmal auf dem Bundesparteitag auf großer Bühne. Darauf haben wir hingearbeitet. So soll es sein und ich freue mich drauf.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Super, danke.

Prof. Dr. Mario Voigt: Ich glaube, wir schlagen heute ein neues Kapitel in der Geschichte der CDU auf, indem wir sagen, das ist unser Leitbild; das ist unsere Zukunftsidee und das haben wir in einem megaintensiven Prozess hingekriegt. Das werden wir heute auch erleben in der Debatte. Carsten, du warst ja der Antreiber dieses Prozesses. Du warst derjenige, der diese programmatische Wegstrecke auch beschrieben hat und immer wieder nachgehalten hat. Deswegen erwarte ich auch einen Riesenapplaus für Carsten, denn der hat das wirklich wunderbar angetrieben.

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Vielen Dank, das haben wir vorher abgestimmt, dass wir uns jetzt gegenseitig loben. Also vielen Dank Serap Güler, Mario Voigt.

(Beifall)

Wir haben viele Videos gemacht. Mein persönliches Lieblingsvideo kommt jetzt. Vielleicht können wir es auch ein bisschen aufdrehen. Also wirklich, viel Spaß, das ist sehr emotional und es zeigt das Grundsatzprogramm in zwei Minuten, also zwei Jahre in zwei Minuten, viel Spaß.

(Video- Trailer zum Grundsatzprogramm)

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Das war das Video, und jetzt freuen wir uns auf den Parteivorsitzenden, der inhaltlich einführen wird in den heutigen Tag. Für Friedrich Merz waren zwei Dinge immer wichtig: Erstens, lasst frische Luft rein; seid mutig, keine Denkverbote. Zweitens, nehmt die Basis mit. Das muss ein Programm der Basis sein. Jetzt ist er da. Jetzt hat er das Wort, Friedrich Merz.

(Beifall)

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Sehr geehrtes Tagungspräsidium, lieber Carsten, liebe Freundinnen und Freunde, herzlich willkommen zu unserem zweiten Tag, zu dem inhaltlich wichtigen Tag dieses Parteitages. Ich denke, wir haben einen guten ersten Tag gestern erlebt.

(Beifall)

Wir haben einen guten ersten Abend zusammen hier in Berlin verbracht, vielen Dank. Sie haben in den beiden Filmen und in den Beiträgen heute Morgen ein bisschen das Gefühl bekommen, auf welchen Weg wir uns vor zwei Jahren begeben haben, und wir schließen diesen Weg heute ab mit der Beratung und der Beschlussfassung unseres erst vierten Grundsatzprogramms. Lassen Sie mich dazu einige Anmerkungen machen.

Zunächst, es ist erst das vierte. Das erste Grundsatzprogramm hat Helmut Kohl 1978 in der Partei beschließen lassen. Der Prozess dorthin hat sieben Jahre gedauert. Wir haben unser jetziges Grundsatzprogramm, das heute zur Beschlussfassung steht, in zwei Jahren neu entwickelt. Sie sehen daraus, die Partei ist mittlerweile erprobt in programmatischer Arbeit. Ich sage das aus einem ganz bestimmten Grund. Uns wird häufig gesagt, die CDU sei ja eine reine Machtpartei und sie sei keine Programmpartei. Wahr ist, wir wollen regieren. Nur, wenn wir regieren und wenn wir in der Regierungsverantwortung stehen, können wir auch Etwas durchsetzen. Aber dieses Etwas durchsetzen muss Substanz haben, und es muss uns auch in die Zukunft führen. Deswegen ist wichtig, dass wir heute nach 17 Jahren ein weiteres Grundsatzprogramm verabschieden. Das Grundsatzprogramm von 2007 gibt mittlerweile viele Fragen auf, die uns heute gestellt sind, keine Antworten. Ich will Ihnen zwei Beispiele sagen. Das Wort Digitalisierung kommt in unserem Grundsatzprogramm von 2007 nicht vor, und zu China steht in diesem Grundsatzprogramm von 2007 ein einziger Satz, der lautet: „Aufgrund ihrer wachsenden Bedeutung, wollen wir China und Indien dabei unterstützen, verantwortungsbewusste Teilhaber und Gestalter der internationalen Ordnung zu werden“., Das ist gerade 17 Jahre her. Sie sehen allein an diesen beiden Sachverhalten, wie sehr sich die Welt um uns herum verändert hat.

Wir haben darauf reagiert mit diesem Programm. Ich möchte Ihnen zwei wichtige Merkmale nennen, die uns auch so erfolgreich an dieses Ziel gebracht haben, heute einen Text vorzulegen, über den wir diskutieren und abstimmen können. Das erste war: Ich habe alle Präsidiumsmitglieder der CDU darum gebeten, die Verantwortung mit zu übernehmen in einer der Kommissionen. Es haben alle Mitglieder des Präsidiums an dieser Arbeit an verantwortlicher Stelle teilgenommen, und ich möchte deswegen allen Mitgliedern des Präsidiums herzlich danken dafür, dass sie sich die Zeit genommen und die Arbeit gemacht haben. Das war die Voraussetzung

für eine enge Verschränkung und Verzahnung zwischen der Partei und der Grundsatzprogrammkommission, dass die Präsidiumsmitglieder diese Arbeit bereit waren zu leisten, herzlichen Dank dafür.

(Beifall)

Ganz besonders nennen möchte ich an dieser Stelle auch noch einmal Carsten Linnemann, aber auch Serap Güler und Mario Voigt. Die drei waren sozusagen die Kernmannschaft, zusammen mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus dem Adenauer-Haus, zusammen mit Philipp Birkenmaier und Christoph Hoppe. Das können sich die meisten von Ihnen und von euch wahrscheinlich gar nicht vorstellen, aber das war wirklich zwei Jahre intensivste Arbeit im Adenauer-Haus, in der Mannschaft des Adenauer-Hauses. Allein, bevor es verabschiedet wird, jetzt an dieser Stelle will ich schon einmal sagen: Herzlichen Dank für diese wirklich großartige Arbeit unserer Mannschaft im Adenauer-Haus, die drei, die ich genannt habe, aber auch die Mitarbeiterinnen und die Mitarbeiter.

(Beifall)

Dann habe ich die Grundsatzprogrammkommission um etwas Zweites gebeten: Ich habe gesagt: Bitte schreibt uns keine langen Texte auf, und wenn ihr es tut, ihr werdet viele Sätze von denen, die ihr da aufgeschrieben habt, im endgültigen Text des Programms nicht wiederfinden. Es geht um Entscheidungen in der Sache. Es geht um Sachfragen. Den endgültigen Text dieses Grundsatzprogrammentwurfs, den schreibt eine getrennte Gruppe, wo wir auch professionelle Hilfe von außen hinzunehmen, damit es ein lesbarer und in sich geschlossener einheitlicher Text wird. Das Ganze haben wir mit der Vorgabe versehen: maximal 75 Seiten. Liebe Freundinnen und Freunde, genau das ist erreicht worden. Unterschätzen Sie jetzt bitte nicht diese beiden Vorgaben, alle Präsidiumsmitglieder dabei und einen einheitlichen Text. Nur deswegen, weil er kurz, prägnant und in sich geschlossen ist, haben wir eine so große Zustimmung in der Öffentlichkeit gefunden, als dieser Text dann auch veröffentlicht wurde. Schauen Sie sich andere Parteien in Deutschland an. Ich wage die Behauptung: Es gibt keine zweite Partei, die für einen Grundsatzprogrammprozess und dann über das Ergebnis eine so hohe Aufmerksamkeit gefunden hat wie wir. Das hing an dieser Methodik, wie wir gearbeitet haben. Damit haben wir gezeigt: Wir können regieren, aber wir können auch mit Substanz sagen, warum wir regieren wollen. Das liegt Ihnen heute auf 75 Seiten auf dem Tisch.

(Beifall)

Wir haben nicht nur viel Zustimmung auch in den Medien bekommen, in der Öffentlichkeit, wir haben auch viel Zustimmung von unseren Mitgliedern und von unse-

ren Wählerinnen und Wählern bekommen. Das schönste Kompliment, was ich gehört habe, war, dass uns viele gesagt haben: Jetzt erkennen wir die CDU wieder. Jetzt weiß ich wieder, warum ich in dieser Partei bin. Liebe Freundinnen und Freunde, genau das war wichtig.

(Beifall)

Aber es ist nur eine von zwei Funktionen. Die eine ist natürlich Selbstvergewisserung einer Partei nach innen. Wir müssen von uns selbst wissen, wer wir sind, wo wir stehen, was wir wollen. Das ist uns gelungen. Aber es gibt eine mindestens genauso wichtige zweite Funktion. Wir müssen über unsere eigenen Mitglieder hinaus, auch über unsere festen Wählerinnen und Wähler hinaus, diejenigen erreichen, und deren Zahl wird größer, die bei allen Wahlen neu entscheiden, wen sie wählen sollen. Diejenigen, die wir landläufig Wechselwähler nennen, an die ist dieses Grundsatzprogramm in ganz besonderer Weise gerichtet. Wir beschäftigen uns mit den Themen, die die Menschen im Alltag beschäftigen. Wir beschäftigen uns mit den großen internationalen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, und wir versuchen, darauf eine geschlossene Antwort zu geben unter der Überschrift: Was macht eigentlich Christdemokraten im 21. Jahrhundert angesichts so großer Herausforderungen, vor denen wir miteinander stehen, aus? Wenn wir diesen Geist auch in der Beratung und in der Beschlussfassung heute zum Ausdruck bringen, dann richtet sich dieses Programm für uns nicht nur nach innen, sondern dann ist es ein kraftvolles Zeichen und Signal nach außen. Es gibt Orientierung. Es gibt Halt. Es gibt den Menschen auch Zuversicht in unsicherer Zeit.

Ich habe es gestern gesagt, ich möchte es gerne hier noch einmal wiederholen: Es ist vielleicht sogar die wichtigste Aufgabe einer politischen Partei, jedenfalls die wichtigste Aufgabe für uns, so, wie wir sie verstehen, den Menschen Zuversicht zu geben, Halt zu geben, Orientierung zu geben und ihnen auch zu sagen, dass wir uns zutrauen, Probleme unseres Landes, Probleme unserer Zeit zu lösen. Wenn wir mit diesem Geist in die Beratungen gehen und wenn wir mit diesem Geist in die Beschlussfassung heute Abend gehen, dann haben wir wirklich einen Meilenstein in der Geschichte unseres Landes und für unser Land und für unsere Partei in der Reihenfolge erreicht.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, lassen Sie mich abschließend nur drei wesentliche Merkmale noch einmal nennen. Wir wissen, wer ein sicheres Leben führen will, der braucht innere und äußere Sicherheit, der braucht soziale Sicherheit, der braucht ökonomische Sicherheit, der braucht ökologische Sicherheit, sichere Ar-

beitsplätze, eine sichere Rente, sichere Gesundheitsversorgung, sichere Bedingungen für die Wirtschaft und einen modernen und krisenfesten Staat. Drei Beispiele dazu. Für uns ist klar, dass wir für die Menschen ein freies und sicheres Land wollen. Deshalb dürfen wir keine rechtsfreien Räume dulden und wir müssen unsere geopolitische Handlungsfähigkeit nach außen stärken. Das leitet uns.

(Vereinzelt Beifall)

Zweitens, für uns ist klar, dass wir für die Menschen eine Gesellschaft wollen, die zusammenhält, eine Gesellschaft, die einen inneren Zusammenhalt findet. Deswegen müssen alle, die hier in Deutschland leben, unsere Regeln und ohne Wenn und Aber auch die Kultur unseres Miteinanders in Deutschland akzeptieren, ohne Wenn und Aber.

(Beifall)

Schließlich, für uns ist klar, dass wir für die Menschen gute Arbeit, Wachstum und Wohlstand wollen. Deshalb brauchen wir eine echte Wachstumsagenda, ich habe es gestern Agenda 2030 genannt, in der wir Wirtschaft, Energie und Klimapolitik nicht mehr als Gegensätze, sondern als gesamtes Politikangebot verstehen und damit auch einen Staat und eine Verwaltung, die das in der Lage ist, zu administrieren.

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir es so machen, dann kann mit diesem Grundsatzprogramm zusätzlich zu dem gestrigen Tag, wo wir gewählt haben, zusätzlich jetzt in der Sache im Inhalt ein Signal nicht nur von Kontinuität, sondern auch von Aufbruch ausgehen, Aufbruch in eine Zeit, die uns in besonderer Weise fordert. Damit, liebe Freundinnen und Freunde, will ich überleiten in die Diskussion, die wir jetzt miteinander führen. Dazu habe ich eine Bitte: Carsten Linnemann hat es gesagt, wir haben weit über 2.000 Änderungsanträge bekommen, unter anderem auch einige wenige Anträge zu der Grundwertecharta, die wir bereits in Hannover verabschiedet haben. Wir können dazu nochmal neu diskutieren. Wenn die Mehrheit der Delegierten das gerne will, dann können wir das tun. Ich möchte trotzdem gerne mich dem Vorschlag der Antragskommission anschließen, die Grundwertecharta hier nicht noch einmal neu zu diskutieren. Das haben wir in Hannover getan, sehr ausführlich, viele Stunden. Wir haben sie in Hannover beschlossen. Lassen wir es dabei, was wir in Hannover beschlossen haben. Wenden wir uns jetzt den Einzelthemen zu, die wir heute diskutieren wollen und für die wir viel Zeit brauchen.

(Beifall)

Zweitens haben Sie bitte alle Verständnis dafür, dass die Antragskommission bei weitem nicht alle Vorschläge übernehmen konnte und wollte. Es sind viele gute Vorschläge dabei. Sie werden es in den einzelnen Textpassagen finden, die auch in gro-

ßer Zahl aufgenommen worden sind, aber wir machen hier ein Grundsatzprogramm und kein Regierungsprogramm. Wir ersetzen hier auch nicht die Arbeit der Bundestagsfraktion, sondern wir machen ein Programm für die nächsten, sagen wir, zehn Jahre und nicht nur für die nächsten zwei und das muss dann auch im Grundsatzprogramm zum Ausdruck kommen. Deswegen werden Sie viele Vorschläge finden, dass überwiesen werden soll an die Bundestagsfraktion, an die Partei zurück, an den Generalsekretär, vieles dabei, was wir auch sehr aktuell umsetzen können und wollen, aber bitte lassen wir es bei dem Grundsätzlichen und dies Ganze in der lesbaren Form, die schon bevor wir sie beschlossen haben, so viele Parteimitglieder interessiert hat, so viel Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gefunden hat. Lassen Sie uns diesen Grundtenor und die Grundstruktur des Grundsatzprogramms so belassen, wie wir es Ihnen vorgelegt haben, mit vielen Verbesserungen, die wir heute diskutieren. Ich freue mich auf die Diskussion. Herzlichen Dank, dass Sie heute Morgen da sind und so aufmerksam und so intensiv jetzt auch diese Diskussion mit uns führen wollen, herzlichen Dank.

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Vielen Dank, lieber Friedrich, klarer, präziser und überzeugender kann man, glaube ich, nicht zusammenfassen, was in den letzten zwei Jahren passiert ist, aber auch, was unsere DNA ist, was dieses Programm strategisch für uns bedeutet, vielen Dank. Dann steigen wir ein, auf geht es. Ich gebe ab an Mario Voigt noch mit einigen technischen Hinweisen.

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Carsten. Bevor wir in das Grundsatzprogramm einsteigen, noch ein kurzer Hinweis zu den sogenannten Initiativanträgen. Der Bundesvorstand hat am Sonntag den Antrag „In Freiheit, in Sicherheit, in Europa“ beschlossen. Die Antragskommission hat sich gestern Abend mit diesem Antrag auseinandergesetzt. Sie finden den Antrag in der Fassung der Antragskommission in OpenSlides unter dem Buchstaben E. Außerdem haben wir uns gestern sechs Initiativanträge von jeweils mindestens 30 Delegierten erreicht. Auch hierzu hat die Antragskommission Empfehlungen abgegeben. Sie finden die Anträge inklusive der Voten ebenso in OpenSlides unter dem Buchstaben I. Wir werden diese Anträge heute Abend bzw. morgen Vormittag nach Abschluss der Beratung zum Grundsatzprogramm beraten.

Wir steigen jetzt in

TAGESORDNUNGSPUNKT 21:

Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands: Grundsatzprogramm „In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“

ein. Bevor wir zu den Einzelanträgen kommen, gab es den Wunsch von Thomas Rachel, noch eine allgemeine Anmerkung zu machen. Deswegen würde ich Thomas Rachel jetzt das Wort geben, Thomas, bitte schön.

Thomas Rachel: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Friedrich, lieber Carsten Linnemann, liebe Freundinnen und Freunde, hier in Berlin hat die Geschichte der CDU Deutschlands begonnen, 1945, vor acht Jahrzehnten. Und hier in Berlin haben wir uns heute versammelt, um das vierte Grundsatzprogramm zu diskutieren und uns über unser Selbstverständnis und unsere Werte zu verständigen. Dabei müssen wir eines ganz klar in den Blick nehmen: Die Erfolgsgeschichte der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, sie ist mit einer grundlegenden Entscheidung verbunden und das ist das „C", das „C" in unserem Namen.

(Beifall)

Nach der moralischen Katastrophe des Nationalsozialismus in der entscheidenden Stunde null entstand die CDU als erste große ökumenische Bewegung der Nachkriegszeit, die getragen und inspiriert vom christlichen Menschenbild Politik formulierte. Das war und ist auch heute CDU pur. Die historische Situation war damals gewiss einmalig, aber auch in der heutigen Zeit einer neuen Weltunordnung ist diese Entscheidung für uns weiterhin grundlegend und inspirierend. Das „C" ist auch heute noch so notwendig und unverzichtbar wie nie.

(Beifall)

Es ist doch so, meine Damen und Herren, im Namen Gottes fangen wir unsere Parteitage mit einem ökumenischen Gottesdienst an. Das ist ein Alleinstellungsmerkmal in der Parteienlandschaft. Das ist CDU pur. Aber warum ist eigentlich dieses „C" als Identitätskern der Union auch in unserem neuen vierten Grundsatzprogramm so wichtig? Es ist eben das „C", das die einigende Klammer für die bunte Vielfalt unserer unterschiedlichen politischen Strömungen bildet. Das „C" sorgt dafür, dass das Liberale menschlich bleibt. Das „C" sorgt dafür, dass das Soziale nicht in den Sozialismus führt. Und das „C" sorgt dafür, dass das Konservative nie in eine Blut- und Bodenideologie abgleitet. Das „C" ist eine klare Grenze nach rechts außen.

(Beifall)

Das „C" unserem Namen ist die universelle Botschaft, dass den einzelnen Menschen eine Einzigartigkeit zusteht und das ist eben nicht exklusiv. Es ist anschlussfähig; es ist inklusiv und es ist integrativ. Da merken wir plötzlich, dass wir uns unterscheiden im Menschenbild von allen anderen großen politischen Strömungen, die es gibt. Karl Marx war es, der hat geschrieben: Der Mensch, wie er geht und steht, er sei nicht der eigentliche Mensch, sondern er müsste das richtige gesell-

schaftliche Bewusstsein haben. Er müsste der richtigen Klasse angehören. Die Nazis waren es, die gesagt haben: Nein, der richtige Mensch ist nur der, der der „richtigen Rasse" angehört. Bei den Nationalisten muss man der „richtigen Nation" angehören. Die Gruppe der sogenannten Christen in der AfD unterscheidet Völker und damit Menschen nach ihrer „Blutsgemeinschaft". Die Fundamentalisten verlangen, dass der Mensch die „richtige Religion" hat, sonst wird er unterdrückt oder vernichtet. Bei anderen Fundamentalisten im Iran und in Afghanistan muss der Mensch das „richtige Geschlecht" haben. Er darf bloß keine Frau sein, sonst ist er von vornherein ein Mensch zweiter Klasse. Offenkundig ist die Frage nach dem richtigen Menschenbild oder überhaupt nach dem Menschenbild von entscheidender politischer Bedeutung. Für uns als Christdemokraten ist der Mensch vom Gott nach seinem Bilde geschaffen, und so wollen wir es auch im neuen Grundsatzprogramm formulieren. Nach unserem christlichen Menschenbild ist jeder Mensch einzigartig in seiner Würde, unantastbar, meine Damen und Herren, –

(Beifall)

– und zwar unabhängig von seiner Herkunft, seiner Hautfarbe oder seinem Geschlecht. Lassen Sie uns in diesem Sinne das Grundsatzprogramm diskutieren, formulieren und auch beschließen. Unsere Politik als Christdemokratinnen und Christdemokraten, es beruht auf der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Das bringt den Gedanken der verantworteten Freiheit wunderbar auf den Punkt und begrenzt das eigene Handeln. Das ist die christdemokratische Handschrift, die ich mir für unser gemeinsames Grundsatzprogramm wünsche, vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Thomas Rachel, für diese grundsätzliche Einordnung und unser christliches Bild vom Menschen. Wir kommen jetzt zur Antragsberatung. Der Antrag des Bundesvorstands mit den Anträgen A 001 bis A 200, den zugehörigen Änderungsanträgen und den zusätzlichen Anträgen ZA 001 bis ZA 009 wird auf Ihrem Tablet angezeigt. Zudem finden Sie diese in der Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission auf den Seiten vier bis 937. Die 200 Anträge umfassen einzelne Absätze. Mehrere Absätze oder auch ganze Textabschnitte, weil es inhaltlich sinnvoll ist, werden zusammengebunden. Die Änderungsanträge sind mit der Ziffer des Antrags, auf den sie sich beziehen, und der Ziffer des Änderungsantrags bezeichnet, beginnen mit A 001 bis entsprechend Ä 001, also Antrag, Änderungsantrag. Wir beginnen mit der Einleitung des Grundsatzprogramms, mit Kapitel 1, „Wo wir stehen". Das sind die Anträge A 022 bis A 024. Dann fahren wir fort mit dem Kapitel 2, „Was uns ausmacht", A 025 bis A 035, und vorgezogen A 084, Grundwertecharta, Kapitel 3, „Wo wir hinwollen", A 036 bis A 199,

und dem Schlussteil, „Mit unseren Werten in die Zukunft“, A 200. Das sind die Anträge, und Sie haben bestimmt bemerkt, dass ich den Titel des Programms A 001 und das vorangestellte Kapitel „Auf einen Blick, das ist CDU“, A 002 bis A 021, ausgelassen habe. Das hat einen guten Grund. Das Überblickskapitel wollen wir ganz am Ende beraten, da es die zentralen Botschaften noch einmal zusammenfasst. Dabei ist natürlich wichtig, die zusätzlichen Änderungen in Kapitel 3 auch hier nachzuvollziehen. Also es gibt Folgeänderungen; die wollen wir aus der Effizienz des guten Tagungsablaufs dann natürlich integrieren. Dann beraten wir die zusätzlichen Anträge ZA 001 bis ZA 009. Den Titel wollen wir vor dem Hintergrund der Beratung wirken lassen und damit den Schlusspunkt auch setzen.

Zur weiteren Vorgehensweise: Ich werde die Anträge A 001 bis A 200 einzeln aufrufen und jeweils über die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Auf dem großen Bildschirm hinter mir werden auf der linken Seite die Anträge des Bundesvorstandes und auf der rechten Seite die zugehörigen Änderungsanträge angezeigt. Wenn Sie zu einem Antrag reden möchten, dann geben Sie bitte Ihre Wortmeldung immer zu einem zugehörigen Änderungsantrag über Ihr Tablet ein. Alle Anträge finden Sie auf der linken Seite unter „Anträge“. Tippen Sie bei dem Antrag, zu dem Sie sprechen möchten, rechts auf das Symbol, das aussieht wie eine sprechende Person, und dann auf „füge mich hinzu“, also sehr integrativ. Wenn Sie sich bei einer laufenden Debatte auf die Rednerliste setzen wollen, klicken Sie zunächst auf den Autopiloten und dann auf „füge mich hinzu“. Soweit keine Wortmeldungen vorliegen, behalten wir uns vor, die Anträge en bloc aufzurufen und abzustimmen. Ich schaue mal ins Rund; hat jeder verstanden, wie er sich hier zu Wort meldet? – Wenn alle Stricke reißen, gibt es immer noch die schöne gute Hand, ja? Gut, dann beginnen wir so. Zu der auf dem 35. Parteitag in Hannover beschlossenen Grundwertecharta, nämlich zu Kapitel 2 und einem Absatz aus Kapitel 3, werde ich einen gesonderten Verfahrensvorschlag machen, sobald wir so weit sind. Noch eine zusätzliche Information für die Tagesplanung: Um 16:00 Uhr ist die Rede vom CSU-Parteivorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder vorgesehen. Wir werden dafür in unseren Antragsberatungen unterbrechen und danach konzentriert weitermachen. Bevor wir nun starten, hören wir zur Einstimmung aus Kapitel 1 den Textabschnitt „Das Morgen“.

(Musik)

Engelbert von Nordhausen: „Das Morgen.“ Für uns als CDU beginnt die Zukunft mit einem selbstbewussten Ja zu Deutschland. Wir sind stolz auf unser Land. Wir sind eine gefestigte Demokratie. Wir sind eine der erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt. Wir sind ein sozialer Rechtsstaat. Wir sind eine Kulturnation. Wir sind

ein Land der Tüftler, Macherinnen und Arbeiter. Die CDU ist überzeugt, dass die Menschen in diesem Land miteinander Zukunft gestalten wollen. Damit wir eine starke Gesellschaft bleiben, braucht es eine politische Kraft, die gemeinsame Werte und Ziele formuliert. Diese Kraft wollen wir auch in Zukunft sein, und wir laden alle ein, mitzumachen. Die Welt verändert sich, unsere christdemokratischen Grundwerte aber bleiben Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Es ist die Aufgabe dieses vierten Grundsatzprogramms, zu zeigen, wie wir mit diesen Grundwerten die Zukunft gewinnen. Auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes wollen wir weiterhin scheinbar Gegensätzliches miteinander versöhnen: marktwirtschaftliche Freiheit und soziale Sicherheit, Freiheit des Einzelnen und Verantwortung für die Gemeinschaft, Ökonomie und Ökologie, Wohlstandsversprechen und Klimaneutralität, Bewahrung des demokratischen Nationalstaats, europäische Integration und internationale Einbindung, Liebe des eigenen Landes und Offenheit für die Welt, Gestaltung der Heimat und Einsatz für die Welt, Weltorientierung und Realpolitik. Wir gestalten den Wandel so, dass er allen Menschen zugutekommt. Die CDU ist Volkspartei der Mitte und Partei des Gemeinwohls. Wir verbinden Vertrauen und Zuversicht mit Realismus und Demut. Die Menschen sind nicht Schöpfer der Welt, aber wir tragen Verantwortung für unsere Erde. Wir lernen aus Gelungenem und aus Fehlern und machen so Politik auch für unsere Kinder, Enkelkinder und kommende Generationen. Wir arbeiten für ein Land, das frei und sicher ist, für eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet, für eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft, für ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist, für einen Staat, der funktioniert und vorangeht. Diese Aufgabe gehen wir mutig und entschlossen an. Wir haben allen Grund, optimistisch und zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Die CDU kann Herausforderung und Zukunft, Aufbruch und Erneuerung. Wir wollen in Freiheit leben, Deutschland sicher in die Zukunft führen.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Vielen Dank, Engelbert von Nordhausen.

(Beifall)

Engelbert von Nordhausen ist der bekannteste Synchronsprecher Deutschlands. Samuel L. Jackson, Gene Hackman, die ganzen Hollywood-Stars werden von ihm synchronisiert. Wir kamen ins Gespräch und Herr von Nordhausen, Sie haben gesagt, ich komme gerne. Warum?

Engelbert von Nordhausen: Ja, warum?

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Ja, da kann man nochmal klatschen, genau, super.

(Beifall)

Engelbert von Nordhausen: Ich habe das Grundsatzprogramm gelesen, und ich habe gedacht, das ist genau das, was in unserer Zeit fehlt. Es muss wieder Linien geben.

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Ja, sehr gut.

Engelbert von Nordhausen: Für alle und deshalb habe ich dann zugesagt und wollte das unbedingt machen.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Ja, aber wenn Sie so begeistert sind: Sind Sie CDU-Mitglied?

Engelbert von Nordhausen: Nein.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Das können wir ändern.

(Beifall)

Engelbert von Nordhausen: Ja.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Ich weiß nicht, wie. Fändet ihr das gut, wenn der bekannteste Synchronsprecher Deutschlands und überzeugter CDU-Fan Mitglied wird bei uns?

(Übergabe eines Antragsformulars auf CDU-Mitgliedschaft – Lebhafter Beifall)

Ich gebe es Ihnen mit, können Sie ja mal schauen. Aber ja, alles gut.

Engelbert von Nordhausen: Ja, okay.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Aber mich würde trotzdem interessieren: Wie ist das mit Ihrer Stimme? Sitzen Sie da abends, hauen Whiskey weg.

Engelbert von Nordhausen: Ja.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Rauchen Zigarren oder wie geht das? Oder sind Sie so auf die Welt gekommen?

Engelbert von Nordhausen: Also es ist so, diese Stimme habe ich von meinem Vater geerbt. Ich wollte ursprünglich – ich war bei den Schöneberger Sängerknaben hier in Berlin früher, habe immer in der Oper mitgesungen und wollte eigentlich – Opernsänger werden. Dann habe ich eine Don-Giovanni-Aufführung gesehen an der Deutschen Oper. Der Don Giovanni war so im Pavarotti-Stil, und da habe ich gedacht, nein, so willst du nicht aussehen.

(Heiterkeit)

Dann bin ich Schauspieler geworden. Man lernt natürlich beim Schauspielern Phonetik und natürlich auch den Sprachausdruck, wie man das machen kann, wie man

die Resonanzräume des Kopfes, des Körpers nutzt. Das ist eigentlich der Hauptgrund. Ich mache natürlich jeden Tag immer noch, wenn ich ins Studio fahre oder wo ich hierher gefahren bin, phonetische Übungen. Wollen Sie eine hören?

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Ja, gerne. Wollen Sie auch eine hören?

(Rufe „Ja“)

Ja, also.

Engelbert von Nordhausen: Okay.

(Er demonstriert eine phonetische Übung)

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Super.

Engelbert von Nordhausen: Ja, das ist so ungefähr.

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Vielleicht noch eine abschließende Frage, wir sehen uns ja heute noch zweimal, aber vielleicht eine abschließende Frage: Welche Projekte haben Sie gerade am Laufen?

Engelbert von Nordhausen: Also ich habe gerade einen Film fertiggemacht mit Samuel L. Jackson, der heißt „Piano Lesson“ und spielt wirklich um ein Klavier in einer schwarzen Familie in Amerika, sehr schöner Film. Ich weiß nicht, ob er wirklich viel Kasse machen wird, aber es ist eine schöne Geschichte. Davor habe ich einen Film gemacht, der hieß „Damaged“ und da war, das darf ich gar nicht sagen, was er da war.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Nein, kommen Sie, jetzt.

Engelbert von Nordhausen: Aber jedenfalls das Übliche, ja.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Machen wir dann heute Abend auf der Party.

Engelbert von Nordhausen: Jawohl, ja.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Genau, super, Engelbert von Nordhausen, der bekannteste Synchronsprecher Deutschlands, bis gleich.

(Beifall)

Engelbert von Nordhausen: Danke, danke schön, bis gleich.

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Jetzt wissen wir auch, was freie Entscheidung bedeutet in der CDU. Vor 1.000 Leuten den Mitgliedsantrag überhändigt zu bekommen, das ist schon mal gut, und wenn dann die Pulp Fiction Stimme auch noch hier ist, dann läuft das auch gut. Wir starten mit Antrag 22 E 001 bis E 012 Kapitel 1: „Wo wir stehen: der Anfang." Ich rufe Antrag A 022 auf, Zeilen 108 bis 143 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 1 bis 12. Zu dem Antrag A 022 gibt es keine Wortmeldung. Ich schaue noch mal, das ist nicht der Fall. Dann darf ich zur Abstimmung bitten. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit einstimmig beschlossen, das geht schon mal gut los. Ich rufe Antrag A 023 auf, die Zeilen 144 bis 166 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 014. Es liegen uns keine Wortmeldungen diesbezüglich vor. Dann darf ich die Abstimmung eröffnen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit so beschlossen, herzlichen Dank. Dann kommen wir zu dem Antrag A 024, die Zeilen 167 bis 203 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 035. Hierzu liegt mir auch keine Wortmeldung vor. Dann darf ich die Empfehlung der Antragskommission abstimmen lassen. Wer dem folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. –Enthaltungen. – Damit so beschlossen, herzlichen Dank.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Mario Voigt, und damit rufen wir die Anträge A 025 bis A 035, das sind die Zeilen 204 bis 393, sowie den Antrag A 084 aus den Zeilen 947 bis 958 mit den zugehörigen Änderungsanträgen zur Beratung auf. Das heißt, wir sind angekommen in Kapitel 2, „Was uns ausmacht", sowie ab dem Absatz, „Wir arbeiten für ein Land, in dem die Gleichberechtigung der Geschlechter und die tatsächliche Gleichstellung von Mann und Frau verwirklicht ist". Die Anträge sind die wesentlichen Kernelemente der Grundwertecharta und damit bereits Beschlusslage des 35. Parteitages Hannover 2022. Ich glaube, ganz viele Delegierte erinnern sich an sehr leidenschaftliche Diskussionen und die Antragskommission empfiehlt daher, diese Anträge des Bundesvorstandes ohne Änderungen beizubehalten und alle Änderungsanträge en bloc abzulehnen, weil wir das so ausführlich in Hannover miteinander diskutiert haben.

(Vereinzelt Beifall)

Nochmal einen Hinweis zum weiteren Vorgehen: Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, die Anträge A 025 bis A 035 sowie den Antrag A 084 mit den zugehörigen Änderungsanträgen gemeinsam zu behandeln und dann en bloc abzustimmen. Dabei sollen alle Änderungsanträge abgelehnt und die entsprechenden Hauptanträge unverändert angenommen werden. Wir schlagen Ihnen daher fol-

gendes Vorgehen vor: Jede und jeder, der zum Vorgehen oder in der Sache zu einem der aufgerufenen Anträge das Wort wünscht, soll sich bitte melden. Wir wollen jedem, der sich zu Wort melden möchte, Gelegenheit geben, seine Position vorzutragen. Im Anschluss stimmen wir über den Vorschlag der Antragskommission ab, die Anträge, wie gerade genannt, unverändert anzunehmen und die zugehörigen Änderungsanträge abzulehnen. Sollte dieser Vorschlag dann eine Mehrheit finden, sind die entsprechenden Voten der Antragskommission angenommen, und wir kommen zum Antrag A 036. Sollte dieser Vorschlag keine Mehrheit finden, werden wir jede Ziffer mit den zugehörigen Änderungsanträgen einzeln aufrufen und abstimmen. Ich darf fragen, ob es dazu Wortmeldungen gibt. – Wir haben eine Wortmeldung vorliegen von Frau Schäfer am Mikro 5, bitte sehr.

Lisa Schäfer: Vielen Dank, liebe Delegierte, liebe Freunde, Friedrich Merz und sein Führungsteam machen die CDU frauen- und familienfreundlicher und vor allem basisdemokratischer. Genau deswegen darf ich hier heute stehen. Ich darf hier stehen, weil wir Mitglieder sehr, sehr viele Möglichkeiten hatten, sich in dieses Grundsatzprogramm einzubringen, und das habe ich mit einem Mitgliederantrag gemacht, der eben an der Basis auf sehr, sehr viel Zuspruch gestoßen ist. Es geht um das Thema Gleichstellung und Gleichberechtigung. Ich kann verstehen, dass man sagt, wir wollen das hier nicht mehr lange diskutieren. Die Argumente sind größtenteils ausgetauscht. Kann ich verstehen, aber wir haben eben in den letzten zwei Jahren seit dieser Entscheidung von der Basis enormen Druck bekommen, weil einfach einige sagen: Das ist ein Schönheitsfehler in einem Programm, was so stark vom Freiheitsgedanken geprägt ist. Der Freiheitsgedanke ist die wichtige Botschaft in diesem Programm, denn wir leben in einer Zeit, in der die politische Linke eine besondere Sehnsucht verspürt, mit staatlichen Eingriffen tief in die Privatsphäre des Einzelnen einzudringen. Da muss sich eben die Union klar abgrenzen und eben den Freiheitsgedanken stärken, und identitätspolitische Begriffe wie Gleichstellung können daher in einem Programm keinen Platz finden, was den Namen „In Freiheit leben“ trägt. Um es hier auch nochmal ganz deutlich zu sagen: Bei den Begriffen Gleichstellung und Gleichberechtigung, da handelt es sich nicht um einen Unterschied im Detail, sondern wirklich im Grundsatz. Gleichberechtigung möchte gleiche Startchancen ermöglichen. Gleichstellung möchte Ergebnisgleichheit erzwingen. So etwas dürfen wir hier doch nicht beschließen. Wir würden hier auch nicht hingehen und beschließen, Noten abzuschaffen. Man muss sich mal diesen Irrsinn durchdenken und weiterdenken, was die tatsächliche Gleichstellung bedeuten würde. Kristina Schröder hat es an dieser Stelle auch schon mal sehr deutlich gemacht: Der Unterschied zwischen Gleichstellung und Gleichberechtigung, der ist in etwa so groß wie zwischen Sozialer Marktwirtschaft und Planwirtschaft. Daher müssen wir

uns hier für die Gleichberechtigung entscheiden. Die Gleichberechtigung von Männern und Frauen hingegen ist ja nicht nur unser Verfassungsauftrag, sondern eben die Grundlage für eine freiheitliche, pluralistische Gesellschaft. Es geht doch darum, ein Aufstiegsversprechen mit Chancengerechtigkeit zu ermöglichen. Wir wollen doch nach dem christlichen Menschenbild das Individuum fördern und teilen eben nicht in Kollektive ein. Gleichstellung geht immer vom Kollektiv aus und eben nicht vom Einzelnen. Also lassen Sie uns doch bitte die Menschen so nehmen, wie sie sind, mit ihren unterschiedlichen Begabungen und Interessen. Gleichstellungspolitik ist Identitätspolitik, sie reduziert eben auf Gruppenidentitäten und entwertet die Vielfalt individueller Perspektiven. Diese Sichtweise steht doch komplett im Gegensatz zu den Werten der CDU als konservative, liberale und christlich-soziale Volkspartei. Wir möchten doch Chancengerechtigkeit fördern und eben die Wahlfreiheit von verschiedenen Lebensmodellen ermöglichen. Also bekennen wir uns doch bei diesem Thema bitte zur Freiheit in der Gesellschaft und stimmen Sie für gleiche Startchancen und gegen Gleichmacherei, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Schäfer. Für die Antragskommission Mario Voigt.

Prof. Dr. Mario Voigt, Antragskommission: Liebe Delegierte, ich darf das Votum der Antragskommission begründen. Friedrich Merz hat es vorhin gesagt, wir haben mit der Grundwertecharta die Essenz dessen, was unser christliches Menschenbild, was unser Grundwerteverständnis ist. Das ist das Fundament der Debatte, die wir in den letzten zwei Jahren geführt haben. Wir haben das in Hannover über vier Stunden diskutiert, intensiv gerungen, intensiv auch abgewogen. Das war eine sehr niveauvolle, sehr respektvolle Diskussion. Natürlich ist nicht jeder mit jedem einzelnen Punkt zufrieden, aber es ist ein Gemeinschaftswerk, was wir dort auf den Weg gebracht haben, und dieses Gemeinschaftswerk war Grundlage für all die Debatten, die wir jetzt im Grundsatzprogrammprozess geführt haben. Wie wir es durchbuchstabiert haben, an den unterschiedlichen Bereichen. Was wir vor anderthalb Jahren in Hannover beschlossen haben, steht 1 zu 1 in dem Kapitel „Was uns ausmacht“, das ist das Fundament. Werte und Diskussionen ändern sich nicht nach anderthalb Jahren, sondern das ist die Basis dessen, was wir auf den Weg bringen wollen. Deswegen sollten wir heute eine Debatte von vor anderthalb Jahren nicht noch mal führen, sondern wir sollten –

(Beifall)

– als Partei uns jetzt auf den Weg machen zu schauen, wie wir es durchbuchstabiert haben, in den einzelnen Bereichen. Denn ich glaube, da wird es viele Diskussionen

geben, das lohnt sich. Genau aus diesem Grund hat sowohl die Grundsatzprogrammkommission –, die besteht aus allen Landesverbänden, aus Vertretern aller Vereinigungen, der Bundesvorstand und auch die Antragskommission – empfohlen die Grundwertecharta so zu übernehmen, nicht nochmals aufzumachen, aber dafür heute eine beherzte Debatte darüber zu führen, was wir an vielen, konkreten Zielbildern in einzelnen Politikfeldern wollen, und deswegen werbe ich dafür, dem Votum der Antragskommission zu folgen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank Mario Voigt für die Antragskommission. Die nächste Wortmeldung liegt bei Sarah Beckhoff.

Sarah Beckhoff: Liebe Parteifreunde, liebe Delegierte, ich finde es gut, dass diese Debatte heute noch mal aufgemacht wird, denn wir reden hier über den mit erfolgreichsten Mitgliederantrag, der bei CDUplus eingereicht wurde, und darüber kann man nicht so einfach hinwegsehen.

(Beifall)

Einiges muss nämlich offensichtlich nochmals klargestellt werden. Gleichberechtigung und Gleichstellung sind keine Synonyme, sie sind etwas wesentlich anderes. Hier müssen wir eine innerliche Differenzierung vornehmen und dementsprechend auch eine sprachliche Differenzierung. Das haben wir, zugegeben, in der Vergangenheit viel zu wenig getan, und gerade dieser Zuspruch aus der Mitgliedschaft und auch aus verschiedensten Vereinigungen unserer CDU zeigt uns doch, dass es sich schon lohnt, hierüber nochmals zu sprechen. Denn von Gleichstellung zu reden in einem Programm, was von Freiheit in Eigenverantwortung spricht, ist ein massiver Schönheitsfehler, und wir haben heute die Chance, diesen Schönheitsfehler zu beseitigen.

(Vereinzelt Beifall)

Abgeleitet aus dem christlichen Menschenbild erkennen wir doch gerade den einzelnen Menschen als Individuum an und trauen ihm etwas zu. Freiheit in Verantwortung, dafür stehen wir. Unterschiedliche Startchancen und ungerechte Bedingungen wollen wir möglichst eliminieren. Aber ab da steht eben jeder in seiner Verantwortung, die wir ihm für sich zutrauen. Genau das unterscheidet uns doch auch von linken Gleichheitsfantasien, und diesen Punkt müssen wir an dieser Stelle ganz deutlich machen in unserem Grundsatzprogramm, Gleichheit in Ausgangschancen und nicht Gleichheit im Ergebnis. Für Gleichstellung und Ergebnisgleichheit zu sein ist nicht modern, es ist auch nicht fortschrittlich, sondern strebt ein Staat Ergebnisgleichheit an, greift er zwangsläufig in die Freiheitsrechte seiner Bürger ein, und dafür können wir doch nicht wirklich stehen wollen. Eine CDU, die dem Grundsatz-

programm den Namen „In Freiheit leben“ gibt, diese CDU kann doch nicht Gleichheit vor Freiheit stellen. Wir sind nicht Gleichheit-Kollektivismus oder Identitätspolitik, sondern wir sind Gerechtigkeit und Freiheit in Verantwortung, und deswegen, liebe Delegierte, lasst uns hierüber gerne auch nochmals diskutieren und diesen Schönheitsfehler beseitigen und für die Gleichberechtigung streiten, danke schön.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank Sarah Beckhoff. Als nächstes haben wir auf der Rednerinnenliste Julia Klöckner.

Julia Klöckner: Guten Morgen zusammen. Soll unsere Botschaft heute wirklich sein, Gleichstellung ist ein Schönheitsfehler? Liebe Leute, ich glaube wir haben gar nichts gelernt vom vergangenen Parteitag.

(Beifall)

Wir Frauen und Männer sind laut Grundgesetz gleichberechtigt, Artikel 3, Absatz 2. Wenn das das Thema wäre, müssten wir ja hier gar nicht mehr drüber reden. Rechtlich ist das so, ja. Aber mal ein bisschen mehr zutrauen sich mal auf eine Entwicklung einzulassen. Ich war kein Fan beim vergangenen Parteitag bei den Begrifflichkeiten Gleichstellung und Gleichberechtigung. Ich war da auch kein Fan davon, dass wir jetzt noch Gleichstellung reinschreiben. Aber am Ende hat ein Parteitag entschieden mit Mehrheit und wer hier von konservativen Werten spricht, der muss auch konservativ sein und akzeptieren, wenn eine Mehrheit mal entschieden hat, dass man nicht jedes Mal neu was aufmacht, nur, bis es einem dann irgendwann passt.

(Beifall)

Auch das ist konservativ und ich meine, Leute, was treibt euch denn in dieser Zeit um, dass euch Gleichstellung der Begriff so zusetzt, dass die Basis rumort? Diese Basis kenne ich nicht. Die hat bei mir nicht rumort. Die rumort über was Anderes.

(Beifall)

Ich sage euch und Ihnen jetzt mal, worüber die rumort: dass in unserer Gesellschaft gerade was passiert, wo einigen Leuten total egal ist, was im Gesetz steht, im Grundgesetz steht, nämlich Gleichberechtigung. In diesem Land gibt es Frauen und Mädchen, die dürfen nicht lieben und heiraten, wen sie wollen, die dürfen keinen Job ergreifen, den sie wollen, die müssen vollverschleiert sein, die gehen nicht in den Schwimmunterricht, die haben Gleichberechtigung vom Gesetz, aber keine Gleichstellung in dieser Gesellschaft. Liebe Leute, was soll das denn?

(Beifall)

Deshalb nochmals: Gleichberechtigung haben wir vorm Gesetz, Gleichstellung sind die politischen Maßnahmen, damit das, was im Gesetz steht, auch umgesetzt werden kann. Wenn wir das nicht brauchen, brauchen wir auch keine Politiker. Liebe Leute, wir haben andere Probleme als diese Wortklauberei jetzt hier.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Julia Klöckner. Ich finde, wir haben jetzt zwei Rednerinnen/Redner für eine Änderung gehabt, zwei dagegen. So, ich habe jetzt noch eine Wortmeldung vorliegen und darf fragen, ob die Wortmeldung noch gehalten werden soll, liebe Anja Wagner-Scheid, oder möchtest du sagen, zwei/zwei ist ausgiebig jetzt diskutiert, wir können in die Abstimmung eintreten? – Anja Wagner-Scheid möchte sprechen, bitte sehr.

Anja Wagner-Scheid: Liebe Delegierte, Julia Klöckner hat mir aus dem Herzen gesprochen.

(Vereinzelt Beifall)

An der Stelle muss jetzt entschieden werden. Wir brauchen in unserem Zukunftsprogramm Gleichstellung und Gleichberechtigung, deshalb werbe ich für das Votum der Antragskommission und bitte um Unterstützung.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Anja Wagner-Scheid. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit treten wir in die Abstimmung ein. Die Antragskommission schlägt Ihnen vor, die Anträge A 025 bis A 035 sowie den Antrag A 084 mit den zugehörigen Änderungsanträgen gemeinsam zu behandeln, en bloc abzustimmen. Insofern, wer der Empfehlung der Antragskommission zustimmen möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, wir machen die Gegenprobe, wer dagegen ist. – Vielen Dank, Enthaltungen. – Damit mit breiter Mehrheit dem Votum der Antragskommission gefolgt, herzlichen Dank.

(Beifall)

Damit kommen wir zum Antrag A 036, das sind die Zeilen 394 bis 412, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 007. Hierzu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag A 036. Wer dem Votum der Antragskommission zustimmen möchte, bitte ich ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Damit Antrag A 036 einstimmig angenommen. Wir kommen zum Antrag A 037, das sind die Zeilen 413 bis 433, die zugehörigen Änderungsanträge 001 bis 022. Hierzu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor. Damit treten wir in die Abstimmung ein. Wer dem Votum der Antragskommission zu

A 037 folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann einstimmig angenommen A 037. Wir kommen zum Antrag A 038, die Zeilen 434 bis 437, „wir setzen auf eine Gesellschaft, die aufeinander achtet", die zugehörigen Änderungsanträge 001 bis 005. Hierzu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor, sodass wir in die Abstimmung eintreten können. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Danke sehr, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist der Antrag A 038 einstimmig angenommen. Wir kommen zu den Zeilen 438 bis 445, Antrag A 039, die zugehörigen Änderungsanträge 001 bis 013. Hierzu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor, sodass wir direkt in die Abstimmung eintreten können. Ich frage jetzt mal andersrum, wer ist gegen das Votum der Antragskommission? – Gibt es Enthaltungen? Dann ist der A 039 einstimmig angenommen. Wir kommen zum Antrag A 040, Zeilen 446 bis 452, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 012. Zu diesem Antrag, „unsere Sicherheitsstrategie heißt null Toleranz", gibt es eine Wortmeldung von Birte Glißmann. – Gemeldet hat sich Birte Glißmann. – Die ist nicht da? – So, die Kollegin kommt gleich wieder. Wir machen dann mal weiter mit A 041. Ich rufe auf den Antrag A 041, das sind die Zeilen 453 bis 457, hier geht es um „Gerichtsverfahren müssen schneller werden", die zugehörigen Änderungsanträge 001 bis 010. Zum Antrag A 041 liegt eine Wortmeldung vor von Jon Lukas Matz aus Hannover. – Ist der Jon Lukas Matz im Raum? Dahinten an der Zwei; Sie haben das Wort.

Jon Lukas Matz: Das ging jetzt doch schneller als gedacht. Das ist der Antrag zum Verbandsklagerecht, meine sehr geehrten Damen und Herren, hier der Antrag aus Lüneburg. Dort wird beantragt, dass man das Verbandsklagerecht auf zwei Instanzen beschränken sollte. Ich habe schon mit dem Kreisverband Lüneburg besprochen und ich habe an späterer Stelle nochmal einen Antrag zur kompletten Abschaffung. Das ist jetzt erstmal meine Frage, wie man das dann handhabt, ob man hier schon darüber diskutiert oder das erstmal zurücknimmt.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: In der Entgegnung Philipp Amthor für die Antragskommission.

Philipp Amthor, Antragskommission: Liebe Freunde, auch an den Antragsteller erstmal vielen Dank. Ich glaube, es richtig, dass wir das Thema Verbandsklagerecht auch ansprechen. Das ist insbesondere im Bereich der Landwirtschaft, der Umweltpolitik natürlich für uns auch ein drängendes Thema, und für uns ist auch klar: Es geht nicht, dass dieses Verbandsklagerecht immer mehr zu einer Form von modernem Ablasshandel wird. So wird es zum Teil ja ausgenutzt. Das wollen wir nicht, das ist auch die Haltung der CDU. Wichtig ist aber für das Grundsatzprogramm, dass wir auch die Kraft des Textes und den notwendigen Abstraktionsgrad erhalten. Des-

wegen bin ich dankbar, dass der Antragsteller jetzt sozusagen schon ein Zurückziehen quasi in den Raum gestellt hat. Unsere Empfehlung der Antragskommission ist eine Überweisung an den Generalsekretär zur Berücksichtigung für das Regierungsprogramm. Das ist aus meiner Sicht auch folgerichtig. Wir werden uns in der Frage des Detailgrads im Regierungsprogramm damit beschäftigen müssen, wie wir auch mit der Reform des Verbandsklagerechts umgehen. Wir finden allerdings, an dieser Stelle den Textvorschlag aufzunehmen, würde dem Abstraktionsgrad nicht gerecht werden. Wir sind dort zu vielen Stellen von Gerichtsverfahren abstrakt geblieben. Jetzt, dann etwa über das Verbandsklagerecht zu reden, aber nicht über klassische Prozessformen, wie die Zivilprozessordnung oder Strafprozessrecht, das wäre falsch, und deswegen finden wir hier, man müsste ihn ablehnen, wenn er zur Abstimmung stünde, aber überweisen, dass ist die richtige Form und ein Versprechen gilt, auch wenn der Antrag jetzt nicht im Text des Grundsatzprogramms dann steht an dieser Stelle. Wir werden uns dieses Themas Verbandsklagerecht annehmen, werben für die Antragskommission, allerdings für eine Überweisung, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank Philipp Amthor, als nächstes Johannes Winkel bitte zum Antrag 041.

Jon Lukas Matz: Ich wollte da noch drauf reagieren, weil es ja nur eine Frage war.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Herr Matz, bitte sehr.

Jon Lukas Matz: Ich wollte dazu sagen: Hier steht in diesem Antrag, auf den sich, glaube ich, gerade Philipp Amthor nicht bezogen hat, sondern auf einen späteren, dass das Verbandsklagerecht auf zwei Instanzen beschränkt werden soll. Ich finde, wenn man abstrakt bleiben will, dann muss man hier ja nicht die Beschränkung auf zwei Instanzen ansprechen, sondern dann könnte man es ja auch direkt abschaffen. Ich finde, dieses Verbandsklagerecht sorgt unter anderem dafür, dass viele Autobahnprojekte nicht realisiert werden können, dass viele Bahnstrecken nicht gebaut werden können, dass ganze Projekte nie realisiert werden, und da genügt es eben nicht auf zwei Instanzen zu beschränken, vor allem weil das bei Autobahnen zum Beispiel schon längst der Fall ist. Da geht das direkt zum Bundesverwaltungsgericht. Deswegen klar meine Bitte hier: Dieses Verbandsklagerecht muss abgeschafft werden. Das wird auch lange dauern, das wird ein Prozess über zehn Jahre, weil wir da auch an EU-Ebene ranmüssen, und ich bitte hier um Unterstützung. Das Verbandsklagerecht muss weg, danke.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank Herr Matz. Als nächstes Johannes Winkel bitte.

Johannes Winkel: Vielen Dank, ich werbe für Unterstützung für diesen Antrag. Lieber Philipp Amthor, ich kann natürlich verstehen, wenn man sagt: Na ja, in wie viele Detailregelungen sollen wir denn jetzt im Grundsatzprogramm eigentlich eingehen? Den Ansatz kann ich absolut verstehen, und ich bin auch nicht dafür, ein Programm zu beschließen, was am Ende des Tages 500 Einzelbeispiele zu jedem Punk auflistet. Nur eines müssen wir schon mal sagen: Jeder Politiker jeder Partei sagt in jeder Talkshow und in jedem Interview, wir müssen unbedingt an den Bürokratieabbau ran, aber niemand sagt wo eigentlich genau, also niemand macht es mal konkret. Ich finde, wenn wir andauernd nur über Bürokratieabbau sprechen, ohne es dann mal an einem Beispiel konkret zu machen, dann können wir es uns ehrlicherweise auch sparen. Wenn man sich ein Beispiel konkret heraussuchen sollte, dann stimme ich Jon Matz absolut zu, dass man dann an das Verbandsklagerecht ran geht. Denn es kann doch nicht wahr sein, dass bei jeder Autobahnbrücke, die durch das Auenland oder sonst im Rest von Deutschland gebaut wird, der Prozess um zwei, drei, vier Jahre verzögert wird, nur weil irgendein linker Umweltverband in München, Berlin oder Hamburg dagegen klagt. Also dieses Projekt finde ich sehr, sehr wichtig, deswegen sehr unterstützenswert. Philipp, ich verstehe deinen Punkt, aber lass uns ein Ausrufezeichen setzen und es bei diesem Punkt dann auch konkret machen, obwohl es ein Grundsatzprogramm ist, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank Johannes Winkel, vielleicht ein Versuch einer Klarstellung in den Zeilen 453 bis 457 finden Sie im Text, den wir Ihnen vorschlagen, gar nichts vom Verbandsklagerecht. Der Änderungsantrag 041 des Kreisverbandes Lüneburg zielt darauf ab, dazu einen Satz aufzunehmen und die Antragskommission schlägt Ihnen vor diesen Antrag zu überweisen, weil das eher eine Fragestellung für ein mögliches Regierungsprogramm ist. Das vielleicht einmal zur Klarstellung und für die weitere Debatte, denn es haben sich weitere Redner gemeldet. Das ist in der Reihenfolge einmal der Lars Kuhlmann aus Schleswig-Holstein und es hält sich bitte bereit der Felix Petersen aus Hannover. – Lars Kuhlmann, Schleswig-Holstein, Sie ziehen zurück, okay. Felix Petersen aus Hannover, – Mikro 2.

Felix Petersen: Meine Damen und Herren, als Vertreter des antragstellenden Kreisverbandes wollte ich nur noch einmal deutlich machen, weil es vorher von Philipp Amthor anders gesagt wird, wir möchten diesen Antrag nicht zurückziehen, denn wir möchten darüber sprechen. Dieses Verbandsklagerecht, meine Damen und

Herren, wurde von Jürgen Trittin eingeführt und ich glaube, es ist das beste Zeichen für Bürokratieentsorgung, wenn wir uns mit dem Thema mal auseinandersetzen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn es aber an diese Stelle nicht passt, dann bin ich dafür, bitte der Antragskommission zu folgen und es an den Generalsekretär zu überweisen. Es ist ein ganz wichtiges Zeichen, auch an die kommunale Ebene, dass wir uns mit diesem Thema beschäftigen. Deswegen haben wir es beantragt. Wenn es hier nicht passt von der Systematik her des Grundsatzprogrammes, dann bitte übernehmen, aber diesen Antrag jetzt abzulehnen oder zurückzuziehen, das wäre das Schlimmste, was wir passieren können, auch als Signal nach außen hin. Deswegen wollte ich als Antragsteller klarstellen: Wir werden diesen Antrag nicht zurücknehmen, danke.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Petersen, das wollen wir von Ihnen auch gar nicht, weil ich glaube, in der Sache beim Verbandsklagerecht gibt es hier im Raum wirklich keinen großen Dissens. Das würde ich vermuten.

(Beifall)

Nur die Frage ist eben, passt es jetzt in eine Grundwertecharta? Passt es an ein Grundsatzprogramm oder gehört es besser in das Regierungsprogramm der Christlich Demokratischen Union zur Bundestagswahl 2025?

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen ist die Empfehlung der Antragskommission, zu sagen: Wir überweisen diesen Antrag, damit wir das dann mit allen anderen konkreten inhaltlichen Punkten, die vorgeschlagen, richtigerweise vorgeschlagen sind, in das Regierungsprogramm kommen kann. Das nochmal zur Erläuterung und deswegen jetzt für die Antragskommission Prof. Dr. Günter Krings. – Mit Leichtigkeit auf die Bühne, bitte sehr, Prof. Dr. Günter Krings.

Prof. Dr. Günter Krings, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde, große Sympathie für das Sachanliegen, aber es ist eben nicht richtig, dass wir keine Ideen zum Thema Bürokratieabbau, Deregulierung formulieren. Wir haben gerade in der Fraktion eine große Agenda für Bürokratieabbau formuliert, unter anderem hat auch Philipp mitgearbeitet, Martin Plum, viele andere in der Arbeitsgruppe Recht und anderen Arbeitsgruppen. Wir haben ganz konkrete Dinge benannt und ehrlich gesagt, so wichtig das Thema Verbandsklagerecht ist und dessen Einschränkung, ganz abschaffen wird schwierig übrigens, weil es auch klare europarechtliche Vorgaben gibt. Das kann man aber auch ändern; da hat Jens Spahn durchaus recht. Wir

haben viele andere Instrumente, den Norm- und Kontrollrat, der Wirkung hat, One-in-one-out. Wir wollen das erweitern zu One-in-two-out, also wenn, dann müssten wir eine ganze Reihe von Punkten, die mindestens genauso wichtig sind, aufzählen. Deshalb mein Appell: Lassen wir das Grundsatzprogramm hier wirklich Grundsatzprogramm sein. Egal, ob jetzt hier was überwiesen wird oder nicht, auch als Vorsitzender des Juristen-Arbeitskreis der CDU verspreche ich allen Antragstellern, dass wir für das Wahlprogramm als BACDJ genau diesen Punkt, „Einschränkung des Verbandsklagerechts", einbringen werden. Ich halte es für wahnsinnig wichtig, glaube, wir müssen nochmal mutige Schritte gehen. Es gibt beispielsweise in Europa eine Aarhus-Konvention; ich weiß nicht, warum wir da unbedingt noch Mitglied sein müssen. Wir müssen wirklich echte Schritte gehen an der Stelle. Das sind aber alles Dinge fürs Wahlprogramm. Da gehört auch noch mehr rein als Verbandsklagerecht. Da brauchen wir konkrete weitere Punkte auf der Basis der Fraktionsarbeit. Dafür trete ich ein, aber hier ins Grundsatzprogramm passt es in der Tat nicht, weil es ein Thema unter vielen wäre, und es macht dann keinen Sinn, nur das herauszuheben. Deshalb werbe ich für das Votum der Antragskommission, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Günter Krings, und aus dem Landesverband Hannover, Ulf Thiele, bitte, – auch Mikro 2.

Ulf Thiele: Vielen Dank, ich kann die Argumentation, dass ein solcher Punkt im Grundsatzprogramm möglicherweise zu detailverliebt ist, sehr gut nachvollziehen, habe aber den Eindruck, dass sowohl die Antragssteller als möglicherweise auch eine Mehrheit der Delegierten das Bedürfnis hat, zum Verbandsklagerecht einen Beschluss zu fassen. Wie wäre es denn, wenn die Antragskommission sich entscheiden würde, diesen Antrag in einen Sachantrag umzuwandeln und in dieser Form die beiden betroffenen Anträge diesem Parteitag mit einem Votum als Sachantrag zur Abstimmung zu stellen. Dann werden wir beiden gerecht. Wir überfrachten das Grundsatzprogramm nicht, aber wir kriegen ein klares Votum zur Verbandsklage.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Thiele, Jens Spahn.

Jens Spahn, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde, ich wollte nur den Hinweis geben, wir haben dieses klare Votum. In unserem Europawahlprogramm von CDU und CSU steht drin, wir wollen das Verbandsklagerecht abschaffen. Insofern ist die Beschlusslage eigentlich bereits klar.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jens Spahn, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann kommen wir zur Abstimmung über den Antrag A 041 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 010. Der soeben diskutierte Änderungsantrag 009 hat die Empfehlung, deshalb sage ich das nochmal ausdrücklich, die Empfehlung, den Antrag, „das Verbandsklagerechts soll auf zwei Instanzen beschränkt werden", an den Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union Deutschlands für den Regierungsprogrammentwurf zu überweisen. Das heißt, das Thema wird uns auf jeden Fall nochmal befassen und Jens Spahn hat gerade deutlich gemacht, im Europateil ist es klar drin. Verbandsklagerecht wollen wir abschaffen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitte ich ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. –Enthaltungen. – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so abgestimmt. Wir kommen zurück zum Antrag A 040. Birte Glißmann ist wieder hier im Raum. Wir rufen damit auf die Zeilen 446 bis 452 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 012. Eine Wortmeldung liegt vor. Birte Glißmann, Sie haben das Wort.

Birte Glißmann: Vielen herzlichen Dank zunächst einmal auch dafür, dass wir den Antrag einmal zurückgestellt haben. Genau, ich habe es gestern in meiner Bewerbungsrede für den Bundesvorstand schon gesagt, ich persönlich halte nichts von der Legalisierung von Drogen und wir haben bisher im Grundsatzprogramm keine Position zum Thema Drogen, und ich finde, das sollten wir definitiv haben. Deswegen hat die Junge Union hier einen Ergänzungsantrag gestellt, wo wir ganz klar sagen, dass wir keine Legalisierung weiterer Drogen wollen, ohne das jetzt weiter zu konkretisieren, weil ich glaube, dass der Grundsatzbeschluss gegen die Legalisierung weiterer Drogen im Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands sehr richtig ist, und würde mich hier dafür aussprechen, dass wir den Antrag annehmen und nicht an den Generalsekretär verweisen, weil es eben etwas Grundsätzliches ist, dass wir sagen, wir haben genug legale Drogen. Wir finden die Legalisierung von Cannabis schon falsch und dann sagen wir hier auch ganz klar weiter, nicht mit uns.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Birte Glißmann, für die Antragskommission Philipp Amthor.

Philipp Amthor, Antragskommission: Liebe Freunde, hier ist es inhaltlich fast so wie bei der Debatte zuvor. Es ist ein absolut in der Sache politisch zutreffender Antrag und es ist richtig, dass die Junge Union auch nochmal darauf hinweist, dass wir das Thema „keine weitere Legalisierung von Drogen" auch politisch stärker unterstreichen müssen. Denn das, insbesondere, was die Ampel in der Drogenpolitik an den Tag gelegt hat, das ist ein politischer Irrweg, liebe Freunde. Deswegen, es ist in der Sache richtig,

nur ist die undankbare Aufgabe der Antragskommission hier beim Parteitag, ein Stück weit auch die Systematik dieses Grundsatzprogramms und den textlichen Zusammenhang zu verteidigen. Es ist zutreffende Kritik, dass Drogenpolitik bisher im ersten Entwurf des Grundsatzprogramms nicht so stark vorgekommen ist. Dazu haben wir aber in der Antragskommission in unserer letzten Sitzung einen Vorschlag gemacht. Sie finden das in Ihren Unterlagen beim Antrag A 149 im Teil der Gesundheitspolitik und dort gehört aus unserer Sicht die Drogenpolitik auch hin. Wir mussten dort nachschärfen, auch aus der tagespolitischen Sicht, haben aber gesagt, das eher weniger im Teil der inneren Sicherheit, sondern im Teil der Gesundheitspolitik. Deswegen ist das Votum der Antragskommission auch überzeugend, zu sagen, wir machen hier jetzt eine Überweisung, mit großer Zustimmung, denke ich, in inhaltlicher Hinsicht, aber eben eine Überweisung und keine Aufnahme in den Teil der inneren Sicherheit. Denn ich will das auch mal sagen: Wir haben ja bei den über 2.000 Änderungsanträgen eine ganze Reihe von inhaltlichen Ergänzungsvorschlägen auch für den ganzen Bereich Kriminalität, innere Sicherheit bekommen. Vieles konnte nicht aufgenommen werden, weil wir Schwerpunkte setzen mussten. Deswegen finde ich, müssen wir hier dann auch gleichmäßig und korrekt agieren und sagen, die Drogenpolitik, die behandeln wir nachher beim Antrag A 149 im Bereich der Gesundheitspolitik. Hier in der inneren Sicherheit setzen wir so diesen Schwerpunkt und verweisen es an den Generalsekretär. Wenn ich auch mal eins sagen darf: Die Überweisung an den Generalsekretär Carsten Linnemann, das ist ja keine Beerdigung erster Klasse, sondern wir kennen Carsten, einfach mal machen, einfach umsetzen. Das wird sich dann auch im Regierungsprogramm wiederfinden, und dieses Versprechen steht, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Philipp Amthor, es liegt noch eine Wortmeldung vor aus Baden-Württemberg, Dr. Albrecht Schütte.

Dr. Albrecht Schütte: Liebes Tagungspräsidium, werte Delegierte, es geht um unseren Antrag zur Altersvorsorge. Dann ist meine Wortmeldung völlig falsch zugeteilt worden; nur dazu habe ich mich gemeldet. Zu anderen sage ich auch nichts.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag A 040 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 012. Wer den Voten der Antragskommission folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen dem Votum der Antragskommission gefolgt. Carsten Linnemann, bitte sehr.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Ich möchte ganz kurz ein Urgestein begrüßen, eine Persönlichkeit, die die CDU geprägt hat wie kaum eine andere. Er war Ministerpräsident in Rheinland-Pfalz. Er war Ministerpräsident in Thüringen, war Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und hat beim ersten Grundsatzprogramm 1978 eine tragende, eine wichtige, eine zentrale Rolle gespielt, herzlich willkommen Bernhard Vogel.

(Beifall)

Lieber Bernhard Vogel, Sie sind ja jetzt schon wieder auf dem Weg –, da gibt es doch Standing Ovations, Herr Vogel, Ihr Fanclub, sehen Sie den?

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Rheinland-Pfalz und Thüringen vor allen Dingen, Herr Vogel: Sie sind auf dem Weg zu einem Bestsellerautor. Sie haben ein Buch geschrieben, „Erst das Land: Mein Leben als Politiker in West und Ost". Sie signieren das auch am Stand der Konrad-Adenauer-Stiftung, und lassen Sie es mich sagen: Es kostet 28 Euro und ist im Einzelhandel erhältlich.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Carsten Linnemann, wir schreiten fort in der Antragsberatung. Ich habe folgenden Vorschlag für Sie, damit wir ein bisschen Tempo machen: Wir haben die nächste Wortmeldung erst beim Antrag A 052, sodass uns das in die Lage versetzt, die Anträge A 042 bis A 051 mit den zugehörigen Änderungsanträgen en bloc abzustimmen. – Weitere Wortmeldungen sind immer noch nicht eingegangen. Dann schlage ich Ihnen vor, über die Anträge A 042 bis A 051 en bloc abzustimmen. Wer den Voten der Antragskommission folgen möchte, bitte ich ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das bei zwei Gegenstimmen mehrheitlich mit breiter Mehrheit so beschlossen. Wir kommen zum Antrag A 052, das sind die Zeilen 544 bis 551, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 004. Hierzu liegt eine Wortmeldung von Tim Ulrich Peters vor, bitte sehr.

Dr. Tim Ulrich Peters: Hallo, ich stehe am Mikro 4. Als CDU Brüssel-Belgien möchten wir gerne beantragen, dass wir einen Europäischen Sicherheitsrat einführen, der dem Europäischen Rat beigefügt wird. In den USA hat der Sicherheitsrat die Aufgabe, die gesamte nationale Sicherheit, also Sicherheits- und Verteidigungspolitik, zu koordinieren. Die meisten hier erinnern sich wahrscheinlich, dass im letzten Bundestagswahlkampf Armin Laschet auch einen Nationalen Sicherheitsrat für Deutschland gefordert hatte, aber Sicherheit und Verteidigung wird eben immer wichtiger auf der europäischen Ebene, spätestens seit dem Angriffskrieg Russlands

auf die Ukraine. Es gibt hybride Kriegsführung gegen Europa. Wir müssen unsere Infrastruktur schützen. Wir müssen Rüstungsproduktion ankurbeln, für uns, aber auch für die Ukraine, und da macht es Sinn, sich enger abzustimmen. Deswegen schlagen wir vor, dass wir einen Europäischen Sicherheitsrat bekommen, danke.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, für die Antragskommission Philipp Amthor.

Philipp Amthor, Antragskommission: Liebe Freunde, kein Grund zur Sorge, nachher können sich auch noch andere Kollegen aus der Antragskommission unbeliebt machen und gegen Anträge sprechen. Bei diesem darf ich es noch tun. Ich will sagen, es ist ja ein sinnvolles Anliegen, zu sagen, dass in der Europäischen Union mehr Koordinierung in die Außen- und Sicherheitspolitik kommen muss. Wir glauben allerdings nicht, dass dazu erstens ein Europäischer Sicherheitsrat das richtige Instrument ist, und wir glauben zweitens nicht, dass das in das Grundsatzprogramm gehört. Deswegen empfehlen wir für diesen Antrag auch Ablehnung, auch auf dem Hintergrund dessen, dass wir ein Europawahlprogramm beschlossen haben, dass sich zu der Frage verhält, wie wir unsere Außen- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union besser koordinieren können, was dafür notwendig ist. Insbesondere haben wir dort den strukturellen Vorschlag gemacht, dass wir einen neuen EU-Kommissar für Verteidigung einrichten wollen, das ist der Vorschlag des Europawahlprogramms. Ich finde, dann können wir jetzt nicht noch einen neuen Vorschlag aufmachen, der sich im Europawahlprogramm nicht wiederfindet. Das dann ins Grundsatzprogramm aufnehmen, das wäre doch ziemlich widersprüchlich. Das Anliegen ist richtig, hinsichtlich des Instruments gibt es unterschiedliche Auffassungen. Wir plädieren an dieser Stelle für Ablehnung des Antrags, vielen Dank.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank Philipp Amthor, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, wir treten in die Abstimmung ein. Wer dem Votum der Antragskommission zum Antrag A 52 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 1 bis 4 folgen möchte, bitte ich ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen dann so beschlossen. Mario Voigt.

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Ich darf einen weiteren Gast unter uns begrüßen. Ich begrüße Maria Böhmer. Frau Prof. Maria Böhmer, die ehemalige Vorsitzende der Frauenbundesvorsitzende Frauen Union, Staatsministerin und Präsidentin der deutschen UNESCO-Kommission. Herzlich willkommen, die Pfälzer sind hier alle beieinander, schön, dass Sie da sind.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, wir fahren fort in den Antragsberatungen. Ich rufe auf en bloc, die Anträge A 53 bis A 56 und die dazugehörigen Änderungsanträge, Wortmeldungen dazu liegen nicht vor. Wer den Voten der Antragskommission zu den Anträgen A 53 bis A 56 folgen möchte, darf ich um das Kartenzeichen bitten. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann sind die Voten der Antragskommission für A 53 bis A 56 so beschlossen. Wir kommen zum Antrag A 57, Zahlen 595 bis 605, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 1 bis 8. Dazu liegen mehrere Wortmeldungen vor und wir beginnen mit Roland Theis aus dem schönen Saarland.

(Vereinzelt Beifall)

Roland Theis: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, in unserem Änderungsantrag geht es um eine ganz grundsätzliche Frage, nämlich die Frage: Wie schauen wir Christdemokraten auf eine der zentralen Errungenschaften des europäischen Projekts, wie schauen wir auf den Schengenraum, wie schauen wir auf die Reisefreiheit, und wie schauen wir auf den Wegfall der Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraums? Dabei waren wir Christdemokraten noch nie einseitig unterwegs, Schengen war für uns immer zwei Versprechen: Ein Versprechen der Sicherheit nach außen, nämlich den gemeinsamen Schutz unserer Außengrenzen zu organisieren, und ein Versprechen der Freiheit nach innen, für die Europäerinnen und Europäer, frei reisen zu können. Die traurige Realität heute, liebe Freunde ist, dass wir das erste Versprechen zu wenig einhalten und wir deshalb das zweite Versprechen, dass der Freiheit in Europa, nicht genügend garantieren können. Für uns Christdemokraten muss aber klar sein: Wir wollen gerade deshalb das Versprechen der Sicherheit einlösen, damit wir die Reisefreiheit für die Europäerinnen und Europäer garantieren können, damit wir den Wegfall der Grenzkontrollen sicherstellen können. Liebe Freunde, diese Vision ist die Vision des Europas ohne Schlagbäume, das ist für uns keine technische Frage, das ist ein zentrales christdemokratisches Herzensanliegen, und darum geht es in diesem Antrag.

(Vereinzelt Beifall)

Dieses Ziel vor Augen hatten Helmut Kohl und François Mitterrand, als sie 1984 den Vorläufer von Schengen auf den Weg brachten. Das Saarbrücker Abkommen mit dem der Wegfall der stationären Grenzkontrollen an der deutsch-französischen Grenze entschieden wurde. Das war ein zutiefst politisches Ziel. Ein Europa ohne Schlagbäume, das bringt die Menschen näher zusammen. Helmut Kohl wusste um die Symbolkraft dieser Entscheidung, und die Menschen spüren das in den Grenzregionen noch heute. Helmut Kohl hat damals gesagt, er will das verwirklichen, ich zitiere: „damit wir das Projekt Europa unumkehrbar machen“, und liebe Freunde,

deshalb ist es ein fundamentaler Unterschied. Ich komme deshalb zu der genauen Formulierung, über die wir sprechen, ob wir, wie der Entwurf des Grundsatzprogrammes sagt, sagen: Wir wollen, solange es notwendig ist, Grenzkontrollen möglich machen oder wie wir es formulieren: Wir wollen so schnell wie möglich Grenzkontrollen überflüssig machen, damit die christdemokratische Vision eines Europas ohne Schlagbäume wieder Realität werden kann, liebe Freunde. Darum geht es in diesem Antrag, und da werbe ich um eure Unterstützung.

(Vereinzelt Beifall)

Lassen Sie mich noch einen Satz hinzufügen. Ich glaube bei diesem Änderungsantrag sagen wir auch etwas über uns selbst. Es ist eine grundsätzliche Entscheidung, die wir zu treffen haben. Es ist die Frage: Sind wir noch in der Lage Ziele und Visionen für Europa zu formulieren für die wir die Menschen begeistern, die hohe Symbolkraft haben, die die Realitäten und Einstellungen in diesem Land verändern, so wie es Helmut Kohl mit Schengen geschafft hat, oder wursteln wir uns von einer Zwangsläufigkeit zur nächsten ohne Vision, ohne Weitblick und ohne echte Überzeugung wie Olaf Scholz es tut? Ich weiß, wo wir Christdemokraten hingehören, und deshalb bitte ich um Unterstützung für diesen Änderungsantrag, herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank Roland Theis, für die Antragskommission Thorsten Frei.

Thorsten Frei, Antragskommission: Lieber Herr Theis, liebe Freundinnen und Freunde. Wir würden dafür werben, dass wir bei der bisher vorgesehenen Formulierung bleiben. Ich sage das insbesondere deshalb, weil ich glaube, dass es überhaupt keinen grundsätzlichen Unterschied gibt. Die Zielsetzung, die eben formuliert worden ist, ist vollkommen in Ordnung. Ich glaube, die wird auch von allen hier geteilt. Aber man muss doch eines sagen, dass man die Welt sich nicht nur so malen kann, wie man sie gerne hätte, sondern die Tatsache, dass wir diese Debatte jetzt führen und dass es um diese Formulierung geht, hat doch sehr viel damit zu tun, dass das, was wir uns gewünscht haben in der Vergangenheit, jedenfalls so bisher nicht funktioniert hat. Wir sind uns einig, dass wir die Anstrengungen erhöhen müssen, um tatsächlich einen so effektiven Außengrenzschutz hinzubekommen, dass man auf Grenzkontrollen innerhalb Europas verzichten kann. Das muss die Zielsetzung sein, überhaupt gar keine Frage. Aber wenn man sich mal anschaut, was wir in den letzten Jahren auf diesem Weg erreicht haben, dann ist es schlicht zu wenig. Wir haben gesehen in den letzten Wochen und Monaten: Wir machen seit 2015 Grenzkontrollen an der deutsch-österreichischen Grenze, nachdem wir das

über viele Monate hinweg gefordert haben, hat die Frau Faeser das auch an den anderen, ostdeutschen Außengrenzen zu anderen europäischen Nachbarländern zugelassen. Wenn wir uns mit den Fakten beschäftigen, die sich um die Sicherheit drehen in diesem Bereich, dann muss man sagen, war das absolut zwingend und notwendig. Trotzdem möchten wir so schnell wie möglich wieder darauf verzichten. Das wird in der Formulierung, wie sie im Grundsatzprogrammentwurf vorgesehen ist, auch deutlich. Deswegen schlage ich vor, auch unter dem Gesichtspunkt, dass wir in der Zielsetzung einig sind, dass wir die bisherige Formulierung beibehalten und damit sozusagen das Visionäre mit dem Machbaren in Übereinstimmung bringen.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thorsten Frei, als nächsten Redner bitte Herr Stephan Toscani, ebenfalls aus dem Saarland.

(Beifall)

Stephan Toscani: Liebe Freundinnen, liebe Freunde, in ein Grundsatzprogramm gehören Visionen, gehören Zielvorstellungen, nicht das Tagesaktuelle. Darüber haben wir uns doch vorhin verständigt und deshalb werben wir als CDU Saar dafür, dass die Vision des offenen Schengenraums, des Schengenraums ohne Binnengrenzen, dass wir uns als Christdemokraten klar zu dieser Vision bekennen, ganz im Sinne von Helmut Kohl.

(Vereinzelt Beifall)

Um das noch einmal klar herauszustellen: Wir sagen Ja zum robusten Schutz unserer Außengrenzen. Robuster Schutz unserer Außengrenzen, aber als Mittel, nicht als Ziel. Das Ziel muss doch sein, dass wir offene Binnengrenzen in der Europäischen Union haben und behalten. Deutschland ist das Land mit den meisten Nachbarn im europäischen Raum. Wir haben neun Nachbarstaaten in der Europäischen Union. Unser Interesse, wir haben das größte Interesse aller europäischen Staaten an offenen Binnengrenzen, an Reisefreiheit und es ist doch völlig unstreitig, dass wir zurzeit Grenzkontrollen brauchen. Das ist das Thema des Tagesgeschäfts. Dazu stehen wir, aber wir wollen mit unserem Antrag deutlich machen, für einen robusten Schutz der Außengrenzen, um langfristig die Reisefreiheit, um den Kern des europäischen Projekts, um die Vision des europäischen Projekts offener Binnengrenzen zu schützen. Bitte unterstützen Sie den Antrag der CDU Saar.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Stephan Toscani, als nächsten Redner bitte Günter Krings.

Prof. Dr. Günter Krings, Antragskommission: Vielen Dank, liebe Freundinnen und Freunde, es fällt mir schwer, den Saarländern zu widersprechen. An der Stelle muss ich es machen. Thorsten Frei hat es richtig dargestellt. Das, was im Grundsatzprogramm, im Entwurf, steht, beinhaltet durchaus auch das Bekenntnis zum Schengenraum und zurecht. Aber wir müssen ehrlich sein und das muss sich auch im Programm widerspiegeln: Es gab immer ein doppeltes Versprechen, die offenen Binnengrenzen und die sicheren Außengrenzen. Es ist nicht so, dass jetzt mal eben für ein paar Monate das Ganze nicht funktioniert, sondern von Beginn an hat das Schengen-Projekt nicht wirklich funktioniert. Insofern bin ich großer Anhänger von Schengen, aber es hat noch keinen einzigen Tag gegeben, wo dieses Projekt wirklich richtig funktioniert hat. Insofern bin ich einfach für die ehrlichere Formulierung der Antragskommission, ohne dass wir die Vision eines offenen Binnengrenzenraums aus den Augen verlieren. Aber es ist nicht Realität und die Realität sollte sich in unserem Grundsatzprogramm widerspiegeln. Deshalb werbe ich nochmal für das Votum der Antragskommission, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Günter Krings, als Nächstes bitte Tim Ulrich Peters, anschließend Johannes Volkmann.

Dr. Tim Ulrich Peters: Liebe Freunde, als CDU Brüssel stehen wir für einen konsequenten Schutz der Außengrenzen und für offene Binnengrenzen als Ziel. Das ist auf jeden Fall die Vision von Europa, und ich glaube, da sind wir uns ja alle hier im Saal einig. Ich habe einen konkreten Vorschlag, wie wir vielleicht die Ideen vom Landesverband Saarland und den Vorschlag des Bundesvorstands zusammenfassen können: dass wir den Vorschlag vom Saarland so übernehmen und zusätzlich dann den Rest. Das heißt, den fügen wir einfach ein. Durch einen funktionierenden Außengrenzschutz wollen wir Grenzkontrollen an den Binnengrenzen überflüssig machen. Bis zu einem funktionierenden Außengrenzschutz müssen Grenzkontrollen möglich bleiben. Dann auch den letzten Satz, der, glaube ich, auch wichtig ist, da muss es dann auch Zurückweisungen geben, damit die Binnengrenzenkontrollen effektiv sind. Das wäre mein Vorschlag.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Peters, als Nächstes bitte Johannes Volkmann.

Johannes Volkmann: Liebe Freunde, Tim Peters hat ein Stück weit vorweggenommen, was auch meine Überzeugung ist. Ich bin Jahrgang 1996, bin in einem Europa der offenen Grenzen aufgewachsen und ich möchte in einem Europa der offenen Grenzen leben. Das ist die Position der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Dass Binnengrenzkontrollen ein notwendiges Übel sind, solange Außengrenzkontrollen nicht funktionieren, da sind wir uns alle einig, aber ich kann nur werben für den Kompromiss und den Vorschlag unserer saarländischen Freunde. Europa wächst zusammen und wir sollten dem keine Steine in den Weg legen, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Für die Antragskommission, Jens Spahn.

Jens Spahn, Antragskommission: Der Roland guckt mich schon ganz böse an, lieber Roland, lieber Stephan. Liebe Freundinnen und Freunde, ich komme im Übrigen auch direkt aus der niederländischen Grenzregion, weiß deswegen offene Grenzen sehr zu schätzen, zum Ersten. Zum Zweiten müssen wir übrigens sagen, da, wo Grenzkontrollen stattfinden, sind die Grenzen nicht zu. Den Eindruck sollten wir nicht erwecken. Man kann überall als EU-Bürger problemlos über diese Grenzen fahren.

(Vereinzelt Beifall)

Das ist nicht geschlossene Grenze. Zum Dritten sind Grenzkontrollen weiterhin nationale Zuständigkeit nach europäischem Recht. Also der Außengrenzschutz obliegt ja nicht der Europäischen Union, sondern dem jeweiligen nationalen Mitgliedsstaat. Insofern finde ich diesen Aspekt sehr, sehr wichtig, und dieser Satz, „bis zu einem effektiven Außengrenzschutz“, ist einfach wichtig in der aktuellen Lage. Wir haben uns sehr, sehr klar positioniert in den Debatten im Bundestag. Wir sehen, es macht einen Unterschied. Wenn wir ehrlich miteinander sind, so wichtig die Vision ist, Kohl, Adenauer: Nehmen Sie die Menschen, wie sie sind, gibt keine anderen. Nehmt die Welt, wie sie ist, macht Politik aus der Realität heraus; wir werden absehbar noch Binnengrenzkontrollen brauchen. Deswegen die Frage: Wir haben gerade kurz beraten, der Vorschlag wäre, ob wir den Vorschlag von Tim Peters aufnehmen, dass wir zum einen sagen, „durch einen funktionierenden Außengrenzschutz wollen wir Grenzkontrollen in den Binnengrenzen überflüssig machen“, Punkt. Nächster Satz, „bis zu einem funktionierenden Außengrenzschutz müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich blei-

ben“, und dann den letzten Teil, den wir dort im Ursprungstext hatten. Das wäre doch ein guter Kompromiss vielleicht, um Vision und Pragmatismus zu verbinden.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jens Spahn, für die Antragskommission. Ich sehe Erfreuliches beim Saarland, Roland Theis.

Roland Theis: In der Tat, lieber Jens, lieber Tim, lieber Johannes. Wir haben heute, glaube ich, gezeigt, dass wir Christdemokraten in der Lage sind, Realitäten und Visionen zusammenzubringen, dass, wenn wir debattieren, dass wir dann noch besser sein können. Deshalb stimmen wir dem Vorschlag von Tim Peters zu, herzlichen Dank für die Debatte.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Roland Theis. So, mindestens einen Landesverband hast du, Jens Spahn, jetzt glücklich gemacht. Insofern lasse ich abstimmen über das geänderte Votum der Antragskommission. Wer dem Votum zu A 057, den Änderungsanträgen mit den Änderungen, von Jens Spahn gerade erläutert, auf Initiative von Tim Peters, zustimmen möchte, darf ich ums Kartenzeichen bitten. – Danke sehr, Gegenprobe. – Enthaltungen. – So, und jetzt lauter Jubel aus dem Saarland, herzlichen Glückwunsch.

(Lebhafter Beifall)

Wir kommen zum Antrag A 058, das sind die Zeilen 606 bis 621, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 020. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Wir können direkt abstimmen lassen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, darf ich ums Kartenzeichen bitten. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. Dann ist der Antrag A 058 so angenommen. Wir kommen zum Antrag A 059, „wir wollen das Konzept der sicheren Drittstaaten realisieren“, Zeilen 622 bis 632, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 008. Hierzu liegen eine Reihe von Wortmeldungen vor und insofern beginnen wir mit Tim Ulrich Peters, wir kennen den schon, und anschließend für die Antragskommission Thorsten Frei.

Dr. Tim Ulrich Peters: Liebe Freunde, jetzt gehe ich mal nach vorne, weil ich glaube, es ist ein wichtiges Thema, das auch Aufmerksamkeit bedarf. Das Thema Migration brennt den Leuten auf den Nägeln in ganz Deutschland oder eigentlich sogar in ganz Europa. Auch der letzte ARD-Deutschlandtrend hat gesagt, für die Europawahl ist Migration das wichtigste Thema für unsere Bürger. Deswegen sollten wir dem, glaube ich, auch in unserem Grundsatzprogramm die ausreichende Aufmerksam-

keit zukommen lassen. Im Jahr 2023 haben 350.000 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Das ist ungefähr so viel wie eine Stadt wie Bochum, Wuppertal oder Bielefeld. Aber das sind dann ja nicht irgendwelche Bürger, die sich dann über Deutschland verteilen, sondern das sind Bürger oder Personen, die sich in bestimmten Stadtteilen, die wir auch schon kennen, verteilen und die auch andere Grundsätze und kulturelle Einstellungen haben, die uns später Probleme schaffen bei der Integration. Die Hauptherkunftsländer sind Syrien, Türkei, Afghanistan, Irak und Iran. Dazu kommt zu diesen 350.000 noch ein Familiennachzug von 130.000 Personen, hauptsächlich Syrer und Türken. Das sind dann zusammen 482.000, nur im Jahr 2023, aber das war jetzt nur ein Jahr. Das sind dann schon so viele wie Duisburg oder Nürnberg. Die Abschiebungen im Jahr 2023, über Abschiebung reden wir später auch noch, da müssen wir auch besser werden, aber die Abschiebungen lagen bei 16.000. Da haben wir also 482.000 illegale Einreisen, oder eben Asylanträge, und 16.000 Abschiebungen. Selbst, wenn wir also uns um 100 Prozent verbessern sollten bei den Abschiebungen, sind wir noch lange nicht da, wo wir sein wollen. Ich glaube, deswegen hat Friedrich Merz gestern zurecht festgestellt, schon seit längerem überfordert die irreguläre Migration unsere Integrationsfähigkeit. Das kann und darf so nicht weitergehen. Hendrik Wüst hat gesagt, wir müssen illegale Migration nicht begrenzen; wir müssen sie beenden. Ich glaube aber, wenn da Konsens besteht, dass wir illegale Migration beenden wollen, dann müssen wir auch konkret aufzeigen, wie wollen wir das erreichen. Im Moment haben wir im Programm sowas, das ich mal nicht-technisch als Ruanda-Modell bezeichne. Jeder darf einreisen und dann soll jeder, der in die EU einreist, nach Ruanda oder meinetwegen Ghana oder Albanien oder in welchen auch immer sicheren Drittstaat zurückgeschickt werden. Wenn wir jetzt schon sehen, dass selbst bei den Ausweisungen von denen, die rechtskräftig also ausgewiesen werden oder rechtskräftig Deutschland verlassen müssen nach einem sehr langen Rechtsverfahren, wie wir es gerade mal 16.000 pro Jahr schaffen, wie viele wollen wir dann nach Ruanda bringen und dahinschaffen in welcher Zeit? Großbritannien will bis 2027 1.000 Personen dahin schicken, also über den gesamten Zeitraum 1.000, und die Asylanträge in der ganzen EU waren 1,1 Millionen. Also wir reden noch nicht mal von einem Promille und ich glaube auch da, der Abschreckungseffekt ist einfach etwas zu gering und es wird nicht funktionieren.

Deswegen schlagen wir als CDU Brüssel-Belgien etwas vor: den sicheren Drittstaat so zu nutzen, wie es auch unser Grundgesetz vorsieht und wie es auch der Asylkompromiss von Helmut Kohl vorsieht. Damals hat es sehr erfolgreich funktioniert, Anfang der 90er-Jahre. Da haben wir einerseits die Sozialleistung gesenkt, da haben wir jetzt die Bezahlkarte, und wir haben gesagt, wer aus einem sicheren Drittstaat

einreisen will, wird an der Außengrenze zurückgewiesen. Ich glaube, das ist auch gerecht; es ist auch christlich, und es ist humanitär. Wenn jemand schon anderswo sicher ist, warum soll der dann in die EU einreisen dürfen? Ich glaube nicht, dass es ein allgemeines Menschenrecht gibt, sich seinen Wohnsitz weltweit aussuchen zu dürfen.

(Beifall)

Ich glaube auch, wir müssen die Realität abbilden. Wir müssen die Realität abbilden. Ein Grenzschutz der EU ist nicht möglich, wenn wir jeden einreisen lassen, der das Zauberwort Asyl sagt. Ich glaube, das müssen wir wissen und das ist so auch heutzutage schon in Spanien an den Exklaven Ceuta und Melilla. Da kommt nicht jeder rein, der das Zauberwort Asyl sagt. Das Gleiche gilt für die Außengrenzen in Griechenland, das gilt aber auch in Polen. Unsere Freunde von der EVP, Donald Tusk, der führt da die Politik der Vorgängerregierung weiter durch, weil anders ein Grenzschutz nicht möglich ist. Man muss ja auch mal sagen, wenn jemand mit einem Touristenvisum nach Weißrussland einreist, dann ist das ein sicherer Drittstaat für diese Person. Das heißt, wieso soll diese Personen dann den Anspruch haben, noch ein Asylverfahren in der EU zu haben. Ich glaube, in dem Sinne sollten wir auch konsequent sein. Ja zum sicheren Drittstaat, wie von der Antragskommission vorgeschlagen, aber dann auch konsequent mit Zurückweisung an den Außengrenzen, danke.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Peters, da sich Norbert Röttgen auch auf den Hauptantrag A 059 bezieht, bitten wir Norbert Röttgen, da ist er, vom Mikro 4, bitte.

Dr. Norbert Röttgen: Liebe Freundinnen und Freunde, der Kreisverband Rhein-Sieg-Kreis unterstützt in seinem Änderungsantrag das Konzept der sicheren Drittstaaten. Aber wir haben zwei Anmerkungen dazu, zwei Änderungsvorschläge. Der eine bezieht sich auf Humanität und der andere auf Ordnung. Ich fange mit der Ordnung an. Bei den sicheren Drittstaaten stellt sich die Frage: Was ist ein sicherer Drittstaat? Welche Anforderungen stellen wir an ihn? Der Bundesvorstand hat vorgeschlagen, dass sich Deutschland dafür an den Kern des internationalen Rechts hält bei der Bestimmung. Das ist im Wesentlichen eine negative Aussage. Es heißt nämlich, wir halten uns nicht umfassend an das internationale Recht, sondern nur an den Kern. Man stelle sich vor, unsere Bürgerinnen und Bürger würden sagen: Wir halten uns in Deutschland an den Kern des Rechts, aber eben nicht umfassend an das Recht. Dann würde Chaos ausbrechen. Wenn jetzt ein vorbildlicher Rechts-

staat wie Deutschland international erklärt, wir halten uns nicht mehr in dieser Frage umfassend an das internationale Recht, sondern wir definieren den Kern, an den wir uns halten, dann entsteht auch in den internationalen Beziehungen Chaos. Wir leisten der Erosion des Rechts Vorschub, und wir sind die Partei des Rechts als Christdemokraten. Ordnung geht durch Recht, und das sollten wir nicht mindern, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Das Zweite ist die Frage, was ist denn, wenn in dem sicheren Drittstaat das Verfahren zu der Erkenntnis kommt, wir haben hier einen politisch Verfolgten nach deutschem Recht? Das sind sehr, sehr wenige Fälle, denn wir haben ja den Artikel 16a, der das sehr, sehr einschränkt. Dann sagt der Bundesvorstand, auch in diesen wenigen Fällen gewähren wir kategorisch keinen Schutz in Deutschland. Also wir stellen uns vor einen Menschen, der wegen seines christlichen Glaubens in China verfolgt wird, es nach Frankfurt schafft. Dann sagen wir, auch du kommst nicht nach Deutschland. Ich glaube, das wird uns nicht gerecht, diese Hartherzigkeit, diese mangelnde Humanität. Es wird uns als Staat nicht gerecht, weil die Väter und Mütter des Grundgesetzes ins Grundgesetz geschrieben haben, „Politisch Verfolgte genießen Asyl“. Das waren die Väter und Mütter des Grundgesetzes, und das war auch eine Antwort an die Verfolgten und Flüchtlinge aus Deutschland, nicht zuletzt Jüdinnen und Juden, die Deutschland verlassen haben, aber keine Aufnahme gefunden haben. Die Aussage der Verfassungsväter und -mütter war: Wir geben diesen Menschen, die verfolgt sind, Schutz, zum Beispiel wegen ihres Glaubens. Das Zweite ist das „C“. Dass wir in dem Kapitel über die Verfolgung von Christen uns richtig und gut äußern, pointiert, wird in seiner Glaubwürdigkeit geschwächt, wenn wir sagen: Aber auch die bekommen in Deutschland kategorisch keinen Schutz. Darum ist unser Plädoyer, dass die wenigen Fälle, die wirklich asylberechtigt sind, dass wir diesen Menschen dann auch in Deutschland Schutz geben. Es sind nicht viele, aber es ist eine klare moralische, humanitäre Positionierung, auch der CDU, dass wir für die einstehen, die wegen ihres Glaubens, die als Oppositionelle verfolgt werden. Das ist unsere Position. Es war immer die Position und der CDU, gegen den Missbrauch des Asylrechts zu sein, aber diejenigen, die wirklich verfolgt sind, denen sollten wir Schutz geben. Das ist unser Selbstverständnis seit eh und je gewesen, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Norbert Röttgen, für die Antragskommission Thorsten Frei.

Thorsten Frei, Antragskommission: Vielen Dank, ich möchte zunächst einmal zu der Rede von Tim Peters etwas sagen. Ich habe extrem viel Sympathie zu dem, was er vorgetragen hat. Das ist auch alles zutreffend und richtig gewesen. Nichtsdestotrotz würde die Antragskommission empfehlen, diesen gewünschten Satz nicht mit aufzunehmen. Es ist eher etwas, was dann eine Konkretisierung darstellt. Inhaltlich ist es vollkommen in Ordnung, aber tatsächlich bewegen wir uns da in einem Bereich, der rechtlich in höchstem Maße umstritten ist, und zwar nicht nur in Bezug auf die Gesetzgebung. Das ist ja etwas, was Politiker immer ändern können, und das ist ja auch unser Anspruch, sondern auch im Hinblick auf die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte. Der hat, ähnlich wie die führenden Rechtswissenschaftler in diesem Bereich, der Prof. Thym beispielsweise, darauf hingewiesen, dass es eben eine Abweisung an den europäischen Außengrenzen ohne jegliche Form des Screenings nicht möglich ist, und wenn, dann nur, so formuliert er das, in supersichere Drittstaaten. Aber was ist es denn im Kern? Tatsächlich ist es so, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte 2019 im Falle von Serbien ein sehr klares Urteil gesprochen hat. Bei aller Sympathie für das Anliegen von Tim Peters würde ich auf diesen zusätzlichen Satz gerne verzichten, weil er dann auch ein Stück weit unser Grundsatzprogramm angreifbar macht. Das sollten wir angesichts der Tatsache, dass wir einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel in Migration vorschlagen, nicht tun. Das bringt mich dann zum Änderungsantrag des Rhein-Sieg-Kreises, des Kreisverbandes Rhein-Sieg, und zur Wortmeldung von Norbert Röttgen, der ich gerne ganz grundsätzlich widersprechen möchte. Hier ist es auch vollkommen klar, dass dieser Antrag abgelehnt werden sollte aus der Sicht der Antragskommission, denn er würde das sichere Drittstaatenmodell, anders, als er in der Formulierung suggeriert, nicht modifizieren, sondern er würde es vollständig unterhöhlen und im Grunde genommen ad absurdum führen.

Denn tatsächlich ist es so, dass der Gedanke des sicheren Drittstaatenmodells es ist, dass Asylverfahren und auch die Schutzgewährung externalisiert wird. Es ist die grundsätzliche Voraussetzung dafür, dass wir das Asyl- und Migrationsrecht wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Das bedeutet nämlich, dass nicht illegale Schlepper darüber entscheiden, wer in Deutschland und Europa Asyl bekommen kann, sondern dass die Staaten in Europa entscheiden, wer hier Asyl bekommt. Deswegen muss es eine konsequente Regelung geben, die sowohl die Verfahren als auch das Schutzversprechen in einem sicheren Drittstaat ermöglicht. Ich will an der Stelle eines sagen: Ich glaube, zu sagen, dieser Vorschlag wäre nicht human, ist einfach nichtzutreffend. Es ist eben nicht das Ruanda-Modell, es ist auch kein Albanien-Modell, es ist ein sicheres Drittstaatenmodell. Wir bleiben an der Stelle überhaupt

nicht stehen, sondern wir sagen, dass wir Menschen im Rahmen von Kontingenten in Europa aufnehmen möchten, und zwar diejenigen, die wirklich schutzbedürftig sind, nicht diejenigen, die jung, kräftig, männlich und reich genug sind, um 10.000 Euro für kriminelle Schlepper zu bezahlen, um hierher zu kommen. Sondern wir möchten die aufnehmen, die wirklich schutzbedürftig sind. Der Vorschlag dreht sich darum, dass etwa 300- bis 500.000 Menschen aufgenommen werden könnten in Europa. Das entspricht dem, was Europa in den letzten zehn Jahren jahresdurchschnittlich an Schutztitel ausgereicht hat. Es muss eben auch vollkommen klar sein: Wenn wir nicht die Kraft dazu haben auch zu sagen, dass auch diejenigen, die schutzberechtigt sind nach unserem geltenden Recht, nicht alle in Deutschland Aufnahme finden können, dann ist das, glaube ich etwas, was zur Wahrheit dazugehört. Denn wenn man sich anschaut, dass all die Menschen, die beispielsweise aus Afghanistan oder aus Syrien schutzberechtigt in Deutschland wären. Wenn wir die alle aufnehmen wollten, dann würden wir im Grunde genommen die gesamten Länder aufnehmen müssen. Es ist offensichtlich, dass das nicht funktionieren kann, und deswegen müssen wir im Sinne von Humanität und Ordnung einen Ausgleich der Gestalt schaffen, dass wir unser humanes Handeln beibehalten – Deutschland ist eines der Länder in der Welt, mit den meisten humanitären Aufnahmen – aber auf der anderen Seite auch gewährleisten, dass es tatsächlich für den Staat leistbar bleibt. Deswegen bitte ich für die Antragskommission, diesen Antrag abzulehnen. Er würde das Anliegen ins Gegenteil verkehren, und deswegen ist es eine ganz grundsätzliche Frage.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank lieber Thorsten Frei, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, sodass wir über den Antrag A 59 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 1 bis 8 abstimmen können. Wer dem Voten der Antragskommission folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Bei Gegenstimmen und Enthaltungen mit breiter Mehrheit angenommen, herzlichen Dank. Wir kommen zum Antrag A 60 Zeilen 633 bis 647 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 1 bis 16, hierzu liegt eine Wortmeldung vor von Oliver Häusler. Und zwar zum Änderungsantrag 13.

Oliver Häusler: Liebe Freundinnen und Freunde, Carsten Linnemann sagt es immer wieder: „Einfach mal machen“. Nicht jeder Mensch, der zu uns kommt, kann bleiben. Wissen Sie, wo dieser Satz im Grundsatzprogramm steht? Die Antwort ist simpel, nirgends, denn er stammt aus dem Koalitionsvertrag der Ampelregierung. Falls Sie sich jetzt fragen, was dann stattdessen im Grundsatzprogramm der CDU Deutschland steht, dann geht es Ihnen wie mir vor ein paar Monaten. Es gab einen

Schlüsselmoment, in dem meine Entscheidung diesen Antrag zu schreiben gefallen ist. Ich habe das Grundsatzprogramm das erste Mal aufgemacht, die Suchfunktion in meinem Browser verwendet und Abschiebungen eingegeben, ich habe nichts gefunden. Und warum? Es steht nichts drin. Wir haben keine Position zu Abschiebungen. Zurück zu Carsten Linnemann und „Einfach mal machen", was ich übrigens eine sehr, sehr gute Kampagne finde. Zum Thema abschieben muss man leider attestieren: Die CDU macht einfach mal nichts. Ist das die Botschaft, die Sie alle hier in den nächsten Wochen, Monaten und Jahren am Wahlkampfstand verbreiten wollen? Soll die CDU die Partei werden, die keine grundsätzliche Position zu Abschiebungen von Kriminellen hat? Ich will das nicht, und deshalb habe ich diesen Antrag gestellt. Auch unsere treusten Wähler wollen das nicht, unsere Mitglieder wollen das nicht.

Dieser Antrag hat 750 Unterstützer gefunden und ist damit der erfolgreichste Mitgliederantrag in diesem Jahr. Man muss festhalten, die Basis der CDU wünscht sich nichts mehr, als dass wir eine klare Position zu Abschiebungen haben. Diese Position müssen wir auch ordentlich kommunizieren. Ich glaube das T-Shirt ist eindeutig genug. Die Antragskommission schlägt für diesen Antrag eine geänderte Fassung vor, und dadurch ist es wieder so: Das Wort „Abschiebungen" steht wieder nicht im Grundsatzprogramm. Man würde nichts zu diesem Thema finden, obwohl es drin steht. Wir leben im 21. Jahrhundert und kämpfen besonders in meiner Generation gegen die AfD, die im digitalen Raum einfach besser arbeitet als wir bislang. Allein deswegen dürfen und können wir uns solche digitalen Kardinalfehler nicht mehr erlauben, wenn wir bei Wahlen in Ostdeutschland und darüber hinaus Erfolg haben wollen. Wir müssen jetzt endlich „einfach mal machen". Schreiben wir heute das Wort „Abschiebungen" ins Grundsatzprogramm. Klare Worte für klare Grundsätze. Der Antrag ist in seiner vollen Form zu lang. Ich bin Informatiker, kein Berufspolitiker, aber der Änderungsantrag 15 des Kreisverbandes Leverkusen hat bei einer sehr großen inhaltlichen Übereinstimmung eine bessere und bedeutend kompaktere Formulierung gefunden, die das Wort „Abschiebungen" auch benutzt. Die Kombination der beiden Anträge ist ideal und genau das, was wir brauchen. Inhaltlich auf den Punkt, klar in der Sprache und für die digitale Welt geeignet. Die Formulierung des Änderungsantrages 15 lautet: „Wir arbeiten konsequent daran, die enorm hohe Zahl an vollziehbar Ausreisepflichtigen deutlich zu reduzieren. Dazu ist es notwendig, Abschiebehindernisse zu beseitigen, sowie Migranten, die die Kooperation mit den Behörden im Identitätsfeststellungsverfahren behindern, stärker zu sanktionieren. Ebenfalls ist eine konsequente Streichung von Entwicklungshilfe für Herkunftsländer zu prüfen, die sich weigern ihre Staatsbürger wieder aufzunehmen, das ist völkerrechtswidrig." Liebe Delegierte, folgen Sie dem Votum der

Antragskommission für diesen Antrag vorerst nicht. Stimmen Sie danach dann für den Änderungsantrag 13, in der Fassung der Antragskommission und für den Änderungsantrag 15 in vollständiger Fassung. Wir brauchen klare Worte, vielen Dank.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank Oliver Häusler und für die Antragskommission darf ich den ersten parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Thorsten Frei bitten.

Thorsten Frei, Antragskommission: Vielen Dank. Also ich will das gleich sagen, das Anliegen der Antragssteller sehe ich natürlich sehr wohl, und ich teile das auch in weiten Teilen. Das ist überhaupt keine Frage. Aber man muss es, glaube ich, in den Gesamtkontext stellen. Also zum einen ist es nicht so, dass das in der praktischen Politik bei uns keine Rolle spielen würde. Also wenn man sich die tägliche Arbeit der Bundestagsfraktion im Bereich der Migration, auch der Rückführungen, anschaut, dann machen wir dazu regelmäßig Anträge, thematisieren das, stellen die Bundesregierung. Das ist natürlich Kernthematik unserer Partei und unserer Fraktion, und es findet sich im Übrigen auch durchaus im Grundsatzprogrammentwurf wieder mit einer Formulierung, die etwas anders lautet, aber auf der Zeile in der Zeile 639 nichts anderes sagt, wenn man sagt, dass Straftäter eben nicht hierbleiben können. Ich will aber eine ganz grundsätzliche Bemerkung dazu machen. Mit diesem Grundsatzprogramm machen wir einen Paradigmenwechsel in der Migrationspolitik, und das hat gerade eben ja auch eine Mehrheit gefunden.

Dieser Paradigmenwechsel folgt einer Grundtatsache, dass es mit den Abschiebungen und den Rückführungen eine unglaublich schwierige Sache ist und das auch in der Vergangenheit nie gut funktioniert hat. Mit CDU-Innenministern immer ein bisschen besser als mit SPD Innenministern, aber nie wirklich gut. Weil das so ist, können wir auch nicht einfach nur so weitermachen wie es ist, sondern müssen es grundsätzlich ändern und dort ansetzen, wo die Menschen nach Deutschland kommen. Deswegen muss man sagen, das mit den Abschiebungen hat nie richtig funktioniert. Deswegen müssen wir einen Schritt früher ansetzen und dann dafür sorgen, dass diese Menschen, die keine Schutzberechtigung haben, nach Möglichkeit gar nicht erst hierherkommen.

Das Zweite ist, ich gehöre nicht zu denen die sagen, das entspricht nicht der aktuellen Rechtslage, weil das kein gutes Argument für Politiker ist. Das gilt weder für nationale Gesetze noch für Regelungen auf europäischer Ebene. Wir setzen uns für das Bessere ein und deswegen schauen wir, dass wir am Ende auch gute Lösungen bekommen. Das ist nicht das entscheidende Argument. Aber bei den Rückführungen gibt es einen Punkt, über den kommt niemand hinweg. Denn das ist ein Ausfluss aus der Genfer Flüchtlingskonvention und aus dem Artikel 1 unseres Grund-

gesetzes nämlich, dass es keinen Verstoß gegen das Non-Refoulmement-Prinzip geben darf. Das ist eben in diesem Antrag, der eben vorgestellt worden ist, nicht klar formuliert. Deswegen würde ich sagen: sehr sympathisch „einfach mal machen". Aber bei Dingen, von denen man von vornherein weiß, dass es nicht rechtskonform ist, und zwar nicht in dem einzelnen Gesetz, sondern bei den Grundlagen unseres Rechtsverständnisses, darf man das meines Erachtens nicht machen.

Noch ein allerletztes Argument: Dieses ist ein Grundsatzprogramm. Es geht um Perspektiven für die nächsten zehn Jahre. Wenn wir in die Lage kommen sollten, das tatsächlich mit unseren europäischen Partnern umzusetzen, was wir hier in dieses Grundsatzprogramm schreiben, dann wird das Thema Rückführungen am Ende dieses Prozesses überhaupt nicht mehr die Bedeutung haben, die es heute hat. Deswegen plädiere ich dafür, dass man den Vorschlag, der uns eher angreifbar macht nicht umsetzt, herzlichen Dank.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank Thorsten Frei für die Antragskommission, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag A 60 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 1 bis 16. Wer den Voten der Antragskommission folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Danke sehr. – Gegenprobe. – Enthaltungen. – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltung mit breiter Mehrheit so angenommen. Damit sie heute, wenn Sie zwei ganz, ganz lieben Menschen begegnen angemessene Glückwünsche aussprechen dürfen, dürfen wir gratulieren Herrn Ministerpräsidenten Michael Kretschmer zu seinem heutigen Geburtstag.

(Beifall)

Heute hat ebenfalls Geburtstag aus dem Landesverband Baden-Württemberg das Mitglied des Landtages Manuel Hailfinger, herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Damit kommen wir zum Antrag A61 und den übernimmt Mario Voigt.

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Dann rufe ich den Antrag A 61 auf, das sind die Zeilen 648 bis 648 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 1 bis 8. Zum Änderungsantrag 3 hat sich Jürgen Hardt gemeldet aus dem Landesverband NRW.

Jürgen Hardt: Danke schön, Herr Tagungspräsident. Liebe Parteifreundinnen und Freunde, der Landesverband NRW hatte einen Änderungsantrag formuliert, genauso wie einige andere Landes- und Kreisverbände, mit dem Ziel die Eingangsformulierung dieses Kapitels „Deutschland in der Welt" noch etwas anzuschärfen, die Konturen noch etwas zu schärfen. Ich finde, das hat die Antragskommission gut

hingekriegt. Es wird zwar empfohlen, die Anträge abzulehnen, aber in Wirklichkeit sind sie eingeflossen in den endgültig formulierten Text. Deswegen kann ich auch mit diesem Votum gut leben. Ich finde in diesem Eingangskapitel zum Thema Deutschland in der Welt wird deutlich, was der große Unterschied ist zwischen dem, was die Bundesregierung macht und dem was wir vorhaben. Wir sind bereit und auch in der Lage, die geforderte größere, aktive Rolle Deutschlands in der internationalen Politik anzunehmen. Wir sagen sich durchwurschteln geht nicht mehr, erst recht auch nicht sich hinter anderen zu verstecken, wie das bisher in der Vergangenheit der Fall war. So wie der Bundeskanzler das macht, der die unangenehme Eigenschaft hat, sich stets in den Hintergrund zu drängen, darf es in der deutschen Außenpolitik nicht weitergehen. Gestern hat der chinesische Präsident Xi Frankreich besucht, der französische Staatspräsident hat die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und den deutschen Bundeskanzler zu diesem Gespräch mit eingeladen. Der deutsche Bundeskanzler war in Litauen. Die Litauer hätten sicher Verständnis dafür gehabt, wenn er in dieser wichtigen China-Frage gemeinsam mit Frankreich, gemeinsam mit der Kommissionspräsidentin eine gemeinsame Linie vertreten hätte. Das tut er nicht.

Wir haben ein weiteres Thema, was uns Außenpolitikern im Bundestag wirklich auf den Nägeln brennt: Das ist die deutsche Haltung zu Iran. Spätestens seit dem 13. April wissen wir, dass der Iran eine große Gefahr für die gesamte Welt, insbesondere für den Nahen Osten und für Israel ist. Die deutsche Bundesregierung weigert sich nach wie vor, die Revolutionsgarden als Terrororganisation zu listen. Wir haben weiterhin das islamische Zentrum in Hamburg und andere Orte des iranischen Staates in Deutschland aktiv, die hier Menschen unterdrücken. Das muss abgestellt werden, das darf nicht so bleiben. Ich freue mich im Übrigen, dass das Europaparlament David McAllister auch in diese Richtung beschlossen hat. Wir brauchen eine aktivere, eine konsequentere Außenpolitik und ich finde das Eingangskapitel, wie es jetzt formuliert ist von der Antragskommission, gut. Deswegen glaube ich können wir dem so zustimmen, danke.

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank Jürgen Hardt, damit stelle ich fest, dass der Antragssteller sich hinter das Votum der Antragskommission stellt, korrekt? Gut, dann darf ich glaube ich auch zur Abstimmung kommen und Stimme über das Votum der Antragskommission ab. Wer dem folgen kann den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltung, damit so beschlossen. Wir kommen zu Antrag A 62 in den Zeilen 659 bis 670 mit den Änderungsanträgen 1 bis 17. Es liegt uns zum Änderungsantrag 5 eine Wortmeldung vor von Tim Peters. Tim du hast das Wort.

Dr. Tim Ulrich Peters: Liebe Freunde, wie ihr sehen könnt, da geht es jetzt nicht um große grundsätzliche Änderung, sondern nur daran zu denken, dass wir das auch ausschreiben sollten, dass wir ein attraktiver Investitions- und Industriestandort sein und bleiben wollen. Das ist, glaube ich wichtig für das Gesamtumfeld, in dem wir uns bewegen, auch bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Da würde ich drum bitten, das mit aufzunehmen.

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank. Zu Wort hat sich Ines Klaus gemeldet.

Ines Claus, Antragskommission: Ja vielen herzlichen Dank. Ich stimme Ihnen inhaltlich vollkommen zu. Das sind genau unsere Punkte, Wirtschaft, Industriestandort stärken. Der Anspruch ist aber immer, sich nicht zu wiederholen, sonst wird das Grundsatzprogramm insgesamt zu lang. Deswegen finden Sie die Teile achtmal im Grundsatzprogramm in dieser Deutlichkeit. Insoweit inhaltlich absolute Zustimmung, aber anderer Punkt, es wäre eine Redundanz. Insoweit unser Votum der Antragskommission auf Ablehnung, vielen herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Ines Claus. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Dann bitte ich um Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen. Wir kommen zu A 063 und ich übergebe an Ina.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Mario Voigt, wir rufen auf den Antrag A 063, Zeilen 671 bis 687, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 005. Dazu liegt eine Wortmeldung vor von Maximilian Mörseburg, und zwar zum Änderungsantrag 001. – The stage is yours.

Maximilian Mörseburg: Vielen Dank, der Name ist Maximilian Mörseburg, Bundestagsabgeordneter aus Stuttgart und hier für die Junge Union. Ich glaube, wir alle sind uns bewusst geworden in den letzten Jahren, dass der Wettbewerb der Systeme ganz deutlich und ernsthaft geführt wird. Die geopolitische Lage wird ernst und es wird unangenehm für uns Europäer. China versucht weltweit, Staaten, Systeme, Regionen an sich zu binden und wir merken, wir werden immer unattraktiver in ganz vielen Regionen der Welt als Gesprächspartner. Wenn wir unterwegs sind in der Welt, dann merken wir das dadurch, dass wir hören, die Chinesen waren schon da, mit einem Hafen, mit einer Brücke oder mit einer Straße. Wenn wir kommen als Deutsche, dann gibt es vielleicht auch eine Straße, aber oft eben mit den bürokratischen Voraussetzungen, mit denen wir uns hier in Deutschland eben auch das Le-

ben schwer machen. Wir wissen gleichzeitig aus der Forschung der letzten Jahre, die einzige Möglichkeit, Menschen aus der Armut zu holen, ist es, auf Handel zu setzen, auf Marktwirtschaft zu setzen und nur so können wir diese Länder auch an uns und an unsere Werte binden.

Der ursprüngliche Entwurf, der aus den Kommissionen gekommen ist, hat dem Rechnung getragen und hat unser Profil ganz deutlich gemacht. Entwicklungshilfe geopolitisch und wirtschaftlich ausrichten hieß es. Wir alle wissen, wie es manchmal ist bei Antragsberatungen. Da versucht man, es dann allen recht zu machen, und am Ende kommt dann nicht unbedingt was Besseres bei raus. Aus unserer Sicht ist es bei diesem Antrag genau der Fall. Der nach der Klausurtagung völlig umgeschriebene Absatz wirkt nicht nur verklausuliert, lesen Sie ihn sich mal genau durch, er widerspricht sich teilweise sogar selbst. Deswegen haben wir als Junge Union Deutschlands entschieden, den ursprünglichen Text, der aus den Kommissionen rausgekommen ist aus dem ursprünglichen Antragsentwurf, hier nochmal zur Abstimmung zu stellen, weil wir ihn einfach für klarer, für deutlicher halten und weil wir es für geboten halten, an dieser Stelle unser Profil als CDU Deutschlands zu schärfen, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, für die Antragskommission spricht Ines Claus.

Ines Claus, Antragskommission: Ich bedanke mich erstmal ganz herzlich bei Herrn Mörseburg für die Arbeit und die Belohnung, dass wir gut in der Fachkommission zusammengearbeitet haben. Das gebe ich sehr, sehr gerne an alle Mitglieder der Fachkommission weiter und bedanke mich für diese Arbeit. Ja, wir haben jetzt noch Veränderungen vorgenommen durch den Bundesvorstand, aber die halten wir für sinnvoll, weil wir auch gerade in diesem Teil die Empathie und die christliche Verbundenheit und die ethische Verpflichtung einfach deutlicher machen wollten. Insoweit, meiner Auffassung nach widerspricht sich das nicht, sondern wir verbinden eben die Punkte, die uns wesentlich sind, und machen das in einem konkreten Absatz. Ihre Punkte der geopolitischen und strategischen Wirtschaftspolitik und der Industriepolitik finden sich auch an anderer Stelle wieder. Außerdem, ich finde, die Begrifflichkeiten, die hier neu eingebracht werden, wie das Team Europe zum Beispiel, auch noch nicht erklärt. Das heißt, es würde sich dann auch verlängern. Insoweit kann ich Ihnen inhaltlich gar nicht widersprechen, weil wir den Ursprungsentwurf gemacht haben. Wir haben ihn jetzt nochmal angepasst. Wir haben ihn geweitet, damit eben auch das Christliche, das Ethische und das Verpflichtungsbild, was wir an der Stelle als Christdemokraten empfinden, auch deutlicher herauskommen. Insoweit empfehle ich auch hier die Ablehnung, vielen herzlichen Dank.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ines Claus für die Antragskommission, als nächsten Redner Dennis Radtke.

Dennis Radtke: Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte auch nochmal das Votum der Antragskommission unterstützen, weil ich finde, man darf zwei Dinge nicht miteinander vermischen. Das, was Max geschildert hat, die großen geopolitischen Herausforderungen, welche Antworten geben wir auch als Europäer darauf, dass die Chinesen im Grunde genommen die halbe Dritte Welt aufkaufen, die sind zwingend notwendig, aber die geben wir doch nicht mit unserer grundsätzlichen Ausrichtung in der Entwicklungshilfepolitik. Die Europäische Union hat mit dem Global-Gateway-Programm eine eigene Antwort auf das Seidenstraßenprojekt der Chinesen gegeben. Deswegen werbe ich sehr dafür, dass wir unsere geopolitischen Antworten, die wir beispielsweise mit Global Gateway geben, nicht mit unseren christlichen Grundüberzeugungen in der Entwicklungshilfepolitik vermischen, denn eine Entwicklungshilfepolitik, die nur noch sich am cui bono ausrichtet, ist zumindest keine Entwicklungshilfepolitik mehr mit christdemokratischer Handschrift. Deswegen Unterstützung für das, was die Antragskommission hier vorgeschlagen hat.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dennis Radtke, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag A 063 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 005. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitten wir ums Zeichen. – Danke sehr, Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Mit Mehrheit dem Votum der Antragskommission gefolgt. Zu den Anträgen 064, 065, 066 liegen keine Wortmeldungen vor, sodass wir diese en bloc abstimmen lassen wollen. Deswegen, wer den Voten der Antragskommission zu den Anträgen A 064 bis A 066 folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann sind die Anträge 064 bis 066 einstimmig angenommen. Wir kommen zum Antrag A 067, „die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson“, Zeilen 722 bis 726, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 007. Dazu liegt eine Wortmeldung zum Änderungsantrag 002 vor und das ist aus dem Landesverband Baden-Württemberg, der Maximilian Mörseburg, bitte sehr.

Maximilian Mörseburg: Hat es sich schon gelohnt, nochmal hochzukommen, diesmal war der Name richtig, vielen Dank. Wir schreiben ja in diesem großartigen Grundsatzprogramm ein Grundsatzprogramm für die nächsten zehn, für die nächsten 15 Jahre. Ich verstehe, ehrlich gesagt, dass wir nicht alles aufnehmen können in so einem Grundsatzprogramm, aber diese Klarstellung, die wir als Junge Union hier erfordern, die Klarstellung, dass der Iran unser systemischer Gegenspieler ist,

die Klarstellung, dass dieser Iran weltweit destabilisiert, dass dieser Iran, der die eigene Bevölkerung unterdrückt, einsperrt und teilweise ermorden lässt, dass dieser Iran das Existenzrecht Israels bedroht wie kein anderer Spieler in der Weltpolitik, ist für uns grundsätzlich in der Außenpolitik der CDU. Wer, wenn nicht die CDU Deutschlands, hat den Mut, diesem System die Stirn zu bieten und das auch in ein Grundsatzprogramm reinzuschreiben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die einzige Möglichkeit, dass sich dieser Absatz und unser Antrag in den nächsten zehn bis 15 Jahren, also bevor wir das nächste Grundsatzprogramm schreiben, erledigt, die einzige Möglichkeit ist, dass dieses Terrorregime im Iran fällt. Ich bin mir ganz sicher, dieses Risiko sollten wir als Union eingehen. Dieses Risiko, dass unser Grundsatzprogramm deswegen nicht mehr aktuell ist, sollten wir auf uns nehmen. Bitte unterstützen Sie den Antrag der Jungen Union, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Maximilian Mörseburg, und als Nächstes Prof. Michael Dust aus dem Landesverband Nordrhein-Westfalen.

Prof. Dr. Michael Dust: Liebe Freunde, der Max, der hat es schon weitgehend auf den Punkt gebracht. Wenn ein Land die Existenz von Israel anzweifelt, die Existenz des Judentums ganz grundsätzlich, und das über Jahrzehnte hinweg, wenn es auch vor Kurzem sein Nachbarland angreift, dann widerstrebt das unseren Grundsätzen. Was unseren Grundsätzen widerstrebt, das gehört halt auch in unser Grundsatzprogramm. Deswegen bitte ich um Unterstützung für unseren Antrag.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Prof. Dust, für die Antragskommission Ines Claus.

Ines Claus, Antragskommission: Lieber Herr Mörseburg, vielen Dank, es ist absolut richtig, was Sie sagen, und insoweit darf der Gedanke auch nie verloren gehen, auch in dieser Deutlichkeit nicht. Wir haben aber ein Grundsatzprogramm liegen, bei dem wir uns drauf verständigt haben, dass wir immer die Ziele und nicht die Instrumente beschreiben. Das war eine Grundforderung. auch in allen anderen thematischen Bereichen, auch, wenn man sagt, ja, genau da muss man so deutlich sein, weil ganz klar ist, wir sind diejenigen, die in aller Deutlichkeit sagen, dass wir an der Seite Israels stehen, und das muss auch immer ganz fest und deutlich ausgesprochen werden. Deswegen ist dieser Ansatz und Absatz in dieser Prägnanz auch so wichtig. Deswegen ist die Überschrift wichtig. Deswegen sind die klaren Botschaften an dieser Stelle so wichtig. All das, was an Instrumenten daraus folgen soll gegenüber dem aggressiven Iran, das muss unserer Auffassung nach in das Regie-

rungsprogramm und nicht ins Grundsatzprogramm. Mir ist es aber ein wesentliches Anliegen, zu sagen, Sie haben absolut recht. Nur es war die Herausforderung, zu sagen, hier die deutliche Sprache und die Detailregelung eben ins Regierungsprogramm. Insoweit Ablehnung hinsichtlich des Votums, aber vielen Dank für das Engagement.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ines Claus für die Antragskommission. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Wir kommen zur Abstimmung über A 067, einschließlich der zugehörigen Änderungsanträge 001 bis 007. Wer den Voten der Antragskommission folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Danke sehr, die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist der Antrag 067 mit den Voten der Antragskommission zu den zugehörigen Änderungsanträgen mit Mehrheit beschlossen. Wir kommen zum Antrag 068, „wir stehen zur Bundeswehr", das sind die Zeilen 727 bis 746, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 036. Dazu haben wir eine Reihe von Wortmeldungen vorliegen. Wir beginnen mit dem Bundesvorsitzenden der Jungen Union Deutschlands, Johannes Winkel, zum Änderungsantrag Nummer 005.

(Vereinzelt Beifall)

Johannes Winkel: Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, das Thema Wehrpflicht ist, glaube ich, ein Thema, was uns leider in einer Zeit ereilt hat, wo wir vielleicht vor zehn, vor 15 Jahren dachten, wir brauchen nie wieder darüber zu diskutieren, aber ich glaube, wir müssen über das Thema Wehrpflicht diskutieren. Ich will mal gerade aus der Sicht der jungen Generation was zum Thema Wehrpflicht sagen, weil oft wird gesagt, na ja, die Wehrpflicht, das ist so ein Thema, das kann man der jungen Generation nicht zumuten, und die Wehrpflicht, wenn der Staat sagt, du musst ein halbes Jahr, ein dreiviertel Jahr, wie lange auch immer an der Waffe eine Ausbildung machen, das ist so ein harter Eingriff in das Leben der jungen Generation, in die Freiheitsrechte der jungen Generation, das können wir als Staat nicht machen und das sollten wir als Politiker auch nicht fordern. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, ich bin mir sehr sicher, der viel größere Eingriff für die junge Generation wäre doch, wenn wir sagen, und so ist es ja leider momentan, wir leben in einem Land, das sich im Notfall schlicht und ergreifend nicht gegen Aggressionen von außen verteidigen kann. Ich finde, das ist ein unhaltbarer Zustand.

(Beifall)

Ich will Ihnen ein Beispiel geben, was bedrückender kaum sein kann. Ich war vor anderthalb Jahren in Kiew und unter anderem auch einen Tag in Butscha und war

da mit der stellvertretenden Bürgermeisterin unterwegs. Die ist ungefähr genauso alt wie ich, eine junge Frau. Die hat gesagt, in der Straße wurden zehn Zivilisten ermordet, an diesem Platz gab es fünf Morde der Russen an Zivilisten, und sie kannte die Leute natürlich auch. Butscha ist keine große Stadt. Es ist eine Kleinstadt in der Nähe von Kiew. Deswegen muss die Botschaft der CDU und auch insbesondere aus der jungen Generation sein, und dafür werbe ich: Wir dürfen die Verteidigung unserer Demokratie, wenn wir schon so viel darüber reden, wir dürfen die Verteidigung unserer Demokratie nicht weiter dem Prinzip Hoffnung überlassen, liebe Freundinnen und Freunde. Wir müssen uns selber verteidigen können.

(Beifall)

Jetzt wird oft gesagt, na ja, die Wehrpflicht, die kann man nicht einführen, weil wir haben ja unsere ganze Infrastruktur abgebaut und wir haben ja gar keine Kapazitäten mehr, um die Wehrpflicht wieder einzuführen. Das geht ja gar nicht. Deswegen haben wir gesagt als Junge Union, und werben auch dafür, wir sind bis zu dem Langfristziel, was die CDU ja schon hat, die Dienstpflicht, die wir auch unterstützen, bis zu diesem Ziel schlagen wir eine kurzfristige und realistische Lösungsmöglichkeit für eine Wehrpflicht vor und die möchte ich Ihnen hier kurz vorstellen. Wir nennen es Kontingentwehrpflicht. Das heißt also, nicht die Politik, sondern die Experten der Bundeswehr sagen, wie hoch ist der Personalbedarf in der Bundeswehr pro Jahr. Alle, also Männer und Frauen, eines Jahrgangs werden anschließend gemustert, aber nur diejenigen, die zur Deckung des Personalbedarfs gebraucht werden, werden anschließend auch für die Wehrpflicht eingezogen. Das ist eine Sache, wo man sagen kann, man kann es relativ kurzfristig umsetzen und es ist ein ehrliches Angebot für die Verteidigungsfähigkeit unserer Demokratie. Ich habe vorab mit ein paar Landesverbänden gesprochen und mit ein paar Kreisverbänden gesprochen, die auch was zum Thema Wehrpflicht sagen wollen und möchten, und wir haben uns darauf geeinigt, einen gemeinsamen Antrag zu stellen, der diese Punkte berücksichtigt. Der Antrag lautet: „Wir werden die Aussetzung der Wehrpflicht schrittweise zurücknehmen und eine Wehrpflicht im Rahmen eines allgemeinen Dienstjahres einführen. Bis zu dieser Umsetzung fordern wir zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr die Einführung einer Kontingentwehrpflicht."

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, ich glaube, das wäre ein verdammt wichtiges Zeichen, wenn wir nicht nur in Talkers und in Interviews andauernd sagen, ja, die Verteidigung unserer Demokratie nach innen und nach au-

ßen, das ist uns ein Herzensanliegen, sondern wenn wir auch einen konkreten Beschluss fassen, wie genau wollen wir unsere Demokratie denn verteidigen. Deswegen bitte ich um Zustimmung zu diesem Antrag. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Johannes Winkel. So, wir haben jetzt, wenn wir es hier oben richtig nachvollzogen haben, lieber Johannes, hast du einen Änderungsantrag zum Änderungsantrag mit der Kontingentwehrpflicht. So, das müssten wir dann, sofern das gelingt, hier einmal eingeblendet werden, – aber analog nehmen wir das natürlich auch gerne. – Wir lassen das jetzt nur vorbereiten, damit nachher alle wissen, worüber diskutieren wir denn jetzt.

(Musik)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Wir hören gerade, Markus Söder wird kurz vor 16 Uhr zu uns stoßen. Ich bekomme gerade eine SMS von einigen BVB-Fans. Wir haben eine Lizenz erhalten. Für die Fußballfans heute Abend: Ihr kommt nicht zu kurz, wir zeigen das Spiel BVB gegen Paris live, in Farbe.

(Beifall)

Vielen Dank für den Organisationshinweis für die abendliche Gestaltung. Drücken der Borussia die Daumen. Vielleicht kriegen wir ein deutschdeutsches Finale in Wembley. Auch sehr zu begrüßen. Die von Johannes Winkel gerade eingetragene Änderung erfolgt nach der Zeile 733 nach den Worten „durchhaltefähige Streitkräfte“. Da soll eingefügt und geändert werden: „Wir werden die Aussetzung der Wehrpflicht schrittweise zurücknehmen, und eine Wehrpflicht im Rahmen eines allgemeinen Dienstjahres einführen. Bis zu dieser Umsetzung fordern wir zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr die Einführung einer Kontingentwehrpflicht.“ Jetzt für die Antragskommission, Ines Claus.

Ines Claus, Antragskommission: Es ist absolut so, dass die Lage bedrohlich ist, bedrohlich wirkt und wir sehr kluge Antworten finden müssen. Ich durfte selbst in der vergangenen Woche bei einem Convoy Service Center beobachten, wie die Bundeswehr sich bereit macht mit zivilen Katastrophenschutzkräften; mögliche Nahostverteidigungsfälle zu proben. Das heißt, niemand bestreitet, dass wir an dieser Stelle ernsthafte Antworten geben müssen. Die Herausforderung ist, dass wir Antworten geben müssen für die nächsten 10 bis 15 Jahre. Dieser Prozess des Grundsatzprogrammprozesses liegt jetzt zwei Jahre zurück. Wir haben uns immer wieder mit der Frage beschäftigt: Was kann unsere Antwort auf diese Herausforderung sein? Wir

haben uns beim letzten Bundesparteitag für das verpflichtende Gesellschaftsjahr entschieden, weil wir gesagt haben: Das ist auf der einen Seite die große, die weite Antwort, weil wir da natürlich schon an die Wehrpflicht und an die möglichen Rekrutierungsmaßnahmen gedacht haben, unter der Berücksichtigung der Tatsache, dass wir drüber nachdenken müssen: Wie gehen wir denn mit den fehlenden Kreiswehrersatzämtern, etc. um? Das heißt, die formalen Bedenken auch mitgedacht. Wir haben gleichzeitig gesagt: Wir wollen die weitere Lösung, weil wir geopolitisch vor riesigen Herausforderungen stehen können. Auf der anderen Seite haben wir aber auch einen Schwerpunkt im Bereich des gesellschaftlichen Zusammenhalts, dass wir sagen: Wir wollen, dass junge Menschen auch da tätig sein können in der Pflege, im Krankenhaus, im Kindergarten, um was für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu tun. Deswegen die weitere Lösung, auch lange diskutiert hier auf dem Bundesparteitag im Rahmen des verpflichtenden Gesellschaftsjahres. Wir haben uns dazu entschieden, die weitere Lösung zu nehmen, weil wir gesagt haben: Wir möchten, dass wir alles mitdenken, weil es ein Grundsatzprogrammprozess ist, und wir möchten sehr deutlich sagen, dass die Bundeswehr dort mitgedacht ist. Das steht ausdrücklich in diesem Absatz drin. Vor allen Dingen steht dort auch drin, dass hinsichtlich der Einführung der Wehrpflicht keine Denkverbote bestehen. Deswegen ist mir ganz wichtig an dieser Stelle, dass es keine inhaltlichen Unterschiede gibt zu dem Antrag der Jungen Union. Ganz wesentlich ist mir auch, dass wir uns gegenseitig wirklich sehr ernsthaft sagen, dass das Thema uns umtreibt, weil wir eine sehr deutliche Antwort geben wollen. Jetzt gibt es hier eine Veränderung mit der Kontingentwehrpflicht.

Es sind große Themen, die hier auf die kurze Sicht eingebracht werden, weil ich denke, und das hat Johannes ja auch gesagt, die lange Richtung über die zehn bis 15 Jahre ist das verpflichtende Gesellschaftsjahr und die Dienstpflicht. Jetzt geht es um eine tagesaktuelle Bewertung der Lage. Wie gehen wir damit um? Wie können wir die Kapazitäten schaffen? Wie schaffen wir die formellen Herausforderungen? Insoweit wäre es vom Grundsatz her wieder eine Sache, dass man sagt, das müsste in einen Sachantrag oder ins Regierungsprogramm. Die große Linie ist für uns klar, so, wie wir es im vergangenen Jahr abgestimmt haben, so, wie wir gesagt haben, wir empfinden es so als CDU, dass das verpflichtende Gesellschaftsjahr auch für die Streitkräfte die größere Lösung ist als die kleine tagespolitische an der Stelle. Insoweit ziehe ich mich auf das Votum der Antragskommission zurück und ich sage, wir haben einen Beschluss beim letzten Mal gefasst. Mir ist es aber ganz ausdrücklich wichtig, zu sagen, wir sehen die Herausforderung, und ganz wichtig ist, zu sagen, wir stehen an der Seite der Bundeswehr, vielen herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ines Claus für die Antragskommission, als Nächstes Ministerpräsident Daniel Günther, Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Daniel Günther: Liebe Delegierte, also bei allem Respekt, Ines Claus, aber zu sagen, das wäre eine tagesaktuelle Bewertung, auf deren Grundlage das gemacht wird, wir haben eine fundamentale Veränderung, auf die wir jetzt reagieren müssen.

(Beifall)

Ich will mal ein bisschen die Antragskommission auch beim Wort nehmen, was bei den letzten Begründungen auch, warum man bestimmte Anträge nicht übernommen hat, gesagt worden ist, nämlich, dass man den Anspruch erfüllen muss, wo wollen wir hin und in welchen Schritten gehen wir den Weg. Genau diesen Anspruch erfüllt der Antrag der Jungen Union Deutschlands. Deswegen kann ich für meinen Landesverband, die CDU Schleswig-Holstein, sagen, dass wir den ausdrücklich unterstützen.

(Beifall)

Ich weiß, dass es nicht beliebt ist, wenn man das Wort des Kanzlers, Zeitenwende, zu viel bemüht, aber wenn wir eine Zeitenwende bei der Bundeswehr im Bereich der Infrastruktur, im Bereich der Ausrüstung jetzt auch umsetzen wollen und wir auch diejenigen als CDU sein müssen, die das mit Nachdruck unterstützen, dann gehört dazu erst recht, die Frage zu beantworten, wie wollen wir eine vernünftige Rekrutierung von Personal hinbekommen in diesen Zeiten. Wir wissen alleine bei der Marine, dass wir teilweise 50 Prozent der Stellen unberücksichtigt gelassen haben. Wenn wir eine Zeitenwende haben, wenn wir eine andere Bedrohungslage haben und wenn wir wirklich glaubwürdig Abschreckung in Europa machen wollen, dann wäre die Wiedereinführung der Wehrpflicht ein sichtbares Zeichen an Russland und auch an andere, dass wir auch bereit sind, von Deutschland aus unseren Heimatschutz und die Verteidigung unseres Vaterlandes auch ernsthaft umzusetzen.

(Beifall)

Deswegen meine herzliche Bitte: Es ist null Widerspruch zu dem Beschluss des Bundesparteitages, zu sagen, wir wollen ein Gesellschaftsjahr. Ich halte das auch für richtig, dass wir das machen, das bedarf aber einer bestimmten Zeit, das wissen wir alle miteinander, um das vernünftig und seriös vorzubereiten. Diese Zeit haben wir aber nicht und deswegen ist der erste Zwischenschritt, zu einer Kontingentwehrpflicht zu kommen, der richtige, den wir machen sollten. Deswegen bitte ich alle herz-

lich um Unterstützung, dass dieser Antrag der Jungen Union Deutschlands, den wir gemeinsam eingebracht haben, hier eine Mehrheit auf dem Bundesparteitag findet.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Daniel Günther, und als Nächstes Dr. Bastian Schneider, Landesverband Baden-Württemberg.

(Beifall)

Dr. Bastian Schneider: Liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte nochmal einen Schritt zurückgehen und überlegen, worüber reden wir eigentlich hier gerade. Das sage ich als jemand, der selbst mit 17 Jahren zur Bundeswehr als Wehrpflichtiger einrücken durfte. Unser Staat ist ja nicht dafür da, dass er den Menschen vorschreibt, welche Autos sie fahren dürfen oder welche Heizungen sie haben sollen. Unser Staat ist auch nicht in erster Linie dafür da, irgendwelchen verkrachten Existenzen von Grünen und SPD Pöstchen zu verschaffen und sie vor den Widrigkeiten des freien Arbeitsmarktes zu bewahren. Unser Staat ist dafür da, in erster Linie die innere und äußere Sicherheit dieses Landes zu gewährleisten. Wir haben da einfach handgreifliche, offensichtliche Defizite und die müssen wir angehen, und zwar mit aller Entschlossenheit. Ich möchte auch ganz deutlich sagen: Lassen wir uns bitte nicht einreden, gerade von den Linken, dass es eine Zumutung ist, dass es ein unzumutbarer Eingriff ist, mal etwas für die Allgemeinheit zu tun. Nein, das ist eine Selbstverständlichkeit. Die Allgemeinheit sind wir alle. Deshalb, wir sind nicht die FDP. Wir sind keine Partei der Selbstoptimierung, des optimierten Eigennutzes. Wir sind die CDU. Wir stehen für Freiheit in Verantwortung und dafür steht die allgemeine Wehrpflicht. Wir hatten die Wehrpflicht über viele Jahrzehnte. Sie hat unserem Land gut gedient. Lassen Sie uns den Schritt gehen zu einer vernünftigen, eingestuften Rückkehr zur allgemeinen Wehrpflicht. Lassen Sie uns mit der Jungen Union stimmen gegen das Votum der Antragskommission, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Bastian Schneider, und wir wechseln, Landesverband Hannover Jon Lukas Matz. Ich nehme an, an der 2, – ja, bitte sehr, Herr Matz.

Jon Lukas Matz: Sehr geehrte Damen und Herren, fünf Prozent, das ist nicht etwa der aktuelle Umfragewert der SPD in Thüringen, sondern das ist der Anteil derjenigen, die Deutschland im Zweifelsfall verteidigen würden. 25 Prozent der Bevölkerung würden im Zweifel Reißaus nehmen. Mich persönlich gruseln diese Werte.

(Beifall)

Ich war, seitdem der Ukrainekrieg ausgebrochen ist, zweimal in der Ukraine. Ich habe dort gesehen, wie viele junge Männer an Mobilisierungsstationen standen, wie sie aufgebrochen sind in den Osten und wussten, nur die Hälfte von ihnen würde wieder lebend zurückkommen. Ich will nicht, dass wir in Deutschland hier als junge Männer und junge Frauen irgendwann vor dieser Situation stehen, dass wir uns selbst verteidigen müssen. Ich bin der festen Überzeugung, dass eine Wehrpflicht oder zumindest eine Kontingentwehrpflicht, wie Johannes Winkel sie jetzt vorgeschlagen hat, zumindest zu einer Abschreckungswirkung gegenüber Aggressoren führt. Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich, tun Sie dies für uns junge Menschen und stimmen Sie diesem Antrag von Johannes Winkel zu, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jon Matz, als Nächstes bitte Dr. Johann Wadephuhl aus dem Landesverband Schleswig-Holstein.

Dr. Johann Wadephul: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebes Tagungspräsidium, ich möchte vielleicht formal zunächst für die Geschäftsordnung, Frau Scharrenbach, festhalten, dass ich bitte, dass wir über diesen Punkt nachher auch gesondert einzeln abstimmen.

(Beifall)

Weil wir hier an der Stelle einfach auch eine Meinungsbildung des Parteitages brauchen und die ist wichtig. Das möchte ich an der Stelle sagen, liebe Frau Claus, wir haben ja in der Kommission zusammengearbeitet, lange über den Text nachgedacht. Ich bin jetzt in der aktuellen Diskussion, zu der ich etwas sagen möchte, auch zu dem Verhältnis, wie wir jetzt auch im Bundestag uns wahrscheinlich in den nächsten Wochen werden positionieren müssen, doch zu dem Ergebnis gekommen, dass diese Initiative der Jungen Union jetzt richtig ist und dass wir diesen weiteren Schritt, der ja den großen Rahmen eines verpflichtenden Dienstjahres nicht in Frage stellt, sondern das verfolgen wir ja weiter, aber der sagt, wir brauchen vorher jetzt einen Schritt für die Bundeswehr, um die Bundeswehr einsatzfähig zu machen, dass ich das für richtig halte.

(Beifall)

Das möchte ich Ihnen kurz begründen. Wir müssen von der sicherheitspolitischen Lage ausgehen, von der Bedrohungslage ausgehen, weil wir hier ja Menschen verpflichtend etwas vorgeben wollen und weil das rechtlich formal Freiheitsberaubung ist. Wir verpflichten sie ja nicht zu irgendwas, sondern zu einem Dienst, der Leib und Leben gefährdet, und deswegen müssen wir uns das sorgfältig überlegen. Aber wir müssen uns auch ernsthaft vor Augen führen, in welcher sicherheitspolitischen

Lage leben wir, in Zeiten der sogenannten Zeitenwende. Dass die von der Bundesregierung unvollständig durchgeführt wird, realisiert wird, das sehen wir alle. Fangen wir mal mit der Bedrohungslage an. Der Generalinspekteur der Bundeswehr sagt uns allen, der Verteidigungsminister teilt die Analyse, zieht die Schlüsse nicht daraus. Es ist leider so, ob wir es wahrhaben wollen oder nicht. Wir müssen uns darauf einstellen, dass wir als NATO, das Bündnisgebiet, innerhalb der nächsten fünf bis acht Jahre in eine kriegerische Auseinandersetzung mit Russland geraten. Das bedeutet, wenn man dann seriös vorgeht, konservativ denkt, dann muss unsere Bundeswehr spätestens in fünf Jahren voll einsatzfähig sein. Dazu brauchen wir dann gut ausgebildete Frauen und Männer, die ihr Handwerk beherrschen und die die Waffensysteme bedienen können, die wir jetzt für sie anschaffen wollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, um es mal andersherum zu sagen, und ich bin auch als Reservist daran beteiligt gewesen: Wir bilden jetzt Ukrainerinnen und Ukrainer in einem Schnelldurchgang aus, weil ja eine Notlage ist, weil die mitten im Krieg sind, aber wir wollen doch, dass unsere Soldatinnen und Soldaten nicht nur optimales Material haben, sondern dass das Personal auch ausgebildet ist, dass sie wirklich von uns verantwortungsvoll in einen Einsatz geschickt werden können. Deswegen müssen wir jetzt anfangen.

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine Frage, liebe Frau Claus, auch von Tagespolitik, denn eine auch Kontingentwehrpflicht, die setzt man nicht in Tagen um. Aber wenn wir in fünf Jahren fertig werden wollen und eine einsatzfähige Bundeswehr haben wollen, dann müssen wir heute anfangen, weil auch ein Wehrpflichtsystem realisiert werden muss.

(Beifall)

Wir brauchen bestimmt zwei, drei Jahre, bis es überhaupt funktioniert. Deswegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier und heute müssen wir uns entscheiden.

(Beifall)

Hier ist die Zeit, zu sagen, wo will die CDU hin. Jetzt schauen wir uns die Bundeswehr an und es gibt vieles zu tun. Wir reden immer über mehr Geld, Sondervermögen, Einzelplan erhöhen und so weiter, wie wir sie besser ausrüsten, aber diese Bundeswehr auch mit neuen Waffensystemen, mit neuen Panzern, mit neuen Flugzeugen, mit neuen Schiffen, die brauchen Frauen und Männer, die das bedienen können. Daniel Günther hat es gesagt, wir haben mittlerweile in der Marine eine Situation, dass wir zum Teil nur noch 50 Prozent des Personals haben und dass wir auch

in einer Konkurrenz natürlich zur freien Wirtschaft stehen. Eilft mir doch überhaupt gar nichts, wenn ich jetzt stolz darauf bin, ich vertrete Eckernförde im Deutschen Bundestag, dass unsere Ubootflottille mit sechs U-Booten voll einsatzfähig ist technisch, aber wir haben maximal für zwei U-Boote das Personal. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die personelle Not der Bundeswehr ist groß. Herr Pistorius hat große Worte. Er tut nichts. Wir müssen etwas tun. Wir müssen handeln. Wir müssen unsere Bundeswehr einsatzfähig machen und dazu gehören neue Waffensysteme, aber eben auch neues Personal.

(Beifall)

Deswegen ist an der Stelle eine Äußerung, die wir jetzt hier tun, es gibt keine Denkverbote, leider zu wenig. Es ist doch politisch so. Jetzt haben wir diesen Antrag der Jungen Union, der von Schleswig-Holstein und Niedersachsen unterstützt wird. Wenn dieser Antrag heute abgelehnt wird, dann ist die politische Botschaft: Die CDU will sich nicht positiv zur Wehrpflicht äußern. Davor, liebe Freundinnen und Freunde, kann ich uns nur warnen, davor kann ich uns nur dringend warnen.

(Beifall)

Ich möchte auch nicht im Deutschen Bundestag, und das sage ich als vertretender Fraktionsvorsitzender für diesen Bereich, in eine Situation kommen, dass möglicherweise Herr Pistorius, der lange um den heißen Brei herumredet, irgendwann doch nochmal sagt, er sei dafür. Wir als CDU stehen als die Zweifler da. Da sind wir doch alle einig, wir stehen hinter unserer Bundeswehr. Wir wollen mit der Zeitenwende ernst machen. Wir haben den Ernst der Lage erkannt. Wir wollen Wladimir Putin zeigen, dass seine Aggression ein Ende findet. Wir wollen unseren Verbündeten, gerade in Osteuropa, zeigen, dass wir hinter ihnen stehen. Wir wollen eine einsatzfähige Bundeswehr und dafür brauchen wir auch Menschen und dafür ist dieser Antrag richtig. Deswegen bitte ich um Unterstützung, danke schön.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Johann Wadephul, und wir schalten aus dem echten Norden in the land zu Christine Arlt-Palmer. Sie haben das Wort.

Christine Arlt-Palmer: Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteitagsmitglieder, ich möchte nicht verhehlen, dass ich über den Beitrag der Antragskommission zum Antrag der Jungen Union Deutschlands, dem wir uns jetzt als CDU Kreisverband Stuttgart auch anschließen, wir haben auch einen Antrag zur Wiedereinführung bzw. zur Aufhebung der Aussetzung der Wehrpflicht gestellt, dass ich

darüber schon reichlich frustriert bin. Einfach so simpel alles ablehnen und die Wiedereinführung der Wehrpflicht als Tagespolitik abtun, also ich finde, da hat man irgendwie die Dimensionen nicht ganz verstanden.

(Beifall)

Es ist keine Frage der Tagespolitik, sondern es ist eine Frage von entscheidender strategischer Bedeutung, wie wir die Bundeswehr aufstellen. Das ist eine entscheidende Frage. Wie sicher ist dieses Land? Wer dann, wenn nicht die CDU, kann diese Frage auch eindeutig und mit klarem Herzen beantworten? Ich kann Sie nur auffordern, dem Antrag der Jungen Union Deutschlands zuzustimmen. Wir haben gestern den Bundesvorsitzenden gehört. Er hat gesagt, völlig zurecht, wir wollen nicht ein Objekt der sicherheitspolitischen Lage in dieser Welt werden; wir wollen wieder Subjekt sein. Seit dem Parteitag vom letzten, vom vorletzten Jahr hat sich ja auch vieles getan. Es ist doch nicht so, dass nur die Ukraine auf dem Spiel steht. Es ist doch so, dass das ganze westliche Modell der Demokratien auf dem Spiel steht.

(Beifall)

Wir haben die afrikanischen Staaten; wir haben die südamerikanischen Staaten, die sich in beängstigender Weise von uns abwenden. Das westliche Modell Europa, Amerika steht auf dem Spielstand. Ich kann nur sagen, das kann man nicht als Tagespolitik abtun, sondern da muss gehandelt werden, und zwar jetzt.

(Beifall)

Wir dürfen da auch nicht feige sein. Ich kann nur sagen, wir haben die Erzväter der CDU, ich würde jetzt mal sagen, Konrad Adenauer, der die Wiedereinführung der Wiederbewaffnung oder die Wiederbewaffnung durchgeführt hat. Wir haben Helmut Kohl, an den ich in diesem Zusammenhang gerne erinnern möchte, den NATO-Doppelbeschluss. Es war die CDU, die für dieses Land, für die Sicherheit Europas mitgesorgt hat. Ich kann nur sagen, stimmen Sie dem Antrag der Jungen Union Deutschlands zu. Die CDU Stuttgart und hoffentlich viele Teile meines Landesverbandes werden das auch tun.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank Frau Arlt-Palmer aus dem Landesverband Baden-Württemberg. So, die eine und der andere hat mitbekommen, dass die Antragskommission gekreist hat und sie hat ein Ergebnis gefunden, was wir aber noch nicht verkünden wollen, weil die Diskussion laufen gelassen werden soll. So, als Nächster Jendrik Wüstenberg aus dem Landesverband Hannover und anschließend hält sich bitte bereit aus dem Landesverband Schleswig-Holstein der Felix Siegmon.

Dr. Jendrik Wüstenberg: Zwei, genau, liebe Freundinnen und Freunde, ich will es ganz kurz machen. Hier sind schon viele Argumente gekommen. Wir müssen uns vor Augen führen, wann haben wir denn über das Gesellschaftsjahr auch mal diskutiert? 2019 ungefähr, da war das Thema Ukrainekrieg noch gar nicht präsent. Wir haben 2014 einen schweren strategischen Fehler gemacht, darauf zu verzichten, uns neu aufzustellen, nachdem Russland in die Ukraine, in die Ostukraine, damals eingefallen ist. Insofern dürfen wir jetzt denselben Fehler nicht nochmal machen. Stimmen Sie für den Antrag der Jungen Union. Wir brauchen diese Zeitenwende jetzt und wir sollten den Sozen das nicht überlassen, dass die am Ende sagen können, „wir stellen uns für die Wehrpflicht", und wir haben eine indifferente Haltung dazu. Bitte stimmen Sie dafür.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jendrik Wüstenberg, und als Nächstes aus dem Landesverband Schleswig-Holstein, Felix Siegmon. Es hält sich bitte bereit der Bundesvorsitzende der Jungen Union Deutschlands, Johannes Winkel.

Felix Siegmon: Vielen Dank, ich will inhaltlich gar nicht mehr so viel sagen. Ich bin Mitglied der Jungen Union und Mitglied der CDU Schleswig-Holsteins und deshalb natürlich für den Antrag, wie er jetzt hier in der geänderten Fassung gestellt wurde. Ich finde, genau so sollten wir auch ihn beschließen. Ich will einmal ganz grundsätzlich auch in Richtung der Antragskommission sagen, dass ich es insgesamt, aber eben auch gerade in diesem konkreten Fall, sehr, sehr schade finde, dass immer wieder gesagt wird, vielen, vielen Dank für den tollen Impuls, super Idee, sehen wir inhaltlich ganz genauso, aber wir möchten es jetzt irgendwie nicht im Grundsatzprogramm beschließen. Ich finde ehrlicherweise, wenn es ein Thema gibt, wo sich die CDU klar positionieren sollte in dieser sicherheitspolitischen Lage und auch in der Historie unserer Partei zur Wehrpflicht, dann ist es dieses Thema. Wir sollten das klar und deutlich beschließen. Das muss das entscheidende Signal sein, was von diesem Bundesparteitag ausgeht. Insofern herzlich die Bitte um Unterstützung für diesen Antrag, herzlichen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, als Nächstes Johannes Winkel und es hält sich bereit aus dem Landesverband Sachsen, Stefan Quandt. – Johannes Winkel zieht zurück. Es hält als Nächstes dann bitte Stefan Quandt aus dem Landesverband Sachsen und es hält sich bereit Andreas Nowak, ebenfalls aus dem Landesverband Sachsen.

Stefan Quandt: Meine Damen und Herren, mein Name ist Stefan Quandt. Ich bin seit über zwei Jahrzehnten Soldat bei der Bundeswehr, zurzeit Oberstleutnant im Generalstab im territorialen Führungskommando hier in Berlin.

(Beifall)

Gemeinsam mit Peter Tauber und Tanja Merkel einer der Co-Vorsitzenden von Charlie-Delta-Uniform. Ich möchte ausdrücklich fachlich und aus Überzeugung dafür werben, den Antrag der Jungen Union anzunehmen.

(Beifall)

Warum? Es ist richtig, dass wir mittel- und langfristig die Einführung eines Gesellschaftsjahres für unser Land wollen. Das bedingt aber, dass wir das Grundgesetz ändern. Mit einer Änderung des Grundgesetzes ist aber mit der Ampel nicht zu rechnen und vor allem nicht kurzfristig. Wir brauchen aber jetzt ein kurzfristiges Signal der Abschreckung gegenüber Russland und das ist mit einer einfachgesetzlichen Wiedereinsetzung der Wehrpflicht möglich. Deswegen bitte ich Sie, unterstützen Sie den Antrag der Jungen Union, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Stefan Quandt, als Nächstes bitte Andreas Nowak, Landesverband Sachsen.

(Beifall)

Andreas Nowak: Vielen Dank, Frau Präsidentin, auch ich möchte für den Antrag sprechen, und zwar aus zwei Gründen, die jetzt noch nicht genannt wurden. Mit der Aussetzung der Wehrpflicht ist die Bundeswehr ein Stück weit aus dem Zentrum der Gesellschaft rausgerückt. Als es noch eine Wehrpflicht gab, war in jedem Freundeskreis, in jeder Familie die Bundeswehr in irgendeiner Konstellation präsent. Das ist jetzt nicht mehr so. Man sieht sie im Augenblick maximal noch Freitag oder Samstag auf den Bahnhöfen. Wenn wir damit jetzt schnell beginnen, dann werden wir die Bundeswehr auch wieder ein Stück mehr in die Mitte der Gesellschaft rücken. Die Zahlen sind ja vorhin genannt worden, fünf und 25 Prozent, und wenn wir dort jetzt, sozusagen, eine schnelle Lösung schaffen, dann denke ich, ist das gut, auch für die Rolle der Bundeswehr in der Gesellschaft. Der zweite Grund: Nicht wenige Zeit- und Berufssoldaten sind als Wehrpflichtige in die Bundeswehr eingetreten und haben sich dann in der Bundeswehr weiter verpflichtet. Wenn wir an den Punkt kommen wollen, den Kollege Wadephul gerade genannt hat, dann dürfen wir keine Zeit verschwenden. Deswegen ist dieser Antrag richtig. Ich bin auch dafür und werbe für Unterstützung.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Andreas Nowak. Damit haben wir jeder und jedem, der seine/ihre Position vortragen wollte, das Wort gegeben, und es folgt jetzt Carsten Linnemann mit dem Votum der Antragskommission.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Vielen Dank, auch vielen Dank für die Debatte, und wir haben uns gerade hier mal kurzgeschlossen, weil die Antragskommission der Meinung ist, dass das richtig ist, den Weg, den wir jetzt gemeinsam gehen. Es ist aber genauso richtig, dass wir am Gesellschaftsjahr festhalten. Genauso richtig ist es, dass wir bis zur Umsetzung, bis zum Gesellschaftsjahr, die Einführung einer Kontingentwehrpflicht wollen. Es ist eigentlich nur eine sprachliche Präzisierung, die wir gerne vornehmen möchten. Vielleicht können wir es einmal einblenden. Die Formulierung ist abgestimmt mit Daniel Günther, mit Johannes Winkel und Jo Wadephuhl. Ich lese mal vor: „Wir werden die Aussetzung der Wehrpflicht schrittweise zurücknehmen und eine Wehrpflicht" – Entschuldigung, „schrittweise zurücknehmen", das ist jetzt nicht die Formulierung. Die ist es nicht. Ja, wir machen jetzt mal die neue, bitte einblenden. Das war die alte. – Das ist die neue. Es ist wirklich nur eine Formulierung: „Wir werden die Aussetzung der Wehrpflicht schrittweise zurücknehmen und die Wehrpflicht in ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr überführen. Bis zu dieser Umsetzung fordern wir zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr die Einführung einer Kontingentwehrpflicht." Das wäre der Vorschlag der Antragskommission.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Carsten Linnemann, vielen Dank auch an die Antragskommission. Es hat jetzt noch eine Wortmeldung gegeben, lieber Hendrik Hoppenstedt, bleibt die aufrechterhalten? Ist okay? Zurückgezogen, vielen Dank. So, damit lasse ich abstimmen über den Antrag A 068 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 036 unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Beratungen zum Thema Wehrpflicht. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, darf ich ums Kartenzeichen bitten. – Danke sehr, die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen dann so beschlossen.

(Beifall)

Ihr seht ja, was da oben drüber läuft, „Ein Land, das frei und sicher ist". Insofern passt dieser Beschluss hervorragend zum Motto des heutigen Tages. Wir fahren fort in den Antragsberatungen zum Antrag A 069, mit A 070, mit A 071. Das sind die drei Anträge, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen. Deswegen lasse ich abstimmen über das Votum der Antragskommission. Wer dem Votum der Antragskommission

folgen möchte, darf ich ums Kartenzeichen bitten zu den Anträgen 069 bis 071. Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. –Dann so einstimmig beschlossen. Ich rufe auf den Antrag A 072, „wir wollen mehr Europa, dort, wo Europa konkreten Mehrwert schafft", das sind die Zeilen 796 bis 809, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 017. Vorab, gestern hat die Antragskommission getagt. Wir haben beschlossen, noch Anpassungen bei der Beschreibung der Europäischen Union vorzunehmen. Damit stellen wir deren Supranationalität stärker heraus. Die angepasste Passage lautet nunmehr: „Wir verstehen die Europäische Union als starke supranationale Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten. Wir stehen für eine klare Ordnung der Kompetenzen zwischen der Europäischen Union und ihren Mitgliedstaaten nach den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität sowie der Verhältnismäßigkeit." Damit kommen wir nun zur Beratung des Antrages und ich darf Elmar Brok als erstem Redner das Wort geben. – Bis Elmar Brok das Wort ergreift, finden Sie hinter uns auf der Wand die neue Fassung, die ich gerade vorgelesen habe.

Elmar Brok: Frau Tagungspräsidentin, lieber Friedrich Merz, Glückwunsch zu deiner Wahl. Ich möchte diesen Punkt nochmal verstärken und mich bei der Antragskommission ausdrücklich bedanken, denn die bisherige Formulierung war in einer kriegsentscheidenden Frage nicht ausreichend klar. Ich bin in die CDU eingetreten als Schüler, weil ein amerikanischer Historiker die Europäische Union so beschrieb: „Konrad Adenauer war der erste deutsche Staatsmann, der die Enge des nationalstaatlichen Denkens überwunden hat." Dazu gehörte immer die Supranationalität, von der Montanunion an. Das macht den Unterschied zum Europa der Vaterländer. Das macht den Unterschied der klassischen intergouvernementalen Zusammenarbeit der Staaten. Die Montanunion, den Binnenmarkt und all dieses gäbe es nicht, wenn wir nicht die Rechte einer unmittelbaren Gesetzgebung durch europäische Institutionen hätten, einschließlich der gerichtlichen Überprüfung durch einen verbindlich handelnden Gerichtshof. Wenn das nur die souveränen Staaten sind, mit einigen supranationalen Merkmalen, dann gäbe es diese Europäische Union nicht. Die Nationalstaaten sind die Träger der Veranstaltung. Sie geben die Kompetenzen, aber im Rahmen der Kompetenzen ist die Institution der Europäischen Union und ihre Verfahren, ihre Gesetzgebung, ihre unmittelbar wirksame Gesetzgebung von entscheidender Bedeutung. Das unterscheidet uns von der AfD, die sagen, wir wollen ein anderes Europa ohne Supranationalität. Denn das bedeutet, wenn wir keine Gesetzgebung mehr betreiben können, gäbe es keinen Binnenmarkt, und wenn wir keinen Binnenmarkt hätten, wäre Deutschland pleite. Das ist gegen deutsches Interesse, was diese Leute fordern. Deswegen sollten wir bei unserem urchristdemokratischen Konzept bleiben. Ich freue mich, dass durch die Formulierung der Antragskommission es so geht. Damit müssen wir auch Wahlkampf ma-

chen. Die AfD ist gegen deutsche Interessen, weil sie den Europäischen Binnenmarkt kaputt machen will. Die AfD und die BSW sind gegen deutsche Interessen, weil sie in den Fragen, wo wir nicht mehr allein handeln können, im Kampf gegen den Klimawandel, in der Migration, in den Fragen der wirtschaftlichen Stärke, der Handelspolitik, nur gemeinsam verbindlich handeln können, dass wir Mehrheitsentscheidungen haben können, auch in der Außen- und Sicherheitspolitik, wo es ja an anderer Stelle dieses Dokumentes ja steht. Wenn wir das aus den Augen verlieren, gehen wir in die falsche Richtung. Wir sollten es deutlich machen, dass wir Patrioten sind, weil wir Europäer sind. Nationalisten sind diejenigen, die in unserer Geschichte Deutschland immer in den Abgrund geführt haben. Das macht uns zur Friedens- und Europapartei, das macht den Unterschied zur AfD und zur BSW. Bitte, meine Damen und Herren, im Europawahlkampf das zum Ausdrucke zu bringen, damit wir dieses Europa und dieses Deutschland weitergestalten können, herzlichen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elmar Brok, und für die Antragskommission Daniel Caspary.

Daniel Caspary, Antragskommission: Lieber Elmar, vielen herzlichen Dank für dein lebhaftes Plädoyer für die Europäische Union und dafür, dass wir in der Antragskommission, ich glaube, eine sehr gute Formulierung gefunden haben, um deinem berechtigten Anliegen gerecht zu werden. Deswegen wäre ich dankbar, wenn der Parteitag zustimmen könnte. Das Zweite: Wir hätten einen Verkürzungsvorschlag, um dem Antrag A 072, Ä 003 doch noch gerecht zu werden. Lieber Carsten, wenn wir dann noch den Preis dafür bekommen, dass wir an der ersten Stelle im Grundsatzprogrammentwurf nichts verlängert, sondern sogar gekürzt hätten, wenn wir den Teil, der auf der rechten Tafel angezeichnet ist, einfach komplett rauskürzen, in der Art und Weise, dass der künftig heißt, „dazu gehören vor allem die Fragen des Binnenmarkts“, dann hätten wir zwei Wörter noch gestrichen und wären auch deinem Anliegen auf ein kürzeres Papier entgegengekommen, vielen Dank.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Daniel Caspary, weitere Wortmeldungen zu A 072 liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag A 072 mit den an der Wand befindlichen Änderungen, die gestern Abend noch durch die Antragskommission vorgenommen wurden. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, darf ich um das Handzeichen bitten. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Damit ist der Antrag bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen mit den gestern vorgenommenen Änderungen der Antrags-

kommission angenommen. Damit kommen wir zum Antrag A 073, A 074, A 075. Zu diesen drei Anträgen liegen keine Wortmeldungen vor. Deswegen lassen wir en bloc abstimmen. Wer den Voten der Antragskommission – So, wir fangen nochmal an. Wir rufen auf den Antrag A 073, Zeilen 810 bis 814, „wir wollen ein Europa mit klaren Kompetenzen", und den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 008. Zu diesem Antrag A 073 liegen keine Wortmeldungen vor. Deswegen lasse ich über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, bitte ich ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. Damit einstimmig so angenommen. Wir kommen zum Antrag A 074, „wir wollen die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union substanziell stärken", Zeilen 815 bis 827, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 014. Jetzt ist eine Wortmeldung eingegangen zum Änderungsantrag 012 vom Johannes Volkmann aus dem Landesverband Hessen.

Johannes Volkmann: Liebe Freunde, wir haben eine Frage zu beantworten bei diesem Änderungsantrag, und die Frage lautet: Ist der Vertrag von Lissabon das Ende der Geschichte, was die europäische Integration angeht, oder wollen wir weitere Schritte in der europäischen Integration gehen? Wenn wir das wollen, wenn wir die Europäische Union reformieren möchten, dann brauchen wir einen Konvent. Der Konvent ist das einzige Mittel in den europäischen Verträgen, um die Verträge zu verändern. Wir stellen uns eine Reihe von Änderungen in diesem Grundsatzprogramm der Funktionsweise, der Arbeitsweise der EU vor, aber gleichzeitig plädiert die Antragskommission auf Ablehnung, wenn es um den einzigen Umsetzungsmechanismus, den wir dafür haben, nämlich den Konvent, geht. Das verstehe ich nicht. Deswegen werbe ich um Zustimmung für unseren Antrag, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Johannes Volkmann, für die Antragskommission Daniel Caspary.

Daniel Caspary, Antragskommission: Lieber Johannes Volkmann, vielen Dank für deine Wortmeldung und deinen Änderungsantrag. Natürlich wollen wir als Union die Europäische Union ambitioniert weiterentwickeln und genau diese Formulierung finden wir dann ja auch in Zeile 825, folgende. Wir spüren nur, dass es in vielen europäischen Mitgliedstaaten im Moment massive Widerstände gibt, dass die Sorge da ist, wie bekommt man Vertragsänderungen dann im Zweifel in Volksabstimmungen durchgesetzt. Deswegen haben wir ganz bewusst in der Antragskommission uns ja nicht gegen einen Konvent ausgesprochen. Ein Konvent kann ein mögliches Instrument sein, um die Europäische Union weiterzuentwickeln. Aber wir haben ganz bewusst, um unseren Partnern in Europa die Möglichkeit zu geben, mitzu-

machen bei dieser Weiterentwicklung der Europäischen Union, auf das Wort Konvent verzichtet, um wirklich offen zu sein, um nicht an einem Begriff, der im Zweifel in anderen Ländern Gegenreaktionen hervorruft, das Projekt zu gefährden, sondern wir sprechen uns ganz bewusst offen und methodenoffen für eine ambitionierte Weiterentwicklung der Europäischen Union aus.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Daniel Caspary für die Antragskommission, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag A 074 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 014. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Herzlichen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Bei einigen Gegenstimmen und wenigen Enthaltungen so beschlossen. Wir kommen zum Antrag A 075, „das Versprechen der europäischen Integration für Beitragskandidaten muss realistisch sein", mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 006; das sind die Zeilen 828 bis 835. Wortmeldungen liegen zu diesem Antrag nicht vor. Ich lasse über das Votum der Antragskommission abstimmen. Wer dem Votum folgen mag, bitte ich ums Kartenzeichen. – Herzlichen Dank, Gegenstimmen. – Enthaltungen. Damit ist A 075 so angenommen. Wir kommen zum Antrag A 076, „wir treten entschieden für eine Stabilitäts- und Wachstumsunion ein", in den Zeilen 836 bis 849 mit den Änderungsanträgen 001 bis 005. Zum Antrag 076 liegen Wortmeldungen vor. Als Erstes zum Änderungsantrag 002, Landrat Michael Stickeln aus Nordrhein-Westfalen.

Michael Stickeln: Vielen Dank, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Delegierte, Sparkassen und Genossenschaftsbanken gehören zu unserer kommunalen DNA. Sie sind ein Erfolgsmodell. Sie werden von ihren Mitgliedern getragen. Sie werden von den Gewährsträgern getragen, von den Gemeinden, von den Städten, von den Kreisen. Sie sind verlässliche Arbeitgeber, unterstützen mit ihrem Sponsoring die Vereine, die Initiativen in der Heimat, in der Region ganz vielfältig. Nicht zuletzt mit ihren Ausschüttungen unterstützen sie in diesen, für uns auch unter Kommunalfinanzen, Gesichtspunkten zu herausfordernden Zeiten die kommunale Familie. Ich bitte Sie sehr herzlich, lassen Sie uns als CDU Deutschlands ein klares Bekenntnis zur Struktur der Sparkassen und der Genossenschaftsbank mit ihren deutschlandweit rund 350.000 Beschäftigten geben, indem wir dem Änderungsantrag unserer kommunalpolitischen Vereinigung zustimmen. Ich glaube, es ist ein ganz wichtiges Signal. Ich glaube, es ist ganz wichtig, dass wir als CDU dieses Signal setzen. Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Michael Stickeln, und für die Antragskommission Daniel Caspary.

Daniel Caspary, Antragskommission: Auch hier vielen herzlichen Dank für den berechtigten Vorschlag. Wir haben auch den Punkt intensiv diskutiert, denn wir haben verschiedene Gruppierungen in der Bevölkerung, die ein großes Interesse dran haben, dass wir endlich die Banken- und Kapitalmarktunion weiterentwickeln. Zum einen sind es unsere Unternehmen, die dringend besseren Zugang zu Kapital brauchen. Es sind unsere Bürgerinnen und Bürger, die Interesse daran haben, dass ihre Einlagen geschützt bleiben. Wir haben die Interessen der Sparkassen, der Genossenschaftsbanken, die wir immer in unserer Politik berücksichtigen. Wir hatten gerade in der letzten Sitzungswoche des Europäischen Parlaments wieder die Versuche von anderen, im Zweifel die Gelder und die Rücklagen aus unserem deutschen Einlagensicherungssystem für ganz Europa zu verwenden. Von daher können wir verstehen, dass das Interesse da ist, die Interessen der Sparkassen und Genossenschaftsverbände extra zu berücksichtigen. Aber ich bitte drum, weil einfach viele Gruppierungen viele Interessen haben und gerne berücksichtigt werden, dass wir auf die Nennung von einzelnen Organisationen verzichten, diese allgemeine Formulierung belassen. Denn wenn wir jetzt die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen explizit aufnehmen, werden uns viele, viele andere sagen, warum sind wir nicht genau in diesem Zusammenhang erwähnt. Von daher würde ich darum werben, das Votum der Antragskommission zu unterstützen. Selbstverständlich haben wir die Interessen unserer Sparkassen und Genossenschaftsverbände, egal auf welcher Ebene, immer im Blick.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Daniel Caspary für die Antragskommission. Zum Änderungsantrag Nummer 005 gibt es zwei Wortmeldungen. Wir starten mit Christian Bäumler und Dennis Radtke hält sich bereit.

Dr. Christian Bäumler: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, mein Name ist Christian Bäumler. Ich bin Mitglied im Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und spreche, ebenso wie Dennis Radtke, für die CDA Deutschlands. Für uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist die CDU die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Sie ist die Partei Europas und wir sind in Europa die erfolgreichste Volkspartei. Das hängt damit zusammen, dass wir in der CDU Wirtschafts- und Sozialpolitik immer gemeinsam sehen. Für uns gehören Subsidiarität und Solidarität zusammen. Deswegen haben wir hier einen Ergänzungsantrag gestellt, bei dem es darum geht, dass wir ein klares Bekenntnis auch zu einem sozialen Europa geben, ein klares Bekenntnis dazu, Europa sozial zu gestalten. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass viele gute Dinge, die wir reingeschrieben

haben, eben nicht komplett sind, wenn wir die soziale Seite ausblenden. Wenn wir wollen, dass unsere Wirtschaft wettbewerbsfähig ist, dann brauchen wir auch soziale Mindeststandards in Europa. Wir brauchen sie auch deswegen, weil es Länder gibt, die mit Dumpinglöhnen und schlechten Arbeitsbedingungen Wettbewerbsvorteile gegenüber deutschen Unternehmen haben. Die bedrohen auch deutsche Arbeitsplätze. Deswegen ist es wichtig, dass wir eine europäische Arbeitsmarktordnung haben und deswegen bitte ich Sie, diesem Antrag der CDA zuzustimmen, danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Bäumler, als Nächstes Dennis Radtke.

Dennis Radtke: Frau Tagungspräsidentin, liebe Freundinnen und Freunde, alles, was auf der linken Seite des Bildschirms aufgeschrieben steht, teile ich voll und ganz. Aber wir sind als Sozialausschüsse der Union der Meinung, da fehlt einfach noch ein ganz wichtiger Punkt, weil es reicht eben nicht nur aus, zu sagen, was wir nicht wollen. Wo wir unsere Schwerpunkte auch sehen mit Blick auf solide Finanzen, das ist alles wichtig, sondern wir müssen auch sagen, wie wir uns eine soziale Weiterentwicklung des europäischen Projekts vorstellen. Gestern hat hier an dieser Stelle unter tosendem Applaus und am Ende mit dem besten Ergebnis des Parteitages ausgestattet, Karl-Josef Laumann gesagt, wir müssen an unserem sozialen Profil arbeiten. Wir müssen die Partei sein, die sich auch um die kleinen Leute kümmert, um die Kleinen, die sich anstrengen und Mühe haben, über die Runden zu kommen. Aber ich finde, dann gehört das, sozusagen, auch in unser Leitbild für Europa integriert und darf nicht einfach hier so im luftleeren Raum auf dem Parteitag beklatscht werden. Wenn wir uns die Thematik „europäische Säule der sozialen Rechte“ anschauen, das ist kein linkes Projekt, meine Damen und Herren, sondern es ist ein EVP-Projekt. Der Vater dieses Projektes heißt Jean-Claude Juncker. Darum geht es jetzt auch, am Ende dieses EVP-Projekt ganz konkret mit Leben auszufüllen. Deswegen ist es mir auch so wichtig und deswegen haben wir auch als CDA diesen Antrag gestellt, weil es geht bei der Frage soziales Europa am Ende auch um die Frage, wie setzen wir Regeln im Binnenmarkt durch. Da geht es eben nicht nur um Schutz vor Ausbeutung, sondern da geht es eben auch um Fairness im Wettbewerb. Gerade wir in Deutschland, auch unsere mittelständischen Betriebe müssen ein Interesse an starken Mindeststandards in der Europäischen Union haben, weil das stärkt auch unsere Position im Wettbewerb. Wir haben im letzten Jahr Fälle gehabt, der eine oder andere von Ihnen wird es mitbekommen haben, LKW-Fahrer-Streik in Gräfenhausen, unfassbare Zustände, so Scheinselbständige aus Kirgisistan, aus

Aserbaidschan, aus Weißrussland. So, wir müssen ein Interesse dran haben, dass Regeln auch konsequent durchgesetzt werden, im Europäischen Binnenmarkt auch. Das gehört zur sozialen Dimension Europas dazu und deswegen werbe ich ganz ausdrücklich für unseren Ergänzungsantrag an dieser Stelle, danke schön.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Dennis Radtke, als Nächstes bitte Steffen Kampeter und anschließend Ulf Thiele.

Steffen Kampeter: Wertes Tagungspräsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ich kann vieles teilen von dem, was Dennis Radtke über die Notwendigkeit der sozialen Ausgestaltung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gesagt hat. Ich glaube, wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft und wir sollten uns in keiner Art und Weise verstecken. Friedrich Merz hat gestern eine Reihe von Sozialgesetzgebungen in den letzten 75 Jahren aufgezählt, die ausschließlich von CDU-geführten Bundesregierungen nach vorne gebracht worden sind. Ihnen allen zu eigen ist aber ein Punkt: Sie sind im Deutschen Bundestag verabschiedet worden. Die Mütter und Väter der Europäischen Verfassung haben Sozialpolitik in die nationale Kompetenz gelegt und da gehört sie ja auch hin. Wir haben gestern beschlossen, Subsidiarität und Solidarität ist etwas Wichtiges und die gehört eigentlich im Kern in die nationalstaatliche Ebene. Wir brauchen keine europäischen Mindestlohngesetze, die das System noch weiter kompliziert machen. Wir brauchen kein the right to disconnect, also eine europäische Regulierung, dass man abends nicht mehr anrufen soll bei seinen Mitarbeitenden. Das sind alles Exzesse, Anbahnungen in der Europäischen Union, wo ich glaube, dass Brüssel sich Dinge anmaßt, die nicht in Brüssels Kompetenz kommen. Deswegen Ja für ein soziales Europa, ja zu einem wettbewerbsfähigen Europa und Ja zu einem national ausgestatteten Sozialstaat. Das heißt Ablehnung des Antrages der CDA.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Steffen Kampeter, als Nächstes bitte Ulf Thiele und danach machen wir weiter, Ulf Thiele.

Ulf Thiele: Vielen Dank, Frau Präsidentin, ich hatte mich zu dem vorherigen Antrag der KPV, Sparkassen, Genossenschaftsbanken gemeldet, weiß nicht, warum das verrutscht ist, würde dazu gerne nochmal der Antragskommission widersprechen ausdrücklich, unterstütze den Antrag der KPV aus einem ganz simplen Grund: Unsere öffentlich-rechtlichen Sparkassen, unsere Genossenschaftsbanken sind in der Europäischen Union ein singuläres Phänomen. Sie sind aber zugleich ein Asset unserer mittelstandsorientierten deutschen Volkswirtschaft.

(Beifall)

Deshalb sind sie nicht irgendeine Organisation, sondern sie sind zentraler Bestandteil unseres wirtschaftlichen Arbeitens. Die ständigen Angriffe, und das muss man so deutlich sagen, die immer wieder, insbesondere aus der Kommission, aber gesteuert aus unterschiedlichen Ländern, gerne auch mal von unseren französischen Freunden, darauf abzielen, endlich doch mal eine Sparkasse oder Genossenschaftsbank in Deutschland kaufen zu können, müssen mit einem klaren Nein von uns beantwortet werden. Weil das ein zentrales Element deutscher Wirtschafts- und Volkswirtschaftspolitik ist, gehört das auch in dieses Grundsatzprogramm.

(Beifall)

Wir sind der EVP-Fraktion, insbesondere dem Teil der CDU/CSU-Gruppe, sehr dankbar dafür, dass ihr, Steffen Kampeter, immer widersteht, immer wieder diese Versuche der Übernahme unserer Sicherungssysteme, genauso wie unseres mittelständischen Bankensystems insgesamt, abwehrt. Herzlichen Dank dafür, aber wir brauchen gerade in dieser Phase, wo es einen neuen Angriff gegeben hat, aber auch dauerhaft in unserem Grundsatzprogramm zu unserem Drei-Säulen-Modell unserer Finanzierung, unseres Finanzierungssystems auch ein klares Bekenntnis zum Grundsatzprogramm, herzlichen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ulf Thiele, und als Nächstes bitte Christian Bäumler und danach abschließend für die Antragskommission Daniel Caspary.

Dr. Christian Bäumler: Ein bisschen schwierig, wenn der Vorredner ein bisschen größer ist. Ich werde es auch kurz machen. Mir geht es nur um eine kurze Erwiderung auf Steffen Kampeter. Es ist doch völlig klar, dass es in dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union auch Zuständigkeiten der Europäischen Union im Bereich der Arbeitsmarktordnung gibt. Das Entscheidende ist, dass in diesen Verträgen vorgesehen ist, dass das Subsidiaritätsprinzip gilt. Dafür haben wir uns auf Antrag der MIT auch in der Antragskommission ausgesprochen. Das heißt, es geht nicht einfach darum, grenzenlos Sozialpolitik zu machen, sondern in Grenzen der Verhältnismäßigkeit unter Subsidiarität. Deswegen kann man diesem Antrag auch zustimmen, danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Bäumler, und für die Antragskommission Daniel Caspary.

Daniel Caspary, Antragskommission: Ich glaube, in der jetzigen Diskussion wurde nochmal deutlich, ein soziales Europa ist ein wichtiges Ziel, auch für uns in der

Christlich Demokratischen Union. Deswegen haben wir genau dieses Ziel auch an verschiedenen Stellen im Grundsatzprogrammentwurf festgehalten, zum Beispiel in Zeile 786, wo wir uns für ein nach innen und außen starkes, für ein sicheres, demokratisches, geopolitisch handlungsfähiges, zukunftsorientiertes, wettbewerbsfähiges und soziales Europa aussprechen, oder wir haben im Bereich der Zeilen 801 bis 802 nochmal unsere Überzeugung der Sozialen Marktwirtschaft klar definiert und niedergelegt. Ich denke, all die Forderungen, die aus der CDA aufgerufen werden, das sind im Kern ja auch die Dinge, für die wir stehen. Schauen wir uns unser Europawahlprogramm an. Ich zitiere: „Wir sind für eine moderne Arbeitswelt und für ein sozial sicheres Europa. Wir wollen einen starken Arbeitsmarkt mit vielen sozialversicherten Beschäftigten und fair bezahlten Jobs. Wir setzen uns für arbeitsrechtliche und soziale Schutzstandards für die Beschäftigten ein. Wir stehen für ein soziales Europa, in dem die Menschen arbeiten, die Wirtschaft brummt und so die Mitgliedstaaten in ihren Steuereinnahmen einen leistungsfähigen Sozialstaat finanzieren können. Wir wollen die Tarifbindung erhöhen. Wir lehnen andererseits eine europäische Arbeitslosenversicherung ab.“ Wir gehen auch nochmal auf ein Thema ein, bei dem sich Dennis Radtke in den letzten Monaten intensiv eingebracht hat, wo wir uns im Wahlprogramm für die Europawahl für faire Arbeitsbedingungen, auch für Plattformarbeiter aussprechen. Deswegen wäre unsere bitte unter Berücksichtigung unserer klaren Ziele, die wir auch im Europawahlprogramm ausformuliert haben, im Wissen, dass wir auch bei der kommenden Bundestagswahl in diesem Bereich mit klaren ambitionierten Forderungen antreten werden als Christlich Demokratische Union, dass wir aber bitte im Grundsatzprogramm bei den ausgewogenen Formulierungen bleiben, die die Grundsatzprogrammkommission vorgeschlagen hat. Deswegen wäre ich sehr dankbar, wenn wir diesen Antrag ablehnen und die bisherige Formulierung beibehalten könnten, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Daniel Caspary für die Antragskommission. Damit kommen wir zur Abstimmung über den Antrag 076 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 005. Wer den vorgetragenen Voten der Antragskommission folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Das war eine breite Mehrheit für das Votum der Antragskommissionbei mehreren Gegenstimmen.

(Unruhe und Widerspruch)

Nutzen wir unser Tablet? Wir können auch erstmal wiederholen analog. Wir wiederholen die Abstimmung zu Antrag 076 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001

bis 005. Ich lasse abstimmen über die Voten der Antragskommission. Wer den Voten der Antragskommission folgen möchte, bitten wir um ein deutliches Kartenzeichen. Mir fällt es schon runter, so. Vielen Dank. Gegenprobe. – Es ist eindeutig, die, die dafür sind, die Mehrheit, eindeutig. Vielen Dank, insofern mit breiter Mehrheit dem Votum der Antragskommission zu A 076 gefolgt. Ich rufe auf den Antrag 077, „wir brauchen eine gemeinsame europäische Sicherheitsarchitektur", in den Zeilen 850 bis 856, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001. Dazu liegt keine Wortmeldung vor. Ich lasse direkt abstimmen über das Votum der Antragskommission. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitte ich ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Damit ist der Antrag 077 einstimmig angenommen. Ich darf mich soweit bedanken für die sehr engagierte Beratung. Es gibt jetzt hier einen Wechsel im Tagungspräsidium und ich darf übergeben auf den Tagungspräsidenten Thorsten Frei, vielen Dank.

(Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, ich versuche, ähnlich konzentriert wie die Ina hier die Verhandlungen weiterzuführen. Wir kommen zum Antrag A 078. Dafür liegen keine Wortmeldungen vor. Das Gleiche gilt im Übrigen auch für den Antrag A 079 und genauso für den Antrag A 080. Gibt es weiterhin keine Wortmeldungen? Dann können wir, wenn Sie einverstanden sind, über diese drei Anträge geschlossen abstimmen. Ich sehe keinen Widerspruch. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, ich mache der Vollständigkeit halber die Gegenprobe. – Niemand, Enthaltungen. – Auch nicht, dann haben wir das einstimmig so beschlossen. Ich rufe auf den Antrag A 081, das sind die Zeilen 910 bis 920, mit den dazugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 015. Hierzu liegen Wortmeldungen vor, zum einen von Tim Ulrich Peters und von Christiane Schenderlein. In der Reihenfolge würde ich sie gerne aufrufen, Tim Peters als Erster.

Dr. Tim Ulrich Peters: Liebe Freunde, bei der Nummer 4, liebe Freunde, ich möchte bitten, unseren Änderungsantrag zu unterstützen. Wir fordern, klarzustellen, dass es keine öffentlichen Gelder geben darf für Extremisten und Antisemiten. Das ist ein wichtiges Thema für uns im Bund, aber auch in vielen unserer Landesverbände. Es gab schon mal eine Demokratieerklärung, dass jemand, der öffentliche Gelder bekommt, auch sich ausdrücklich dazu bekennen muss, zu unserem freiheitlich demokratischen Rechtsstaat und zum Existenzrecht Israels. Das ist unsere Forderung. Ich würde sagen, wer selbst das noch nicht mal kann, und Papier ist ja geduldig, wer noch nicht mal unterschreiben kann, wenn er auch viele Anträge ausfüllt, wenn er öffentliche Gelder beantragt, dass er sich auch zu unserer freiheitlich

demokratischen Grundordnung und zum Existenzrecht Israels bekennt, der sollte auch keine öffentlichen Gelder bekommen. Wir wollen allerdings natürlich im zweiten Schritt noch weitergehen. Wenn der Antrag unterschrieben wurde oder die Demokratieerklärung, aber am Ende dann sich Vorstandsmitglieder oder führende Repräsentanten des Vereins antisemitisch oder extremistisch betätigen, soll keine weitere öffentliche Förderung mehr möglich sein und insgesamt soll auch für mehr Transparenz gesorgt werden. Wir wollen nicht, dass linksextremistische Antifa-Gruppen im Kampf gegen Rechtsextremismus gefördert werden von der Bundesrepublik Deutschland, von unseren Steuergeldern. Wir wollen auch nicht, dass islamistische Verbände, die sich antisemitisch äußern und die das Existenzrecht von Israel in Frage stellen, gefördert werden im Kampf gegen antimuslimischen Rassismus. Das soll klar unterbunden werden. Ich glaube, dieser Kampf für den demokratischen Rechtsstaat und gegen jede Form von Extremismus gehört auch absolut zur DNA unserer Partei. Deswegen hat es auf jeden Fall auch einen Platz im Grundsatzprogramm, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Tim Peters, jetzt würde für die Antragskommission Christiane Schenderlein sprechen.

Dr. Christiane Schenderlein, Antragskommission: Liebe Delegierte, vielen Dank für den Antrag, vielen Dank, lieber Peters. Wir sind uns in der Zielrichtung hier absolut einig. Es ist auch immer wieder wichtig und notwendig, auf das Existenzrechts Israel hinzuweisen. Für uns alle ist ein was völlig klar, es darf keine Fördermittel für Extremisten geben. Hier in diesem Kapitel sind wir aber im Ehrenamtskapitel. Das ist ein ganz positives geschriebenes Kapitel. Wir wollen das Ehrenamt stärken. Wir wollen einen gesellschaftlichen Beitrag oder den auch schätzen, was das Ehrenamt leistet für die lebendige Demokratie, für Vielfalt. Wir wollen auch uns einsetzen für Bürokratieabbau. Dass wir inhaltlich klar sind, wird ja auch daran deutlich, dass wir ganz viele Anträge in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hier schon auf den Weg gebracht haben, gerade auch im Kulturbereich, im Bereich Bildung und Forschung, aber natürlich auch die von den Innenpolitikern. Von daher muss man sagen, wenn man jetzt nochmal auf das Grundsatzprogramm schaut, dass dieser Absatz, der wichtig ist und wirklich auch einen ganz wichtigen Beitrag leistet, doch eher im Sicherheitskapitel aufgehoben ist, dort, wo wir uns mit dem Extremismus auseinandersetzen, oder eventuell auch im Bereich politischen Islam. Aber hier an dieser Stelle lehnen wir das ab, so das Votum der Antragskommission, Danke schön.

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christine Schenderlein, weitere Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt, also zu diesem Antrag, sehe ich

nicht. Dann würde ich darüber abstimmen lassen. Wer für das Votum der Antragskommission stimmen möchte, den bitte ich ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, das waren zaghafte Versuche. Machen wir die Gegenprobe. – Es waren aber, glaube ich, trotzdem weniger, wenn ich das richtig sehe. Einverstanden? Enthaltungen. Bei einigen Enthaltungen mehrheitlich so angenommen. vielen Dank. Dann kommen wir zum Antrag A 082. Dazu haben wir zwei Wortmeldungen, Hubert Hüppe und dann Stefan Nacke.

Hubert Hüppe: Herr Tagungspräsident, meine Damen und Herren, vorweg möchte ich der Organisation auch mal danken heute und auch den Damen, die die ganze Zeit hier gebärden. Ich glaube, dass wir während unseres Parteitags die ganze Zeit Gebärdendolmetscher haben, ist auch ein Stück Inklusion und ein schönes Zeichen für mehr politische Teilhabe in unserer Partei. Dafür erstmal herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir haben vom Kreisverband Unna einen Antrag gestellt, die letzten zwei Sätze zu streichen. Eigentlich wollten wir nur einen streichen, aber jetzt heben wir den Antrag auf zwei, weil ein zusätzlicher dazugekommen ist. Sie alle wissen, wir haben vor 15 Jahren eine Behindertenrechtskonvention bekommen. Alle CDU-Abgeordneten und CSU-Abgeordneten des Deutschen Bundestages haben damals zugestimmt. Seitdem gibt es immer wieder Sonntagsreden zu diesem Thema und die fangen meistens so an: „Inklusion ist eine Jahrhundertaufgabe". Schon weiß man, wie lange es noch dauern soll. Oder dann wird gesagt, „Wir müssen jeden mitnehmen bei der Inklusion". Schon weiß man, es wird noch länger dauern. Denn wenn man an jeder Haltestelle wartet, um jemanden mitzunehmen, der zu spät kommt, dann kommt man niemals an. Deswegen, liebe Freundinnen und Freunde, ist auch der Satz, der jetzt hier hinzugefügt worden ist, „letztlich kann Inklusion nur gelingen, wenn sie in den Köpfen aller Menschen angekommen ist", ein großer Fehler. Meine Damen und Herren, liebe Freunde, wir können nicht darauf warten, dass auch der Letzte sagt, Inklusion ist eine gute Sache. Inklusion ist ein Menschenrecht und ein Herr Höcke wird niemals für Inklusion sein. Deswegen müssen wir diesen Satz streichen, weil nicht ein Menschenrecht davon abhängig gemacht werden kann, dass sie in allen Köpfen bei den Menschen ankommen. Auch der Satz davor, meine Damen und Herren, dieser Absatz wird für viele Menschen mit Behinderung ein Zeichen sein, wie wir als Partei zu ihnen stehen, übrigens auch die Menschen in unserer Partei. Wir haben zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen ein Netz von Menschen mit Behinderung in der CDU NRW, die sehr engagiert für Teilhabe sich engagieren und auch versuchen, immer mehr Menschen mit Behinderung an unserer Politik zu beteiligen. Dann sollten wir die wenigen Sätze, die wir ja haben, die aber gut sind, da

sollten wir es auch bei belassen. Wir haben bei keiner anderen Gruppe gesagt, wir danken auch den professionellen Kräften, die da für andere arbeiten, weder für die alten Menschen noch für die Kinder, nur bei den Menschen mit Behinderung. Dann darf ich fragen, wieso sagen wir denn, wir bedanken uns bei den professionellen Kräften? Wenn, dann würde ich mich bei denen auch bedanken, die ehrenamtlich was für Inklusion tun, die dafür sorgen, dass im Sportverein auch Menschen mit Behinderung mitmachen können. Ich sage dies auch aus dem Hintergrund, als die Behindertenrechtskonvention beschlossen wurde im Deutschen Bundestag, war mein Sohn, der auch mehrfach behindert ist, gerade 14. Jetzt ist er 30 oder wird 30 im November. Wir haben immer dafür gekämpft, dass er mit anderen Kindern und Jugendlichen zusammenerzogen wurde. Das war schwierig. Wir haben dafür kämpfen müssen, dass er in denselben Kindergarten gehen durfte, wie die Nachbarkinder. Auch das war nicht einfach. Wir mussten kämpfen. Wir haben dafür gekämpft, dass er in die Hauptschule gehen durfte und heute arbeitet er bei einem großen Logistikunternehmen, verdient 17 Euro, bezahlt Steuern und Sozialbeiträge und seit zwei Jahren wohnt er selbstständig, allerdings mit einem persönlichen Budget. Meine Damen und Herren, das zeigt, es geht, wenn man es will und wenn die Leute bereit sind. Dafür brauchen wir nicht unbedingt die professionellen Kräfte, sondern dafür brauchen wir die Einstellung der Menschen. Dafür brauchen wir zum Beispiel Unternehmen, die diesen Menschen eine Chance geben. Bitte stimmen Sie dafür, vielleicht ist das Tagungspräsidium auch von sich einsichtig genug, nehmen wir die zwei letzten Sätze zurück, damit ich nach Hause gehen kann und meinem Sohn sagen kann, der übrigens auch in der Jungen Union ist.

(Vereinzelt Beifall)

Auch das gehört zur Inklusion, dass ich ihm sagen kann, dieser Absatz ist nur für dich, vielen Dank.

(Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Hubert Hüppe, ich will einfach nur geschäftsleitend sagen, wir haben ja keine Redezeitbegrenzung vereinbart, aber funktionieren tut es natürlich nur dann, wenn alle versuchen, sich einigermaßen kurz zu fassen, damit wir auch wirklich in eine Debatte kommen können. Lieber Stefan, bevor du sprichst für die Antragskommission, würde ich zunächst Wilfried Oellers noch das Wort geben, der sich ebenfalls gemeldet hat. Wilfried Oellers ist an Mikrofon 4. Bitte schön, du hast das Wort.

Wilfried Oellers: Vielen Dank, Herr Vorsitzender, als Teilhabebeauftragter der CDU/CSU-Bundestagsfraktion bitte ich um Nachsicht, dass ich zu diesem Thema auch

kurz Stellung nehme und insbesondere zu den beiden Sätzen. Ich möchte hinten anfangen. Der letzte Satz, der da lautet, „Inklusion kann nur funktionieren, wenn sie in den Köpfen der Menschen ankommt“. Diesen Satz bitte ich, als Appell zu verstehen, und zwar deswegen, weil wir viele Gesetze und viele Regelungen geschaffen haben, die das Leben für Menschen mit Behinderungen leichter machen und unterstützen sollen. Aber es geht natürlich auch um die Frage der Umsetzung dieser Regelungen, auch in der Praxis. Da stellt man oft fest, dass doch im Rahmen von Ermessensentscheidungen mal so und mal so entschieden wird. Diese Grundintention, dass wir Menschen mit Behinderung in die Mitte unserer Gesellschaft aufnehmen und das haben und sie entsprechend begleiten. Ich finde, das muss in den Köpfen der Menschen ankommen, und deswegen dieser Satz. Der vorherige Satz, in dem man ein Dankeschön ausspricht an die Arbeit derer, die Menschen mit Behinderungen begleiten im Alltag, den halte ich schon für enorm wichtig. Jetzt kann man sicherlich kritisieren, ob man da nur professionelle Arbeit mit meint, aber im Ergebnis ist diese Begrifflichkeit „professionelle Arbeit“ nicht damit zu verstehen, dass wir jetzt nur die Hauptamtlichen meinen, sondern es sind im Ergebnis auch die Ehrenamtlichen, die gemeint sind, da ist der zweite Halbsatz enorm wichtig, „die die Menschen mit Behinderungen im Alltag begleiten“. Deswegen würde ich sehr dafür werben, beide Sätze bitte drin zu lassen. Wenn man sich an der Begrifflichkeit professionell stört, könnte man den vielleicht noch streichen, aber ich bitte herzlich darum, dem Votum der Antragskommission ansonsten zu folgen, dass diese beiden Sätze drin stehen bleiben, darf auch erwähnen, dass diese Formulierungen auch von mehreren Kreisverbänden und Antragstellern eingebracht ist. An der Stelle will ich auch Janina Jänsch erwähnen, die Geschäftsführung des Bundesverbandes für Körper und mehrfach behinderte, mehrfach schwerst behinderte Menschen ist, die an diesem Antrag und an diesen Formulierungen auch mitgearbeitet hat, herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Wilfried, jetzt Stefan Nacke.

Dr. Stefan Nacke, Antragskommission: Lieber Thorsten, lieber Hubert, lieber Wilfried, ich kann mich anschließen für die Antragskommission der Argumentation von Wilfried. Wir schlagen einen geänderten Text vor, der das Engagement aller, die sich für Menschen mit Behinderung einsetzen, würdigt. Damit ist dem Anliegen des Antragsstellers teilweise Rechnung getragen, dass der Fokus sich nicht nur auf die Einrichtungen richtet. Die Erwähnung der Unterstützer von Menschen mit Behinderung bleibt aber im Absatz erhalten, da wir sie als Teil des Ganzen sehen. Also im Wortlaut: „Wir schätzen die professionelle Arbeit aller, die Menschen mit Behinderung den Alltag erleichtern“, vielen Dank.

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Stefan, jetzt lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank, Gegenprobe. – Vielen Dank, Enthaltungen. –Ersteres war die Mehrheit, damit ist dem Votum der Antragskommission gefolgt. So, jetzt rufe ich auf die Anträge A 083, 084 und 085, also drei Anträge, wo es keine Redneranmeldungen gibt. Das scheint sich auch nicht zu ändern, dann könnten wir, wenn Sie einverstanden sind, geschlossen darüber abstimmen, also über die Anträge 083, 084, 085. Wer hier dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Eine Gegenstimme, Enthaltungen. – Keine, dann haben wir das einstimmig so beschlossen. Ich rufe auf den Antrag A 086, das betrifft die Zeilen 974 bis 988, mit den dazugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 024 und dazu liegt eine Wortmeldung vor von Sarah Beckhoff. Sie hat jetzt das Wort und eilt zum Mikrofon 5, bitte schön.

Sarah Beckhoff: Liebe Parteifreunde, liebe Delegierte, wir haben hier als Junge Union nochmal den Punkt machen wollen, dass wir der Lebensrealität, gerade junger Familien, einfach nochmal stärker Rechnung tragen möchten, dadurch, dass wir ihnen mehr Flexibilität geben, und zwar nicht mehr strikte Zeiten an einem Tag vorgeben wollen, sondern eine begrenzte Wochenarbeitszeit an diese Stelle stellen wollen. Uns ist bewusst, dass das relativ konkret ist für ein Grundsatzprogramm, aber ich glaube, wenn steuerfreie Überstunden ihren Platz finden, und das vollkommen zurecht, dann auch hier bei dem Abschnitt zu Familien das Thema begrenzte Wochenarbeitszeit. Denn wir sprechen darüber, dass ja immer mehr in gewissen Dienstleistungsberufen arbeiten, die jetzt nicht zwingend in der Industrie am Fließband stehen müssen, wo das zugegeben vielleicht hier und da schwieriger ist, sondern dass man vielleicht die Kinder abholt, Hausaufgaben macht, die Kinder ins Bett bringt und sich dann nochmal zwei, drei Stunden an die Arbeit macht. Dieser Realität wollen wir damit Rechnung tragen und ich glaube, es wäre ein ganz, ganz starkes Zeichen, wenn wir heute diesen Antrag der Jungen Union annehmen würden, danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Beckhoff, jetzt hat sich als nächstes zu Wort gemeldet Theresa Gröninger vom Landesverband Bremen. – Frau Gröninger,– da ist sie, sehr gut, und kommt auf die Bühne, bitte schön.

Theresa Gröninger: Liebe Freundinnen und liebe Freunde, ich hoffe, dass meine Stimme hält. Ich bin wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft und spreche für die Junge Union, allerdings zu einem anderen Thema als Sarah Beckhoff. Wir wollen, dass selbstständige Frauen finanzielle Unterstützung während des Mutterschutzes erhalten.

(Vereinzelt Beifall)

Wofür stehen wir eigentlich als CDU? Wir stehen dafür, dass wir unternehmerisches Handeln fördern. Wir wollen fördern, dass Menschen Verantwortung übernehmen und wir wollen Familien fördern. Das heißt, es ist die Essenz von guter Wirtschaftspolitik und gelungener Familienpolitik, dass wir die fördern, die aktuell stark benachteiligt sind, weil es für sie keine Regelung gibt, und das sind die selbstständigen Frauen. Wenn wir wieder wollen, dass die Wirtschaftskraft sich nach vorne entwickelt, dann brauchen wir ein All-hands-on-deck-Manöver, dann brauchen wir alle Männer und alle Frauen und dann brauchen wir die mutigen Ideen und die unternehmerische Tatkraft, die vorweggeht und dazu führt, dass wir in diesem Land wieder einen Wirtschaftssprung machen können. Eine Schwangerschaft darf nicht zur Bedrohung einer Existenz führen. Familienplanung darf Frauen nicht davon abhalten, Unternehmen zu gründen. Damit verschenken wir Chancen und vergeben Potenziale. Wir haben hier eine Lücke im System. Im Sinne einer Sozialen Marktwirtschaft fördern wir Unternehmertum und stützen Menschen, die nicht leisten können. Bei aller Liebe, Frauen leisten rund um die Geburt genug für die Gesellschaft, deswegen sollten wir sie unterstützen, wenn sie auch selbstständig sind. Dieser Antrag ist CDU pur. Ich spreche mich für den Antrag gegen die Empfehlung der Antragskommission aus und beantrage eine einzelne Abstimmung, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Theresa Gröninger, jetzt hat Silvia Breher für die Antragskommission das Wort.

Silvia Breher, Antragskommission: Vielen Dank, lieber Thorsten, zu beiden Rednerinnen kann ich nur sagen, volle Zustimmung, sehen wir exakt genauso, auch als Fraktion in der aktuellen Arbeit in Berlin. Insofern gehört das in ein Regierungsprogramm, und zwar eins zu eins beide Punkte und die könnte ich noch um einige weitere ergänzen. Also volle Zustimmung, aber bitte nicht in einem Grundsatzprogramm, weil wir das, ehrlich gesagt, möglichst schnell umsetzen wollen und damit dann auch einen Haken dran machen können, also vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Silvia, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deswegen würde ich jetzt über den – ja, bitte, doch, Wiebke Winter.

Dr. Wiebke Winter: Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Silvia, ich finde es großartig, dass du sagst, wir stehen dahinter, aber dann ist es jetzt auch an der Zeit, dass wir ein wichtiges Signal senden an die jungen Frauen in diesem Land, an diejenigen, die sich selbstständig machen wollen, an die Handwerkerinnen da draußen, an die freiberuflichen Ärztinnen da draußen, denen wir zeigen, wir stehen an eurer

Seite, wir wollen euch unterstützen. Denn Selbstständigkeit für junge Frauen ist häufig nicht möglich, wenn sie ein Kind bekommen wollen. Ich finde, das ist so grundsätzlich, dass wir es hier aufnehmen sollten, und ich bitte nochmal um getrennte Abstimmung hier zu diesem Punkt, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Wiebke Winter, wünscht die Antragskommission nochmal das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, dann würde ich jetzt drüber abstimmen lassen. Wir haben jetzt vier Wortmeldungen dazu gehört. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Ich habe den Eindruck, dass sich nicht so viele an den Abstimmungen beteiligen. Das macht dann die Mehrheitsfindung so schwierig. Also wenn jetzt nicht zwei Drittel Enthaltung votieren wollten, dann würde ich einfach nochmal drüber abstimmen lassen und mit der Bitte, sich möglichst zu beteiligen und die Karte nach vorne zu halten, sodass man es gut sehen kann. Wer für das Votum der Antragskommission votieren möchte, den bitte ich ums Kartenzeichen. – Ja, das ist jetzt schon bedeutend mehr, vielen Dank, Gegenprobe. – Ersteres war die Mehrheit, wenngleich das sicherlich keine überwältigende Mehrheit war, aber wenn Sie das akzeptieren, dann würde ich sagen, ist das der Antragskommission angenommen. Vielen Dank, wir kommen zum Antrag A 087. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Deswegen würde ich drüber abstimmen lassen. Wer dem Votum der Antragskommission folgt, den bitte ich um Zustimmung. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Ersteres war die Mehrheit. Dann haben wir das so beschlossen und kommen zum Antrag A 088. Da gibt es eine Wortmeldung von Ansgar Heveling. Das bezieht sich, nur für die, die es mitverfolgen, auf die Zeilen 995 bis 1.006, und mitberaten werden hier die Änderungsanträge 001 bis 019. Das ist aufgerufen. Ansgar Heveling hat das Wort am Mikro 5.

Ansgar Heveling: Verehrtes Tagungspräsidium, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, ich beziehe mich auf die Fassungen der Antragskommission. In der ursprünglichen Formulierung hieß es in Zeile 1.006, „aktive Sterbehilfe lehnen wir ab“. Jetzt hat die Antragskommission das geändert in „geschäftsmäßige Sterbehilfe“, ohne, dass es dazu aber auch einen Antrag gegeben hätte. Ich würde für die ursprüngliche Formulierung werben wollen, weil die Ersetzung des Wortes eine, ich denke mal, unbeabsichtigte Verengung des Themas darstellt. Wir ringen im Bundestag über das Thema geschäftsmäßige Suizidbeihilfe, was ein Teil der Sterbehilfediskussion ist. Das hat aber nur am Rande mit aktiver Sterbehilfe zu tun und die lehnen wir natürlich, oder würde ich vorschlagen, grundsätzlich abzulehnen, akti-

ves Tun bei der Sterbehilfe zuzulassen. Also insofern, die Formulierung ist eine Verengung, die, glaube ich, nicht beabsichtigt ist. Ich würde vorschlagen, zur ursprünglichen Formulierung zurückzukehren.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ansgar, weitere Wortmeldung haben wir jetzt für die Antragskommission von Silvia Breher, Wort, wird nicht gewünscht? – So, jetzt gibt es gerade noch eine Klärung mit der Antragskommission. Vielleicht finden wir da eine gemeinsame Lösung. – So, Silvia, – dann würde ich einfach sagen, wir machen schon mal weiter in der Zwischenzeit und dann kann ich aufrufen die Anträge A 089 bis A 098. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor und wenn das in Ordnung ist, dann würde ich darüber gesamthaft abstimmen. Das scheint akzeptiert zu sein, dann möchte ich fragen, wer für die Voten der Antragskommission stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Keine, Enthaltungen, dann haben wir das so beschlossen. Jetzt ist jetzt gerade in diesem Moment eine Wortmeldung zum Antrag 094 gekommen. Wären Sie damit einverstanden, dass wir aus den zehn Anträgen, die wir jetzt gerade eben beschlossen haben, diesen 94-er nochmal herausgreifen, dazu die Wortmeldung hören und anschließend über diesen einen Antrag nochmal abstimmen? Okay, das freut mich, vielen Dank. Dann rufe ich dazu auf Prof. Dr. Michael Dust.

Prof. Dr. Michael Dust: Liebe Freunde, der Antrag sieht so ein bisschen aus, als ginge es da nur um Wording, aber es geht um einen ganz entscheidenden Punkt, und zwar geht es darum, dass wir die Auslandsfinanzierung verbieten wollen. Wir wollen nicht Alternativen dazu suchen, und zwar, wenn wir Alternativen dazu suchen würden, dann wäre es unsere Aufgabe, die Alternativen zu finden. Das ist eben nicht unsere Aufgabe. Wir wollen einfach nur die Auslandsfinanzierung verbieten und es ist uns eigentlich dann egal, wie die Finanzierung zustande kommt, aber es ist nicht unser Auftrag, für die Ersatzfinanzierung zu sorgen.

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dust, für die Antragskommission würde Jens Spahn sprechen.

Jens Spahn, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde, lieber Michael, wir alle spüren ja, sehen ja, nicht zuletzt mit den Ereignissen in Hamburg, Stichwort Ausrufung des Kalifats, wir haben ein Thema miteinander, ein gesellschaftliches, unser Vorsitzender, Friedrich Merz, hat es gestern ja auch richtigerweise ausdrücklich angesprochen: Wir sehen in jeder Schule, in jedem Stadtteil, an zu vielen Stellen, dass wir es mit einem fundamentalistischen, reaktionären Islam in Teilen zu tun haben, wo zu oft, ausdrücklich nicht in allen, aber zu oft und in zu vielen Mo-

scheegemeinden, zum Beispiel nicht die Gleichberechtigung von Mann und Frau gepredigt wird, zu oft Judenhass Teil von Predigten, von Aussagen ist, die Jugendarbeit nicht integrierend ist in die Gesamtgesellschaft, sondern eher Parallelgesellschaften befördern, dies und anderes mehr. Jetzt ist die Frage, was machen? Wie bauen wir Brücken? Wie machen wir es möglich, dass aus türkischen, aus arabischen Moscheegemeinden in Deutschland, deutsche Moscheegemeinden werden, die sich als Teil unserer Gesellschaft auch sehen und sich vor allem auch integrieren wollen, mit uns gemeinsam die Zukunft des Landes gestalten wollen. Ich finde schon, und das sehe ich eben anders als der Vorredner. Wenn wir sagen, wir wollen Auslandsfinanzierung verbieten und unterbinden, dass wir mithelfen sollten, dass eben eine Finanzierung entstehen kann, auch eigenständig, vielleicht sogar übergangsweise über eine Stiftungslösung, bei der wir Bedingungen stellen, zum Beispiel, dass eben Jugendarbeit nach bestimmten Kriterien stattfinden muss. Ich finde, das unterscheidet uns von den extremen Rechten, die sagen, gar kein Islam, gar keine Muslime in Deutschland. Das ist ausdrücklich nicht unsere Position.

Unsere Position ist: Lasst uns zusammentun mit der großen Mehrheit, die liberalen, säkularen Muslime, die eben nicht in den Verbänden organisiert sind. Lasst uns mithelfen, dass Moscheegemeinden hier sich so entwickeln, dass sie sich als Teil der Gesellschaft sehen. Ich finde, dazu gehört dann auch, zu versuchen, und das ist das, was wir in der Formulierung sagen, wenn wir die Auslandsfinanzierung beenden, gemeinsam Wege zu finden, wie denn Finanzierung in Zukunft gelingen kann. Ich weiß, dass das nicht einfach ist, vor allem, wenn man es dann konkret machen will, aber erstmal diese Zielbeschreibung bei uns im Grundsatzprogramm zu haben, finde ich sehr, sehr wichtig, weil es eben das Signal sendet, so, wie es ist, kann es nicht bleiben. Wir wollen keine Finanzierung aus dem Ausland. Wir wollen nicht, dass das, was da jeden Tag passiert, weiterhin passiert. Wir sind aber bereit, auch mitzuhelfen, dass es eine Alternative geben kann. Deswegen bitte ich, das Votum der Antragskommission anzunehmen.

(Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jens Spahn, dann würde ich jetzt über diesen Antrag A 094 nochmal isoliert abstimmen lassen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Ersteres war die Mehrheit. Dann haben wir das so beschlossen. Dann rufe ich jetzt nochmal auf den Antrag A 088, da hatten wir vorhin unterbrochen, und würde Silvia Breher für die Antragskommission das Wort geben.

Silvia Breher, Antragskommission: Vielen Dank, Thorsten, ich kann, oder wir können, tatsächlich dem Ansgar Heveling zustimmen an der Stelle. „Aktive Sterbehilfe“

stand vorher auch drin und wir haben es dann abgemildert, versucht, im Rahmen einer Diskussion, weil es einen Antrag gab, den ganz rauszunehmen. Aber mit der Präzisierung von Ansgar, als Experte auch in der Fraktion, liegt er natürlich richtig. Insofern würde ich sagen, „aktive Sterbehilfe" bleibt auch aus Sicht der Antragskommission drin.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Einverstanden, dann haben wir da eine gute Lösung gefunden. Ich lasse drüber abstimmen, und zwar über den Vorschlag, wie er von Ansgar Heveling, und jetzt bestätigt auch nochmal durch Silvia Breher, genannt ist. Wer dafür ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. Dann ist es mehrheitlich so beschlossen, vielen Dank. Ich rufe jetzt auf den Antrag A 099, in den Zeilen 1.102 bis 1.107, und den dazugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 015. Hierzu liegen Wortmeldungen vor, und zwar die erste von Dr. Thomas Gebhardt. – Da ist er. Thomas, du hast das Wort.

Dr. Thomas Gebhardt: Liebe CDU-Familie, es ist gut, dass wir uns als Christdemokraten für ein verpflichtendes Gesellschaftsjahr aussprechen. Aber meine Bitte ist: Lasst uns doch einen Schritt weitergehen, indem wir sagen, man kann diesen Dienst leisten entweder in Deutschland oder in einem anderen Mitgliedsland der Europäischen Union. Man stelle sich einmal vor, auch andere Länder würden so etwas einführen. Es wäre das beste Programm für das Zusammenwachsen Europas, das man sich vorstellen kann, wenn beispielsweise junge Deutsche für ein paar Monate nach Frankreich gehen, dort mitarbeiten, junge Franzosen im Gegenzug zu uns nach Deutschland kommen. Es wäre eine gigantische Chance auch für die jungen Menschen. Sie könnten die Sprache gleich mitlernen. Es ist klar, es ist nichts, was man von heute auf morgen umsetzen kann. Es ist eher eine längerfristige Idee. Deswegen werbe ich dafür, dass wir diesen Gedanken nicht nur aufgreifen mit Blick auf das Wahlprogramm, sondern dass wir diesen Gedanken auch hier im Grundsatzprogramm aufgreifen, hier verankern, denn hier gehört dieser Gedanke hinein. Deswegen bitte ich um die Zustimmung zu dem entsprechenden Änderungsantrag, herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Thomas, jetzt würde Christiane Schenderlein die Position der Antragskommission nochmal erläutern.

Dr. Christiane Schenderlein, Antragskommission: Vielen Dank, Herr Gebhardt, für den Antrag. Wir haben uns entschieden in der Antragskommission, diesen Antrag zu überweisen an den Generalsekretär zur Diskussion für das Regierungspro-

gramm. Hier haben wir wieder das Thema, dass wir an sich thematisch gut nachvollziehen können. Die Intention ist völlig klar, aber sagen, im Grundsatzprogramm ist es eben ein allgemeiner Duktus, und das sollte auch an der Stelle so festgehalten werden. Alles, was eine Detailliertheit hat, bietet sich dann eben auf jeden Fall dafür an, ins Wahlprogramm aufzunehmen, danke.

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Christiane, ich glaube, das ist der ganz entscheidende Unterschied. Das ist ein unterstützenswertes Anliegen und deswegen wird es auch nicht abgelehnt, sondern muss eben nur an den richtigen Ort. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe – Enthaltungen. – Dann war Ersteres die Mehrheit, herzlichen Dank. Dann kommen wir zum Antrag A 100, in den Zeilen 1.108 bis 1.123, mit den dazugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 012. Hierzu liegen uns Wortmeldungen vor, und zwar zunächst von Birte Glißmann. Sie ist am Mikro Nummer 6, bitte schön.

Birte Glißmann: Vielen herzlichen Dank, ich spreche zu Antrag 008, einen Änderungsantrag der Jungen Union, und ich möchte die Debatte aufgreifen, die wir eben schon im Ehrenamtskapitel geführt haben, nämlich zu der Frage, inwieweit fördern wir auch Vereine und Verbände, die sich gegen unsere freiheitlich demokratische Grundordnung richten. Der Änderungsantrag ist eben verwiesen worden mit der Begründung, das sei alles inhaltlich richtig, aber das stehe sinngemäß schon beim Thema Extremismus. Jetzt habe ich nochmal nachgeguckt und das steht da eben nicht. Im Themenbereich Extremismus ist der Vorschlag der Antragskommission, dass wir Gelder für politische Bildung an Vereine und Verbände nicht aufnehmen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten. Das reicht aber nicht. Wir müssen in allen Bereichen ein klares Stoppschild den Vereinen und Verbänden entgegenstellen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten.

(Beifall)

Die Documenta und die Berlinale waren keine politische Bildung. Das waren Kulturveranstaltungen, und dazu müssen wir uns im Grundsatzprogramm auch klar positionieren. Deswegen bitte ich darum, dass wir einzeln abstimmen, ein erneuter Versuch, dass sowas möglich sein könnte, und bitte, dann hier entgegen dem Votum der Antragskommission den Antrag anzunehmen.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Birte Glißmann, für die Antragskommission würde sprechen die Christiane Schenderlein.

Dr. Christiane Schenderlein, Antragskommission: Vielen Dank für den Antrag, für den sehr wichtigen Antrag. Er spricht tatsächlich auch dem Antrag, den wir in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf den Weg gebracht haben, Stichwort Antisemitismusklausel, und nach Rücksprache jetzt ganz kurz mit unserem Generalsekretär würden wir deshalb votieren, dass wir den Antrag annehmen.

(Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christiane, also damit hat sich, glaube ich, der Antrag auf Einzelabstimmung erledigt. Dann würden wir das einfach so annehmen und mit dieser Änderung über den Gesamtantrag A 100 abstimmen, einverstanden? Dann bitte ich um das Kartenzeichen bei denjenigen, die dem zustimmen können. – Herzlichen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. Haben wir das einstimmig so beschlossen, herzlichen Dank. Damit haben wir im Übrigen auch die Halbzeit bei den Anträgen zum Grundsatzprogramm erreicht.

Jetzt kommen die zweiten 100 Antragskomplexe. Wir hätten jetzt die Möglichkeit, bei den Anträgen 101 bis 105 wieder geschlossen abzustimmen, weil dazu keine Wortmeldungen vorliegen. Wenn dem so ist, dann würde ich das auch tun. Wer dem Antrag der Antragskommission und den jeweiligen Voten folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Herzlichen Dank. – Gegenprobe. – Enthaltungen. Dann haben wir das jeweils einstimmig so beschlossen. Ich rufe jetzt auf den Antrag 106 in den Zeilen 1189 bis 1198 mit den dazugehörigen acht Änderungsanträgen. Wortmeldungen liegen vor, und zwar zunächst von Lukas Honemann. Bitte schön Herr Honemann.

Lukas Honemann: Ein Bildungsideal, das auf Offenheit Innovation und Leistungswillen setzt, ist in meinen Augen wesentlich besser geeignet, als ein Bildungsideal, das auf Leistung Offenheit, Toleranz und Vielfalt setzt. Toleranz und Vielfalt sind gute Grundlagen für unsere Gesellschaft, aber ein Bildungsideal, daran möchte ich noch mal erinnern: Da geht es darum, dass die Menschen sich selbst zu einer Person erziehen. Jetzt gibt es vielleicht den ein oder anderen, der unter Vielfalt hier eine Vielfalt der Schulsysteme versteht. Das macht der gemeine Bürger aber nicht. Deswegen möchte ich als Studentenvertreter dafür plädieren: Offenheit passt. Wir wollen offen sein, das schließt Toleranz mit ein. Wir wollen aber gerade in Bezug auf Wissenschaft ganz klar betonen: Wir brauchen Innovation. Es war immer der technische Vorsprung, der Deutschland geholfen hat, auch wirtschaftlich zu bestehen. Deshalb bitte ich hier: „Offenheit Innovation und Leistungswillen“. Bei Leistung haben wir Konsens. Aber es kommt drauf an, dass man Willen hat zur Leistung, nicht nur die Leistung an sich. Deswegen glaube ich, ist es das bessere Bildungsideal als die vier Punkte, die sich auch ein wenig sperrig anhören. Das ist, glaube ich der Weg, wie wir besser aufgreifen, was unser Bildungsideal ist. Ich danke ganz herzlich.

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank Lukas Honemann. Die nächste Wortmeldung ist von Theresa Koßbiehl aus Baden-Württemberg. Frau Koßbiehl scheint doch nicht zutreffend zu sein. Dann möchte ich für die Antragskommission fragen, ob Karin Prien das Wort wünscht, tut sie, bitte schön, Karin.

Karin Prien, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde, wenn ihr euch den entsprechenden Absatz jetzt anschaut, dann beschreiben wir dort unser Grundverständnis vom Bildungsideal. Wir beschreiben ein humanistisches Bildungsideal auf Grundlage des christlichen Menschenbildes. Ihr, liebe Freunde vom RCDS, habt jetzt leider nur die Überschrift, aber habt den Inhalt nicht verändert. Jetzt passen Überschrift und Inhalt leider nicht mehr so richtig zusammen. Ehrlich gesagt, würde ich deshalb doch sehr darum bitten, dass wir unsere ursprüngliche Formulierung beibehalten. Die Themen Leistungswählen und Innovation werden wir später wiederfinden, auch im Hochschul- und Wissenschaftskapitel. Aber hier gehört es ehrlich gesagt wirklich nicht hin. Das Leistungsthema haben wir gerne noch mal verstärkt und aufgenommen. Vielen Dank.

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karin. Ich glaube, beide Positionen sind gut begründet. Deswegen lassen wir jetzt drüber abstimmen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. – Ich mach die Gegenprobe. – Das ist weniger. – Enthaltungen. – Dann ist dem Votum der Antragskommission mehrheitlich gefolgt. Vielen Dank. Ich rufe auf den Antrag A 107. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse deswegen gleich darüber abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank. – Gegenprobe. – Enthaltungen. – Beides nicht der Fall. Dann haben wir das einstimmig so beschlossen. Wir kommen jetzt zum Antrag A 108 in den Zeilen 1205 bis 1220 mit insgesamt 11 dazugehörigen Änderungsanträgen. Hierzu liegen Wortmeldungen vor, und zwar zunächst einmal von Dr. Marc-Philipp Janson aus Rheinland-Pfalz.

(Beifall)

Dr. Marc-Philipp Janson: Vielen Dank. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte gleich zu zwei unserer Änderungsanträge sprechen. Nämlich zu Änderungsantrag 3 und Änderungsantrag 9. Wir wollen Bildungs- und Aufstiegschancen für alle. Das schreiben wir in die Überschrift. Die Leistungsgerechtigkeit ist die Grundlage unseres Aufstiegsversprechens, was wir in diesem Antrag formulieren. Das ist der Leitgedanke, der sich durch unser gesamtes Grundsatzprogramm zieht, dass wir ein funktionierendes Bildungssystem haben wollen, was Lernvoraussetzungen für jeden schafft. An anderer Stelle fordern wir deswegen richtigerweise auch die verbindlichen Sprachstandstests für Einzuschulende. Wir setzen uns da-

für ein, dass Noten in der Gesellschaft nicht als was Negatives angesehen werden, dass Leistung etwas ist, was wir honorieren und nach der wir auch selektieren. Deswegen werben wir dafür, dass auch die verbindliche Schullaufbahnempfehlung in diesem Passus aufgenommen wird. Wir bekennen uns dafür, dass das Leistungsprinzip gilt, dass für Schülerinnen und Schüler hinsichtlich ihrer individuellen Leistung und Begabungen fördern, und nicht nach Gutdünken oder nach Herkunft. Der zweite Antrag ist mir persönlich ein ganz besonderes Herzensanliegen. Denn wir müssen bei dem Thema Leistungsförderung und individuelle Begabung auch an die Schwächsten in diesem Land denken. Es ist richtig, dass wir uns in diesem Grundsatzprogramm zur UN-Behindertenrechtskonvention bekennen. Das haben wir auch schon heute diskutiert. Aber es fehlt auch weiterhin in diesem Grundsatzprogramm ein Bekenntnis zu Förderschulen. Auch die geänderte Fassung adressiert, dass es einen Förderbedarf gibt, aber bleibt beim konkreten Förderort recht schwammig. Wir möchten, dass die Förderschulen in das Grundsatzprogramm ergänzt werden. Inklusion ist wichtig, aber – und das lassen Sie mich gerne sagen als Psychologe und Bildungsforscher – die Realität in diesem Land sieht anders aus. Es fehlen sonderpädagogisch geschulte Integrationshelfer. Es gibt leider Kinder, und es wird sie immer geben, für die das Regelschulsetting kein gutes Bildungsumfeld oder keine ausreichende Fördermöglichkeiten bietet. Das sind sozioemotionale Störungen wie schwerer frühkindlicher Autismus. Das sind schwere kognitive Beeinträchtigungen. Die müssen wir individuell in Förderschulen fördern. Diese Kinder dürfen wir nicht durch den Rost fallen lassen, denn das ist das, was momentan passiert. Die Kinder warten auf Förderschulplätze. Die werden teilweise gar nicht mehr beschult, weil es die Förderschulen immer weniger gibt. Das kann nicht unser Anspruch sein. Deswegen werbe ich dafür, dass wir die Förderschulen in das Grundsatzprogramm aufnehmen. Bitte unterstützen Sie unsere beiden Anträge zu diesen Punkten, vielen Dank.

(Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr Janson. Zum Änderungsantrag gibt es eine weitere Wortmeldung. Nämlich von Lilly Krahner aus Thüringen. Bitte schön Frau Krahner.

Lilly Krahner: Ich bin sehr dankbar, dass das Thema individuelle Förderung auch im Grundsatzprogramm ein Raum gefunden hat. Marc-Philipp Janson hat es eben schon gesagt. Das aktuelle Grundsatzprogramm auch mit der Änderung der Antragskommission deckt eben nicht das mehrgliedrige Schulsystem mit der Förderschule in Gänze ab und benennt das ganz klar. An der Förderschule wird jedes Kind als einzigartig angesehen mit eigenen Stärken, aber auch Schwächen und Heraus-

forderungen. Hier wird nicht nur Wissen vermittelt, sondern eben auch die Fähigkeit für Empathie und die Fähigkeit, sich selbst zu entfalten. Das weiß ich aus eigener Erfahrung als Lehrerin, sowohl an einem Gymnasium als auch an einem Förderzentrum. Das Förderzentrum oder die Förderschule bietet eine maßgeschneiderte Umgebung und ein Umfeld für Schülerinnen und Schüler, die Schwierigkeiten beim Lernen haben oder besondere Beeinträchtigung. Um die Förderschule hier noch mal genau zu verankern, ist es uns als Junge Union unglaublich wichtig, dass sie auch im Grundsatzprogramm Raum findet. Egal ob Grüne-, Linke- oder SPD-Kräfte, die Förderschule wird überall kleingeredet. Jeder Landesverband setzt sich für den Erhalt der Förderschule ein, und wir schaffen es nicht, die in diesem Grundsatzprogramm zu verankern. Das finde ich extrem schade und ich finde wir sollten hier die Chance nutzen, genau das zu tun.

(Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank liebe Frau Krahner. Jetzt gibt‘s eine weitere Wortmeldung von Hubert Hüppe. Der bitte dazu sagen möge, wenn wir es nicht sofort mitkriegen, zu welchem Änderungsantrag er genau spricht.

Hubert Hüppe: Ich möchte auch noch mal zu dem Thema Förderschule sprechen. Oder ich bevorzuge den Begriff Sonderschule. Ich möchte noch mal sagen, weil ich das aus eigener Erfahrung gesagt hat, mein Sohn ist unter ganz schwierigen Verhältnissen auf die Regelschule gekommen. Alle waren eigentlich dagegen. Auch die Politik war dagegen. Er hatte einen Freund mit Downsyndrom. Da war dasselbe. Beide haben aber durchgekämpft. Es sind übrigens nicht die Schülerinnen und Schüler, die auf die Förderschule warten, sondern es sind vielleicht die Eltern, aber vielleicht auch nur deswegen, weil es keine vernünftige Inklusion gibt. Beide sind heute im ersten Arbeitsmarkt und sind nicht irgendwo in einer Werkstatt. Ich will nur mal sagen: Wir haben bei uns jetzt im Kreis zwei Förderschulen, die erneuert werden für 60 Millionen. Jetzt bauen wir die dritte Förderschule GE – geistige Entwicklung für insgesamt auch noch mal 60 Millionen. Wenn ich dieses Geld in die Regelschulen stellen würde und auch die personellen Ressourcen, dann würde Inklusion gelingen. Jetzt will ich Ihnen auch sagen: Ich bin auch bei uns im Kreistag im Schulausschuss. Ich habe gefragt zu der Förderschule GE, für die unser Schulbezirk zuständig ist: Was ist aus diesen Kindern geworden? Von den 24 Abgängen, die diese Förderschule hatte, sind 22 Jugendliche sofort in die Werkstatt für Menschen mit Behinderung gegangen und werden ihr Leben lang dort wahrscheinlich auch sein, bis sie in Rente sind, und zwei haben überhaupt keine Versorgung gekriegt. Das ist dieses Superergebnis der super sonderpädagogischen Förderung. Meine Damen und Herren, Inklusion kann man nicht lehren; Inklusion kann man nur erfah-

ren. Das größte Problem von Menschen mit Behinderung ist, dass Menschen ohne Behinderung nie gelernt haben, mit ihnen umzugehen, weil sie einfach nie zusammengelebt haben. Wer meint, die Menschen bräuchten einen Schutzraum? Wer glaubt denn, dass nach 18 Jahren Schutzraum jemand noch fähig ist, im öffentlichen Leben so teilzunehmen wie jemand, der sich damit auseinandersetzen muss, dass er eben eine Behinderung hat und dass er vielleicht auch mal einen mitkriegt. Hat mein Sohn auch, aber heute hat er seinen Platz in der Gesellschaft. Deswegen sollten wir eher für ein inklusives Schulsystem sein als ein aussonderndes.

(Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Hubert Hüppe, wir haben noch eine Wortmeldung von Lars Rohwer aus Sachsen, Dresden, um genauer zu sein, – am Mikro 6, bitte schön.

Lars Rohwer: Ich möchte nochmal für den Antrag der Jungen Union und, ich glaube, wenn ich es richtig gesehen habe, Bentheim sprechen, denn die Benennung der Förderschulen ist, glaube ich, eine gute Idee in unserem Grundsatzprogramm. Diejenigen, die bei der Regionalkonferenz in Chemnitz dabei gewesen sind, werden sich noch an den emotionalen Moment erinnern, wo eine Förderschülerlehrerin gesprochen hat und genau dafür geworben hat, was hier auch gerade schon vorgetragen worden ist. Ich glaube, dass die Förderschulen ein guter Ort sind, wo wir mit allen Kompetenzen den Kindern und Jugendlichen gerecht werden können. Wir versuchen, so viel Kinder wie möglich natürlich auch im normalen Schulleben in einer allgemeinbilden Schule zu integrieren, das ist das Thema Inklusion. Aber es gibt eben auch starke Gründe in einer Förderschule. Deswegen möchte ich nochmal für diesen Antrag sprechen, den wir hier gerade diskutieren.

(Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Lars Rohwer. Jetzt hat für die Antragskommission das Wort Karin Prien mit der Bitte, dass sie sich zu beiden Änderungsanträgen, Ä 003 und Ä 009, äußert, weil ich dann anschließend auch getrennt darüber abstimmen lassen würde.

Karin Prien, Antragskommission: Lieber Thorsten Frei, das will ich sehr gerne tun. Wir sind hier in der Debatte über unser Grundsatzprogramm; wir sind nicht in einer Debatte über ein bildungspolitisches Programm oder gar in einer Bearbeitung eines Landtagswahlprogramms. Ich sage das deshalb, weil wir uns in diesem Grundsatzprogramm zu einem mehrgliedrigen Schulsystem bekennen und zu einem Wettbewerbsföderalismus bekennen, in dem unterschiedliche Bundesländer bei gleichen Zielen unterschiedliche Wege gehen. Ich glaube, das muss man bei allem Verständ-

nis für den Wunsch, auch die Förderschulen besonders in den Blick zu nehmen, glaube ich, sehen. Gleiches gilt für die Schullaufbahnempfehlung, und dazu will ich das Folgende sagen: Lieber Dr. Janson, ich habe auch eine große Präferenz für eine verbindliche Schulartempfehlung. Man muss aber sehen, allein die Leistungsgerechtigkeit ist bei einer Schullaufbahnempfehlung in der vierten Klasse nicht ausreichend. Ich glaube, man muss auch auf das Potenzial der Kinder schauen. Für Eltern ist es von besonderer Bedeutung, in dieser Situation eine gute, eine fundierte Beratung für ihre Kinder zu erhalten. Ich glaube, den Eltern am Ende das Wahlrecht völlig aus der Hand zu schlagen, wäre für uns als Union auch nicht der richtige Weg. Wir müssen auf Leistung, auf Potenzial achten. Wir müssen auf Beratung achten. Aber am Ende ist die Ausgestaltung einer Schulartempfehlung, glaube ich, nichts, was wir hier in unser Grundsatzprogramm aufnehmen sollten. Dann, meine Damen und Herren, liebe Freunde, würde ich gerne etwas zum Thema Förderschulen sagen. Zum einen haben wir uns vorhin sehr ausführlich unterhalten über das Thema UN-Behindertenrechtskonvention. Wir haben als Deutschland und auch mit Zustimmung der Christlich Demokratischen Union zurecht die UN-Behindertenrechtskonvention gezeichnet. Wir sind der Auffassung, dass Inklusion dort, wo sie möglich ist, der richtige Weg ist. Aber natürlich braucht es differenzierte Förderorte, und dazu gehören auch die Förderschulen. Es gehören aber auch noch andere Orte dazu. Es gehören dazu, zum Beispiel, die Förderzentren, die wir in Schleswig-Holstein haben. Es gehören temporäre intensivpädagogische Maßnahmen dazu. Es gehören Campusklassen dazu. Über all diese anderen differenzierten Förderorte sagen wir zurecht in einem Grundsatzprogramm nichts. Deshalb würde ich Ihnen als Kompromiss vorschlagen wollen, dass wir bei der Formulierung der Antragskommission insoweit bleiben, aber hinter das Wort „Vielzahl von Förderorten“ ergänzen „auch Förderschulen“. Ich glaube, damit wäre dem Anliegen der Antragsteller hier Rechnung getragen, und trotzdem würden wir uns dem Wettbewerbsföderalismus entsprechend auch für andere Modelle nicht ausschließen und andere Förderorte ebenfalls nicht ausschließen. Ich hoffe, dass das auf Ihre Zustimmung stößt.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Karin Prien, jetzt haben wir zwei weitere Wortmeldungen, zunächst Karoline Sophie Czychon aus Hannover und dann Christopher Hauß aus Rheinland-Pfalz. In dieser Reihenfolge würden wir das machen.

Karoline Sophie Czychon: Vielen Dank, ich würde auch gerne nochmal für die verbindliche Schullaufbahnempfehlung votieren. Denn ich finde, es ist wichtig. Schüler haben immer weniger Orientierung von der Schule aus. Sie haben aber auch kei-

ne Orientierung von den Eltern aus. Vielmals und gerade dann ist so eine Schullaufbahnempfehlung wichtig. Das heißt ja nicht, dass sie sich am Ende nicht auch auf eine andere Schule quasi hocharbeiten können. Ich finde, die Aufstiegschancen sind ja dann doch immer noch da, aber am Ende des Tages sind gerade die Gymnasien sehr überfüllt. Viele Schüler gehen erstmal in der fünften, sechsten Klasse auf die Gymnasien, werden dann wieder heruntergenommen, schaffen es dort nicht, erleben halt auch Misserfolge dadurch. Vor denen kann man sie auch bewahren, indem man sie eben, wie wir ja auch unser mehrstufiges und mehrgliedriges Schulsystem auch unterstützen, dorthin bringt. Zum Thema Förderschulen würde ich gern nochmal sagen: Ich finde es gut, so wie es jetzt auch quasi von der Antragskommission aufgenommen werden soll. Ich finde es in Ordnung, wenn man sagt, okay, es gibt vielfache Förderung. Aber ich finde es auf jeden Fall ein wichtiges Zeichen auch in Richtung derjenigen, die eine Extraförderung brauchen. Insofern bin ich dankbar für die Antragskommission, danke.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karoline Czychon, jetzt hat sich Christopher Hauß gemeldet, bitte schön.

Christopher Hauß: Vielen Dank, liebe Freundinnen und Freunde, liebe Frau Prien, ich möchte auch nochmal eine Gegenrede halten, was eben diese verbindliche Schullaufbahnempfehlung angeht. Denn es geht, glaube ich, dabei nicht um die Eltern, sondern es geht vor allem um die jungen Menschen und eben auch darum, dass es individuelle Begabungen gibt, die gefördert werden müssen. Da gibt es nicht nur Begabungen für Philosophie, Jura oder Physik, sondern eben auch handwerkliche, ganz egal, ob das in der Backstube ist, im Labor oder an der Werkbank. Wir sind uns hier mit Sicherheit alle sicher, wenn wir jetzt heute rumfragen, dass das gleichwertig ist. Aber da, wo es drauf ankommt in der Gesellschaft, ist es eben oft nicht so. Ich kenne das aus dem nächsten Familienumfeld, dass es junge Menschen gibt, die eigentlich sehr praktisch begabt sind, bzw. auch im Kreis meiner Geschwister, und dann die Großeltern beispielsweise noch sagen: Mach das Abitur, das brauchst du, damit du später was Ordentliches lernen kannst. Dann sieht man, dass Menschen Abitur machen, die sich dabei wirklich nicht leichttun, die sich mit einer beruflichen Ausbildung viel, viel leichter getan hätten, die dann später aufblühen, weil sie eben eine berufliche Ausbildung gemacht haben. Ich glaube, wir können jetzt darauf warten, dass diese Gleichwertigkeit und dass das Abitur eben nicht die einzige Lösung ist, sich in der Gesellschaft über Jahrzehnte durchsetzt, oder wir können heute bei dieser Grundsatzprogrammkonferenz eine richtige Entscheidung da reinschreiben, vielen Dank.

(Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Herr Hauß. Ich glaube, die Antragskommission hat das deutlich gemacht, was sie möchte, das ist klar. Dann würde ich jetzt drüber abstimmen lassen, und zwar bevor wir über den Antrag 108 abstimmen, getrennt. Ich glaube, das war der Wunsch, der hier geäußert wurde, über die beiden Änderungsanträge. Der erste Änderungsantrag ist Ä 003. Da geht es um die verbindliche Schullaufbahnempfehlung. Ich lasse abstimmen über das Votum der Antragskommission. Wer für das Votum der Antragskommission hier ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Also ich muss sagen, ich hatte den Eindruck von hier oben, aber das ist manchmal nicht so einfach, dass Ersteres die Mehrheit war. Wird das bezweifelt?

(Zurufe)

Dann würde ich einfach nochmal abstimmen lassen. Vorher war es beim zweiten Mal dann auch klarer. Also bitte sehr kenntlich machen, wer ist für das Votum der Antragskommission? – Vielen Dank, das ist zumindest mal auf der Seite die überwältigende Mehrheit, jetzt die Gegenprobe. – Also Ersteres war die Mehrheit nach übereinstimmender Meinung hier oben. Es ist wirklich eine knappe Mehrheit, aber ich glaube, das muss man so sehen, wenn man das über den Saal hinweg betrachtet, okay? Gut, dann sind wir bei diesem Änderungsantrag dem Votum der Antragskommission gefolgt. Jetzt würde ich über den zweiten Änderungsantrag, über den diskutiert wurde, abstimmen lassen, Ä 009. Da geht es um die Förderschulen. Wer für das Votum der Antragskommission ist, bitte ich um das Kartenzeichen. – Ja, in der von Karin Prien vorgetragenen geänderten Fassung, genau, bitte nochmal die Karten hoch, wer für die geänderte Fassung der Antragskommission ist. Vielen Dank, jetzt machen wir die Gegenprobe. – Ersteres war hier eindeutig die Mehrheit. Enthaltungen. – Nicht der Fall, dann haben wir dem mehrheitlich so zugestimmt. Einfach der Vollständigkeit halber für den Antrag A 108 in Gänze: Wer dem Votum der Antragskommission folgt, bitte das Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. Enthaltungen. Das war die Mehrheit. Dann haben wir das so beschlossen. Jetzt könnten wir wieder einen größeren Sprung machen, und zwar vom Antrag 109 bis zum Antrag 117, denn dazu liegen keine Änderungsanträge und keine Wortmeldungen vor, Änderungsanträge natürlich schon, aber es gibt Voten der Antragskommission, und deswegen würde ich jetzt komplett darüber abstimmen lassen. Wer den jeweiligen Voten der Antragskommission folgt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. Enthaltungen. Beides nicht der Fall, dann haben wir das einstimmig so beschlossen und kommen jetzt direkt zum Antrag A 117, der umfasst die Zeilen 1.287 bis 1.293, mit den dazugehörigen drei Änderungsanträgen. Hierzu liegen uns auch keine Wortmeldungen vor, sondern wir können erst 18, genau, 17 ha-

ben wir schon beschlossen. Dann kommen wir zu 118, das sind die Zeilen 1.294 bis 1.308, und dazu gibt es elf Änderungsanträge. Dazu gibt es auch Wortmeldungen, und zwar von Dr. Janson, den wir gerade eben auch schon zum vorherigen Antrag gehört haben. Herr Dr. Janson, Sie haben das Wort. – Wo ist er? Hier, vom Saalmikro Nummer 3 wird er sprechen.

Dr. Marc-Philipp Janson: Vielen Dank, bei dem Antrag geht es uns darum, dass wir uns richtigerweise in diesem Grundsatzprogramm zu einem Dreiklang bei der Bildungsfinanzierung bekennen. Einerseits zum BAföG als Sozialleistung, womit wir es jedem, egal, wo er herkommt, und auch, wenn er aus einem sozial benachteiligten Haushalt kommt, ermöglichen, Bildung in Deutschland in Anspruch zu nehmen. Wir haben die Begabtenförderwerke als unser Instrument der Begabtenförderung geschrieben, dass das uns wichtig ist, dass wir auch Leuten nochmal eine besondere Förderung zuteilwerden lassen wollen, die gute Leistungen zeigen. Dann haben wir da den KfW-Studienkredit. Ich muss schon sagen: Es hat mich ein bisschen gewundert, dass wir in einem Grundsatzprogramm, wo wir die ganze Zeit, auch heute schon, darüber diskutiert haben. Das soll was Grundsätzliches sein und spezifische Sachen, die können wir dann ins Regierungsprogramm reinschreiben, dass wir jetzt ein Finanzinstrument uns ins Grundsatzprogramm reinschreiben und dann auch noch den KfW-Studienkredit. Wenn uns irgendwelche Studienanfänger da draußen am Fernseher gerade zugucken, dann möchte ich denen zurufen: Bitte lasst die Finger davon. Der KfW-Studienkredit ist der erste Weg in die Privatinsolvenz, denn ein KfW-Studienkredit ohne Zinsbindung ist das, was gerade ganz, ganz vielen jungen Menschen in diesem Land zum Verhängnis wird. Deswegen ist unser Ansatz, hier reinzuschreiben eine Alternative. Wir setzen uns ein für eine Bildungsfinanzierung, die elternunabhängig, weil sie eigenverantwortlich subsidiär ist. Aber wir schreiben nicht das konkrete Instrument des KfW-Studienkredits rein, was für viele junge Menschen in diesem Land momentan sehr nachteilige Auswirkungen hat, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Dr. Janson, jetzt würde ich das Wort geben der Karin Prien für die Antragskommission.

Karin Prien, Antragskommission: Lieber Herr Dr. Janson, wir haben uns ja über diese Frage der Bildungsfinanzierung und einer möglichen weiteren Säule bereits in der Vergangenheit aufgrund verschiedener Anträge der Jungen Union und des RCDS ausgetauscht und haben uns tatsächlich auch in der Fachkommission mit diesem Thema beschäftigt. Brauchen wir wirklich eine zusätzliche Säule? Am Ende nach intensiver Debatte, auch mit den Fachleuten, die sich damit beschäftigt haben:

Wie wirken eigentlich die einzelnen Instrumente, die wir im Bereich der Bildungsfinanzierung haben? Wir haben ja in Wahrheit nicht nur das BAföG, wir haben auch noch das Aufstiegs-BAföG, wir haben die Weiterbildungsförderung dank Anja Karliczek und den neuen Maßnahmen, die wir auch in der vorletzten Legislatur des Bundes eingeführt haben. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen: Wir haben eigentlich die passenden Instrumente. Unabhängig davon muss man natürlich sagen, das, was im Augenblick mit dem KfW-Studienkredit passiert, ist natürlich eine inakzeptable Entwicklung. Selbstverständlich braucht es dort Zinsbindung, und selbstverständlich müssen Studierende sich darauf verlassen können, dass sie später nicht durch die Zinslast eingeholt werden, zumal sie bei Abschluss der Verträge das nicht vorhersehen konnten. Insofern können wir uns darauf sehr gerne verständigen. Aber ich warne davor, zum jetzigen Zeitpunkt in der jetzigen Haushaltssituation ein Bekenntnis abzugeben zu einer weiteren Säule der Studienfinanzierung, von der wir nicht wissen, ob es realistischerweise im Rahmen eines Regierungsprogramms umsetzbar wäre. Insofern würde ich Sie darum bitten, der Version der Antragskommission auch an dieser Stelle zuzustimmen.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karin Prien. Dann würde ich darüber abstimmen lassen. Nein, wir haben tatsächlich noch eine Wortmeldung von Lilly Krahner aus Thüringen, – bitte schön, Frau Krahner.

Lilly Krahner: Ich möchte auch hier nochmal an die Worte von Marc-Philipp Janson anschließen und mich dafür aussprechen, das Wort KfW-Studienkredit aus diesem Text zu streichen und durch eine neutralere Formulierung zu ersetzen, weil wir nicht wissen, wie es mit dem KfW-Studienkredit perspektivisch weitergeht, ob man den halten kann. Deswegen lehne ich es ab, das so im Grundsatzprogramm zu fixieren, zumal dieser bestimmte Gruppen ausschließt, wie zum Beispiel Auszubildende oder auch Weiterbildungsförderung. Deswegen hier nochmal das klare Votum für den Antrag der Jungen Union.

(Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Jetzt haben wir noch eine Wortmeldung, und zwar von Thomas Jarzombek aus Nordrhein-Westfalen, bitte schön, Thomas. – Da ist er am Mikro 6.

Thomas Jarzombek: Die Debatte ist auch nochmal eine gute Möglichkeit, auch über das Thema BAföG und die Instrumente zu reden. Das Erste ist, dass die aktuelle Ampel versprochen hat, es gäbe künftig ein elternunabhängiges BAföG, und da setzen wir uns deutlich ab und haben in der Programm- und Grundsatzkommission und hier dem Papier klar gesagt: Das BAföG ist und muss eine Sozialleistung bleiben.

Heute ist es so, dass elf Prozent der Studierenden BAföG beziehen und ich sehe ehrlich gesagt auch keinen Grund, warum die Kinder von Millionären von uns noch eine Unterstützung brauchen, zumal wir das Geld auch nicht haben. Punkt 2 ist, dass das BAföG ziemlich notleidet. Wir haben in der Zeit mit Anja Karliczek BAföG-Erhöhungen gemacht, die deutlich höher waren als das, was Frau Stark-Watzinger und ihre Ampel jetzt machen. Wir haben jetzt zwei Jahre mit harter Inflation gesehen. Das BAföG ist deutlich dahinter zurückgeblieben. Wir haben in diesem Jahr eine Bürgergelderhöhung um zwölf Prozent, und die Sozialleistung BAföG wird um null Prozent verändert, obwohl es nochmal ein eigenes Gesetzgebungsverfahren dafür gibt. Wir haben jetzt, was das Thema KfW-Studienkredite betrifft, auch in der Bundestagsfraktion erheblichen Druck auf die Regierung gemacht. Der Punkt ist auch von der JU richtig benannt worden: Neun Prozent und eine dynamische Zinsklausel sind völlig inakzeptabel. Die KfW hat das jetzt schon mal ein Stück weit gesenkt. Wir sind damit sehr unzufrieden. Wir werden, und das machen wir ja auch gemeinsam mit der JU, das Thema auch weiter auf der Tagesordnung im Bundestag haben und auch pushen. Wir müssen aber schon gucken, dass wir ein Instrument haben neben dem BAföG, was auch schnell ist, wo man nicht monatelange Antragsverfahren braucht, wo diejenigen, die nochmal für das letzte Semester oder aus einer kurzfristigen Notlage Geld brauchen, das auch bekommen. Ich würde hier die Tür nicht aufmachen für ein neues elternunabhängiges Instrument, wo keiner genau weiß, wie man es finanzieren kann, und wo am Ende dann vielleicht doch wieder alle drauf Anspruch haben. Da sollten wir eine klare Abgrenzung machen, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Thorsten Frei, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Thomas Jarzombek, jetzt würde ich über den Antrag abstimmen lassen, A 118. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Ersteres war die Mehrheit, Enthaltungen. – Keine, dann haben wir das mehrheitlich so beschlossen, vielen Dank. Jetzt rufe ich auf die Anträge A 119 bis A 123. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir würden komplett über die Voten der Antragskommission abstimmen. Wer sich dem anschließen kann, bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. – Gegenprobe. – Enthaltungen. Dann ist es mit großer Mehrheit so beschlossen. Vielen Dank. Damit wären wir am Ende des Unterkapitels Gesellschaft im Kapitel 3, „Wo wir hinwollen“, angekommen. Bevor wir jetzt den Übergang haben, zum Kapitel Wirtschaft, erleben wir noch einmal einen Auftritt von Engelbert von Nordhausen, der uns einen Ausschnitt aus dem Grundsatzprogramm hier live auf der Bühne vortragen wird.

(Beifall)

Engelbert von Nordhausen: Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft. Wir Christdemokraten setzen auf das erfolgreichste Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell der Welt: die Soziale Marktwirtschaft. Sie leitet sich ab aus dem christlichen Menschenbild, und ist als Werte- und Wirtschaftsordnung mit ihren Grundprinzipien Chancengerechtigkeit, Selbstvertrauen, private Eigeninitiative, Subsidiarität und Solidarität ausgestattet. Sie vereint den Grundsatz der Freiheit, die Kraft des Marktes und die Bereitschaft zur Verantwortung füreinander. Sie hat zu Wirtschaftswunder, jahrzehntelangem Wachstum, Rekordbeschäftigung, soliden Haushalten, Wohlstand und sozialer Sicherheit geführt. Sie ist auch zum Leitbild der EU geworden. Heute ist ganz Deutschland eine erfolgreiche Wirtschaftsnation mit fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, kreativen Erfindern und exzellenten Ingenieurinnen. Wir sind das Land des Mittelstands, der Familienunternehmen, der Hidden Champions, des Handwerks, der innovativen Gründer und weltweit erfolgreichen Industrieunternehmen. Die Sozialpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern bietet die beste Garantie für eine stabile Arbeitswelt mit fairer Lohnfindung. In Zeiten großer Umbrüche und neuer Herausforderungen müssen wir das Wohlstandsversprechen erneuern. Dabei setzen wir auf den Schutz des Eigentums das Prinzip der Nachhaltigkeit, auf Ideenreichtum und Technologieoffenheit, die Kraft des Aufbruchs und der Digitalisierung auf fairen Wettbewerb, freien Handel und soziale Verantwortung. Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Sie umfasst auch eine ökologische Dimension. Diese Soziale und ökologische Marktwirtschaft setzt auf die Kräfte und Steuerungsmechanismen des Marktes, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen. Wir wollen in Freiheit leben, Deutschland sicher in die Zukunft führen.

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Engelbert von Nordhausen der bekannteste Synchronsprecher Deutschlands. Samuel L. Jackson, Mr. Hagman und wer noch?

Engelbert von Nordhausen: Na ja, viele, Bill Cosby, zum Beispiel, über den man nicht mehr so reden darf.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Ah ja, wer kennt den noch hier, Bill Cosby?

Engelbert von Nordhausen: Ja, Dr. Huxtable, das sind die Generationen, also viele sind dabei, die das, glaube ich, gesehen haben.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Sehr gut.

Engelbert von Nordhausen: Die Bill Cosby Show, aber tja, schade, wie es endet manchmal, ja.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Sehr gut, wir sehen uns heute nochmals.

Engelbert von Nordhausen: Ja.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Wir haben jetzt fast zwei Drittel, nicht ganz, aber fast zwei Drittel, durch. Dann sehen wir uns nochmals, dann freuen wir uns.

Engelbert von Nordhausen: Jawohl und jetzt soll ich Ihnen das – ja, hier.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Was ist das?

Engelbert von Nordhausen: Das ist die von mir unterschriebene Mitgliedschaft.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Engelbert von Nordhausen ist Mitglied der CDU, super.

Engelbert von Nordhausen: Es hat lange gedauert.

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Herzlich willkommen bei der CDU.

Engelbert von Nordhausen: Danke, übrigens angefangen hat alles bei Ihnen im Sauerland.

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Okay.

Engelbert von Nordhausen: Auf der Hohenlimburg habe ich meine erste Rolle gespielt.

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Okay.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Sagen Sie mal ganz kurz, Herr von Engelbert sagt gerade, es hat angefangen im Sauerland. Es war im Sauerland.

Engelbert von Nordhausen: Im Sauerland, genau, auf der Hohenlimburg, da habe ich Prinz Friedrich von Homburg gespielt von Heinrich von Kleist.

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Ja, sehr schön, also willkommen in der CDU.

Engelbert von Nordhausen: Ja, gerne, danke.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Willkommen in der CDU, Engelbert von Nordhausen, danke schön, bis gleich.

Engelbert von Nordhausen: Ja, ciao, ja.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Wir machen weiter mit der Antragsberatung. Wir kommen jetzt zum Unterkapitel „Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft". Es liegen keine Wortmeldungen vor für die Anträge 124 bis einschließlich 127. Insofern schlage ich vor, dass wir hier über die Voten der Antragskommission abstimmen, sowohl zum Hauptantrag wie auch zu den Änderungsanträgen. Wenn Sie damit einverstanden sind, dann bitte ich jetzt um das Zeichen. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Dann ist das so angenommen. Ich rufe den Antrag 128 auf, das sind die Zeilen 1.409 bis 1.421, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 037 zur Beratung auf. Es liegt eine Wortmeldung vor. Ich gebe das Wort an Gereon Gödderz aus Nordrhein-Westfalen.

(Vereinzelt Beifall)

Gereon Gödderz: „Deutschland muss führendes Industrieland bleiben", so ist das Kapitel, welches wir gerne ergänzen möchten. Neben Bürokratie, der Steuerlast ist die technische Ausstattung, der Grad der Digitalisierung einer Region, eines Landes längst ein harter Standortfaktor für Unternehmen. Dem Ganzen müssen wir auch mit unserem wegweisenden Grundsatzprogramm Rechnung tragen. Ein Beispiel: Microsoft hat sich entschieden, den Hyperscale Datencenter Campus zu errichten und unglaubliche 3,2 Milliarden Euro in Nordrhein-Westfalen, in unserem schönen Rheinland und Rhein-Erft-Kreis, zu investieren. Warum? Weil in NRW und vor Ort eine Politik gemacht wird für Digitalisierung. Digitalisierung schafft Arbeitsplätze, schafft Wohlstand. Genau dieses starke Signal an die Wirtschaft muss auch von diesem wegweisenden Bundesparteitag ausgehen. Deshalb benötigt die etwas lasche Formulierung, „Wir werden Digitalisierung und künstlicher Intelligenz einen deutlichen Stellenwert einräumen", unsere konkrete Ergänzung, die deutlich macht: Die CDU Deutschlands ist die Partei der Digitalisierung, ist die Partei des Fortschritts. Das ist unser Thema. Stimmen Sie gegen die Antragskommission und für unseren Antrag. Lassen Sie uns mit unserem Grundsatzprogramm so weit vor den anderen Parteien liegen, dass sie uns selbst nach einem erfolgreichen Breitbandausbau nicht mehr einholen können. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Gödderz, und für die Antragskommission spricht Jens Spahn.

Jens Spahn, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde, es ist im Grunde das gleiche Thema wie schon öfters. Im Grundsatzprogramm haben wir die Frage von Wettbewerbsfähigkeit, Innovationskraft, Technologieoffenheit, die ja wichtig

sind, die Darstellung ist ja ohne Zweifel richtig, an mehreren Stellen angesprochen, unter anderem hier bei dem Thema Industrieland. Aus unserer Sicht ist eine weitere Ergänzung eben an dieser Stelle im Grundsatzprogramm jedenfalls redundant, zumal es ja auch auf einer abstrakten Ebene bleibt. Deswegen im Sinne des Kompakten bitten wir dem Votum der Antragskommission zu folgen.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jens Spahn, jetzt haben wir eine Wortmeldung zum Änderungsantrag 035 und da erteile ich zunächst das Wort an Anja Karliczek.

(Vereinzelt Beifall)

Anja Karliczek: Liebe Freunde, ich möchte einmal daran erinnern, was Karl-Josef Laumann gestern gesagt hat, dass wir nämlich nicht nur Industriearbeitsplätze im Blick haben sollten, sondern auch immer Arbeitsplätze mit nicht ganz so hohen Löhnen niemals vergessen dürfen. Der Tourismus ist ein wahnsinnig vielfältiger Wirtschaftszweig. Der hat drei Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und sechs Prozent der Wertschöpfung in Deutschland, die sie jedes Jahr erwirtschaften. Deswegen ist es wichtig, dass wir das Thema Tourismus nicht nur unter kulturellen Gesichtspunkten betrachten, sondern als wirklich wichtigen Wirtschaftszweig in Deutschland. Gerade für den ländlichen Raum hat diese Branche nochmal einen wesentlichen Mehrwert, weil die Infrastruktur häufig nicht nur von den Touristen genutzt wird, sondern auch von der einheimischen Bevölkerung. Deswegen ist es wichtig, dass wir diesem Antrag, dass das alles nur unter Kultur betrachtet wird, nicht stattgeben, wie das die Antragskommission vorgeschlagen hat, sondern dass wir das, was wir vorgeschlagen haben, priorisieren, dass wir auf jeden Fall im Bereich Wirtschaft einen Aufschlag für den Tourismus machen, vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Nächster Redner auch zu diesem Änderungsantrag ist Michael Donth aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

(Vereinzelt Beifall)

Michael Donth: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, ich möchte den Antrag von Anja Karliczek und dem Kreisverband Steinfurt, der auch von anderen Kreisverbänden, auch von Reutlingen, hier eingebracht wurde, unterstützen. Tourismus ist eine Wirtschaftsmacht, und unter dem Kapitel, „Eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft", gehört der Tourismus unbedingt dazu. Wir haben gese-

hen, wie die Gastronomen, wie die Hoteliers zusammen mit uns aus der CDU gekämpft haben, damit die Mehrwertsteuer nicht erhöht wird. Diese Kraft des Tourismus müssen wir uns beibehalten und die weiterhin auch vorne halten. Wir müssen sie unterstützen. Es geht auch um die Messen. Es geht um den Europapark, die Karl-May-Festspiele in Bad Segeberg. Es geht um den Cannstatter Wasen oder die Elbphilharmonie in Hamburg, aber auch um die AIDA und Mein Schiff, um das Reisebüro um die Ecke oder um die TUI oder auch natürlich um Kulturdenkmale wie die Frauenkirche oder auch die Halligen. Es geht auch um den Bäcker am Radweg an der Ahr. Deutschland ist nach Spanien das Tourismusland Platz 2 in Europa, vor Frankreich und anderen europäischen Ländern. Deshalb ist es richtig und wichtig, die Bedeutung dieses Wirtschaftszweigs, dieser Wirtschaftsmacht Tourismus in Stadt und Land auch in unserem Grundsatzprogramm abzubilden und zu verankern. Mit Verlaub, da ist der Vorschlag, das beim Kapitel Kultur, und da gehört der Tourismus auch hin, aber das als Antwort der Kommission, es beim Kapitel Kultur unterzubringen, etwas zu wenig. Deshalb bitten wir, den Antrag in der eingereichten Form aufzunehmen und zu unterstützen, vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Donth, und für die Antragskommission wiederum Jens Spahn, bitte.

Jens Spahn, Antragskommission: Liebe Anja, lieber Michael, da wir ja zusammen an den tourismuspolitischen Themen im Bundestag arbeiten, wisst ihr, dass mir das Thema wichtig ist, wie es euch wichtig ist. Gleichzeitig haben wir insgesamt versucht, hier in diesem Grundsatzprogramm jetzt nicht zu viele einzelne Branchen, eigentlich so gut wie gar keine einzelnen Branchen aufzuführen, denn es gäbe noch im Zweifel viele andere, die sonst auch erwähnenswert wären. Deswegen ein Vorschlag, wie man es zusammenführen kann. Denn ich finde, wenn, dann passt es nicht unter Industrie. Also Tourismus ist nicht Industrie, darauf können wir uns im Zweifel, denke ich, einigen. Es ist schon angesprochen worden, wir haben einmal den Tourismus erwähnt unter dem Bereich „Kultur als Standort- und Wirtschaftsfaktor“, und mein Vorschlag wäre –, da habe ich gerade mal geschaut, wir haben ja ein Mittelstandskapitel, und in diesem Mittelstandskapitel haben wir den Satz unter 14.03 bis 14.06: „Mittelständische Betriebe, das Handwerk, eigentümergeführte und Familienunternehmen, Dienstleister, Selbstständige, freie Berufe, Landwirtschaft und Einzelhandel haben in unserem Land eine wichtige wirtschaftliche, gesellschaftliche, soziale und stabilisierende Bedeutung“ – ob wir nicht nach der Landwirtschaft einfach den Tourismus auch noch einfügen. Dann ist der auch beim Thema Mittelstand erwähnt. Ich denke, beim Thema Mittelstand gehört er auch im

Schwerpunkt hin und nicht zur Industrie. Er ist dann bei Kultur als Standortfaktor erwähnt, dort bei Mittelstand und das wäre vielleicht eine kompakte aber doch dem Anliegen gerecht werdende Auflösung. Das wäre der Vorschlag der Antragskommission.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Ich sehe jetzt keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Änderungsantrag 035. Dann können wir über den Antrag 128 abstimmen. – Wie bitte? Ja, so wie du es vorgeschlagen hast. Also wir stimmen ab über den Antrag mit der zusätzlichen Änderung, die Jens Spahn für die Antragskommission vorgeschlagen hat. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen.

(Vereinzelt Beifall)

Wir kommen zu Antrag 129, die Zeilen 1.422 bis 1.431, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 005. Ich sehe dazu keine Wortmeldung, sodass wir sogleich abstimmen können. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. Enthaltungen. Angenommen. Wir kommen zu dem Antrag 130, das sind die Zeilen 1.432 bis 1.453, mit den entsprechenden Änderungsanträgen 001 bis 034. Dazu gibt es eine Wortmeldung und ich erteile dem Delegierten Holger Cosse für den Änderungsantrag 015 aus dem Emsland das Wort, bitte sehr.

Holger Cosse: Genau von da, herzlichen Dank, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, um es gleich vorwegzunehmen, es geht nicht darum, hier eine weitere Branche ins Grundsatzprogramm aufzunehmen, sondern es geht bei der maritimen Wirtschaft und bei den Häfen unseres Landes um kritische Infrastruktur. Die werden an keiner Stelle unseres Grundsatzprogramms bisher genannt, was ich für einen eklatanten Fehler halten würde, wenn wir sie nicht aufnehmen. Es geht auch nicht darum, hier über Werften im Einzelnen zu sprechen. Aber dass Deutschland ein Schiffbaustandort ist und auch bleiben muss, sollte uns ein Anliegen sein. Es geht nicht darum, dass wir nicht Handelsschiffe sowieso längst fast ausschließlich in Asien gebaut werden. Aber es geht dabei auch um die sogenannte graue Flotte, um Militärtechnik, die durchaus noch in Deutschland gebaut wird bei Spezialwerften. Ich glaube, dass das ein wichtiges Thema ist, das eine Erwähnung bei uns unbedingt erfordert. Friedrich Merz hat sich vor einigen Tagen in Hamburg selber nochmal einen Eindruck von diesem Thema und von dieser Thematik insgesamt verschafft. Ich meine, die nationale Hafenstrategie ist unlängst auf den Weg gebracht worden, mit vielen Anträgen, mit vielen Hinweisen auch aus der Bundestags-

fraktion. Von daher bitte ich darum, hier das Votum der Antragskommission im Votum nicht zu folgen, sondern unserem Antrag die Zustimmung zu geben, herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Holger Cosse, für die Antragskommission Jens Spahn, bitte.

Jens Spahn, Antragskommission: Nun, ich habe jetzt hier immer die Aufgabe, obwohl ich in der Sache die Dinge teile, im Sinne der Kompaktheit des Grundsatzprogrammes dafür zu werben, es bei den Ursprungsformulierungen zu belassen. Wir haben in der Frage, was die Sicherheit der Handels- und Seewege angeht, daran erinnere ich mich aus der Diskussion, auch in der Antragskommission, in der Grundsatzprogrammkommission, im Bereich Sicherheit eine entsprechende Formulierung aufgenommen. Wir haben aber, wie ihr wisst, auch in der Arbeit der Bundestagsfraktion schon mehrere Anträge auch mit diesen Inhalten eingebracht in den Deutschen Bundestag, was auch den maritimen Standort Deutschland angeht. Deswegen wäre mein Vorschlag, wenn Ablehnung vielleicht zu scharf ist, ob wir nicht eine Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion machen. Denn das inhaltliche Anliegen teilen wir in der Fraktion, können das in einer weiteren Debatte im Bundestag auch gerne aufgreifen. Aber ich glaube, hier im Grundsatzprogramm wäre es einfach in der Gesamtgewichtung der Themen, auch in dieser Ausführlichkeit, nicht die richtige Stelle. Deswegen wäre der Vorschlag, ob wir es nicht an die Bundestagsfraktion überweisen, damit sie dann auch in ihren weiteren Anträgen das mit aufnehmen kann.

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. So schlage ich vor, dass wir über das Votum der Antragskommission abstimmen mit der Ergänzung, die Jens Spahn eben vorgetragen hat. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Das Erste war die Mehrheit. Dann können wir etwas Strecke machen. Es liegen keine Wortmeldungen vor zu den Anträgen 131 bis einschließlich 140. Insofern können wir jetzt hier über alle Empfehlungen der Antragskommission abstimmen, zum Hauptantrag wie zu den Änderungsanträgen. Ich schlage vor, dass wir das en bloc tun. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das so beschlossen. Wir kommen zum Antrag A 141, die Zeilen 1.572 bis 1.592, dazu liegen insgesamt 35 Änderungsanträge vor. Es haben sich zu Wort gemeldet eine ganze Reihe von Delegierten. Wir beginnen zum Änderungsantrag 006, Silke Kurz aus Baden-Württemberg hat das Wort.

(Vereinzelt Beifall)

Silke Kurz: Liebe Delegierte, liebes Präsidium, in meinem beruflichen Alltag als Fachanwältin für Steuerrecht stelle ich immer wieder fest, dass es zu viele steuerliche Fehlanreize gibt, die Menschen davon abhalten, mehr zu arbeiten. Hinzukommt, dass das deutsche Steuerrecht derartig komplex ist, dass es häufig zu falschen Annahmen kommt. Um es vorab klar zu sagen, worum es bei dem Antrag der Frauen Union nicht geht, es geht nicht um die Abschaffung des Ehegattensplittings. Im Geldbeutel der Eheleute ändert sich nichts. Die Jahressteuer bleibt dieselbe, unabhängig von der Wahl der Lohnsteuerklassen. Die Kombination 3/5 hat sogar den Nachteil, dass es eine Jahressteuererklärung bedarf, die beim Finanzamt abzugeben ist, und es häufig hierbei auch zu Nachzahlungen kommt. Derjenige, oder lassen Sie mich korrigieren, vielmehr diejenige, da in der Regel Frauen betroffen sind, die auf ihren Lohnzettel schauen mit Steuerklasse 5, fragen sich häufig, ob sich ihre Arbeit überhaupt lohnt. Derjenige, der im Gegenzug die Steuerklasse 3 hat, profitiert hiervon durch eine nicht an seinem tatsächlichen Einkommen orientierte Steuerlast. In Fällen von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder Kurzarbeit berechnen sich die Ansprüche nach dem jeweiligen Nettoeinkommen, bei Steuerklasse 5 also nach einem Nettoeinkommen, welches durch die überproportionalen Kürzungen deutlich geringer ist. Doch gerade in solchen Lebenssituationen fehlen dann entscheidende finanzielle Mittel, um diese entsprechend meistern zu können. Insbesondere Frauen arbeiten oft auf Lohnsteuerklasse 5. Sie sind es, die tagtäglich mit diesen Nachteilen leben. Auf die Dauer eines Berufslebens gerechnet, können sich hier allein durch die unterschiedlichen Auszahlungsbeträge zwischen Lohnsteuerklasse 5 und 4, ausgehend von mittleren Einkommen, hohe fünfstellige Beträge ergeben. Wir wollen nicht weiter zulassen, dass es zu gravierenden finanziellen Nachteilen kommen kann, oft auch aus Unkenntnis des komplexen deutschen Steuerrechts. Leistung muss sich lohnen, und zwar für alle. Glauben Sie, dass ein Teilzeitbeschäftigter auf Basislohnsteuerklasse 5 mit Blick auf seinen Lohnzettel Lust hat, mehr zu arbeiten? Unternehmen wären angesichts des immer drängenderen Problems des Arbeits- und Fachkräftemangels froh um jede einzelne Wochenstunde, die mehr gearbeitet wird. Die Lohnsteuerklasse 5 ist ein psychologisches und tatsächliches Hemmnis für die Ausweitung von Erwerbstätigkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Die unbürokratische Lösung ist die Abschaffung der Lohnsteuerklasse 5. In der Fachkommission Wohlstand haben wir auf meine Initiative über die Steuerfreiheit von Überstunden für Vollzeitbeschäftigte gesprochen. Es freut mich, dass dieser Punkt in unser Grundsatzprogramm Eingang gefunden hat. Die Abschaffung der Lohnsteuerklasse 5 ist ebenso konkret oder unkonkret und ist ein entscheidendes

Signal von uns, dass wir Arbeit wertschätzen, Fehlanreize für Mehrarbeit beseitigen und die besten Chancen und Möglichkeiten aus Erwerbstätigkeit für den Einzelnen und für unsere Wirtschaft eröffnen. Leistung muss sich lohnen. Wer es damit ernst meint, stimmt für die Aufnahme der Abschaffung der Lohnsteuerklasse 5 in unser Grundsatzprogramm, vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, zu Wort hat sich nun gemeldet Frau Bianca Seeger aus Nordrhein-Westfalen.

Bianca Seeger: Liebe Delegierte, liebes Präsidium, liebe Damen und Herren, die Abschaffung der Steuerklasse 5 ist schon seit langem eine Herzensangelegenheit von mir. Denn was die Menschen sehen, das ist das Netto vom Brutto und was am Ende auf dem Lohnzettel steht. Wir brauchen mehr Menschen in sozialpflichtigen Anstellungen, weg von der Minijobfalle. Wir brauchen mehr Menschen, mehr Stunden, mehr Fachkräfte. Das fordern wir hier. Insofern wäre die Steuerabwahl der Steuerklasse 5 ein sinnvolles Instrument, um die Menschen dorthin zu bringen und mehr Frauen auch, oder auch mehr Menschen überhaupt, dazu zu bringen, vielleicht auch mehr zu arbeiten, denn Fachkräftemangel, das wissen wir alle, ist ein großes Problem. Hinzu kommt noch, dass wir den Renten-Gap verbessern würden, wenn mehr Menschen auch in sozialpflichtige Jobs eingestellt werden würden. Arbeit muss sich lohnen und das muss auch sichtbar sein. Weniger Nettolohn bedeutet nachteilige Auswirkungen bei Lohnersatzleistungen, bei Trennung von Partnern. Die Steuerlast muss gerecht sein, eine geringere Gefahr der Nachzahlung beinhalten und einen größeren Anreiz für mehr sozialpflichtige Arbeit bringen. Wir bitten herzlich, wirklich herzlich, darum, dass dieses abgeschafft wird und auch aufgenommen wird, vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Seeger, Nächste ist Jessica Weller aus Rheinland-Pfalz.

Jessica Weller: Liebe Delegierte, liebes Präsidium, ich möchte gern noch auf einen anderen Punkt eingehen, den wir als Frauen Union gern ein bisschen konkretisieren wollen, und zwar geht es um die attraktiven Rahmenbedingungen, insbesondere die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Ich spreche zu Ihnen als Mutter von zwei kleinen Kindern und auch als pflegende Angehörige. Wir müssen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf aus meiner Sicht, aus Sicht der Frauen Union, konkret im Grundsatzprogramm benennen. Wir haben einen akuten Fachkräftemangel im Land. Wir haben viele Frauen, die unfreiwillig in Teilzeit arbeiten, weil sie Kin-

der betreuen, weil sie pflegen. Wir sprechen von über vier Millionen Pflegebedürftigen, die zu Hause versorgt werden. Wir sprechen von über elf Millionen Kindern unter 14 Jahren, wo Eltern sich drum kümmern. Es gibt Studien, die zeigen, wenn wir die Arbeitszeit, die durchschnittliche Wochenarbeitszeit, von 34 Stunden auf 36 Stunden pro Woche steigern, hat das ein sechs Prozent höheres preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt nach zehn Jahren zur Folge. Das sind alles Punkte, die unter den Bereich Vereinbarkeit von Familie und Beruf fallen. Deswegen würde ich sehr eindringlich darum bitten, dass wir diesen Punkt konkret aufnehmen, vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Weller, und nun für die Antragskommission Jens Spahn, bitte.

Jens Spahn, Antragskommission: Zu dem Thema Fachkräftemangel, Behebung des Fachkräftemangels haben wir ja hier eine Reihe von Themen und Gruppen, die wir adressieren, die Frage der Älteren, die Frage der Teilzeitarbeit, der steuerlichen Anreize, die Frage von Migration, hier und an anderer Stelle, und eben die Frage dann auch mit Blick auf Erwerbstätigkeit von Frauen, im Übrigen ein Bereich, wo wir, Stichwort Elterngeld und Ausbau Ganztagsbetreuung, auch einen guten Track-Record haben, wie man so sagt. Also wir waren es, die in den letzten 20 Jahren den Unterschied gemacht haben. Vor 20 Jahren gab es im Münsterland null Prozent Angebot Ganztagsbetreuung. Das ist durch christlich demokratische Politik anders geworden. Das, finde ich, können wir gelegentlich auch mal rausarbeiten. Zum konkreten Antrag der Frauen Union haben wir die ganze Reihe der Themen an verschiedenen Stellen aufgenommen: das Thema Lohnlücke schließen, das Thema bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf findet sich in verschiedenen Kapiteln des Grundsatzprogrammes wieder, die Frage flexiblere Arbeitszeiten hatten wir vorhin übrigens auch schon einmal diskutiert, haben wir auch in der Bundestagsfraktion endlich miteinander die Position gefunden, auf Wochenarbeitszeit, Höchstarbeitszeit zu gehen, wie das EU-Recht es vorgibt oder möglich macht, weg von der Tagesarbeitszeit. An einer Stelle haben wir einen Dissens und das ist das Thema Lohnsteuerklasse 5. Jetzt muss man nochmal einordnen, es ist grundsätzlich ein Ehepaar in Lohnsteuerklassen 4/4, das ist die Regel, und das Ehepaar muss sich aktiv durch Unterschriften beider Ehepartner dafür entscheiden, von 4/4 zu wechseln auf 3/5. Das ist also eine bewusste, freie Entscheidung von Ehepartnern. Deswegen ist eben die Frage, ob wir jetzt diejenigen sein sollten, bei einem Programm, wo die Überschrift Freiheit ist, die in dem Grundsatzprogramm hier die Wahlmöglichkeiten von Ehepartnern einschränken.

(Beifall)

Es ist richtigerweise schon darauf hingewiesen worden, dass natürlich über den Jahressteuerausgleich die Dinge sowieso gleichgestellt werden, ob es jetzt 4/4 oder 3/5 wären. Es geht um die Frage, wie eben in der Partnerschaft es jeweils dann im verfügbaren Einkommen in dem Monat für sich aufgelöst wird. Deswegen verstehe ich das Ansinnen dahinter. Wir haben eine Reihe der Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, höhere Erwerbstätigkeit der Frauen aufgenommen. Ich finde, nur in diesem Punkt, wenn man weiß, die Regel ist 4/4 und es braucht eine aktive freie Wahl hin zu 3/5, sollten wir die Wahlmöglichkeit im Sinne der Freiheit aufrechterhalten.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jens Spahn. Liebe Delegierte wir haben eine ganze Reihe von Wortmeldungen zu diesem Antrag. Es haben sich noch gemeldet, damit sie sprechen können, Frau Claudia Heber aus Thüringen, Andrea Klieve aus Nordrhein-Westfalen, Fritz Güntzler aus Niedersachsen sowie Annette Widmann-Mauz. Ich würde vorschlagen, dass wir die Rednerliste zu diesem Antragspunkt dann hier schließen und dass jetzt zunächst die vier genannten Rednerinnen und Redner das Wort bekommen und dann nochmal die Antragskommission. Ich gebe das Wort an Claudia Heber aus Thüringen.

Claudia Heber: Vielen Dank, ich möchte mal aus der Sicht einer Frau dazu etwas sagen. Jens Spahn hat es im Prinzip auf den Punkt gebracht. Es geht hier nicht um Frauen gegen Männer, sondern es geht bei der Lohnsteuerklasse 5 um Familie. Wenn sich eine Familie entscheidet, dass einer weniger erwerbstätig ist als der andere, um sich um die Kinder zu kümmern oder um Angehörige, die gepflegt werden müssen, dann ist es ihre ureigenste Entscheidung. Es hat genau in den neuen Ländern, wo ich herkomme, keine Relevanz, ob das jetzt Frauen oder Männer sind. Ich kenne sehr viele Männer, die auch in der Steuerklasse 5 sind, und Frauen, die in der Steuerklasse 3 sind. Deshalb, liebe Freunde, guckt mal in die Statistiken und kommt in der Wirklichkeit an, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, das Wort hat nun Andrea Klieve aus Nordrhein-Westfalen.

Andrea Klieve: Ich habe hier in der Hand die Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundesratsfraktion, ganz frisch, aus dem April, wo genau Rahmendaten zur Steuerklasse 3 und 5, was sind das eigentlich für Menschen, die das wählen, wie viele sind das, in welchem Einkommensperzentil sind die, all das in, glaube ich, 16 Fragen abgefragt wird. Die Bundesregierung hat überhaupt

keine Antwort. Die weiß weder, wie viele Frauen, wie viele Männer sind das, aus welcher Konstellation kommt das, wie viele Leute haben davon Kinder. All diese Dinge sind völlig unbekannt. Was aber bekannt ist, ist, dass zwölf Millionen Paare in Deutschland diese Kombination 3/5 wählen, zwölf Millionen Paare, 24 Millionen Menschen in Deutschland, denen eine CDU jetzt sagen soll, ihr habt da was falsch gemacht bei der Wahl eurer Lohnsteuerklasse.

(Vereinzelt Beifall)

Ihr seid gar nicht gleichberechtigt und habt euch da falsch entschieden. Nein, das kann doch nicht unsere Politik sein. Wir müssen doch ermöglichen, dass Menschen so leben können, auch als Familie so leben können, wie sie das möchten. Es können doch nicht 24 Millionen Leute in Deutschland einen Fehler gemacht haben. Wir als CDU sollten uns wirklich hüten, diesen Menschen zu sagen, wie sie leben sollen, und dass ihre Aufgabe eigentlich nicht in der Kindererziehung besteht, sondern das Bruttoinlandsprodukt hochzukriegen. Das ist nicht meine CDU. Wir sollten den Antrag der Frauen Union ablehnen.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Klieve und nun hat das Wort Fritz Güntzler, bitte sehr.

Fritz Güntzler: Sehr geehrter Herr Tagungspräsident, lieber David, liebe Delegierten, ich möchte nochmal darauf Bezug nehmen, was die Antragskommission heute ja schon mehrfach getan hat. Wir beschließen heute ein Grundsatzprogramm, beschließen nicht das Regierungsprogramm. Ich durfte Teil der Fachkommission Wohlstand sein, die diesen Steuerteil mit vorbereitet hat. Ich kann Ihnen sagen, als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer würden mir viele Details einfallen, die wir am Deutschen Steuerrecht ändern müssten. All diese haben wir hier nicht reingeschrieben, weil wir auf einer gewissen Metaebene sind, weil wir die Grundlagen legen wollen, weil wir gesagt haben, das deutsche Steuerrecht soll einfacher, transparenter und gerechter werden. Das ist die Botschaft, die wir mit diesem Grundsatzprogramm senden wollen. Von daher ist es schon von vorne rein nicht klug, hier eine Detaillösung zu finden, zu der wir wahrscheinlich alle eine Meinung haben. Aber ich will nur fachlich erwähnen, wenn man die Steuerklasse 5 abschaffen will, müsste in diesem Antrag auch stehen, dass man die Steuerklasse 3 abschafft, denn das macht meines Erachtens nur im Paket Sinn.

(Vereinzelt Beifall)

Es ist auch mehrfach drauf hingewiesen worden, der Jens Spahn hat es getan, dass es eine individuelle Entscheidung der Partnerschaft ist, sich für 3/5 zu entscheiden

und gegen 4/4 zu entscheiden. Ich muss Ihnen auch sagen, das Narrativ, was jetzt dahintersteht, ist ja, dass einer in dieser Lebensgemeinschaft benachteiligt wird. Das ist übrigens genau das Narrativ, was die anderen bringen gegen das Ehegartensplitting. Von daher wäre ich auch sehr vorsichtig in der Argumentation, wie wir da vorgehen. Erstens würde ich empfehlen, solche Details hier nicht im Grundsatzprogramm niederzulegen, und zweitens halte ich es auch ehrlicherweise für falsch, denn wir wollen den Menschen die Freiheit geben, sich so zu entscheiden, wie sie möchten, denn es ist eine Haushaltsgemeinschaft. Unternehmerisch würden wir sagen, das ist ein Konzern. Die haben ein gemeinsames Einkommen und da wird die Lohnsteuer im Abzugsverfahren abgezogen und das ist eine Vorauszahlung. Man hat immer noch die Möglichkeit, in der Veranlagung alles wiederzubekommen. Also von daher bitte ich, diesen Antrag der Frauen Union abzulehnen.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Fritz Güntzler, und jetzt hat das Wort Annette Widmann-Mauz, bitte.

Annette Widmann-Mauz: Frau Vorsitzende, liebe Delegierte, liebe Freundinnen und Freunde, wir diskutieren am heutigen Tag über Leistung, über Wohlstand, über all das, was es dazu braucht, dass wir die Kräfte in unserem Land entfesseln. Wenn ich mit Frauen unterwegs bin, die Familie haben, die Kinder haben, die vielleicht noch in der Schule sind und auch zum Teil betreuungspflichtig, die eine Teilzeitbeschäftigung haben oder vielleicht sogar nur einen Minijob, dann höre ich oft: Warum soll ich eigentlich eine Stunde, zwei Stunden mehr arbeiten? Warum soll ich eigentlich aus dem steuerfreien Minijob in die Teilzeitbeschäftigung gehen? Von jeder Stunde, die ich hier mehr arbeite, bleibt doch am Ende nach der Steuer gar nicht mehr übrig. Dann sage ich ihnen: Du bist in der falschen Steuerklasse. Wenn wir es ernst meinen damit, dass wir Frauen, und Frauen wollen mehr arbeiten, Frauen brauchen wir in ganz, ganz vielen Bereichen. Unser Antrag steht nicht ohne Grund in dem Kapitel, „den Fachkräftemangel beheben“, wenn wir sie wollen und sogar noch ein, zwei Zeilen drüberschreiben, dass wir mit steuerlichen Förderungen mehr Arbeitsvolumen erreichen wollen, dann frage ich doch mal umgekehrt: Welche steuerlichen Maßnahmen sollen das denn sein? Das ist eine steuerliche Maßnahme, die kostet uns kein Geld, die bringt uns mehr Frauenbeschäftigung, die belohnt es, wenn Frauen mehr erwerbstätig sind. Das ist im Übrigen auch noch ein Mehr an Gerechtigkeit. Im Übrigen, das muss ich sagen, weil der Vorwurf ja erhoben wurde, wir würden in die Freiheit der familiären Arbeitsgestaltung und der Aufteilung von Erziehungsverantwortung eingreifen, genau das tun wir nicht. Wer den Unterschied zwischen dem Ehegattensplitting und der Steuerklassenkombination

nicht versteht, der kann zu so einer Aussage kommen. Das, was sich an Arbeitsaufteilung und individueller Entscheidung abspielt, ist dann finanziell relevant bei der Frage des Ehegattensplittings. Denn da geht es darum, niedrige Einkommen und höhere Einkommen nicht jeweils zu besteuern, sondern den Durchschnitt von beiden. Meistens zahlt sich das für die Familie aus. Aber bei der Steuerklassenkombination geht es doch ausschließlich darum, die steuerlichen Freibeträge dann proportional nach dem jeweils erwirtschafteten Einkommen zu verteilen. Das ist Freiheit. Das ist Gerechtigkeit und vor allen Dingen fördert es Leistung in unserem Land.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb bitte ich Sie sehr, sehr herzlich, wenn wir gemeinsam den Kampf gegen die Abschaffung des Ehegartensplittings bestehen wollen, dass wir dann aber auch an den Punkten ansetzen, die wir bereits erkannt und identifiziert haben als die eigentlichen Hürden, dass wir dann auch endlich den Mut haben, an dieser Stelle diesen alten Zopf abzuschneiden. Wir haben, Jens und viele andere in der Bundestagsfraktion, ein großes Treffen gemacht mit Unternehmerinnen und Unternehmern aus der Wirtschaft, Mittelstand, Handwerk, bis zur Industrie. Aus dieser Runde ist diese Forderung an uns gestellt worden. Es gab tosenden Beifall dafür, wenn sich die CDU hierzu endlich durchringt. Ich glaube, es ist ein guter Moment, dieses zu tun. Es ist ein Beitrag, Altersarmut zu vermeiden, die Lohnlücken zu schließen und im Übrigen bitte ich auch hier, das Wort „bereinigt“ wegzunehmen. Wir wollen ernsthaft nicht, dass wir diese Lohnunterschiede auch weiter in die Zukunft perpetuieren. Deshalb bitte ich Sie sehr herzlich um Annahme des Antrags der Frauen Union.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Annette Widmann-Mauz, und abschließend für die Antragskommission erteile ich Gitta Connemann das Wort.

Gitta Connemann, Antragskommission: Starke Frauen braucht das Land. Das hat Annette Widmann-Mauz gerade zurecht auch dargestellt. Dass wir starke Frauen brauchen und sie übrigens in der CDU auch haben, darauf können wir auch mal stolz sein.

(Beifall)

Aber wenn wir heute ein Grundsatzprogramm auf den Weg bringen wollen, liebe Annette, dann ist dies ein Programm, das für die nächsten zehn bis 15 Jahre halten soll. Das Thema, das hier in diesem Antrag angesprochen wird, ist aber Tagespolitik

pur. Denn aktuell plant die Ampel im Regelfall nichts Gutes. Sie streitet auch jetzt schon wieder über ihr eigenes Rentenpaket, aber sie plant für das Jahressteuergesetz 2024 eine Änderung, was die Lohnsteuerklassen 3 und 5 angeht. Man weiß nun nie, was die Ampel macht. Aber es könnte sein, dass damit im Sommer dieser Text des Grundsatzprogramms schon obsolet wäre. Deshalb haben wir in allen steuerlichen Fragen darauf verzichtet, auch bestimmte konkrete kleinteilige Regelungen oder Ziele reinzuschreiben, auch, zum Beispiel, Obergrenzen wie bei Unternehmensbesteuerung, aus ganz gutem Grund. Neben diesem formalen Argument, wenn wir eine solche Regelung wollen, und ich denke, wir werden im Rahmen des Regierungsprogramms natürlich darüber sprechen müssen, was bedeutet einfacher, transparenter und gerechter, aber dann müsst ihr den Weg auch weitergehen und sagen: Wie soll dann, zum Beispiel, das Faktorverfahren 4/4 aussehen, das man heute schon wählen kann? Das ist das Einzige, bei dem ich dir widersprechen muss, liebe Annette. Schon heute hätte jede dieser starken Frauen, von denen du gesprochen hast, die Möglichkeit, 4/4 zu wählen.

(Beifall)

Wenn die Familien es bewusst nicht tun, dann ist das sicherlich nicht der Schwäche von Frauen zuzusprechen, sondern eine eigenbestimmte Entscheidung. Noch einmal, in diesem Grundsatzprogramm plädieren wir für ein einfaches, gerechtes, transparentes Steuersystem. Da gehören solche Fragen tatsächlich nicht rein. Deswegen bitten wir im Sinne der Antragskommission um Ablehnung des Antrages, auch für starke Frauen.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Gitta Connemann, die Argumente sind ausgetauscht. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Das Erstere war ganz klar die Mehrheit. Damit kommen wir zu Antrag 142, das sind die Zeilen 1.593 bis 1.606, mit insgesamt zehn Änderungsanträgen. Dazu liegt eine Wortmeldung vor für den Änderungsantrag 004, Joshua Paul Valentin Kraski aus Nordrhein-Westfalen, bitte.

Joshua Paul Valentin Kraski: Liebe Freundinnen und Freunde, die Subsidiarität gehört fest zu diesem Land, aber sie gehört auch fest zu dieser Partei. D Ampel feiert sich für ihre progressive Sozialpolitik. Aber was heißt diese progressive Sozialpolitik eigentlich? Sie heißt, dass sie den Menschen sagt: Wir schreiben euch in den Sozialleistungen ab, wir lassen euch im Stich in diesen Sozialleistungen, wir trauen euch den Ausstieg nicht wieder zu. Ich finde, es ist wichtig, dass wir als Partei ganz

klar sagen: Wir trauen euch diese Eigenverantwortung zu. Wir schreiben euch nicht ab, wenn ihr mal in der Sozialleistung gewesen seid. Wir lassen euch auch nicht im Stich. Wir helfen euch zur Selbsthilfe, aber dazu gehört eben nicht nur das Fördern, sondern auch das Fordern der Eigenverantwortung und ich finde es wichtig, dass wir dieses klare Zeichen als CDU setzen. Wir sind die Partei, die die Menschen nicht im Stich lässt. Aber wir sind auch die Partei, die in die Eigenverantwortung der Menschen vertraut. Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung für diesen Antrag, herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Kraski, und für die Antragskommission hat Christian Bäumler das Wort.

Dr. Christian Bäumler, Antragskommission: Vielen Dank für das Wort, vielen Dank auch für diesen Antrag. Wir haben in unserem Entwurf des Grundsatzprogramms schon mehrfach hier das Subsidiaritätsprinzip aufgenommen. Wir haben auch hier eine Formulierung gefunden, die es berücksichtigt. Ich glaube, dass da eigentlich gar kein großer Dissens zwischen dem Antragsteller und der Empfehlung der Antragskommission ist und ich bitte darum, das Votum der Antragskommission anzunehmen.

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deshalb frage ich den Parteitag, wer den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchte, den bitte jetzt um das Handzeichen, Kartenzeichen. – Die Gegenprobe. Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen. Ich rufe Antrag 143 auf, das sind die Zeilen 1.607 bis 1.624 mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 018 zur Beratung auf. Es gibt keine Wortmeldungen, sodass wir abstimmen können. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe. Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen. Wir kommen zu Antrag 144, das sind die Zeilen 1.625 bis 1.633, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 008. Es liegen keine Wortmeldungen vor. Deshalb können wir jetzt abstimmen über die Empfehlungen der Antragskommission. Wer ist dafür? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Angenommen, wir kommen zu Antrag 145, mit den Zeilen 1.634 bis 1.646. Dazu gibt es 16 Änderungsanträge von 001 bis 016 und dazu gibt es eine Wortmeldung zum Änderungsantrag 002 von Pascal Reddig, bitte sehr.

Pascal Reddig: Liebe Delegierte, ich will hier dafür werben, dass wir den Antrag nicht verweisen, sondern dass wir ihn an der Stelle annehmen. Wir schießen in diesem Jahr 116 Milliarden Euro an Steuerzuschüssen in das gesetzliche Rentensys-

tem, 116 Milliarden in ein System, das eigentlich darauf aufgebaut ist, dass es sich von selbst tragen sollte. Wenn wir in den nächsten Jahren so weitermachen, dann werden wir irgendwann ein Drittel des Bundeshaushalts haben, irgendwann die Hälfte des Bundeshaushalts, die wir allein für das gesetzliche Rentensystem ausgeben, kein Platz mehr für Investitionen für Bildung, Infrastruktur, Digitalisierung und Klima. Das, was wir in den letzten Jahren erlebt haben, war ehrlich gesagt schon ein Stück weit eine Riesenbelastung für die junge Generation. Das, was jetzt die Ampel macht, ist ein Anschlag auf die junge Generation. Deshalb müssen wir als CDU auch ein deutliches Zeichen dagegensetzen und würden uns deshalb wünschen, dass wir den Antrag so annehmen, dass wir klar machen, dass wir den Steuerzuschuss in das gesetzliche Rentensystem begrenzen wollen und dass wir dann in diesem Rahmen schauen, wie wir es umsetzen können und wie wir da zu einem verträglichen System kommen, das am Ende auch wieder ein Generationenvertrag ist und seinem Namen gerecht wird, vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile: Wir haben noch einen Hinweis bekommen. Zu 144 lag doch eine Wortmeldung vor. Wir rufen den Antrag 144 nach Abschluss des Antrags 145 dann nochmal auf. Frau Heber, Sie können sich also bereithalten. Als Nächstes hat das Wort nun für die Antragskommission Stefan Nacke zu Antrag 145, Änderungsantrag 002.

Stefan Nacke, Antragskommission: Liebes Präsidium, liebe Delegierte, der Punkt ist sehr interessant, führt aber für die Antragskommission zu weit, ihn in das Grundsatzprogramm aufzunehmen. Wir sollten es im Wahlprogramm tun und ein neues Rentenkonzept erarbeiten und das mit dem Generalsekretär zusammen besprechen im Prozess. Deswegen plädieren wir für die Überweisung in das Regierungsprogrammprozess, danke.

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, weitere Wortmeldungen liegen vor. Nächster Redner ist Florian Hummel aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Florian Hummel: Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Delegierte, Pascal Reddig hat es schon gesagt, wir plädieren dafür, dass wir diesen Antrag eben nicht überweisen, sondern annehmen in dieser Fassung. Ich würde es auch an der Stelle beantragen, dass wir ganz explizit einzeln über diesen Änderungsantrag abstimmen und es diesmal auch wirklich tun, das vielleicht mal ganz grundsätzlich.

(Vereinzelt Beifall)

Aus unserer Sicht ist das Rentenpaket, das die Ampel vorgelegt hat, eine Frechheit. Das ist ein Anschlag auf die junge Generation. Pascal hat es gesagt, laut Berechnungen des ifo Instituts muss entweder der Beitragssatz bis 2050 von 18 auf 25 Prozent steigen oder eben der Bundeszuschuss auf die Hälfte des Bundeshaushaltes. Damit bleibt eben nichts für wichtige Investitionen in die Zukunft. Deshalb plädieren wir als Junge Union ganz klar dafür, dass wir das im Grundsatzprogramm, diese Grundsätzlichkeit, diese Obergrenze von 25 Prozent auch festhalten, vielen Dank für die Unterstützung.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, nächster Redner ist Felix Siegmon aus Schleswig-Holstein.

Felix Siegmon: Vielen, vielen Dank, ich will zuallererst auch nochmal an die Antragskommission sagen, ich finde es wirklich schade, dass bei fast allen Anträgen die Begründung nur ist, es ist eine schöne Idee, das kann man mit in ein Regierungsprogramm aufnehmen, aber es ist nichts, was in ein Grundsatzprogramm gehört.

(Beifall)

In dieser Frage ist die Aussage übrigens auch falsch, denn Punkt, den die Junge Union bringen will, ist so grundsätzlich, dass das die Rentenpolitik nicht nur der nächsten Legislatur prägen wird, sondern viele, viele Jahrzehnte. Das ist, glaube ich, auch etwas, was wir von diesem Parteitag aussenden sollten, dass es bei Rentenpolitik nicht darum geht, nur von Legislatur, um es überspitzt zu sagen, von Wahl zu Wahl zu denken, sondern ein System zu schaffen, was wirklich trägt und was Generationengerechtigkeit auch ernst meint. Deshalb werbe ich sehr dafür, dass dieser Antrag angenommen wird, herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, nächster Redner ist Dr. Carsten Brodesser aus Nordrhein-Westfalen.

Dr. Carsten Brodesser: Herr Präsident, liebe Delegierte und liebe Freundinnen und Freunde, mein Änderungsantrag bzw. mein Redebeitrag bezieht sich nicht auf den Änderungsantrag 002, sondern auf den Änderungsantrag 008. Insofern frage ich, ob zunächst mal über den Änderungsantrag 002 abgestimmt wird.

David McAllister, Tagungspräsidium: Also erstmal wird darüber nicht abgestimmt, sondern in Gänze über das Votum der Antragskommission.

Dr. Carsten Brodesser: Vielen Dank, Herr Präsident, liebe Freundinnen und Freunde, mit dem Betrachten der Realität und mit Blick auf den gültigen Alterssicherungsbericht der Bundesregierung aus dem Jahre 2020 gibt es drei triviale Erkenntnisse. Zum Ersten, der Verbreitungsgrad einer zusätzlichen Altersvorsorge neben der gesetzlichen Rentenversicherung beträgt in der Altersgruppe zwischen 25 und 65 Jahren 70 Prozent. Das heißt im Umkehrschluss, 30 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland haben keine zusätzliche Altersvorsorge. In dem Segment der Geringverdiener beträgt der Anteil sogar 50 Prozent. Jeder Zweite der Geringverdiener verfügt über keine zusätzliche Altersvorsorge und unterliegt somit auch einer Altersarmutsproblematik. Die zweite Erkenntnis: Der Verbreitungsgrad der betrieblichen Altersversorge steigt mit der Größe des Betriebes. Die dritte Erkenntnis ist allzu trivial; der Verbreitungsgrad der privaten Altersvorsorge steigt mit der Höhe des Einkommens. Insofern ist es richtig, dass wir uns als CDU mit dem Thema befassen und Altersarmutsgefährdung einschränken wollen. Jetzt gibt es zwei Möglichkeiten, dieser Gefahr zu begegnen. Das eine wäre die Einführung einer verpflichtenden Altersvorsorge, einer kapitalgedeckten Altersvorsorge für alle, und der andere Weg wäre, genau diese Zielgruppe der Geringverdiener in kleinen Unternehmen auch gezielt zu adressieren. Ich bin ganz ehrlich, mit unserem Antrag stellen wir diese Frage nicht, sondern hier geht es um eine kleine Formulierung in der Reihenfolge der Wortwahl. Im Antrag heißt es, „Die CDU spricht sich für die verpflichtende Einführung einer kapitalgedeckten Altersvorsorge aus“, und wir würden gerne die Reihenfolge der Wörter ändern, und zwar: „Wir sprechen uns für eine kapitalgedeckte Altersvorsorge verpflichtend aus“. Warum diese Wortklauberei? Weil wir glauben, dass wir auch die Freiheit haben sollten, bei einer verpflichtenden Altersvorsorge uns die Form der Altersvorsorge auch auswählen zu dürfen. Wenn über unserem Grundsatzprogramm die Freiheit steht, dann gilt diese Freiheit auch bei der Entscheidung einer verpflichtenden kapitalgedeckten Altersvorsorge, denn wir wollen keinen Staatsfonds, keine einheitliche, keine sozialistische Lösung, sondern wir wollen die Freiheit der Entscheidung auch bei der kapitalgedeckten Altersvorsorge. Insofern bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, als Nächstes hat das Wort Karl-Josef Laumann.

Karl-Josef Laumann: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Parteifreunde, ich möchte gerne etwas zu dem Antrag der Jungen Union sagen. Einfach in ein Grundsatzprogramm reinzuschreiben, wir legen den Bundeszuschuss für die Rentenver-

sicherung hier fest. Ich will nur sagen, ich glaube, dass wir in dieser Frage nicht jetzt einfach einen Pfeiler einschlagen können, ohne alles zu bedenken. Deswegen braucht es eigentlich ein Gesamtkonzept, wie wir uns das in den nächsten Jahrzehnten vorstellen. Ich will hier nur sagen, die Antworten sind nicht einfach. Die Stellschrauben, die wir in der Rentenversicherung haben, sind gar nicht viele. Du kannst was beim Bundeszuschuss machen; du kannst was beim Renteneintrittsalter machen und du kannst etwas beim Rentenniveau machen. Das sind die drei Stellschrauben, die wir haben. Andere haben wir nicht. Jetzt will ich hier nur mal in unserem Saal sagen, dass die durchschnittliche Rente zurzeit eines Menschen in Deutschland, der sein Leben lang immer durchschnittlich verdient hat, das würde in Nordrhein-Westfalen zurzeit bedeuten 3.600 Euro brutto, dass der nach 45 Beitragsjahren eine Rente von 1.533 Euro aus der Rentenversicherung hat. Das sind die realen Renten von Leuten, die Maurer waren. Das sind die realen Renten von Leuten, die Schreiner waren. Das sind die realen Renten von Leuten, die Krankenschwester waren. Das ist die Wahrheit. Deswegen gehöre ich zu den Leuten, die sagen, die Spielräume beim Rentenniveau sind nicht da. Der zweite Punkt ist Lebensarbeitszeit. Wir haben eine gesetzliche Regelung, dass das Renteneintrittsalter in wenigen Jahren bei 67 Jahren liegt. Wir reden dann noch immer über eine Generation, die wenigstens zum Teil mit 15, 16 in die Lehre gekommen ist. Die Leute, die jetzt mit 21 in die Lehre gehen, ist noch lange hin bis zur Rente. Auch das bitte ich, zu bedenken. Ein weiterer Punkt ist, wir müssen das Verhältnis von Rente und Pensionen sehen. Guckt euch mal die Entwicklung der Ausgaben des Staates bei den Pensionen an, im Übrigen nicht nur bei der Rente, auch bei der Pflege.

(Vereinzelt Beifall)

In meinem Bundesland sind allein in den letzten zwölf Monaten die Ausgaben in der Beihilfe des Landes Nordrhein-Westfalen für Pflege um 400 Millionen Euro gestiegen. Kein Mensch redet drüber. Also wir müssen auch hier eine Frage stellen in unseren Rentenüberlegungen: Wie sieht das eigentlich bei den unterschiedlichen Rentensystemen aus? Wollen wir das eine immer mehr von den anderen abkoppeln? Deswegen glaube ich, dass wir nicht einfach hier einen Pflock einschlagen können und sagen: Jetzt setzen wir aber einen Pflock im Grundsatzprogramm fest, der ist unumstößlich und den dürft ihr bei einer Rentengesetzgebung überhaupt nicht mehr bedenken. Also ich kann nur sagen, eine solche Einengung finde ich schwierig.

(Vereinzelt Beifall)

Da will ich auch zum Schluss noch eins sagen: Wenn man immer über den Bundeszuschuss der Renten redet, dann muss man auch mal darüber reden, was alles

durch politische Beschlüsse an gesamtstaatlichen Aufgaben, ohne, dass da jemals ein Beitrag für geflossen worden ist, in die Rentenversicherung reingetan worden ist. Darüber, dass das vom Bund bezahlt werden muss, sind wir uns ja wahrscheinlich einig. Dann sieht ja die Frage des Bundeszuschusses auch in der Bewertung anders aus. Deswegen wirklich nur mein Appell: Legt nicht vorher einen wesentlichen Schraubenschlüssel aus der Hand, bevor ihr wisst, ob ihr ihn noch braucht oder nicht braucht. Deswegen ist die Überweisung und das Bedenken im Wahlprogramm, und ich würde uns sehr raten, vor allen Dingen nach der Wahl mal über ein richtiges Rentenkonzept zu machen. Vor der Wahl macht es die Leute nur irre. Man kann auch noch Wahlen verlieren, und mit dem Thema Rente kann man leicht eine Wahl verlieren. Kann ich nur sagen, da muss nach meiner Meinung sehr viel mehr aufgenommen werden, als heute einen wesentlichen Schraubenschlüssel aus der Hand zu legen. Es engt uns zu sehr bei den Überlegungen ein. Deswegen bitte ich wirklich darum, in diesem Punkt der Antragskommission nochmal zu folgen, obwohl ich die ständige Überweisung eigentlich auch nicht richtig finde, aber hier sollte man sie wirklich noch einmal folgen, Danke schön.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Karl-Josef Laumann, wir müssen hier oben ein bisschen auf die Zeit achten, deshalb möchte ich Sie informieren, dass wir noch acht Redner haben zu diesem Antrag, Peter Weiß, Jendrik Wüstenberg, Steffen Kampeter, Felix Siegmon, Christopher Hauß, Inga Glökler, Dr. Christian Bäumler und schließlich Gitta Connemann für die Antragskommission. Ich schlage vor, dass wir hier die Rednerliste zu diesem Antrag schließen, und ich möchte alle Delegierten bitten, sich möglichst kurz zu fassen. Nächster Redner ist Peter Weiß aus Baden-Württemberg.

Peter Weiß: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich finde, die Empfehlung der Antragskommission klug, denn man kann zu so etwas wie zur Rente nicht nur einen Satz beschließen, ohne das andere mitzubedenken. Also die Steuermittel, die in die Rente fließen, sind im Wesentlichen dazu da, die nicht beitragsbezogenen Leistungen abzudecken, also unser Lieblingsprojekt, die Mütterrente, oder die Fremdrente für die Spätaussiedler. Wenn man jetzt etwas zum Steuerzuschuss sagt, müsste man auch etwas zum Beitrag sagen. Ich finde, für die junge Generation ist viel, viel bedrohlicher ein Beitragsanstieg auf möglicherweise 28, 30 Prozent. Das reißt richtig rein. Deswegen, wenn man etwas macht, muss man ein Gesamtkonzept darstellen, wo man Steuermittel und Beitragsmittel zusammen in Blick nimmt und insbesondere definiert, welche Leistungen von wem zu bezahlen sind. Da enthält eigentlich das Grundsatzprogramm einen tollen Auftrag für uns, der aber mit diesem Satz

nicht erfüllt wird, nämlich, dass wir künftig zwischen beitragsbezogenen und steuerfinanzierten Leistungen stärker differenzieren wollen und auch für jeden Bürger die entsprechende Transparenz herstellen wollen. Ich finde, es ist der wichtigste Satz, auch für die junge Generation, den sollte man durch einen solchen zusätzlichen Satz nicht verunklaren, also für das Votum der Antragskommission.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Peter Weiß, nächster Redner Jendrik Wüstenberg aus Hannover.

Jendrik Wüstenberg: Hallo, ich möchte jetzt nochmal was sagen zu der Verfahrensweise, die wir jetzt hier machen zum Antrag 002. Hier soll wieder en bloc abgestimmt werden. Ich habe mir jetzt mal die GO angeguckt. Darin steht: „Dabei kann die Antragskommission vorschlagen, dass mehrere Anträge gemeinsam behandelt, begründet, beraten und abgestimmt werden". Das ist ein Vorschlagsrecht, kein Bestimmungsrecht.

(Vereinzelt Beifall)

Insofern bitte ich doch das Tagungspräsidium, einmal sich das zu überlegen, wie diese Praxis hier ist, denn das ist aus meiner Sicht hier, und ich denke auch aus der Sicht vieler Juristen, die sich das einmal genau angucken, nicht ordnungsgemäß, wie diese Verfahrenspraxis mit alles zusammenziehen und es wird nicht einzeln abgestimmt, wenn es beantragt wird, verfahren wird. Das halte ich nicht für zulässig.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, wir kommen gleich nochmal darauf zurück auf den Hinweis. Jetzt kommt erstmal Steffen Kampeter, bitte.

Steffen Kampeter: Liebe Parteifreunde, ich kann die Sorge der Jungen Union über explosionsartig steigende Sozialversicherungsbeiträge und steigende Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt in die Rentenversicherung und damit eine sinkende Attraktivität des Generationenvertrages für die junge Generation zweifelsfrei nachvollziehen. Ich halte sie für richtig und berechtigt. Trotzdem glaube ich, dass die Zielgröße eines prozentualen Anteils an einem Bundeshaushalt keine Steuerungsgröße ist, die dem Sorgen und Anliegen der Jungen Union in irgendeiner Art und Weise sachlich gerechtfertigt wird. Denn steigt der Bundeshaushalt, sagen wir mal, durch hohe Verteidigungsausgaben, die wir unter einem anderen Punkt schon grundsätzlich hier reklamiert haben, steigt auch die Möglichkeit des Bundeszuschusses. Deswegen würde ich die Junge Union bitten, vielleicht auch diesen An-

trag jetzt nicht streitig zu stellen, sondern sich genauso engagiert, wie sie es in den vergangenen Monaten gemacht haben, einzubringen in die Diskussion, insbesondere um die Zukunft des Rentensystems. Ich bin in manchen Punkten Karl-Josef Laumann dankbar, dass er hier klar die verschiedenen Stellschrauben, aber auch die Schwierigkeiten eines volksparteikonformen Rentenversicherungskonzepts angesprochen hat, sehr sensibel. Aber trotzdem werden wir uns irgendwann vor einigen Fragestellungen angesichts der jetzigen desaströsen Rentenpolitik der Ampel nicht schweigen können. Aber lasst uns bitte nicht mit einem ungeeigneten Instrument, Limitierung des Bundeszuschusses gedeckelt an dem Haushaltsausschuss, diese Debatte in die Irre führen. Wir haben Kontroversen genug bei der Rentenpolitik. Dieses ist eigentlich keine. Zustimmung zum Votum der Antragskommission.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Als nächster Redner ist Felix Siegmon dran, und bereithalten kann sich in der Zwischenzeit schon mal Christopher Hauß aus Rheinland-Pfalz.

Felix Siegmon: Vielen, vielen Dank, ich will es kurz und bündig machen. Meine Erwartungshaltung ist schon, dass über den Antrag der Jungen Union einzeln abgestimmt wird. Ich finde, das entspricht unseren demokratischen Grundsätzen in der Partei und das sollte gerade bei einem Grundsatzprogramm auch möglich sein.

(Beifall)

Ich will dann auch kurz noch was zu Herrn Laumann sagen, dessen Ausführung ich sehr schätze. Viele Punkte, die er angesprochen hat, sind richtig. Ich glaube nur, dass wir in den letzten Jahrzehnten immer wieder erlebt haben, dass die notwendigen Reformen nicht umgesetzt wurden, weil man schlichtweg die Lücke mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt gestopft hat. Deshalb glaube ich, dass es diese Forderung, diese Begrenzung braucht, damit endlich notwendige Reformen für unser Rentensystem durchgeführt werden. Dieser Grundsatz, der ins Grundsatzprogramm geschrieben werden kann, kann dann Grundlage sein für ein Rentenkonzept. Deshalb bitte ich sehr herzlich um Zustimmung für den Antrag der Jungen Union.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Siegmon, nächster Redner ist Christopher Hauß aus Rheinland-Pfalz.

Christopher Hauß: Vielen Dank, liebe Freundinnen und Freunde, Felix hat jetzt schon einen Teil vorweggenommen, den wiederhole ich nicht nochmal. Im Wesentlichen gibt es eigentlich nur die drei Stellschrauben Beitragssätze, Renteneintritts-

alter und Rentenhöhe. In der Vergangenheit wurden eben diese Probleme und diese Knappheit, die es gibt, immer wieder über den Bundeshaushalt geregelt, obwohl das nicht vorgesehen war. Lieber Herr Karl-Josef Laumann, ich glaube, dieser Pflock war schon lange notwendig. Wenn es uns einschränkt, dass wir nur 25 Prozent des Bundeshaushalts in unser Rentensystem reininvestieren können, dann funktioniert dieses System nicht mehr, liebe Freundinnen und Freunde. Deshalb bitte ich darum, über den Antrag der Jungen Union abzustimmen. Das ist der Bundesparteitag. Das ist hier das zentrale Gremium für die Willensbildung und dieser Willen muss sich hier bilden können, für oder gegen den Antrag, aber wir sollten den auf jeden Fall abstimmen, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, nächster Redner ist Dr. Christian Bäumler, bitte.

Dr. Christian Bäumler: Vielen Dank für das Wort, vielen Dank, dass für heute das Rednerpult etwas abgesenkt wurde. Ich finde es sehr wichtig, dass wir heute über diese Frage diskutieren. Ich halte es auch für gut, dass die Junge Union sich mit dem Thema Rente beschäftigt. Ich finde die Kritik, die heute an der Rentenpolitik der Ampel gemacht wurde, völlig berechtigt. Die Ampel greift willkürlich in die Rentenformel ein. Sie macht willkürlich ein System kaputt. Das ist eine völlig berechtigte Kritik. Wir sollten aber jetzt nicht denselben Fehler machen, indem wir einen Teil der Rentenformel, einen Teil des Systems herausnehmen, nämlich den Bundeszuschuss. Den deckeln, ohne, dass es dann Auswirkungen hat auf Beiträge oder Renteneintrittsalter, das ist einfach nicht möglich. Das System, was wir haben, ist drauf eingestellt, dass es eben verschiedene Komponenten gibt, durch die Beiträge und Bundeszuschuss bestimmt werden. Es ist auch so, wie Peter Weiß gesagt hat, dass wir hier in diesem Entwurf des Grundsatzprogramms eine klare Unterscheidung machen zwischen beitragsfinanzierten Leistungen und steuerfinanzierten Leistungen. Das heißt, wir wollen versicherungsfremde Leistungen der Rentenversicherung durch Steuern bezahlen. Das ist ordnungspolitisch der richtige Weg. Deswegen bin ich dafür, in den Bundesvorstand oder eben an den Generalsekretär zu verweisen. Ich halte es für sinnvoll, dass wir uns, Junge Union, CDA, Mittelstand, Frauen Union, zusammensetzen und dann mit dem Generalsekretär zusammen ein Konzept machen, was einer Volkspartei entspricht, danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, und nun für die Antragskommission bitte ich Gitta Connemann um das Wort.

Gitta Connemann, Antragskommission: Ich weiß nicht, wie es Ihnen geht. Wir diskutieren jetzt schon seit etlichen Stunden und trotzdem sind alle hier außerordentlich konzentriert und dafür möchte ich auch mal an Sie alle danke schön sagen.

(Beifall)

Denn das zeigt, dass uns die Inhalte wichtig sind. Das zeigen auch die Anträge. Ich bin persönlich der Jungen Union durchaus dankbar, dass sie diesen Antrag eingebracht hat, denn am Ende wird es genau diese junge Generation sein, die in unterschiedlicher Weise auch Lasten tragen wird, und zwar in den kommenden Jahren. Wenn wir sehen, wohin sich auch Sozialabgabendeckel entwickeln, und wir sehen, dass 2040/2050 ein Kipppunkt erreicht sein wird, wo es sein könnte, dass dann über 50 Prozent an Sozialabgaben gezahlt wird, dann bleibt gerade der jungen Generation vielleicht nur noch die Entscheidung zwischen Schwarzarbeit auf der einen Seite oder aber Auswanderung. Das wollen wir nicht. Deswegen sind wir eine Partei der Generationengerechtigkeit. Das bildet sich aber leider bei diesem Antrag dann am Ende doch nicht ab. Da bin ich Karl-Jo Laumann sehr, sehr dankbar, dass er deutlich gemacht hat, dass eine isolierte Betrachtung allein dieser Zahl, 25 Prozent, zu kurz greift. Karl-Jo Laumann hat da recht. Wir brauchen ein Konzept zur Rente. Dabei müssen wir alle Stellschrauben bedenken und das ist eben nicht nur die Höhe des Steuerzuschusses. Es ist auch das Rentenniveau, das Renteneintrittsalter. Es sind die versicherungsfremden Leistungen, aber das können wir mit diesem einen Antrag nicht ausdrücken. Allerdings finde ich auch, dass die Junge Union von uns die Zusicherung bekommen müssen, dass wir noch vor der Wahl, denn die kann schneller, als wir uns wünschen, auf uns zukommen, dass wir noch vor der Wahl ein belastbares Konzept erarbeiten, wo sich alle Generationen wiederfinden. Deshalb bitte ich jetzt zur Zustimmung für das Votum der Antragskommission auf Ablehnung, aber auch zur Selbstverpflichtung von uns allen, uns danach sofort mit allen Vereinigungen zusammenzusetzen, um uns vorzubereiten mit einem tragfähigen Rentenprogramm dann auf die Übernahme der nächsten Bundesregierung, herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, abschließend zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich nun Heinz Wöstmann das Wort.

Heinz Wöstmann, Antragskommission: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf mich kurz vorstellen, weil ich nicht so häufig hier spreche. Mein Name ist Heinz Wöstmann. Ich bin nicht nur Mitglied der Antragskommission, sondern hier an dieser Stelle auch als Mitglied des Bundesparteigerichts aufgefordert, ein paar

Worte zu sagen, weil das Abstimmungsverfahren hier eben in einem Wortbeitrag angesprochen worden ist. Zur Klarstellung, § 15 unserer Geschäftsordnung, die anwendbar ist, gibt der Antragskommission die Möglichkeit, Vorschläge dazu zu machen, dass mehrere Anträge gemeinsam abgestimmt werden. Deswegen ist zunächst über den Vorschlag der Antragskommission abzustimmen, so wie das Tagungspräsidium das bisher auch gemacht hat. Wenn dieser Vorschlag abgelehnt wird, ist dann das Feld offen für alle anderen Anträge, darüber einzeln abgestimmt zu werden. Also ist das Verfahren des Tagungspräsidiums bisher aus meiner Sicht nicht zu beanstanden, Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Heinz Wöstmann, für diese juristische Präzision, für diese Klarstellung. Ich schlage dann vor, dass wir abstimmen zum Antrag 145, und zwar entsprechend den Empfehlungen der Antragskommission. Wer dafür ist, den bitte um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das so angenommen worden. Wir unterbrechen jetzt erstmal die Antragsberatung und freuen uns nun auf unseren Gastredner aus Bayern.

(Vereinzelt Beifall – Musik)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Liebe Delegierte, die Spannung steigt. Wir freuen uns; der nächste Höhepunkt naht und ich freue mich. Vielleicht dürfen wir damit beginnen, dass wir einen Freund der CDU begrüßen. Er ist ein ganz feiner Kerl. Er ist der Landesgruppenchef der CSU im Deutschen Bundestag und vertritt dort die CSU. Er macht das klasse. Er arbeitet sehr, sehr gut mit Friedrich Merz zusammen und er ist heute zu uns gekommen, herzlich willkommen, Alexander Dobrindt.

(Beifall)

Ansonsten läuft alles nach Plan. Herr Söder ist eingetroffen.

(Musik)

Liebe Delegierte, wir freuen uns, einen Freund der CDU begrüßen zu dürfen, den Ministerpräsidenten aus Bayern, den CSU-Chef, Markus Söder.

(Musik)

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Lieber Markus Söder, der 36. Parteitag der CDU Deutschlands heißt dich herzlich willkommen. Herzlich willkommen in Berlin.

(Lebhafter Beifall)

Wir freuen uns, den bayerischen Ministerpräsidenten und den Vorsitzenden der CSU-Schwesterpartei bei uns zu begrüßen. Es ist eine gute Tradition, dass der Parteivorsitzende der CDU eingeladen wird auf den Parteitagen der CSU. Und genauso ist es eine gute Tradition, dass der Parteivorsitzende der CSU eingeladen wird auf den Parteitagen der CDU. Also noch einmal herzlich willkommen, dies zeigt, wie gut und eng wir zusammenarbeiten.

(Beifall)

Ich will es nicht versäumen, auch sehr herzlich zu begrüßen unseren Freund Alexander Dobrinth, den ersten stellvertretenden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, meinen ersten stellvertretenden Vorsitzenden. Lieber Alexander, auch dir ein ganz herzliches Willkommen auf dem Parteitag der CDU Deutschlands.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich habe es gestern in meiner Rede gesagt und will es heute noch einmal in der Gegenwart von Markus Söder wiederholen. Diese Fraktionsgemeinschaft zweier Parteien in einer Bundestagsfraktion, die sich gegenseitig keine Konkurrenz machen, die sich aber gegenseitig mit auch ihrer Unterschiedlichkeit auf der Basis des gleichen Politikverständnisses, des gleichen Menschenbildes in der Politik in Deutschland ein gesamtes Angebot machen, die CSU im Süden in Bayern, wir, die CDU im anderen Teil der Bundesrepublik Deutschland, das ist ein großes Erfolgsgeheimnis für uns. Es hat einmal den Versuch gegeben, diese Fraktionsgemeinschaft aufzulösen. Das war 1976. Alle, die das damals miterlebt, mitbegleitet oder aus der Erinnerung nachlesen können, wissen heute, es wäre ein verdammt schwerer Fehler gewesen, das zu machen.

(Beifall)

Gut, dass es schnell wieder korrigiert worden ist, und gut, dass wir seitdem, ja, auch manchmal mit unterschiedlichen Auffassungen, aber dass wir seitdem jedenfalls in dieser Frage fest zusammenstehen in der gemeinsamen Bundestagsfraktion. Für heute kann ich sagen, es gibt ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen unseren beiden Parteien. Ich gehe so weit, zu sagen, es hat es selten gegeben, ein so hohes Maß an guter Zusammenarbeit, an Übereinstimmung zwischen CDU und CSU und an Zusammenarbeit in der gemeinsamen Fraktion. Auch das, liebe Freundinnen und Freunde, ist Voraussetzung für unseren gemeinsamen Erfolg. In diesem Sinne, lieber Markus, begrüßen wir dich noch einmal sehr, sehr herzlich. Wir freuen uns, dass du hier bist, und wir freuen uns, dass du jetzt das Wort ergreifst.

TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

Grußworte

(Beifall)

Dr. Markus Söder, Vorsitzender der CSU: Lieber Friedrich Merz, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, vielen, vielen Dank für den freundlichen und auch herzlichen Beifall. Das ist ja alles nicht selbstverständlich. Also wer in die Geschichte zurückblickt, der weiß, dass wir zwar schon immer zusammen waren, aber CSU-Vorsitzende waren immer eingeladen zum Grußwort, aber Franz Josef Strauß hat sich nie richtig her getraut. Der hat immer den Generalsekretär hingeschickt. Das hat mir Edmund Stoiber erzählt und der sollte dann immer die reine und wahre Lehre vertreten. Das waren immer sehr schwere Termine. Dass ihr mich freundlich empfangt, ist mir eine Ehre. Dass ich sogar morgen zweimal eingeplant bin, hat mich überrascht. Ich werde aber mich darauf entsprechend vorbereiten und sage herzliches Dankeschön und will euch eines sagen: Es ist tatsächlich so, ohneeinander geht es nicht. Wir sind untrennbar miteinander verbunden. Wir könnten nicht erfolgreich sein ohne eine starke CDU und für euch ist es manchmal zum Vorteil, dass ihr auch die kleine, überwiegend freundliche Schwester CSU habt. Deswegen herzlichen Dank, wir stehen zueinander. Danke, dass ich heute da sein darf.

(Beifall)

Vorneweg einige Gratulationswünsche: die Gratulationswünsche zunächst mal alle, die gewählt wurden. Es waren ja gestern die Wahlen mit tollen Ergebnissen und eines ganz besonders, ich will das mal sagen, mein Kompliment, meine Gratulation von der ganzen CSU, aber auch mir ganz persönlich, für das starke, deutliche Ergebnis. Wenn man manchen Kommentator liest, der dann sagt, na ja, halbes Prozent mehr oder weniger, ich will mal sagen, in keiner Partei, die sich derzeit in der Ampel um was bemühen, hat irgendein Parteivorsitzender so viel Rückhalt wie Friedrich Merz gestern bekommen hat. Herzlichen Glückwunsch zu deiner Wahl.

(Lebhafter Beifall)

Ich will dir nicht nur gratulieren, sondern mich auch bedanken, bedanken für die Zusammenarbeit.

Wenn wir beide ehrlich sind, wir hatten nicht erwartet, dass es so reibungslos läuft. Wir waren am Anfang ein bisschen unsicher wie geht das Ganze aus. Wir haben aber aus der Erfahrung des Jahres 2021 beginnend und im Bewusstsein, was damals passiert ist und sich nicht wiederholen soll, aber auch zunehmend gemerkt, dass

wir inhaltlich, politisch, strategisch ganz ähnlich ticken. Ich danke dir für die faire für die vertrauliche und ich darf schon sagen für die freundschaftliche Zusammenarbeit. Wir sind mittlerweile auf einem Level, meine sehr geehrten Damen und Herren, wo wir uns sogar Ostereier gegenseitig schenken können, herzliches Dankeschön für die Zusammenarbeit.

(Beifall)

Keiner soll etwas hoffen oder sich täuschen. Wir beide als Parteivorsitzende, viele Beteiligte in meiner Partei, bei euch natürlich, aber am Ende kommt es dann häufig doch auf die beiden Vorsitzenden an, das hat man in der Vergangenheit gemerkt. Wir beide wissen um die Verantwortung nicht nur für unsere Parteien, sondern auch für unser Land und die Zukunft, und keine Sorge wir werden alles lösen. Die erste K-Frage haben wir schon gut gelöst, Ursula von der Leyen soll wieder Kommissionspräsidentin werden, war die erste K-Frage, ja. Unser Ziel: Und die zweite, die werden wir auch gemeinsam lösen, keine Sorge. Natürlich ist ein CDU-Parteivorsitzender immer Favorit, das ist historisch gesehen eindeutig so. Wir haben einen Zeitplan vereinbart, an dem wir uns halten. Ich will nur eines sagen. Ich verspreche euch, an mir wird der Erfolg 2025 nicht scheitern, im Gegenteil, ich verspreche euch, wir werden das nächstes Jahr zusammen rocken und die Bundesregierung jetzt, die Ampel, ablösen. Liebe Freundinnen und Freunde, das werden wir gemeinsam schaffen.

(Beifall)

Ich danke aber noch einigen anderen. Ich danke dem Team, das hinter Friedrich steht, auch dem Generalsekretär. Ich war selber mal Generalsekretär so wie Alexander Dobrinth, und deswegen hat man immer so eine mitfühlende Situation. Man weiß, was Generalsekretäre leiden können. Meistens sind sie ja sowas wie ein Innenverteidiger, der ständig rot gefährdet ist. Lieber Carsten, du hast es in dem einen Jahr klasse gemacht. Ich finde dieses Grundsatzprogramm wirklich stark, weil wenn wir ehrlich sind, für uns als CSU. Wir freuen uns echt sehr, weil wir uns inhaltlich wieder viel angenähert haben. Wir sind nicht gleich. Wir haben unterschiedliche Akzente, aber, wenn ich denke, wie wir in den letzten Jahren der GroKo oft manchmal gerungen haben, um Wörter, um Sätze bei gemeinsamen Beschlusspapieren. Das geht heute ganz anders. Das geht heute viel schneller. Das geht heute eng zusammen verbunden. Ich finde auch dieser Parteitag in seinem Aufmachen gut. Es ist blau, das sind wir auch, also die Farbe, ja, dieses frische blaue, ein bisschen wie Wick-blau. Man kann neu durchatmen, also ein großes Kompliment, und wenn du so weiter machst, wirst du an die Zeit großer Generalsekretäre wie Geißler und Biedenkopf anknüpfen. Herzliches Dankeschön für deine Arbeit und die gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich glaube, Alex, wir dürfen jetzt sagen auch dem Thorsten, Thorsten Frei ein ganz herzliches Dankeschön als Parlamentarischer Geschäftsführer. Wir haben ja Montag früh unser Frühstück, und entgegen mancher Journalisten kann ich nur sagen: Ich esse keine Weißwurst um 8 Uhr früh. Ja, ich könnte es, aber ich mache es nicht, sondern wir hatten da mal eine gute Besprechung miteinander, der Thorsten ist dabei. Wie ich finde ein ganz hervorragender Parlamentarischer Geschäftsführer.

(Beifall)

Friedrich, Carsten**,** Thorsten. Das ist die neue Dreifaltigkeit der CDU. Zusammen mit den starken Ministerpräsidenten, ein wirklich tolles Team. Deswegen noch mal Danke schön für die gute Zusammenarbeit. Aber jetzt genug gelobt, am Ende glaubt es noch jemand, liebe Freundinnen und Freunde. Nein, nein, ganz im Ernst, herzliches Dankeschön. Jetzt aber zu den relevanten Dingen. Ab Morgen, liebe Freundinnen und Freunde, sind es noch 33 Tage bis zur Europawahl. Stellt euch mal vor, wir hätten jetzt Bundestagswahl, oder einen dieser Tage, wo zwei, drei Landtagswahlen sind in Deutschland. Was wäre da für ein Flimmern in der Luft? Jeden zweiten Tag Umfragen zu den jeweiligen Wahlen und jeden Tag irgendeine Diskussion oder Wahlarena. Die Wahrheit ist, obwohl es die größte demokratische Wahl der Welt außer Indien ist, 400 Millionen, also ein ganz großes globales demokratisches Statement, scheint es viele Leute nicht so zu interessieren. Ich sage mal eines: Mein Eindruck ist, dass außer uns gar keiner richtig kämpft in diesem Wahlkampf, und keiner richtig kämpft für Europa. In anderen Teilen der Welt geht die Demokratie zurück. In anderen Teilen der Welt werden die Menschen froh und dankbar, wenn Sie wählen könnten. Lasst uns auch zeigen, dass diese Wahl zum Europäischen Parlament auch ein Statement für die Demokratie ist, und die wollen wir gemeinsam wahrnehme, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Dabei hat die Europawahl zwei Bedeutungen. Die eine: Wie setzt sich das Europäische Parlament und vielleicht die Kommission zusammen und wie geht‘s weiter mit unserem Kontinent? Und die andere: Natürlich ist es auch eine nationale Wahl. Denn die Umfragen sind nicht nur geprägt von den europapolitischen Ideen, sondern eben auch: Wie ist die Stimmung in Deutschland oder in einigen anderen Ländern? Deswegen müssen wir beides zusammen denken. Zunächst Europa. Kohl, Strauß, Angela Merkel, Theo Weigel, Edmund Stuber, viele andere sagten immer Ja zu Europa. Wir haben immer als Europapartei nie Europa in Frage gestellt, weil Europa uns tatsächlich Frieden bringt im Inneren, und wir spüren erst heute, was es für ein hohes Gut ist, wenn wir sehen, was außerhalb der EU stattfindet. Die EU hat uns wirtschaftlichen Wohlstand gebracht, der Euro. Glauben wir ernsthaft, wir

könnten unsere Autos nur in Bayern und im Sauerland verkaufen? Wir brauchen dieses Europa, und als Kind war immer stundenlang zu warten, wenn man am Brenner stand und nach Italien wollte. Heute fahren wir durch und viele junge Menschen wissen gar nicht mehr, wie schwer und zäh es früher war innerhalb Europas, und darum ist dieses Europa was Besonderes. Ich gebe aber zu, vor eineinhalb Jahren beim G7 Gipfel in München, hat mich ein Gespräch am Abend mit dem indischen Präsidenten Modi erst so richtig drauf gebracht, was Europa heute für uns bedeutet. Der Präsident sagte, nach einem langen Abendessen, auf meine Frage: Was tun Sie eigentlich? Was können Sie tun mit Russland, den Konflikt da zu lösen? sagt der Herr Ministerpräsident: Wissen Sie, Ihr Europäer solltet irgendwann verstehen und begreifen, dass eure Probleme nicht mehr die Probleme der Welt sind und dass die Probleme der Welt mit euch eigentlich nicht mehr viel zu tun haben. Wer diesen Satz sacken lässt, der heißt, löst eure Probleme doch selbst, aber haltet euch bitte raus aus diesen großen globalen Fragen, da könnt ihr eh nicht mitmischen. Das war nicht böse gemeint, sondern ganz einfach so gesagt. Wenn wir diesen Satz noch einmal, diese beiden Sätze zusammenfassen, müssen wir erst recht und entschlossener denn je drüber nachdenken, was es bedeuten würde, hätten wir nicht Europa, könnten wir nicht auf europäischer Ebene reden mit den Großen der Welt. Deswegen, liebe Freundinnen und Freunde, ist es für uns eine grundsätzliche Aufgabe, dieses Europa nicht nur anzunehmen, als notwendiges Übel zu sehen, sondern als die größte Zukunftschance dieses Jahrhunderts wahrzunehmen. Dafür stehen wir gemeinsam, CDU/CSU.

(Beifall)

Aber natürlich müssen wir das Europa besser machen, sonst braucht man gar nicht antreten. Zum Beispiel, wir sind alle für den Klimaschutz, weil wir für die Bewahrung der Schöpfung sind, ein konservatives Anliegen, aber nicht gegen die Wirtschaft, nicht gegen die Bürger, sondern mit. Vor einigen Wochen trat der Bundeswirtschaftsminister vor die Kamera der Journalisten um 8:00 Uhr früh, hielt eine Tabelle hoch und hat gesagt, super, Deutschland habe im letzten Jahr endlich die Klimaziele erfüllt. Auf die Nachfrage eines schon wachen Journalisten, ja, aber wie kommt das? Weil wir letztes Jahr einen Einbruch der Wirtschaft hatten. Wenn das unsere Strategie ist, am Ende einen quasi Morgenthau-Plan zu entwickeln, um Klimaziele zu erfüllen, aber Wohlstand verlieren und damit demokratische Stabilität zu gefährden. Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind praktische Politiker. Wir wollen Management der Zukunft machen. Wir wollen nicht zurück ins Gestern. Wir sind gegen Klimaideologen und Klimakleber. Deswegen setzen wir auf Technik statt auf Verbote, auf Anreize statt Kürzungen und deswegen sage ich euch das. Ich wun-

dere mich so. In Deutschland wird jetzt gejammert, dass möglicherweise unsere chinesischen Wettbewerber mit ihren Autos unseren Markt fluten könnten. Aber müssen wir uns nicht fragen, tragen wir auch nicht selbst ein Stück Verantwortung? Wir verbieten den Verbrenner. Wir kürzen die E-Mobilität über Nacht, was die Bundesregierung gemacht hat, und wundern uns dann, dass Arbeitsplätze verloren gehen. So kann es nicht auf Dauer gehen. Wir müssen uns endlich für die eigene Wirtschaft und die eigenen Ziele stärker einsetzen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Aus unserer christlichen Prägung heraus sind wir für Solidarität und helfen in Europa. Länder wie Nordrhein-Westfalen oder Bayern haben mehr Menschen aus der Ukraine aufgenommen als Frankreich, zum Beispiel. Aber wir spüren, dass unkontrollierte Zuwanderung uns alle überfordert, übrigens nicht nur logistisch, sondern auch demokratisch. Bitte täusche sich keiner, auch, wenn es nicht jeden Tag in den Medien ist, die Zahlen steigen weiter. Die logistischen Probleme bleiben. Europa ist immer ein Freiheitstraum, aber unsere Bürger erwarten sich auch ein Stück weit Schutzfunktion dafür. Die Wahrheit ist, Europa bewegt sich, Gott sei Dank. Es sind neue Beschlüsse gefasst worden nach acht Jahren Diskussion. Das ist ja selbst für vatikanische Verhältnisse ein relativ zügiges Verfahren, liebe Freunde. Endlich, aber auch das das war wieder schwer. Die Grünen, übrigens, haben fast alles blockiert, was da stattgefunden hat bis zum Schluss. Dabei bräuchten auch wir das. Boris und Hendrik, wir haben als die jeweiligen Vertreter auch in der MPK, wir haben versucht, da mit der Bundesregierung ins Gespräch zu kommen, mehr sichere Herkunftsstaaten, die Rückführung besser zu organisieren, Drittstaatenmodelle. Allein die Bezahlkarte war ein endloser Kampf, das durchzusetzen, und sie ist nur ein kleiner Ansatz. Ich bin übrigens der festen Überzeugung, wir müssten auch eine Menge tun, um diese sogenannten Pull-Faktoren etwas zu verändern. Drum bleibe ich dabei, das Bürgergeld ist aus vielen Gründen falsch, aber es ist auch falsch, weil es Menschen, die noch nie die Chance hatten, einzuzahlen in unsere sozialen Kassen, eine Leistung gibt, die Leute bekommen, die lange einbezahlt haben. Das muss sich endlich wieder ändern, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wir wollen Erwerbsmigration, aber keine Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme. Bitte täuscht euch nicht, bei dem Thema geht es nicht nur darum, wer neu zu uns kommt, sondern wie benehmen oder wie verhalten sich einige, die schon lange da sind. Unsere Bürger sind heute in den Städten verunsicherter denn je. Ganz brave Bürger übrigens, sie stellen sich die Frage und sagen, Mensch, sagte mir letztens ein Bürger, Deutschland wird nicht nur irgendwo an den Grenzen, oder wie es

früher hieß, am Hindukusch, verteidigt, sondern auch auf den Marktplätzen, auch in den U-Bahnhöfen. Haben wir nicht alle ein schlimmes Störgefühl, wenn wir diese Demo für das Kalifat sehen, wenn wir da hören, was jemand schreit, soweit man es verstehen konnte. Liebe Freundinnen und Freunde, jeder darf seine Meinung haben, aber wer ein Kalifat fordert, es hat nichts mit Religionsfreiheit zu tun, der will eine andere Gesellschaftsordnung, der will ein komplett anderes Land, der will unsere Rechte, unseren Staat umschreiben. Das darf derjenige auch tun. Das darf der auch fordern, bloß nicht bei uns, liebe Freundinnen und Freunde. Dann soll er halt da hingehen, wo er es machen kann.

(Anhaltender Beifall)

Ich finde, wenn wir dann manchmal hören, na ja, das sind deutsche Staatsbürger, doppelte Staatsbürgerschaft, wir haben ja jetzt erlebt, und die Unionsfraktion hat klar Widerspruch eingelegt gegen ein Staatsbürgerschaftsverfahren light, denn es ist schon wichtig. Ich mache sehr viele Einbürgerungsfeiern, tolle Leute, die wirklich sich bekennen zu unserem Land. In Bayern hat man das Glück, man wird nicht nur deutscher Staatsbürger, sondern mit der Einbürgerung sogar bayerischer.

(Heiterkeit)

Das ist sozusagen ein Doppeleffekt, den man dann hat. Die freuen sich drüber. Die sprechen die Sprache. Die haben ein Einkommen. Die strengen sich an. Jetzt soll das alles irgendwie verwässert werden. Wir haben uns dagegen gewendet und wollen es wieder rückgängig machen. Ich kann Ihnen nur eines sagen: Wenn am Ende, oder?

(Beifall)

Möglicherweise war manche Einbürgerung vielleicht ein Fehler. Ich sage jedenfalls Folgendes: Wenn jemand ein Kalifat fordert und eine doppelte Staatsbürgerschaft hat, dem muss diese doppelte Staatsbürgerschaft wieder entzogen werden, liebe Freundinnen und Freunde. Das geht doch nicht, dass so jemand deutscher Staatsbürger bleibt.

(Beifall)

Ich muss es aussprechen, ich meine es nicht böse. Bei dem Thema haben wir eine Partei, die gern alles blockiert, also die Grünen. Die Außenpolitik der Grünen, Friedrich Merz hat gestern die großen Linien dargestellt an das Deutschland der Zukunft in der Welt. Die grüne Außenpolitik ist irgendwie auch komisch. Ich darf ja selbst ab und zu unterwegs sein und treffe dann Ministerpräsidenten und Pandabären. Ich höre aber irgendwie immer das Gleiche. Ja, ihr Deutschen habt schon sehr

viel Moral. Ihr Deutschen sagt uns schon sehr klar, wie wir uns zu verhalten haben. Es ist echt überraschend. Wir Deutschen freuen uns hier drüber, wenn wir uns gegenseitig belehren und beleidigen, so, toll, Mensch, ja, endlich sagt mal jemand mal, was ich meinem Leben falsch mache. Es gibt Länder der Welt, da ist das nicht eins zu eins so, da kommt es nicht eins zu eins gut an. Manchmal verbaut uns das übrigens Chancen, um kleine Schritte zu gehen, etwas zu verbessern. Wenn man zu Beginn eines Gesprächs eine harte Linie fährt, kann es sein, dass man am Ende nichts erreicht. Ich kann nur eines sagen: Wir sind als Deutsche nicht die Missionare der Welt. Wir sind doch keine NGO, die auftritt und da maximalen Benefit erzielen will. Wenn ich dann sehe, dass Bismarck-Zimmer umbenannt werden, wenn ich sehe, dass man Kreuze bewusst abhängt, dann kann ich ehrlich sagen, statt diesem ständigen Petra-Kelly-Sound bräuchte es wieder mal mehr Goethe-Institute für Deutschland. Das wäre mal eine gute Lösung von Frau Baerbock und Co., liebe Freundinnen und Freunde.

(Anhaltender Beifall)

Deswegen, Gabor Steingart schrieb heute irgendwo, die Grünen seien, viele jedenfalls, nicht alle, viele, Moralweltmeister und manchmal auch die Besserwisser. Ich habe, und das sage ich ausdrücklich, großen Respekt davor, wie das in den Ländern, dort wo es klappt, gut funktioniert. Hendrik, großen Respekt, die Regierung wird sehr, sehr gut geführt nach außen. Ob ich die Geduld hätte, weiß ich nicht, ja.

(Heiterkeit)

Eines kann ich aber sagen, und das möge man mir nicht böse sein, ich habe kein Recht, zu sprechen über andere Länder. Bei mir habe ich anders entschieden, aber wenn es um Deutschland geht, liebe Freundinnen und Freunde, ich weiß nicht, ob die Mehrzahl unserer Wähler das als wirklichen Segen verstehen würde, wenn wir die Ampel und die Grünen, die die Ampel ehrlicherweise inhaltlich schon ziemlich dominieren, wenn diese Ampel dann in Form der Grünen eine Verlängerung bekommt. Ich sage es mal so, ich kann mir echt nicht vorstellen, auch noch Ricarda Lang als Ministerin zu sehen. Ich bin skeptisch und gegen Schwarz-Grün, liebe Freundinnen und Freunde. Sorry, wenn ich das einmal so deutlich an der Stelle sagen würde.

(Beifall)

Ich habe gestern gehört, was Boris Rhein gesagt hat, noch zu einem anderen grünen Lieblingsprojekt, für die wir ja oft verhauen werden. Es geht um Sprache. Es geht um diese ganze Woke-Philosophie, nicht Wok, Wok ist okay.

(Heiterkeit)

Kann man sich versuchen, vegan zu ernähren. Ich habe übrigens diese Woche das erste Mal in meinem Leben, weil ich mir dachte, ich muss mal was Gutes tun, mich auf den Parteitag vorbereiten, habe das erste Mal eine vegane Wurst gegessen. Liebe Freunde, lasst es.

(Heiterkeit)

Lasst es bitte, ja, das wird nichts werden.

(Beifall)

Aber zurück, ich bin sicher, der Carsten hat heute Abend bestes Essen organisiert, besser als beim letzten Präsidium.

(Heiterkeit)

Ihr wisst, was ich meine. Ja, es war – es stimmt, aber das Selleriesteak hat nicht mal Ursula von der Leyen geschmeckt so.

(Heiterkeit)

Zurück, woke ist die Philosophie. Liebe Freundinnen und Freunde, wir stellen fest, dass unsere Kinder nicht automatisch besser werden in der Schule. Wir stellen fest, dass die Deutschkenntnisse nachlassen. Wir bemühen uns alle, die Kultusministerkonferenz, Frau Prien und viele andere bemühen sich, dass wir die Sprache verbessern. Es wird uns mit vielen neuen Lehrerinnen und Lehrern eine Menge auch noch an Kraft abverlangen. Ist es in dieser Zeit dann richtig, den Kindern neue Rechtschreibregeln beizubringen, wenn sie die alten schon nicht verstehen? Ist es sinnvoll, diese ganze Sternchenideologie in den öffentlichen Raum zu stellen? Privat kann jeder machen, was er will. Das ist wirklich wichtig. Wir als Union sagen, privat darf man reden, wie man will, aber im öffentlichen Raum, in der Hochschule kann es doch nicht sein, dass Studentinnen und Studenten der Zugang zu einer Abschlussarbeit verweigert wird, weil sie nicht die Sprachregeln anwenden, die ihnen andere gegeben haben. Liebe Freundinnen und Freunde, so, wie andere auch, bei uns in Bayern auch, und wir sollten es in ganz Deutschland haben, privat kann jeder gendern, wie er will, aber staatlich braucht es ein Genderverbot für Schule, Hochschule und Behörden, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Also wir stehen zu diesem Europa, und zwar in seinen Grundfesten. Wir wollen es verbessern, aber wir wenden uns auch gegen diejenigen, die dieses Europa zerstören wollen. Das ist die AfD. Wir brauchen auch keine Angst zu haben vor der AfD, denn die AfD entlarvt sich jeden Tag mehr. Sogar Frau Le Pen ekelt sich mittlerwei-

le vor der deutschen AfD, liebe Freundinnen und Freunde. Ich bin sehr froh und ich muss ehrlich sagen, Respekt zu unseren Freunden, die in den neuen Ländern einen Kampf führen. Den führen sie übrigens auch für uns, nicht nur für sich. Das wird wichtig sein in Brandenburg, in Sachsen mit Michael Kretschmer, der, glaube ich, heute Geburtstag hat, dem ich herzlich gratuliere an der Stelle, ja.

(Beifall)

Aber auch ganz besonders Mario Voigt ein Dankeschön zu sagen und auch zu zeigen, wie man sie entlarven kann. Ich fand das Fernsehduell mit Höcke hochspannend. Liebe Freundinnen und Freunde, der ist doch schlagbar. Mario hat das jedenfalls gewonnen und ich wünsche mir, dass die beiden Freistaaten neue Ministerpräsidenten haben, und zwar wieder unsere haben, damit die drei Freistaaten endlich wieder von der Union regiert werden. Kämpfen wir zusammen dafür.

(Beifall)

Was will denn dieser Höcke überhaupt? Die EU soll sterben. Was ist der Satz dafür? Nationalistische Konflikte der Vergangenheit? Unnormale Kinder sollen nicht mehr in die Schule gehen? Mich fröstelt bei dem Gedanken, wohin das alles hinführen könnte. Die Zukunft liegt nicht in Europa, sondern in Eurasien? Klingt so wie Lebensraum im Osten, oder? Eins sage ich euch, diese abscheulichen Taten, die jetzt begangen worden sind an Wahlkämpfern, bei denen wir sehr aufpassen müssen, was da passiert, und wo wir uns auch hinter alle Demokraten stellen müssen, Grüne, SPD, egal wen. Demokraten haben das Recht, ihre Meinung zu sagen, und das darf keiner mit Gewalt unterbinden, liebe Freundinnen und Freunde. Da muss der Rechtsstaat stark und entschlossen reagieren.

(Beifall)

Diese AfD hat einen anderen Plan für Deutschland. Sie wollen, dass wir uns angliedern, nicht integrieren in Europa, sondern angliedern an Russland, an den großen Meister Putin. Nicht anders ist ja zu erklären, dass die AfD von Russland bezahlt, jedenfalls einige, und einige für China spionieren. Liebe Freundinnen und Freunde, wahre Patrioten knien nicht vor Despoten. Wenn die AfD davon redet, dass sie für das Vaterland da ist, dann kann ich nur eines sagen in der Sprache: Die einzigen echten Vaterlandsverräter, die es in Deutschland gibt, sind die AfD-Funktionäre um Herrn Höcke, liebe Freundinnen und Freunde, und zwar in aller Deutlichkeit.

(Beifall)

Deswegen, liebe AfDler, zieht euch warm an. Eure Zeit ist nicht gekommen. Wir sind bereit. Wir sagen ja zur EU. Wir sagen ja zur NATO. Wir sagen übrigens auch ja zu

einer starken Bundeswehr. Ich freue mich übrigens, den Beschluss, den ihr heute gefasst habt. Da wird es wieder welche geben, die sagen, ja, jetzt habt ihr eure Meinung nach ein paar Jahren geändert. Wenn wir ehrlich sind, im normalen Leben ist es so, ändert sich die Lage und ein Politiker würde die gleiche Meinung behalten, obwohl die Lage ganz anders ist, sorry, dann hat er nicht verstanden, woher der Wind weht. Die Lage erfordert ein anderes Denken und das Bekenntnis zur Wehrpflicht ist ein wichtiges Bekenntnis zur Stärkung der Bundeswehr, aber auch um junge Menschen, und das sieht man aus diesen ganzen Dingen, die im Internet laufen, um jungen Menschen wieder eine stärkere Bindung zu unserem demokratischen Rechtsstaat zu geben. Da hilft die Bundeswehr. Da hilft eine Dienstpflicht.

(Beifall)

Ich habe mich sehr gefreut, Daniel Günther, dass wir an der Stelle einer Meinung sind. Wir sind meistens einer Meinung, aber nicht immer, ja, aber da war man, freut mich. Eins darf ich allerdings sagen, und man möge es mir verzeihen, ich bin ja verpflichtet, hier die Wahrheit zu sagen, im Guten wie im Positiven.

(Heiterkeit)

Über eines bin ich skeptisch: Wir sollten unsere Wähler nicht wirklich den ganzen Tag verunsichern. Also ob die Union jetzt wirklich mit der Linkspartei neue beste Freunde werden, ich bin da etwas zurückhaltend, liebe Freunde, mit der AfD natürlich nicht, aber doch auch nicht mit alten Kommunisten, liebe Freundinnen und Freunde. Das kann doch nicht unser Ziel sein, sorry.

(Beifall)

Das kann doch nicht das Ziel sein. Es geht um Europa bei dieser Wahl, aber es geht auch um Deutschland. Mal ehrlich, Deutschland war noch nie so schwach wie jetzt. Ich höre dann immer wieder von der Ampel: Krise. Natürlich sind schwere Krisen, aber warum kommen die anderen besser durch die Krise als wir, und zwar auch Länder, die früher nicht so stark waren? Ihr müsst euch mal vorstellen, nach diesem desaströsen Urteil, der Klatsche des Bundesverfassungsgerichts für die Finanzpolitik der Ampel, wurde bei einer gemeinsamen Pressekonferenz von Frau Meloni und Olaf Scholz, sie, die italienische Ministerpräsidentin, gefragt, ob denn Deutschland finanziell noch ein seriöser Partner sei.

(Heiterkeit)

Eine italienische Regierungschefin wird gefragt, ob die Deutschen finanziell seriös sind. Das ist zumindest neu, liebe Freundinnen und Freunde, ist zumindest neu.

(Heiterkeit)

Die Reaktion ist darauf, die Zahlen sind einfach schlecht, Wachstum und ähnliches mehr, alles schlecht. Der Bundeswirtschaftsminister tritt vor die Kamera und sagt, die Lage ist gut, nur die Zahlen sind mies.

(Heiterkeit)

Sowas sagt in der Regel nur ein Trainer des 1. FC Nürnberg, liebe Freundinnen und Freunde, wenn er einen schlechten Tabellenstand verkauft.

(Heiterkeit)

Das ist doch die Wahrheit, oder?

(Beifall)

Wir brauchen echt auch da eine grundlegende Veränderung, nicht nur ein bisschen Korrektur. Das grundlegende falsche Prinzip ist, dass die Philosophie der Ampel heißt, mit hohen Schulden hohe Subventionen zu machen, um einzelne Betriebe zu fördern, in der Hoffnung, dass damit die gesamte Wirtschaft vorankommt. Dies ist ökonomischer Unfug, liebe Freundinnen und Freunde. Wir müssen einen anderen Weg gehen.

(Beifall)

Ökonomisch sinnvoll heißt, wenn man, und da kann man über Gerhard Schröder sagen, was man will, in der Agenda 2010, da ging es genau andersrum. Dann hat man mit niedrigeren Steuern, niedrigen Energiepreisen, einem schlanken Staat eine Mobilisierung im ganzen Land ausgelöst, Julia, als Wirtschaftssprecherin, Jens, auch psychologisch ausgelöst. Drum sage ich euch, das ist alles ein Unfug, nur mit Milliarden Subventionen Einzelnes zu fördern, wo man, zum Beispiel, bei Tesla nie genau weiß, wo geht die Reise dann überhaupt hin, wir hoffen, dass alles klappt, sondern denkt doch mal bitte an den gesamten Mittelstand in unserem Land. Mittelständische Industrie, Handwerk, all diejenigen, die brauchen endlich unsere Fürsorge und Unterstützung. Dafür sind wir da, liebe Freundinnen und Freunde, nicht für einzelne andere.

(Beifall)

Deswegen müssen Steuern runter. Geld ist übrigens da. Du hast es gestern schön angesprochen. Ich meine, dieses Heizgesetz ist ja eigentlich ein Wahnsinn. Ich frage mich, wenn ich da so Vertreter von heute-show und extra 3, alles wirklich großartige –

(Heiterkeit)

– feuilletonistische Formate, ja, die fragen uns dann immer, ja, und so und so, Herr Merz und Herr Söder, die haben sich lieb und so weiter. Ja, aber also Liebhaben ist jetzt, würde uns überfordern. Das liegt woanders besser.

(Heiterkeit)

Liebe Freundinnen und Freunde, aber statt, dass ihr mal die Frage stellt, ob dieses Heizgesetz denn eigentlich Comedy ist. Sorry, der Erfolg des Heizgesetzes ist bislang, und ich gönne es denen, dass die Ölheizungsbauer das Geschäft ihres Lebens gemacht haben. Also wenn das Klimapolitik à la Grün ist, liebe Freunde, dann gute Nacht Deutschland. Das kann es ja wohl nicht sein an der Stelle.

(Beifall)

Es wäre Geld da; man muss das Geld nur richtig einsetzen in unserem Land, natürlich haben wir Investitionen, man muss es dort einsetzen, wo es notwendig ist, und nicht verplempern für ideologische Projekte. Und bei der Energie gilt das Gleiche. Die Wahrheit ist, liebe Freunde, unsere Energiepreise sind zu hoch, und zwar im internationalen Vergleich. Dann wird immer rumgeschraubt und erzählt, das ist alles ganz wichtig, aber die Wahrheit ist, viele unserer Unternehmen investieren nicht mehr bei uns, sondern im Ausland, und ausländische Investitionen werden zurückgehalten, weil man sagt, die Energie ist woanders günstiger. Woran liegt das? Dass wir uns nicht falsch verstehen, natürlich müssen wir erneuerbare ausbauen. Wir machen es übrigens mehr, als manch einer glaubt. Wir haben im letzten Jahr fast 20 Prozent des nationalen Zubaus ermittelt. Ich gebe zu, bei uns ist mehr Photovoltaik. Es liegt am sonnigen Gemüt der Bayern, liebe Freundinnen und Freunde.

(Heiterkeit)

Aber wir wollen in allem besser werden. Aber die Wahrheit ist, um die Grundlastfähigkeit für einen wachsenden, hoffentlich wachsenden, Industriestandort, wir wollen ja Wachstum haben, der auch immer mehr Strom braucht, der attraktiv sein soll, wird es eine grundlastfähige Energieform auf Dauer brauchen. Man kann auf Kohle setzen; man kann auf Kernkraft setzen, aber aus beidem auszusteigen, ist zumindest im industriellen Staatenverbund einmalig. Wenn man dann hört, unter welchen Umständen es offenkundig gewesen ist, erst heißt es, die Beamten waren dagegen, aber man hat es nicht mitbekommen. Dann heißt es aber, man habe mit der Industrie gesprochen. Jetzt widersprechen öffentlich Energieunternehmen und sagen, sorry, das ist Unsinn. Das stimmt gar nicht. Das muss übrigens nochmal richtig aufgeklärt werden, was da eigentlich dahintersteht nur, oder? Es muss nochmal aufgeklärt werden.

(Beifall)

Ich jedenfalls glaube, dass Kohle aus Klimagründen nicht die absolute Zukunft sein kann und dass deswegen Kernenergie, in welcher Form auch immer, nicht völlig aus der Welt ist, ob alte oder neue. Wir setzen auch auf die Kernfusion. Unsere Freunde aus Hessen wollen den gleichen Weg mit uns machen. Ich kann das nur begrüßen. Man muss sich das mal überlegen, da haben wir jetzt endlich eine Chance. Das ist nicht mehr wie vor noch zehn Jahren, dass Kernfusion ein kleines Projekt von einer technologischen Elite war, ein Avantgarde. Heute gibt es erste Unternehmen, die sich auf den Weg machen. Was machen wir Deutsche? Wir sind wie immer zurückhaltend. Wir machen als erstes, bevor wir eine Technikchancenabschätzung machen, eine Technikrisikoabschätzung. Immer wieder, die gleichen kriegen dann die grünen Pickel, liebe Freundinnen und Freunde. Lasst uns endlich die Chancen für unser Land nutzen, anstatt in den Klischees der 80er-Jahre zu verhalten. Wir brauchen in Zukunft, wir brauchen Chancen und wir brauchen neue Energie.

(Beifall)

Last, but not least, auch das hat uns sehr beeindruckt und sehr gefreut, Beschlüsse zum Bürgergeld habe ich vorhin schon zitiert, Friedrich und Carsten. Es braucht auch eine andere Mentalität wieder in Deutschland. Früher hat man gestreikt für mehr Geld. Heute streikt man für weniger Arbeit. Work-Life-Balance ist okay, aber wenn aus Work-Life-Balance Life-Life-Balance wird, ich frage mich, also man kann das alles machen, aber dann muss man auch beim Wohlstand Abstriche machen. Immer weniger zu tun und immer mehr zu fordern, wird nicht funktionieren, liebe Freundinnen und Freunde. Zu glauben, dass andere das für einen tun, schon gleich gar nicht. Die anderen arbeiten für sich, aber nicht für uns in der Welt. Deswegen kann ich euch nur sagen, wir brauchen auch wieder, und es mag dann dem einen altmodisch klingen, aber genauso, wie wir im Fußball plötzlich merken, dass so manche alte deutsche Tugend wie Kämpfen und Einsatz sich zerreißen bis zur 90. oder 95. Minute, vielleicht das richtige Konzept ist und man vielleicht da wieder eine Erfolgsspur findet, müsste das vielleicht Deutschland auch wieder mehr machen. Wir werden länger arbeiten müssen, ob in der Woche oder vielleicht in der Lebensarbeitszeit, aber wenn das so ist, und da sollten wir ehrlich sein und die Führung dazu zeigen, dann muss sich das auch lohnen. Wenn in Deutschland jemand mehr arbeitet, und am Ende bekommt er weniger raus, ist doch das völlig gegenteilige Konzept, endlich Steuerfreiheit für Überstunden. Wer mehr leistet, muss mehr in der Tasche haben, liebe Freundinnen und Freunde. Das sind wir.

(Beifall)

All das und viel mehr werden die wirklichen ökonomischen Probleme des Landes. Anstatt das zu lösen, verlegt sich die Ampel auf das, wo es halbwegs Einigkeit gibt.

Weil die Wahrheit ist, so zerstritten wie die drei, haben wir noch keine Regierung Deutschlands erlebt. Selbst in den schlimmsten Zeiten zwischen CDU und CSU waren wir im Vergleich dazu fast liebevoll. Die FDP sagt hü, die Grünen sagen hott und Olaf Scholz macht das, was er am besten kann, er schweigt, liebe Freundinnen und Freunde. Aber wo sind sie dann stark? Wo glühen die Bäckchen vor Freude? Wo merkt man die Einigkeit dieser Ampel? Immer dann, wenn es um gesellschaftlich linke Projekte geht. Sorry, auch mal ein Satz an die FDP: Wir sind inhaltlich mit der FDP in Wirtschaftsfragen natürlich, an vielen Punkten gäbe es schnellere Übereinstimmungen, aber Parteitage zu machen, tolle Konzepte zu schreiben, uns dabei zu beschimpfen, ja, anstatt auf die zu schimpfen, die ihnen das Ganze blockieren und versauen, nämlich die Grünen, legen sie sich dann am Montag wieder in das gleiche warme Kuschelbett. Ich kann euch nur eines sagen, die deutsche Politik braucht endlich mehr Glaubwürdigkeit und wer gar keine Glaubwürdigkeit hat, ist die Ampel und ihre drei Partner, liebe Freundinnen und Freunde, tut mir leid, das so hart sagen zu müssen.

(Beifall)

Was machen sie, statt sich aufs Wesentliche zu konzentrieren? Neben Kriegsschauplätze, die hohe Sprengkraft haben, zum Beispiel, sie rütteln merklich am § 218, schwieriges Thema, keine Frage. Wir haben uns als Union das auch nicht leicht gemacht. Es gab lange Diskussionen bei uns in der eigenen Partei, mit den Kirchen. Ich glaube, am Ende haben wir einen Weg gefunden, Rechtsfrieden herzustellen, der es nicht einfach macht. Die Entscheidung ist nie einfach, für niemanden. Das hat übrigens nie jemand behauptet. Aber diesen Konsens aufzukündigen und das zu tun, was in vielen Ländern der Welt stattfindet, dies zur maximalen Konfrontation zu machen, wäre ein großer Fehler. Der Schutz des Lebens ist für uns als Christen wichtig, übrigens nicht nur bei der Frage zu Beginn des Lebens auch am Ende. Ich sage euch eines, mein Vater ist gestorben in einer Palliativstation. Ich kannte das vorher nicht. Ich habe das bewundert und ich fand dieses begleitete Gehen, Begehen in Würde. Gehen auch dort in einem Hospiz mit Kreuz hat den Abschied für ihn und ich glaube, auch für alle anderen leichter gemacht. Ich mag mir nicht vorstellen, wie unser Land aussieht, wenn wir keine Palliativhospiz haben, sondern kommerzielle Unternehmen, die am Ende, liebe Freundinnen und Freunde, assistierten Suizid durchführen. Ich finde, das ist nicht die Position, die wir als christliche Demokraten und christlich Soziale haben sollten, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Das „C“ ist nicht nur ein Traditionsüberbleibsel im Namen, es hat schon was mit unserer Haltung zu tun. Dann, wenn der Ampel es besonders schlecht geht, kom-

men sie auf besonders absurde Ideen, entweder um sich selbst zu betäuben oder abzulenken. Da stelle ich mir die Frage, braucht es wirklich kiffen in Deutschland, liebe Freundinnen und Freunde? Ihr müsst euch mal vorstellen, der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland wird bei seinem Staatsbesuch in China als wichtigste Frage von chinesischen Studenten gestellt, müssen wir jetzt alle kiffen, wenn wir nach Deutschland kommen.

(Heiterkeit)

Was ist denn das für ein Bild, das bei uns entsteht, liebe Freundinnen und Freunde? Ich will keinem die Freude nehmen und wahrscheinlich ist auch manche Sitzung des CDU-Bundesvorstands wäre damit wahrscheinlich noch etwas entspannter. Ich weiß es nicht, ja.

(Heiterkeit)

War noch nie dabei, ja. Manch einer hat es bei mir beim CSU-Vorstand auch gesagt, dann erträgt man die langen Reden der Vorsitzenden vielleicht ein bisschen besser. Kann alles sein, aber dieses Modell, unsere Freunde in Holland, 15 Joints im Monat, Deutschland 75. Freunde, wie sieht man denn danach aus?

(Heiterkeit)

Ihr müsst euch mal vorstellen, was das bedeutet. Dann heißt es, ja, Jugendschutz ist wichtig. 100 Meter vor der Schule, bis dahin darf man dann nicht. Manchmal habe ich schon das Gefühl, selbst in den Schulen ist da schon mehr. Das wird doch keiner einhalten können. Wir öffnen eine Büchse der Pandora, die uns am Ende nichts bringt. Wisst ihr, was mich dabei so grundlegend ärgert? Gerade der Bundesgesundheitsminister, über den Jens ist viel immer geredet worden, ich will das mal an der Stelle auch sagen, weil ja manche sagen, wir müssen Corona alles aufarbeiten. Ja, alles wahr, gibt vielleicht manche Fehlentscheidung, aber in der schwersten Stunde nach dem Zweiten Weltkrieg, kann man fast sagen, wo es über Nacht Bedrohungen für Leib und Leben gab, da haben wir keinen Quatsch gemacht. Da haben wir uns der Verantwortung gestellt und viele Menschenleben gerettet. Auch das gehört zur Wahrheit gegen die Verschwörungstheoretiker von AfD und anderen.

(Beifall)

Deswegen, ich würde mir wünschen, so, wie der Jens sich hier in seiner schweren Zeit gestellt hat der Verantwortung, müsste es Herr Lauterbach auch tun. Liebe Freundinnen und Freunde, Hustensäfte für Kinder und Antibiotika, die fehlen. Würde es nicht mehr Sinn machen, anstatt eine Kiffer Party zu besuchen, nach Indien zu fahren oder neue Wege zu zeigen, wie wir mehr Medikamente hätten? Wäre es nicht sinnvoller,

sich darum zu kümmern, dass nicht nur in ein paar Großstädten große Krankenhäuser sind, sondern auch im ländlichen Raum die Gesundheitsversorgung erhalten bleibt? Wir wollen keine Zweiklassenmedizin à la SPD und à la Karl Lauterbach.

(Beifall)

Deswegen, all das ist die Ampel und all das sind wir nicht. Euer Grundsatzprogramm heute, unsere gemeinsamen Grundsatzprogramme und wahrscheinlich auch die Wahlprogramme, die daraus folgen werden, sie sind ein Koordinatensystem. Sie geben die Aktionen unserer Politik vor. Wir sind die Partei, die sich für Heimat, für Fleiß, für Technik, für Sicherheit, für Freiheit, ja, und auch für den Glauben einsetzt. Wir sind sozial, liberal und wir dürfen auch ein bisschen konservativ sein. Und übrigens anders als vor zehn Jahren entspricht das heute viel mehr dem Zeitgeist der Welt. Das, was ihr jetzt macht und beschließt, und wir auch genauso empfinden, ist nicht etwa altbacken, es ist das, was ein großer Teil der Bevölkerung wiederentdeckt und ehrlicherweise auch gerne hören will. Lasst uns um diese Menschen, die so empfinden, kümmern. Es ist die Mehrheit unseres Volkes. Lasst uns rausgehen. Lasst uns eine neue Sicherheit vermitteln. Wir können eine neue Sicherheit vermitteln in einer unruhigen, irren Zeit, in der leider die Politik in Deutschland die Unsicherheit verstärkt, weil sie jeden Tag über Nacht Dinge ändert, die keiner je für möglich gehalten hat. Wenn sich schon die Welt drum herum schneller dreht, müssen wir auf jeden Fall mehr Schutz, Sicherheit und Stabilität gewährleisten. Ich sage euch, das können nur wir. Egal am Ende mit wem, am Ende ist entscheidend, dass die Nummer 1, und das ist die Union, diese Ruhe und diese Kraft ausstrahlt. Der Bundeskanzler, liebe Freundinnen und Freunde, der strahlt genau das nicht aus und das ist der Unterschied zwischen uns und den anderen.

(Beifall)

Alles, was ich gelesen, alles, was ich gehört habe, alles, was man spürt, ist, dass von diesem Parteitag ein tolles Signal ausgeht, ein Signal, das motiviert auch die Basis. Lasst uns rausgehen, ob in Hörsälen oder Bierzelten, ob auf Marktplätzen oder Matineen, übrigens jede Veranstaltungsform, die Menschen erreicht, ist wichtig und richtig, und setzt unser gesamtes Können ein als großes Team. Das unterschiedliche Wissen, die Herkunft, das unterschiedliche Temperament, das ist je nach Landstrich auch nochmal ein bisschen anders, aber all das zusammen macht eine Mannschaft erst erfolgreich. Liebe Freundinnen und Freunde, die Ampel hatte ihre Chance. Die Ampel hat kein Vertrauen mehr in der Bevölkerung. Die Ampel kann es einfach nicht und deswegen muss dieses Experiment Ampel beendet werden, liebe Freundinnen und Freunde. Alles andere hat doch gar keinen Sinn.

(Beifall)

Ihr seid bereit. Wir sind bereit. Es ist Zeit für einen Wechsel, ob der jetzt kommt oder in einem Jahr. Manche sagen, es geht doch nur noch ein Jahr. Ich sage, leider geht es nur noch ein Jahr. Es ist Zeit für einen Wechsel. Es ist Zeit für eine Regierung. Es ist Zeit für die Union. Es ist auch Zeit für ein bisschen Optimismus. Kein Mensch kann diese traurigen Ampelgesichter auf Dauer länger ertragen, liebe Freundinnen und Freunde. Es braucht mehr Schwung und Mut und Aufbruchstimmung für unser Land. Das braucht unser Land. Die Menschen brauchen Führung.

(Beifall)

Olaf Scholz sagte, wer bei mir Führung bestellt, bekommt sie. Das ist ungefähr genauso, wie wenn man eine Pizza bestellt und sechs Wochen später chinesisches Essen bekommt. Da ist nichts von dem, was angekündigt wurde, am Ende erfolgt. Deswegen lasst uns zusammenarbeiten, wir beide in unserer Verantwortung, wir alle gemeinschaftlich als Team CDU/CSU, zwei Parteien, ein großes Team. Lasst uns anfangen, den Deutschen zu sagen, es kann alles wieder besser werden. Lasst uns anfangen, den Deutschen zu sagen, wir wollen dieses Land wieder auf Erfolgskurs führen und wir nehmen dabei alle mit, die Großen, die Kleinen, die Vermögenderen, die weniger Vermögenden. Jeder Einzelne kann sich bei uns wiederfinden. Das, liebe Freundinnen und Freunde, mit Unterhaken von uns, aber auch mit Unterstützung von oben. Gott schütze die Union. Gott schütze CDU. Gott schütze CSU. Vor allem Gott schütze unser Vaterland Deutschland, herzlichen Dank, alles Gute, gemeinschaftlich viel Erfolg.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Lieber Markus, ganz herzlichen Dank für deine großartige Rede. Du hast es am Beifall, zwischendurch und vor allem zum Schluss, gehört und empfunden: Dese Union steht fest zusammen. Wir sind fest entschlossen, die Europawahlen gemeinsam zu gewinnen, die Landtagswahlen, auch mit deiner Unterstützung, in Brandenburg, Thüringen und Sachsen zu gewinnen und dann im nächsten Jahr in das große Bundestagswahljahr 2025 zu gehen, wenn es denn dann erst stattfindet und nicht schon früher. Wir haben dir ein kleines Gastgeschenk mitgebracht. Sie sehen es hier schon; es ist ein Berliner Bär in den neuen Farben der CDU, ganz ähnlich wie die CSU, aber nicht ganz genauso. Damit will ich auch etwas aussagen. Der bayerische Löwe und der Berliner Bär sind bekanntermaßen zwei Raubtiere. Der Löwe ist ein bisschen leichter, etwas kleiner.

(Heiterkeit)

Er wiegt bis zu 250 Kilo, hat als männliches Wesen eine starke Mähne.

(Heiterkeit)

(Beifall)

Der Bär ist etwas größer. Er wiegt bis zu 900 Kilo. Aber sie haben beide weitgehend, wenn auch nicht ausschließlich, unterschiedliche Lebensräume.

(Heiterkeit)

Eines ist ihnen, und aus der griechischen Mythologie weiß man davon sehr viel, und bis heute ist eigentlich klar, Löwe und Bär legen sich in der Regel nicht miteinander an.

(Heiterkeit)

(Beifall)

Das bekommt dem einen nicht und dem anderen nicht. Deswegen gehen sie sich eigentlich, wenn es um die Verteidigung von Jagdgebieten geht, aus dem Weg.

(Heiterkeit)

Aber es gibt eine Gemeinsamkeit: Allen anderen sei herzlich und dringend anempfohlen, sich weder mit dem einen noch mit dem anderen anzulegen.

(Lebhafter Beifall)

In diesem Sinne, Markus, ich habe auf meinem Schreibtisch von euch nicht nur ein Ei, sondern auch einen bayerischen Löwen stehen. Du hast ab heute auf deinem Schreibtisch einen Berliner Bär in den Farben der CDU stehen, auf gute Zusammenarbeit von CDU und CSU und auf gute Zusammenarbeit auch von uns beiden ganz persönlich.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: So, wir machen jetzt weiter im Programm, möchte aber noch eine Persönlichkeit begrüßen, die auch zu uns gestoßen ist, schon seit einer Stunde hier und es ist der Kollege von der CSU. Es macht richtig Spaß mit dir, lieber Martin, weil wir offen und vernünftig miteinander umgehen und die Zukunft gemeinsam gewinnen wollen, herzlich willkommen der Generalsekretär der CSU, Martin Huber.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: So, wir machen jetzt weiter mit den Antragsberatungen. Wie vorhin angekündigt, müssen wir nochmal zurückkommen zum Antrag 144, das sind die Zeilen 1.625 bis 1.633. Dort lag vorhin eine Wortmeldung vor und deshalb gebe ich jetzt das Wort Claudia Heber mit der Bitte um Entschuldigung, dass das vorhin nicht möglich war, bitte sehr.

Claudia Heber: Ganz toll, jetzt zu reden, super, danke nochmal an die Technik. Im Prinzip war es sogar gut, dass ihr mich vergessen habt, denn Karl-Josef Laumann

hat vorhin etwas sehr Wichtiges gesagt. Ihr seht es an dem Antrag, der Text insgesamt spricht oder hat eine Konkretisierung drin, die wir eigentlich so ja nicht wollen. Hier steht im Grundsatzprogramm jetzt drin, dass die Zahl 45 in den Fällen, wo Menschen in Vollzeit zu Mindestlohn gearbeitet haben, Beiträge gezahlt haben, Kinder erzogen, Angehörige gepflegt haben, und meine Bitte war, mit dem Vorstoß, oder unsere Bitte, mit dem Satz, dass wir bitte nicht diejenigen vergessen, die nämlich auch in die Rente eingezahlt haben. Deshalb war unsere Bitte und unsere Überlegung, diesen Satz einzuführen, dass wir an dem Prinzip festhalten wollen, nach 45 Jahren eine ungeminderte Rente zu bekommen. Damit haben wir noch nichts gesagt zum Lebensalter. Wir haben nichts zu anderen Dingen gesagt, aber wenn wir einmal die 45 stehen haben, dann sollten wir sie auch für alle stehen haben oder streichen. Deshalb wollte ich jetzt nochmal dazu reden. Es passt hervorragend zu dem was, Karl-Josef Laumann gesagt hat. Entweder streichen wir die 45 für alle oder wir lassen die 45 dann auch für alle anderen mit der ungeminderten Rente stehen. Deshalb würde ich gerne dafür plädieren, dass wir den Satz einfach noch mit aufnehmen. Diesen Satz mit ergänzen, hilft uns auch ungemein im Landtagswahlkampf, möchte ich nur zu bedenken geben. Denn wir können nicht warten bis zum Regierungsprogramm, bis wir hier an einigen Stellen Klarheit haben, vielen Dank.

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Heber, für die Antragskommission gebe ich das Wort an Dr. Stefan Nacke.

Dr. Stefan Nacke, Antragskommission: Ja, liebe Delegierte, ob wir an der sogenannten Rente mit 63, die ja korrekt „Rente für besonders langjährig Versicherte“ bzw. „abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren“ heißt, festhalten wollen, sollten wir tatsächlich im Wahlprogrammprozess diskutieren. Es ist ja auch sehr konkret und daher eigentlich nichts für ein Grundsatzprogramm. Wir müssen ja auch sehen, dass diese Regelung 2029 auf 65 Jahre ausläuft. Also die Empfehlung der Antragskommission ist Überweisung an den Generalsekretär und an den Wahlkampfprozess.

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Deshalb kommen wir nun zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission zustimmt, den bitte ich hiermit um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist somit der Empfehlung der Antragskommission gefolgt. Den Antrag 145, den hatten wir bereits erledigt. Ich rufe hiermit auf Antrag 146, die Zeilen 1.647 bis 1.654, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 004 zur Beratung auf. Es scheint keine Wortmeldungen zu geben. Deshalb können wir zur Abstimmung schreiten. Wer den Empfehlungen der Antragskom-

mission zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe. Enthaltungen. Dann ist das so angenommen. Bevor ich den nächsten Antrag aufrufe, möchte ich gerne die Grüppchen und Gruppierungen von Delegierten, die jetzt noch intensive Gespräche führen, bitten, diese draußen im Saal zu machen. Es ist ein wenig laut. Wir hatten über Stunden eine sehr ruhige Arbeitsatmosphäre und ich finde, Respekt und Höflichkeit gegenüber den Rednerinnen und Rednern gebietet es auch, dass jetzt die Gespräche eingestellt werden, vielen Dank.

(Beifall)

Dann kommen wir zu Antrag 147, mit den Zeilen 1.655 bis 1.663, dazu gibt es sechs Änderungsanträge. Es gibt eine Wortmeldung zu 147, und zwar zum Änderungsantrag 002. Das ist zunächst Michael Littig aus Rheinland-Pfalz.

Michael Littig: Sehr geehrtes Tagungspräsidium, liebe Freundinnen und Freunde, es geht um das Thema Startkapital, ein Startkapital für neugeborene Kinder. Gedanke und Motivation dafür sind sehr, sehr gut. Im Gespräch sind, zum Beispiel, 10.000 Euro für jedes neugeborene Kind. Aber Wünsche müssen umsetzbar sein und das ist auch ein ganz wesentliches Qualitätsmerkmals unseres gesamten Grundsatzprogramms. Friedrich Merz hat gestern in seiner tollen Rede das Thema Verantwortung hervorgehoben, Eigenverantwortung und Verantwortung für andere. Meine, unsere Verantwortung ist, und das ist das Beste, Startkapital für unsere Kinder, gute Bildung und Erziehung und die Chance, dann selbst eigenverantwortlich das eigene Leben gestalten zu können. Verantwortung und Generationengerechtigkeit heißt auch, dass wir im Idealfall an unsere Kinder ein Land mit wenigen Altlasten und möglichst wenig Schulden übergeben. Wir alle wissen, dass in den kommenden Jahren kaum Überschüsse, geschweige denn Tilgungsleistungen, im Bundeshaushalt erwirtschaftet werden können. Die Finanzierung eines Startkapitals kann demnach faktisch nur mit Schulden erfolgen und wir reden hier jährlich über Milliarden und aufsummiert über die kommenden Jahrzehnte über mehrere 100 Milliarden eventuell. Von Carsten Linnemann habe ich gelernt, dass wir keine Geschenke undifferenziert mit der Gießkanne auskehren dürfen. Genau das sind die zwei kritischen Punkte beim Thema Startkapital, Schulden für kommende Generationen und Gießkanne. Warum? Ich weiß natürlich, dass Befürworter des Konzeptes darauf spekulieren, dass die erhofften hohen Renditen aktienbasierter Anlagen des Startkapitals Zins- und Tilgungslasten tragen, aber konkret bedeutet das Startkapital in der hier beschriebenen Form Folgendes: Die Beschenkten Kinder bekommen in ferner Zukunft eventuell bzw. wahrscheinlich einen Kapitalstock übertragen, und zwar undifferenziert mit der Gießkanne alle Kinder, also auch die in Deutschland glücklicherweise so zahlreichen Kinder mit hohen Familienvermögen. Ein Geschenk allerdings nicht

ohne jedes Anlagerisiko und ganz sicher ist Folgendes: dass die so Beschenkten noch mehr Schulden, Zins- und Tilgungsleistungen erben und das Geschenk wohl selbst bezahlen müssen. Ich habe den Test gemacht und meine Kinder gefragt. Meine Kinder wollen dieses nur scheinbar schöne Geschenk nicht haben. Sie sagen, solange wir heute wichtige Dinge in Bildung, Erziehung, Wohnraum, Gesundheit und vieles mehr nicht leisten und die Republik Schulden macht, ist das schlicht ein für kommende Generationen teures Gießkannengeschenk. Ich bitte Sie daher um Einzelabstimmung zu diesem Punkt und um Streichung des betreffenden Satzes zum Startkapital und hinter den guten und sehr wichtigen Satz im Grundsatzprogramm, „aus dem Land der Sparer muss ein Land der Anteilseigner werden", einen Punkt oder sogar ein Ausrufezeichen zu setzen, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Littig. Da Sie zu Änderungsantrag 004 gesprochen haben, schlage ich vor, dass wir auch die weiteren Rednerinnen und Redner zu diesem Änderungsantrag jetzt das Wort erteilen. Nächste ist Frau Jana Schimke.

Jana Schimke: Verehrtes Tagungspräsidium, liebe Delegierte, vielen Dank für die Klarstellung, dass es sich hier um einen Änderungsantrag der MIT handelt. Es geht um den letzten Satz in dieser Formulierung, um das sogenannte Startkapital für Neugeborene. Die zentrale Frage, die hiermit im Raum steht, ist, ob der Staat tatsächlich jährlich sieben bis acht Milliarden Euro, so schätzen sich unsere Rechnungen, investieren möchte, um das zu tun. Die Frage ist, können wir uns das leisten. Das Ganze ist ein unglaubliches finanzielles Volumen, was da geplant ist. Wie sieht es aus mit der Generationengerechtigkeit? Ist das sinnvoll, dass der Staat das macht und sich zu diesen Gunsten verschuldet? Vor allen Dingen, liebe Delegierte, ist es staatliche Aufgabe, das zu tun? Wir wissen alle, dass wir mehr machen müssen im Bereich Altersversorge, dass wir die Menschen ertüchtigen müssen, mehr zu tun für ihre private, für ihre betriebliche Vorsorge, aber ich darf Ihnen auch als Mutter sagen, ich denke, dass die Frage, wie Kinder abgesichert sind in der Zukunft, wie sie imstande sind, vorzusorgen, ist eine Frage von Bildung, von Ausbildung und von der Frage, wie viel lässt der Staat Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer tatsächlich übrig, um es zu investieren in die eigene Vorsorge. Natürlich müssen wir die Menschen sensibilisieren. Natürlich müssen wir darauf hinweisen, dass es wichtig ist, neben der gesetzlichen Rente auch in eine Immobilie zu investieren oder in betriebliche und private Altersvorsorge, aber wenn der Staat diese Aufgabe jetzt auch finanziell übernehmen möchte, dann glaube ich, ist dies eine Last nicht nur zu Gunsten künftiger Generationen, sondern es ist vor allen Dingen eine Pflicht, die wir hier auf uns

nehmen. Ich glaube, dass wir das auf Dauer nicht imstande sind, zu leisten. Ich bitte Sie, unserem Antrag der MIT zuzustimmen und diesen letzten Satz rauszunehmen, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, nächste Rednerin ist Ronja Kemmer.

(Vereinzelt Beifall)

Ronja Kemmer: Liebe Freundinnen und Freunde, wir sind uns sehr einig, dass wir beim Thema Vermögensbildung in unserem Land was machen müssen. Wir sind uns auch sehr einig, dass das Thema Eigentumserwerb, gerade der Traum von den eigenen vier Wänden, für die junge Generation ein Megathema ist, weil es in so scheinbar wirklich weite Ferne gerückt ist. Aber wir sind uns an der Stelle hier wirklich nicht einig, wenn wir über das Instrument sprechen. Das Startkapital, es klingt erstmal vermeintlich charmant, 10.000 Euro für jeden jungen Menschen, aber es widerspricht den grundsätzlichen Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft. In der Frage, dass wir etwas für die Altersvorsorge tun müssen, ja, aber die Kontrollfrage ist doch, ist der Staat der bessere Investor. Ich würde sagen, aus CDU-Sicht nein. Im Zweiten ist hier die Zweckbindung noch nicht mal klar geregelt, weil es geht gar nicht nur um Altersvorsorge. Es geht beispielsweise auch um das Thema Bildung und dann sind wir nur noch einen Schritt davon entfernt, was die Jusos beschlossen haben auf ihrem letzten Kongress, und zwar das Grunderbe von 60.000 Euro für jeden jungen Menschen. Liebe Freunde, das kann doch nicht die DNA der CDU sein.

(Beifall)

Wenn es darum geht, was für die Jungen zu tun, dann müssen wir auch so ehrlich sein, gerade mit Blick auf das nächste Wahlprogramm, wir werden Prioritäten setzen müssen. Wir wollen mehr tun beim Thema Sicherheit. Wir wollen was tun beim Thema digitale Infrastruktur. Wir müssen was tun beim Thema frühkindliche Bildung. Also ganz ehrlich, in der Frage von Prioritätensetzung würde ich mir wünschen, dass wir hier auch mal stringent zu dem bleiben, was wir an anderen Stellen beschließen. Deswegen bitte ich wirklich darum, an der Stelle diesen Satz zu streichen. Und weil das Verfahren ja etwas schwierig ist, bitte ich einfach darum, wenn wir nachher, weil wir leider ja nur en bloc abstimmen können, tatsächlich an der Stelle mit nein zu votieren und dann im Einzelantrag diesen Satz zu streichen, weil zusätzliche sieben Milliarden pro Jahr sind in der Frage der Finanzierung nicht geklärt. Deswegen bitte ich darum, hier entsprechend abzulehnen.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, nächster Redner Tilman Kuban aus Niedersachsen.

Tilman Kuban: Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, liebe Delegierte, im Jahr 1964 gab es 1,4 Millionen Kinder, die in Deutschland geboren worden sind. In den letzten Jahren waren es zwischen 700- und 800.000 Kindern. Da muss man kein Mathematikprofessor sein, zu erkennen, dass die Babyboomer, die jetzt in den Ruhestand gehen, für unsere Generation eine extrem hohe Belastung darstellen. Wir sehen das gerade im Rentensystem, wenn wir heute einen Steuerzuschuss von 117 Milliarden Euro zur Rente geben, und wir wissen, dass es in den nächsten Jahren aufwächst auf bis zu 170 Milliarden. Dann geht das in Richtung eines Drittels unseres Bundeshaushalts. Wir wissen, was diese Generation geleistet hat, und wir sind auch als junge Generation extrem dankbar, dass ihr dieses Land in die Weltspitze geführt habt. Aber wir wissen eben auch, dass in dieser Zeit die Mittel begrenzt sind. Wenn wir jetzt diejenigen sein sollen, die für die Babyboomer in der Rente zahlen sollen, für jedes Neugeborene Kind ein Startkapital anlegen und gleichzeitig noch selbst privat vorsorgen sollen, dann überlastet das und belastet das meine Generation. Ich sage es sehr deutlich, und auf den Punkt gebracht: Wir sind nicht die Deppen dieser Nation, die alles bezahlen können, liebe Freundinnen und Freunde. Deswegen war immer CDU-Politik, dass wir für alle Generationen da gewesen sind. Deswegen sage ich euch auch, dass Startkapital ist zwar wünschenswert, aber es ist nicht notwendig. Denn wenn wir schaffen, dass wir in unserer Generation die Geburtenrate stabil halten, dann werden wir, und ich habe meinen Beitrag gerade am Anfang dafür geleistet, glaube viele andere könnten noch folgen, dann werden wir das Rentenproblem auch anderweitig lösen können. Deswegen bitte ich darum, dass wir nicht alle Spielräume für Investitionen, ob es in den Bereich Verteidigungsfähigkeit, ob es in Infrastruktur ist, oder für Steuerentlastung für unsere Wirtschaft, jetzt hier uns nehmen lassen als unsere Generation. Bitte stimmen Sie gegen die Antragskommission und für die Einzelabstimmung den Änderungsantrag A04 von der MIT. Vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank lieber Tilman. Nächster Redner ist Felix Petersen aus Niedersachsen, und dann hält sich bitte Steffen Kampeter bereit.

Das war das war ein Fehler, ich nehme die Wortmeldung zurück. Sehr gut, dann kommt jetzt Steffen Kampeter und anschließend Reinold Hilbers Niedersachsen.

Steffen Kampeter: Ich finde, sehr geehrtes Tagungspräsidium, liebe Freundinnen und Freunde, es richtig, dass wir uns Gedanken darüber machen, wie wir die Vermö-

gensbildung, die Mitarbeiterbeteiligung in Deutschland verstärkt unterstützen. Es ist je nach dem zumindest mental, aber nicht faktisch gescheiterten Versuch mit der Riester-Rente ein bisschen schwierig geworden auf diesem Feld. Es gibt viele konkurrierende Vorschläge. Es gibt auch die Fokusgruppe in dem Kontext Alterssicherung und Mitarbeiterkapitalbindung, die gerade von verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen Vorschläge zusammengeführt hat. Deswegen finde ich es gut, dass wir uns im Grundsatzprogramm in diese Diskussion einschalten. Aber ich unterstütze nachdrücklich die Streichung, dieses einzelnen Satzes, weil sich mir nicht unmittelbar erschließt, dass es zwischen einem schuldenfinanzierten Startkapital, wenn wir zugleich das Bundeswehrvermögen als ein Schuldenvermögen charakterisiert, eine positive Konnotation für die Bereiche Bildung, Wohneigentum, und Altersvorsorge irgendeine überzeugende systematische Begründung gäbe, außer dass es möglicherweise eine gefällige politische Ansage ist. Ich glaube, wir können mit dem, wenn wir sieben Milliarden Euro in die betriebliche Altersvorsorge stellen würden, oder Anreize für freiwillige Altersversorge in anderen Bereichen, würden wir einen deutlich höheren Effekt erzielen. Ich möchte kein Startkapital für Bildung. Ich möchte eine anständige Schulbildung für meine Kinder und möglicherweise Enkelkinder. Das ist eine Aufgabe, die wir auf allen Ebenen, nicht nur in der Vermögensbildung machen.

(Vereinzelt Beifall)

Wenn sich heute die jüngeren Menschen Sorgen darum machen, eigenes Wohneigentum zu bilden, dann hat das nichts mit einem fehlenden Startkapital zu tun, sondern mit einer völlig verfehlten Wohnungsbaupolitik, einer Politik, die zu hohe Auflagen macht für Wohnungsneubau. Da muss man ansetzen und kann Dinge sehr viel hebeln.

(Vereinzelt Beifall)

Das Thema Altersvorsorge haben wir nun gerade vorhin im Konsens zwischen der Mittelstandsunion und den Sozialausschüssen eingeladen, ein größeres Konzept zu machen, mit dem wir den Schulterschluss zwischen den Generationen machen wollen. Deswegen, liebe Freundinnen und Freunde, diesen Satz zu streichen, ist keine Absage an die notwendige Mitarbeiterkapitalbindung, betriebliche oder private Altersvorsorge. Es ist ein sachlich nicht überzeugender Vorschlag. Die Bereiche Alterssicherung, Schule und Wohneigentumsbildung können wir besser, preiswerter und vernünftiger alternativ unterstützen, herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Steffen Kampeter, Reinhold Hilbers ist der nächste Redner und dann hält sich Elisabeth Winkelmeier-Becker bitte bereit.

Reinhold Hilbers: Herr Tagungspräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, ich möchte ebenfalls für den Antrag der MIT werben und für die Streichung dieses Satzes.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin sehr dafür, dass wir uns darum kümmern, Vermögen in Arbeitnehmerhand, Eigentum in Arbeitnehmerhand zu gewährleisten. Im Übrigen sehe ich da bei der Ampel eine große Konsequenz oder eine große Richtung, dass das immer weniger wird. Wenn alle Menschen in unserem Land nichts mehr haben, dann wird das unser Land nachhaltig verändern. Dann werden sie nämlich bei jedem kleinen Sturm nach der Hilfe des Staates rufen, weil sie selbst überhaupt nichts mehr für die eigene Vorsorge tun und getan haben. Deswegen ist das falsch, nicht auf Vermögen und auf Eigentum zu setzen, aber die Frage ist, ob dieses Startkapital vernünftig ist. Wenn es aus Schulden finanziert wird, dann ist es so, dass dann der sozialistische Glaube dahintersteckt, man könne mit Schulden alles Mögliche anheizen, damit es am Ende profitabel wird. Es gibt kein sich selbsterfüllendes System, wo ich mit Schulden so viel Geld verdienen kann, dass ich anschließend Vermögen habe. Das funktioniert nicht, liebe Freundinnen und Freunde. Deswegen darf das schon gar nicht schuldenfinanziert sein. Das Zweite ist, es ist Gießkanne. Ich bin sehr dafür, dass wir dafür sorgen, dass wir eine gute Vermögensverteilung in unserer Gesellschaft haben, aber dann bitteschön nicht für alle, die im Jahr geboren werden, für alle Neugeborenen, sondern dann lasst uns das gezielt anschauen, dass wir die Menschen, die nicht in der Lage sind ohne staatliche Hilfe, eine Wohnbauförderung geben, damit sie sich auch mal ein Eigenheim bauen können, nicht nur auf Mietmodelle setzen. Dann müssen wir denen helfen bei betrieblicher Altersversorgung. Da müssen wir denen helfen, die auch Kapital ansparen mit bestimmten Sparmodellen, die wir besonders fördern, aber bitte dann gezielt. Das ist Subsidiarität und nicht bei jedem, egal, ob er anschließend noch was erbt, aber viel hat und viel von zu Hause mitbekommt, oder ob er in ärmeren Verhältnissen aufwächst, wo man ein bisschen mehr schauen muss. Deswegen gezielt fördern, gezielt ansetzen, aber nicht mit der Gießkanne, und diesen Satz streichen, bitte.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Reinhold Hilbers, eine Wortmeldung wurde zurückgezogen. Damit ist der nächste Redner Marc Speicher aus dem Saarland und dann hält sich Andrea Klieve aus NRW bitte bereit.

Marc Speicher: Liebe Freundinnen und Freunde, wir als CDU, wir sind die Partei, die nicht nach Ideologie geht, sondern wir sind die Partei, die die Themen anspricht,

die tatsächlich ein Problem in der Gesellschaft sind. Viele Linke wollen uns klar machen, es gäbe eine Ungleichheit bei den Einkommen. Das ist relativ gesehen in Europa, relativ gesehen auf der Welt nicht der Fall. Sehr wohl ist es so, dass die Ungleichheit bei den Vermögen in Deutschland weitaus höher ist als im weltweiten Vergleich, weitaus höher ist als im europäischen Vergleich. Unsere Antwort auf diese Problematik muss doch sein eine Antwort der Marktwirtschaft, eine Antwort der Sozialen Marktwirtschaft. Was ist denn dabei, was ist denn Besseres, als Kinder zu erziehen, damit, wenn man 10.000 Euro Startkapital hat, diese 10.000 Euro als Beteiligung hat an Siemens, an Coca-Cola, an Mercedes-Benz? Diese Kinder wachsen auf im Glauben daran, dass sie eben Miteigentümer sind der großen Konzerne dieser Welt, dass sie eben teilhaben an der hohen Entwicklung der Produktivvermögen in der Welt. Deswegen doch das klare Bekenntnis, und das muss es sein, von CDA, von MIT, der gesamten CDU, der gesamten Union, wir müssen Menschen zu Miteigentümern machen. Wir müssen Menschen dazu erziehen, dass wenn sie ein Auto kaufen, dass wenn sie ein Getränk trinken, das eben kein böser Kapitalismus ist, sondern dass sie selbst daran partizipieren, dass wenn es der Wirtschaft gut geht, es eben auch dem Einzelnen gut geht. Wir müssen doch auch vom Ende her denken. Es muss im Grundsatzprogramm auch Themen geben, die wir am Ende zuspitzen können. Wir sind die Partei, die eben auch sagt, Eigentum an der Volkswirtschaft ist eben gut für den Menschen. Deswegen der klare und dringende Appell. Wir sind die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Ludwig Erhard hat dafür gesorgt, dass eben auch breite Teile der Bevölkerung Teilhaber werden müssen am Produktivvermögen. Deswegen, hier kann es nur eine Antwort für die Partei von Ludwig Erhard geben, nämlich Zustimmung dafür, für dieses Grundkapital, weil es eben die kleinen Kinder von Anfang an erzieht, damit, dass eben auch Kapitalismus, dass Marktwirtschaft gut ist für das Gesamte und gut ist für den Einzelnen. Ich bitte um Zustimmung dafür, dass eben dieses Produktivkapital und dieser Staatszuschuss erhalten bleibt, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Marc Speicher, wir haben jetzt noch zwei Wortmeldungen zu diesem Tagesordnungspunkt und dann sollten wir ihn auch abschließen, zunächst Andrea Klieve und dann hält sich Kai Whittaker aus Baden-Württemberg bereit.

Andrea Klieve: Wir haben eben eine ganze Reihe von sehr guten Argumenten gehört über die Frage, wie sinnvoll oder bzw. wie nicht sinnvoll ist es, Schulden aufzunehmen, um sie dann anzulegen. Über die Überforderung hat Tilman Kuban gesprochen der Generation jetzt irgendwo dazwischen, die alles finanzieren und am

Laufen halten muss. Aber für mich das wesentliche Argument kam von Ronja Kemmer, die gesagt hat, wir müssen Prioritäten setzen. Ich erinnere daran, das ist jetzt zwei, drei Stunden her, da haben wir hier in diesem Raum eine wegweisende, gute Debatte darüber geführt, wo unsere Prioritäten in dieser Zeit liegen müssen. Es war die Junge Union, die gesagt hat, wir brauchen wieder die Wehrpflicht. Wir müssen wieder in der Lage sein, auch als junge Leute, das ist unser Anspruch an euch, als junge Leute wehrhaft zu sein, dass Deutschland verteidigt werden kann. Was anderes als das kann in dieser Zeit unsere Priorität sein? Alles andere, was vielleicht wünschenswert ist, was wir vielleicht in besseren Zeiten mal machen können, das sollten wir dann tun, aber nicht heute.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Klieve, Kai Whittaker.

Kai Whittaker: Liebe Freundinnen und Freunde, die CDU hat ein Versprechen abgegeben, als wir gegründet worden sind. Wohlstand für alle, das ist unser Versprechen damals, und ich finde, es sollte auch unser Versprechen für heute und die Zukunft sein. Deshalb müssen wir uns die Realität anschauen. 40 Prozent der Menschen in diesem Land haben nämlich keinen Wohlstand. Sie haben keinen müden Euro auf der hohen Kante und das darf uns als Christdemokraten nicht ruhen lassen. Ich finde, wir müssen hier etwas tun.

(Vereinzelt Beifall)

Deshalb ist dieses Startkapital eine Antwort, eine auf möglich viele andere, wie wir Kapital bilden können, wie wir Menschen zu Wohlstand bringen können. Da steht nicht in dem Antrag drin, dass das schuldenfinanziert sein muss. Da steht nicht in dem Antrag drin, dass das 10.000 Euro sein sollen. Es reichen auch schon 4.000 Euro, um die Menschen vor Altersarmut zu schützen. Denn wenn wir es schaffen würden, das zu machen und die ersten 20, 25 Lebensjahre eines Menschen mit Zins und Zinseszins endlich mal nutzen würden für die Rentenversicherung, hätten wir schon viel erreicht. Deshalb bitte ich den Parteitag darum, dieses Startkapital umzusetzen. Es ist eine Chance für die jungen Menschen und wir geben weniger Geld aus für Altersarmut, denn die kostet uns jedes Jahr über zehn Milliarden Euro nur in der Grundsicherung fürs Alter. Ich finde, dieses Geld könnten wir besser ausgeben. Deshalb stimmen wir für das Startkapital, danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Danke, Kai Whittaker, nun hat Jens Spahn das Wort für die Antragskommission.

Jens Spahn, Antragskommission: Ich will, liebe Freundinnen und Freunde, nochmal darauf hinweisen, woher wir in dieser Debatte gekommen sind, aus welchem Gedanken, ist vorhin schon mal angesprochen worden, und ich finde, das ist ein Gedanke, der die Christlich Demokratische Union als Volkspartei nicht ruhen lassen darf. Denn ja, wir haben bei der Einkommensungleichheit im Land ein System, Steuersystem, ein Sozialsystem, ein Transfersystem, das gut funktioniert. Wir sind, wenn man einen internationalen Vergleich nimmt, eines der Länder, das Einkommensungleichheit mit am besten und am fairsten ausgleicht. Das kriegen wir alles in allem gut hin. Wenn es aber um die Vermögensungleichheit geht, haben wir, und ich finde, das ist schon ein Thema, das eine Volkspartei beschäftigen muss, haben wir ein Problem. Gerade in den letzten Jahren der Niedrigzinsen haben wir eins gesehen, bei uns im Münsterland, Mutter sagt immer: Der Teufel scheißt immer auf den größten Haufen. Diejenigen, die schon viel haben, Immobilie, Wertpapiere, haben ohne irgendetwas tun zu müssen, jeden Tag Wertzuwachs. Gleichzeitig werden jedes Jahr in Deutschland zigtausende Kinder geboren, bei denen ist bei Geburt klar, dass sie nie in ihrem Leben mehr als 10.000, 15.000 Euro, wenn überhaupt, jemals auf dem Konto haben werden. Deswegen ist diese Frage, wie weit gehen die Vermögen auseinander, finde ich, ein Thema, das uns als Union beschäftigen muss.

Dann haben wir ein zweites Thema, und das ist die Frage, dass wir es nicht gut lernen miteinander, dass es gute, große Chancen gibt an den Aktienmärkten. Mein Büro fragt mich immer, wenn Terminanfragen kommen vom kanadischen Lehrerpensionsfond, warum triffst du dich mit dem kanadischen Lehrerpensionsfond? Ganz einfach, weil dem große Teile des deutschen DAX gehören. Die kanadischen, die amerikanischen, die britischen Pensionsfonds, die sind alle im DAX investiert. 70 Prozent der deutschen Konzerne im DAX gehören ausländischen Investoren, weil wir keine Kapitalanlage oder zu wenig in der Altersvorsorge und insgesamt in der Vorsorge haben. Unsere Idee war, diese beiden Themen zu verknüpfen, dass wir Kindern, die nichts dafür können, in welche Familie sie geboren werden, ein Startkapital mit auf dem Weg geben, dass sie gleichzeitig den Zinseszinseffekt spüren können, in dem Moment, wo sie ein, zwei, drei, vier, fünf Jahrzehnte später auch auf die Auszüge schauen und sehen, welchen Unterschied es macht. Zum Dritten, indem wir vielleicht mal drüber nachdenken, auch in der Finanzierung, wie denn tatsächlich Geld eben auch für die Kinder und deren Zukunft ankommt. Hier sind ja Summen genannt worden. Wir haben bewusst keine Summe genannt, weil wir schon wissen, dass es auch um das Machbare geht. Aber eine Kindergelderhöhung um zehn Euro kostet zwei Milliarden Euro und wir haben immer wieder auch die Diskussion, ob Kindergelderhöhungen tatsächlich auch bei denjenigen ankommen, um die es wirklich dabei geht, oder nicht. Auch das ist sehr, sehr unterschiedlich.

Deswegen finde ich, in Relation zu dem, was zehn Euro Kindergelderhöhung kostet, wenn ich die für zwölf Monate, 18 Jahre zehn Euro mal anlege, einfach mal ein, zwei Kindergelderhöhungen zu nutzen, sozusagen sinnbildlich in der Vorstellung, um ein Startkapital für jeden zu schaffen, ist, finde ich jedenfalls, eine Idee, die es wert ist, darüber mal nachzudenken. Was nicht mehr geht, liebe Freundinnen und Freunde, finde ich, für uns als Christlich Demokratische Union, auch als christlich soziale Partei, dass wir auf die steigende Vermögensungleichheit im Land keine Antwort haben. Ich will nicht immer hören, was alles nicht geht. Ich finde, wir brauchen nochmal ein paar Ideen und das ist eine.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jens Spahn für die Antragskommission, und nun hat unser Generalsekretär Carsten Linnemann um das Wort gebeten.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Also ich finde, die Debatte hat ja jetzt deutlich gemacht, dass wir offenkundig in Deutschland ein Problem haben. Also das, was Ludwig Erhard immer gesagt hat, dass, wenn sich einer anstrengt, wenn einer arbeiten geht, kann man Eigentum erwerben, Wohlstand für alle. Damals war es so, einer hat gearbeitet, einer nicht, hat die Kinder erzogen. Heute sagen wir im Nachhinein, das hätte man damals schon machen, Kindererziehung ist genauso eine Arbeitsleistung, als wenn ich arbeiten gehe. Trotzdem konnte man sich nicht nur Eigentum leisten, man konnte bauen und man hatte die Zukunft auf seiner/ihrer Seite. Heute geht das nicht mehr. Heute arbeiten zwei. Ich rede gar nicht von Großstädten, selbst im ländlichen Raum, und die Leute können sich kein Eigentum mehr leisten. Die CDU muss die Partei sein, die für alle Eigentum ermöglicht. Das muss doch unser Anspruch sein.

(Beifall)

Ich möchte gerne in einer CDU sein, wo Leute, die arbeiten gehen, sich Eigentum leisten können, ein Auto leisten können und noch eine Bratwurst essen können, ohne ein schlechtes Gewissen zu haben. Das ist für mich auch CDU pur. Deswegen finde ich es jetzt blöd, wenn wir jetzt auf der einen Seite sagen, wir sind alle einer Meinung, wir müssen da was tun, nur bei der konkreten Umsetzung streiten wir uns jetzt an der einen oder anderen Ecke. Natürlich können wir sowas nicht schuldenfanziert machen. Ist doch klar. Das, was die Ampel jetzt macht bei der Rente, ist ein Desaster, zu Lasten der nächsten Generation Schulden aufzunehmen, um irgendwie Wählerklientel zu erreichen. Deshalb jetzt folgender Vorschlag: Wenn wir jetzt sagen, wir lassen den Satz, der zentral ist: „Aus dem Land der Sparer muss ein Land

der Anteilseigner werden“. Ich glaube, da sind wir uns alle einig, dass wir das umsetzen. Vermögen und Eigentum müssen auch wieder in Arbeitnehmerhand. Karl-Josef, das ist doch das, was du immer sagst: Teilhabe am Produktivvermögen. Dann würde ich jetzt Folgendes vorschlagen: Wir machen da einen Punkt. Wir nehmen den Antrag so an, aber alle versprechen mir, die jetzt hier in der Debatte mitgemacht haben: Wir schreiben uns auf, wer das war, und dann treffen wir uns. Wegen mir drei-, viermal, nehmen unseren Gehirnschmalz und versuchen, für das Wahlprogramm eine Antwort zu finden.

(Beifall)

Dann bitte nicht sagen, was nicht geht, sondern sagen, was geht. Da hat Jens einen Punkt. Das wäre der Vorschlag jetzt der Antragskommission, den ich gerne zur Abstimmung stelle.

David McAllister, Tagungspräsidium: Also wir stimmen jetzt über Folgendes ab: Annahme des Antrags in dieser geänderten Fassung, ja? Gut, – aha. Also der Vorschlag von Carsten Linnemann ist, wir nehmen den Antrag der Mittelstands- und Wirtschaftsunion an und werden das Thema für das Wahlprogramm für die nächste Bundestagswahl nochmal intensiv erörtern. So hat der Generalsekretär gesprochen.

(Vereinzelt Beifall)

Dann frage ich, wer dafür ist, dass wir das jetzt so machen, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das in dieser Form beschlossen worden.

(Beifall)

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde, erlauben Sie mir, dass ich einen kurzen Satz zu dieser Diskussion und auch zu der gerade erfolgten Abstimmung sage. Vielleicht war dieser Satz, den wir jetzt gestrichen haben, etwas zu unpräzise und etwas zu breit zugleich. Ich lege nur auf eine Feststellung wert, die der Generalsekretär hier gerade schon mal vorformuliert hat: Wir können nicht in die Bundestagswahl gehen, ohne ein Konzept zu haben für die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

(Beifall)

Deswegen haben wir hier heute gerade zwei Dinge beschlossen. Erstens der Satz, „Aus dem Land der Sparer muss ein Land der Anteilseigner werden“, der ist beschlossen und daraus folgt, dass wir für das Wahlprogramm aus diesem Satz, der ein allgemeiner Programmsatz ist, ein konkretes Konzept machen.

(Beifall)

Ich werde unmittelbar nach diesem Parteitag eine entsprechende Einrichtung, eine Institution, eine Kommission in der Bundespartei berufen, die sich mit diesem Thema so beschäftigt, dass wir noch vor Jahresende dazu sprechfähig sind.

(Beifall)

Wir können das Thema nicht liegen lassen. Ich akzeptiere die Diskussion. Ich verstehe sie auch, vollziehe sie nach, aber bitte, der erste Satz, der jetzt steht, der ist der eigentlich wichtige Satz und die Ausfüllung folgt. Ich möchte das nur gerne festhalten, damit wir hier keinen Dissens haben. Wir sind uns darüber einig, dass der erste Satz, der nicht gestrichen worden ist, sondern der bleibt, der zentrale Satz ist, und die Ausfüllung dessen, was wir daraus machen, die werden wir gemeinsam erarbeiten.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, unser Parteivorsitzender, Friedrich Merz, hat die Linie klar vorgegeben. Damit kommen wir jetzt zum nächsten Antrag, 148. Bevor ich das mache ein Hinweis. Wir haben jetzt ungefähr drei Viertel unseres Grundsatzprogramms beraten.

(Vereinzelt Beifall)

Laut uns jetzt vorliegender Liste, Stand jetzt, haben wir ungefähr 60 Rednerinnen und Redner für die weiteren Tagesordnungspunkte und wir müssen noch ungefähr 75 sonstige Anträge heute beraten und beschließen. Deshalb, wir haben ja keine Redezeitbegrenzung von oben vorgegeben, aber ich glaube, alle Rednerinnen und Redner würden sich sehr beliebt machen, wenn sie versuchen würden, ihre Redezeit auf maximal zwei Minuten jetzt zu begrenzen, damit wir noch pünktlich fertig werden.

(Beifall)

Damit kommen wir zu Antrag 148, das sind die Zeilen 1.664 bis 1.677, mit 21 zugehörigen Änderungsanträgen. Dazu gibt es eine Wortmeldung, Wiebke Winter aus Bremen, bitte sehr.

Dr. Wiebke Winter: Vielen herzlichen Dank, ich spreche zum Antrag A 148, Ä 019 der Jungen Union. Wir würden gerne einen Satz ergänzen, der heißt, „wir setzen uns für eine Medizin ein, die geschlechterspezifische Unterschiede berücksichtigt". Nein, liebe Freundinnen und Freunde, hier geht es nicht um irgendein Gender-Gaga, sondern hier geht es tatsächlich um ein handfestes medizinisches Problem.

(Beifall)

Denn wir wissen, dass Männer und Frauen einfach biologische Unterschiede haben. Das beginnt beim Immunsystem, bei der Körperfettmasse, bei der Muskelmasse, Medikamente können unterschiedlich wirken für Frauen und Männer und auch Herzinfarktanzeichen äußern sich unterschiedlich bei Frauen und Männern. Wir finden es deswegen höchst bedauerlich, dass dieser Antrag auf Ablehnung steht. Wir möchten heute explizit dafür werben, dass wir diesen Satz noch reinbekommen, denn es ist auch etwas, was uns Kosten spart, was ja gerade so wichtig ist im medizinischen System. Denn eine effektive und effiziente Behandlung, die nur dann passieren kann, wenn man tatsächlich auch geschlechterspezifisch behandelt, führt dazu, dass wir die Kosten senken, weil weniger Behandlung notwendig ist. Deswegen bitte ich, nochmal drüber nachzudenken, dass wir diesen Antrag annehmen können, vielen herzlichen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Wiebke Winter, und für die Antragskommission spricht Annette Widmann-Mauz.

Annette Widmann-Mauz, Antragskommission: Liebe Delegierte, liebe Wiebke, im Grundsatz ist das ein Versorgungsthema. Das ist ein Thema, das ein wissenschaftliches Thema ist, und uns hat vor allen Dingen die Verortung an der Stelle nicht gefallen. Eure Formulierung ist auch eine, die sich auf Medizin und den Versorgungsaspekt nicht beinhaltet. Ich schaue jetzt einfach mal meinen Vorsitzenden und den Vorstand an. Wenn man das Anliegen einfach zwei Sätze früher einfügen würde und aus Medizin medizinische Versorgung macht, dann beschreiben wir etwas, was uns allen wichtig wäre. Ich gucke jetzt aber mal, denn wir hatten es in der Antragskommission anders besprochen, denke ich, dass es machbar wäre.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Ich liebe es, überrascht zu werden. Zunächst hat Frau Prof. Dr. Claudia Schmidtke aus Schleswig-Holstein um das Wort gebeten.

Prof. Dr. Claudia Schmidtke: Sehr geehrte Delegierte, liebe Antragskommission, vielen Dank, Wiebke Winter, für diesen tollen Antrag der Jungen Union.

(Beifall)

Ich selbst durfte ja die AG Gesundheit und Pflege leiten und ich weiß gar nicht, warum wir den nicht schon drin haben. Ich selbst bin Gendermedizinerin und ich halte es für extrem wichtig, dass wir sehr viel mehr darauf achten, wie Frauen behandelt werden, wie Männer behandelt werden. Ich stimme dafür, dass wir den Satz dazufügen, an welcher Stelle auch immer, vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: So, vielen Dank auch Ihnen für die Wortmeldung. Liebe Delegierte, wir hatten jetzt einen Vorschlag, eine Empfehlung von der Antragskommission von Annette Widmann-Mauz. Annette, ich schaue dich an. Das ist also jetzt euer Vorschlag? Dann würde ich nach Rücksprache mit dem Tagungspräsidium empfehlen, dass wir jetzt über den Vorschlag in der Fassung von Annette Widmann-Mauz abstimmen, ja? So, wer also dafür ist, für den Vorschlag von Annette Widmann-Mauz in dieser Fassung, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das so angenommen.

(Beifall)

Dann haben wir zu 149, 150 und 151 nach unserem Kenntnisstand keine Wortmeldung. Das heißt, wir können über diese drei Anträge im Block abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das ebenfalls so beschlossen. Wir kommen zu Antrag 152, das sind die Zeilen 1.701 bis 1.709, mit den zugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 013. Dazu gibt es eine Wortmeldung, und zwar zum Änderungsantrag 001 von Frank Schroft aus Baden-Württemberg, bitte.

Frank Schroft: Herr Tagungspräsident, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, ich habe mich zu Wort gemeldet, um Sie um Ihre Unterstützung für unser Anliegen, das wir in diesem Antrag formuliert haben, zu bitten. Es ist kein Geheimnis, dass die Altenpflege in Deutschland grundlegend reformiert werden muss. Wir brauchen einerseits pflegende Angehörige als Fachkräfte in der Wirtschaft, andererseits dürfen die Sozialausgaben nicht ins Uferlose steigen. Wir, und wenn ich wir sage, dann sind das 23 Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister aus vier Bundesländern, haben uns mit dem sogenannten stambulanten Konzept, eine Mischform aus stationär und ambulant, eine Alternative gefunden, welche dieser Herausforderungen gerecht wird und zudem auch kommunale Belange berücksichtigt. Zusammen mit den früheren Pflegebevollmächtigten der Bundesregierung, Andreas Westerfellhaus, Peter Weiß, kämpfen wir bereits seit Jahren für eine gesetzliche Verankerung im SGB XI, damit ein privates Investitionskapital von rund 100 Millionen Euro in Form oder für den Neubau von Pflegeeinrichtungen freigesetzt wird. Ich sehe aber nach den Beratungen jetzt auch ein, dass dieser Antrag sehr konkret ist und würde daher die Antragskommission bitten, damit dieses kommunale Anliegen, dieses wichtige kommunale Anliegen, nicht unter den Tisch fällt, dass wir von der Ablehnung bzw. von der Empfehlung der Antragskommission, die auf Annahme in der Fassung der Antrags-

kommission lautet, abweichen und den Antrag A 152, Ä 001 dann an den Generalsekretär weiter verweisen, überweisen für den Regierungsprogrammprozess, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Schroft, ich denke, das ist ein sinnvoller Verfahrensvorschlag. Zunächst hat Karina Wächter aus Rheinland-Pfalz nun das Wort.

Karina Wächter: Vielen Dank, meine Wortmeldung bezieht sich auf den Antrag des Kreisverbandes Bernkastel-Wittlich, also den Änderungsantrag 002. Liebe Delegierte, ich habe an sich Verständnis für das Votum der Antragskommission und dennoch muss ich mich an dieser Stelle nochmal zu Wort melden, denn mir reicht es nicht, wenn es nur an den Generalsekretär verwiesen wird. Wir haben heute über viele Interessensgruppen gesprochen, viele benannt, viele aufgenommen. Mir persönlich liegt die Pflege sehr am Herzen und ganz konkret fehlt mir die Erwähnung der pflegenden Angehörigen. Pflege ist ein ganz zentrales Thema in unserer Gesellschaft. Pflegende Angehörige sind die tragende Säule unserer pflegerischen Versorgungsstrukturen. Sie sind unglaublich wichtig und dennoch werden sie in unserem Grundsatzprogramm bislang nicht genannt und nicht berücksichtigt. Ich denke, das sollte so nicht sein. Pflegende Angehörige leisten Stunden an Stunden an Care-Arbeit. Sie sind aus unserem Gesundheitssystem nicht wegzudenken. Daher bitte ich eindringlich darum, sie in unserem Programm konkret zu benennen, und habe dazu einen Kompromissvorschlag. Lassen Sie uns in Zeile 1.701 wie folgt ergänzen, also hinter dem Satz, „viele Menschen haben den Wunsch, zu Hause gepflegt zu werden", plädiere ich dafür, folgenden Satz aufzunehmen: „Pflegende Angehörige sind eine tragende Säule für die Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgungsstrukturen. Ihnen gebührt Respekt und Unterstützung", vielen Dank.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Vielen Dank, für die Antragskommission Annette Widmann-Mauz.

Annette Widmann-Mauz, Antragskommission: Also ich kann es kurz machen. Ich glaube, wir können den Antrag E001 an den Generalsekretär überweisen. Denn da steht ein neues Konzept drin und, wenn wir ein gutes Wahlprogramm erarbeiten, dann wollen wir ja auch alle guten Vorschläge entsprechend würdigen, und die besten am Ende auswählen. Dann haben wir uns das Anliegen des Kreisverbands Bernkastel-Wittlich noch einmal angeschaut. Das stimmt. Irgendwie sind uns die

pflegenden Angehörigen bei den vielen Anträgen nicht explizit untergekommen. Nach sorgfältiger Prüfung würde ich sagen, den könnten wir, so wie sie ihn vorgetragen haben, an der Stelle aufnehmen.

David McAllister, Tagungspräsidium: Annette Widmann-Mauz hat für die Antragskommission also vorgeschlagen, dass der Änderungsantrag 01 zum Generalsekretär gegeben wird für den Regierungsprogramm-Prozess. Aber sie hat Unterstützung signalisiert für die Initiative zum Änderungsantrag 02. Insofern gehe ich auch hier jetzt wieder davon aus, dass wir abstimmen über die Empfehlung der Antragskommission mit dieser einen Neuerung, die Annette Widmann-Mautz gerade vorgetragen hat. Dann bitte ich sie jetzt um das Handzeichen. – Wer dafür ist? – Dagegen? – Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen worden. Wir kommen zum nächsten Unterkapitel unseres Grundsatzprogramms, und dazu übergebe ich jetzt an Serap Güler.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieben Dank, lieber David. Wir beginnen somit jetzt mit dem Unterkapitel „Ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist“. Wir machen weiter mit dem Antrag A 153. Dazu liegen uns zwei Wortmeldungen vor. Anfangen darf Mark Helfrich aus Schleswig-Holstein. Bereithalten kann sich gerne Monika Wüllner.

Mark Helfrich: Frau Präsidentin, ich darf den Antrag des Landesverbandes Schleswig-Holstein zu Zeile 1725 vorstellen. Dort wird gesprochen von Energie, die sicher, sauber und bezahlbar ist. Das ist ganz offenkundig das energiepolitische Zieldreieck. In dem geht es um Versorgungssicherheit, um Bezahlbarkeit und um Umweltverträglichkeit. Wir sind der Meinung, dass der Begriff „sauber“ unzureichend ist, um das Ziel der Umweltverträglichkeit abzudecken. Es geht eben nicht nur darum, dass Energie dort, wo sie produziert oder verbraucht wird sauber ist, sondern es geht auch um Umweltschäden an anderer Stelle. Ich mache das mal fest an dem Beispiel der Elektromobilität, die zwar in der Innenstadt sauber ist. Aber natürlich wissen wir alle, dass auch der Strom nicht aus Braunkohle produziert sein darf, und dass auch das Lithium in der Batterie sauber sein muss. Als C-Partei und als Partei, der es um die Bewahrung der Schöpfung geht, sollten wir uns hier bei diesem Thema bei der Energie nicht dem Begriff der Nachhaltigkeit verweigern, und sollte es darum gehen, den Dreiklang zu bewahren. Ich weiß nicht, was die Antragskommission zur Ablehnung bewogen hat. Dann würden wir ersatzweise beantragen, den Begriff „sauber“ nicht zu ergänzen durch den Begriff der „Nachhaltigkeit“, sondern ihn zu ersetzen. Im Übrigen verweise ich auf den Titel dieses Kapitels, in dem auch der Begriff der „Nachhaltigkeit“ ganz prominent verwendet wird. Danke.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber Mark, danke dir. Dann Monika Wüllner. Sehe sie gerade nicht – sie kommt nach vorne, super.

Monika Wüllner: Liebe Freundinnen und Freunde, der Begriff „nachhaltig“ geht natürlich weiter als der „Begriff“ sauber. Da hat Mark Helfrich absolut recht. Wenn man sich das einmal anschaut, dann bedeutet es, dass wir die Bedürfnisse der Gegenwart so befriedigen, dass die Möglichkeiten der zukünftigen Generation nicht eingeschränkt werden. Ich glaube, dieser Begriff „nachhaltig“ ist deswegen an dieser Stelle, wenn es um Energie geht, extrem wichtig, dass er im Grundsatzprogramm auftaucht. Warum? Wir sind die Partei der Nachhaltigkeit. Sind wir deshalb, weil wir die einzige Partei sind, die es schafft, Ökonomie, Ökologie und Soziales vernünftig zu vereinbaren. Alle anderen Parteien haben irgendwo einen Schwerpunkt und wir sind die, die es schaffen, diese drei wichtigen Säulen der Nachhaltigkeit zu vereinbaren. Deswegen ist es gerade an dieser Stelle, wenn es um Energie geht, ganz, ganz wichtig, dass das Wort Nachhaltigkeit da drinsteht, und ich bitte sehr darum, den Antrag des Landesverbandes Schleswig-Holstein zu unterstützen.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, dann spricht für die Antragskommission für diesen Antrag jetzt Andi Jung.

Andreas Jung, Antragskommission: Liebe Serap, liebe Freundinnen und Freunde, ich bin der Letzte, der gegen Nachhaltigkeit sprechen möchte. Deshalb will ich nur einmal, weil wir mit diesem Antrag ja jetzt in dieses Kapitel einsteigen, vornewegstellen, das ist ein entscheidendes Kapitel in unserem Grundsatzprogramm. Wir sind die, die Politik formulieren aus den Augen der kommenden Generation, und Nachhaltigkeit in der ganzen Breite, Ökologie, Ökonomie, Soziales, durchdeklinieren und Konzepte formulieren, das steht vor der Klammer, steht schon in der Überschrift; Nachhaltigkeit ist dort erwähnt. Damit jetzt zur Sache, zu diesem Antrag, ich kann das, was der Marc und was Moni gesagt haben in der Sache alles total teilen. Ich will trotzdem begründen, warum die Antragskommission in diesem Fall vorschlägt, bei der Formulierung, wie wir sie haben, zu bleiben. Wir bilden ja hier das energiepolitische Dreieck ab, das energiepolitische Dreieck als feststehenden Begriff, Versorgungssicherheit, hier beschrieben als sicher, Wirtschaftlichkeit, hier beschrieben als bezahlbar, und eben Umweltverträglichkeit, hier beschrieben als sauber, und mit sauber meinen wir Öko, umweltverträglich. Ursula von der Leyen spricht von sauberen Technologien etwa. Damit ist hier das energiepolitische Dreieck mit diesem Dreiklang sicher, sauber und bezahlbar, abgebildet, sodass wir meinen, dass die drei Dinge zusammen ja Ökonomie, Ökologie und Soziales abbilden und deshalb die Nachhaltigkeit beschreiben. Deshalb ist die Empfehlung der Antragskommission, bei der Formulierung zu bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber Andi, vielen Dank, wir bleiben bei Antrag A 153, kommen zum Änderungsantrag Ä 018 und da hat Thomas Heilmann das Wort.

Thomas Heilmann: Liebes Tagungspräsidium, liebe Serap, es geht um die Formulierung, um ein Wort, nämlich, wann sagen wir Soziale Marktwirtschaft aus unserem Markenkern und wann sagen wir soziale und ökologische Marktwirtschaft. Ich glaube, alle hier im Raum wissen, dass das seit 1994 Teil unseres Grundsatzprogramms war. Deswegen plädieren die Mitglieder, die diesen Mitgliederantrag unterstützt haben, und ich dafür, dass wir das gerade im Kapitel Nachhaltigkeit wieder erwähnen. Wir müssen ja davon ausgehen, dass viele Leute unser Grundsatzprogramm nicht von A bis Z lesen, sondern das Kapitel lesen, das sie besonders interessiert und wir haben nun mal eine große Zielgruppe, die sich für Klimawandel, für Umweltschutz und so weiter interessiert. Deswegen macht es an dieser Stelle Sinn, wir würden dann nicht aufrechterhalten, es sozialökologisch zu nennen, sondern auf Anregung von Gitta Connemann und der MIT würden wir soziale und ökologische Marktwirtschaft sagen und es an dieser Stelle so ergänzen. Mir scheint das ein sehr sinnvoller Kompromiss zu sein und ich frage jetzt nach vorne, ob sich da das Tagungspräsidium für diese Kompromissformulierung erwärmen kann. Ansonsten würde ich getrennte Abstimmung erbitten.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Thomas, dann von der Antragskommission Andi Jung wieder. Bereithalten kann sich Peter Liese, der als nächster Redner kommt.

Andreas Jung, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde, ich darf anknüpfen an das, was Thomas Heilmann gesagt hat, und ich möchte vor allem darauf hinweisen, das ist an dieser Stelle keine Grundsatzdiskussion. Diese Grundsatzdiskussion haben wir geführt. Wir haben sie übrigens wie bei Gleichstellung und Gleichberechtigung auch schon im letzten Jahr geführt und haben uns dort für Folgendes entschieden, nämlich das ganz klare Bekenntnis der CDU zur Sozialen Marktwirtschaft. Das ist unstreitig. Das ist die Erfindung der CDU. Das ist unser Erfolgsmodell. Wir bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft. Das ist völlig klar und in Stein gemeißelt, erstens. Zweitens ist richtig, was der Thomas Heilmann sagt. Wir haben erstmals im Grundsatzprogramm 1994, damit übrigens viel früher, als irgendwelche anderen diesen Begriff verwendet haben, die heute eher für Planwirtschaft sind im Übrigen, haben wir den Begriff soziale und ökologische Marktwirtschaft in das Programm aufgenommen, dort schon mit der Beschreibung, dass die

Grundlage die Soziale Marktwirtschaft bleibt, dass wir die ökologische Dimension sehen und dass wir beides verbinden wollen, alles drei, mit der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft.

Wir haben im letzten Jahr in der Grundwertecharta entschieden, dass es bei diesem Begriff bleibt, haben in die Grundwertecharta reingeschrieben, und so steht er bereits jetzt in dem Entwurf drin. Das heißt, mit diesem Entwurf, wie er uns vorlegt ohne Änderungen, bekennen wir uns klar zur Sozialen Marktwirtschaft und beschreiben gleichzeitig ganz klar, dass wir die Klimaneutralität, die Umweltziele erreichen wollen mit der sozialen, ökologischen Marktwirtschaft. Beides steht schon ganz klar drin. Es ist der Wunsch der Antragssteller, dass es nicht nur einmal drinsteht, sondern dass es auch an dieser Stelle ein weiteres Mal drinsteht, damit keine Grundsatzfrage, sondern jetzt eine Formulierungsfrage. Dazu kommt, dass unser Begriff seit 94 immer soziale und ökologische Marktwirtschaft war und an dieser Stelle jetzt ein anderes Begriffspaar verwendet wird, sozial-ökologische Marktwirtschaft. Aus diesen Gründen sind wir der Meinung, dass das, was Thomas Heilmann zurecht angesprochen hat, was viele bewegt hat in der Diskussion, in diesem Entwurf drin ist. Ich bitte, dann reinzuschauen. Es steht ausdrücklich drin, wir bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft und wir wollen die Umweltziele erreichen mit einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft, steht beides bereits drin ohne Änderungen. Das ist der Grund, warum die Antragskommission empfiehlt, bei dieser Formulierung, wie ich sie dargestellt habe, zu bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, ich darf Peter Liese nach vorne bitten und im Anschluss ist Wiebke Winter dran.

Dr. Peter Liese: Erstmal ganz herzlichen Dank an Andi Jung für die Klarstellung, dass es keine Grundsatzdebatte ist. Wir stehen zur Sozialen Marktwirtschaft, zu Ludwig Erhard, aber das haben natürlich auch Helmut Kohl, Wolfgang Schäuble und andere getan, als sie 1994 diesen Begriff ins Grundsatzprogramm hineingeschrieben haben. Es geht jetzt nur um die Frage, ob wir das an einer Stelle tun oder ob wir das an dieser Stelle jetzt nochmal tun. Es gibt keinen Antrag, den Begriff Soziale Marktwirtschaft generell zu ersetzen, aber ich werbe dafür, dass wir in dem Kapitel über Nachhaltigkeit nochmal reinschreiben in der geänderten Fassung, wie Thomas Heilmann das vorgeschlagen hat, Soziale und ökologische Marktwirtschaft, weil das deutlich machen würde, und ich sehe dankenswerterweise Gitta Connemann nickt.

(Nein-Rufe)

Okay, dann habe ich das Nicken falsch verstanden, aber ich will trotzdem meine Meinung begründen. Friedrich Merz hat gestern völlig zurecht gesagt, der große Unterschied zwischen unserer Umwelt- und Klimapolitik und der Umwelt- und Klimapolitik der Grünen ist, dass wir auf Marktwirtschaft setzen. Wir wollen keine Verbote wie das Heizungsgesetz, sondern wir wollen mit dem Emissionshandel Anreize setzen. Die Marktwirtschaft soll den Weg unter Beibehaltung der Freiheit aller Einzelnen beschreiben und die Grünen haben es immer noch nicht verstanden. Ich hatte vor kurzem die Gelegenheit, mit Annalena Baerbock zu sprechen, warum sie denn diesen Ansatz auch Emissionshandel für den Bereich Heizung nicht unterstützt. Sie hat gesagt, ich bin für Ordnungsrecht. Die haben es nicht kapiert. Wir haben es kapiert und deswegen bitte ich um Unterstützung des Antrags in der von Thomas Heilmann vorgetragenen Form, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Peter, dann Wiebke Winter und im Anschluss spricht für die Antragskommission Jens Spahn.

Dr. Wiebke Winter: Liebe Freundinnen und Freunde, ich spreche hier auf der einen Seite für den Landesverband Bremen, aber auch für die 578 Mitglieder, die sich dafür ausgesprochen haben auf CDU plus, diesen Antrag hier heute einzubringen, weil es ein ganz klares Bekenntnis ist dieser Mitglieder, und zwar wir wollen dem Klimawandel nicht mit Verboten, sondern gerade mit der Sozialen Marktwirtschaft begegnen, denn wir sind der Auffassung, dass das die beste Möglichkeit ist, um Klimaschutz auch schnell zu exportieren. Klar ist doch aber auch, und ich meine, wir haben gerade beim Mr. EU-Klimaschutz gehört, dass das nur funktioniert, wenn wir der Sozialen Marktwirtschaft eine Komponente in Form von Zertifikaten oder CO_2-Preis, für die wir immer gestanden haben, hinzufügen. Das müssen wir auch deutlich machen. Das ist auch keine neue Erfindung, die wir jetzt hier haben, sondern wir haben es gerade schon gehört, seit 1994, das ist bevor ich überhaupt geboren wurde, haben wir diesen Begriff drin gehabt. Wir sind sehr gewillt, daraus Soziale und ökologische Marktwirtschaft zu machen, aber lasst uns heute dieses Signal vom Parteitag senden. Lasst uns zeigen, was unsere Antwort ist auf den Klimawandel. Deswegen bitte ich euch, dass ihr den Antrag in der geänderten Fassung annehmt, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ich beantrage getrennte Abstimmung, sowohl für diesen Antrag als auch noch für den A 017, der eben gerade debattiert wurde. Wir haben uns alle viel Mühe gegeben. Hier haben wirklich sehr, sehr viele Mitglieder abgestimmt, die haben sich Gedanken gemacht, die haben das formuliert und ich bitte darum, dass wir es deswegen

nicht en bloc abstimmen, sondern dass wir diesen Mitgliedern zeigen, wir nehmen euer Engagement ernst, genauso wie es auch die Junge Union getan hat, und dass wir es deswegen getrennt abstimmen, vielen herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Wiebke, dann bitte ich einmal Jens Spahn auf die Bühne.

Jens Spahn, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde, der Begriff, der steht, der Begriff, für den wir stehen, ist der der Sozialen Marktwirtschaft, und zwar mit großem „S".

(Vereinzelt Beifall)

Das ist auch der Begriff, mit dem wir bis heute verbunden sind. Er passt übrigens genau, auch, wenn man sich das textlich anschaut, in der Herleitung genau, weil er das Problem beschreibt, wo wir hinwollen, was Umwelt angeht, saubere Luft, energieeffizient und anderes mehr. Dann sagen wir, genau das ist zu erreichen mit der Sozialen Marktwirtschaft, weil sie das anpassungsfähigste Konzept ist, das es auf Erden gibt, um eben gut zu wirtschaften und eben auch auf aktuelle Herausforderung einzugehen. Das ist doch genau die Logik dahinter und ich finde, genau an dieser Stelle macht es deswegen besonders viel Sinn, bei der Sozialen Marktwirtschaft als eigenständigem Begriff zu bleiben.

(Vereinzelt Beifall)

Weil jetzt immer hier 1994 angesprochen wird, ich will nur mal eins sagen, in unserem gesamten Grundsatzprogramm für 2024 steht bis jetzt viermal Soziale Marktwirtschaft als feststehender Begriff. Ich habe mal durchgezählt, da fallen mir ein paar andere Begriffe auf, die stehen da deutlich öfter. Ich finde, bei der Partei Ludwig Erhards darf ruhig Soziale Marktwirtschaft als feststehender Begriff etwas öfter im Programm stehen und auch wahrnehmbar sein.

(Vereinzelt Beifall)

Weil 1994 angesprochen wird, wir hatten dazwischen übrigens noch ein Grundsatzprogramm 2007. 2007 steht exakt einmal, wie auch jetzt in unserem Grundsatzprogramm, ökologische und Soziale Marktwirtschaft, wo die Dinge an passender Stelle auch zusammen hergeleitet werden, klein geschrieben. Aber 2007 haben wir miteinander den Begriff Soziale Marktwirtschaft mit großem „S" als feststehenden Begriff, als Begriff, für den wir als CDU stehen, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa und auf der Welt, miteinander formuliert, miteinander festgehalten. Deswegen sollten wir das auch in diesem Grundsatzprogramm so beibehalten.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Jens, so, jetzt geht es einmal um den Antrag von Wiebke Winter vorhin über die Abstimmung, die getrennt erfolgen soll über die Änderungsanträge 017 und 018. Wir haben gerade im Tagungspräsidium darüber entschieden, dass wir einmal darüber abstimmen lassen, ob getrennt abgestimmt soll, weil wir bisher alles en bloc abgestimmt haben. Deshalb würde ich die Frage gerne einfach an das Plenum zurückgeben. Wer der Meinung ist, dass wir das jetzt einmal getrennt tun sollten, möge jetzt bitte das Kartenzeichen geben – und für die Abstimmung en bloc, also gegen. – Das sieht von hier oben so aus, als würden die meisten Delegierten sich für die Abstimmung en bloc aussprechen. Dann würden wir das hiermit tun. Dann stimmen wir über den Antrag A 153 und die Änderungsanträge Ä 017 und Ä 018 hier ab. Ich bitte diejenigen, die der Empfehlung der Antragskommission folgen möchten, jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe. – Somit ist die Empfehlung der Antragskommission angenommen. Wir können wieder en bloc abstimmen. Es liegen keine Wortmeldungen vor zu den Anträgen 154 bis 157. Da bitte ich alle, die der Empfehlung der Antragskommission folgen möchten, jetzt um das Kartenzeichen. – Gegenprobe. – Dann auch das somit angenommen. Wir machen weiter mit dem Antrag A 158, Ä 009. Da haben sich zwei Redner gemeldet, einmal Christian Buchen aus NRW und bereitmachen kann sich dann Thomas Heilmann.

Christian Buchen: Liebe Parteifreunde und Parteifreunde, wir haben als Kreisverband Rheinberg zwei Anträge gestellt zu dem ganzen Thema Energieversorgung, die beim Thema Kernkraft über das Thema hinausgehen, was von Bundesvorstand vorgeschlagen ist. Deswegen wird wahrscheinlich jetzt erwartet, dass ich gegen den Antrag oder gegen die Empfehlung der Antragskommission spreche und für unsere Anträge. Ich mach es aber etwas anders. Denn beim Thema Kernkraft wissen wir, gibt es unterschiedliche Meinungen. Der Vorschlag jetzt der Antragskommission beinhaltet alles. Wir sprechen da über Erneuerbare Energien, Technologieoffenheit, Bezahlbarkeit. Aber wir sprechen auch darüber, dass Kernkraft eine Option ist, auf die wir nicht verzichten können. Daher, lieber Carsten vertrauen wir darauf, dass die Überweisung an den Generalsekretär – man merkt, ich habe einen katholischen Jugendverbandshintergrund – keine Beerdigung erster Klasse ist, sondern dass wir da auch zur Bundestagswahl ein entsprechendes Konzept im Wahlprogramm finden werden, damit sichergestellt ist, dass Energie immer in ausreichender Form verfügbar und auch bezahlbar ist. Besten Dank.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Dann darf ich Thomas Heilmann auf die Bühne bitten.

Thomas Heilmann: Ich kann das kurz machen. Liebe Serap von hier hinten, wenn die Antragskommissionsvotum bleibt. Dafür wollte ich reden, und es nicht so ins Grundsatzprogramm aufnehmen, und angesichts der Zeit können wir uns dann die Diskussionen auf später vertagen, vielen Dank.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Mehr davon wird hier gesagt. Dann bitte ich trotzdem noch mal Andi Jung für die Antragskommission – hier vorne oder wo auch immer du es machen möchtest – gerne auf die Bühne. Braucht nicht mehr, ist durch. Wie du möchtest. Okay, dann lasse ich jetzt, gerne einmal abstimmen. Wer der Empfehlung der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt einmal um das Kartenzeichen. – Einmal die Gegenprobe. – Dann ist auch das so angenommen. Dann bleiben wir bei dem Antrag A158 und kommen zu dem Änderungsantrag 020. Da hat sich Rainer Deppe zu Wort gemeldet. Rainer, du kannst einmal gerne nach vorne kommen.

Rainer Deppe: Liebe Serap, liebe Parteifreunde, Rainer Deppe. Ich war vier Wahlperioden in Nordrhein-Westfalen für unsere Fraktion im Bereich der Umweltpolitik tätig. Herr Merz, Sie haben heute Morgen gesagt, wir haben hier ein Programm der Basis. Die Basis hat es erarbeitet. Wir haben drei Mitgliederanträge, die es bis hier in das Plenum geschafft haben. Es wäre schön, wenn wenigstens einer dieser Mitgliederanträge auch die Zustimmung des Parteitages finden würde. Bisher ist das leider nicht passiert. Im Programm sprechen wir von sicherer, bezahlbarer, sauberer Energie und ausgerechnet die teuerste Form der Energieerzeugung, die Kernkraft, wollen wir wieder einführen. Welch ein Widerspruch, Kernenergie ist noch nie marktfähig gewesen, nirgendwo auf der Welt. Entweder ist sie vollkommen in Händen des Staates oder durch massivste Subventionen in der freien Welt aber dann ermöglicht worden. Sauber, das Thema der Produktionsrückstände, der Atommüll, ist noch nirgendwo auf der Welt geregelt und gelöst. Ich frage mal, mit welchem Preis ist denn die Entsorgung und die Bewachung dann der Anlagen in den Preis der Kilowattstunde Strom eingerechnet? Bisher überhaupt nicht, also keineswegs die billigste Form oder eine günstige Form. Wir reden vom Zusammenhalt der Gesellschaft, auch heute wieder großes Thema. Unser großes Verdienst im Jahr 2011 war, einen gesellschaftlichen Großkonflikt, der unser Land über Jahrzehnte gespalten hat, zu lösen. Zusammenführen, nicht spalten, das ist unsere DNA. Mit dem Thema Kernkraft geben wir den Grünen ihr Gründungsthema zurück. Ich will nicht, dass wir die Grünen wieder stark machen. Das haben die nicht verdient, schon gar nicht durch uns.

(Vereinzelt Beifall)

Aus diesem Grund werde ich gegen den Antrag stimmen und ich hoffe, dass möglichst viele das auch tun, also gegen die Wiedereinführung der Kernenergie, für den Antrag unserer Mitglieder von Thomas Heilmann und den anderen, die es unterschrieben haben.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, ich darf Andi Jung nochmal nach vorne bitten für die Antragskommission.

Andreas Jung, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde, zuerst ein Nachtrag: Zu der Diskussion um die Soziale, sozial-ökologische Marktwirtschaft gab es eine Nachfrage, was denn jetzt beschlossen worden sei. Deshalb lese ich vor, es kann jeder auch nachlesen, was in den Zeilen 1.377, das ist die Passage, da steht jetzt drin: „Die Soziale Marktwirtschaft ist und bleibt unser Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell. Sie umfasst auch eine ökologische Dimension. Diese Soziale und ökologische Marktwirtschaft setzt auf die Kräfte und Steuerungsmechanismen des Marktes, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen." Das ist das, was jetzt nach der Abstimmung vorher unsere Beschlusslage ist, um da Klarheit zu schaffen. Dann zu der Debatte um die Kernenergie, die mit dem Antrag jetzt nochmal aufgerufen ist, die haben wir intensiv geführt in den letzten Monaten im Rahmen der Diskussion zum Grundsatzprogramm. Ich mache eine Bemerkung vorneweg: Wir hätten, auch da gab es ja einen Antrag dazu, die drei Kernkraftwerke, die letzten, die hätten wir nicht mitten in der Energiekrise abgestellt. Das haben wir für einen Fehler gehalten. Es hat sich als Fehler erwiesen.

(Vereinzelt Beifall)

Die Umstände sind ungeklärt. Wir wissen jetzt, nachdem einige Akten vorgelegt wurden, da müssen weitere Informationen kommen. Es muss weitere Aufklärung stattfinden, erste Bemerkung. Bei der Debatte jetzt um die Frage der Zukunft, da geht es ja um die Krise und wie nutzen wir es. Bei der Debatte um die Zukunft gibt es in diesem Grundsatzprogramm eben nicht das, was jetzt von manchen befürchtet wurde, ein Zurück zur Kernkraft, Neubau von Kernkraftwerken der aktuellen Technologie. Es gibt eine Offenheit für Forschung. Wir beschreiben unseren Weg, unsere Energie soll Energieeffizienz, erneuerbare Energien, Wasserstoff, CO_2-Kreisläufe, pragmatische Technologie offen konsequent voranbringen. Dann sagen wir, wir sind immer offen für Forschung. Ich zitiere den Klaus Töpfer. Der Klaus Töpfer hat bei dem Symposium zu seinem 75. Geburtstag im letzten Dezember gesagt, „Ausstieg aus einer Technologie sollte nicht Ausstieg aus der Forschung bei der

Technologie bedeuten“, und in unserem Grundsatzprogramm steht es, wir können derzeit auf die Option nicht verzichten. Es wird konkretisiert mit den Sätzen, „wir sind offen für die Forschung von Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation“. Der Carsten Linnemann hat diesen Satz, nachdem die Grundsatzprogrammkommission sich drauf verständigt hatte, öffentlich erklärt und hat gesagt, wir wissen doch nicht, was in zehn oder 15 Jahren ist und deshalb wollen wir da heute nicht die Tür zuschlagen. Das steht hier drin. Also eine klare Vorstellung, wie erreichen wir den Weg zur Klimaneutralität, aber auf der anderen Seite die Offenheit für Forschung, insbesondere bei der Kernfusion und bei Kernkraftwerken der vierten und fünften Generation, wo die, die dran forschen, sich künftig in Zukunft Fortschritte erhoffen, die heißen würden, massive Reduktion von Risiken und die heißen würden eine Klärung der Frage des Atommülls. Es gibt die Hoffnung, dass wir den quasi wiederverwerten könnten, um Energie zu erzeugen, ist ein Forschungsstadium, aber wir sagen, keine Tür zuschlagen. Wir sind offen für Forschung und damit sind es zwei Säulen, einerseits unser Konzept für die klimaneutrale Energieversorgung, konkret beschrieben, und die Offenheit für Forschung und das ist etwas, wo wir in den Debatten, Grundsatzprogrammkommission, Antragskommission auch im Vorfeld des Parteitags gespürt haben, dass sich ganz viele hinter diesem Weg so versammeln können. Deshalb will ich für die Antragskommission dafür werben, dass wir bei diesem Weg auch heute bleiben, danke schön.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber Andi, vielen Dank, wir kommen zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Antrag A 158 sowie über die Änderungsanträge Ä 001 bis Ä 037. Diejenigen, die den Voten bei diesen Änderungsanträgen der Antragskommission folgen, die bitte ich jetzt einmal um das Kartenzeichen. – Gegenprobe. – So, somit sind diese auch alle angenommen. Gibt es bisher keine Wortmeldungen zu den Anträgen A 159 bis 162? Das können wir jetzt auch en bloc abstimmen. Bitte diejenigen, die auch hier den Voten der Antragskommission folgen möchten, einmal um das Kartenzeichen. – Einmal die Gegenprobe. – Somit sind auch diese angenommen. Wir machen weiter mit A 163, und zwar mit dem Änderungsantrag 005 und da hat sich bisher Dr. Joachim Kleen aus Hannover zu Wort gemeldet. – Herr Dr. Kleen, ist somit zurückgezogen? Okay, jetzt kommt er?

Dr. Joachim Kleen: Entschuldigung, ein bisschen hinten in der Ecke. Dieser Antrag zeigt die Realität. Der Text, so, wie er uns dargestellt ist, zeichnet ein falsches Bild von Natur. Natur schenkt uns nichts. Alles muss der Natur abgerungen werden und dieses Abringen übernehmen Menschen, übernehmen Bauern, Jäger, Fischer, Forstleute und das mit sehr viel Mühe, sehr viel Arbeit, sehr viel Leistung. Es steht uns als Partei, die wir in der Vergangenheit mit dieser Gruppe ganz ehrlich nicht

immer so umgegangen sind, wie wir es hätten tun müssen, gut an, diese Leistung mit einer anderen Formulierung dieses Abschnitts im Grundsatzprogramm zu honorieren, danke.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, für die Antragskommission darf ich Andi Jung nochmal nach vorne bitten.

Andreas Jung, Antragskommission: Herzlichen Dank, wir teilen alles, was Sie gerade gesagt haben zu Land- und Forstwirtschaft, zu Jägern und Fischern und ehrlicherweise haben wir dann auch gegebenenfalls die Nachfrage, ist uns nicht klar, wo der Widerspruch ist, weil ich lese mal vor, was im Moment in dem Antragstext steht: „Wir wollen die Leistungen der Natur sichern. Wald, Acker und Grünland, Moore, Auen, Küsten und Meere, das sind Ökosysteme, die täglich eine große Leistung für unsere Gesellschaft erbringen. Wir wollen Land- und Forstwirten, Jägern und Fischern erleichtern, Ökosystemleistung, also die Funktion der Ökosysteme, zu erhalten. All diese Akteure leisten eine wichtige Arbeit in und für die Natur." Damit meinen wir, dass dieses Anliegen genauso adressiert ist, und wir meinen es genauso, wie sie es gesagt haben.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, somit kommen wir zur Abstimmung. Wer den Empfehlungen der Antragskommission hier folgen möchte, den bitte ich einmal um das Kartenzeichen. – Gegenprobe. – Somit sind diese auch angenommen. Wir können jetzt wieder einen Sprung machen bis zu den Anträgen A 167, das heißt, auch hier einmal die Blockabstimmung. Wer bei den Anträgen 164 bis 166, also A 164 bis A 166, den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt auch wieder einmal um das Kartenzeichen. – Auch hier die Gegenprobe. – Dann sind auch diese angenommen und dann machen wir weiter mit dem Antrag A 167 und da liegen zu dem Änderungsantrag Ä 001 mehrere Wortmeldungen jetzt vor. Wir fangen an mit Christine Schneider aus Rheinland-Pfalz und bereithalten kann sich im Anschluss Georg Reinke Junior.

Christine Schneider: Liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, seit dem Dezember letzten Jahres hat es die Ampel in Berlin und in Brüssel geschafft, dass ein ganzer Berufsstand auf die Straße gegangen ist. Wir als Union haben es geschafft, wieder klarzumachen, dass wir als CDU die Interessensvertreter des landwirtschaftlichen Berufsstandes sind. Denn die Landwirtschaft, sie sichert unsere Ernährung, aber dafür brauchen unsere Landwirtinnen und Landwirte auch die entsprechende Fläche. Tagtäglich verlieren wir in Deutschland 55 Hektar Anbaufläche. Deshalb haben wir uns in der Fachkommission Versorgungssicherheit darüber Ge-

danken gemacht, wie wir das beenden können, was unsere Lösungen sind. Zum einen wollen wir, dass wir in Deutschland die Mindestfläche definieren, die wir brauchen, um die Ernährungssicherheit in Deutschland zu gewährleisten, und dann zum Zweiten diese Fläche unter einen Schutz stellen, dass wir auch weiterhin, dass die Landwirtschaft auch weiterhin diese Ernährungssicherheit leisten kann. Dafür müssen wir die Ernährungssicherheit als Staatsziel erklären. Jetzt kenne ich die Argumentation der Staatsrechtler, die sagen, wir dürfen das Grundgesetz nicht überlagern. Aber wir müssen feststellen, dass Tierschutz und Umweltschutz bereits in das Grundgesetz aufgenommen wurde, und wir brauchen, um Naturschutz zu erreichen, brauchen wir auch die Landwirtschaft. Deshalb müssen wir der Landwirtschaft, der Ernährungssicherheit das gleiche Niveau geben wie dem Tierschutz und dem Umweltschutz. Wir haben in Europa bereits acht Mitgliedsstaaten, die das Thema Ernährungssicherheit in ihr Grundgesetz gesetzlich aufgenommen haben. Deshalb sollte von diesem Parteitag ein klares Signal an den landwirtschaftlichen Berufsstand gehen. Wir stehen nicht nur an eurer Seite, sondern wir machen alles, damit ihr zukünftig noch die Böden zur Verfügung habt, um für uns die Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Bitte stimmen Sie dem Antrag der Mittelstandsvereinigung zu.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Liebe Frau Schneider, vielen Dank, ich möchte einmal den Hinweis geben, wir haben jetzt noch neun Wortmeldungen zu diesem Antrag auf der Liste. Ich würde, wir würden jetzt hier die Liste schließen und ich möchte alle neuen Redner, die jetzt drankommen, herzlich bitten, sich möglichst kurz zu halten. Der Nächste ist, genau, maximal zwei Minuten, das wäre sehr schön, Georg Reinke Junior und im Anschluss ist dann Prof. Dr. Günter Krings dran.

Georg Reinke: Liebe Parteifreunde, eigentlich kann ich mich meiner Vorrednerin zu 100 Prozent anschließen, aber ich glaube, es ist nochmal ganz wichtig, zu sagen, dass ich als Landwirt direkt betroffen bin von der Agrarpolitik, die wir gerade in diesem Lande erfahren. Es ist desaströs, dass unsere Landwirtschaft so dermaßen ignoriert wird von der derzeitigen Regierung und die muss einfach aufhören, diese Regierung. Das geht so einfach nicht mehr weiter. Das ist mir erstmal ganz wichtig, zu sagen.

(Beifall)

Ich komme aus dem Landkreis Vechta und der Landkreis Vechta hat den ersten CDU-Kreisverband gegründet und es waren überwiegend Landwirte, die dieses getan haben und die brauchen einfach mehr Respekt. Die würden sich heute im Grabe

umdrehen, wenn sie wüssten, was mit der Landwirtschaft passiert. Und die Landwirtschaft braucht mehr Anerkennung in unserer Gesellschaft. Mit einem Einzug dieser Forderung ins Grundgesetz können wir unterstreichen, dass die Landwirtschaft essentiell ist für unsere Republik. Das ist mir wichtig, vielen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, dann darf ich Günter Krings auf die Bühne bitten. Ach, da ist er.

Prof. Dr. Günter Krings, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde, natürlich ist Landwirtschaft ein sympathisches Anliegen, Ernährungssicherheit ein wichtiges Anliegen, aber es ist eben kein eine gute Idee, das als Staatsziel ins Grundgesetz zu schreiben. Das Grundgesetz taugt nicht für eine noch so wichtige symbolische Politik. Ich glaube, Friedrich Merz hat gesagt, 75 Jahre Grundgesetz feiern wir, die beste Verfassung, die wir je hatten. Halber Widerspruch, noch besser war wahrscheinlich das Grundgesetz 1949, weil wir seitdem einige Änderungen gemacht haben, die das Ganze nicht unbedingt lesbarer, prägnanter gemacht haben, nicht besser gemacht haben. Eine, da bin ich ganz auf Seiten der Antragsteller, eine dieser fehlerhaften Veränderungen war, Tierschutz ins Grundgesetz zu schreiben. Nur, ich glaube eben nicht, dass es besser wird, wenn wir schon einen Fehler gemacht haben, noch ein paar andere Staatsziele hinterherzuschieben. Liebe Freundinnen und Freunde, als Rechtspolitiker weiß ich und im Bild will ich gerne bleiben der Ernährung, wir als Politiker, wir im Bundestag sehen Verfassungsrecht und ernten dann Verfassungsrechtsprechung und sind oft ganz erstaunt, welche Pflanzen da in Karlsruhe aus dem Boden gezogen werden und das kann eben hier auch leicht passieren. Ganz konkret, am Ende verhindern wir mit Thema Ernährungssicherheit vielleicht nicht, dass Flächen verbraucht werden, sondern wir verhindern am Ende, dass eine Straße gebaut wird oder ein dringend benötigtes Gewerbegebiet auch gebaut wird. Insofern sollten wir da aufpassen, was wir da reinschreiben.

Auch beim Tierschutz haben manche gesagt, ja, vielleicht doch gar keine so schlechte Idee mit Tierschutz, können wir endlich mal das furchtbare Schächten von Tieren verbieten. Was ist passiert? Nicht viel draus geworden. Schächten ist immer noch erlaubt trotz dieser Vorschrift. Insofern, man kann da böse Überraschungen erleben bei Grundgesetzänderungen. Deshalb sage ich auch namens der Antragskommission, unser Grundsatzprogramm wird nämlich nicht besser, wenn wir dem noch eine ganze Wunschliste von Staatszielbestimmungen beifügen, denn es gibt auch viele andere Vorschläge. Jedes für sich genommen ganz vernünftig, Generationengerechtigkeit ins Grundgesetz, Gesundheitsschutz, innere, äußere Sicherheit,

Förderung unserer Kultur oder, Gott bewahre, Sport ins Grundgesetz. Also, liebe Freundinnen und Freunde, man sollte wirklich aufpassen, dass wir das Grundgesetz dann nicht überfordern, überfrachten, auch falsche Erwartungen wecken.

(Vereinzelt Beifall)

Ein Letztes, wir sind doch alle in die CDU gegangen, weil wir politisch gestalten wollen. Wir können doch gar kein Interesse haben, dass wir bei unserer Arbeit immer neue Korsettstangen aus dem Grundgesetz wollen. Deshalb plädiere ich dafür, lasst uns gemeinsam für Landwirtschaft, für Ernährungssicherheit politisch kämpfen. Lasst uns dafür die nötigen Mehrheiten besorgen, auch bei den nächsten Wahlen, vor allem bei der nächsten Bundestagswahl, dann brauchen wir keine Korsettstange Staatszielbestimmung, sondern dann haben wir die Mehrheit, um was für die Landwirtschaft zu tun. Das können wir dann politisch kraftvoll machen. Dafür brauchen wir keine Staatszielbestimmung im Grundgesetz. Deshalb plädiere ich dafür, der Antragskommission zu folgen, vielen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Günter, als nächste Rednerin darf ich Silvia Breher auf die Bühne bitten bereithalten kann sich dann Dr. Marco Mohrmann.

Silvia Breher: Vielen Dank, liebe Serap, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, es geht hier nicht um Symbolpolitik und diese Gerüststangen, lieber Günter Krings, die haben wir schon heute, nämlich mit Blick auf die Landwirtschaft, eben durch nämlich die Einschränkung der Staatsziele, die schon drinstehen, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere. Wir wollen kein neues Staatsziel. Wir wollen, dass Ernährungssicherung in diesem Kontext, Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und der Tiere, miteingefügt wird, damit es ein vernünftiges Gesamtkonstrukt gibt. Es besteht die Notwendigkeit sehr wohl.

(Beifall)

Das sehen wir in aktuellen rechtlichen Entscheidungen und das sehen wir mit Blick auf die Geschichte. Als unser Grundgesetz geschrieben wurde, war, zumindest auf dem Land, in jedem zweiten Haus eine Landwirtschaft verankert. Jeder hatte das Grundwissen und die Erkenntnis um die Landwirtschaft. Es gab keine Notwendigkeit, das in das Staatsziel zu schreiben, weil so, wie es vorhin anklang, überall die Landwirtschaft breit vertreten war, das haben wir heute nicht mehr. Heute braucht es die besondere, den besonderen Adressaten im Staatsziel, welches wir schon haben, das noch zu konkretisieren. Denn es ist keine Symbolpolitik. Es hat tatsächliche Auswirkungen in der jetzigen Rechtssetzung und in der Rechtsprechung. Und

nur, wenn wir ein Gleichgewicht wiederherstellen, mit dem Umweltschutz, mit dem Tierschutz, auch die Ernährungssicherung aufzuschreiben, nur, wenn wir da wieder einen Gleichklang herstellen, so, wie es in anderen europäischen Staaten übrigens auch der Fall ist, nur dann hat die Landwirtschaft tatsächlich die Zukunft, die wir hier mit dem Vorschlag, der vorliegt, dann auch umsetzen wollen. Also wenn wir das eine machen wollen, dann müssen wir es aber auch möglich machen und deswegen bitte ich um Zustimmung zu dem Änderungsantrag.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Silvia, als Nächstes darf ich Dr. Marco Mohrmann auf die Bühne bitten und dann darf sich bereithalten Gitta Connemann.

Dr. Marco Mohrmann: Liebe Freundinnen und Freunde, von diesem Parteitag geht das Signal aus, dass alle die, die sich immer auf uns hatten verlassen können müssen, dass die wieder das Gefühl haben, die CDU steht an unserer Seite, an der Seite derer, die dieses Land am Laufen halten, die morgens früh aufstehen und die im Übrigen auch dafür sorgen, dass wir jeden Tag was auf dem Teller haben.

(Vereinzelt Beifall)

Ich bin Friedrich Merz sehr dankbar, dass er gestern in seiner Rede die Landwirtschaft so deutlich adressiert hat und sehr, sehr deutliche Signale ausgegeben hat. Mit Blick auf die Entwicklung in den letzten Jahren, die wir weltweit erleben, ob es der Krieg in der Ukraine ist, wirtschaftliche Verwerfung bis hin zum querstehenden Dampf am Suezkanal, es ist nun mal nicht egal, ob sich ein Industrieland wie Deutschland selber ernähren kann. Das sollte das Signal sein, was von diesem Bundesparteitag ausgeht, dass wir sagen, wenn wir grundgesetzlich absichern, dass die Lebensgrundlagen geschützt werden, dass Tierschutz abgesichert wird, dann gehört vollständigerweise auch dazu, zu sagen, jawohl, wir bekennen uns zur Ernährungssicherung. Deswegen bitte ich Sie, stimmen Sie unserem Antrag zu, herzlichen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Gitta, du bist schon auf dem Weg nach vorne. Dann darf sich Philipp Amthor von der Antragskommission im Anschluss bereithalten.

Gitta Connemann: Lieber Günter, lieber Philipp, ihr wisst, wie sehr ich euch schätze. Denn ihr seid glänzende Verfassungsjuristen und ich verstehe euren Wunsch nach einer Purheit des Grundgesetzes, aber dann hätten wir auch als Partei eine

entscheidende Weichenstellung nicht machen dürfen, und zwar die Aufnahme von Tier- und Naturschutz ins Grundgesetz. Das haben wir gemacht. Diese Weichenstellung führt dazu, dass tatsächlich, und Silvia Breher hatte darauf hingewiesen, es nicht nur um Symbolpolitik geht, sondern es eine Entscheidung inzwischen gibt eines Oberverwaltungsgerichts in Magdeburg, bestätigt durch das Bundesverwaltungsgericht, das sagt, wir sehen die ökonomischen Interessen auch eines Tierhalters in Deutschland, aber wenn wir das Ermessen abwägen, dann hat ein Staatsziel Vorrang und dieses Staatsziel ist am Ende Tier- und Naturschutz, mit der Folge, dass es massive Eingriffe gab in die Tierschutznutzhaltungsverordnung, mit der weiteren Folge, dass die Sauenhaltung in Deutschland sich auf dem Rückzug befindet. Ich frage Sie, glauben Sie, dass die tatsächlich Tierhaltung in anderen europäischen Ländern besseren Standards unterliegt als in Deutschland? Nein, wir haben hier die Standards so verschärft, dass die Tierhaltung geht, und wenn wir keinen Einhalt bieten, dann wird sie weitergehen. Deswegen müssen wir Waffengleichheit herstellen und das können wir nur, wenn wir diese beiden Staatsziele relativieren durch eine Aufnahme einer nachhaltigen Agrarstruktur zur Sicherung der Ernährung. Wie wichtig das ist, hat die Pandemie gezeigt. Kein Thema hat uns in der Pandemie so bewegt, wie das Thema, woher kommen unsere Lebensmittel. Wir haben in vielen Bereichen schon heute keinen ausreichenden Selbstversorgungsgrad mehr. Sorgen wir bitte dafür, dass das im Bereich der Tierhaltung nicht weiter voranschreitet, sondern wir auch noch zukünftig eine Tierhaltung aus deutschen Landen haben zu besten Standards. Bitte stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Gitta, Philipp Amthor darf ich einmal auf die Bühne bitten, bereithalten kann sich dann Jochen Steinkamp.

Philipp Amthor, Antragskommission: Liebe Freundinnen, liebe Freunde, es geht jetzt bei diesem Antrag nicht um die Frage, sind die einen jetzt für die Landwirtschaft, sind die anderen für die Verfassungsästhetik, sondern ich glaube, in der CDU gibt es eine große Einigkeit. Wir sind die Partei für die Landwirtschaft und wir sind die Partei für ein vernünftiges Verfassungsrecht und beides geht auch zusammen. Dafür muss man allerdings dem Votum der Antragskommission zustimmen, liebe Freunde. Denn ich will es schon sagen, ich weiß, es ist jetzt emotional aufgeladen und natürlich wurde dann drauf rekurriert, unser Parteivorsitzender hat sich gestern zurecht stark gemacht für die Landwirtschaft in seiner Rede. Das ist auch richtig, aber ich will auch daran erinnern, dass wir auch in der Antrags- und in der Grundsatzprogrammkommission sehr, sehr intensiv darüber diskutiert haben, wie wir mit neuen Staatszielbestimmungen umgehen. Auch da hat unser Parteivorsit-

zender, so wie viele andere, zurecht darauf hingewiesen, dass wir in einer Situation sind, wo man schon sagen muss, wir haben das Grundgesetz in den letzten 75 Jahren oft geändert und vieles davon ist, Günter Krings hat es zurecht angemerkt, dann im Zuge von Rechtsprechung einfach ausgefranzt. Uns muss klar sein, wenn wir etwas für die Landwirtschaft tun wollen, dann geht das vor allem dadurch, dass wir weniger Auslegungsspielraum für Gerichte, weniger Klagerechte für Umweltverbände und mehr Klarheit für die Landwirtschaft in Gesetzen schaffen und nicht durch Regelung nur im Grundgesetz, liebe Freunde. Ich will es auch nochmal klar sagen, wir haben in diesem Grundsatzprogrammprozess viele sinnvolle Vorschläge gehabt für neue Staatsziele, zum Beispiel auch im Zuge der aktuellen Diskussion, wie gehen wir um im Kampf gegen den Antisemitismus. Da hätte man darüber diskutieren können, wollen wir ein Staatsziel Kampf gegen den Antisemitismus, das Staatsziel Sport, das Staatsziel Ehrenamt, viele sinnvolle Vorschläge, aber für uns ist klar, wir wollen nicht jedes beliebige Staatsziel aufmachen, sondern das Grundgesetz in seinem Kern erhalten, wie es ist. Das ist für uns eine richtige Überzeugung.

(Vereinzelt Beifall)

Zum Abschluss, es ist auch tagespolitisch für uns ein Problem, wenn wir hier jetzt lauter neue Grundgesetzänderungen vorschlagen. Wir müssen mit der Ampel im Alltag ständig diskutieren, dass wir nicht bereit sind, für jedes Thema das Grundgesetz zu ändern, und hierzu sollten wir uns jetzt auch nicht in Widerspruch setzen.

(Vereinzelt Beifall)

Deswegen muss für uns klar sein, hier Zustimmung zum Votum der Antragskommission. Ja, ich gestehe zu, 20a Grundgesetz ist ein Problem, mit dem Tierschutz, aber man wird ein Problem nicht dadurch lösen, indem man ein neues, zusätzliches Problem schafft. Deswegen werbe ich dafür, dem Votum der Antragskommission zuzustimmen, herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Philipp, dann kommt Jochen Steinkamp und im Anschluss Dr. Joachim Kleen.

Joachim Steinkamp: Lieber Philipp Amthor, Ernährungssicherheit ist kein beliebiges Staatsziel.

(Beifall)

Ernährungssicherheit ist auch keine Symbolpolitik. Es geht hier um etwas ganz Existenzielles. Dreimal am Tag brauchen wir einen Landwirt, morgens, mittags und

abends. Ernährungssicherheit hat auch die Europäische Kommission jetzt ganz oben auf die Agenda gestellt. Acht Staaten innerhalb der Europäischen Union haben Ernährungssicherheit oder Lebensmittelproduktion explizit in ihren Verfassungen. Warum kann das in Deutschland nicht möglich sein? Ich bin kein Jurist. Ich bin Politikwissenschaftler. Vielleicht mag ich jetzt etwas überzeichnen, aber einige haben ja wohl die Sorge, hier wird der Charakter des Grundgesetzes überdehnt oder geändert. Das Grundgesetz hat 21.000 Worte und wir wollen eines dort einfügen, um zu sagen und ein klares Signal für unsere Landwirtschaft zu senden. Denn es geht doch letztendlich um eine Güterabwegung. Gerade das Thema Tierschutz auch kann immer von denjenigen, die politisch nicht auf unserer Seite stehen, gegen die Landwirtschaft gewendet werden. Das heißt, dieser Paragraph, dieser Absatz hängt schon jetzt schief. Durch die Einführung der Ernährungssicherheit können wir diesen Paragraphen auch wieder in unserem Sinne geraderücken, liebe Parteifreunde. Wir müssen hier auch mal ein klares Signal senden, denn leider muss ich jetzt in meinem Europawahlkampf in einigen Diskussionen auch schon erleben, dass gerade auf der linken Seite und bei den, ich sage mal, gutbürgerlich betuchten Linken das Bewusstsein dafür, dass Lebensmittel vor Ort produziert werden müssen in den Ställen und auf unseren Äckern, bei vielen Leuten nicht mehr da ist. Dieses Bewusstsein müssen wir auch dadurch wieder schärfen, dass wir sagen, Ernährungssicherheit in das Grundgesetz. Ich bitte also um Zustimmung für den Antrag der Wirtschafts- und Mittelstandsunion, vielen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, als nächsten Redner darf ich Dr. Joachim Kleen nach vorne bitten.

Dr. Joachim Kleen: Er ist hier. Meine Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, ich glaube, niemand in diesem Saal hat in seinem Leben erlebt, was es heißt, Hunger zu leiden, und das ist keine Selbstverständlichkeit. Und das ist auch noch nicht so lange her, dass in diesem Land Menschen gehungert haben. Das sind zwei, vielleicht drei Generationen. Das ist nicht das Verdienst von hoher Rechtsprechung. Das ist nicht das Verdienst von guter Politik. Das ist allein das Verdienst der Landwirtschaft in diesem Land und von niemandem anders sonst.

(Beifall)

Es ist auch noch nicht so lange her, dass Sie alle in Supermärkten gesehen haben, dass das Speiseöl nicht mehr da war, dass die Mehlregale leer waren und da haben Sie vielleicht wie ich die Unruhe in sich und bei anderen gespürt. Ernährungssicherheit ist nicht selbstverständlich. Als Veterinärmediziner in einem Unterneh-

men in der Landwirtschaft, als Kommunal- und Standespolitiker erlebe ich immer wieder, und ich denke, vielen von Ihnen geht es ähnlich, wie andere Interessen gegen das Interesse der Nahrungsmittelproduktion abgewogen werden und schwerer wiegen. Das ist ein Zustand, der uns bedenklich stimmen sollte. Am Ende ist Ernährungssicherheit kein Luxus. Die Ernährungssicherheit ist eine Grundlage für den inneren Frieden in diesem Land. Die Leistungsfähigkeit unserer Lebensmittelproduktion hier in Deutschland trägt bei zur Ernährungssicherheit in Europa und weltweit. Darum geht es hier nicht um einen Strauß von Orchideenwünschen, sondern um Grundlagen unseres Zusammenlebens. Darum müssen wir diesem Änderungsantrag zustimmen. Ich bitte Sie herzlich darum.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, für die Antragskommission darf ich dann abschließend Thorsten Frei nach vorne bitten.

Thorsten Frei, Antragskommission: Liebe Freundinnen und Freunde, ich verstehe die Emotionalität in der Debatte. Das ist nachvollziehbar. Ich glaube, eines ist ganz wichtig, es darf nicht der Eindruck entstehen, als ob hier die einen für die Landwirtschaft wären und die anderen die Bedeutung der Landwirtschaft nicht erkennen könnten.

(Vereinzelt Beifall)

Ich habe selber meinen Wahlkreis und zeitlebens im ländlichen Raum gelebt. Meine Vorfahren sind im Grunde genommen alle Landwirte gewesen. Das, was hier vorgetragen wurde, das ist ja alles zutreffend, aber ich glaube, man darf nicht dem Trugschluss unterliegen, dass man mit einer Staatszielbestimmung im Grundgesetz am Ende praktische Politik ersetzen könnte. Das kann man nämlich nicht. Am Ende wird es sich doch immer daran beweisen, ob man die Kraft dazu hat, auch tatsächlich Politik für die Landwirtschaft zu machen, an ganz vielen praktischen Fragen, auch, wenn es darum geht, genügend Flächen zur Verfügung zu stellen, Landwirte dabei zu unterstützen, ihre Arbeit auch tatsächlich machen zu können. Das ersetzt man nicht durch eine Staatszielbestimmung. Jetzt, das ist keine Frage von Verfassungsästhetik, das Grundgesetz ist einfach so angelegt, dass es im Grunde genommen keine Staatsziele kennt, kaum jedenfalls, anders als die Landesverfassungen, wo das anders organisiert ist. Deswegen würde ich sagen, nur, weil da etwas drin ist, was eigentlich systematisch kaum reingehört, kann man das Problem doch nicht dadurch verbessern, dass man weitere Staatszielbestimmungen aufnimmt, so wichtig das Anliegen als solches auch ist. Ich sage das einfach vor dem Hintergrund, ich sehe das auch so, Ernährungssicherheit ist nicht irgendein Thema wie andere.

Natürlich ist es wichtiger, aber das Problem ist doch, dass andere diese Einschätzung im Zweifel nicht immer teilen werden. Allein in dieser Legislaturperiode sind die Ampelparteien auf uns zugekommen mit dem Wunsch, zwölf Verfassungsänderungen zu machen. Es ist einfach so. In wenigen Tagen werden wir feiern 75 Jahre Grundgesetz und wir haben etwa 70 Änderungen am Grundgesetz gehabt. Jedes Mal sind ein paar Worte dazugekommen. Jedes Mal ist das Grundgesetz länger geworden. Besser geworden ist es allerdings nicht, vielen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Lieber Thorsten, vielen Dank, wir kommen nun zur Abstimmung. Wer bei dem Antrag A 167 den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt einmal um das Kartenzeichen. – Gegenprobe, das heißt, zu den Änderungsanträgen.

(Unruhe)

Das sieht nach Mehrheit aus, ja.

(Lebhafter Beifall)

Wir blenden jetzt den Änderungsantrag ein, und zwar handelt es sich um die Zeile 1.856 mit, „wir fordern deshalb die Verankerung eines Staatsziels Ernährungssicherheit“, das als Satz mit aufgenommen wurde und mit großer Mehrheit hier gerade vom Bundesparteitag beschlossen wurde.

(Beifall)

Glückwunsch, dann machen wir weiter, wieder eine Blockabstimmung, und zwar die Änderungsanträge bzw. die Anträge A 168 bis 170 mit den Änderungsanträgen. Alle, die den Empfehlungen der Antragskommission bei diesen Anträgen folgen möchten, die bitte ich einmal um das Kartenzeichen. – Einmal die Gegenprobe. – So, diese wurden somit angenommen. Dann machen wir weiter mit dem Antrag A 171, und zwar mit dem Änderungsantrag 009. Ich habe hier zwei Wortmeldungen. Es fängt an Laura Strohschneider und es macht weiter Anna Kreye, die sich schon mal bereithalten kann.

Laura Strohschneider: Vielen Dank, liebe Delegierte, als CDU sind wir die Partei des Aufstiegsversprechens, die Partei der Fleißigen und die Partei der echten Chancen. Der Inhalt dieses Antrags der Jungen Union ist, dass wir dieses Aufstiegsversprechen für alle wollen, gleichermaßen, in unserem Land, egal, wo sie wohnen. Als junge Generation haben wir das Gefühl, dass wir da heute noch immer Nachholbedarf haben. Als Partei der Deutschen Einheit ist es zwar absolut richtig, dass wir sehr viel dazu beigetragen haben, dass sich schon ein großer Teil dieses Versprechens verwirklicht hat, aber wir müssen uns auch ehrlich machen und das sollten wir im Rah-

men von so einem Grundsatzprogrammprozess auch tun, es gibt noch ein bisschen was, wo wir ansetzen und weitermachen können. Beispielsweise können wir uns angucken, dass, wenn wir wollten, dass der Anteil der Ostdeutschen an der Gesamtbevölkerung sich wiederspiegeln würde am Anteil der Führungspositionen in den obersten und oberen Bundesbehörden, dann müssten wir den Anteil dort noch einmal mehr als verdoppeln und das nach über 30 Jahren. Oder viel wichtiger noch, wenn wir auf das Thema demografischer Wandel gucken, dann ist das ein Thema, das natürlich Gesamtdeutschland betrifft, aber im Osten schlägt das ganz besonders zu Buche. Das macht es schwierig für uns, weil diese Strukturen, insbesondere in den dünn besiedelten Gebieten, aufrechtzuerhalten, wird dann echt schwer. Dann kommen wir in einen Teufelskreis, gewissermaßen, aus demografischen Problemen und schlechteren Bedingungen und Voraussetzungen, insgesamt, aber auch für den Einzelnen. Da geht es unter anderem darum, wie weit ist das nächste Krankenhaus entfernt. Da geht es aber auch darum, wie lange haben meine Kinder ihren Schulweg täglich zu bestreiten, oder aber auch darum, wie viele spannende und auch gut bezahlte Arbeitsplätze gibt es in meiner Region und in meiner Heimat.

Es ist am Ende auch ein wichtiges Bekenntnis, wenn wir auf die nächsten Monate und auf die anstehenden Wahlen gucken. Mit unserem JU-Antrag geht es darum, den Menschen in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zu zeigen, dass wir ihre besonderen Herausforderungen noch immer im Blick haben und weiter daran arbeiten werden. Es geht uns darum, ein Versprechen abzugeben, dass sich hohe Anstrengung und Engagement lohnen, und zwar gleich viel, egal, ob man dann in Aschersleben oder Augsburg, in Bautzen oder Bochum oder in Cottbus oder Zelle lebt. Es geht darum, ein Versprechen von Zukunft für die Heimat und um ein Versprechen von Zukunft in der Heimat und für dieses Versprechen möchte ich Sie mit diesem Antrag um Unterstützung bitten.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, als nächste Rednerin darf ich Anna Kreye nach vorne bitten und dann kann sich Ina Scharrenbach im Anschluss bereithalten.

Anna Kreye: Ich würde es einfach von hier aus machen, hier drüben. Ich kann mich meiner Vorrednerin eigentlich nur anschließen und das Ganze, was sie gesagt hat, unterstützen. Wir müssen uns mittlerweile nicht mehr die Frage stellen, ob wir zusammengehören oder nicht, aber wir müssen uns die Frage stellen, wie wir künftig zusammenleben wollen. Wir leben seit über 30 jetzt zusammen. Dafür bin ich als junger Mensch auch sehr, sehr dankbar, aber ich sehe immer noch Unterschiede in den Lebenschancen in Ost und West. Diese machen sich bemerkbar in unterschied-

lichen Löhnen. Diese machen sich bemerkbar in unterschiedlichen Eigentumsverhältnissen, gerade mit Blick auf das Privateigentum. Diese machen sich auch bemerkbar in einer ganz neuen Herausforderung, und Laura hat es eben auch schon angesprochen, die Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und auf dem Land haben in den vergangenen Jahrzehnten wieder zugenommen und werden gerade in den ostdeutschen Bundesländern durch einen schnelleren demografischen Wandel verstärkt. Da ich diese Unterschiede immer noch sehe und der Meinung bin, dass gleiche Lebenschancen gleich auch zu gleichen Chancen auf gute Bildung und auf Wohlstand führen, plädiere ich dafür, diesen Satz ins Grundsatzprogramm aufzunehmen, danke schön.

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, für die Antragskommission dann bitte Ina Scharrenbach.

Ina Scharrenbach, Antragskommission: Vielen Dank, liebe Tagungspräsidentin, vielen Dank auch für diesen Antrag und wenn Sie den Text lesen, den wir Ihnen anempfohlen haben, dann fängt das ganze Kapitel damit an, dass wir sagen, „wir wollen das Leben in Stadt und Land sowie in Ost und West gleichermaßen stärken“, und weiter, „der Staat trägt die Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse, dafür, dass die Bedürfnisse aller Berücksichtigung finden“. Damit ist aus Sicht der Antragskommission zugegebenermaßen auch das Begehr des Antragsstellers unterlegt. Wenn ich zwei persönliche Anmerkungen machen darf, die Antragsteller begehren gleiche Lebenschancen und das ist eine dieser Grundsatzdebatten, die wir in der CDU immer lieben. Geht es um Chancengleichheit oder um Chancengerechtigkeit? Deswegen haben wir Ihnen vorgeschlagen, in der Formulierung gleichwertige Lebensverhältnisse das Thema Chancengerechtigkeit. Die zweite Anmerkung, ich würde mir persönlich wirklich wünschen, dass es uns mal gelingt, diese Ost-West-/West-Ost-Denke zu überwinden.

(Beifall)

Ich glaube, das täte uns wirklich gut. Denn wenn ich durchaus in die Dynamiken, gucken Sie nach Sachsen, gucken Sie nach Brandenburg, schaue, auch was wirtschaftliche Entwicklung angeht, wenn Sie die Situation auch in Thüringen, in Sachsen-Anhalt, in Berlin, in Mecklenburg-Vorpommern nehmen, dann dürfen wir, glaube ich, durchaus mit Demut und Respekt auch vor der Lebensleistung der Menschen dort politisch diskutieren. So, und deswegen wünsche ich mir sehr, dass wir diese Ost-West-Denke einfach überwinden. Deswegen wünsche ich mir, dass Sie dem Votum der Antragskommission folgen, weil das, was beantragt ist, drin ist. Es ist kürzer, aber es ist prägnant, vielen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Ina, wir bleiben bei dem Antrag A 171, kommen aber zum Änderungsantrag 014. Da darf ich einmal Jens Nacke bitte nach vorne bitten.

(Vereinzelt Beifall)

Jens Nacke: Liebe Delegierte, liebe Antragskommission, der Antragsteller ist der Kreisverband Ammerland. Diese Region im Nordwesten unseres Landes ist die größte zusammenhängende Baumschulregion Europas. Deswegen werbe ich dafür, ich gehe eine Wette ein, jeder Einzelne von Ihnen hat schon mal im Schatten eines Baumes gestanden oder gesessen, der die ersten Lebensjahre im Ammerland gezogen wurde. Da geht es um ein grundsätzliches Bekenntnis an dieser Stelle, denn die Grünen wollen auch diesem Wirtschaftszweig in Deutschland den Garaus machen. Wir bekennen uns zum Wald und zur Waldwirtschaft und zu den Waldbauerinnen und Waldbauern. Das steht im Programm. Wir bekennen uns zur Lebensmittelproduktion in Deutschland und zur Arbeit der Landwirtinnen und Landwirte, der Fischerinnen und Fischer, der Obstbauern. All das steht in den, der Winzerinnen und Winzer, das steht genauso in dem Programm. Wir bekennen uns dazu, dass wir in urbanen Bereichen grün wollen, in den Parks, in den Städten, als Begleitung für die Straßen. Das ist auch richtig so, denn das ist ein wesentliches Element für Nachhaltigkeit und für den Klimaausgleich, aber wir müssen uns dann auch grundsätzlich zu denen bekennen, die hier die Arbeit machen, und das sind die Baumschulen in unserer Region. Deswegen vielen Dank für den Vorschlag, zu sagen, wir machen es im Regierungsprogramm. Dort sollten wir uns auch über Fragen des Pflanzenschutzes oder ähnliches unterhalten, aber das grundsätzliche Bekenntnis zu den Menschen, die diese Arbeit tun, das gehört in ein Grundsatzprogramm. Deswegen bitte ich, zu überdenken, ob nicht dieser Passus, genau, wie bei den anderen Bereichen, Aufnahme in das Grundsatzprogramm finden kann, herzlichen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank und für die Antragskommission darf ich nochmal Ina Scharrenbach nach vorne bitten.

Ina Scharrenbach, Antragskommission: Vielen Dank, Frau Präsidentin, lieber Antragsteller aus dem Kreisverband Ammerland, ich habe eine große Leidenschaft für diesen Antrag, weil ich aus einem Elternhaus komme, die eine Gärtnerei haben, die mein Bruder jetzt fortführt.

(Vereinzelt Beifall)

Aber so fängt es meistens an. In diesem Kapitel beschreiben wir im Besonderen, was wir denn in Stadt und Stadtentwicklungspolitik tun wollen. Da sind wir als

Christdemokratie in den Ländern heute schon sehr nachhaltig unterwegs. Und deshalb gehen wir hier nicht auf einzelne Aspekte ein. Das würde auch ein Grundsatzprogramm an dieser Stelle wirklich überfrachten. Denn ich weiß nicht, ob Architektinnen oder Architekten heute auch mit dabei sind, aber selbst die Architektinnen und Architekten werben regelmäßig für die Verankerung einer Freiraumplanung, wenn es darum geht, Quartiere oder Städte auf den Weg zu bringen. So, und das könnten wir hier auch nicht aufnehmen, denn es ist ein Detailaspekt in der Frage, wie wollen wir denn eine ordentliche, eine verlässliche, eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik gestalten. So, und deswegen möchte ich Ihnen empfehlen, bei der Fassung der Antragskommission im Vorschlag zu bleiben, nämlich an den Generalsekretär der CDU Deutschlands zu überweisen, weil das eben klare Gegenstände sein können eines Regierungsprogramms zur Unterlegung dessen, was wir im Grundsatzprogramm formuliert haben. Darum geht es und deswegen die herzliche Bitte an die Delegierten, dem Votum der Antragskommission mit Überweisung an den Generalsekretär zu folgen, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, wir stimmen ab über den Antrag, oh, Entschuldigung, wir haben noch eine Wortmeldung reinbekommen, und zwar Birte Glißmann aus Schleswig-Holstein. Liebe Birte, du hast das Wort.

Birte Glißmann: Vielen Dank, liebe Serap, ich möchte den Kollegen aus dem Ammerland unterstützen, denn wer es nicht weiß, das Ammerland und der Kreis Pinneberg in Schleswig-Holstein duellieren sich regelmäßig darum, wer tatsächlich das größte zusammenhängende Baumschulgebiet in Europa ist. Wir beanspruchen das selbstverständlich auch für uns. Ich möchte einmal kurz auf das eingehen, was Frau Scharrenbach eben gesagt hat. Ich finde, es ist hier genau richtig, wenn wir das mit aufnehmen, denn wer draußen im Ausstellerbereich einmal die Gespräche sucht mit dem Bund Deutscher Baumschulen, aber auch mit den Garten- und Landschaftsbauern, der weiß ganz genau, dass es eben auf heimische Pflanzen ankommt, die in unseren Städten gepflanzt werden können, sei es beim Thema Fassadenbegrünung, Dachbegrünung oder ähnlichem. Deswegen ist das Bekenntnis hier genau richtig. Eine Konkretisierung, was das heißt, die brauchen wir dann tatsächlich im Regierungsprogramm, aber hier im Grundsatzprogramm ist, glaube ich, dieser eine Satz als Bekenntnis zur Baumschulwirtschaft genau richtig.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, liebe Birte, wenn ich es richtig verstanden habe, möchte Ina Scharrenbach auch nochmal das Wort ergreifen, liebe Ina.

Ina Scharrenbach, Antragskommission: Vielen Dank, so, wenn man es konsequent durchdenken würde, geht es ja im Ende bei der Frage der Stadtnatur, und das ist das, was hier gegenständlich ist, was Sie finden in dem Textvorschlag, „viel Stadtnatur bietet einen Höchstmaß an Lebensqualität", gehört zu Stadtnatur auch noch mehr als die Baumschulproduktion. Genauso könnte jetzt der Niederrhein sagen, und jetzt wollen wir den Niederrhein auch noch bitte drin haben, weil es am Niederrhein eine starke Pflanzenproduktion gibt.

(Vereinzelt Beifall)

Wir haben noch andere Regionen in der Bundesrepublik Deutschland, wo wir viel ausgeprägte Anzuchtproduktion von Elementen haben, die zur Stadtnatur dazugehört. So, und deswegen ist das aus unserer Betrachtung heraus etwas, was wirklich in das Regierungsprogramm am Ende gehört und was da zu diskutieren sein wird. Das Grundsatzprogramm beschreibt die Grundsätze grundsätzlich, wie wir uns das vorstellen und an dieser Stelle eben die Stadtentwicklungspolitik mit viel Stadtnatur. Deshalb die herzliche Bitte, dem Votum der Antragskommission zu folgen, vielen Dank.

(Beifall)

Serap Güler, Tagungspräsidium: Vielen Dank, somit kommen wir zur Abstimmung. Wir stimmen ab über den Antrag A 171 inklusive der Änderungsanträge Ä 001 bis Ä 022. Wer hier den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Dann einmal die Gegenprobe. – Das sind einige, aber nicht die Mehrheit, insofern alles angenommen, wie die Antragskommission empfohlen hat. Dann stimmen wir jetzt wieder im Block ab, und zwar über die Anträge A 172 bis A 179. Wer da den Empfehlungen der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich jetzt nochmal um das Kartenzeichen. – Da auch nochmal die Gegenprobe. – Auch diese sind somit angenommen. Wir haben somit das Unterkapitel Nachhaltigkeit abgeschlossen. – Wir haben jetzt einen kleinen Wechsel hier oben.

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: So, dann geht es weiter mit dem Unterkapitel, „ein Staat, der funktioniert und vorangeht". Wir haben für die Anträge 180 bis 189 keine Wortmeldung vorliegen. Gibt es dagegen Widerspruch, diese en bloc abzustimmen? Das sehe ich nicht, dann verfahren wir so. Wer für diese Anträge der Antragskommission die Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank, die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das einstimmig so angenommen. Jetzt kommen wir zum Antrag A 190 mit den Änderungsanträgen 001 bis 017. Hierzu haben wir einige Wortmeldungen und ich erteile Heinrich Frieling aus Nordrhein-Westfalen das Wort.

(Lebhafter Beifall)

Heinrich Frieling: Da kriegt man schon Applaus, bevor man was gesagt hat, aber es geht tatsächlich um ein sehr wichtiges Thema, nämlich um die finanzielle Ausstattung von Ländern und insbesondere von Kommunen. Wir sind die Kommunalpartei schlechthin. Wir wollen vor Ort gestalten und wir wissen, dafür braucht es Gestaltungsspielräume. Die sind generell etwas eng im Moment, aber sie sind auch unterschiedlich groß auf den verschiedenen politischen Ebenen. Deswegen gibt es hier mehrere Anträge, auch folgende Anträge aus Landesverbänden, die sich mit diesen Fragen befassen, insbesondere auch mit dem Instrument der Verteilung von gemeinschaftlichen Steuern. Im Grunde hat die Antragskommission dankenswerterweise das Anliegen auch übernommen und auch die kommunale Finanzausstattung betont in der teilweisen Übernahme der Änderungsanträge, aber das wesentliche Instrument, nämlich die Frage, wie werden Steuern verteilt zwischen Bund, Ländern und Kommunen, ist nicht aufgegriffen worden. Deswegen werben wir dafür, die Anträge der verschiedenen Landesverbände anzunehmen und hier auch nochmal ganz deutlich zu machen, wir brauchen eine Neuverteilung der Gemeinschaftssteuern, um kommunale Spielräume und Spielräume in den Ländern zu erhalten, vielen Dank.

(Beifall)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Vielen Dank und als Nächstes hat das Wort Johann Wimberg aus Oldenburg.

(Vereinzelt Beifall)

Johann Wimberg: Liebe Freundinnen und Freunde, meine Damen und Herren, mein Name ist Johann Wimberg. Ich bin seit über 30 Jahren kommunalpolitisch für die CDU aktiv, war 18 Jahre Bürgermeister meiner Geburts- und Heimatstadt Friesoythe im Norden des Oldenburger Münsterlandes und ich bin seit zehn Jahren Landrat des Landkreises Cloppenburg.

(Beifall)

Es geht bei diesem Thema, und deshalb spreche ich hier für diesen Antrag der Antragsteller, um ein wichtiges Thema, denn wenn wir hier zum Parteitag reinkommen, dann erfahren wir am Eingang am Stand der KPV einen Spruch, „starke Kommunen, starkes Deutschland“. Damit diese Gleichung auch zukünftig noch aufgeht, und ich beziehe mich da auch auf die richtigen Worte unseres Parteivorsitzenden, Friedrich Merz, der auch immer hier an dieser Stelle auch von der Stärkung der Kommunen spricht, dann ist es gut, wenn die CDU hier Flagge zeigt und das auch ganz konkret formuliert. Deshalb sage ich Ihnen eins, auch an der Entwicklung, die wir gerade aktuell erfahren, ich komme nun aus Niedersachsen und in Niedersach-

sen kann aktuell kein einziger Landkreis mehr seinen Haushalt ausgleichen. Was die Landkreise betrifft, das betrifft natürlich auch viele Städte und Gemeinden, denn die Finanzierung der kommunalen Seite, auch was die Landkreise betrifft, hängt sehr stark über die Kreisumlage an der Situation der Städte und Gemeinden im kreisangehörigen Raum. Deshalb ist es, glaube ich, auch gut, wenn wir hier ganz klar bekennen und ausführen, dass, wie es der Antragsteller oder die Antragsteller geschrieben haben, sowohl der Anteil der Länder als auch der Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern wie Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer da dauerhaft strukturell erhöht wird. Deshalb kann ich Ihnen sagen angesichts dieser Entwicklung, die wir jetzt seit kurzer Zeit intensiv erfahren, die sich in den nächsten Jahren noch verstätigen wird leider, ist es unumgänglich, an dieser Stelle die Dinge neu zu ordnen und zu regulieren. Wir als CDU in Deutschland, als Kommunalpartei in unserem Land sollten hier auch eindeutig formulieren und Flagge zeigen. Deshalb bitte ich Sie, diesem Antrag zuzustimmen, vielen Dank.

(Beifall)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Vielen Dank und als Nächster hat das Wort Michael Ludwig aus Rheinland-Pfalz.

(Zuruf: Verzichtet)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Ah, alles klar, vielen Dank, dann bekommt das Wort Philipp Amthor für die Antragskommission.

Philipp Amthor, Antragskommission: Liebe Freundinnen, liebe Freunde, einer der Delegierten schrieb in einer der WhatsApp-Gruppen, diese Antragskommission, sie sei ein bisschen wie Oliver Kahn: Sie hält fast jeden Schuss aufs Tor; es gelingt aber nicht immer. Der mit dem leidenschaftlichen Plädoyer für die Landwirtschaft ist ins Tor gegangen und ich fürchte, das mit dem leidenschaftlichen Plädoyer für die Kommunen könnte ähnlich ausgehen.

(Beifall)

Aber deswegen, weil wir das antizipiert haben, will ich schon auch nochmal drauf hinweisen, Ina Scharrenbach und ich, die dieses Kapitel ja auch maßgeblich mitverantwortet haben in unserer Bundesfachkommission, wir hatten jetzt versucht, zumindest nochmal eine Kompromissformulierung zu finden, denn, ich denke, im Anliegen gibt es ja keinen Unterschied auch zu den Begehren der Landesverbände. Es ist klar, die Kommunen sind im Zweifel im Verhältnis zu immer neuen Aufgaben, die übertragen werden, zu schlecht gestellt, und jetzt muss man sehen, wie löst man das auf. Die Ablehnung oder die Annahme in geänderter Fassung, die wir empfohlen haben, hat aber maßgeblich mit der Formulierung des Antrages zu tun, und da bitte ich

jetzt wirklich ein bisschen um die Kraft des Textes, wenn wir uns das anschauen. Wir sind da in der Struktur des Grundsatzprogramms eigentlich in einem Abschnitt nur zum Thema kommunale Selbstverwaltung. Wir wollen den Föderalismus eigentlich an späterer Stelle adressieren. Da kommen mehrere Absätze noch dazu, auch zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen, und wir fanden es in der Antragskommission einfach nicht überzeugend, jetzt in dieser Breite Gemeinschaftssteuer noch zu erklären mit Klammerzusatz Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer. Das ist vom Detail- und Sprachlichkeitsgrad eigentlich nicht so, wie wir uns das wünschen. Deswegen haben wir bei allen inhaltlichen Übereinstimmungen vorgeschlagen, dass wir eine geänderte Fassung annehmen, also Annahme, aber in geänderter Fassung. Wir waren auch bereit, Ina Scharrenbach und ich hatten das mit dem Antragssteller kurz jetzt in dem gebotenen Vorlauf zumindest, den wir in kurzer Zeit nur hatten, angeregt, dass man diesen Hinweis auf eine bessere Verteilung der Gemeinschaftssteuern aufnimmt. Allerdings würde es in dieser sprachlichen Form uns nicht gefallen und deswegen würde ich für die Ästhetik des Grundsatzprogramms und für die Frage auch der Schwerpunktgewichtung darum bitten, dann der geänderten Fassung anzustimmen. Im Anliegen sind wir uns einig. In der Formulierung hätten wir uns allerdings etwas anderes gewünscht und dafür werben wir auch, vielen Dank.

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, weitere Wortmeldungen haben wir nicht. Dann können wir in die Abstimmung einsteigen. Wer der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank, die Gegenprobe. – Das müssen wir nochmal wiederholen. Können wir nochmal alle die Hände runternehmen, nochmal alle ein bisschen Konzentration, weil viele gerade gar nicht mit abgestimmt haben. Wer folgt dem Votum der Antragskommission, bitte jetzt das Kartenzeichen. – Vielen Dank, jetzt die Gegenprobe. – Das Zweitere war die Mehrheit.

(Beifall)

Jetzt müssen wir nochmal einmal sortieren, über was wir dann in der Folge abstimmen, weil wir ja nur über einen Änderungsantrag jetzt abgestimmt haben. Dann müssen wir jetzt über den Änderungsantrag A 190, Ä 001 abstimmen der Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Wer diesem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, die Gegenprobe. – Damit ist dieser Änderungsantrag angenommen.

(Beifall)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Gut, dann kommen wir zu Antrag A 190. Hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Dann können wir A191. Können wir

dazu jetzt sofort in die Abstimmung eintreten. Wer dazu dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank. – die Gegenprobe –. Dann ist das einstimmig so angenommen. Dann rufe ich auf den Antrag A192 mit den Änderungsanträgen 1 bis 6 zur Beratung. Hierzu liegt eine Wortmeldung vor von Jun Lukas Matz aus Hannover. Sollen wir den Antrag noch zurückstellen? Dann gehe ich erst weiter. Ansonsten hätte ich gerne ein Zeichen aus dem Landesverband Niedersachsen. – Gut, dann scheint diese Wortmeldung zurückgezogen. Dann stimmen wir über A 192 ab. Wer dem Votum der Antragskommission so folgen möchte, den bitte ich um sein Kartenzeichen. – Vielen Dank. – Gegenprobe. – Enthaltung. – Bei einigen Gegenstimmen, dann so beschlossen. Für A 193 und A 194 liegen keine Wortmeldungen vor. Ich würde vorschlagen, die dann en bloc abzustimmen. Hiergegen regt sich kein Widerspruch. Wer diesen Anträgen in dem Voten der Antragskommission folgen möchte, bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen. Dann sind auch die so beschlossen. Wir kommen zum Antrag A 195. Hierzu gibt es Wortmeldungen, und zwar von Jendrik Wüstenberg aus Hannover.

Jendrik Wüstenberg: Hallo. Ich werde mir wahrscheinlich unter den Mitgliedern des Bundestags und Mitgliedern des Landtags keine großen Freunde machen, aber Evaluation muss ich mal ganz ehrlich sagen. Das ganze Ziel dieses Abschnitts ist im Wesentlichen auch am Ende Bürokratieabbau. Ich habe selbst auch in der Verwaltung gearbeitet und muss sagen: Dieses ganze Evaluationswesen ist ein Riesenbürokratie Monster, was wir uns da mal aufbauen. Dementsprechend halte ich es für sinnvoller, einfach mal zu sagen: Okay, wir machen es einfach mal im Ablaufdatum. Warum nicht? Ja, klar. Dann haben das Land und der Bundestag natürlich ein bisschen mehr Arbeit, aber ich habe die Erfahrung gemacht: Diese Evaluationen sind vollkommen für die Tonne am Ende. Insofern bitte ich doch dem Antrag so zu folgen, wie die Junge Union ihn gestellt hat. Danke.

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Für die Antragskommission Ina Scharrenbach.

Ina Scharrenbach, Antragskommission: Vielen Dank liebe Franziska Hoppermann. Wir haben uns in der Fachkommission Moderner Staat sehr intensiv damit auseinandergesetzt: Wie wollen wir denn in der Zukunft Gesetze machen? Wir sind sehr einhellig übereingekommen, dass wir diesen Detailgrad von Gesetzen verringern müssen, nicht nur wollen, sondern verringern müssen, zugunsten eines größeren freiheitlichen Gesamtrahmens. Das ist erstmal das Ziel, was wir als Fachkommission moderner Staat formuliert haben. Wir haben heute in nahezu allen Landesparlamenten, auch im Deutschen Bundestag Gesetze, die Befristungsdatum

haben. Also Sunset-Reglungen oder Vergleichbares. Deswegen haben wir im engen Austausch mit Philipp Amthor diese Formulierung gefunden, weil sich auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion eine Woche der Umsetzung wünscht. Eine Umsetzungswoche, wo kontrolliert werden kann: Was von den ganzen Beschlusslagen der Bundesregierung ist denn tatsächlich in die Umsetzung gekommen? Deswegen ist diese Ausführlichkeit an dieser Stelle in das Grundsatzprogramm reingekommen, und das Wort Befristung zugegebenermaßen deckt den Inhalt des vorgelegten Antrages auch ab, so dass wir dafür werben, sich an das Votum der Antragskommission zu halten. Herzlichen Dank.

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Ina Scharrenbach. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Dann können wir den Antrag A 195 abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank. – Die Gegenprobe. – Bei einigen wenigen Neinstimmen war das deutlich die Mehrheit, und so beschlossen. Für die Anträge A 196 bis A 199 liegen keine Wortmeldungen vor. Ich würde vorschlagen, auch dieser en Block abzustimmen. Regt sich dagegen Widerstand? Das sehe ich nicht, dann verfahren wir so. Wer diesen Anträgen in der Antragskommissionsfassung zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank. – Gegenprobe. – Ja, bitte. Enthaltung bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen. Damit haben wir das Unterkapitel abgeschlossen, und bevor wir zum Schlusskapitel kommen, bekommt das Wort der Generalsekretär.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Vielen Dank. Ich wollte ein Update geben für eure Abendplanung. Es sieht ja so aus, dass heute Abend vermutlich ein Abend stattfindet, den ihr noch nie erlebt habt. Das wird grandios. Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt konzentriert zusammenbleiben. Das war das Vorspiel. Jetzt kommt das Hauptspiel. Gleich kommt noch mal Engelbert von Nordhausen. Er wird nur den Schlussteil vorlesen. Das ist eine dreiviertel Seite. Das ist das Zentrale. Dort steht auch unser Leitbild. Darauf können wir uns jetzt alle freuen, danach müssen wir noch mal über den ersten Teil reden bzw. erste Mal CDU auf einen Blick, wo wir gesagt haben: Wenn wir insgesamt alle Anträge besprochen haben, müssen wir noch mal in die Zusammenfassung am Anfang gehen. Da wir eigentlich aber nichts groß geändert haben, sollten sich diejenigen überlegen –, alles frei, jeder kann sich hier melden, wir haben hier keinen Druck, der Parteitag geht vor, dann erst der Abend – ob man jetzt wirklich noch eine Änderung einreicht oder ob man sagt, das ist dadurch, dass es im Hauptteil jetzt drin ist, nicht mehr über den ersten Teil reden. Danach reden wir noch über die sonstigen Anträge, die wir beraten haben in der Antragskommission. Da bitte auch schon mal überlegen, ob es wirklich sein

muss, da nochmal reinzugehen, oder ob ihr sagt, Mensch, kommt, wir haben ja auch nochmal das Wahlprogramm, gerade die Sachen, die sehr teuer sind, dass wir die dann besprechen. Dann würde ich gerne alle bitten, in zehn Minuten, in einer Viertelstunde, es kann jetzt schnell gehen, werden wir dann, historisch gesehen, zu der entscheidenden Abstimmung kommen über das Grundsatzprogramm insgesamt. Deswegen würde ich gerne alle bitten, die jetzt in der Ausstellungsfläche sind und mich sehen und hoffentlich auch hören, in den Saal zu kommen, weil das wird wirklich historisch. Also ich sage mal, beim fünften Grundsatzprogramm, das wird dann wahrscheinlich irgendwie 2037 verabschiedet, werden die dann auch diese Bilder zeigen, die wir gleich produzieren. Also bitte alle jetzt in den Saal kommen und zunächst freuen wir uns auf Engelbert von Nordhausen, neues CDU-Mitglied, der bekannteste Synchronsprecher Deutschlands im Schlusskapitel.

(Beifall und Musik)

Engelbert von Nordhausen: Mit unseren Werten in die Zukunft; Deutschland, Europa und unsere Welt liegen uns am Herzen. In diesem Grundsatzprogramm haben wir das Wertvollste aufgeschrieben, das wir Christdemokraten besitzen, unsere Grundwerte, unsere Überzeugungen und Vorstellungen für die Zukunft. Wir glauben an die Menschen. Wir nehmen sie so, wie sie sind. Wir wollen sie nicht verändern. Wir wollen unser Land voranbringen. Wir wollen Aufbruch, Erneuerung und Modernisierung. Dazu müssen wir Veränderungen erkennen, mit unseren Grundsätzen zusammenbringen und auf der Grundlage unserer Werte immer wieder neu die Zukunft gestalten. Das macht uns als moderne Volkspartei aus. Unser Wesenskern ist das Zusammenführen. Wir bauen ein starkes Fundament und gestalten so Politik für eine Gesellschaft, die zusammenhält. Wir wollen ein Land, das frei und sicher ist, eine Gesellschaft, die zusammenhält und Chancen eröffnet, eine Wirtschaft, die Wohlstand für alle schafft, ein Deutschland, das nachhaltig und souverän ist, einen Staat, der funktioniert und vorangeht. Wir laden jeden, der unsere Werte und Ziele teilt, ein, diese Aufgabe mit uns zu bewältigen. So, wie die Frauen und Männer, die unsere Partei 1945 gründeten, glauben auch wir an eine bessere Zukunft für alle. Wir wollen diese Zukunft gestalten mit Mut, Entschlossenheit und Zuversicht. Wir wollen in Freiheit leben, Deutschland sicher in die Zukunft führen.

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: So, lieber Herr von Nordhausen, zunächst gibt es für Ihre, kommen Sie mal mit nach vorne, sind ja jetzt CDU-Mitglied, können Sie ruhig ein bisschen mehr nach vorne gehen. Da kann man nochmal klatschen, oder?

(Beifall)

So, der Blumenstrauß ist für Ihre Frau.

Engelbert von Nordhausen: Vielen Dank.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Gerne, und die Flasche Wein ist für Ihre Stimme.

Engelbert von Nordhausen: Okay.

(Heiterkeit und Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Also vielen Dank, Engelbert von Nordhausen, der bekannteste Synchronsprecher Deutschlands.

(Beifall)

Engelbert von Nordhausen: Wunderbar, ich habe mich auch sehr gefreut.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Vielen, vielen Dank, wir bleiben in Kontakt, alles Gute.

Engelbert von Nordhausen: Ja, schön, wir bleiben in Kontakt, auf jeden Fall, tschüss.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Danke.

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Das kann man sich auch nur als tiefer Bass leisten. Alle Chorsänger wissen, was ich meine. Damit kommen wir zum Schlusskapitel, „mit unseren Werten in die Zukunft". Ich rufe auf den Antrag A 200. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor. Wir können also sofort in die Abstimmung eintreten. Wer hier der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank, die Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann ist das einstimmig so angenommen. Dann kommen wir jetzt zur Zusammenfassung der zentralen Botschaften des Grundsatzprogramms und zum Kapitel „auf einen Blick, das ist CDU". Hierfür gebe ich weiter an Mario Voigt.

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, also „auf einen Blick, das ist die CDU", das sind die Anträge A 002 mit den Änderungsanträgen Ä 001 bis Ä 015. Ich rufe den Antrag A 002, Zeilen 1 bis 14, mit den dazugehörigen Änderungsanträgen 001 bis 015 auf. Vorab eine Information: Gestern hat die Antragskommission getagt. Wir haben beschlossen, noch zwei Sätze zum Gottesbezug in den ersten Zeilen aufzunehmen.

(Beifall)

Damit knüpfen wir an die Einleitungssätze vergangener Grundsatzprogramme an. Die ergänzende Passage lautet nunmehr, Einfügung: „Unsere Politik beruht

auf der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Unser Kompass ist das christliche Bild vom Menschen. Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen."

(Beifall)

Also ich lese es nochmal vor: „Unsere Politik beruht auf der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Unser Kompass ist das christliche Bild vom Menschen." Wir kommen nun zur Beratung des Antrags. Mir liegen keine Wortmeldungen dazu vor. Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit so beschlossen. Wir kommen zum Antrag A 003, in den Zeilen 15 bis 21, mit den dazugehörigen Änderungsanträgen. Es liegen uns keine Wortmeldungen dazu vor. Dann würde ich darüber abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit so beschlossen. Wir kommen zum Antrag 004, Zeilen 22 bis 25. Es liegen uns keine Wortmeldungen dazu vor. Dann stimme ich über das Votum der Antragskommission ab. Wer dem folgen kann, bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. Damit so beschlossen. Absatz „unser Herz schlägt für Europa", Antrag A 005, die Zeilen 26 bis 29, es gibt keine Wortmeldungen dazu. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit so beschlossen. Absatz „für eine interessen- und wertegeleitete Politik in der Welt", Antrag A 006, es liegen uns keine Wortmeldungen vor. Dementsprechend lasse ich darüber abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. Enthaltungen. Damit so beschlossen. Absatz „Mut zur Leitkultur", Antrag A 007, Zeilen 35 bis 42, mit den dazugehörigen Änderungsanträgen, es gibt eine Wortmeldung von Prof. – Wortmeldung ist zurückgezogen. Dann liegen uns keine Wortmeldungen hierzu vor. Ich lasse darüber abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. –Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit so beschlossen. „Zusammenhalt stärken", Antrag A 008, Zeilen 43 bis 45, es liegen uns keine Wortmeldungen dazu vor. Wir stimmen über das Votum der Antragskommission ab. Ich bitte euch um euer Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. Damit so beschlossen. Wir kommen, da es in den Anträgen A 009 bis A 011 keine Wortmeldungen gibt, bitte ich um die Abstimmung zum Votum der Antragskommission. Wer dem folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit so beschlossen. Wir sind bei An-

trag A 012, „Wachstum statt Stillstand“, Zeilen 61 bis 65. Dazu gibt es eine Wortmeldung zum Änderungsantrag 002 von Dr. Kai Zwicker. Ich bitte ihn um seine Wortmeldung, bitte schön.

(Beifall)

Dr. Kai Zwicker: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, auch, wenn der Abend schon fast vorbei ist hier, was das angeht, möchte ich es doch nochmal loswerden. Wir beschließen heute ein neues Grundsatzprogramm und ich glaube, dass wir alle sehr zufrieden sein können, dass das angegangen worden ist, dass wir in vorbereitenden Sitzungen uns sehr damit beschäftigt haben und dass hier auch so bei vollem Saal durchdekliniert wird. Aber ein Grundsatzprogramm soll auch Grundsätze darstellen und ohne Wenn und Aber gehört zu den tragenden Grundsätzen der CDU Deutschlands die Soziale Marktwirtschaft. Der Jens Spahn hat das vorhin, ich weiß gar nicht, ob es ihm aufgefallen ist, erwähnt, dass der Begriff der Sozialen Marktwirtschaft allein viermal nur in unserem neuen Grundsatzprogramm vorkommt, andere Dinge viel, viel mehr, viel inflationärer fast, möchte man sagen. Meine herzliche Bitte, mein Appell, auch aus unserem Kreisverband, wir haben eine besondere Beziehung zur Sozialen Marktwirtschaft, Alfred Müller-Armack hat die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft im Herz-Jesu-Kloster in Vreden, Ellewick, dargelegt, nochmal drüber nachzudenken. Liebe Antragskommission, der Philipp Amthor hat das ja sehr schön gesagt, dass man manchmal Tore reingekriegt hat. Ich biete mal, finde ich, einen guten Kompromiss an. Wenn wir die ersten beiden Sätze nehmen bis „Wohlstand für alle“, dann haben wir die nötige Kürze drin, aber wir haben auch einen kräftigen Satz in unser Grundsatzprogramm mit eingeschoben, der die Wichtigkeit der Sozialen Marktwirtschaft unterstreicht. Mein herzlicher Appell, lassen Sie uns den Kompromiss zusammen gehen, danke schön.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Gut, also da wir alle sehr kompromissorientiert sind, würden wir diesen Vorschlag annehmen als Antragskommission.

(Lebhafter Beifall)

So, wir machen aber trotzdem weiter, bevor Borken sich hier ganz aus dem Häuschen spielt. Ich stimme über das Votum der Antragskommission ab. Wer dem folgen kann mit dem geänderten Vorschlag, bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit so beschlossen.

(Beifall)

Wir machen weiter und kommen, da es bei den Anträgen A 013 und A 014 keine Wortmeldungen gibt, zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission. Wer dem folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit so angenommen. Wir kommen zum Antrag A 015, „wer arbeiten kann, soll arbeiten", Zeile 74 bis 77, mit den dazugehörigen Änderungsanträgen. Es gibt eine Wortmeldung in Änderungsantrag 006 von Johannes Winkel. Ist zurückgezogen, dann haben wir damit keine Wortmeldung mehr und wir können über das – doch? Ach so, Verzeihung, dann Johannes, du hast das Wort.

Johannes Winkel: Ich wollte nur kurz fragen, in welcher geänderten Fassung das vorliegt, denn es stand ja Annahme in geänderter Fassung, aber die Fassung war eigentlich genau diejenige, die wir eingereicht hatten. Also wenn es da eine Änderung gibt, vielleicht nochmal kurz, wo die liegen soll. Das hatte uns nur etwas verwundert, aber vielleicht gab es ja auch gar keine Änderung.

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Annahme in der Fassung der Antragskommission, ist eins zu eins so übernommen, ist das Votum der Antragskommission, okay? Also es ist alles so eins zu eins drin. Gut, dann, glaube ich, können wir drüber abstimmen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um seine Wortmeldung. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. Damit so beschlossen. Wir haben bei den Anträgen von A 016 bis zu 021 keine Wortmeldung. Die würde ich im Block abstimmen lassen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit so beschlossen. Dann komme ich zu den Anträgen ZA 001 bis ZA 009, das sind die zusätzlichen Anträge zum Grundsatzprogramm. Das sind Anträge, die vor allen Dingen der allgemeinen Anmerkung zur Sprache, Tonalität und Struktur des Grundsatzprogrammes entsprechen. Die würden wir jetzt abstimmen über das Votum der Antragskommission, und zwar bei den Anträgen ZA 001 bis ZA 007 und dann ZA 009 en bloc. Wer für das Votum der Antragskommission ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit so beschlossen. Der Antrag ZA 008 wird zur Annahme empfohlen, da es hier um eine sinnvolle Umstrukturierung des Textabschnittes geht, „Familien geben Sicherheit". Wer diesem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit so beschlossen. Dann kommen wir jetzt zum Titel des Grundsatzprogramms, „in Freiheit leben, Deutschland sicher in die Zukunft führen". Wir stimmen über den Antrag ab. Ich rufe den Antrag A 001 mit den dazugehörigen Änderungsanträgen zur Beratung auf. Wir haben keine Wortmeldungen dazu. Ich würde über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer dem

Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. – Damit so beschlossen. Eine ganze zweijährige Arbeit ist damit jetzt erfolgreich beschlossen worden, herzlichen Glückwunsch.

(Anhaltender Beifall)

1978, 1994, 2007, 2024, das neue, das vierte Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union geht jetzt in die Schlussabstimmung. Deswegen, lieber Carsten, du hast das Wort.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Vielen Dank, wir kommen zur Schlussabstimmung über das vierte Grundsatzprogramm in der Geschichte der CDU Deutschlands. Mit diesem Tag ist die CDU programmatisch grunderneuert. Wir sind einig; wir sind geschlossen und wir geben diesem Land wieder Zuversicht. Dieser Tag ist historisch. Film ab.

(Anhaltender Beifall – Video)

Es ist heute der 7. Mai, der 36. Parteitag. Wir sind hier in Berlin. Es ist 19:45 Uhr. Wir kommen zur Schlussabstimmung. Wer stimmt für das vierte Grundsatzprogramm in der Geschichte der CDU Deutschlands. – Gegenprobe. – Enthaltungen. – Einstimmig, vielen Dank, beschlossen.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Serap? – Wo ist Serap? Serap, ja, sie kommt, sie kommt, sie kommt. Ihr müsst weiterklatschen, bis sie da ist.

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Also, liebe Freundinnen und Freunde, wir warten auf Serap Güler. Wo ist sie? Dann lassen Sie mich mal in der Zwischenzeit, wir machen das Bild hier oben gleich nochmal. Wo ist sie? Serap?

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Da kommt sie, Serap. – So, jetzt kommt die Programm- und Grundsatzkommission bitte einmal nach oben. Ja, komm, Jens, so, Nadine, super, Nicole.

(Beifall)

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: So, liebe Freundinnen und Freunde, jetzt will ich erstmal ein ganz, ganz herzliches Wort des Dankes sagen an Sie alle, an die Delegierten, die hier fast zehn Stunden heute ausgeharrt haben mit einer bewundernswerten Disziplin, ganz, ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Das war eine tolle Sache heute, eine spannende Diskussion und eine richtig gute Beschlussfassung, ganz herzlichen Dank an Sie alle, an euch alle für diesen Tag heute, der wirklich große Freude gemacht hat. Herzlichen Dank auch für das abschließende Votum und herzlichen Dank für eine einstimmige Beschlussfassung über das vierte Grundsatzprogramm der CDU Deutschlands, herzlichen Dank.

(Beifall)

Dann möchte ich noch einmal den Mitgliedern der Grundsatzprogrammkommission herzlich danken, die diese Arbeit geleistet haben, vor allen Dingen Carsten Linnemann. Lieber Carsten, du warst wirklich das Herz und der Kopf dieser Arbeit.

(Beifall)

Ganz eng begleitet von Serap Güler und Mario Voigt. Euch dreien einen wirklich ganz besonders herzlichen Applaus des Bundesparteitages.

(Beifall)

Damit der gesamten Kommission und den über 100 Mitgliedern, die in den verschiedenen Einzelkommissionen mitgearbeitet haben, und nicht zu vergessen Philipp Birkenmaier und Christoph Hoppe, die aus dem Adenauer-Haus heraus diese Arbeit mit einem tollen Team geleitet, begleitet, unterstützt haben.

(Beifall)

Das wäre ohne das Team im Adenauer-Haus so nicht möglich gewesen, ganz, ganz herzlichen Dank an alle, die das geschafft haben. So, liebe Freundinnen und Freunde, und damit sind wir wirklich an einem Punkt angekommen, wo wir sagen können, es ist ein historischer Tag in der Geschichte der CDU Deutschlands. Wir haben damit unser viertes Grundsatzprogramm verabschiedet. Herzlichen Dank, es war großartig. Es hat unglaublich viel Freude gemacht.

(Beifall)

Auf der Basis dieses Grundsatzprogramms, liebe Freundinnen und Freunde, geht es jetzt weiter. Wir werden jetzt noch einige Anträge von heute Abend zu beschließen haben, bevor wir dann in den Berliner Abend gehen können. Und dann wird ab morgen der Europawahlkampf eröffnet und danach, liebe Freundinnen und Freunde, auf der Basis dieses neuen Grundsatzprogramms auch gearbeitet, Parteiarbeit geleistet und ein Regierungsprogramm aufgestellt. Denn es ist jetzt heute der Abschluss, sozusagen, einer Zwischenetappe. Dann kommt die nächste wichtige Phase, die da lautet, Vorbereitung auf die Übernahme von Regierungsverantwortung in Deutschland. Die Grundlagen dafür sind gelegt und jetzt werden wir ganz konkret

auch unsere Vorschläge erarbeiten, wie wir dieses Land wieder nach vorn bringen, wie wir Deutschland und Europa gemeinsam in Führungsverantwortung gestalten. Herzlichen Dank, es war großartig.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: So, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir setzen die Antragsberatung fort.

Ich rufe

TAGESORDNUNGSPUNKT 24:

Beratung und Beschlussfassung der sonstigen Anträge zum 36. Parteitag

auf. Das Verfahren ist dasselbe wie beim Grundsatzprogramm. Sofern Sie Wortmeldungen haben zu einzelnen Anträgen, bitten wir Sie, das über Ihr Tablet entsprechend anzumelden. Bitte berücksichtigen Sie, dass wir jetzt 19:55 Uhr haben. So, wir haben ja noch ein bisschen was vor heute Abend. Insofern appelliere ich an die Worte des Generalsekretärs, zu überlegen, ist die Wortmeldung wirklich erforderlich oder können wir am Ende so in die Beschlussfassungen gehen. Um die Beratungen zu vereinfachen, haben wir die sonstigen Anträge nach Themenbereichen geordnet. Um die Beratungen zügig durchzuführen, rufe ich die sonstigen Anträge so weit wie möglich blockweise auf. Der Themenkomplex D 001 bis D 006 betrifft die Themenbereiche Innenpolitik und Justiz. Dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Insofern lasse ich abstimmen über das Votum der Antragskommission. Wer dem Votum der Antragskommission zu den Anträgen D 001 bis D 006 folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Danke sehr, Gegenprobe. – Enthaltungen. Dann sind die Anträge D 001 bis D 006 so abgestimmt. Wir kommen zu dem Antragskomplex Ehrenamt, Sport und Kommunales mit den dazugehörigen Anträgen F 001 und F 002. Dazu liegen ebenfalls keine Wortmeldungen vor, sodass wir en bloc über das Votum der Antragskommission zu beiden Anträgen abstimmen können. Wer dem Votum der Antragskommission zu den Anträgen F 001 und F 002 folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Herzlichen Dank, Gegenprobe. –Enthaltungen. – Somit einstimmig abgestimmt. Wir kommen zum Themenkomplex G wie Verkehr und Infrastruktur. Es liegt ein Antrag vor, Bahnverbindung Deutschland-Polen. Auch dazu liegen keine Wortmeldungen vor. Ich lasse abstimmen über das Votum der Antragskommission. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. Es geht um die Bahnverbindung Deutschland-Polen, vielen Dank. Gegenstimmen. Enthaltungen. Somit einstimmig. Wir kommen zum Themenkomplex H mit den Anträgen H 001 bis H 004. Der Themenkomplex ist Familie, Frauen, Jugend, und Senioren. Auch dazu liegen keine Anträge vor. Wir las-

sen en bloc abstimmen über die Anträge H 001 bis H 004. Wer dem Votum der Antragskommission folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Herzlichen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. Somit einstimmig dem Votum der Antragskommission gefolgt. Wir kommen zum Antragskomplex Wirtschaft und Finanzen. Da müssen wir einmal unterteilen. Ich rufe auf die Anträge J 001 bis J 006. Dazu liegen nämlich keine Wortmeldungen vor und deswegen lassen wir zu den Anträgen J 001 bis J 006 über die Voten der Antragskommission abstimmen. Wer dem folgen möchte, dürfen wir ums Kartenzeichen bitten. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. Somit einstimmig. Wir kommen damit zu einer Wortmeldung, die eingereicht wurde zum Antrag J 007, Bürokratieabbau ernsthaft angehen. Dazu gibt es eine Wortmeldung von Josef Rief auf der Zwei, bitte sehr.

Josef Rief: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Parteifreundinnen, liebe Parteifreunde, ich glaube, Entbürokratisierung ist ein Thema, das mir seit 50 Jahren, Zeit meines politischen Lebens, verfolgt. Allein vor jeder Wahl behaupten wir, wir sind für Entbürokratisierung, und genau das Gegenteil haben wir 60 Jahre gemacht. Deshalb glaube ich, ist es ein interessanter Antrag, müssen wir hier glaubwürdig werden in Zukunft. Ich bin nicht mehr bereit, in Wahlkämpfen zu sagen, für Entbürokratisierung, weil uns das längst niemand mehr glaubt. Das ist ein Antrag, wo substanziell mal was für die Entbürokratisierung macht. Ich glaube, wir müssen es mit einem starken Ministerium hinterlegen, um einfach so glaubwürdig gegen die Bürokratie anzugehen. Alles, was wir bisher die letzten 60 Jahre gemacht haben, ist Makulatur und war nicht ausreichend. Deshalb auf den ersten Blick der etwas kuriose Antrag, aber letzten Endes würde ein Entbürokratisierungsministerium wahrscheinlich zum wichtigsten Ministerium werden, um die wirtschaftliche Entwicklung von Deutschland voranzutreiben. Deshalb möchte ich Sie bitten, stimmen Sie nicht für die Antragskommission, der Überweisung, sondern ich möchte, dass der Parteitag diese Geschichte bestimmt, herzlichen Dank.

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Rief, für die Antragskommission spricht Ina Scharrenbach.

Ina Scharrenbach, Antragskommission: Vielen Dank, Herr Tagungspräsident, das teilen wir absolut. Also Bürokratieabbau ist Zeichen der Zeit, aber so ganz können wir als Antragskommission Ihre Ausführung, lieber Herr Rief, nicht stehen lassen. Wenn Sie gerade das Wirken von christdemokratischen Ministerinnen und Ministern in den Ländern nehmen oder auch in den verschiedenen Bundesregierungen, dann haben wir auch immer dazu beigetragen, dass Bürokratie zurückgebaut wurde. Ob es den Bürokratiehammer in Sachsen gegeben hat unter Ministerpräsident Michael Kretschmer, ob es Entbürokratisierungsinitiativen unter Wirtschaftsmi-

nister Bernd Althusmann in Niedersachsen gegeben hat, ob es aktuell Initiativen in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen gibt, überall sind wir da, wo wir in Verantwortung stehen, unterwegs. Das macht entsprechend dann den Unterschied. So, und nach unserer Auffassung brauchen wir für Entbürokratisierung jedenfalls eines nicht, nämlich ein neues Ministerium aufzubauen, und das begehrt dieser Antrag. Insofern darf und muss unser Ziel sein, und das finden Sie auch im Grundsatzprogramm wieder unter dem Themenbereich Föderalismus, moderner Staat, dass wir sagen, wir wollen natürlich Ressourcen zusammenführen. Wir wollen natürlich dafür Sorge tragen, dass durch eine Gesetzgebung, die mit einer Rahmenbeschreibung daherkommt, nicht mit den ganzen Einzelfallregelungen, wir am Ende weniger Personal benötigen, um das alles zu kontrollieren. So, kurzum, deswegen schlagen wir Ihnen vor, diesen durchaus berechtigten Antrag, der die Seele des Parteitages treffen dürfte, zu überweisen, damit wir das besser übersetzen können in das Regierungsprogramm für die Bundestagswahl 2025, damit wir dann mit einem klug ausgetüftelten Antragstext auch in die Umsetzung gehen können, wenn wir im September 25 mit der Bundesregierung durch die Wählerinnen und Wähler mandatiert werden, herzlichen Dank.

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Das ist die Wortmeldung zum Antrag J 007 gewesen. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. Damit ist dem Votum der Antragskommission gefolgt. Ich übergebe das Wort an Ina Scharrenbach.

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, damit kommen wir zu den weiteren zwei Anträgen im Bereich J. Es handelt sich um die Anträge J 008 und J 009. Wortmeldung liegen zu beiden Anträgen nicht vor, deshalb lasse ich abstimmen über das Votum der Antragskommission. Wer dem Votum der Antragskommission zu J 008 bis J 009 folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Damit so einstimmig dem Votum der Antragskommission gefolgt. Wir kommen zu dem Themenkomplex Arbeit, Soziales und Teilhabe, mit den dazugehörigen Anträgen K 001 bis K 009. Uns liegt eine Wortmeldung zum Antrag K 004 vor, deshalb lasse ich vorab abstimmen über die Voten der Antragskommission zu den Anträgen K 001 bis K 003. Wer den Voten der Antragskommission zu K 001 bis K 003 folgen möchte, den bitten wir jetzt ums Kartenzeichen. – Danke sehr, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann sind die Voten der Antragskommission für die Anträge K 001 bis K 003 einstimmig bestätigt. Ich rufe auf den Antrag K 004, Sonderregelungen für auf Dauer angelegte Minijobs streichen. Hierzu liegt eine Wortmeldung vor, und zwar von der Elke Hannack. Und, liebe Elke Hannak, du hast dazu jetzt das Wort.

Elke Hannack: Herzlichen Dank, liebe Freundinnen und Freunde, alle Jahre wieder auf den Parteitagen mache ich Wortbeiträge zum Thema Minijobs. Das zeigt zumindest, wie beharrlich die Frauen Union auch dieses Thema bearbeitet. Digitalisierung, Dekarbonisierung, Sie kennen die ganzen Begriffe, verändern in einem rasanten Tempo unsere Wirtschaft. Die geburtenstarken Jahrgänge der 50er und 60er gehen nach und nach in Rente und wir überlegen alle miteinander, wie wir denn das Thema Fachkräftesicherung hinbekommen. Die Arbeitgeber beklagen immer größere Schwierigkeiten, Stellen mit entsprechend qualifizierten –

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Liebe Elke Hannack, ich darf einmal unterbrechen. Eine Bitte an das Plenum: Bei allem Verständnis für alle Diskussionen, die man jetzt führen muss, Elke Hannack spricht hier zu einem Antrag und ich glaube, es gebührt der Respekt vor den Rednerinnen und Rednern, auch zuzuhören.

(Beifall)

Elke Hannack, bitte sehr.

Elke Hannack: Ich versuche, es auch wirklich kurz zu machen. Die Arbeitgeber suchen händeringend nach qualifizierten Fachkräften und die Zahl der offenen Stellen, für die keine geeigneten Bewerberinnen/Bewerber gefunden wurden, betrug im letzten Jahr über eine halbe Million. Gleichzeitig ist die Zahl der Minijobberinnen nach der Pandemie wieder auf dem alten Höchststand. Etwa 7,9 Millionen Beschäftigte waren im letzten Jahr im Minijob tätig, davon 4,5 Millionen ausschließlich geringfügig beschäftigt. Ich will das mal deutlich sagen, diese vier Millionen Frauen in einem Minijob sind doch keine kleine Personengruppe. Viele Minijobberinnen und Minijobber können und wollen mehr arbeiten. Das zeigen uns die Studien immer wieder. Zudem verfügen 60 Prozent der ausschließlich geringfügig Beschäftigten über eine abgeschlossene Ausbildung oder einen Hochschulabschluss. Jede vierte Person im Minijob ist für die Tätigkeit überqualifiziert.

Ich frage Sie: Können wir uns das leisten? Können wir es uns erlauben, dass viele gut qualifizierte und potenzielle Fachkräfte von beruflichen Perspektiven und guter Arbeit ausgegrenzt werden? Ich denke, die Antwort lautet nein. Deshalb ist es unser Anliegen, die Zukunft der Minijobs noch einmal zu diskutieren. Wir können weder die mangelnde Absicherung von Millionen Beschäftigten noch die teilweise massiven Verstöße gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz hinnehmen. Ich finde, wir dürfen nicht akzeptieren, wir dürfen keine Rahmenbedingungen akzeptieren, die Menschen in die berufliche Sackgasse und letztendlich in Altersarmut führen. Wir dürfen nicht tolerieren, kein überholtes Welt- und Arbeitsbild, das Frauen auf den Verdienst ihrer Ehemänner verweist. Ich weiß, wir tun uns hier alle schwer mit Ver-

änderungen. Die Widerstände sind groß, aber wer Fachkräfte sucht, der muss sich endlich auch bewegen. Heute haben Sie die Chance, ein Zeichen zu setzen und sich zu einer grundlegenden Reform der Minijobs zu bekennen, herzlichen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Elke Hannack, für die Antragskommission Jana Schimke.

Jana Schimke, Antragskommission: Liebe Elke Hannack, du hast Recht, wir können nicht auf die vielen Fachkräfte verzichten. Minijobs sind natürlich auch nicht dazu geeignet, dauerhaft seinen Lebensunterhalt zu sichern und sie bieten auch keine Absicherung in Krisenzeiten und im Alter. Das ist alles richtig, aber irgendeiner hat heute hier schon mal auf dem Podium gesagt, Politik beginnt mit dem Betrachten der Wirklichkeit. Der Punkt ist der, dass wir ohne die vielen Minijobber im Handel, im Gastgewerbe gar nicht mehr arbeitsfähig wären. Natürlich müssen wir darauf hinwirken von Seiten der Politik, den Menschen zu erklären, was es bedeutet, zu arbeiten, fürs Alter vorzusorgen, eben nicht dauerhaft im Minijob tätig zu sein, gerade bei Frauen. Niemand anders wünscht sich das mehr als auch ich, ohne Frage. Aber tun wir das mit Verboten? Tun wir das damit, indem wir den Arbeitsmarkt in einer Weise regulieren, dass wir den Betrieben die Flexibilität nehmen? Nein, das tun wir nicht. Noch einmal, wir müssen gerade in Krisenzeiten wie diesen darauf achten, dass unsere Betriebe weiterhin arbeitsfähig sind. Ich darf dazu sagen, dass Minijobs immer mehr auch eine Möglichkeit im Nebenerwerb sind. Auch viele Beschäftigte in Teilzeit nutzen dieses Instrument. Insofern ist es richtig, zu sagen, so viel Freiheit wie möglich, so wenig Regulierung wie nötig. In diesem Sinne möchte ich gerne hier für das Votum der Antragskommission werben und auf Überweisung plädieren, vielen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Jana Schimke für die Antragskommission. So, wir haben jetzt noch eine Wortmeldung vorliegen, die gerade zurückgezogen wurde, vielen Dank. So, damit kommen wir zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission zum Antrag K 004, Sonderregelung für auf Dauer angelegte Minijobs streichen. Der Antrag wird zur Überweisung an den Generalsekretär empfohlen. Wer dem zustimmt, bitte ich ums Kartenzeichen. – Danke sehr, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen so überwiesen. Wir kommen dann zu den weiteren Anträgen im Bereich K. Das sind die Anträge K 005 bis K 009, zu denen keine Wortmeldungen vorliegen. Insofern stimmen wir en bloc über das Votum der Antragskommission zu K 005 bis K 009 ab.

Wer den Voten zustimmen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. So einstimmig gefolgt. Wir kommen zum Themenkomplex Asyl, Flucht, Zuwanderung und Integration, mit den dazugehörigen Anträgen L 001 bis L 003. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor. Wir stimmen ab über die Voten der Antragskommission. Wer den Voten der Antragskommission zu L 001 bis L 003 folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – So, ich muss einmal fragen, ist das Tempo für Sie in Ordnung oder geht noch ein bisschen schneller? Okay, wir kommen zum Themenkomplex Außenpolitik, Europa, Verteidigung und Entwicklung, mit den dazugehörigen Anträgen M 001 bis M 003. Auch hierzu liegen keine Wortmeldungen vor, sodass wir en bloc über die Voten der Antragskommission zu M 001 bis M 003 abstimmen können. Wer diesen folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Danke sehr, die Gegenprobe. – Enthaltungen. So einstimmig den Voten gefolgt. Wir kommen zum Themenkomplex Klima, Energie und Umwelt. Dazu liegen die Anträge N 001 bis N 011 Ihnen vor. Wortmeldungen liegen dazu nicht vor, sodass wir hier auch en bloc abstimmen können. Wer den Voten zum Themenkomplex Klima, Energie, Umwelt, mit den Anträgen N 001 bis N 011 folgen möchte, bitten wir ums Kartenzeichen. – Danke sehr, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Dann so einstimmig. Wir kommen zu dem Themenkomplex Ernährung, Landwirtschaft, gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Dazu liegen Ihnen zwei Anträge vor und zum Antrag P 001, Mindestlohn für Saisonkräfte in der Landwirtschaft, liegt eine Wortmeldung von Johannes Rothenberger aus dem Landesverband Baden-Württemberg vor, Herr Rothenberger.

Johannes Rothenberger: Verehrte Damen und Herren, leider ist die Situation der Landwirtschaft sehr ernst und ein Verweis an den Regierungsprogrammprozess wäre das falsche Signal. Wir müssen der Landwirtschaft ein Zeichen geben, dass wir die Landwirtschaft unterstützen. Deshalb bitte ich um Ablehnung des Votums der Antragskommission und um Zustimmung zu dem Antrag. Die Erntesituation ist einfach eine Ausnahmesituation und das gebietet auch eine Ausnahme vom Mindestlohn.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Rothenberger, für die Antragskommission Christian Bäumler.

Dr. Christian Bäumler, Antragskommission: Vielen Dank für das Wort, ich spreche für die Antragskommission, bedanke mich ganz herzlich bei Johannes für seinen Antrag aus dem Bezirksverband Südbaden. Es ist sehr wichtig, dass wir uns für eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft einsetzen. Da sind wir uns, glaube ich, alle einig. Da geht es um Ernährungssicherheit. Da geht es um einen wichtigen Bestand-

teil unserer Wirtschaft. Die Frage ist nur, ob wir jetzt mit diesem Antrag alleine hier eine deutliche Veränderung bei der Wettbewerbsfähigkeit herbeiführen können. Wenn man den Antrag im Tenor liest, dann geht es um Saisonarbeitskräfte insgesamt. Wenn man die Begründung liest, dann geht es um ausländische Saisonarbeitskräfte. Wenn es im Ergebnis um ausländische Saisonarbeitskräfte geht, verstößt eine solche Regelung gegen die europäische Entsenderichtlinie. Hinzukommt, dass wir immer weniger ausländische Saisonarbeitskräfte haben, die nach Deutschland kommen. Das heißt, um ein Konzept hinzubekommen, was zum einen die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft stärkt, zum anderen Deutschland attraktiv macht für Saisonarbeitskräfte, da brauchen wir ein wenig mehr als diesen Antrag. Da brauchen wir ein geschlossenes Konzept. Da müssen dicke Bretter gebohrt werden. Wenn es darum geht, dicke Bretter zu bohren, ist der Generalsekretär der Beste für diesen Job, deswegen Verweisung.

(Vereinzelt Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Christian Bäumler, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich lasse zum Antrag P 001, Mindestlohn für Saisonkräfte in der Landwirtschaft, über das Votum der Antragskommission mit Überweisung an den Generalsekretär abstimmen. Wer dem folgen kann, bitte ich ums Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. – Bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen so an den Generalsekretär überwiesen.

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Wir kommen zu dem Antrag P 002, Änderung des Grundgesetzes Artikel 20a mit der Festlegung des Staatsziels der Sicherheit in der Ernährung in Deutschland verbindlich zu gewährleisten. Der ist erledigt durch Annahme für das Grundsatzprogramm. Sehe ich dagegen Widerspruch? Gut, dann kommen wir zum Themenkomplex Q, Bildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation. Wir haben Anträge Q 001 bis Q 007. Zum Antrag Q1 habe ich eine Wortmeldung von Lukas Honemann. Es geht um KI in der Hochschulbildung.

Lukas Honemann: Meine lieben Freundinnen und Freunde, liebe Christdemokraten, wir liegen bei der Bildung weitestgehend zurück. Das hat uns die PISA-Studie erst verdeutlicht. Wir haben ein Problem und wir dürfen im Hochschulbereich im Bereich der Künstlichen Intelligenz nicht genauso nach hinten fallen, wie wir es in anderen Bereichen sind. Ich weiß, dass es durchschnittlich immer erstmal Sorge davor gibt, wenn man neue Dinge angeht. Aber wir als RCDS, wir haben eine ganze Tagung dem gewidmet, haben uns Gedanken gemacht, wie können wir die traditionelle Hochschulbildung für alle öffnen. Wie können wir die traditionelle Hochschulbildung jetzt ins 21. Jahrhundert heben, damit wir auch hier nicht ins Hintertreffen

geraten? Unsere Lösung dafür sind Massive Online Open Courses. Das heißt, dass wir eine digitale Universität etablieren wollen, über der mit Pilotprojekten möglichst getestet werden soll, wie wir die Hochschule dazu kriegen, dass sie jeden erreicht. Die Idee dahinter ist, dass diese gratis sind, für jeden frei zugänglich, und darüber hinaus, sage ich mal, trotzdem zu Abschlüssen führen. Das muss dem Wirtschaftsflügel gefallen, weil stellen Sie sich vor, wenn die Arbeitnehmer sich einfach, sage ich mal, während ihrer normalen Tätigkeit qualifizieren können, und den Sozialflügel, weil wir so effektiv Bildungsungerechtigkeiten praktisch aus dem Weg räumen können. Deshalb würden wir plädieren, dass er nicht überwiesen wird, sondern dass wir diesen Antrag annehmen, weil wir damit glauben, dass wir ausnahmsweise die Chance haben, vielleicht nicht ins Hintertreffen zu geraten. Wir müssen jetzt anfangen, zu handeln im Bereich KI, sonst droht auch hier, dass wir abgehangen werden. Das ist ein fünfpunktiger Antrag mit einer ellenlangen Begründung, wo wir das alles exakt ausdefinieren. Ich plädiere oder ich bitte um Ihre Zustimmung, vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Vielen Dank an den RCDS und Lukas Honemann, jetzt hat das Wort Nadine Schön für die Antragskommission.

Nadine Schön, Antragskommission: Ein herzliches Dankeschön an den RCDS für diesen wirklich sehr fundierten, guten Antrag. Die Empfehlung der Antragskommission ist ja, dass er für das Regierungsprogramm verwiesen wird, und das finde ich auch wichtig. Ich würde gern zusätzlich vorschlagen, dass wir uns als Bundestagsfraktion diesen Antrag direkt vornehmen und in unsere parlamentarische Arbeit mit aufnehmen, dass wir einen Antrag in den Deutschen Bundestag anbringen. Somit hätten die Inhalte des Antrags unmittelbare Wirkung und wären die Basis für das Regierungsprogramm. Ich glaube, damit würde dem Anliegen des RCDS Rechnung getragen. Deshalb bitte ich um Zustimmung für das Votum der Antragskommission.

(Beifall)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Damit ist das Votum der Antragskommission Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Wortmeldungen habe ich keine weiteren mehr und darf dann über dieses Votum abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenstimmen. – Enthaltungen. Dann ist das so beschlossen. Für die Anträge Q 002 bis Q 007 liegen keine Wortmeldungen vor. Erhebt sich Widerspruch gegen Blockabstimmung? Das sehe ich nicht, dann

verfahren wir so. Wer bei den Anträgen den Voten der Antragskommission folgen möchte, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Herzlichen Dank, die Gegenprobe. – Enthaltungen. Dann so beschlossen. Wir kommen zum Themenkomplex R, Gesundheit und Pflege, und den Anträgen R 001 bis R 005. Hierzu liegen uns keine Wortmeldungen vor. Erhebt sich Widerspruch gegen Abstimmung im Block? Das sehe ich nicht, dann verfahren wir so. Wer möchte den Voten der Antragskommission hier folgen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenprobe. – Enthaltungen. Bei wenigen Gegenstimmen so beschlossen. Wir kommen zum Themenkomplex S, Digitales, Medien und Kultur. Hier ist ein Antrag vorliegend, Wortmeldungen haben wir nicht. Wer möchte hier dem Votum der Antragskommission folgen, den bitte ich um das Kartenzeichen. – Vielen Dank, Gegenstimmen. – Enthaltungen. Dann auch so beschlossen und ich übergebe an Mario Voigt für die Initiativanträge.

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, wir kommen zu den letzten Anträgen des Tages, den Initiativanträgen. Es liegen insgesamt sechs Initiativanträge vor. Zu Initiativantrag 001, Weiterentwicklung des DigitalPakts Schule, gibt es keine Wortmeldung. Ich würde über das Votum der – oh, Verzeihung, Karin Prien.

Karin Prien, Antragskommission: Ich weiß, ihr wollt alle zum Berliner Abend, aber zumindest einen Satz muss ich dazu sagen. Wir brauchen den DigitalPakt 2.0 und wir brauchen ihn jetzt, und deshalb bitte ich euch jetzt um ein einstimmiges Votum dafür, vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: So, das wollen wir jetzt herbeiführen. Dementsprechend, wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. Damit so beschlossen. Wir kommen zum Antrag 002, Landwirtschaftspolitik richtig machen. Es liegt eine Wortmeldung vor von Sven Schulze, bitte schön, Sven.

Sven Schulze: Liebe Freunde, das ist nochmal ein wichtiger Antrag und ich will auch sagen, warum wir das als Initiativantrag gemacht haben. Wir haben in den letzten Monaten gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern gekämpft. Wir standen auch mit bei den Demonstrationen. Die Bauern haben wie in keiner anderen Branche gesagt, das, was wir von der Ampel erleben, ist eine totale Enttäuschung, das, was wir von Cem Özdemir erleben, ist eine totale Enttäuschung, und wir setzen auf euch, auf die Union. Wir haben gekämpft im Bundestag zum einen, auch im Bundesrat, und wir haben am Ende nicht alles erreicht, was wir erreichen

wollten. Wir senden heute ein Zeichen an die Landwirtschaft, an den Agrarsektor, an die Forstwirtschaft, und zwar ein Zeichen mit diesem Antrag, der gestützt wird aus Brüssel. Norbert Lins hat mit unterschrieben als Chef des Landwirtschaftsausschuss dort, aus der Bundestagsfraktion, Steffen Bilger ist mit dabei, aus den Ländern, das mache ich hier stellvertretend, und auch aus der MIT, Gitta Connemann hat hier mit dran gearbeitet und ihre Kolleginnen und Kollegen. Was steht da drin? Zum einen sagen wir ganz klar, wir haben morgen das Europathema. Auch im Landwirtschaftssektor muss es so sein, dass die Vorgaben aus Brüssel in Deutschland eins zu eins umgesetzt werden und nicht immer noch einer draufgesetzt wird. Das erwarten die Landwirte von uns.

(Vereinzelt Beifall)

Das Zweite ist, was die finanzielle Belastung angeht, wir müssen da hinkommen, dass die Bauern bei uns in Deutschland nicht so viel stärker belastet werden wie in unseren Nachbarländern, egal, ob wir Richtung Osteuropa gucken oder ob wir Richtung Benelux gucken. Das heißt, wir sagen, wir brauchen eine Belastung für die Bauern finanzieller Art, die maximal auf dem EU-Durchschnitt liegt. Wir sagen, bei der Nutztierhaltung, das, was Cem Özdemir macht, so nach dem Motto, wir fangen mal an, aber es gibt keine Perspektive, wie es aufhören soll, das geht nicht, sondern wir sagen, wir brauchen ja ein Gesamtkonzept. Wir bekennen uns zu neuen Züchtungsmethoden und am Ende sagen wir den Bauern, mit der Union wird es zukünftig wieder Anreize geben und keine grüne Verbotspolitik, vielen Dank für die Unterstützung.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Sven Schulze, ich darf über das Votum der Antragskommission, Annahme, abstimmen lassen. Wer dem Votum folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. Damit so beschlossen. Wir kommen zum Initiativantrag I 003, Kostenerstattung für Verhütungsmittel. Es liegt eine Wortmeldung vor, Annette Widmann-Mauz, ich bitte um den Weg zur Bühne.

Annette Widmann-Mauz: Liebe Delegierte, 100.000 Abtreibungen pro Jahr, Tendenz steigend. Es hört sich an wie eine Zahl, dahinter stehen aber jeweils schwerwiegende Konfliktlagen von Frauen, in denen sie sich befinden. Im Grundsatzprogramm haben wir heute Nachmittag beschlossen, dass wir uns mit dieser Zahl nicht abfinden wollen. Unsere Antwort lautet nicht wie bei der Ampel, weg mit dem 218 und Abtreibung raus aus dem Strafgesetzbuch, sondern für uns geht es darum, die Selbstbestimmung der Frau zu akzeptieren, aber auch das Lebensrecht des Un-

geborenen zu schützen. Liebe Parteifreundinnen und Parteifreunde, wenn wir es ernst meinen damit, dass wir uns damit nicht abfinden, dass Frauen am Ende keinen anderen Ausweg sehen, dann dürfen wir sie aber auch nicht allein lassen, wenn es um die Verhütung und wenn es um die Vermeidung einer ungewollten Schwangerschaft geht. Doch in der Realität ist das weitgehend der Fall, nicht nur wer verhütet, sondern auch, wenn es um die Frage der Finanzierung geht. In den meisten Fällen hängt diese Frage am Ende an den Frauen, obwohl wir doch wissen, dass es eine Sache ist, die beide Geschlechter, Männer und Frauen, angeht. Die privaten und die gesetzlichen Krankenversicherungen erstatten bislang die Kosten der Pille und der Spirale bis zum 22. Lebensjahr und es war in unserer Regierungszeit, dass diese Altersgrenze um zwei Jahre verlängert wurde. Und, liebe Freundinnen und Freunde, das war richtig, denn wir wollen doch nicht, dass keine Frau ungewollt in einen Schwangerschaftskonflikt kommt, und wir wollen auch nicht, dass ein Kind abgetrieben werden muss, nur, weil wirksame Verhütungsmittel nicht zugänglich oder nicht erschwinglich waren.

Deshalb fordern wir als Frauen Union, die bestehende Altersgrenze aufzuheben und medikamentöse und nicht-medikamentöse Verhütungsmittel grundsätzlich erstattungsfähig zu machen. Ja, wir wissen auch, bei zehn Millionen Frauen zwischen 20 und 40 Jahren reden wir auch über Kosten. Dessen sind wir uns sehr wohl bewusst. Aber ich frage Sie ernsthaft, wollen wir, wenn es um höchste Rechtsgüter in unserem Land geht, ernsthaft diese Frage mit finanziellen Argumenten abwehren, wenn es uns um den Schutz des menschlichen Lebens am Ende geht? Markus Söder hat es heute Nachmittag so schön dargestellt, wenn es um die Hospiz und um die Palliativversorgung geht, dann tun wir das aus gutem Grund auch nicht. Deshalb fordere ich Sie heute Abend auf, ich bitte Sie, wir haben heute die Möglichkeit, mit einem klaren Beschluss ein Zeichen zu setzen, dass wir es ernst meinen, dass wir in dieser ethisch schwierigen Frage Frauen mit praktischer Hilfe helfen. Das ist keine Ideologie, sondern reiner Pragmatismus, vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, die Wortmeldung von Silvia Breher steht an – für die Antragskommission, – dessen Votum Überweisung an die Bundestagsfraktion lautet.

Silvia Breher, Antragskommission: Vielen Dank, lieber Mario, ich darf jetzt für die Antragskommission sprechen. Liebe Annette, inhaltlich kann man über das Thema sicherlich sprechen. Ich sage gleich noch ein paar Sätze dazu. Ich habe mich ganz kurz gewundert über die Wortmeldung, weil wir gestern Abend in der Antragskom-

mission lange und intensiv über diesen Antrag gesprochen haben und meiner Meinung oder unserer Meinung nach uns einstimmig auf die Überweisung verständigt hatten.

(Beifall)

Insofern möchte ich dann aber jetzt doch inhaltlich noch ein paar Punkte nennen. Es handelt sich bei dem Antrag um einen sehr, sehr weitreichenden Antrag. Es handelt sich um eine versicherungsfremde Leistung, die über die GKV übernommen werden soll. Du hast es gerade schon angesprochen, die Anhebung der Altersgrenze von 20 jetzt auf 22 Jahren haben wir erst vor ein paar Jahren gemacht. Das war richtig so, aber alleine sie hat 40 bis 50 Millionen Euro gekostet. Im Detail kann man sicherlich darüber sprechen, ob man entweder die Altersgrenze anhebt, wenn es sich finanziell darstellen lässt. Man kann auch darüber sprechen, ob man bei Bürgergeld einen anderen Weg geht, so, wie es im Moment auch in Berlin schon der Fall ist, aber dass wir jetzt allen Männern ein Leben lang alle Kondome bezahlen, das sprengt diese Diskussion an der Stelle aus meiner Sicht und aus unserer doch noch etwas.

(Beifall)

Insofern haben wir uns gestern Abend darauf verständigt, das zu überweisen. Insofern bitte ich, dem Votum der Antragskommission zu folgen, vielen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Recht herzlichen Dank, Silvia Breher, wir würden jetzt über das Votum der Antragskommission, das lautet, Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, abstimmen. Wer diesem Votum folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Bei wenigen Gegenstimmen so angenommen. Wir kommen zu den Initiativanträgen 004 und 005, liegen keine Wortmeldungen vor. Dementsprechend würde ich dort en bloc über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen. Wer dem folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. Damit so beschlossen. Wir kommen zum Initiativantrag, dem letzten Antrag des Tages, das war nur ein Hinweis, I 006. Dort gibt es eine Wortmeldung von Manuel Hagel. Ich bitte Manuel um das Wort.

(Beifall)

Manuel Hagel: Liebe Freundinnen, liebe Freunde, 843.000 Herrenanzüge, 837.000 Damenmäntel und Kleider, 44.000 Paar Schuhe, 14.000 Teppiche und 7,7 Tonnen menschliches Haar, das fand die Rote Armee am 27. Januar 1945 im Konzentra-

tionslager Auschwitz, das und 7.600 überlebende Menschen neben 1,5 Millionen Menschen, die dort ermordet worden sind. Für alle, liebe Freundinnen und Freunde, die sich fragen, warum „nie wieder“ so wichtig ist, ist das die Antwort.

(Beifall)

Weil sich dieses Grauen eben nie wieder wiederholen darf, weil nie wieder auf deutschem Boden Verfolgung wegen Herkunft, wegen Geschlecht, wegen sexueller Neigung erfolgen darf, weil nie wieder Totalitarismus, nie wieder Faschismus, nie wieder Nationalsozialismus und vor allen Dingen nie wieder Ausschwitz und eine solche Menschenverachtung in unserem Land sein darf, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Am 7. Oktober 2023, also genau heute vor sieben Monaten, fand das bestialische Massaker der Hamas in Israel statt. Babys wurden an Wäscheleinen aufgehängt, Kinder vor den Augen der Eltern erschossen, Mütter vor den Augen der Väter vergewaltigt. Mehr als 1.200 Israelis wurden brutal ermordet, das größte Massaker an Jüdinnen und Juden nach dem Holocaust. Über 240 Menschen wurden verschleppt, ein Großteil davon auch noch bis heute, ohne Reue, ohne Unterschied und ohne jede Menschlichkeit. Nur gut 200 Tage ist es her, keine vier Flugstunden von uns heute hier entfernt im Heiligen Land. Wir waren an dem Tag alle, als die Nachrichten über das Geschehene nach Europa durchdrangen, wie in Schockstarre. Es war jedem von uns klar, die Verantwortung trägt die Hamas, die nur eines im Sinn hat: die Vernichtung des Staates Israels und das Töten aller Jüdinnen und Juden. Und wir alle haben kraftvolle Reden gehalten auf Marktplätzen, auf unseren Straßen, in den Landtagen, im Deutschen Bundestag. Gebäude wurden angestrahlt und Israel wurde von allen Seiten die unverbrüchliche Solidarität versprochen. Aber wenn jetzt heute in Deutschland aus diesem zu Beginn so kraftvollen „Nie wieder“ so langsam ein ganz zaghaftes „Ja, aber“ droht zu werden, dann geht es um Haltung. Wenn der Satz von Angela Merkel, dass die Sicherheit des Staates Israels deutsche Staatsräson ist, dann, liebe Freundinnen und Freunde, muss der Schutz von Jüdinnen und Juden in unserem Land immer christdemokratische Parteiräson sein, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Genau deshalb ist Enthaltung keine Haltung und genau aus diesem Grund brauchen wir Christdemokraten keine Brandmauer, weil wir die Brandmauer sind. Wir sind gegründet, um diesen Extremisten die Stirn zu bieten. Deshalb bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag, herzlichen Dank.

(Beifall)

Prof. Dr. Mario Voigt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Manuel, danke auch für diesen wichtigen Antrag und den sehr guten Abschluss unserer heutigen Antragsberatung. Ich darf über das Votum der Antragskommission abstimmen lassen, die Annahme empfiehlt. Wer dem Votum der Antragskommission folgen kann, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Gegenstimmen. – Enthaltungen. Damit so beschlossen.

(Beifall)

Wir haben damit auch die Initiativanträge abgestimmt. Ich übergebe jetzt noch für ein paar organisatorische Hinweise der Franziska Hoppermann und darf mich für die konzentrierte Tagung heute bedanken, schönen Dank.

(Beifall)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Vielen Dank, lieber Mario, nur noch ein ganz bisschen Aufmerksamkeit, bevor wir jetzt gleich gemeinsam zum Berliner Abend rübergehen, haben wir noch ein paar organisatorische Hinweise. Für den morgigen Tag wird der Plenarsaal heute Nacht umgebaut. Bitte nehmen Sie alle persönlichen Gegenstände von den Tischen und Stühlen mit. Es wird morgen ein neues Placement geben, was die Landesgeschäftsführer aber schon kennen. Melden Sie sich bitte bei OpenSlides ab und bringen Sie Ihr Tablet zurück an den Ort, wo Sie es da hinten heute Morgen mitgenommen haben. Morgen früh brauchen Sie das wieder für die Antragsberatung. Dann kriegen Sie es morgen auch aufgeladen zurück. Jetzt geht es gleich zum Berliner Abend. Es gibt dort auf den Tischen draußen einen Programmplan. In diesem Jahr findet es auf diversen Eventbereichen mit unterschiedlichen Angeboten statt. Vom Außenbereich über Restaurantbereich bis hin zum Berliner Club, es ist alles dabei. 20:45 Uhr gibt es die Eröffnung mit Markus Söder gemeinsam.

(Schluss: 20:30 Uhr)

Mittwoch, 8. Mai 2024

Dritte Plenarsitzung

(Beginn: 10:00 Uhr)

(Beifall und Musik)

David McAllister, Tagungspräsidium: Liebe Delegierte, liebe Freundinnen und Freunde, ich darf Sie und euch bitten, Platz zu nehmen. Wir wollen mit dem dritten Tag unseres Parteitages beginnen. Zunächst einmal herzlich willkommen zurück hier in unserem Tagungssaal. Wenn ich hier von der Bühne aus in einige Gesichter schaue: Ich glaube, wir hatten gestern Abend alle eine wunderschöne Zeit. Herzlichen Glückwunsch an die Delegierten, dass Sie so schön feiern können.

(Beifall)

Das war ein super Programm. Wir freuen uns, dass die allermeisten von Ihnen und euch schon wieder fit sind. Wir werden heute um 11 Uhr den großen Wahlkampfauftakt von CDU und CSU für die Europawahl am 9. Juni zusammen haben. Wir freuen uns, dass nachher Markus Söder, Manfred Weber, die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, bei uns sein werden. Ganz herzlich möchte ich bereits jetzt in unserer Mitte begrüßen die Präsidentin der Europäischen Kommission, unsere EVP-Spitzenkandidatin für diese Wahl, unsere CDU-Freundin Ursula von der Leyen, herzlich willkommen, liebe Ursula.

(Anhaltender Beifall)

Liebe Ursula, herzlich willkommen bei deiner CDU, ist ein schönes Bild, wie du neben Friedrich Merz sitzt hier vorne. Du wirst dich heute sehr wohl fühlen bei uns in Berlin, wir freuen uns riesig, dass du uns die Ehre gibst. Ich begrüße auch sehr herzlich – er ist bereits eingetroffen – den Vorsitzenden und Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei, unseren Freund Manfred Weber von der CSU. Lieber Manfred, herzlich willkommen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, wir haben ein wenig optisch umgebaut über Nacht. Wir wollen heute das klare Zeichen setzen: Wir kämpfen die kommenden Wochen bis zum 9. Juni für Freiheit, für Sicherheit und für Wohlstand in Europa. Wir werden deutlich machen: Wir, die Christlich Demokratische Union und in Bayern die Christlich Soziale Union, sind die deutschen Europaparteien. Liebe Delegierte, unser Parteivorsitzender, Friedrich Merz, hat es am Montag bereits gesagt: Wolfgang Schäuble war ein großer Europäer, der sich mit großer Leidenschaft und

Hingabe immer wieder für unser vereintes Europa eingesetzt hat, zu jeder Zeit und in jedem seiner Ämter. Seine Leidenschaft für Europa dient uns als Richtschnur. Deshalb werden wir jetzt ein Video schauen.

(Video – Rede Dr. Wolfgang Schäuble)

Die europäische Einigung war der Versuch, rauszukommen aus dieser endlosen Folge von Kriegen und Streitigkeiten um Grenzen und weiß der Kuckuck was alles. Deswegen ist Europa zuallererst eine Friedensordnung. Aber der Friede ist nicht selbstverständlich, sondern er muss, wie übrigens die Demokratie auch, jeden Tag neu errungen werden. Sicherung der Freiheit und des Friedens heißt: Man muss in der Lage sein, sich verteidigen zu können, damit man sich nicht verteidigen muss. Da müssen wir eine größere Rolle spielen. Aber zugleich ist auch wahr: Die Mehrzahl der Menschen auf der Welt träumt davon, in rechtsstaatlichen Demokratien zu leben. Da kann man verstehen, dass sie natürlich alles daransetzen, irgendwo hinzukommen, wo sie für ihre Kinder und Enkelkinder eine Zukunft haben. Natürlich können nicht alle Menschen nach Europa oder gar nach Deutschland kommen. Ich bin überzeugt, dass wir die Unterstützung der Menschen für Europa viel besser gewinnen, wenn die Menschen erleben: Diese europäische Einigung kann Probleme, die allein nicht gelöst werden, zum Beispiel das Migrationsproblem, zum Beispiel Klimakatastrophe, besser lösen als wir allein. Über Aufgaben findet man Mut zur Zukunft. Wenn wir in die Richtung gehen in Europa haben wir eine große Chance, dass wir die europäische Zukunft wirklich zu einer glücklichen Zukunft machen. Was man wählt, ist auch wichtig, natürlich, aber vor allen Dingen ist wichtig, dass man wählt.

(Beifall und Musik)

Liebe Delegierte, liebe Freundinnen und Freunde, dieser Film berührt, hat uns hier oben tief berührt. Wir weisen darauf hin, Ina Scharrenbach, Franziska Hoppermann und ich, die heute Morgen den Parteitag leiten, dass dieser Auftakt in die heiße Wahlkampfphase an einem ganz besonderen Tag stattfindet, dem 8. Mai, einem Tag, der in der deutschen Geschichte von historischer und auch von mahnender Bedeutung ist. Heute vor 79 Jahren endete der Zweite Weltkrieg, und Europa wurde vom Nationalsozialismus befreit. Der Nationalsozialismus, der unendliches Leid über die Menschen unseres Kontinents und über die gesamte Welt gebracht hat. Wir Deutsche tragen dafür die Verantwortung, und dieser Verantwortung stellen wir uns. Wir Christliche Demokraten wollen dieser Verantwortung immer und ganz besonders auch am heutigen Tage gerecht werden. Unsere Partei ist aus den Trümmern des Zweiten Weltkriegs hervorgegangen. Diesem Erbe fühlen wir uns verpflichtet. Es war Bundespräsident Richard von Weizsäcker, ein Christlicher Demo-

krat, der am 8. Mai 1985, am 40. Jahrestag, mit seiner Rede die Erinnerungskultur in unserem Land und auch in unserer Partei bis heute geprägt hat. Einige Sequenzen aus dieser historischen Rede wollen wir uns in würdevoller Erinnerung anschauen.

(Video – Rede Bundespräsident Richard von Weizsäcker)

Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa. Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mussten. Dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai überhaupt erst begannen und danach folgten, aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Kriege führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen. Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist wie Unschuld: nicht kollektiv, sondern persönlich. Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit – für niemanden, in keinem Land. Wir haben als Menschen gelernt: Wir bleiben als Menschen gefährdet – aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden. Es gab keine Stunde null, aber wir hatten die Chance zu einem Neubeginn. Wir haben sie genutzt, so gut wir konnten. An die Stelle der Unfreiheit haben wir die demokratische Freiheit gesetzt. Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hereingewachsen. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah, aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.

(Beifall)

David McAllister, Tagungspräsidium: Sehr geehrte Damen und Herren, die Lehre aus dem Kreislauf von Krieg und Frieden war und ist das geeinte Europa. Es ist das geeinte Europa, das uns heute ein Leben in Freiheit, in Sicherheit und in Wohlstand ermöglicht. Wir wollen dieses geeinte Europa schützen, wir wollen dieses geeinte Europa besser machen, auch das soll das Signal des heutigen Tages sein.

Damit kommen wir zum Antrag des Bundesvorstandes. Erst gibt‘s noch das Video. Also: Das nächste Video.

(Musik-Video)

Meine Damen und Herren, liebe Delegierte, ich rufe auf

TAGESORDNUNGSPUNKT 23

Beratung und Beschlussfassung des Antrags des Bundesvorstandes:
„In Freiheit. In Sicherheit. In Europa."

In den Antrag einführen wird der Vorsitzende der CDU-CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Daniel Caspary. Wenn Sie im Anschluss das Wort wünschen, geben Sie Ihre Wortmeldung wie gewohnt über Ihr Tablet ab. Den Antrag finden Sie auf der linken Seite unter Anträge. Tippen Sie rechts auf das Symbol, das aussieht wie eine sprechende Person – also wie gestern lange geübt, zu dem Sie sprechen möchten – und fügen Sie dann sich selbst hinzu. Ich erteile nun das Wort dem Vorsitzenden der CDU-CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Daniel Caspary.

(Beifall)

Daniel Caspary: Was passiert da gerade um uns herum? Wohin entwickelt sich die Welt, in der wir leben? Mit welchem Programm, mit welchen Ideen für die Zukunft geben wir Christdemokraten den Menschen Zuversicht, Halt und Orientierung in dieser schwierigen Zeit? Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde, es stimmt: Wir leben in einer Zeitenwende. Putins Russland zeigt jeden Tag, dass Menschenrechte, dass internationales Völkerrecht, dass vertraglich fixierte Grenzen, dass die Nachkriegsordnung in Europa, dass Frieden und Freiheit keine Selbstverständlichkeiten, sondern massiv gefährdet sind. Putins Russland will die Ordnung in Europa zerstören – sei es durch politische Einflussnahme in Europa, durch Desinformationskampagnen in den sozialen Medien wie auch bei uns in Deutschland, durch die Unterstützung für die AfD, durch die Unterstützung der Präsidentschaftswahlkämpfe der früheren Front National in Frankreich oder durch die Einflussnahme bei der Volksabstimmung zum Brexit. Dann die angespannte Situation auf dem Westbalkan, in Moldawien, Georgien, und jetzt der Krieg in der Ukraine: Diese Herausforderung, meine Freunde, erfordert nicht nur eine Zeitenwende-Rede des Kanzlers im Deutschen Bundestag, sondern diese Herausforderung erfordert Führung und starke Entscheidungen in Absprache mit unseren Partnern in der Europäischen Union und in der NATO. Herr Bundeskanzler: Wenn Sie uns Christdemokraten schon nicht zuhören, dann hören Sie doch wenigstens Ihrem Koalitionspartner zu. Ich zitiere die grüne Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag: „Auch Zögern und Zaudern kann am Ende zur Eskalation beitragen". Wo die Fraktionsvorsitzende der Grünen recht hat, hat sie recht. Deshalb sagen wir heute, im nach dem Zweiten Weltkrieg und nach der Teilung wieder vereinigten Berlin: Uns Christdemokraten schmerzt diese zerstrittene Bundesregierung. Wir haben Verständnis, dass die Partner in Europa Vertrauen in Deutschland verlieren und sich eine starke, eine mitgestaltende Rolle Deutsch-

lands in Europa wünschen. Wir als Union, CDU und CSU, wir stehen bereit, mehr Verantwortung in Deutschland und Europa zu übernehmen. Ja, dafür stehen wir alle.

(Beifall)

Aber die Regierung aus SPD, Grünen und FDP in Berlin hat keinen Kompass, sondern sie streitet sich dauernd und bei Europa über fast alles. Nur zwei Beispiele: Im letzten Jahr blockierte der Kanzler die Lieferung von Kampfpanzern an die Ukraine, und zeitgleich bringen die deutschen Grünen im Europäischen Parlament einen Antrag ein, in dem der Kanzler aufgefordert wird, endlich zu liefern. Oder: Seit Monaten sprechen sich Vertreter der FDP und Grünen für die Lieferung der Taurus Raketen an die Ukraine aus, im Europäischen Parlament stimmen sie dafür und, lieber Friedrich, bei euch im Deutschen Bundestag dagegen. Bei dem gerade beschriebenen Chaos und bei diesem offensichtlichen Widerspruch von Wort und Tat bei SPD, Grünen und FDP, da habe ich Verständnis dafür, dass immer mehr Menschen Vertrauen in die Politik verlieren. Gerade vor Wahlen ist das fatal, denn Vertrauen ist die Grundlage von allem. Wem die Menschen vertrauen können, wer gerade in dieser schwierigen Zeit für klare Worte, für Halt, für Orientierung, für Zuversicht steht, liebe Ursula, das bist Du, unsere Kommissionspräsidentin und unsere Spitzenkandidatin für die Europawahl, liebe Ursula von der Leyen.

(Beifall)

Du hast Europa mit Umsicht und erfolgreich durch die Coronapandemie geführt. Du hast nach dem Brexit und dem russischen Angriff auf die Ukraine nicht zugelassen, dass Russland Europa weiter spaltet, sondern du hast Europa zusammengehalten und zusammengeführt in dieser schwierigen Zeit. Du stehst für ein starkes, für ein handlungsfähiges und geeintes Europa in diesen schwierigen Zeiten. Vielen Dank für deinen unermüdlichen Einsatz für Europa, vielen Dank für deinen unermüdlichen Einsatz für uns alle.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, kennen Sie die Alternative? Im Koalitionsvertrag dieser rot-grün-gelben Bundesregierung steht es Schwarz auf Weiß: Wenn Ursula von der Leyen nicht Kommissionspräsidentin bleibt, dann stellen die Grünen den deutschen Kommissar. Wollen Sie etwa, dass Claudia Roth, Ricarda Lang oder Anton Hofreiter deutsche Vertreter in Europa werden? Die große Mehrheit der Deutschen möchte das nicht und wir wollen das nicht, liebe Freunde, sondern wir wollen, dass du, liebe Ursula, starke und erfolgreiche Präsidentin der Europäischen Kommission bleibst und dafür werden wir in den nächsten Wochen kämpfen.

(Beifall)

In den vergangenen Jahren durften wir als CDU/CSU-Gruppe sehr vertrauensvoll mit Ursula von der Leyen zusammenarbeiten, und ich meine, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen im Parlament und in der Fraktion, lieber Manfred, haben wir auch einiges erreicht. Einige Beispiele: Mit David McAllister oder Michael Gahler stärken wir Europa in der Außen- und Sicherheitspolitik. Oder wir haben mit Peter Liese mit der Einbeziehung von Gebäuden und Verkehr in den europäischen Emissionshandel ein Zeichen für mehr Marktwirtschaft, für Vertrauen in Bürger und Unternehmen auf dem Weg zur Klimaneutralität gesetzt. Oder wir arbeiten mit Jens Gieseke an der Abschaffung des Verbrennerverbots und mehr Technologieoffenheit. Wir haben dank der Erneuerbare-Energien-Richtlinie den Ausbau der erneuerbaren Energien erleichtert, lieber Markus Pieper. Oder mit Ralf Seekatz, Stefan Berger, Niclas Herbst haben wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt reformiert und stehen beim Haushalt für Solidarität, aber ganz klar gegen neue Schulden in Europa. Oder im Bereich der Landwirtschaft, lieber Norbert, liebe Christine, lieber Peter, wir haben gerade erst in der letzten Sitzungswoche ein Riesen-Entbürokratisierungspaket verabschiedet, damit unsere Landwirte endlich wieder kürzer am Schreibtisch und länger auf dem Acker arbeiten können. Oder wir haben, Christian Ehler, mit dem Netto-Null-Energiegesetz einen wichtigen Beitrag geleistet, die Transformation für die Industrie auch machbar zu machen. Oder, Hildegard, mit dem Gesetz zu kritischen Rohstoffen sichern wir nachhaltige, erschwingliche und versorgungssichere Unterstützung für unsere Wirtschaft. Oder mit den Gesetzen über digitale Dienste, lieber Andreas, liebe Marion, liebe Sabine, da sorgen wir dafür, dass Plattformen mehr Verantwortung für die auf ihnen geteilten Inhalte übernehmen müssen. Oder mit dem Medienfreiheitsgesetz sichern wir auch in Europa freie Berichterstattung zu. Wir haben mit der Richtlinie zur Plattformarbeit die Rechte der Arbeitnehmer im digitalen Umfeld gestärkt und beim Gesetz über Industrieemissionen, lieber Dennis, versucht, den Industriestandort Europa zu sichern. Wir Christdemokraten, gemeinsam mit den Freunden der CSU, wir stehen für starke Industrie, wir stehen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in diesem Bereich, und auch da stellen wir immer fest: Vorgestern war die SPD die Partei der Arbeiter und Arbeitnehmer. Doch heute gilt: Die einzige Volkspartei, die Einzigen, die sich im Europäischen Parlament tatsächlich für Industrie und Arbeitsplätze einsetzen, das sind wir Christdemokraten, das sind die Freunde der CSU, liebe Freunde, und das muss auch so bleiben, und deshalb brauchen wir eine starke Vertretung im nächsten Europäischen Parlament, und ich wünsche, dass ihr bitte gemeinsam mithelft, dass wir diese Rolle als erste Vertreter der Industrie und vor allem erste Vertreter der Arbeitnehmer und der Arbeiter in Europa weiter ausfüllen können. Bitte helft uns bis zum 9 Juni mit, liebe Freunde.

(Beifall)

Und zuletzt: Im Jahr 2023 überquerten rund 400.000 Menschen illegal die europäische Außengrenze. Die Auswirkungen der Migration sind überall in Europa und auch bei uns in Deutschland spürbar. Viele Städte und Gemeinden stehen am Rande der Leistungsfähigkeit. Es ist ein großer Erfolg, lieber Manfred, liebe Lena, dass es im April nach acht Jahren der Diskussion und Beratungen endlich gelungen ist, den neuen Asyl- und Migrationspakt der Europäischen Union, mit knapper Mehrheit, übrigens, im Europäischen Parlament zu beschließen. Auch hier gilt: SPD und Grüne haben den Pakt jahrelang verzögert. Auch hier gilt: Wieder gespaltene Zungen. Die Grünen in der Bundesregierung dafür, die Grünen im Europäischen Parlament dagegen, übrigens gemeinsam mit der AfD. Stellen wir uns nur mal einen Augenblick lang vor, was in der deutschen Medienlandschaft los gewesen wäre, wenn wir bei einem solchen Thema gemeinsam mit der AfD abgestimmt hätten.

(Vereinzelt Beifall)

Aber, liebe Grüne im Europäischen Parlament, wer bei einem solchen Thema nicht kompromissfähig ist, wer nicht bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, wer damit riskiert, dass diese so wichtige Frage der illegalen Migration weiter nicht gelöst wird, der kippt Wasser auf die Mühlen der AfD, der Rechtspopulisten und der Rechtsextremisten, und der beweist damit kläglich, dass er dem eigenen hohen Anspruch als Europapartei bei weitem nicht gerecht werden kann. Deshalb gilt: Die einzig wahre Europa-Partei Deutschlands, das sind wir in der Union, liebe Freundinnen und Freunde, und das machen wir auch bitte bis zum 9. Juni bei allen unseren Bürgerinnen und Bürgern deutlich.

(Beifall)

Doch wie geht´s weiter? Wie ist derzeit die globale Lage? Worauf kommt´s in den nächsten Jahren an? Heute leben wir im geeinten Europa so frei und so sicher und so gut, wie es für viele Generationen vor uns unvorstellbar war. In Europa zu leben, in Freiheit und Frieden zu leben, da haben gerade diese Worte, am 8. Mai, heute einen ganz besonderen Klang. Aber wir alle spüren, nach Jahrzehnten des Friedens und der Stabilität wird heute unsere Freiheit und unsere Sicherheit in Europa wieder massiv bedroht und es gilt: Die Ukrainer verteidigen nicht nur ihr Land, sie verteidigen auch unsere Freiheit und unsere europäischen Werte. Es gilt: Nur wer in Sicherheit lebt, kann frei sein. Deshalb wollen wir unsere Bürgerinnen und Bürger besser schützen – gegen Feinde von außen und gegen Feinde und Kriminalität von innen. Aber wir wollen in Zukunft nicht nur frei und sicher, sondern auch in Wohlstand leben. Unsere Ziele für Deutschland und Europa haben wir in den vergangenen beiden Tagen diskutiert und beschlossen, und heute werden wir mit dem Leit-

antrag des Bundesvorstands noch mal klar sagen, wofür wir stehen und worum es uns geht, nämlich um Frieden, um Freiheit, um Sicherheit und Wohlstand für alle in der Europäischen Union.

Deshalb wollen wir in den nächsten Wochen einen pro-europäischen Aufbruch für Augenhöhe mit der Welt. Wir wollen ein Europa sicher, handlungsfähig und stark. Dafür steht unsere Spitzenkandidatin für das Amt des Kommissionspräsidenten, Ursula von der Leyen, und dafür stehen wir alle. Deshalb bitte, helfen Sie in den kommenden Wochen im Wahlkampf. Gehen Sie alle am 9. Juni zur Wahl und schenken Sie den Parteien der Union, schenken Sie CDU und CSU Ihre Stimme und Ihr Vertrauen. Europa braucht Sie. Machen Sie mit, Glück auf!

(Beifall)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Lieber Daniel Caspary, herzlichen Dank für den Bericht und die eindrückliche Einführung in den Antrag, der eben doch zeigt: Das macht einen maßgeblichen Unterschied, wer für Europa Verantwortung trägt. Wir kommen jetzt zur Beratung über den Antrag des Bundesvorstandes. Mir liegt eine Wortmeldung vor, vom Europaminister des Landes Nordrhein-Westfalen, der maßgeblich am Europawahlprogramm mitgearbeitet hat. Lieber Nathanael Liminski, du hast das Wort.

(Beifall)

Nathanael Liminski: Liebes Tagespräsidium, liebe Delegierte. Lieber Daniel, danke für die Einführung in den Leitantrag. Dieser Leitantrag fasst noch einmal zusammen, was wir schon versucht haben, knapp zu fassen im Europawahlprogramm. Da steht eigentlich schon alles drin, worauf es ankommt. Helmut Kohl hat gesagt „Europa ist unser Schicksal“ und das ist auch die Haltung, mit der wir in diesen Wahlkampf gehen müssen. Es geht um die großen Fragen. Wenn man dieser Bundesregierung bei der Arbeit zuschaut, könnte man manchmal den Eindruck haben es geht eher um Klempnerei, wir aber wissen es geht um die großen Fragen und wir haben dafür die Konzepte und die erste Reihe zeigt, wir haben dafür auch die Köpfe. Also haben wir allen Grund, selbstbewusst in diesen Europawahlkampf zu ziehen.

(Beifall)

Dafür aber müssen wir mit so mancher Legende erstmal Aufräumen. Wenn man die Plakate der SPD sieht, dann hat man den Eindruck hier schwingt sich jemand auf zur Europa-Partei. Wie sieht die Realität aus? Während Olaf Scholz noch nicht einmal Einigkeit mit unserem engsten Partner Paris hinbekommt, auf Räten der Europäischen Union verloren herumsteht und Deutschland überstimmt wird, haben die EU-Finanzminister in der Finanzkrise Wolfgang Schäuble am Krankenbett aufge-

sucht, um erst seinen Rat einzuholen, bevor sie entschieden haben. Das ist die Realität. Realität und Selbstbild könnten nicht weiter auseinanderfallen als bei diesem deutschen Bundeskanzler, und das müssen wir den Menschen auch vermitteln.

(Beifall)

Wir als Union haben bereits bewiesen, dass wir Europa können, und zwar in zweierlei Hinsicht: Wir haben gezeigt, dass wir mehr Europa können, wenn es drauf ankommt, Stichwort Binnenmarkt. Wir haben aber auch Grenzen gezogen, wenn Europa überfordert zu werden drohte, Stichwort Schuldenunion. Beides Entscheidungen aus Unionshand. Das heißt, während die anderen noch drüber reden, ob sie es vielleicht könnten, haben wir längst gezeigt: Wir können Europa, wir sind die Europapartei in Deutschland.

(Beifall)

Diese Erfahrung von uns zeigt sich noch einmal in diesem Europawahlprogramm. Wir sind positioniert, wir sind klar, und das gilt auch für das schwierige Thema Migration. Ich war kürzlich auf Zypern, das kleinste Land an der Südflanke der Europäischen Union, das zu Beginn des Jahres ein SOS-Signal gesandt hat, aufgrund der Überforderung. Im ersten Quartal 23, 78 Flüchtlinge aus dem Libanon, im ersten Quartal 24, über 3.000 Flüchtlinge. Wenn man sich diese Dynamik einmal auf Europa oder Deutschland übersetzt, dann weiß man, was hier ins Haus steht. Deswegen war es so richtig, liebe Ursula von der Leyen, dass Sie da waren. Dass Sie das SOS-Signal erhört haben und dass Sie angepackt haben, indem wir die Fluchtursachen im Libanon tatsächlich bekämpfen, wo Familien seit Jahren in Flüchtlingslagern hadern, hoffen auf Frieden in ihrer Heimat und sich am Ende enttäuscht dann doch auf den Weg machen, gefährlich übers Mittelmeer. Das musste aber von der europäischen Kommission kommen. Wir brauchen an der Stelle eine Lösung. Wenn man die Situation sich dort in den Erstaufnahmelagern anschaut, Familien, die auf den Bordsteinen sitzen, mit ihren drei Papieren in der Hand, die ihr ganzes Leben bedeuten, Helfer, die versuchen offenkundig ins Chaos irgendwie Struktur und Verfahren reinzubringen, dann kann man nur zu einem Schluss kommen: So kann das nicht weitergehen! Deswegen brauchen wir eine systematische Lösung. Wir als CDU machen dafür einen Vorschlag. Wir als EVP machen dafür einen Vorschlag, mit den sicheren Drittstaaten. Jetzt empört sich das versammelte Gutmenschentum. Rechtlich nicht möglich, politisch nicht möglich, humanitär nicht verantwortbar. Dann möchte ich mal fragen: Was ist deren Antwort auf das Sterben auf dem Mittelmeer? Solange sie darauf keine Antwort haben, dann runter vom moralischen Ross und Arbeit machen!

(Beifall)

Wir kämpfen um diese Lösung, wir haben die in unseren Programmen niedergelegt, wir arbeiten auch in Deutschland daran, diese Lösung voranzutreiben, die Bundestagsfraktion, die Länder in der Ministerpräsidentenkonferenz, und werden von der Bundesregierung beglückt mit irgendwelchen Papierchen von irgendwelchen Experten und Prozessen, die sich über Monate hinwegziehen sollen. So sieht Problembewusstsein für diese Frage nicht aus. Insofern müssen wir an dieser Stelle ran, wie bei eigentlich allen großen Fragen. Stichwort Ukraine: Alle, die dort einmal waren – und ich war im letzten April dort –, wissen: Da wird um unsere Freiheit gekämpft. Da halten andere ihre Knochen und ihren Kopf hin, auch für uns Freiheit, sagen auch alle in Reden. Wenn das aber so ist, wenn wir diese Grundsatzfrage so beantwortet haben, dann können wir nicht bei jedem neuen Waffensystem aufs Neue die Grundsatzdebatte führen. Wir als Union sind da klar.

(Beifall)

Das unterscheidet uns auch von denen, die Europa im Mund führen, aber wahrlich nicht im Herzen tragen, am rechten Rand. Schaut euch doch nur den Spitzenkandidaten an: Ein Mann, der sich bürgerlich und weltläufig gibt. Die Weltläufigkeit besteht offenkundig darin, französische Rechtsextreme und chinesische Spione in seinem Büro zu beschäftigen. Auf diese Art von Weltläufigkeit können wir verzichten.

(Beifall)

Deswegen müssen wir klar machen: Herr Krah, ob nach Moskau, Peking, wohin auch immer, wir brauchen Sie hier nicht. Wir brauchen die AfD hier nicht, um die großen Fragen für Europa zu beantworten. Denn wir wollen tatsächlich Lösungen. Wir wollen nicht mit Wut und Angst spielen, wir wollen Lösungen herbeiführen, um enger zusammenzuwachsen. Wie das geht, das wissen wir auch. Ich danke unserem Parteivorsitzenden Friedrich Merz, dass er das Weimarer Dreieck so hervorgehoben hat. Als Sohn einer Französin und Enkel polnischer Großeltern bin ich so was wie die Reinkarnation des Weimarer Dreiecks, und insofern ist es mir eine Herzensangelegenheit.

(Beifall)

Insofern ist es mir eine Herzensangelegenheit, aber es zeigt auch, dass wir doch wissen und verstanden haben, dass wir mit diesen Partnern gemeinsam stärker sind als allein, als mit irgendwelchen Kraftmeiereien bei europäischen Räten oder Weglächeln. Insofern nehmen wir diese Wahl, wie sie ist, was wir oft sagen, aber in diesem Fall wirklich zutrifft, als Schicksalswahl, ganz im Sinne dessen, was Helmut Kohl gesagt hat. Lasst uns in diesem Geist in diesen Wahlkampf ziehen. Wir haben

allen Grund, selbstbewusst zu sein und den Leuten da draußen unsere Antworten zu vermitteln für ein geeintes und besseres und starkes Europa. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Franziska Hoppermann, Tagungspräsidium: Lieber Nathanael Liminski, herzlichen Dank für diese eindrücklichen, klaren Worte, die noch mal deutlich machen, was unsere Botschaft des heutigen Tages ist. „Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen damit zur letzten Abstimmung unseres Parteitages, weshalb ich alle bitte, jetzt ihre Stimmkarten nochmal zu zücken. Wir kommen jetzt zur Abstimmung: Wer dem Antrag des Bundesvorstandes „In Freiheit. In Sicherheit. In Europa“ seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Kartenzeichen. – Vielen herzlichen Dank. Die Gegenprobe. – Enthaltung. – Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. Ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Ina Scharrenbach, Tagungspräsidium: Das war schon ein super Einstieg und eine Einstimmung in den dritten Tag des Parteitages der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, und ich bitte jetzt einfach mal drei wunderbare Menschen aufzustehen: Das ist die Sandra Gockel aus Sachsen, –

(Beifall)

– das ist der Carsten Müller aus dem Landesverband Braunschweig –

(Beifall)

– und das ist der André Stolz aus dem Landesverband Hessen.

(Beifall)

Diese drei Menschen haben heute Geburtstag. Herzlichen Glückwunsch.

(Beifall)

Ich glaube, der ganze Saal freut sich, wenn er nachher von euch noch eingeladen wird auf ein Getränk. Ganz herzlich begrüßen dürfen wir heute Morgen auch den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Dr. Markus Söder. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Und den Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union, Martin Huber, willkommen in Berlin.

(Beifall)

Jetzt haben wir noch wenige Minuten, und David möchte noch was sagen, ja? Also Sie kennen David McAllister, der trägt wirklich die europäischen Sterne im Herzen. Das muss man sagen. Ich würde fast sagen: Ein Stern, der deinen Namen trägt.

David McAllister, Tagungspräsidium: Frau Tagungspräsidentin, vielen Dank für diese wunderbaren Worte. Nein, wir hatten den Auftrag, den Parteitag zu moderieren bis Punkt 11, denn dann beginnt der offizielle Wahlkampfauftakt. Aber bevor wir die Bühne verlassen, möchte ich noch einen Ehrengast begrüßen. Wir haben viele Gäste, die ich jetzt namentlich nicht begrüßen könnte, viele internationale Gäste, aber einen möchte ich doch hervorheben, denn er ist ein hochrangiger Gast aus einem befreundeten Land der Europäischen Union. Er war am Montag auf unserem Parteitag anwesend. Er war gestern anwesend und er ist auch heute Morgen anwesend. Ich begrüße den Außenminister der Republik Kroatien, Gordan Grlić Radman. Guten Morgen, herzlich willkommen, Dobrodošli.

(Beifall)

Ich schließe einfach mit einem schönen Bild. Wir vier haben hier ein schönes Bild vor Augen. Unsere Kommissionspräsidentin, unsere Spitzenkandidatin aus Niedersachsen, umrahmt von den Parteivorsitzenden von CDU Friedrich Merz und CSU Markus Söder. Umrahmt vom EVP-Fraktionsvorsitzenden Manfred Weber, umrahmt vom CSU-Generalsekretär Martin Huber, umrahmt vom CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann, umrahmt von der Bundesschatzmeisterin Julia Klöckner. So viel Union, ein schönes Bild. Somit leite ich jetzt über zur offiziellen Eröffnung des Wahlkampfauftakts von CDU und CSU für die Europawahl und dazu übergebe ich die Regie an Stephanie von Schwanenflügel, die Sie durch die weitere Veranstaltung führen wird. Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit. Ihnen sonst noch einen wunderschönen Vormittag und einen schönen Nachmittag hier bin Berlin, vielen Dank!

(Musik – Beginn Wahlauftakt)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Vielen Dank an die Band, vielen Dank an „Noble Composition“, dass sie hier für Schwung sorgen, und sie werden uns auch die ganze Veranstaltung über noch begleiten. Schön, dass ihr da seid.

(Beifall)

Damit, sehr verehrte Damen und Herren, herzlich Willkommen zum Start in die heiße Phase des Europawahlkampfes von CDU und CSU. Schön, dass Sie alle da sind.

(Beifall)

Morgen in einem Monat, am 9. Juni 2024, werden wir unsere Vertreterinnen und Vertreter in Europa wählen. Das ist in diesen herausfordernden Zeiten, wenn man sich in der Welt so umschaut, zumindest meines Erachtens, ein großes Privileg, denn wir dürfen mitentscheiden, in welche Richtung Europa in den kommenden Jahren gehen wird. „Mit Sicherheit Europa. Für ein „Europa, das schützt und nützt", so heißt das Wahlprogramm der Union, und CDU und CSU haben dieses Wahlprogramm gemeinsam erarbeitet. So treffen wir uns nämlich hier heute zum Start in die heiße Phase des Europawahlkampfes in Berlin bei der CDU, und wir werden am 7. Juni den Wahlkampfabschluss haben in München bei der CSU. Das ist auch durchaus Applaus wert, vollkommen in Ordnung.

(Beifall)

Wir werden sprechen über Freiheit, über Sicherheit und über Wohlstand. Das sind die ganz großen Themen. Das werde ich hier auf der Bühne tun mit wunderbaren Gästen. Diese Gäste bringen unterschiedliche Perspektiven mit auf unser aller Europa. Aber was sie alle eint, ist, dass ihnen Europa am Herzen liegt. Auch der Union als Europapartei liegt Europa am Herzen, auch mir, und ich gehe davon aus, auch Ihnen, denn Sie sind alle hier und das teils nach zwei sehr arbeitsamen, hochkonzentrierten Parteitagstagen. Deswegen würde ich sie gerne zum Anfang dieser Veranstaltung um etwas bitten: Ich bitte Sie jetzt um ihren größten und wärmsten Applaus für unser aller Herzensanliegen Europa.

(Lebhafter Beifall – Musik)

Super, ich danke Ihnen sehr. Das gibt Rückenwind, nicht nur für diese Veranstaltung, sondern mit Sicherheit auch für den Europawahlkampf. Ich habe es gerade schon angekündigt: Wir haben ein tolles Programm, und wir haben großartige Gäste, und ich möchte Ihnen gerne einen kleinen Überblick geben, wer hier im Verlauf der Veranstaltung noch auf der Bühne sein wird. Da haben wir zum einen die EU-Kommissionspräsidentin und Spitzenkandidatin der EVP, Dr. Ursula von der Leyen, –

(Beifall)

– die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, –

(Beifall)

– den Chef der EVP, Manfred Weber, –

(Beifall)

– den Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands, Friedrich Merz, –

(Beifall)

– den Parteivorsitzenden der CSU und Ministerpräsident des Freistaates Bayern, Dr. Markus Söder, –

(Beifall)

– die Historikerin und Germanistin Dr. Irina Scherbakowa, –

(Beifall)

– den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Rainer Dulger, –

(Beifall)

– sind viele Gäste, und die Vertreterinnen und Vertreter der Jugendorganisationen der Union.

(Beifall)

Wir haben auch noch ein paar Überraschungen für Sie, aber dazu dann naturgemäß etwas später. Jetzt wünsche ich uns einen wunderbaren Tag und übergebe noch einmal an die Band „Noble Composition", mit dem passenden Titel „Unser Tag". Herzlichen Dank.

(Beifall und Musik)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Danke nochmal an „Noble Composition". Das bringt Schwung. Wo ich gerade von Schwung spreche: Ich möchte jetzt die beiden Herren auf die Bühne bitten, die Wahlkampf sozusagen qua Amt im Blut haben. Bitte begrüßen Sie mit mir die Herren Generalsekretäre der CDU und der CSU, Carsten Linnemann und Martin Huber.

(Beifall und Musik)

Ja, da habe ich gerade von Schwung gesprochen und so sind Sie auch –

Martin Huber, Generalsekretär der CSU: Wir nehmen den von gestern Abend noch mit.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: So sieht das aus, hervorragend. Wie geht es Ihnen?

Martin Huber, Generalsekretär der CSU: Mir geht es gut. Danke auch für die Einladung, super Gastgeber, super Stimmung. Vor allem ein klares Signal: CDU und CSU stehen zusammen und wir bringen das Land wieder auf Vordermann.

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Jawohl.

(Beifall)

Ich stehe zwar bei der Frage unter Motivverdächtigung, aber ich glaube, man kann heute schon sagen: Es war der beste Parteitag aller Zeiten.

(Beifall und Zustimmung)

Martin Huber, Generalsekretär der CSU: Woran machst du das fest?

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Insgesamt, die Stimmung, es ist super, dass wir alles unter einem Dach haben. Gestern Abend, das war ja Wahnsinn, da standen 500 Leute noch da, waren am Tanzen. Daniel Günther voran.

Martin Huber, Generalsekretär der CSU: Trotzdem, war schön.

Dr. Carsten Linnemann: War schön.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Wie sieht's denn aus? Jetzt geht's richtig los in den Europawahlkampf. Wie geht's einem da denn so, als Generalsekretär, Herr Huber?

Martin Huber, Generalsekretär der CSU: Das ist für einen Generalsekretär, insgesamt natürlich für die ganze Partei, mal eine richtig starke Phase, weil alle mobilisiert sind, alle unterwegs sind an den Infoständen, bei den Haustürbesuchen und vor allem natürlich auch mit den klaren Botschaften, dass wir gemeinsam für ein bürgerlich-konservatives Europa stehen, dass wir dem linken Dirigismus eine klare Absage erteilen und natürlich auch eine klare Absage erteilen allen, die Europa sterben lassen wollen. Wir sind die Europaparteien, und dafür stehen wir auch.

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Vor allen Dingen, wenn sie jetzt durch Berlin fahren oder durch Deutschland, schauen Sie mal: die Plakate, dieses Schlechtreden, dieses Negative. Ich meine, bei dieser machttektonischen Verschiebung, die wir weltweit erleben, bei aller Kritik über Bürokratie und so weiter. Aber wer jetzt nicht zuversichtlich in die Zukunft schaut, hinter Europa steht, der hat nicht verstanden, worum es geht, und hat auch nicht alle Tassen im Schrank. Wir gehen zuversichtlich nach vorne. Das zeigt unsere Kampagne, und darauf kommt es jetzt an.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Genau. Stichwort unsere Kampagne. Da würde ich das Wort gerne richten an Herrn Huber: Und zwar, CDU und CSU haben das gemeinsam gemacht. Das ist nicht immer selbstverständlich.

Martin Huber, Generalsekretär der CSU: Doch.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Immer, es ist absolut selbstverständlich. Was geht denn in diesem Fall davon für eine Botschaft aus?

Martin Huber, Generalsekretär der CSU: Die klare Botschaft ist, dass wir gemeinsam unterwegs sind, dass wir zu unseren Positionen stehen, ganz klare Ansagen machen bei der Begrenzung der Migration, bei der Unterstützung der Wirtschaft. Dass wir auch sagen: Wir wollen Bürokratie abbauen. Wir wollen wieder eine Wertschätzung bringen für Leistung und Arbeit, dass mal Schluss ist mit dieser leistungs- und arbeitsfeindlichen Stimmung, die auch die Ampel verbreitet. Dass wir ganz klar sagen: Wir brauchen wieder einen positiven Begriff von Leistung und Arbeit. Das ist das, was das Land stark gemacht hat, dahin müssen wir auch wieder zurückkehren, und da stehen CDU und CSU auch im Europawahlkampf geschlossen zusammen.

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Ich wundere mich ja schon, dass man so viele Ampelpolitiker sieht auf diesen Plakaten. Das ist auch eine Botschaft, die klar sein muss: Eine Ampel in Europa reicht, vielleicht ist schon eine zu viel, aber wir brauchen keine in Brüssel. Auch das ist das Signal dieses Parteitages.

(Beifall)

Martin Huber, Generalsekretär der CSU: Das ist insgesamt das Signal am 9. Juni, ein Stoppschild für die Ampel, Stoppschild für die Ampel in Berlin und in Brüssel, die Ampel ist am Ende. Und das muss auch am 9. Juni klar werden.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: So ist es, genauso ist es.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Sie haben gerade schon über die Plakate gesprochen. Die Kampagne heißt „In Freiheit. In Sicherheit. In Europa. Was ist das Besondere an dieser speziellen Kampagne jetzt?

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Stabilität. Kissinger hat mal gesagt, er hat es zwar immer bestritten, aber wen rufe ich an in Europa, wenn ich was von Europa will. Da vorne sitzt Frau von der Leyen, die Telefonnummer gibt es, und sie steht. Sie macht den Rücken gerade in der Ukraine-Frage. Da geht's um Freiheit, die dort verteidigt wird. Da steht Frau von der Leyen, stellt sich dorthin und spricht für die Europäische Union. Wenn ich sehe, wie Wolfgang Schäuble über die Vergangenheit gesprochen hat, da läuft es mir fast eiskalt den Rücken hinunter, dass wir die Partei sind, die für diese Freiheit ohne Wenn und Aber kämpft und die Ukraine unterstützt, ohne Wenn und Aber. Das zeigt Frau von der Leyen, das zeigen die CDU und die CSU.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Wir, das sind ernste und wichtige Themen. Aber die Kampagne enthält auch das ein oder andere Element zum Schmunzeln. Das möchte ich für diejenigen, die es vielleicht noch nicht gesehen haben, hier niemandem vorenthalten. Und zwar gibt ′s einen ganz großartigen Spot zur Briefwahl, und den schauen wir uns jetzt einmal an gerne. Film ab.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Die jetzt beginnt, in diesen Tag: die Briefwahl.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Ganz genau.

(Video-Spot zur Briefwahl)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Super.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Genau, ja, es gibt einfach Gründe, um Briefwahl zu machen. Das ist eines dieser ganz besonderen Kampagnenelemente. Gibt ′s davon noch mehr?

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Es ist schon so, da haben wir auch von der CSU ein bisschen was gelernt. Ich finde, Markus Söder macht das par excellence, dass wir einfach nicht unsere Inhalte ändern, sondern versuchen, die Kommunikationskanäle zu spielen, um auch die jungen Menschen zu erreichen. Und beispielsweise auf TikTok, Markus Söder macht das bravourös, und wir ziehen jetzt nach und haben auch einige Stars dort. Also geht mal rein, im Moment ist Philipp Amthor der Star. Aber wir suchen noch ein paar, kommt gerne auf uns zu.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Auf der Suche nach Stars. Was haben Sie denn noch für Lieblingselemente?

Martin Huber, Generalsekretär der CSU: Ich war mir zunächst einmal, wie ich den Spot zum ersten Mal gesehen habe, nicht ganz sicher, Carsten, ist das ein typischer Tag in deinem Leben oder ist es jetzt ein Briefwahlspot. Das wäre beneidenswert. Aber ich weiß ja, wie der Tagesablauf eines Generalsekretärs ist, also, ich glaube nicht, dass das dein typischer Tag ist, oder?

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Ich nutze die Briefwahl nicht.

Martin Huber, Generalsekretär der CSU: Ach so.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Gut, dass wir das geklärt haben. Es zeigt aber auch, Carsten Linnemann hat in der Pressekonferenz zur Kampagnenvorstellung gesagt, wir sind top vorbereitet und hat einen großen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konrad-Adenauer-Haus geschickt, die das alles mit möglich machen. Es gibt eine Frau, die sich schon seit Jahrzehnten wahnsinnig einsetzt für die CDU im Allgemeinen, aber auch für Wahlkämpfe und vor allem den

Kandidatenservice im Speziellen. Ich möchte sie gerne zu uns auf die Bühne bitten: Liebe Rita Haßdenteufel, bitte kommen Sie zu uns auf die Bühne. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Da ist sie.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Ein bisschen nervös?

Rita Haßdenteufel: Ja, ein bisschen schon.

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Also, ich finde das klasse, weil wir das mal deutlich machen können. Sie stehen stellvertretend für die vielen Unterstützer in unserer Partei. Sie sind am 5. September 1977 angefangen, da war ich noch nicht mal einen Monat alt. Jetzt halten Sie sich fest: Sie haben zehn Europawahlen mitorganisiert. Alle Wahlkämpfer, alle Kandidaten kennen Sie, weil Sie die Fotos machen, die Plakate und so weiter. Zwölf Bundestagswahlen hat diese Frau organisiert und 154 Landtagswahlen.

(Beifall)

Da möchten wir einfach mal DANKE sagen. Das ist jetzt der letzte Wahlkampf.

(Anhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Toll, super. Und in Cadenabbia-Blau hier, toll.

Rita Haßdenteufel: Ja, extra für heute. Vielen herzlichen Dank. Mein erster Bundesparteitag war 1978 in Ludwigshafen. Damals haben wir ein Grundsatzprogramm beschlossen. Umso stolzer bin ich heute, dass das mein letzter Bundesparteitag in meiner Funktion ist, wo wir auch gestern wieder ein Grundsatzprogramm beschlossen haben. So bildet sich der Kreis. Ganz herzlichen Dank. Mir hat es immer sehr viel Freude gemacht, für Sie da zu sein. CDU war ein großer Teil meines Lebens. Dafür vielen Dank, für das Vertrauen, das mir immer entgegengebracht worden ist. Es hat mir immer sehr viel Spaß gemacht. An dieser Stelle auch noch mal einen Dank an meinen Mann, der mich auch immer unterstützt hat, sonst wäre das alles nicht möglich gewesen. Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Carsten Linnemann, Generalsekretär der CDU: Vielen Dank, Rita Haßdenteufel.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Ich sag es dann auch nochmal: Ganz herzlichen Dank und großen Respekt. Ich danke auch ihnen beiden, danke an Carsten Linnemann, an Martin Huber und an Rita Haßdenteufel, herzlichen Dank.

(Beifall)

Es gibt so viele Menschen, die sich einsetzen für die CDU und die alles geben werden, auch in diesem Europawahlkampf. Jetzt möchte ich noch einmal übergeben. Es passt schon wieder so gut: „Noble Composition" mit „We are Family". Bis gleich.

(Beifall und Musik)

Danke schön. Sie ist die mächtigste Frau der Welt und sie trägt große Verantwortung. Schon in ihrer Kindheit hat ihr Vater von Europa als Teil der Familie gesprochen, so sagt sie. Dieses Gefühl trägt sie weiter. Als EU-Kommissionspräsidentin hat sie uns in den vergangenen Jahren durch große Herausforderung geführt – und das tut sie noch. Wie sie sich ein starkes Europa mit den 450 Millionen Menschen, die hier leben, vorstellt, das sagt sie uns gleich. Meine Damen und Herren, bitte begrüßen sie gleich, nach einem kurzen Film, die EU-Kommissionspräsidentin und Spitzenkandidatin der EVP, Dr. Ursula von der Leyen.

(Beifall, Musik und Video)

Dr. Ursula von der Leyen (Video): Heimat ist immer dort, wo wir uns sicher und verstanden fühlen, wo wir unsere tiefsten Überzeugungen teilen und wo wir füreinander einstehen. Für mich war und ist diese politische Heimat die CDU. Hier habe ich gelernt, was es heißt, Verantwortung zu tragen für unsere Gesellschaft und für unsere gemeinsamen Werte. Die CDU war dabei schon immer mehr als eine Partei. Sie ist eine Gemeinschaft, die immer an den entscheidenden Wegmarken unserer Geschichte Verantwortung für Deutschland und Europa übernommen hat. Diese Zeit ist jetzt wieder gekommen. Putins Angriffskrieg bedroht Frieden und Sicherheit. Populisten versuchen unsere Gesellschaft von innen heraus zu spalten. Der Klimawandel erfordert entschiedenes Handeln und gemeinsames Vorgehen. Wir müssen uns den Chancen, aber auch den Risiken der künstlichen Intelligenz stellen. Es geht also um sehr viel. Deshalb ist dieser Wahlkampf so entscheidend. Deshalb ist es so wichtig, dass wir, die CDU, auch weiterhin eine führende Rolle innerhalb der Europäischen Volkspartei einnehmen. Lasst uns gemeinsam für ein starkes Deutschland in einem starken Europa kämpfen, ein Europa, das in Freiheit, Wohlstand und Sicherheit lebt, ein Europa, das fest auf jenen Werten steht, die für uns in der CDU so fundamental sind. Ich möchte diesem Europa weitere fünf Jahre als Kommissionspräsidentin dienen. Dafür brauche ich eure Unterstützung. Für ein starkes Europa.

(Anhaltender lebhafter und Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Dr. Ursula von der Leyen: Danke schön, danke vielmals, danke, ihr Lieben. Guten Morgen, ich freue mich, hier heute bei euch zu sein. Zunächst einmal, lieber Friedrich Merz, my dearest Roberta Metsola, what a pleasure to see you here, lieber Mar-

kus Söder, lieber Manfred Weber, liebe Mitglieder unseres Präsidiums und unseres Bundesvorstandes, der Frauenunion, der Senioren-Union, der Jungen Union, der Schüler Union. Klasse, dass ihr alle hier seid.

(Beifall)

Ich begrüße noch einmal ganz, ganz herzlich, stellvertretend für alle Europaabgeordneten, den Vorsitzenden der CDU-CSU Gruppe im Europäischen Parlament, lieber Daniel Caspary, ihr seid in Brüssel und in Straßburg ein tolles Team. Ihr seid eine starke Stimme für Europa. Danke für die ausgezeichnete Zusammenarbeit.

(Beifall)

Lieber Friedrich Merz, zunächst einmal möchte ich dir ganz herzlich gratulieren zu einem fulminanten Parteitag und grandiosem Ergebnis. Das neue Grundsatzprogramm, lieber Carsten Linnemann, lieber Friedrich Merz, ein starkes, ein zukunftsweisendes Fundament habt ihr damit gelegt. Wir haben ein Feuerwerk an Debatten erlebt. Ich finde toll, wie ihr alle breit beteiligt habt und damit unsere CDU geeint habt. Lieber Friedrich, was dir gelungen ist, du hast unsere zeitlosen Werte mit neuen, modernen Ideen aufgeladen. Ich weiß, dass so ein Grundsatzprogramm ein Gemeinschaftswerk ist, ein Teamwork ist, aber das ist auch vor allem dein ganz persönlicher Verdienst und dafür möchte ich dir von Herzen danken.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, ich bin in Brüssel geboren und dort die ersten 13 Jahre meines Lebens aufgewachsen. Ich bin dort geboren und aufgewachsen, weil mein Vater seinen Berufsweg begonnen hat bei der ganz, ganz jungen Europäischen Gemeinschaft. Ich erinnere mich sehr wohl daran, dass mein Vater uns immer wieder dieselbe Geschichte erzählt hat, die ihn wohl am stärksten in seinem Leben geprägt hat. Er war 15 Jahre alt, als der Zweite Weltkrieg endete. Ein Teenager. Europa lag in Schutt und Asche. Wir hatten Krieg und Vertreibung, Hass und Vernichtung über diesen Kontinent gebracht. Man kann sich vorstellen, wie das für ein Teenager gewesen sein muss. 15 Jahre, jegliche Perspektive war verschwunden, jegliche Gewissheit war zerstört, das schiere Grauen muss das gewesen sein. Dann keimte der europäische Gedanke. Europa hat sich nicht aufgeteilt in Sieger und Besiegte. Wir wurden nicht vom europäischen Hof verjagt, sondern kluge Männer und Frauen haben uns die Hand gereicht und Deutschland wieder aufgenommen in den Kreis der freien und demokratischen Völker. Natürlich habe ich das als Kind damals nicht verstanden. Aber ich habe auf dem Spielplatz oder in der Schule Französisch gehört, Italienisch, Holländisch, Flämisch. Ich habe irgendwie gespürt, dass das was Besonderes ist. Liebe Freundinnen und Freunde, heute weiß ich, dass der Frieden in

Europa etwas Besonderes ist. Heute weiß ich, dass die Demokratie in Europa keine Selbstverständlichkeit ist. Heute weiß ich, dass die Vielfalt in Europa etwas Einmaliges ist. Dieses Europa in seiner Einmaligkeit, liebe Freundinnen und Freunde, dieses Europa gilt es zu schützen und zu bewahren.

(Beifall)

Mein Vater starb 2014, und viele hier im Saal wissen, dass der Abschied schon Jahre früher begonnen hatte. Alzheimer ist eine langsame Krankheit. Für mich war das eine traurige Zeit, aber es war auch eine wichtige Zeit. Er sprach zum Schluss, als die Bilder immer einfacher wurden und die Sprache immer beschränkter wurde, über Europa, als wäre es ein Teil unserer Familie und dass wir gut drauf aufpassen müssen. Auch das habe ich damals nicht wirklich verstanden, aber heute weiß ich, warum. Über dieses Warum möchte ich heute sprechen. Liebe Freundinnen und Freunde, Deutschland ist heute fest verankert in Europa. Dass das so ist, hat viel mit Frankreich und Polen zu tun. Friedrich, du hast es gestern auch erwähnt, am Anfang stand die Aussöhnung mit Frankreich. Das Zusammenwachsen eines geteilten Europas wäre niemals möglich gewesen ohne ein klares Bekenntnis zu unserer historischen Verantwortung gegenüber Polen. Eben der Beginn des Weimarer Dreiecks, wie wir es heute kennen. Dieses Fundament des Weimarer Dreiecks muss immer wieder erneuert werden. Das ist auch mir eine Verpflichtung. Denn ich weiß, dass das der Kit ist, den wir in Europa immer wieder stärken müssen. Ich war am Montag in Paris und habe gemeinsam mit Präsident Macron einen Austausch mit dem chinesischen Staatspräsidenten Xi gehabt, und da ging es um unsere gemeinsamen Interessen als Europäerinnen und Europäer gegenüber China. Gestern habe ich in Polen mit Donald Tusk über Russlands brutalen Angriffskrieg in der Ukraine gesprochen. Da ging es um die Sicherheit und Verteidigung und die Verteidigungsfähigkeit Europas. Diese Gespräche sind von einer Selbstverständlichkeit getragen, die Interessen unserer Freunde und Nachbarn mitzudenken und mitzuvertreten. In Europa ist viel Vertrauen gewachsen, auch und gerade in uns Deutsche. Das wäre niemals möglich gewesen ohne klare Worte zu den Verbrechen, die Nazideutschland begangen hat. Liebe Freundinnen und Freunde, nun spricht der AfD-Ehrenvorsitzende mit Blick auf diese Zeit vom „Vogelschiss der deutschen Geschichte“ und, liebe Freundinnen und Freunde, wer so über Verantwortung redet, der ist nicht nur geschichtsvergessen und zynisch. Wer so über unsere Verantwortung redet, das ist ein Brandstifter im europäischen Haus.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wenn wir über Gefahren für unsere Demokratie sprechen, dann geht es nicht nur um Positionen und Inhalte, es geht auch um Menschen. Egal ob Ortsrat, Landtag, Bundestag oder Europäisches Parlament. Wir müs-

sen all diejenigen vor Übergriffen schützen, die sich für unsere demokratische Gesellschaft und unser Land einsetzen, egal welcher Partei sie angehören, egal ob privat, egal ob im Wahlkampf oder in Ausübung ihrer Ämter, egal ob bei Tag oder bei Nacht. Denn wenn diese Menschen nicht mehr sicher sind, dann ist unsere Demokratie auch nicht mehr sicher. Deshalb müssen die Täter die volle Härte des Gesetzes spüren.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wer im europäischen Haus zündelt, der legt ebenso die Axt an den Binnenmarkt, der unseren Wohlstand begründet. Kein Mitgliedstaat profitiert mehr vom Binnenmarkt als Deutschland. Der europäische Binnenmarkt macht Deutschland jedes Jahr rund 130 Milliarden Euro reicher. 55 Prozent der Exporte unseres starken Mittelstandes, mehr die Hälfte, geht nicht ins Ausland, sondern geht in den Binnenmarkt nach Europa. Dann bringt die AfD einen Austritt Deutschlands aus Europa, einen Dexit, ins Spiel. Dann schauen wir doch mal, was das bedeuten würde. Deutschland könnte das laut IW Köln rund zehn Prozent seiner Wirtschaftsleistung kosten. Ein Dexit, wie in die AfD will, würde für Deutschland einen Wohlstandsverlust von 400 bis 500 Milliarden Euro pro Jahr bedeuten. Im Exportland Deutschland wäre ein AfD-Dexit mit einem Verlust – sofort – von 2,2 Millionen Arbeitsplätzen verbunden. Liebe Freundinnen und Freunde, wenn man das Europawahlprogramm dieser AfD liest, dann sieht man, das ist ein Arbeitsplatzvernichtungsprogramm, was die AfD dort aufgeschrieben hat.

(Beifall)

Statt wie die AfD über den Dexit zu schwafeln, sollten wir mehr darüber reden, wie wir unsere europäische Wirtschaft stärker machen können. Da gibt es einiges zu tun. Ich möchte drei Themenfelder kurz anreißen. Da ist als erstes die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft. Wir müssen es unseren Unternehmen leichter machen: mehr Fachkräfte, Energiekosten runter, mehr Digitalisierung, leichterer Zugang zu Kapital. Eine besser integrierte Kapitalmarktunion, liebe Freundinnen und Freunde, könnte pro Jahr bis zu 470 Milliarden Euro mehr bringen, die investiert werden könnten in unsere Start-ups und in unseren Mittelstand. Die Vorschläge der Kommission liegen seit Langem auf dem Tisch. Jetzt wird es allerhöchste Zeit, dass die europäischen Finanzminister endlich an einem Strang ziehen und endlich dafür sorgen, dass die Kapitalmarktunion vollendet wird.

(Beifall)

Außerdem müssen wir unseren Unternehmen weniger vorschreiben, mehr vertrauen, –

(Beifall)

– damit sie sich eben auf das konzentrieren können, was sie am allerbesten können. Das ist innovativ sein, das sind wettbewerbsfähige Produkte, das ist gute Arbeitsplätze schaffen. Das heißt dann auch, und ich sage das hier ganz deutlich, weniger Bürokratie, einfachere Verfahren, schnellere Entscheidungen. Friedrich, du hast es am Montag wieder gesagt, Europa braucht es im Kleinen weniger und im Großen mehr. Deshalb will ich im Kleinen, aber es ist viel Kleines, 25 Prozent dieser elenden Berichtspflichten der Unternehmen für die Europäische Union streichen, ersatzlos, denn auf die großen Themen kommt es an.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, wir wissen alle, dass der Wind rauer weht auf den Weltmärkten, der Klimawandel ist real, wir müssen mehr tun, und wir haben alle Möglichkeiten. Diesen Rahmen hat der Europäische Green Deal geschaffen, das sehen wir zum Beispiel in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Jeder dritte Chip in Europa ist Made in Sachsen. Künftig ist Sachsen-Anhalt mit Magdeburg auch am Start, mit der kräftigen Unterstützung der Europäischen Union. Dich wollte euch gratulieren, ihr Sachsen und Sachsen-Anhaltiner, in der Tat, ihr seid mit der Halbleiterproduktion in Dresden und in Magdeburg der Knotenpunkt im digitalen Schaltkreis Europa, Chapeau und Kompliment zu euch.

(Beifall)

Ein anderes Beispiel: Die ganze Welt setzt auf sauberen Wasserstoff. Lieber Hendrik Wüst, ihr Nordrhein-Westfalen, ihr habt das Potenzial des sauberen Wasserstoffs früher als alle anderen erkannt. Jetzt, heute, wenn man guckt, vom Chemiepark Marl bis nach Leverkusen schlängelt sich die längste Wasserstoffpipeline Deutschlands. Danke für die enge und gute Zusammenarbeit, ihr wart die ersten am Start bei diesem Thema.

(Beifall)

Im Norden zeigen unsere Schleswig-Holsteiner, wie Windkraft funktioniert. Jawohl. Ihr zeigt, wie über Grenzen hinweg ihr das mit den Niederländern und mit den Belgern zusammen macht. So funktioniert Europa. Danke nach Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Ich war vor Kurzem mit dir, Markus Söder, in Garching. In Garching kann man beobachten, wie Bayern sich bei der Kernfusion sehr klug an die Weltspitze gesetzt hat. Kernfusion, sauber und sicher, wäre ideal für den Energiemix der Zukunft, zusammen mit unseren erneuerbaren Energien. Europa ist bei der Kernfusionsforschung global vorne. Jetzt ratet mal, wer in Europa ganz vorne ist: die Bayern. Gratuliere!

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, was haben diese ganzen Beispiele alle gemeinsam: der European Green Deal und seine innovativen und sauberen Energien sind eben nicht nur gut fürs Klima, das sind sie auch. Aber sie sind gut für unsere Wirtschaft, sie sind gut für unsere Wettbewerbsfähigkeit, sie sind gut für unseren Wohlstand, aber vor allem: Sie sind gut für unsere Unabhängigkeit. Zu Hause produziert, zu Hause gute Arbeitsplätze. Liebe Freundinnen und Freunde, ich habe nicht vergessen, wie Putin uns erpresst hat mit unserer Abhängigkeit von russischem Öl und Gas, den schmutzigen fossilen Brennstoffen aus Russland. Aber wir haben uns daraus befreit, wir haben uns nicht kleinkriegen lassen. Wir haben zusammengestanden. Unsere Freunde haben uns geholfen, Norwegen zum Beispiel mit Pipeline-Gas oder die Amerikaner mit LNG-Gas. Was wir vor allen Dingen gemacht haben, wir haben massiv in erneuerbare Energien investiert – und mit Erfolg. Im vergangenen Jahr, trotz der Energiekrise, ist es uns gelungen, mehr Strom aus Wind zu gewinnen als aus Gas. Jetzt, liebe Freundinnen und Freunde, sind wir unabhängig von Russlands schmutzigen Energien, und das auch und vor allem, weil wir zusammengestanden haben, weil wir nicht nachgegeben haben und weil wir europäische Solidarität ausgeübt haben. Das war die Möglichkeit, uns durchzusetzen.

(Beifall)

Mit dem Blick nach vorne sind zwei Dinge wichtig. Das eine ist, dass wir aufpassen, dass wir nicht von einer Abhängigkeit, die wir gerade losgeworden sind, in die nächste Abhängigkeit gehen. Z. B Elektromobilität: Ja, wir mögen fairen Wettbewerb, gar keine Frage. Markt ist gut, fairer Wettbewerb es gut. Was wir nicht mögen, ist, wenn China mit massiv subventionierten Elektroautos unseren Markt schwemmt. Dagegen müssen wir angehen. Wir schützen unsere Industrie. Wettbewerb, ja, fairer Wettbewerb, ja, aber Dumping, nein, liebe Freundinnen und Freunde, das wollen wir hier nicht.

(Beifall)

Das Zweite ist, dass wir Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz zusammenbringen. Wir wissen ja, dass es keine wettbewerbsfähige Wirtschaft ohne Klimaschutz gibt, aber es gibt eben auch keinen Klimaschutz ohne wettbewerbsfähige Unternehmen. Wir wollen, dass diese Unternehmen auch in Zukunft auf den Weltmärkten führen. Bei uns haben wir jetzt den richtigen Rahmen gesteckt. Wir müssen diesen Rahmen jetzt mit Leben füllen, ob das Mikrochips sind oder sauberer Stahl, ob das Wasserstoff ist oder Windkraft oder Elektromobilität, das sind ja die Wachstumstreiber der Wirtschaft von morgen und die sollen hier bei uns gute Arbeitsplätze schaffen und für Wohlstand sorgen und eben nicht am anderen Ende der Seidenstraße. Das ist uns wichtig.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, Europa ist natürlich auch viel mehr als Wirtschaft und Binnenmarkt. Europa ist zum Beispiel atemberaubende Landschaften, Naturdenkmäler, von denen ich einige aus Deutschland hier nennen darf: Das Weltnaturerbe Wattenmeer, –

(Beifall)

der Nationalpark Schwarzwald, –

(Beifall)

die Sandsteinfelsen der Sächsischen Schweiz, –

(Beifall)

– die Moore im hohen Venn. Wo sind sie, die Moore im hohen Venn? Das weiß man vielleicht nicht so genau, aber das alles ist ein ganz kleiner Ausschnitt aus unserer Natur. Wir wollen diese Natur schützen und bewahren. Liebe Freundinnen und Freunde, unsere Kinder und Enkelkinder würden es zu Recht uns niemals verzeihen, wenn wir uns dieser Aufgabe nicht stellen. Wir müssen ihnen diese Heimat erhalten. Für mich ist das nicht nur Verantwortung. Für mich ist guter Naturschutz eine Frage der Generationengerechtigkeit, liebe Freundinnen und Freunde. Wir müssen dahin wieder kommen, dass wir darüber diskutieren, wie wir unsere Natur schützen, aber dass ganz ohne Zweifel klar ist, dass wir unsere Natur schützen und erhalten wollen. Das, liebe Freundinnen und Freunde, das muss die Handschrift der CDU und der EVP hier in Deutschland und dann in Europa sein. Um Wettbewerb und das Bewahren der Natur geht es auch unseren Landwirtinnen und Landwirten. Sie stehen mit dem ersten Hahnenschrei auf, sie arbeiten hart den ganzen Tag, dass wir hochwertige Lebensmittel auf unseren Tischen haben. Dann erleben Sie, dass die Kosten für Saatgut und Dünger und Energie von Jahr zu Jahr steigen und die Preise, die sie bekommen für Milch, Fleisch und Getreide schwanken. Die großen in der Lebensmittelkette drücken, das wissen wir auch. Markt ist ja gut, aber, liebe Freundinnen und Freunde, was nicht sein kann, ist, dass unsere Landwirte ihre Lebensmittel unter Produktionskosten verkaufen müssen. Das ist weder akzeptabel noch ist das nachhaltig.

(Beifall)

Deshalb müssen wir das System wieder auf eine solide Basis stellen. Die harte Arbeit in der Landwirtschaft muss sich wieder lohnen. Wenn unsere Landwirte angemessen entlohnt werden, dann sind sie doch die besten Sachwalter einer gesunden und nachhaltigen Natur. Da müssen wir wieder gemeinsam hinkommen.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, bei meinem dritten Punkt geht es um Sicherheit und Verteidigung. Wir alle spüren, dass sich unser geopolitisches Umfeld radikal und rapide ändert. Damit steigen auch die Risiken für Europa. Russlands brutaler Angriffskrieg ist nicht nur ein Angriff auf die Ukraine, sondern auch ein Angriff auf alle Regeln, denen wir seit 70 Jahren ein friedliches Zusammenleben in Europa verdanken. Internationales Recht muss etwas gelten.

(Beifall)

Auch die Grenzen souveräner Staaten müssen etwas gelten das ist unsere Friedensordnung.

(Beifall)

Wenn Putins kaltes Kalkül in der Ukraine aufgeht, sind wir hier alle in Europa nicht mehr sicher. Denn wer so handelt und so redet wie Putin, der will keinen Frieden. Diese Bedrohung bleibt. Wir haben ja gestern die Selbstinthronisierung Putins für die nächsten sechs Jahre gesehen. Liebe Freundinnen und Freunde, ich gucke zu meinem Freund Poroschenko rüber, niemand, niemand wünscht sich mehr gerechten und dauerhaften Frieden im eigenen Land als die Menschen in der Ukraine. Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde: Wir können niemals den Mut und die Entschlossenheit der Menschen in der Ukraine aufwiegen. Aber was wir können, das ist heute und in Zukunft fest an der Seite der Ukraine stehen, lieber Petro Poroschenko, sei dir dessen gewiss.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Wir müssen an der Seite der Ukraine stehen, auch wenn das Anstrengung verlangt, auch wenn das kostet, wir müssen wieder mehr investieren in Frieden und Freiheit. Denn der Preis, den wir zahlen müssten, wenn Russland sich die Ukraine einverleibt, wäre um ein Vielfaches höher. Deshalb muss Europa wieder mehr Geld in Verteidigung investieren. Wir müssen klüger investieren, –

(Beifall)

– wir müssen gemeinsam investieren. Wir müssen vor allen Dingen in die Verteidigungsindustrie in Europa investieren. Wir wollen ein Europa, das sich selbst verteidigen kann. Wir wissen, wie wichtig die NATO ist, aber wir wollen einen starken europäischen Pfeiler innerhalb der Nato. Wir müssen dahin kommen, dass wir uns selbst verteidigen können. Deswegen, liebe Freundinnen und Freunde, –

(Beifall)

– deswegen sind wir für eine Verteidigungsunion. Deshalb werde ich im nächsten Mandat einen Verteidigungskommissar benennen, der sich auf die Verteidigungs-

industrie im Binnenmarkt konzentriert. Wenn wir Frieden auf unserem Kontinent bewahren wollen, dann müssen wir Europa wieder stark machen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Wenn wir über das Thema Sicherheit sprechen, dann müssen wir auch über das Thema illegale Migration sprechen. Kaum ein anderes Thema löst solche Emotionen aus, kaum ein anderes Thema ist wichtiger. Es brennt den Menschen unter den Nägeln. Liebe Hessen, ich habe Boris Rhein gesehen hier heute, lieber Kai Wegner, liebe Berliner, ihr habt die Probleme klar gesprochen. Ihr habt die Menschen überzeugt: Das ist der richtige Weg. Im letzten Monat haben wir im Europaparlament den Pakt zu Migration und Asyl verabschiedet. Mit diesem Pakt stärken wir die europäischen Außengrenzen, wir sorgen für schnellere und einfachere Verfahren, das ist wichtig, nach zehn Jahren endlich gemeinsame Regeln, dass das funktioniert. Aber das ist alleine nicht genug. Hinter illegaler Migration stecken Schleuser und Schlepper. Das ist organisierte Kriminalität. Die machen ein Milliardengeschäft. Sie belügen die Menschen, sie rauben sie aus, sie setzen sie auf diese seeuntüchtigen, elenden Schlauchboote. Ich war in Lampedusa und habe das Elend dort mit eigenen Augen gesehen. Es ist höchste Zeit, dass wir härter gegen diese organisierte Kriminalität vorgehen. Liebe Freundinnen und Freunde, es sollte uns ganz klar sein: Wir haben unsere internationalen Verpflichtungen in der Vergangenheit erfüllt, wir erfüllen sie heute und wir werden Sie auch morgen erfüllen. Aber es sind wir, die Europäerinnen und Europäer, die darüber entscheiden, wer zu uns kommt und unter welchen Umständen – und nicht die Schleuser und Schlepper.

(Beifall)

Deswegen bin ich nach Tunesien gereist, nach Mauretanien, nach Ägypten und letzte Woche im Libanon. Mir geht es um ganz pragmatische Abkommen. Mir geht es um konkrete Schritte. Mit den Transit- und Herkunftsländern können wir gemeinsame Perspektiven entwickeln. Wir können gemeinsame Interessen entwickeln, etwa beim Thema saubere Energie. Die haben alle Ressourcen, was ihnen fehlt, ist die Infrastruktur. Oder beim Thema Bildung, die jungen Menschen in diesen Ländern. Aber natürlich auch beim Thema illegale Migration. Da geht es auf der einen Seite um legale, sichere Wege für diejenigen, die bei uns arbeiten wollen, die die Unternehmen suchen und die eine Bleibeperspektive haben. Aber umgekehrt geht es eben auch darum, dass Menschen zurückkehren, die keinen Anspruch auf Asyl haben. Hier hapert es gewaltig, und das muss sich ändern. Nicht nur, weil unsere Kommunen am Rande der Überforderung sind, sondern auch, weil die Demokratie nur dann stark ist, wenn sie auch Lösungen liefert, meine Damen und Herren.

(Beifall)

Liebe Freundin und Freunde, wenn wir die Herausforderungen so anpacken, dann gehen die Menschen auch nicht mehr denen auf den Leim, die auf Wut und Hass setzen und die den Spaltpilz in unsere Gesellschaft tragen. Die alles tun, um Ängste zu schüren. Unsere Aufgabe ist es, diesen Agenten der Angst mit guten Argumenten und mit Lösungen entgegenzutreten. Natürlich ist es sehr gut, auf die Stimmung auch zu hören. Das Tempo der Digitalisierung, die Erderwärmung und ihre Folgen, die sich häufenden Kriege und Krisen – das fordert alles die Menschen. Deswegen müssen wir jeden Tag zeigen, dass die Demokratie die besseren Antworten liefert. Das können wir auch. Denken wir nur an die Pandemie. Es waren sicher nicht die Fackelzüge, die Schlagbäume und die Aluhüte, die das Virus besiegt haben. Wir haben mit großer Solidarität –

(Beifall)

– und großartiger medizinischer Leistung. So einen Kontinent mit 450 Millionen Menschen erfolgreich durch die schwere Zeit geführt. Wir haben die Energiekrise gemeinsam bewältigt. Wir bieten gemeinsam der russischen Aggression und Putins Verachtung für alle demokratischen Werte die Stirn. Putin und die Spalter in unseren Gesellschaften, die haben eins gemeinsam. Ihnen ist unsere Demokratie im Weg. Sie wollen keine gemeinsamen Lösungen finden. Sie tragen nichts dazu bei und haben auch gar kein Interesse daran, die realen Herausforderungen unserer Zeit auch zu bewältigen. Keine Antwort zu Digitalisierung, keine Antwort zum Thema Klimawandel, keine Antwort zur Wettbewerbsfähigkeit. Dann wundert es mich nicht, dass der tschechische Geheimdienst gegen zwei Kandidaten, die die AfD-Liste für die Europawahl anführen, ermittelt. Wenn wir mal zurückschauen: Die hetzen schon lange gegen die Europäische Union. Sie haben nie einen Hehl daraus gemacht, wie groß ihre Bewunderung ist für den Demokratieverächter im Kreml. Sie haben seine Propaganda in unsere Gesellschaften getragen. Ob sie nun Schmiergeld von Russland genommen haben oder nicht: Ihr Verhalten ist destruktiv, verlogen und geschichtsvergessen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Beifall)

Dann haben wir beobachten können, dass vor einiger Zeit bei einem engen Mitarbeiter des AfD-Spitzenkandidaten für die Europawahl die Handschellen geklickt haben. Der Ermittlungsrichter beim Bundesgerichtshof ist überzeugt, dass der Mann aus dem Europaparlament heraus für China spioniert. Ich fasse einfach mal zusammen: Die AfD macht vor der Europawahl Propaganda für Putin und Spionage für China. Erst schwadroniert die AfD über Volk und Vaterland, und dann verrät die AfD dieses Vaterland hinterrücks an die Autokraten. Die sollen sich was schämen, liebe Freundinnen und Freunde.

(Lebhafter Beifall)

Mit solchen unsicheren Kantonisten verbindet uns gar nichts. Wer mit uns Christdemokraten nach der Europawahl zusammenarbeiten will, der muss für mich drei Kriterien erfüllen: erstens ein klares Bekenntnis zur Rechtsstaatlichkeit, zweitens ein klares Bekenntnis zur Ukraine und gegen die Verbrechen des Kreml und drittens ein klares Bekenntnis zu unserem Europa.

(Beifall)

Liebe Freundinnen und Freunde, deshalb: Mit Kremlknechten, Demokratieverächtern und Extremisten ist kein Staat zu machen und auch keine Europäische Union.

(Beifall)

Unser Europa wurde geschaffen, um den Menschen zu dienen. Das ist unser Auftrag, und dem fühlen wir uns verpflichtet. Sicher, die Europäische Union ist nicht perfekt. Wenn 27 Mitgliedstaaten und 450 Millionen Menschen zusammenarbeiten, dann geht nicht alles glatt. Aber dann lasst uns daran arbeiten. Aber das darf doch nicht den Blick darauf verstellen, was dieses Europa leistet. Unsere Europäische Union ist eine der wohlhabendsten und sozial fortschrittlichsten Regionen der Welt. Ob Frieden, Freiheit oder Demokratie, Klimawandel, Digitalisierung, egal, wie groß die Herausforderungen sind, als Gemeinschaft haben wir die besseren Antworten zu bieten. Liebe Freundinnen und Freunde, ich bin fest davon überzeugt, dass die Demokratie selbst unser größter Standortvorteil ist. Wenn im Juni jetzt die Menschen in 27 Mitgliedstaaten zur Wahlurne gehen, dann ist das der Moment, in dem wir das demokratische Fundament unserer Union wieder erneuern. Ein Moment, in dem wir uns wieder darauf besinnen, was wirklich wichtig ist. Geschäfte und Karriere kann man überall auf der Welt machen. Aber wo wollen die Menschen sich niederlassen und ihre Kinder großziehen? Da, wo die Straßen sicher sind. Da, wo sie Perspektiven haben. Da, wo alle Zugang zu guter Bildung haben, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Da, wo alle Zugang zum Gesundheitswesen haben, unabhängig vom Geldbeutel. Da, wo dauerhafter Frieden herrscht, wo sie sich frei bewegen können über Grenzen hinweg, die es nicht mehr gibt. Arbeiten, studieren, reisen, wo sie sich etwas aufbauen können, was ihnen bleibt. Wo der Rechtsstaat gewinnt und nicht die Willkür. Dafür steht unsere Europäische Union, dafür steht unsere Europäische Volkspartei, dafür steht die CDU und dafür stehe ich.

(Anhaltender, lebhafter Beifall)

Für mich ist völlig klar: Die Frage, die ich eingangs stellte, nach dem Warum, die hat Europa längst selber beantwortet. Europa ist heute unsere Zukunft und Europa ist

unsere Heimat. Deshalb lasst uns gemeinsam für ein starkes Europa, für eine gute Heimat kämpfen. Ärmel aufkrempeln, am 9. Juni ist Wahl. Lang lebe Europa, liebe Freundinnen und Freunde. Danke schön.

(Lebhafter Beifall und Zurufe)

Danke schön.

(Langanhaltender Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Liebe Ursula, herzlichen Dank für diese großartige Rede. Herzlichen Dank für diesen tollen Auftakt in die Schlussphase des Europawahlkampfes 2024.

(Beifall)

Dies ist der gemeinsame Auftakt dieser Schlussphase des Europawahlkampfes 2024 von CDU und CSU. Deswegen darf ich das sicher auch in deinem Namen sagen, lieber Markus: Wir, die Union, CDU und CSU, gehen voller Zuversicht und voller Gewissheit in diesen Wahlkampf, dass es sich nämlich wirklich lohnt und dass es jetzt auch darauf ankommt, für Europa, für die Freiheit und für die Sicherheit und für den Wohlstand in Europa zu kämpfen. Wahlkampf, liebe Freundinnen und Freunde heißt Wahlkampf. Die Wahl kommt zum Schluss und der Kampf kommt vorher. Deswegen gehen wir jetzt in diesen Wahlkampf. Liebe Ursula, ich bin dir sehr dankbar, dass du sehr offen, darf ich das einmal so sagen, so offen, wie ich das von dir bisher noch nie gehört habe, so offen und so klar adressiert hast, was diese Leute von der AfD mit Europa vorhaben.

(Beifall)

Was diese Leute von ganz rechts außen mit Europa vorhaben. Danke, dass du das so klar und so deutlich gesagt hast. Danke, dass du dich so klar und so deutlich dafür ausgesprochen hast, dass Rechtsstaat, ein festes Bekenntnis zur Ukraine und ein festes Bekenntnis zur Europäischen Union und ihren Werten die Grundvoraussetzung sind für jede weitere Zusammenarbeit in dieser Europäischen Union. Mit denen kommt sie nicht in Frage, danke für diese klaren Worte.

(Beifall)

Lass mich noch etwas sagen. Vielleicht wird uns dies erst in den nächsten Wochen noch deutlicher, als es ohnehin schon ist. Wir neigen dazu, zu sagen: Dies ist eine Schicksalswahl. Das sagen wir bei jeder Kommunalwahl, bei jeder Landtagswahl, bei jeder Bundestagswahl und auch bei jeder Europawahl. Aber, liebe Freundinnen und Freunde, das Jahr 2024 ist ein Jahr, das wie kein anderes vorher, und ich bin

selber 1989 ins Europäische Parlament gewählt worden, das Jahr 2024 ist ein Jahr, das wie kein Jahr vorher im Zeichen einer so fundamentalen Veränderung dieser europäischen Politik steht wie keines zuvor. Wenn die demokratischen und freiheitlichen Kräfte es nicht schaffen, bei dieser Europawahl die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger in der gesamten Europäischen Union für sich zu gewinnen, dann steht mehr auf dem Spiel als nur eine parteipolitische Verschiebung da irgendwo im Europäischen Parlament. Jetzt geht es wirklich darum, dass wir dieses Erbe, das wir in der Hand halten, diese europäische Politik, – du hast es sehr eindrucksvoll auch mit der Geschichte deiner Familie beschrieben, – dass wir dieses Erbe der europäischen Politik in unserer Hand bewahren und dass wir dieses Erbe jetzt auch in die nächste Amtszeit des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission tragen. Lass mich das so sagen, wie ich es empfinde: Wir sind stolz darauf, dass du erst die zweite deutsche Präsidentin der Europäischen Kommission nach Walter Hallstein in der Geschichte dieser Europäischen Union bist. Wir werden alles dafür tun und dafür kämpfen, dass du es bleibst, auch nach dieser Europawahl und nach der Neubesetzung der Europäischen Kommission im Herbst. Dafür kannst du dich auf uns verlassen, dafür werden wir kämpfen. Liebe Ursula, wenn wir rausgehen aus diesem Parteitag, dann fängt dieser Kampf an. Wir werden ihn am 9. Juni abends, 18 Uhr mit dir zusammen hier in Berlin mit Erfolg abschließen. Ich sage allen da draußen, die daran zweifeln: Zweifelt nicht an der Kampfbereitschaft von CDU und CSU und der gesamten Europäischen Volkspartei, genau dieses Ziel zu erreichen. Wir werden es erreichen.

(Lebhafter Beifall und Zurufe)

Herzlichen Dank, liebe Ursula von der Leyen.

(Anhaltender, stehender Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Ganz herzlichen Dank an die EU-Kommissionspräsidentin und Spitzenkandidatin der EVP, Dr. Ursula von der Leyen. Danke auch noch einmal an den Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands, an Friedrich März. Ich freue mich jetzt auf den nächsten Gast hier auf dieser Bühne. Auch sie ist eine starke Stimme in Europa. Seit 2022 sitzt sie den Abgeordneten im Europäischen Parlament vor. Jetzt werden wir neue Vertreterinnen und Vertreter in dieses Parlament wählen. Jetzt sagt sie sehr deutlich zu uns allen: Use your vote, nutzt eure Stimme am 9. Juni 2024. Ladies and Gentlemen, please give a warm welcome to the President of the European Parliament! Meine sehr verehrten Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir die Präsidentin des Europäischen Parlamentes, Roberta Metsola!

TAGESORDNUNGSPUNKT 7:

Grußwort der Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola MdEP

(Beifall und Musik)

Roberta Metsola: Lieber Friedrich Merz, Präsidentin von der Leyen, liebe Ursula, lieber Markus Söder, lieber Manfred Weber, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde, danke, dass ihr mich eingeladen habt, heute zu euch zu sprechen. Lasst mich euch sagen: Hier und heute bei euch zu sein, gibt mir Hoffnung in unsere Kraft, die proeuropäische konstruktive Mitte weiter zu stärken und einen Weg zu einem stärkeren, effektiveren und effizienteren Europa für die nächsten fünf Jahre zu ebnen.

(Beifall)

Aber, wie man sagt: Hoffnung ist mächtig, aber allein ist sie noch keine Strategie. In etwas mehr als vier Wochen sind 400 Millionen Europäer zur Wahl der 720 Mitglieder des Europäischen Parlament aufgerufen, die die Zukunft Deutschlands und Europas mitbestimmen. Gemeinsam mit Abgeordneten habe ich viele Mitgliedstaaten besucht, heraus aus der Brüsseler Blase, um mit den Menschen zu sprechen, mit der Industrie und Mittelständlern, mich mit unseren jungen Leuten zusammenzusetzen, zuzuhören und sie davon zu überzeugen, wählen zu gehen. Wir hören überall dieselben Sorgen. Überall auf unserem Kontinent sorgen sich die Menschen um Sicherheit, um Arbeitsplätze, darüber, wie sie es sich leisten können, eine Wohnung zu mieten, geschweigen denn zu kaufen, über Armut und soziale Ausgrenzung, über die Stärkung der Wirtschaft und die Sicherung des Wohlstands. Sie machen sich Sorgen um Extreme und unsere Fähigkeit, die Mitte der Gesellschaft zu stärken und unsere konstruktive Erzählung voranzubringen. Sie verstehen nicht, warum Bürokratie sie behindert, das Beste aus Europa zu machen. Jeder kennt einen Bauern, weiß um deren Sorgen und was das für die Sicherheit der Ernährung unseres Kontinents bedeuten kann. Sie sorgen sich um ihre Zukunft. Trotz aller Kritik glauben die Menschen an Europa und an unsere Fähigkeit, die Probleme zu lösen, mit denen wir alle konfrontiert sind. Sie wollen ein Europa, dass ihr Leben ein bisschen einfacher, ein bisschen sicherer, ein bisschen wohlhabender macht. Das sind die Themen auf dem Wahlzettel: die Sorgen der Menschen und die Erwartung, dass wir uns darum kümmern. Ihr könnt sicher sein: Die Menschen werden uns auf die Finger schauen, ob wir liefern. Wir können das, wir müssen das und wir werden es tun.

(Beifall)

Wir haben Antworten, nicht in denen wir unsere Mitbewerber replizieren, sondern in denen wir klar benennen, dass wir die richtigen Rahmenbedingungen schaffen

können, die die Menschen brauchen, indem wir die Notwendigkeit einer Politik der Mitte bekräftigen, die unseren Kontinent vorangebracht hat. Bei unserer Vision ging es nie darum, alle gleich zu machen. Wir schätzen unsere Unterschiede, unsere einzigartigen Traditionen, Sprachen und Kulturen. Wir wollen, dass Europa einen Mehrwert schafft, wo es kann und wo es soll. Wir wissen, dass darin die wahre Stärke liegt. Wir sind die Innovatoren, die Erbauer. Wir wollen nicht zerschlagen, wie einige andere es tun, die schwache Lösungen für schwierige Probleme anbieten, in einem verzweifelten Versuch, politischen Gewinn zu erzielen. Wir sind die Problemlöser, die aus den Trümmern zweier Weltkriege den europäischen Traum verwirklicht haben. Wir finden Lösungen, wir sehen den Wert von Kompromissen, nicht aus Schwäche, sondern weil wir verstehen, dass es Vorteile für alle bringt, wenn wir zusammenarbeiten.

(Beifall)

Daran glauben wir und das zeichnet uns aus. Anstatt uns dafür zu entschuldigen, sollten wir es annehmen. Es ist an der Zeit, unser Erbe zu würdigen und die Mitte zurückzuerobern. So begegnen wir den falschen Narrativen der Extremen. So können wir das Vertrauen der Bürger in ein Europa erneuern, das ihre Interessen ernst nimmt und Lösungen liefert. So können wir sie davon überzeugen, dass Europa wichtig ist, dass ihre Stimme wichtig ist, dass ihre Stimme zählt und dass sie zur Wahl gehen. Wir haben noch 30 Tage für unsere Botschaft und ich bin sicher, dass uns dann das gelingt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es werden die nächsten Schritte entschieden, um Europa wettbewerbsfähig zu machen. Wie kann sichergestellt werden, dass der grüne und digitale Wandel Arbeitsplätze und eine Zukunft in Würde schafft? Wie kann man die Inflation zurückdrängen? Wie können unsere Volkswirtschaften wachsen und unsere Schulden zurückgezahlt werden? Wie sind wir besser in der Lage, die Auswirkungen des Klimawandels abzumildern, ohne jemanden zurückzulassen? Wie können wir unseren Platz in der Welt inmitten geopolitischer Spannungen behaupten, während der Iran die Instabilität im Roten Meer und im gesamten Nahen Osten anheizt und eine unsere wichtigsten Handelsruten blockiert? Wie reagieren wir auf den wachsenden Druck aus China und die Spannungen im Südpazifik? Die Diskussion über die europäische Wettbewerbsfähigkeit ist nicht mehr allein für die Wirtschaft wichtig. Es ist eine der drängendsten Fragen für die Herausforderungen dieses Jahrzehnts geworden. In den letzten Jahren haben wir einen Wandel in der Art und Weise gesehen, wie globale Wirtschaftsmächte, Europa, China, Indien, die Vereinigten Staaten, ein aufstrebendes Afrika und ein wieder auflebendes Südamerika,

miteinander interagieren und handeln und wie diese Mächte ihre eigenen Industrien gegenüber Europa betrachten. Wir müssen Europas Einfluss auf der globalen Bühne stärken. Unsere Strategie für das Wachstum unserer Wirtschaft muss den Entwicklungen in der Welt Rechnung tragen. Der amerikanische Inflation Reduction Act hat uns gezeigt, wie dringend dies ist. Wenn es um China geht, ist es eine gute Strategie, unsere Handelsbeziehungen neu auszubalancieren. Es wird höchste Zeit zu reagieren, wenn unfairer Wettbewerb unsere Unternehmen beschädigt und verdrängt. Gleichzeitig müssen wir Europa darin stärken, unabhängiger gegenüber den Vereinigten Staaten zu werden. Hier sollten wir keine politischen Mauern errichten.

(Beifall)

Unsere Wirtschaft ist im Laufe der Jahre gewachsen, weil wir für das Gegenteil standen: offenen, fairen Handel, der auf internationalen Regeln aufbaut; Erweiterung unseres Networks von Handelsabkommen mit Partnern weltweit durch den Abschluss und die Ratifizierung der Abkommen, an denen wir bereits arbeiten. Hier müssen wir unsere Bemühungen verstärken.

(Beifall)

Zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit ist auch eine Vertiefung des Binnenmarktes erforderlich. So steigern wir die Produktivität und beschleunigen Investitionen in unsere eigenen industriellen Kapazitäten. Wir verringern strategische Abhängigkeiten und unterstützen gleichzeitig das Wirtschaftswachstum. Das ist wahre strategische Autonomie.

(Beifall)

In der Praxis erfordert das mehr Anstrengungen für vergleichbare Wettbewerbsbedingungen. Wir sind weltweit führend bei der Verpflichtung auf ehrgeizige Ziele und deren Umsetzung. Wir können darauf durchaus stolz sein. Aber wir sollten nicht vergessen, dass übermäßiger Belastungen und Bürokratie Fortschritt auch bremsen können. Jede Verordnung für sich kann durchaus gerechtfertigt sein. Aber wir müssen erkennen, wann es in der Summe zu viel wird.

(Beifall)

Zu viel für die Bürger, zu viel für die Landwirte, zu viel für die Industrie. Es geht darum, die richtige Balance zu finden. Das bedeutet, mehr zuzuhören und genauer zuzuhören. Es bedeutet, sicherzustellen, dass sich das bevorstehende Mandat auf die Umsetzung konzentriert. Es bedeutet auch, ehrlich zu sein, ob wir zu schnell gegangen sind oder wo wir auch noch weiter gehen müssen. Ohne dieses Gleichge-

wicht wird es nicht funktionieren. Schlimmer noch, es besteht die Gefahr, dass immer mehr Menschen an den Rand gedrängt werden. Ironischerweise genau in dem Moment, in dem wir den Menschen die Menschen auffordern, für Europa einzustehen. Das können wir nicht zulassen.

(Beifall)

Ein weiteres Hindernis für das Wirtschaftswachstum ist die Fragmentierung unserer Finanzsektors und insbesondere Hindernisse für den Kapitalfluss in unserer Union. Das ist nicht Neues, aber sicherlich etwas, das eine neue Dringlichkeit bekommen hat. Wir wollen die richtigen Rahmenbedingungen für den Verbleib und die Entwicklung unserer Unternehmen in Europa schaffen. Wenn es uns damit aber ernst ist, dann müssen wir auch eine echte Diskussion führen, wie wir unsere Banken- und Kapitalmarktunion vollenden. BioNTech und Curevac, zwei sehr erfolgreiche deutsche Unternehmen, haben sich für den Börsengang in New York entschieden. Wir dürfen nicht zulassen, dass wir sie verlieren.

(Beifall)

Es ist eine Frage politischen Willens, in dieser neuen Ära unserer Union braucht Europa Deutschland in seiner besten und stärksten Form. Da Deutschland über die größte Volkswirtschaft und einen der stärksten Bankensektoren in unserer Union verfügt, wird Europa von Deutschland erwarten, dass es Führung übernimmt.

(Beifall)

Ich möchte an dieser Stelle eurem Vorsitzenden Friedrich Merz dafür danken, dass er bereits den Takt vorgegeben und starke Vorschläge dazu gemacht hat. Vielen Dank, lieber Friedrich für deine Führung, deine Vision und dein Engagement.

(Beifall)

So können wir Europa wieder auf seine Bürger ausrichten und zeigen, dass unser Projekt leistungsfähig ist. Wir können zeigen, wie wir die wirklichen Probleme angehen und die Belastungen abbilden können, mit denen Unternehmen und Familien in ganz Europa konfrontiert sind, die Schwierigkeiten haben, mit höheren Preisen, unsicheren Immobilienmärkten und teurerer Energie bis zum Monatsende durchzukommen. Wir müssen langfristig Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftliche Sicherheit und Führung auf der globalen Bühne sicherstellen. Natürlich können wir nicht über Sicherheit oder die Rolle Europas in der Welt sprechen, ohne die Situation an unseren Grenzen zu erwähnen. Russland setzt seine illegalen und wahllosen Angriffe auf die Ukraine weiterhin fort. Wir haben der Ukraine bereits umfangrei-

che politische, diplomatische, humanitäre, wirtschaftliche und militärische Hilfe geleistet. Eine Unterstützung, für die ich der CDU und ihren Europaabgeordneten, von denen ich heute viele hier sehe, besonders dankbar bin.

(Beifall)

Aber unsere Unterstützung für die Ukraine kann nicht nachlassen. Tapferkeit allein kann ein Land nicht vor Drohnen und Raketen schützen. Deshalb müssen wir die Lieferung von Ausrüstung beschleunigen und intensivieren, die die Ukraine zur Aufrechterhaltung ihrer Verteidigung, einschließlich der Luftverteidigung, benötigt. Denn Russlands Krieg ist nicht nur eine Bedrohung für die Ukraine, sondern eine Bedrohung für Europa. Die Schaffung einer neuen europäischen Verteidigungsarchitektur ist auch in diesem Sinne zu einem zentralen Projekt geworden. Ein Rahmen, der die NATO ergänzt, ohne mit ihr zu konkurrieren. Wir haben erste Schritte unternommen, indem wir unsere Verteidigungsfähigkeit gestärkt und unsere Kapazitäten erhöht haben. Wenn wir jedoch den Schutz der Bürger garantieren wollen, brauchen wir eine gemeinsame Strategie für die Verteidigung der Union, die alle Besonderheiten der Verfassungen der Mitgliedstaaten berücksichtigt. Zur Sicherheit gehört auch der Schutz vor Spionage. Die Wahlen sind nur noch wenige Wochen entfernt. Wir erleben jetzt in vielen Staaten Versuche von Akteuren, die dem europäischen Projekt feindlich gegenüberstehen, Desinformation, Falschinformationen und Propaganda voranzutreiben. Diese nehmen verschiedene Bereiche unserer Gesellschaft und unserer Gemeinschaften ins Visier, um falsche Narrative über Europa zu verbreiten. In diesem Ausmaß haben wir das bei Europawahlen noch nie zuvor gesehen. Das Europäische Parlament kann hier helfen und Grundlagen schaffen, so wie wir es beim Gesetz über digitale Dienste, beim Gesetz über künstliche Intelligenz und darüber hinaus getan haben. Aber es braucht auf die Aufmerksamkeit und das Bewusstsein der Bürger, der Politik und der Medien. Wir müssen bereit sein, dem Ausmaß der Bedrohung gerecht zu werden. Täuschen Sie sich nicht, die Bedrohung ist hoch. Meine Damen und Herren, es ist wahr, dass die Herausforderungen zahlreich sind, aber wer von uns wäre vor fünf Jahren in der Lage gewesen, die Menge und die Schwere der Krisen vorherzusagen, mit denen wir konfrontiert waren. Wir mussten diesen Krisen gleichzeitig begegnen, wo normalerweise jede einzelne von ihnen unsere ganze Kraft verlangt hätte. Dies, meine Damen und Herren, ist nicht zuletzt der Führung von Ursula von der Leyen und ihrer Fähigkeit zu verdanken, –

(Beifall)

– die Europäische Kommission durch Krisen zu steuern und gestärkt daraus hervorzugehen. Er war nicht einfach. Tatsächlich haben wir eine Finanzkrise und eine

Pandemie überwunden. Wir haben den Brexit bewältigen müssen und neue Wege nach vorne gefunden. Wir haben uns entschieden gegen die illegale und brutale Invasion Russlands in der Ukraine eingesetzt. Wir haben schwierige Entscheidungen getroffen, um unsere Abhängigkeit von unzuverlässigen Akteuren zu verringern. Wir haben unsere Nachbarn näher zu uns gebracht und damit den Grundstein für die kommenden Jahre gelegt. Hier möchte ich mich besonders bei meinen Kollegen und Freunden in der CDU-Delegation bedanken: Vielen Dank, Daniel Caspary, für deine Arbeit und die enge, vertrauensvolle Kooperation als Leiter der CDU-Delegation, danke, Daniel.

(Beifall)

Vielen Dank, Ursula von der Leyen, für deine Führung und Freundschaft. Und vielen Dank an Manfred Weber als Vorsitzender der EVP für seinen Einsatz in schwierigen Zeiten.

(Beifall)

Die Fraktionskollegen konnten sich auf Orientierung und Führung von euch verlassen, auf Unterstützung und Stärkung bei der Umsetzung unserer Agenda. Ich bin dankbar für alles, was sie getan haben, danke.

(Beifall)

Wir haben heute eine Union, die stärker ist als vor fünf Jahren. Stärker aufgrund und nicht trotz der Herausforderungen, vor denen wir standen. Stärker, weil wir uns anpassen konnten. Stärker, weil die konstruktive proeuropäische Mitte gemeinsam agierte. Daher bin ich zuversichtlich, dass wir in die kommende Legislaturperiode noch stärker hineingehen werden, vielen Dank.

(Anhaltender, lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Liebe Roberta, herzlichen Dank für deine großartige Rede, herzlichen Dank dafür, dass du auf Deutsch gesprochen hast.

(Lebhafter Beifall und Zurufe)

Herzlichen Dank für deine großartige Arbeit als Präsidentin im Europäischen Parlament. Du kommst aus einem sehr kleinen Mitgliedsland der Europäischen Union, aus Malta, aber wir Deutsche haben uns immer auch und ganz besonders an der Seite der kleinen Mitgliedstaaten der Europäischen Union gefühlt. Wir freuen uns, dass du hier bist, und wir freuen uns noch mehr, wenn die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament wieder die stärkste Fraktion wird im Europäischen Parlament

und du Parlamentspräsidentin bleiben kannst. Auch dafür werden wir in Deutschland kämpfen und werden dich dabei nach Kräften unterstützen. Ganz, ganz herzlichen Dank für deinen Besuch heute hier bei uns in Berlin.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Thank you so much, Roberta Metsola, vielen Dank. Wir sprechen heute über Freiheit, über Sicherheit und auch über Wohlstand. Über Letzteres möchte ich gerne mit meinen nächsten beiden Gästen sprechen. Über Wohlstand, der sich ja auch in Wettbewerbsfähigkeit begründet. Die beiden Herren, die ich jetzt zu mir bitte, haben jeweils tagtäglich mit dieser Thematik zu tun, und ich bitte jetzt auf die Bühne: Bitte begrüßen Sie mit mir sehr herzlich den CSU-Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, Dr. Markus Söder –

(Beifall)

– und den Präsidenten der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Rainer Dulger. Herzlich willkommen!

(Beifall und Musik)

Ich würde gerne mit Ihnen starten, Herr Dulger. Erstmal: Schön, dass Sie da sind, willkommen.

Dr. Rainer Dulger: Danke, dass ich hier Gast sein darf.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Sehr gerne. Was bedeutet denn, ganz global gesehen, Europa für die Unternehmen?

Dr. Rainer Dulger: Europa bedeutet für uns Unternehmer ein fantastischer Wirtschaftsraum, der uns neue Möglichkeiten eröffnet hat. Es bedeutet 70 Jahre Frieden, es bedeutet aber auch Stabilität und Rechtssicherheit. Natürlich ist in den letzten Jahren einiges nicht so gut gelaufen, wie wir Unternehmer uns es gewünscht hätten. Aber es ist für uns der Garant, dass wir weiterhin eine starke Exportnation bleiben können und auch weiterhin in einer friedlichen Umgebung leben können. Deswegen ist für mich als Unternehmer Europa extrem wichtig.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Sie haben kürzlich in einem Gastkommentar im Handelsblatt das so beschrieben: „Die Europawahl bietet eine Chance für einen Kurswechsel." Was haben sie damit gemeint?

Dr. Rainer Dulger: Das tut sie. Wir müssen sehen, dass die Umgebung Europas sich verändert hat. Frau von der Leyen hat es schon ausgeführt. Wir sind neuen Bedro-

hungen ausgesetzt. Wir finden uns in neuen Wettbewerbssituationen, und daran müssen wir unser Europa anpassen. Es ist doch nur verständlich, dass jetzt gerade durch diese Wahl diese Herausforderungen noch einmal deutlich herausgestrichen werden und wir diese aber auch annehmen müssen. Wir müssen etwas verändern. Europäer, Europa muss wieder dynamischer werden. Es muss digitaler werden, es muss schneller werden, weniger Bürokratie, mehr Außenhandelsabkommen. Wir müssen über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sprechen. Alles das habe ich hier heute gehört in Ihrer Rede, Frau von der Leyen. Deswegen ist es ganz wichtig, dass wir alle zur Wahl gehen und verstehen, dass wir dieses Europa weiterentwickeln müssen, verändern müssen, dass alles so bleibt, wie es ist.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Herr Söder, Frage an Sie: Was bedeutet Europa denn für unseren Wohlstand?

Dr. Markus Söder, Vorsitzender der CSU: Ohne dieses Europa wäre unser Wohlstand nicht sicherbar. Man muss eines sehen: Während wir in den Gründungsphasen drüber geredet haben, wie können wir unseren Binnenmarkt ausbauen, der für uns existenziell ist, für uns in Bayern, wir können unsere großartigen Autos nicht nur in Niederbayern verkaufen, wir brauchen unter anderem diesen großartigen Binnenmarkt. Oder: Wir haben in Europa Frieden. Warum wollen so viele Länder in die Europäische Union? Weil sie die Chance auf dauerhaften Frieden und auch den dauerhaften Schutz vor anderen sehen. Deswegen ist es für uns wichtig. Aber die Wahrheit ist auch – ich habe es auch gestern gesagt – wenn man die globale Situation anschaut, wenn wir den Wettbewerb, den internationalen, sieht, die Herausforderungen, China, Indien die Vereinigten Staaten, Russland sowieso, dann brauchen wir eine gemeinschaftliche Plattform. Am Ende wird es nie reichen, wenn wir nur untereinander jeder versucht, in der Welt ein Standortfähnchen zu markieren. Die großen Länder machen das beispielsweise, auch die Regionen in Deutschland, aber das reicht nicht. Wir brauchen diese europäische Plattform, um am Ende ein Ansprechpartner in der Welt zu sein. Deswegen ist die Europäische Union unsere Heimat, unsere Schutzburg, unsere Plattform, unser Sprungbrett, ökonomisch, gesellschaftlich und sozial. Deswegen sind wir für Europa und nicht wie die anderen gegen Europa.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Herr Dulger, Sie haben es gerade schon ein bisschen angesprochen: Die Union sagt ja, Europa da mehr, wo es was nützt, und da weniger, wo es halt vielleicht auch einschränkt. Wo brauchen denn die Unternehmen mehr Europa und wo genau brauchen Sie vielleicht auch weniger?

Dr. Rainer Dulger: Ich glaube, das ist relativ deutlich zu sehen: Wir brauchen auf jeden Fall weniger Bürokratie, weniger Dokumentation, weniger Nachweispflichten. Was wir brauchen, mehr brauchen, ist unternehmerische Freiheit. Der Staat, das Europa muss uns einen Rahmen schaffen, in dem wir wettbewerbsfähig, wirtschaftlich agieren können. Das Thema Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes Deutschland muss auch wieder ganz oben auf die Agenda der politisch Verantwortlichen und des politischen Handelns. Hier in dem Parteiprogramm habe ich vieles davon wiedergefunden. Wir haben zehn Punkte formuliert in den Verbänden in Deutschland, aber auch für Europa. Viele dieser Punkte finde ich in Ihrem Parteiprogramm wieder, das macht mir Mut. Denn wir müssen Europa weiterentwickeln, und wir müssen einfach wieder schneller werden.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Was heißt, wir müssen einfach wieder schneller werden? Woran hapert es denn noch ganz konkret?

Dr. Rainer Dulger: Nun, es fängt ganz konkret damit an, egal ob Sie eine Fabrikhalle bauen wollen oder, egal was Sie als Unternehmer vorhaben, um in diesem Land oder in Europa unternehmerisch aktiv sein zu wollen, es führt durch einen Dschungel von Zulassungs- und Genehmigungsverfahren. Es dauert, je nachdem, was Sie vorhaben, endlos lange, bis sie so etwas bauen dürfen. Ich gebe ein Beispiel: Wenn Sie in Europa eine Edelstahlbeizerei bauen wollen, und Sie alle haben Edelstahlprodukte zu Hause, die müssen alle gebeizt werden, bis Sie durch dieses Genehmigungsverfahren durch sind, da wäre ich wahrscheinlich schon in Rente, und so kann es nicht weitergehen. Deswegen müssen wir das ändern. Frau von der Leyen, Sie haben uns Perspektiven eröffnet. Ich drücke Ihnen die Daumen, denn Erkenntnis ist noch kein Handeln. Wir müssen jetzt handeln in Europa, wir Unternehmer brauchen das.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Herr Söder, Sie sind auch durchaus bekannt fürs Handeln. Frau von der Leyen hat auch gerade gesagt „weniger vorschreiben, mehr vertrauen“. Wie können Sie denn, wenn Sie das hören, was Herr Dulger gesagt hat, die Wettbewerbsfähigkeit stärken? Was steht dazu im Programm?

Dr. Markus Söder, Vorsitzender der CSU: Der eine Teil ist schon, die Europäische Union ist in der Welt die stärkste Rechtssetzungsinstanz. Niemand hat so viele Verordnungen, Richtlinien, Gesetze gemacht wie die Europäische Union. Das ist ein Titel, über den man reden kann, ob er der größte und schönste der Welt ist. Ich finde ein bisschen weniger Initiative bei neuen Gesetzen würde guttun. Ich finde, Taxonomie hört sich gut an, weil, man denkt an Taxi, aber Anwälte, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer freuen sich schon drauf. Aber ich weiß nicht, ob es uns jetzt im Vergleich zu China und USA wirklich den ganz, ganz großen Schwung bringt. An eini-

gen Stellen mal durchlüften und vor allem nicht immer bis ins Kleinste regeln. Der große Rahmen ist gut gesetzt, aber die kleine Regelung, die nervt viele. Zumal – und das muss man ehrlicherweise sagen – wir eine Bundesregierung haben, die dann auch noch immer rumzürbelt. Oder wenn dann Europa mal wirklich gut ist, sagen wir in der Landwirtschaft, da hat Ursula von der Leyen es erreicht, beispielsweise mehr Flächenanbau zu genehmigen, dann kommt die deutsche Bundesregierung und sagt wieder: Nein, das ziehen wir wieder zurück und reduzieren. Jetzt sage ich es ganz nüchtern, und ich schließe nicht aus, dass dann auf den Ländern dann auch noch mal eine Verwaltungsvorschrift dazukommt, die meint, es anpassen zu müssen. Nehmen wir das Ganze ernst mit Entbürokratisierung, dann heißt es: weniger Gesetze, Gesetze abbauen, mehr Vertrauen zu haben, höhere Schwellenwerte zu haben, Freiheit in der Umsetzung und generell nicht nur eine Vorfahrt für den Klimaschutz, sondern endlich auch wieder mehr Vorfahrt für Mittelstand und Unternehmertum. Dann könnte es funktionieren.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Herr Dulger, Herr Söder hat es gerade schon angesprochen: Wie nehmen Sie denn Olaf Scholz wahr? Nehmen Sie ihn wahr als einen Bundeskanzler, der die Interessen der deutschen Wirtschaft in Brüssel vertritt? Oder auch in Deutschland?

Dr. Rainer Dulger: Ich habe gerade kürzlich an der Sorbonne in Paris die Rede von Emmanuel Macron miterleben dürfen, wie er sich für Europa ausgesprochen hat und auch die Veränderungen in Europa dargelegt hat und auch sehr gut erklärt hat, auch seine Maßnahmen dazu kundgetan hat. Ich glaube, dass die Bundesrepublik Deutschland zum Beispiel auf jeden Fall gemeinsam mit Frankreich hier etwas mehr Leadership zeigen müsste. Mir fehlt auch in Brüssel hier und da der Biss. Es könnte etwas konkreter zugehen in Brüssel. Da muss die Rolle Deutschlands stärker werden, das ist meine Wahrnehmung als Unternehmer. Wir sind eine wichtige Säule in Europa, die wir aber auch ausfüllen müssen. Gerade wenn es darum geht, Europa weiterzuentwickeln, ist Deutschland ein ganz wichtiger Gesprächspartner am Tisch. Wir müssen diese Rolle auch wahrnehmen. Das sollten wir unbedingt tun.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Herr Söder, Sie betonen von der CSU ganz naturgemäß das Bayerische. Bedeutet das, brauchen wir mehr Bayern in Brüssel?

Dr. Markus Söder, Vorsitzender der CSU: Das schadet auf keinen Fall, das kann man wirklich mal so sagen. Wir haben ja auch – also alle, die Brüssel kennen – dieses Parlamentsgebäude, ist, manche sagen, es ist schön. Es ist auf jeden Fall groß.

Aber das eigentliche Schmuckstück ist die bayerische Landesvertretung. Das ist der eigentliche Mittelpunkt. Wir sind da auch gern ein Ort für friedliche Gespräche, bieten es immer an. Wir Bayern sind ja, vom Kern aus, friedliche, friedliebende Menschen im Vergleich zu vielen anderen in Europa. Deswegen bieten wir das immer gerne an. Aber die Wahrheit ist jetzt: Wir haben mit Manfred Weber unseren Spitzenkandidaten in Bayern, aber auch den EVP-Chef, den EVP-Fraktionsvorsitzenden. Ich finde, das passt eigentlich sehr, sehr gut zusammen: er, Frau Metsola und natürlich Ursula von der Leyen an der Spitze. Das finde ich, ist schon ein ziemlich gutes Team. Wenn ich es jetzt mal vergleiche mit den anderen: Wer kennt eigentlich den sozialdemokratischen Spitzenkandidaten in Europa? Sie wahrscheinlich, da steht nix.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Da steht nichts.

Dr. Markus Söder, Vorsitzender der CSU: Ich weiß es auch nicht so genau. In Deutschland, gut, da kennt man die Frau Barley. Grüne, ganz ehrlich, ich wüsste es nicht. Der AfD-Mann, der hat eine Bekanntheit, aber den wollen wir auf keinen Fall. Wenn ich das jetzt vergleiche, was wir heute auch erlebt haben mit den Reden, mit der Power, die dahintersteht, mit der Philosophie, und auch – und das ist jetzt ganz wichtig – mit dem Respekt, den man entgegenbringt. Wenn man Gespräche führt mit China, ich hatte selbst ja letzthin die Ehre, in China beim chinesischen Ministerpräsidenten zu sein, ja, wir Bayern haben da eine lange Tradition, ich kann nur eines sagen: Ursula von der Leyen ist da ein starker Name. Sie ist in der Welt ein starker Name. Wir wären jetzt auch in Deutschland, Europa wirklich dumm und doof, wenn wir diese Kontakte, diese Einflussmöglichkeit streichen und schlechter machen. Heute haben es einige gesagt, auch Friedrich, stelle man sich mal vor, ich erwarte jetzt auch endlich mal von den deutschen Parteien, auch der FDP, mit Frau Strack-Watzinger, glaube ich, jedenfalls ihrer engagierten Spitzenkandidatin.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Strack-Zimmermann.

Dr. Markus Söder, Vorsitzender der CSU: Danke, danke, Strack-Zimmermann, Entschuldigung, erwarte ich mal mehr nicht schimpfen über Ursula von der Leyen, ja, ich verwechsle immer alle, ist ja auch nicht so wichtig, –

(Beifall)

– sind ja nicht viele. Aber es wäre doch endlich mal notwendig, dass die sich einsetzen dafür, dass jemand aus Deutschland an der Spitze der Kommission bleibt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ein bisschen Patriotismus wäre doch an der Stelle angemessen, oder? Ich freue mich auch, dass Dortmund ins Champions-League-Finale kommt. Großen Respekt, ja. Wenn es gegen Bayern nicht klappt, ist

auch nicht schlimm, okay. Aber ich sag mal, dies fehlt mir ein bisschen. Dies fehlt mir in dem Europawahlkampf. Wir haben eine Europameisterschaft, wir stellen uns hin, wir wollen erreichen, dass am Ende Deutschland Europameister wird. Ziemlich genau da ist auch Europawahl. Dann sollte man doch als Deutsche auch mal zusammenstehen wie eine Frau, wie ein Mann, wie ein Team, auch hinter unserer Kandidatin. Die Welt respektiert Ursula von der Leyen. Ich finde, das sollten die deutschen anderen Parteien auch endlich tun, liebe Freunde.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Herr Dulger, noch eine Frage an Sie: Wenn Sie jetzt sich das basteln können: Was wäre denn für Sie die richtige Zukunft von Europa für die Unternehmen und für die Wettbewerbsfähigkeit?

Dr. Rainer Dulger: Nun, dass Europa wettbewerbsfähiger werden muss, wie sieht das aus, wie füllen wir das mit Inhalten? Wir haben eben schon drüber gesprochen: weniger Bürokratie, ein wichtiger Punkt ist Außenhandelsabkommen, die müssen wir unbedingt stärker vorantreiben, und wir müssen auch zusehen, dass der Rest der Welt nicht nur mit China und den USA Handelsabkommen schließt, sondern auch mit uns. Das ist für uns Mittelständler ganz wichtig, weil wir das alleine, aus eigener Kraft, auch national gar nicht tun können, ein wesentlicher Punkt. Das Zweite ist, wir sollten in Europa unbedingt eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik nach vorne tragen. Außenpolitik in dem Sinne, dass es auch Personen gibt, die Europa repräsentieren: Ich zitiere Henry Kissinger, der mal sagte: „Give me the Phone Number of the European President“. Genau da sollten wir hinfinden, dass wir eben als ein geeintes Europa dastehen und uns eben auch als solches empfinden. Dazu gehört aus meiner Sicht eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik, das ist alles hier schon gesagt worden. Mir geht es darum, dass Sie die Mehrheiten dafür finden, um das vorantreiben zu können, und dafür drücke ich ihnen die Daumen.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Eine abschließende Frage noch einmal an Sie beide. Wenn wir jetzt nochmal, gerne auch mit Wettbewerbsfähigkeit, aber wenn wir von den einzelnen Themen weggehen. Was bedeutet Ihnen ganz persönlich Europa, was verbinden sie damit? Sie dürfen gerne beginnen, wenn Sie möchten.

Dr. Markus Söder, Vorsitzender der CSU: Es ist einfach Heimat. Ich habe mal, sehr lange her, mit der Jungen Union eine Reise nach China gemacht. War total interessant. Eine der ersten Reisen, und dann fährt man so von Stück zu Stück und von Ort

zu Ort und von Region zu Region. Ist fasziniert, eine neue Welt. Irgendwann mal sind wir nach Hongkong gekommen. Es war irgendwie dann schon schön zu sehen, dass es da ein Hard Rock Café gibt. Das Erste, was man gesehen hat, da waren Amerikaner und Australier, und man fühlte sich wieder irgendwie wieder daheim in einer westlichen Gemeinschaft. Anschließend sind wir weitergefahren und waren in Shanghai im Hofbräuhaus. Jetzt muss ich sagen, die Chinesen interpretieren das Hofbräuhaus ein bisschen anders. Da gibt es Kakteen und Cowboyhüte, also, was warum man uns als Cowboy einschätzt, wir sind ja eigentlich das Gegenteil. Aber man spürte dann, da waren lauter Europäer. Man spürte so eine gemeinsame Idee. Dieses Gemeinsame, zum Beispiel unsere amerikanischen Freunde haben einen unglaublichen Pragmatismus, die schauen in die Zukunft. Wir leben auch mit unseren Traditionen, wir leben mit unseren Unterschieden, die machen uns erst stark, mit unseren Gewohnheiten, den Sprachen, den Dialekten, allein in Deutschland, dem Essen, der Vielfalt. Dies ist für mich irgendwie, ja –. Aber wenn ich in Urlaub fahr, denke ich nicht groß an die Welt, da denke ich eigentlich immer an Europa. Ich finde, dieser Kontinent ist eben nicht am Ende. Er hat nicht aufgegeben in der Geschichte. Er ist nicht einfach nur nach hinten gerückt. Ich glaube an unsere kulturelle Kraft, ich glaube an die gemeinsamen Werte, und ich liebe Europa, das kann ich wirklich sagen, Bayern natürlich am meisten, aber dann gleich Europa. Es ist einfach wunderbar, dass wir diese Chance haben, in diesem Kontinent zu leben. Ich wünsche mir einfach nur zwei Dinge: Dass wir auf der einen Seite in Freiheitsraum sind, und nicht wie wir als Kinder, wo wir so stundenlang am Brenner stehen mussten, aber dass das auch wieder ein bisschen mehr Schutzburg wird. Denn ich finde, als Bürger in Europa möchte man von diesem Europa die Freiheit haben, man möchte aber auch die Sicherheit und den Schutz haben. Wenn beides gewährleistet ist, dann hat der Kontinent eine große Zukunft.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Herr Dulger.

Dr. Rainer Dulger: Was mir an Europa besonders gefällt, ist, dass es so viele Gesichter hat. Das ist für mich als jemanden, der in einem Europa aufgewachsen war, das noch, ich sagte mal, nicht geteilt, aber getrennt war. Ich bin als Sohn eines Unternehmers aufgewachsen. Ich war oft mit meinen Eltern im europäischen Ausland unterwegs. Die beste Erinnerung habe ich an diesen Koffern, die mein Vater damals dabeihatte. Da waren diese Kunstlederetuis von der Sparkasse drin, mit dem Reißverschluss obendrauf, viele von Ihnen kennen die vielleicht noch. Da waren vier verschiedene Währungen drin, nur wenn wir für ein paar Tage losfuhren. Da waren Schweizer Franken drin, französische France, D-Mark und italienische Lire. Die ita-

lienische Lira, viele von Ihnen können sich daran sicher erinnern, wenn sie losgefahren sind, bis sie zurückkamen waren die nur noch die Hälfte wert. Diese Zeiten haben wir Gott sei Dank alle hinter uns gelassen. Für uns Unternehmer war dieses Europa eine Katastrophe. Kaum hatten Sie in einer ihrer ausländischen Niederlassungen auch nur eine Mark verdient, ist die Währung dort abgewertet worden, und das Geld war wieder weg. Dieses Europa haben wir stabilisiert. Ich habe mir das als Junge gewünscht. Ich habe gedacht: Mein Gott, wie stark könnte diese Region sein, wenn wir alle geeint wären? Ich war mit meinem Vater in Amerika. Sie können dort vier Stunden ins Flugzeug steigen, irgendwo hinfliegen, Sie haben die gleiche Sprache, und Sie haben die gleiche Währung. Ich habe das damals bewundert. Heute haben wir das alles in Europa. Wir haben zwar nicht die gleiche Sprache, aber wir haben die gleiche Währung, wir haben offene Grenzen, wir haben ein Gemeinschaftsgefühl, und wir haben 70 Jahre Frieden in dem Schlachthaus Europa geschaffen. Darauf sollten wir stolz sein, und das sollten wir jetzt auch in die Zukunft tragen. Deswegen bin ich genauso wie mein Nachbar ein großer Europafan, weil ich noch miterleben durfte, was es heißt, wenn Europa nicht geeint ist.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Herr Söder, ich habe doch noch eine abschließende Frage an Sie. Und zwar: Die Begeisterung für Europa spricht bei Herrn Dr. Dulger aus seinen Worten, die spricht aus Ihren Worten. Wie kann denn die Union diese Begeisterung auch noch mal weitertragen an die Menschen, die vielleicht noch Begeisterung dafür brauchen?

Dr. Markus Söder, Vorsitzender der CSU: Es stimmt schon, wenn wir ehrlich sind, dass die Begeisterung, auch in diesem Wahlkampf, nicht automatisch auf jeden überspringt. Muss man ganz ehrlicherweise sagen. Wenn wir jetzt die Bundestags- oder Landtagswahl hätten, ein paar Wochen vorher, da wäre mehr Flimmern in der Luft. Für die einen ist es so, weil es ihnen schon selbstverständlich ist. Die glauben gar nicht, dass es gefährdet ist. Denen muss man erklären, was die Gefährdung ist. Aber ich glaube, für die anderen spielt es auch ein bisschen eine Rolle, dass auch manchmal die mediale Berichterstattung aus Brüssel sehr weit weg wirkt. Also die Dinge sind schwerer zu greifen. Deswegen sollten wir versuchen, stärker zu erklären, sollten es auf Personen darstellen. Darum freue ich mich auch nochmal abschließend, da gerade mit Ursula von der Leyen, aber auch mit den ganzen Europaabgeordneten, die wir haben, das zu transportieren und zu zeigen, wer wir sind. Dies ist schon wichtig, dass nicht nur ein Bild eines Europaparlaments kommt, das quasi so weit weg wirkt, sondern das sind alles Menschen, Personen, Frauen und Männer aus den Regionen aus ganz Deutschland, zum Anfassen, zum Ansprechen.

Die sind alle wie wir, die haben alle die gleiche Geschichte, alle die gleichen Ideen. Deswegen sollte man die letzten Wochen zeigen: Europa ist nicht nur eine Idee, Europa hat, wie Sie schön gesagt haben, viele, viele Gesichter, bei der Union die schönsten, und das sollte man den Menschen auch noch mal sagen und deutlich zeigen. Dann wird es gut.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Super Schlusswort, vielen Dank.

(Beifall)

Ganz herzlichen Dank an Sie beide, Markus Söder, Rainer Dulger. Ganz herzlichen Dank. Jetzt bitte ich noch einmal die Band „Noble Composition" auf die Bühne, die uns noch einmal musikalisch unterstützen. „Noble Composition", bis gleich.

(Musik)

Vielen Dank. Rund 65 Millionen Menschen sind in Europa aufgerufen zur Wahl. 4,8 Millionen davon sind Erstwähler und 1,5 Millionen wiederum davon sind 16 und 17. Das heißt, wir sprechen jetzt über die Perspektiven der jungen Generation auf Europa, denn die haben vielleicht nochmal ganz andere Erwartungen und ganz andere Herausforderungen. Dazu möchte ich gleich begrüßen die Vertreterinnen und Vertreter der Jugendorganisationen der Union. Zuerst bitte ich zu mir auf die Bühne den Bundesvorsitzenden der Jungen Union Johannes Winkel.

(Beifall und Musik)

Johannes, als Erstes möchte ich gerne von dir auch wissen: Was bedeutet Europa für dich?

Johannes Winkel: Ich glaube, Europa ist für die junge Generation ehrlicherweise die einzige Chance, dass wir in Zukunft überhaupt noch wahrgenommen werden. Wir sehen momentan, Deutschland ist noch ein starker Spieler, international. Die Ampel tut alles dafür, dass es nicht mehr so ist. Aber noch sind wir ein starker Spieler, international. Aber wenn wir 30, 40, 50 Jahre nach vorne schauen, allein schon aufgrund der demografischen Entwicklung, werden wir sehen, dass uns allein überhaupt gar keiner ernst mehr ernst nehmen wird, dass wir gar nicht mehr mitreden dürfen. Das heißt, in 30, 40, 50 Jahren brauchen wir ein starkes Europa, um überhaupt noch mitreden zu dürfen bei den großen Fragen der Zeit. Ehrlich gesagt, Konrad Adenauer hat das 1949 schon gesagt: Das Endziel irgendwann mal müssen die Vereinigten Staaten von Europa sein. Ich finde, das ist nach wie vor eine Position, die der CDU und der Union insgesamt guttut.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Die Junge Union hat eine Kampagne, die heißt „Zeit für Optimisten". Brauchen wir auch, und über Zuversicht wurde ja hier schon viel gesprochen auf dem Parteitag. Brauchen wir auch für Europa Optimisten?

Johannes Winkel: Ja, wir sehen gerade, dass wir in ein Zeit leben, wo die politischen Parteien wahnsinnig viel Stimmung schüren mit Angst. Von der AfD wurde das, glaube ich, schon hinlänglich beschrieben bei diesem Parteitag. Aber ich will das auch noch mal erläutern, was die Sozialdemokraten gerade in diesem Europawahlkampf machen. Die Sozialdemokraten in diesem Europawahlkampf machen eine Angstkampagne: Angst vor der Auseinandersetzung mit Putin. Sie hoffen, die Deutschen über die Angst zu sich zu treiben. Wenn man sich jetzt nochmal die „Wiederwahl", sage ich ganz ausdrücklich, von Putin anschaut, und dann glaubt, man könnte mit ihm verhandeln – und Rolf Mützenich und andere Sozialdemokraten sagen dann: „Wir müssen jetzt diesen Krieg einfrieren" – dann kann ich nur sagen: Liebe Sozialdemokraten, ihr müsst euer Hirn auftauen, denn das wird mit diesem Putin nichts.

(Beifall)

Insofern müssen wir raus aus dieser Angstspirale in der deutschen Politik. Wir als Junge Union haben gesagt: Wenn wir uns ein Motto geben, nachdem der neue Bundesvorstand gewählt wurde, wenn wir uns ein Motto geben und in einer Zeit leben, in der so viele Politiker mit Angst operieren, dann sagen wir, das Motto der Jungen Union Deutschlands ist: „Es ist Zeit für Optimisten". Ich finde, das ist generell für die Politik ein gutes Motto.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Vielen Dank. Zeit für Optimisten und Optimisten für Europa. Aber wie schauen denn Optimisten auf Europa?

Johannes Winkel: Wir haben gerade eine Studie gesehen: Was interessiert denn junge Leute am meisten? Das sind nicht irgendwelche abgespackten Themen, sondern das sind ganz handfeste Themen: Das sind das Thema Zuwanderung, Migration, das ist aber auch das Thema Energie und wirtschaftliche Entwicklung. Da muss man doch auch eines mal ganz klar sagen, was Ursula von der Leyen abgrenzt, zum Beispiel von jemandem wie Olaf Scholz. Ganz Deutschland redet über das Thema Migration. Der Kanzler macht gar nichts, seit zweieinhalb Jahren. Ursula von der Leyen fährt nach Tunesien und verhandelt und macht mal was. Das würde ich mir auch vom deutschen Bundeskanzler wünschen, dass er einfach mal was macht. Einfach mal Gespräche sucht und die Handlung sucht. Das zweite Thema, das wird ja oft diskutiert, ist der Klimaschutz. Auf der europäischen Ebene haben wir dank

Ursula von der Leyen die Kernkraft, die klimaneutrale Kernkraft als grüne Energie eingestuft. Was macht die Ampel in Deutschland? Sie fährt die klimaneutrale Kernkraft runter und fährt die eben nicht klimaneutralen, die klimaschädlichen Gaskraftwerke und Kohlekraftwerke hoch. Am Ende des Tages muss ich sagen: Wir müssen vor allen Dingen in der Politik ins Machen kommen. Ich freue mich darüber, dass von Ursula von der Leyen, dass von Manfred Weber auf der europäischen Ebene so viele klare Impulse ausgehen. Darum geht es.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Du hast jetzt schon ein, zwei Themen genannt. Welche Themen habt ihr denn als Junge Union noch, die für euch besonders wichtig sind, gerade im Hinblick auf Europa?

Johannes Winkel: Das ist das Thema Migration, ehrlicherweise, das ist ein Mega-Thema. Aber ein anderes Thema was gestern bei der ganzen Wehrpflichtdebatte vielleicht ein bisschen untergegangen ist. Es gab einen anderen Antrag der Jungen Union, der auch durchgegangen ist und der heißt „Die Verteidigung Europas sehen wir langfristig in einer europäischen Armee". Ich finde, das wäre auch ein ganz, ganz wichtiges Zeichen für Europa. Wir haben jetzt jahrelang gesagt: Na ja, die Zeit der Kriege ist irgendwie vorbei. Die Bundeswehr stellen wir vielleicht so auf, dass wir mal 2.000, 3.000 Jungs in irgendeinen Einsatz irgendwohin schicken. Aber das ist ja leider Gottes vorbei. Deswegen ist uns ganz wichtig: Wir leben in einer Demokratie, alle reden davon, wir müssen Demokratien auch verteidigen können, aber wir sagen eben, wie wir es machen wollen. Deswegen ein ganz wichtiges Thema für uns ist eben die europäische Armee als Ziel für die Europäische Union.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Dann schon mal einmal danke an dich. Bleib bitte bei mir, denn jetzt bitte ich auch die Vertreterinnen und Vertreter der weiteren Jugendorganisationen der Union zu mir. Das sind namentlich die Bundesvorsitzende des Jungen Wirtschaftsrates, Caroline Bosbach, dann die Bundesvorsitzende der Schüler Union, Feodora Lüdemann, der Bundesvorsitzende des Rings Christlich-Demokratischer Studenten, Lukas Honemann, und der Bundesvorsitzende der Jungen Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, Benedikt Groß. Hallo, kommt zu mir, so, wir können uns noch ein kleines Stückchen verteilen. Genau, ich kann hier auch noch mal ein Stück rübergehen. Genau, so sind wir auch alle noch für alle zu sehen. Hallo, schön dass ihr da seid. Bevor wir gleich anfangen zu sprechen, ist das der Moment, meine lieben Damen und Herren, wo sie wieder aktiv werden dürfen. Denn wir möchten natürlich auch von Ihnen gerne wis-

sen: Was bedeutet für Sie Europa. Damit das funktioniert, die Ersten zücken schon die Handys, ich sehe es genau, machen wir das per Slide. Sie sehen hinter mir, für diejenigen, die es vielleicht noch nicht kennen, den QR-Code. Den können Sie einfach und sicher einscannen, dann taucht auf Ihrem Handy die Frage auf: „Was bedeutet für Sie Europa?“, und ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dann das Wort als Antwort schreiben, ein Wort, was es am Ehesten trifft. Das Ganze wird dann gleich in einer Wortwolke wieder hinter uns auftauchen, als Ergebnis. Dann können wir ja hier noch mal ein bisschen drüber sprechen. Dann danke ich Ihnen schonmal. Sie sind beschäftigt. In der Zwischenzeit möchte ich natürlich aber auch gerne von euch anderen wissen: Was bedeutet denn für euch Europa? Wenn ihr es hinbekommt, auch gerne in einem Wort. Wir können gerne bei Caroline beginnen.

Caroline Bosbach: Ein Wort, schwierig, aber gerne in aller Kürze: dass die Menschen nicht mehr mit Waffen aufeinander zu, sondern in Freundschaft eben zueinanderkommen.

Benedikt Groß: Für mich ist es als Saarländer ganz klar: Reisefreiheit.

Lukas Honemann: Ein Wort schaffe ich nicht ganz, aber zwei, und zwar: grenzenlos studieren.

Feodora Lüdemann: Verschiedene Kulturen erleben.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Okay, da waren jetzt ganz schön viele Sachen dabei. Ich bin mal gespannt, wie das gleich auf der Wortwolke aussieht. Die ist noch nicht da. Deswegen, Feodora, frage ich dich schon mal: Slido ist ja schon eine erprobte Geschichte und ein digitales Tool, da kommt es, ich frage dich trotzdem noch kurz vorher: Wie wichtig ist es für die junge Generation, dass eben eine so große Partei wie die CDU auch immer digitaler wird und ganz, ganz oft auch digitaler Vorreiter ist?

Feodora Lüdemann: Das ist sehr, sehr wichtig, weil, wir müssen die jungen Menschen erreichen. Wenn ich jetzt an meine Kollegen gucke, dann sehe ich kaum noch Leute, die Zeitung lesen oder andere Printmedien. Da ist es sehr, sehr wichtig, dass wir auch besonders in den sozialen Netzwerken aktiv sind. Seit einiger Zeit ist die CDU ja auch auf TikTok, was ich einen sehr guten Schritt finde, um die junge Generation zu erreichen.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: So, jetzt können wir uns einmal umschauen beziehungsweise wir können das auch hier vorne sehen. Da müssen wir vielleicht den Zuschauern nicht unbedingt den Rücken zudrehen. So, die Wortwolke, genau: In der Mitte steht das, worüber wir heute auch noch sprechen werden. Freiheit, da steht Sicherheit, da steht Frieden. Das sind, glaube ich, gerade vor allem

auch die Begriffe, die wir jetzt in dieser Zeit für besonders wichtig halten und mit denen sich natürlich auch das Wahlprogramm der Union beschäftigt. Gemeinschaft haben wir gerade auch gehört. Das halte ich ja zum Beispiel für etwas, wo ich mir vorstellen kann, dass es auch die junge Generation bewegt. Wie ist es denn, wie bekommt ihr das gespiegelt, wie wichtig ist denn für gerade für junge Menschen die Gemeinschaft, die Europa ausstrahlt, Lukas?

Lukas Honemann: Für die jungen Menschen, jetzt gehören wir schon zur Generation Z, wir haben ein Problem. Europa ist für uns schon zur Selbstverständlichkeit geworden. In dem Moment, wo Europa zur Selbstverständlichkeit wird, an dem es für einen ganz normal ist, dass man reisen kann, dass man in Norwegen genauso aufs Internet zugreifen kann, mit den mobilen Daten, wie in Frankreich oder Deutschland, da vergisst man vielleicht, wie viel wir eigentlich errungen haben. Deswegen finde ich solche Projekte wie Erasmus Plus, ja, wo Studenten, 1,2 Millionen Studenten konnten in 2022 mit Erasmus Plus reisen, solche Programme sind wichtig, weil sie immer wieder verdeutlichen: Das ist Europa. Europa hilft dir vor Ort und hat die Möglichkeiten, die verschiedenen Kulturen zu sehen. Ich glaube das müssen wir immer wieder der jungen Generation verdeutlichen, bevor sie, sage ich mal, gegen Europa wählt, was alles für Möglichkeiten daraus entstehen.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Genau, Benedikt, du wolltest auch noch was sagen?

Benedikt Groß: Genau, also Gemeinschaft, ich sehe auch hier noch Liebe, Freundschaft. Ich habe es eben schon erwähnt, ich komme aus im Saarland. Für mich ist es ganz selbstverständlich, in der Mittagspause oder auch nach Feierabend über die Grenze zu fahren, zu meinem Onkel, der lebt dort, oder in Frankreich Baguette zu kaufen und mit den Franzosen dort in Verbindung zu kommen. Es ist einfach, ja, es ist selbstverständlich, aber es ist auch schön. Vor Kurzem war das Morgenmagazin bei uns im Saarland, in Saarbrücken auf dem Sankt-Johanner-Markt, und da wurde uns Fragen gestellt: Wie lebt sich Europa bei uns im Alltag? Im Alltag lebt es sich, wenn man jetzt die Coronapandemie außen vor lässt, reibungslos. Wir können über die Grenze fahren, die Behandlung von Patienten im Krankenhaus, das ist einfach, das ist Freiheit, es ist Versorgung, es ist für uns auch ein Stück Sicherheit. All die Probleme, die wir in Europa auch haben, und die Betrachtungen im Klein-Klein und die Bürokratie, der Habitus, mit dem wir dann auch aktuell sprechen oft über die EU, der ist mir persönlich viel zu negativ. Weil, wenn wir wertbegründend über die EU sprechen und alle anderen Dinge außen vor lassen wie Frieden, Freiheit und Sicherheit, dann überdeckt das meiner Meinung nach das tolle europäische Friedensprojekt.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Vielen Dank. Caroline, ich sehe auch was, was dich interessiert, gleich mehrere Begriffe: Binnenmarkt, Wettbewerbsfähigkeit. Dazu würde ich auch gerne etwas fragen, und zwar, du als Vorsitzende der Jungen Wirtschaftsunion hast auch schon häufiger gesagt, wir hängen jetzt mittlerweile mit Europa etwas hinterher, was die Wettbewerbsfähigkeit angeht. Wie müssen denn die Weichenstellung deiner Meinung nach aussehen, damit das wieder nach vorne kommt.

Caroline Bosbach: Ja, das ist leider richtig. Also von großen Unternehmen über den Mittelstand bis hin zu Kleinunternehmen verschlechtern sich die Perspektiven für die Wirtschaft. Wenn man sich mal anguckt, was in Asien oder in den USA investiert wird, da fällt Europa leider zurück. Die Gründe dafür kennen wir alle, die sind eben auch im Panel schon angedeutet worden, also von zu hohen Strom- und Energiekosten bis hin zur Überregulierung. So gibt es natürlich auch viele Ansätze, um diese Wachstumsbremsen zu lösen. Auch über die haben wir eben schon gesprochen. Deswegen glaube ich, dass wir mit Blick auf die Zukunft und mit Blick auf die neue Legislaturperiode so zwei ganz grundsätzliche Dinge wieder beachten müssen: Erstens, dass bei jedem neuen Gesetz die Wettbewerbsfähigkeit mitgedacht wird, und zwar von vornherein; Punkt 2 dass auch durch die Bank weg ökonomische Gesetze geachtet werden, denn auch das passiert nicht, auch wenn es banal klingt. Es gibt ja so Dinge im Leben, an den kommen wir eigentlich nicht vorbei, sollten wir zumindest nicht. Das ist sowas wie keine Haushaltspolitik gegen die Mathematik oder keine Energiepolitik gegen die Physik. Es passiert aber leider gerade das Gegenteil, tja. Wenn wir davon sprechen, statt immer neue Regulierungen aufzulegen, müssen wir lernen, Marktmechanismen und Unternehmen auch zu vertrauen. Denn viel Regulierung basiert immer erstmal auf Misstrauen gegenüber der Wirtschaft. Auf dem Grundgedanken, dass der Staat der bessere Unternehmer ist. Der Staat ist aber niemals der bessere Unternehmer, das kann ja gar nicht sein, Stichwort Lieferkettenschutzgesetz etc. Deswegen ist es unsere Aufgabe als Christdemokraten, nicht nur, aber besonders auch von den jungen, für unsere Werte und Überzeugungen einzustehen, die da lauten, dass Freiheit und Eigenverantwortung die besseren Leitprinzipien sind. Friedrich Merz hat das in seiner großartigen Rede am Montag nämlich auch noch mal gesagt: dass Europa vor allem auch eine Werte Gemeinschaft ist. Deswegen wünschen wir uns, gerade wir jungen Menschen, uns mehr Europa im Großen und viel weniger im Kleinen. Das heißt mit Blick auf den europäischen Binnenmarkt, dass diese Dinge mitgedacht werden. Ich verstehe, dass wir mehr Harmonisierung brauchen, die muss voranschreiten. Ja, aber bitte nur bis zu einem bestimmten Grad. Denn das, was gerade passiert, hat in großen Teilen mit Marktwirtschaft

wirklich nur wenig zu tun. Stichwort: Wie viel Salz darf auf der Brezel sein. Ich finde, das wird der Idee dieses Binnenmarktes nicht gerecht und übrigens auch nicht einem, ja, einem Europa der offenen Grenzen auch für Produkte und Dienstleistungen. So, und schlussendlich müssen wir besser priorisieren. Wir müssen Schlüsselindustrien identifizieren und diese auch stärken. Das ist die deutsche Automobilbranche, das ist der Maschinenbau, das sind Felder, in denen wir weltweit führend sind. Wir müssen das auch noch, wir müssen es bleiben wollen, auch noch in 50 Jahren. Zumindest würden wir da gut dran tun, denn genau daran hängt unser Wohlstand. Schlussendlich, ich kann nur hoffen, egal wie die Vorzeichen gerade in den USA sind, ne, oder auch wie die Europawahl hier ausgehen wird oder die Bundestagswahl im nächsten Jahr, dass die Europäer und die Amerikaner enger zusammenrücken, immer mit dem Ziel eines resilienten Handelsbündnisses. Denn ich bin der festen Überzeugung, dass Europa und die Nordamerikaner nur gemeinsam im Block bestehen können. Danke.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Vielen Dank.

Lukas Honemann: Ich würde an der Stelle noch mal einhaken. Volle Zustimmung, Caro, an sich volle Zustimmung, keine Sorge, keine Kontroverse. Aber was für mich besonders wichtig ist, und das dürfen wir auch bei der Wirtschaft nicht vergessen, ist, am Ende geht es um die Menschen. Weil jede Wirtschaft braucht Köpfe, braucht Gedanken, sie braucht den Schüler in der Schule, den Arbeitnehmer, der, sage ich mal, anpackt vor Ort, die jungen Unternehmer, die Studenten und allgemein die Junge Union dazu. Ich glaube, das ist erstmal der Kerngrund. Wir brauchen die Menschen, wir brauchen die Köpfe. Deswegen, jetzt bin ich wieder bei meinem Lieblingsthema Forschungspolitik, Studentenpolitik: Am Ende des Tages brauchen wir viel stärkere Investitionen in die Bildung, weil, unterm Strich ist es so, dass wir als Europa nicht die Ressourcenstärksten sind. Wir sind die mit den Köpfen, wir brauchen Innovation. Deswegen sind Projekte, wie zum Beispiel der Einsatz für die europäische Forschung, das, was wir am meisten brauchen. Aber Forschung, jetzt kommt noch der Gegenschluss, Forschung hat auch ihre dunklen Seiten. Wenn wir zum Beispiel die China Science Investigation anschauen, da wurden 200.000 Studien in den Blick genommen, und 3.000 davon wurden mit China zusammen, sage ich mal, gemacht, mit chinesischen Forschungseinrichtungen, und die sind direkt eingesetzt worden vom chinesischen Militär. Das heißt, wir brauchen einerseits Forschungssubventionen in der EU, aber wir müssen auch darauf aufpassen, dass China nicht unsere Technologie benutzt, um am Ende in Taiwan einzumarschieren. Deswegen sage ich, Forschung in Europa nicht mit China. Wir müssen unsere Kontakte dahin abbrechen.

Caroline Bosbach: Ich fasse das mal zusammen, was Lukas gesagt hat: Wer nichts im Boden hat, muss was in der Birne haben. Deswegen Bildung, Bildung, Bildung. Warum können wir nicht mal sagen, die größten Investitionen, die wir tätigen, sind in die Zukunft, in die Köpfe unserer Kinder?

Stephanie von Schwanenflügel: So, eine gute Überleitung, genau. Ich kann dich auch gerne fragen, ansonsten schließ gerne an, wenn du möchtest.

Feodora Lüdemann: Ja, also Stichwort Bildung. Besonders bei den jungen Menschen ist es wichtig, dass wir dort auch im Thema Europa bilden. Europa kommt besonders in der Schulbildung viel zu kurz, in einigen Bundesländern wird Europa gar nicht thematisiert, in anderen viel zu wenig. Es kann nicht sein, dass Schüler aus der Schule kommen und nicht wissen, wie ein Gesetz auf europäischer Ebene verabschiedet wird. Es kann nicht sein, dass die Leute nicht verstehen, was der Unterschied zwischen einem Europäischen Rat und dem Rat der Europäischen Union ist. Sehr ähnliche Namen, trotzdem sollte man den Unterschied durchaus kennen. Deshalb müssen wir da voranschreiten, denn nur so können wir langfristig die Akzeptanz und die Transparenz der Europäischen Union gewährleisten.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Sehr schön, danke. Ich würde das gerne auch einmal noch mal weitergeben an Johannes. Also, wenn man mehr weiß über Europa, dann ist der Schritt wahrscheinlich schneller, auch mitmachen zu wollen und auch mehr selbst mitentscheiden zu wollen. Wie kann denn die Union die jungen Menschen, die für Europa brennen, noch einbinden? Welche Rolle haben die?

Johannes Winkel: Indem die jungen Kandidaten gute Listenplätze bekommen bei der Europawahl, Punkt 1. Nein, und es geht natürlich schon darum, auch in der Fraktion zu schauen, dass man viele junge Mitglieder hat. Ich kann jetzt für Nordrhein-Westfalen zum Beispiel sprechen, unsere Spitzenkandidatin Miriam Viehmann aus Düsseldorf bei mir kandidiert, Christian Doleschal aus Bayern, Konrad Körner, Karoline Czychon aus Niedersachsen. Also wir haben viele superjunge Europakandidaten. Das brauchen wir natürlich schon mal. Aber Punkt 2 ist natürlich, auch generell durch Formate, durch Veranstaltung in der Partei die Leute darauf aufmerksam zu machen: Hier geht es um was. Markus Söder hat das vorhin richtigerweise gesagt, der Befund stimmt leider: Bei einer Landtagswahl, bei einer großen, oder bei einer Bundestagswahl wäre die politische Stimmung ein bisschen fokussierter. Dafür, dass wir in, was haben wir jetzt, viereinhalb Wochen Europawahl haben, finde ich, könnte es noch mehr in der Öffentlichkeit stehen. Das einzige Thema war bisher der Skandal von Maximilian Krah. Jetzt geht es für uns als Union darum, mit diesem Wahlkampfauftakt heute

in die heiße Phase durchzustarten und unsere Themen zu präsentieren. Dann mache ich mir überhaupt keine Sorgen, dass wir der sehr, sehr klare Wahlsieger sein werden.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Ich sehe, Benedikt zuckt.

Benedikt Groß: Dazu kommt auch noch, dass wir gerade auch Themen, die junge Leute betreffen, auch immer wieder adressieren. Wir hatten vor Kurzem über die Plattformregulierungsrichtlinie gesprochen. Das ist vor allem ein Problem junger Leute. Ich habe mit jungen Lieferdienstfahrern in Barcelona gesprochen. Du sagtest eben, wir können der Wirtschaft in dem Punkt immer vertrauen. Wir haben aber gelernt, dass es nicht immer funktioniert. Gerade da, wo Schutz von Arbeitnehmern nicht gegeben ist, gibt es natürlich auch Missbrauch. Das will man natürlich nicht pauschal unterstellen, aber, und das will ich betonen, die einzige Partei, die einzige Parteienfamilie im Europäischen Parlament, die sich in den letzten Jahren für Arbeitnehmerrechte wirklich verdient gemacht hat, das ist die EVP-Fraktion. Da will ich ganz klar meinen Freund aus der CDA, Dennis Radtke, benennen, der dort als Berichterstatter wirklich Großartiges geleistet hat für die europäische Parteienfamilie, und hier noch mal: Danke, Dennis, ganz klar.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Danke dafür. Ich würde gerne einmal noch mal weitergeben aus Gründen an Caroline, und zwar, Stichwort ist ja auch globaler Freihandel und Arbeitsplätze. So viele Arbeitsplätze hängen von diesem Freihandel ab, was sollte die Union da tun?

Caroline Bosbach: Also angesichts der Prognose, dass in den kommenden Jahren mehr als 90 Prozent des globalen Wirtschaftswachstums außerhalb Europas stattfinden werden, was ja schon mal eine harte Hausnummer ist, steht die Handelspolitik natürlich an oberster Stelle. Gerade auch in Anbetracht der Entwicklung Chinas: Wenn ich mit Unternehmen spreche, habe ich immer noch oft den Eindruck, viele sehen China noch als Absatzmarkt, zum Teil auch als Mitbewerber. Ich kann euch eins sagen, dieser Mitbewerber wird uns überflügeln, weil die Kommunistische Partei natürlich mit ganz anderen Mitteln arbeitet, teilweise mit protektionistischen, eine sehr strategische Industriepolitik hat, starke Subventionen, und so vollkommen andere Rahmenbedingungen schafft. Völlig andere, als wir sie hier vorfinden. Darauf muss Europa adäquat reagieren, und meines Erachtens kann diese adäquate Reaktion nur so aussehen, dass wir mit möglichst vielen Ländern und möglichst vielen Weltregionen Freihandelszonen schaffen. Wichtig: Der Fokus muss dabei aber wieder auf Handel liegen. Ja, also dieser wirtschaftliche Nutzen muss für den Handelspartner ersichtlich werden. Das ist gerade nicht der Fall, denn er wird gerade überlagert von vielen sozial- und umweltpolitischen

Interessen. Da brauchen wir eine neue Balance, und das ist der Grund dafür, warum diese Abkommen nicht zustande kommen. Das ist aber sehr, sehr schade, denn Europa kann Spitzenreiter sein, Europa kann auch Innovationstreiber sein. Wir haben eine gut ausgebildete Bevölkerung, wir haben einen in großen Teilen auch hervorragend integrierten Binnenmarkt, kreative Unternehmen, wir haben alles, was wir brauchen. Aber wichtig: Wir müssen diese Spitzenposition auch haben wollen. Wenn wir sie haben wollen, dann müssen wir uns auch von dem Gedanken verabschieden, es immer alles und jedem gleich recht machen zu wollen. Denn dann werden wir auch hier die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, auch künftig in Frieden und Freiheit leben zu können.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Ich gebe tatsächlich noch einmal zu dem Thema an dich weiter, und zwar auch mit der Frage verbunden: Wie kann denn die EU ein attraktiver Standort für junge Arbeitnehmer sein?

Benedikt Groß: Nun, junge Menschen reisen gerne. Wir gucken uns gerne alle Städte Europas an. Wir reisen wirklich sehr, sehr häufig und gerne durch Europa. Das betrifft auch den Arbeitsmarkt. Wir müssen dahingehend einfach flexibler werden. Es ist so, wir haben ja bei den Studienabschlüssen das Bologna-System eingeführt. Ich wünsche mir einen Bologna-Prozess bei der beruflichen Bildung, um möglichst breitflächig den Leuten zu ermöglichen, überall in Europa zu arbeiten. Wir müssen den EBA, den Europäischen Berufsausweis, ausweiten, damit die Leute flexibler über die Grenze kommen. Ich habe vor Kurzem mit einem jungen Gabelstaplerfahrer aus Frankreich gesprochen. Der junge Mann musste, nachdem ein Unternehmen in Frankreich zugemacht hatte und er in Deutschland arbeiten wollte, den Gabelstaplerführerschein, den er in Frankreich hatte, noch mal in Deutschland machen. Der wurde nicht anerkannt. Das ist ein Bereich, da müssen wir wirklich stärker steuern, müssen wir steuernd tätig werden, weil die Länder es untereinander im Klein-Klein nicht geregelt bekommen. Jetzt noch mal einen kurzen Rückblick zu China: Ich komme aus dem Steuerrecht, China flutet uns im Bereich temu und anderen Handelsdienstleistern mit einem Umsatzsteuerbetrug in einem so großen Stil, dass wir dem als Deutschland mit den Behörden nicht mehr Herr werden. Wir brauchen in dem Bereich eine umsatzsteuerliche oder eine steuerliche Kontrollbehörde auf europäischer Ebene, sonst werden die unser System hier in Deutschland langfristig überlaufen und überfahren, danke.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Vielen Dank. Noch mal einmal zu Lukas und dann komme ich auch noch mal zu dir. Und zwar, wir haben gerade schon gehört: Wir jungen Menschen, wir reisen gerne, wir sind gerne woanders, wir machen gerne andere Erfahrungen. Du hast vorhin auch schon Erasmus erwähnt.

Das wird ja nun auch noch mal ausgeweitet, da ist ja Geld für da. Nutzen denn die Studierenden ihre ganzen Möglichkeiten, die sie haben? Weil, hier wurde gerade gesagt, das müsste es für Auszubilden eigentlich auch mal geben. Aber nutzen die, kennen die ihre Chancen durch Europa?

Lukas Honemann: Auf jeden Fall. Wenn es einen Weg gibt, Europa kennen zu lernen, dann über Erasmus Plus und Interrail. Es gibt nichts Schöneres, das kann ich aus eigener Erfahrung sagen, als mit dem Rucksack auf dem Rücken und mit Europa im Herzen über Wochen von schäbiger Jugendherberge zu schäbiger Jugendherberge zu fahren und Europa so kennenzulernen, wie es ist. Wunderschön, an manchen Ecken ein bisschen schmutzig, aber insgesamt eine Erfahrung wert. Ich glaube, das ist auch das, wie man diesen europäischen Geist vermittelt. Jedes Großunternehmen, jeder Topansteller möchte heutzutage interkulturelle Kompetenz, jeder möchte, dass ein Auslandssemester gemacht wurde, dass Auslandserfahrungen gesammelt wurden. Ich glaube, nirgendwo außer in Europa sind die Chancen besser, diese interkulturelle Kompetenz leicht zu sammeln, wie wir es hier vor Ort möglich haben, weil wir nur eine Grenze überfahren müssen. Wir haben trotzdem noch alle Möglichkeiten, um dann da zu arbeiten. Ich glaube, dass Europa der Weg ist, wie wir weiter zusammenwachsen können und wie wir weiter müssen. Wir haben jetzt so viel über China geredet, so viel über China geredet. Dass, unterm Strich, wir merken, das ist der dominierende Faktor. China ist so riesig, da leben Milliarden von Menschen. Wenn wir als Europa nicht eine Union werden, nicht ein Land langfristig, dann haben wir kein Gewicht mehr in dieser Welt. Das ist eine harte Wahrheit, das ist eine schmerzende Wahrheit, aber wir können es nicht anders sagen: Ohne ein geeintes Europa sind wir langfristig Spielball fremder Mächte und dementsprechend plädiere ich auch hier wieder für das Zusammenwachsen, danke.

(Beifall)

Feodora Lüdemann: Stichwort Erasmus Plus: Auch für Auszubildende gibt es ja schon Austauschprogramme. Allerdings ist es im Moment noch so, dass sich die Auszubildenden nicht selber dafür bewerben können, sondern dass das die Unternehmen machen müssen. Aber mittelständische und kleine Unternehmen machen das meistens nicht, weil es natürlich auch Arbeit ist. Doch auch das müssen wir verändern, damit jeder Auszubildende die Möglichkeit hat, mehrere Wochen auch in einem anderen Land seine Ausbildung weiterzuführen. Denn da liegt doch der Mehrwert in Europa, an dem kulturellen Austausch, an dem, dass man dort dazulernt.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Ich habe auch noch eine weitere Frage an dich. Wir haben gehört, durch den Zusammenhalt kann man begeistern, man

kann begeistern durch neue Erfahrungen. Aber man kann natürlich auch begeistern, indem man sagt: Guckt mal, ihr könnt mitmachen, das ist total cool. Mit Verlaub, man hat einen Pulli, aber es sind ja nicht nur Pullis. Wie bringen wir denn die jungen Leute dazu, dass sie so richtig Bock haben, mitzumachen? Wie schafft die Union das, die jungen Leute zu begeistern?

Feodora Lüdemann: Ich glaube, wir müssen Europa einfach mehr thematisieren. Ich glaube, Europa ist ein Thema, was sehr, sehr oft untergeht. Das liegt einerseits daran, dass Europa viele Richtlinien vorgibt, die dann aber natürlich in den Ländern dann die reale Gestalt annehmen. Aber ich glaube auch, dass wir besonders bei den jungen Menschen mehr machen müssen. Ein Problem ist natürlich, dass im Moment viel, viel weniger Diskussionen an Schulen stattfinden. Einige von den Mandatsträgern werden das vielleicht merken: Wenn sie Schulen anfragen, herrscht da eigentlich kaum oder gar kein Interesse mehr dran. Das liegt unter anderem daran, dass die Schulen Angst haben, irgendwas falsch zu machen, dass sie dann nicht mehr politisch neutral sind. Sie trauen sich nicht, nur einen Politiker einzuladen, wenn jemand anderes absagt. Da muss es ganz klar heißen: Schule muss politisch neutral, aber doch nicht unpolitisch sein.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Das ist richtig, ich würde gerne noch mal wissen: Es gibt ja nicht nur Inhalte, mit denen man begeistert, sondern auch Tools. Die Frage würde ich gerne sowohl an Johannes als auch an dich geben, und wenn ihr anderen da Ideen habt, auch gerne noch dazu, mit welchen coolen Tools erreicht man Leute? Also abgesehen mal davon, dass wir alle sagen: TikTok erreicht junge Menschen. Aber man kann ja auch mit denen reden, man kann ja auch noch andere Wege finden. Kennt ihr diese Wege?

Johannes Winkel: Ich finde, die beste Veranstaltung ist immer noch vor Ort. Wir machen als Junge Union ein großes Europafestival in Frankfurt am Main in zwei Wochen, also herzliche Einladung an alle, die kommen möchten, zusammen mit Ursula von der Leyen und vielen anderen Europapolitikern, natürlich allen unseren jungen Kandidaten für das Europäische Parlament. Man kann viel natürlich über Instagram, über TikTok reden, das stimmt auch, ist auch wichtig, muss auch noch wichtiger werden. Aber ehrlicherweise, ich finde die Veranstaltung, vor Ort mit den Menschen zu reden, dass auch die jungen Leute mal mit Ursula von der Leyen sprechen und sie einfach ihre Fragen aus dem Alltag stellen können das finde ich immer noch am wichtigsten. Natürlich, abends die Party ist dann mindestens genauso wichtig.

Feodora Lüdemann: Da kann ich Johannes nur Recht geben. Ich glaube, es ist sehr, sehr wichtig, dass wir vor Ort aktiv sind und dass wir die Menschen ansprechen. Denn das ist ja im Endeffekt das, wie die meisten auch politisch aktiv werden. Sie lernen irgendjemand kennen, irgendjemand sagt: Ja, komm noch mal mit, komm

doch mal vorbei. Aber, dazu muss man ja auch sagen, wir müssen dafür attraktive Veranstaltungen machen. Das kann dann nicht nur der Stammtisch sein. Ja, Stammtisch ist auch mal nett, aber wir müssen mehr bieten, denn Partei muss attraktiv sein.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Ah, ich dachte Johannes wollte was hinzufügen. Ja, Partei muss attraktiv sein. Was bekommt ihr denn gespiegelt, also auch du, Lukas, vielleicht von den Studierenden oder von den jungen Arbeitnehmern oder auch, das sind ja super viele unterschiedliche Leute, wenn wir von den jungen Menschen reden, das ist ja dann immer tatsächlich „diese jungen Menschen", sind aber super viele unterschiedliche Menschen gemeint. Das sieht man ja auch schon an der Vielfalt der Vertreterinnen und Vertreter hier der Jugendorganisationen der Union. Wie geht ihr auf die Studierenden zu, zum Beispiel?

Lukas Honemann: Also erstmal haben wir das Kernproblem. Ungefähr nur vier Prozent aller Studenten in Deutschland sind politisch aktiv, das heißt ein ganz, ganz geringer Teil, wir haben da ein hartes Pflaster. Deswegen gebe ich lieber Antworten, die auf wissenschaftlicher Basis sind, aus meiner Doktor-Arbeit, und zwar Folgendes: Wenn wir uns den Anteil der politisch aktiven Menschen anschauen, dann sinkt der kontinuierlich seit 2012. Wir haben immer weniger Aktivbürger, die sich in Parteien einbringen. Weil Parteien, das heißt feste Bindung, Sitzung, Ortsbeirat. Immer mehr, die mal demonstrieren gehen, das ist eine freie Art und Weise, sich kurzzeitig einer Sache anzuschließen. Das sind einfach Trends, mit denen wir umgehen müssen. Wir müssen, und das macht die Junge Union mit ihren Demonstrationen in meinen Augen sehr gut, dynamischere Möglichkeiten finden, die Leute mal reinzuholen, mal rauszuholen, ohne dass sie sich auf fünf Jahre im Kreistags- und Kommunalparlament binden. Ich glaube, das ist was, was wir bisher übersehen. Was wir nicht unterschätzen dürfen, ist, in den USA erleben wir es, Online-Communitys. Das ist jetzt weit hergeholt, ich könnte hier stundenlang darüber reden, das ist ja mein Thema. Aber die Kurzfassung ist: Die Online-Communitys machen heute extrem viel aus. Da müssen wir auch mehr als CDU hinterher, dass wir die Leute da mitnehmen, dass wir digitale Öffentlichkeiten unterstützen. Ich glaube, dann sind wir auf einem besseren weg.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Caroline.

Caroline Bosbach: So, ganz kurz, ich mache es jetzt komplett unwissenschaftlich. Ja, da bin ich jetzt raus, sondern mit ein bisschen Pragmatismus und Menschenverstand: Wir müssen genau das machen, was wir gerade machen. Ich finde dieses Panel im Übrigen auch sehr, sehr großartig, weil es zeigt diese ganze Partei in ihrer Breite, rausgehen, mit den Leuten reden, einfach da sein. Junge Leute, wir müssen uns gegenseitig unterstützen. Wenn wir das tun, wenn wir das verstanden haben, dann ziehen wir den Rest auch hinterher. Danke euch.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Ja, das war‘s erstmal, möchtest du auch?

Benedikt Groß: Wir müssen den vorpolitischen Raum zurückerobern, das ist ganz klar. Wir müssen in die Jugendorganisationen der Gewerkschaften rein, wir müssen zum BDKJ, wir müssen mit denen wieder sprechen, mit der Kolpingjugend und so weiter und so weiter. Das macht nicht immer Spaß, das ist nicht immer angenehm als Christdemokrat, aber da müssen wir rein, da müssen wir uns der Diskussion stellen. Auch wir müssen überzeugen, wir müssen brennen für Europa und müssen, die positive Message müssen wir einfach vortragen. Online, ja, in Präsenz, ja, aber auch in den Organisationen selbst. Wir müssen da die Füße wieder reinbekommen, dann kriegen wir die jungen Leute auch wieder engagiert und in die Partei und für Europa engagiert.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Vielen Dank. Ja, und so schließt sich der Kreis, „mit Optimismus brennen für Europa“, das hat Johannes ganz am Anfang auch schon gesagt. Es gibt einen, der hat euch allen jetzt ziemlich genau zugehört, und den möchte ich jetzt gerne auch auf diese Bühne bitten: Und zwar den Parteivorsitzenden der CDU Deutschlands, Friedrich Merz, kommen Sie zu uns.

(Beifall und Musik)

Da ist er, kommen Sie zu uns. So, ein Mikrofon.

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Ja, meine Damen und Herren. Es gibt keine zweite Partei in Deutschland oder in Europa, die sich so glücklich schätzen kann, eine so große Zahl von Jugendorganisationen zu haben wie wir, wie die CDU und die CSU –

(Beifall)

– die Junge Union, den Jungen Wirtschaftsrat, die Junge CDA, junge Arbeitnehmerschaft, den RCDS und die Schüler Union. Das ist großartig, ganz herzlichen Dank. Wir setzen auf euch. Herzlichen Dank, dass ihr heute Morgen hier bei uns seid und gezeigt habt, was eure Themen sind. Gewählt werden darf bei dieser Europawahl mit 16, also wir haben eine große Zahl von jungen Wählerinnen und Wählern, die bei dieser Europawahl das erste Mal wählen dürfen, eine wesentlich größere Zahl als sonst, Deswegen noch mal ganz herzlichen Dank, dass ihr heute Morgen bereit wart, hier mit uns zu diskutieren und hier da wart. Meine Damen und Herren, einen herzlichen Applaus für unsere Jugendorganisationen.

(Beifall)

Danke schön, vielen Dank.

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Ich würde gerne noch einmal eine kurze Nachfrage an Sie stellen. Und zwar haben wir ja jetzt hier über ganz viele Sachen gesprochen. Was ist denn so für Sie das Wichtigste, was sie jetzt aus diesem Talk auch der jungen Leute mitnehmen können?

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Ja, also ich würde gerne etwas sagen und würde gerne etwas sehen, was sich mit diesem Europa auch verbinden muss, und das kam ja auch in verschiedenen Wortmeldungen hier zum Ausdruck: Es ist einfach Begeisterung. Dass wir diese Europäische Union, dass wir dieses Europa haben, es ist nicht selbstverständlich. Dass gerade die junge Generation das mit großer Empathie, vielleicht auch mit einem Stück Emotion begleitet und sagt: „dafür lohnt es sich zu kämpfen, das wollen wir erhalten, diese Offenheit Europas, diese Freiheit Europas", das, glaube ich, ist das Allerwichtigste, was wir diesem Europa mit auf den Weg geben können, es ist unser Europa, und ein anderes gibt es nicht.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Genau das kommt heute auch rüber, vielen Dank für die Einschätzung. Ich würde jetzt alle einmal bitten, ein bisschen nach da zu gehen, denn wir haben noch ein gemeinsames Foto vor. Genau, gerne dorthin, wo der Fotograf, genau. Die Damen links und rechts, die Herren gruppieren sich drumherum. Super. Super, ganz herzlichen Dank, vielen Dank an die Vertreterinnen und Vertreter der Jugendorganisationen der Union, die sich jetzt noch kurz unterhalten.

(Beifall)

Genau. Ein großes Dankeschön, Herr Merz, bleiben Sie gerne bei mir. Denn wir sprechen jetzt über die weiteren ganz großen und wichtigen Themen, die uns beschäftigen, und zwar Freiheit und Sicherheit. Darüber spreche ich mit Friedrich Merz und möchte aber dazu noch einen Gast auf die Bühne bitten, und zwar eine tapfere, eine mutige Frau, die wahrscheinlich wie keiner von, nein, die wahrscheinlich besser weiß als jeder von uns, wie es ist, in Putins Russland zu leben. Mittlerweile lebt sie dort nicht mehr, sie lebt in Deutschland und in Israel, sie ist Historikerin, Germanistin und sie hat die Menschenrechtsorganisation, die internationale Menschenrechtsorganisation Memorial mitgegründet, die jetzt auch verboten ist in Russland und die 2022 mit dem Friedensnobelpreis geehrt wurde. Meine Damen und Herren, bitte einen großen Applaus für Dr. Irina Scherbakowa.

(Beifall und Musik)

Hallo, freut mich sehr, guten Tag. Herzlich willkommen, schön dass Sie da sind. Genau, wir brauchen noch zwei Mikrofone. Frau Scherbakowa, weltweit erleben wir

einen Anstieg von antiliberalen Ideen, von autoritären Regimen. Unsere freiheitliche Art zu leben scheint so bedroht, wie sie das wirklich lange nicht mehr war. Ihre Perspektive darauf ist eine ganz besondere, denn Sie beschäftigen sich als Historikerin mit den Verbrechen von totalitaristischen Gewaltherrschaften. Memorial möchte gerne Aufklärung für die Menschenrechtsverbrechen in der Stalinzeit. Vor diesem Hintergrund, als Historikerin, wie bewerten Sie die Entwicklungen in der Gegenwart gerade?

Dr. Irina Scherbakowa: Vielen Dank, dass ich hier dabei sein kann und sprechen kann. Eigentlich reden die Historikerinnen, Historiker über die Vergangenheit. Aber unsere Situation ist heute so, dass diese Vergangenheit oder Geschichte oder das, was Putin unter der Geschichte versteht, eine entscheidende Rolle auch erstens in der russischen Entwicklung und zweitens eigentlich als Begründung dieses Angriffskrieges gegen die Ukraine spielt. Diese ständige Beschwörung von der Geschichte, die wir von Putin erleben, ist natürlich auf gar keine Weise Geschichte. Das ist eine gefährliche und giftige Mischung aus Verschwörungstheorien, falschen Mythen, irgendwelchen Zitaten aus schleimigen Philosophen, was da dargeboten wird. Aber gefährlich ist dabei das eine: dass eigentlich diese Quasi-Vergangenheit Gegenwart und Zukunft Russlands sein soll. Das ist gemeingefährlich. Vielleicht noch ein Satz dazu: Wer sich gestern überwinden konnte, weil, dazu brauchte man viel Überwindung, und dieses ganze Kremlspektakel ein bisschen angeschaut hat, und das schon zum fünften Mal, und dazu noch die Rede von unserem Patriarchen, von dem Kirill, der dann Putin mit „Eure Hoheit“ angesprochen hat zum einen und zum anderen dann gesagt hat, fast wörtlich, dass er in die Ewigkeit Russland regieren wird, in die Ewigkeit. Eigentlich, nach dieser absoluten, sozusagen, Änderung und Negierung der Verfassung, die geschehen ist, kann Putin noch zwölf Jahre an der Macht bleiben. Also da sehen wir, vor welchen Tatsachen wir stehen. Vielleicht noch ein Satz dazu: Dieser Krieg, dieser Angriffskrieg Putins auf die Ukraine, die Geschichte spielt dabei eine ganz große Rolle. Denn das, was Putin eigentlich auch den Russen jetzt verkündet und auch Europa eigentlich glauben lässt, also dass Russland in dieser imaginären Vergangenheit, in dieser postimperialen Vergangenheit bleiben und leben soll, und der Grund dieses Krieges in Wirklichkeit, den man nicht wirklich so wahrgenommen hat in Europa, war, dass die Ukraine mit allen Problemen, Schwächen, schwerem Erbe der Sowjetunion doch in die Zukunft wollte. Die Zukunft sollte eine europäische sein. Das war die rote Linie, und das hätte man eigentlich von Anfang an begreifen müssen, dann wäre wahrscheinlich die Unterstützung für die Ukraine viel früher gekommen, schon 2014 und ganz massiv.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Danke. Herr Merz, es wurde gerade schon erwähnt: Das Ende der Sowjetunion hatte eigentlich eine andere Zukunft im Sinn, und wir haben auch alle gedacht, unsere freiheitliche Art zu leben, die Demokratie, setzt sich durch, das wird weltweit das Projekt, das funktioniert. Die vergangenen Jahrzehnte und vor allem die vergangenen Jahre jetzt, die lassen daran Zweifel aufkommen. Was folgt denn daraus für die Politik?

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Ich will zunächst einmal sagen, Frau Scherbakowa, dass wir Ihnen wirklich ausgesprochen dankbar sind, dass Sie heute hier sind, das ist eine große Ehre für uns.

(Beifall)

Ich möchte Ihnen gerne zweitens sagen: Wir hätten auf Menschen wie Sie, auf Wissenschaftler, aber auch als Menschen, die die Lage in Russland sehr gut einschätzen konnten, wir hätten auf Sie früher hören müssen.

(Beifall)

Die entscheidende Frage, die Sie gestellt haben, ist: Was folgt denn jetzt eigentlich daraus? Mein Gefühl sagt mir, dass ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland immer noch in der Hoffnung lebt, dass dies alles ein mehr oder weniger schnell vorübergehendes Phänomen ist und dass wir möglicherweise schon in kurzer Zeit wieder in einer einigermaßen normalen Zeit auch mit Russland leben können. Deswegen, wir haben gerade eben schon kurz im Vorgespräch darüber gesprochen, würde ich gerne von Ihnen auch noch einmal wissen: Wie schätzen Sie denn eigentlich die gesellschaftspolitische Diskussion in Russland ein? Ich meine, das ist ein Land mit 140 Millionen Einwohnern. Wie schätzen Sie diese politische Diskussion, die gesellschaftspolitische Diskussion in Russland ein? Was passiert im Augenblick mit der russischen Gesellschaft? Können wir die Hoffnung haben, dass sich daraus irgendwann einmal wieder in absehbarer Zeit etwas entwickelt, was uns politisch dieses Land auch wieder näherbringt und mit dem wir vielleicht auch sogar wieder zusammenarbeiten könnten? Oder ist das eine Illusion? Auf lange Zeit?

Dr. Irina Scherbakowa: Das ist eine ganz, ganz schwierige Frage. Aber diese Frage, so schwierig wie sie ist, muss ehrlich, glaube ich, beantwortet werden, damit man wirklich keine Illusionen hat. Zum einen: Wissen Sie, als dieser Krieg begann, kam natürlich als erstes die Frage von der ukrainischen Seite: Wie konnte das passieren? Wie konntet ihr das zulassen, eigentlich, dass Putin diesen Krieg beginnt und dass so ein Regime sich in Russland verfestigt? Ich fand das absolut berechtigt, weil all diese Fragen haben wir an uns selbst gestellt: Wie konnte es passieren? Das ist jetzt eine blutige Diskussion auch in der russischen Emigration. Wo waren diese soge-

nannten roten Linien, was ist das schiefgegangen, wo hat man dann entscheidende, würde ich sagen, also Fehler gemacht? Ich glaube, das ist eine ganz wichtige Geschichte, dass man sich damit auseinandersetzt. Aber man kann ja natürlich sagen, dass wir in dieser Putinschen Propaganda in diesen 20 Jahren, in denen man den Menschen also eingebläut hat nationalistische Vorstellungen, diesen Quasi-Patriotismus aufgehalst, diesen Hass oder Feind, und das ist ein ganz, ganz wichtiger Kontext jetzt in dieser europäischen Geschichte, dass Europa nicht –. Ganz anders, als Gorbatschow an die Macht gekommen ist, war die Parole, die dann von ihm kam, und schon sehr früh: Europa ist unser gemeinsames Haus. Man muss sich vorstellen, in der Sowjetunion so etwas zu hören, Europa ist unser gemeinsames Haus, das hieß eigentlich das Ende des Kalten Krieges. Dass es Putin gelungen ist und seinen Ideologen, es so umzukrempeln, dass Europa unser Feind ist, dass europäische Werte eigentlich sozusagen das alles ist, was angefeindet werden sollte, also aus der russischen traditionalistischen Perspektive, ist natürlich ein Horror und unglaublich. Wir haben diesen Kampf eigentlich verloren. Es stellt sich die Frage, warum. Aber, es ist eine Hoffnung da, die sich damit verbindet, und diese Anzeichen sehen wir ständig: dass Protest, Unzufriedenheit, eigentlich Friedenswünsche in Russland nach wie vor stark sind. Das hat sich offenbart in vielerlei Hinsicht jetzt im letzten Jahr nach dem Begräbnis von Alexej Nawalny, bei den Wahlen und so weiter und so fort. Diese Anzeichen gibt es. Aber der Unterdrückungsapparat, der von Putin geschaffen worden ist, ist sehr stark. Er arbeitet mit den Ängsten sowohl nach außen, indem er nach Europa Angstsignale schickt. Gestern haben Truppenübungen angefangen, und das ist zum ersten Mal nach mehreren Jahrzehnten, dass man Atomwaffen-Truppenübungen nicht nur macht, sondern das absolut offen ankündigt. Mit diesen Ängsten arbeitet Putin in der Innenpolitik und nach außen. Das macht natürlich auch die Bevölkerung, das macht natürlich auch die Gesellschaft, befangen auch in dieser Angst. Aber natürlich habe ich Hoffnung. Ich kenne so viele Menschen in Russland, die auch gegen diesen Krieg sind. Wenn sich die Möglichkeit ergibt, irgendwie, dass es zu einem Protest kommen könnte, wird sie wahrgenommen werden. Aber es gibt, würde ich sagen, eine Bedingung. Die ist, glaube ich, für uns wichtig: Putin kann diesen Krieg nicht gewinnen. Wenn das passiert, und Ursula von der Leyen hat schon darüber heute gesprochen, und ich glaube, Sie, Herr Merz, auch die ganze Zeit: Wenn es ihm gelingt, dann gibt es auch für die russische Gesellschaft keine Chance, für die Opposition keine Chance und das jahrelang.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Vielen Dank. Ich würde anschließend daran gerne die nächste Frage an Sie beide stellen: Frau Scherbakowa, Sie haben es

gerade noch mal wiederholt: Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen und man verhandelt nicht mit Putin, das ist Ihr Credo. Herr Merz, Sie haben zuletzt Kritik geübt an Vertretern der SPD-Bundestagsfraktion, die davon gesprochen haben, den Ukrainekrieg einfrieren zu wollen. Frage an Sie beide: Wie blicken Sie denn auf die Frage „Krieg und Frieden" in der Ukraine. Ich würde Sie zuerst bitten, Herr Merz.

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Die härteste Kritik an dem Satz von Rolf Mützenich nicht im Deutschen Bundestag, dass man jetzt darüber nachdenken müsse, diesen Krieg einzufrieren, kam ja gar nicht mal von uns, sondern die kam von einer Gruppe von Historikern, die alle fünf der SPD angehören, angeführt von Heinrich August Winkler, der nun wirklich einer der renommiertesten Historiker unseres Landes ist, emeritierter Geschichtsprofessor an der Humboldt-Universität in Berlin. Wenige Tage später ist von einem jüngeren Professor, Jan Behrends, noch einmal ein Interview erschienen, in dem er diese Kritik noch einmal verstärkt hat und der SPD vorgeworfen hat, wörtlich, ich habe das Zitat in Erinnerung, „seit Mitte der 80er-Jahre einer schleichenden Entintellektualisierung zu unterliegen, was die Bewertung von solchen Konflikten und solchen Kriegen betrifft". Ich finde, das ist ein besorgniserregender Befund, denn es kann uns ja nicht gleichgültig sein, wenn eine große traditionsreiche Partei wie die SPD – und ich sage das mal jenseits aller parteipolitischen Unterschiede – es ist eine wichtige Partei für Deutschland, von ihren eigenen Mitgliedern, die renommierte Historiker sind, den Vorwurf bekommt, seit 30, seit 40 Jahren eine schleichende Entintellektualisierung ihrer Außenpolitik bescheinigt bekommt. Das ist doch ein besorgniserregender Befund. Für uns wird die Aufgabe sein, den Menschen in Deutschland, aber auch in Europa – ich habe das in meiner Rede am Montag versucht auf einen einzigen Satz zu bringen – zu vermitteln, dass Friedfertigkeit allein noch keinen Frieden bringt. Wir wollen alle Frieden und wir sind dankbar, dass wir seit jetzt seit über sieben Jahrzehnten im Frieden leben. Aber dieser Frieden hat Voraussetzungen. Wir werden für den Erhalt des Friedens arbeiten müssen. Wir werden etwas tun müssen. So furchtbar das ist, aber dieses Regime in Russland zeigt uns eben das hässliche Sicht von totalitären Systemen, die eben nicht nur auf Repression nach innen ausgerichtet sind, sondern die auch auf Aggression nach außen ausgerichtet sind. Wir haben heute schon in anderem Zusammenhang, ich will auch Ursula von der Leyen noch mal danken, dass sie das sehr klar und sehr deutlich auch gegenüber China gesagt hat, und, Ursula, ja nicht nur hier heute bei uns, sondern in der letzten Woche zusammen mit Emmanuel Macron in Paris, als ihr Xi Jinping getroffen habt. Es hätte durchaus der deutsche Bundeskanzler auch bei diesem Treffen dabei sein können, das wäre kein schlechtes Signal gewesen, –

(Beifall)

– wenn das nicht nur die Kommissionspräsidentin und der Präsident von Frankreich macht, sondern auch der deutsche Bundeskanzler, einfach diesen Regimen zu sagen, dass wir fest entschlossen sind, unsere Freiheit zu verteidigen. Weil wir wissen, dass nur da, wo Freiheit besteht, auch der Friede auf Dauer bewahrt werden kann. Vielleicht müssen wir sogar Teile unserer Bevölkerung aus einer gewissen Friedensillusion herausholen und ihnen sagen: Frieden hat Bedingungen. Dafür müssen wir etwas tun: Und tun heißt eben auch, nicht ausschließlich, aber heißt auch, in der Lage zu sein, militärisch ein Territorium und damit eine Gesellschaft und ein Gesellschaftsmodell zu verteidigen. Nehmen wir es doch mal so, wie es ist: Wir sprechen über die normative Kraft des Westens. Dieses Normative des Westens, nicht das Territoriale, sondern das Normative unseres Westens, das steht unter stärkerem Druck, als wir das in den letzten Jahrzehnten jemals gesehen haben.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Danke. Frau Scherbakowa, an Sie im Grunde genommen auch die gleiche Frage: wie Sie auf Krieg und Frieden in der Ukraine blicken. Aber ich würde gerne noch was vorwegschicken. Sie, haben es gerade gesagt, Herr Merz, sehen Sie, Frau Scherbakowa, in der deutschen Gesellschaft, na ja, dass diese Gesellschaft sich dessen bewusst ist, dass Frieden verteidigt werden muss? Dass Freiheit verteidigt werden muss? Also sehen Sie da das Bewusstsein dafür?

Dr. Irina Scherbakowa: Es war natürlich eine lange Zeit, die mit großen Illusionen in Verbindung stand. Eigentlich, ich bin ja Historikerin, und ich muss ja sagen, dass unsere Warnsignale, also wir haben diesen Kampf verloren, aber unsere Warnsignale all diese Jahren waren ganz, ganz deutlich. Ich meine jetzt Memorial, ich meine jetzt Menschen aus der Opposition, wo wir immer gesagt haben, wenn jetzt Ursula von der Leyen von dem Vogelschiss gesprochen hat, so war es in Russland, auf eine andere Weise, indem man die Stalinzeit, die Zeit des Großen Terrors, also die Millionen Menschen das Leben gekostet hat, die Osteuropa eigentlich in einer kommunistischen Diktatur Jahrzehnte lang befangen war, wurde eigentlich als die glorreichste Zeit Russland dargestellt. Das war ein absolutes Signal, mit Stalindenkmälern, also dieser ganzen, nicht nur sowjetischen Nostalgie, sondern mit dieser absoluten Beschwörung des Sieges, und einem Militarismus. Wir stehen jetzt, wir sind heute am 8. Mai da. Das muss nicht vergessen werden, und morgen wird der 9. Mai in Russland sein, Tag des Sieges. Jahrzehntelang, sogar in der sowjetischen Zeit, war das der Tag eigentlich, wo man, wenn auch zum Teil heuchlerisch – aber für viele Menschen war das überhaupt keine Heuchelei – Frieden beschworen hat. Schon seit Jahren, mindestens seit 20 Jahren, bedeutet dieser 9. Mai und wie es dar-

gestellt wird in Russland natürlich als Verkündung von dem Militarismus. Das musste man schon sehr lange, wirklich sehr lange wahrnehmen als ganz starke Warnsignale. Ich glaube, das hat man in Deutschland übersehen. Das wollte man nicht so wahrnehmen, davor hatte man Angst. Es war natürlich eine Angst, die aus dem Zweiten Weltkrieg wiederkam. Das waren aber sentimentale Gefühle, die dann zum Teil auch von Putinscher Politik verstreut waren, diese russische Seele, die irgendwie etwas schon in sich Wertvolles ist, die kann man ja gar nicht begreifen. Diese „Verschleimungen der Wirklichkeit" oder der Putinschen Politik. Natürlich, was ganz, ganz wichtig war leider: ganz harte wirtschaftliche Interessen. Darauf hat übrigens Putin gepocht. Deutschland spielte dabei eine ganz entscheidende Rolle. Die Überlegung von Putin, dass er mit diesem Krieg es schafft und dass der Westen das schlucken wird, und Europa auch, wie man die Krim eigentlich in Wirklichkeit geschluckt hat, war, dass eigentlich es keine wirkliche Zivilgesellschaft gibt. Dass alle diese Werte, die man sozusagen verkündet in Europa, die uns wichtig sind, wie Freiheit des Menschen, was das Wichtigste ist, das sind nur Attrappen. Alles entscheiden Wirtschaftsinteressen, Gas, Öl und Geld. Das hatte Folgen, auch in der deutschen Politik. Diese Mischung zwischen Illusionen, Angst, wirtschaftlichen Interessen, Wegschauen, und das hat, in meinen Augen natürlich zum Teil Putin den Weg gebahnt in diesem Krieg. Aber Gott sei Dank, langsam, nicht sofort, kam doch aber wenigstens am 24. Februar die Erkenntnis, in welcher Katastrophe wir alle sind. Dann, wie gesagt, habe ich wirklich erlebt, wie die deutsche Zivilgesellschaft darauf reagierte. Das war für mich eine große Erleichterung. Eigentlich, für unsereins, ist das die einzige Hoffnung, dass Europa und die Zivilgesellschaft in Europa so stark sind, dass man wirklich dem Putin entgegentreten kann. Das ist das, was eigentlich unsere Hoffnung ist.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Vielen Dank. Hoffnungsvoll möchte ich dieses Gespräch auch eigentlich schließen, denn wir haben ja Werte in Europa, die uns einen und die uns zu dieser Europawahl Hoffnung geben können, oder Herr Merz?

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Ja, ich glaube ja. Vermutlich erleben wir zurzeit in der Tat eine grundlegende Veränderung der Beobachtung und auch der Einschätzung der internationalen Politik durch einen immer größer werdenden Teil unserer Bevölkerung. Diese Bilder aus der Ukraine sind einfach so schrecklich und auch gleichzeitig so eindeutig, dass alle Erzählungen darüber, dass dieses Land nun eine Gefahr für Russland sein könnte und dass dort Nazis ausgelöscht werden müssten, nun wirklich bar jeder Anhaltspunkte sind und so vollkommen konstru-

iert sind, dass wohl größere Teile der Bevölkerung das verstehen, nicht alle, aber größere Teile der Bevölkerung schon. Für mich ist die Schlussfolgerung ganz einfach, und das sage ich jetzt auch mal als Parteivorsitzender der CDU: Wir müssen die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie und unserer Freiheit stärken, und wir müssen in der Bevölkerung dafür werben, dass wir nur dann, wenn wir auch militärisch in der Lage sind, unser Land, unser Territorium, das NATO-Gebiet zu verteidigen, das erhalten können, was wir hier gemeinsam haben, nämlich Frieden, Freiheit –

(Beifall)

– und auch unseren Wohlstand. Und, Frau Scherbakowa, wenn Sie mir erlauben, das noch einmal zu sagen, Sie sind Friedensnobelpreisträgerin. Ich finde es wirklich großartig, dass sie den Mut haben, das hier auch in der deutschen Öffentlichkeit immer wieder zu sagen, wir kennen Sie auch aus vielen Fernsehsendungen. Sie leben in Deutschland. Ich möchte Ihnen einfach die Kraft und den Mut wünschen, das fortzusetzen, und zwar so, dass Ihre Stimme gehört wird und dass wir auch etwas mitnehmen von dem und vor allen Dingen Fehler nicht wiederholen, die wir gemacht haben. Ganz, ganz herzlichen Dank für Ihr Engagement.

(Beifall)

Dr. Irina Scherbakowa: Vielen Dank.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Das bleibt mir auch noch zu sagen. Ganz, ganz herzlichen Dank, Dr. Irina Scherbakowa, Friedrich Merz, ganz herzlichen Dank, vielen Dank.

(Beifall)

Wir haben über den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine gesprochen, und wir hören davon jeden Tag, wir sehen auch Bilder. Aber es gibt Menschen, die wachen seit mehr als zwei Jahren jeden einzelnen Tag in diesem Krieg auf. Auch er gehört dazu, der Bürgermeister der ukrainischen Hauptstadt Kiew, Vitali Klitschko. Weil er heute nicht persönlich bei uns sein kann, hat er uns eine Videobotschaft zukommen lassen, sehen Sie selbst.

(Video)

Vitali Klitschko: Liebe Freunde der CDU Deutschlands, lieber Fredrich Merz, lieber Carsten Linnemann, ich freue mich, aus Kiew die Delegierten des CDU-Parteitags begrüßen zu dürfen. Zunächst meinen herzlichen Glückwunsch an Friedrich Merz zur erfolgreichen Wiederwahl als Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands. So

ein gutes Ergebnis ist ein starkes Startsignal für 2024, das der CDU für bevorstehende Aufgaben Rückenwind geben wird. Ich war schon oft Gast auf dem Parteitag der CDU und würde auch dieses Mal gerne bei Euch sein. Aber ich bitte euch um Verständnis, dass ich aufgrund der aktuellen Lage Kiew in diesen Tagen nicht verlassen kann. Ich freue mich aber, dass ich auf diesem Weg einige Worte an euch, unsere CDU-Freunde richten kann. Die Ukraine erlebt derzeit die schwierigste Zeit ihrer Geschichte. Wir Ukrainer sind Deutschland für seine riesige Hilfe sehr dankbar. Dank der Unterstützung Deutschlands können wir uns gegen die russische Armee verteidigen. Deutsche Patriots, deutsche Iris, deutsche Gepards, Leopards und Marders retten uns fast jeden Tag und damit eine Menge Leben. Aber wir brauchen eure Hilfe dringend weiter. Ich bitte den Westen, Europa und gerade euch, Deutschland, alles Mögliche zu tun, damit wir uns gegen die russische Aggression auch weiterhin erfolgreich verteidigen können. Der CDU bin ich für eure konsequente Haltung in diese Frage sehr, sehr dankbar. Liebe Freunde, ihr alle wisst, die Ukraine verteidigt die Werte von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten auch für euch, für Europa, für Deutschland. Bitte vergesst das nie und denkt daran, wenn wir diesen Kampf verlieren, dann werdet ihr ihn in Zukunft führen müssen. Unsere gemeinsame Zukunft ist eine freie, sichere und demokratische Ukraine und ein freies, sicheres, demokratisches Europa. Liebe Grüße, herzliche Grüße aus Kiew. Euer Vitali Klitschko. Einen erfolgreichen Parteitag wünsche ich euch.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Der klare Appell noch einmal und der Satz, die Ukraine verteidigt auch die Werte, die wir hier für so wichtig empfinden. Diese Werte teilt auch mein nächster Gast hier oben auf der Bühne. Er hat eine klare programmatische Vision. wie das Europa der Zukunft aussehen kann. Er möchte seine Partei, die EVP, gerne so stark machen, dass die konservative Politik die Zukunft dieses Kontinents mitgestalten kann und darf. Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie sehr herzlich den Parteivorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber.Grußwort

(Beifall und Musik)

TAGESORDNUNGSPUNKT 7

Grußwort des Parteivorsitzenden der Europäischen Volkspartei,
Manfred Weber MdEP

Manfred Weber: Lieber Friedrich Merz, liebe Ursula von der Leyen, liebe CDU-Freunde, ich darf euch die besten Grüße der gesamten Europäischen Volkspartei der Christdemokratie auf diesem Kontinent übermitteln. Ehrlich gesagt, morgen bin ich

in Barcelona. Zu Hause hört sich das für mich immer ein bisschen komisch an, wenn ich die Grüße überbringe, aber umso herzlicher überbringe ich sie euch als der starke Pfeiler in der Europäischen Volkspartei. Die CDU ist dieser starke Pfeiler, weil sie die größte Partei in dieser Parteienfamilie darstellt. Ich möchte zu Beginn danke sagen bei denen, die diese Pfeiler tragen, bei Daniel Caspary und der gesamten Mannschaft im Europäischen Parlament, bei meinem Stellvertreter, bei David McAllister, als Mitglied der CDU im Präsidium der Partei, bei Ursula von der Leyen, unserer Spitzenkandidatin und auch zukünftigen Kommissionspräsidentin Europas, und Friedrich, bei dir, als starkem Parteichef. Wenn du in Europa unterwegs bist, und du bist committed auch zu den Gremien der Parteiarbeit, du bist mit dabei, du führst, dann spüren die Menschen dorten, dort ist das proeuropäische Deutschland verankert, du führst sie in eine gute Zukunft, herzlichen Dank an euch alle.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, die erste Botschaft, und da sind wir vielleicht als Christdemokraten, als Christsoziale sehr oldfashion. Die erste Botschaft ist für uns in einem Wahlkampf, dass wir darstellen wollen: Wir haben geliefert. Ursula von der Leyen hat geführt in den letzten Jahren, die Fraktion im Parlament haben viele Kolleginnen und Kollegen mitgestaltet, unsere Kommissare. Wir führen Europa in schwierigen Zeiten. Gerade das letzte Pendel, die letzte Diskussion, das Emotionale, das wir heute auch gespürt haben zur Ukraine, zeigt es. Es war Roberta Metsola, die als erste nach Kiew gefahren ist. Es war Ursula von der Leyen, die die Ukrainepolitik der letzten Jahre geführt hat. Liebe Freunde, ich werde darüber hinaus bei vielen Journalistengesprächen angesprochen: Steht ihr denn weiter zum Green Deal, ein zweites Thema dieser Legislaturperiode? Liebe Freunde, wir stehen nicht nur zum Green Deal, wir haben ihn gemacht, unter Führung von Ursula von der Leyen. Wir stehen zum Klimaschutz und bestätigen das auch den 16-Jährigen: Ihr könnt euch auf die Union verlassen. Es ist unser Thema, dieses Thema anzupacken und es in die Zukunft zu führen. Liebe Parteifreunde, wir haben ein weiteres großes Themenfeld gelöst in dieser Legislaturperiode. Ich gehe jetzt nicht auf die Inhalte der Migrationspolitik ein. Ich möchte euch aber sagen, dass wir es als Parteienfamilie waren, die das Thema angepackt und gelöst haben. Ursula von der Leyen den Kommissionsvorschlag vorgelegt, Margaritis Schinas, der zukünftige Vizepräsident, hat gemanagt. Es ist Kyriakos Mitsotakis an der griechisch-türkischen Grenze, der für Ordnung sorgt, es ist Antonio Tajani, der mitgeholfen hat, in Tunesien die Abkommen hinzukriegen, und es ist unser Freund Petteri Orpo, der in Finnland als Premierminister regiert, mich vor Weihnachten angerufen hat und gesagt hat: „Wir werden die Grenzen zu Russland schließen, weil Putin Migranten einsetzt, um uns

zu erpressen, und ich als christdemokratischer Regierungschef lasse nicht zu, dass Europa erpresst wird." Wir kümmern uns europaweit um die Lösung dieser Aufgabe und nicht die Ampelmehrheit, die wir leider Gottes in Deutschland haben, liebe Freunde.

(Beifall)

Lasst uns darauf stolz sein. An dieser Facette Migration muss ich parteipolitisch, als Parteichef, noch zwei Akzente setzen. Heute lese ich in den Medien, dass der sozialdemokratische Spitzenkandidat, der antritt, Kommissionspräsident zu werden, es ablehnt, dass wir auf europäische Ebene Flüchtlingsabkommen mit der Nachbarschaft um Europa herum abschließen, weil es sich um keine voll funktionsfähigen Demokratien handeln würde und das deswegen alles schwierig ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in welcher Welt leben denn Sozialdemokraten? Wir können uns unsere Nachbarn nicht aussuchen, meine sehr verehrten Damen und Herren, natürlich basiert unser Ansatz auf unseren Werten. Aber wir müssen doch, wenn wir Probleme lösen wollen, mit unseren Nachbarn reden und mit ihnen die Probleme lösen und nicht gegen diese Probleme lösen. Deshalb, unser Ansatz ist einer, der löst und der nicht nur verspricht.

(Beifall)

Einen zweiten Gedanken, wenn es um diese parteipolitische Einordnung geht, sei mir noch erlaubt an dem Beispiel Migration, an einem der Top-Themen Europas festzumachen. Liebe Parteifreunde, im Europäischen Parlament hatte dieser Migrationspakt auf Messers Schneide gestanden. Daniel Caspary hat davon berichtet am Beginn des Parteitags. Liebe Freunde, es ging um wenige knappe Stimmen, ob es uns gelingt, das zum Erfolg zu bringen. Man stelle sich noch mal vor, das wäre gescheitert. Le Pen, AfD hätten Freudenfeste gefeiert, weil Europa wieder mal nicht in der Lage ist, das Problem zu lösen. Es ist uns dann gelungen, mit Unterstützung vieler Freunde in Europa, aber ich muss in Erinnerung rufen, dass die europäischen Grünen im Europäischen Parlament diesem Pakt ihre Unterstützung verweigert haben. Ich muss sagen, wenn wir nach acht Jahren quälender Debatte auf europäischer Ebene zum Konsens der Staaten Europas kommen, zum Konsens der demokratischen Parteien im Europäischen Parlament kommen und dann die Grünen sich diesem Konsens verweigern und in Kauf nehmen, dass die Rechtsradikalen davon profitieren, dann haben die Grünen den Anspruch verwirkt, Europapartei zu sein, liebe Parteifreunde. Wir sind Europapartei und nicht die Grünen im Europäischen Parlament.

(Beifall)

„Nicht reden, handeln." Unsere erste Botschaft in diesem Wahlkampf, die wir europaweit mit Stolz heraustragen dürfen. Ich möchte persönlich noch zwei Gedanken dazu sagen: Im letzten Europawahlkampf war mir ein Thema wichtig, nämlich der Kampf gegen Krebs. Wir haben jetzt als Europäische Union das größte Antikrebsprogramm auf den Weg gebracht, das es weltweit gibt, gemeinsam mit den nationalen Investitionen. Mit dem Traum, dass wir Europäer es gemeinsam schaffen können, diese schweren Volkskrankheiten, vielleicht zukünftig auch mal Alzheimer, dass es uns gelingen kann als Europäer, gemeinsam diesen Krankheiten das Stoppschild zu stellen und zu sagen: Wir schaffen es, das zu bekämpfen. Wir liefern in der Sache, im Interesse des Alltags, der Sorgen der Menschen, und das auch verbunden mit einer ganz konkreten Botschaft.

Weil wir in Deutschland zu Anfang dieses Jahres viele Landwirte, Bauern auf der Straße hatten, die demonstriert haben, möchte ich zum Schluss, bei dieser Bilanzfrage, schon noch in Erinnerung rufen, dass wir in der letzten Sitzungswoche vor den Europawahlen, dank des Vorschlags von Ursula von der Leyen, ein Gesetzespaket beschlossen haben, wo wir unseren Bauern jetzt sagen: Sie dürfen wieder auf 100 Prozent der Fläche produzieren, die verbindliche Flächenstilllegung wurde gestrichen. Wir haben für Betriebe unter zehn Hektar, das sind die Nebenerwerbslandwirte, das sind die kleinen Bauern bei uns, die nicht so viel Zeit haben für die Bürokratie, jetzt entschieden, dass die nie wieder im Leben einen EU-Prüfer am Hof haben werden, dass die nie wieder kontrolliert werden und auch keine Sanktion zu erwarten haben. Das ist für 100.000 Betriebe in Deutschland der größte Schritt von Entbürokratisierung, die wir angepackt haben, liebe Parteifreunde. Wir reden nicht drüber, wir handeln, wir setzen das um, was wir den Menschen versprechen, und lasst uns darauf auch stolz sein.

(Beifall)

Darauf basiert das Wichtigste in der Politik, nämlich Vertrauen. Vertrauen in Personen und Vertrauen in Parteien. Liebe Freunde, wir haben leider in der Legislaturperiode auch einige Male in Brüssel die Ampel durchscheinen sehen, die Brüsseler Ampel, von Liberalen, Grünen und Sozialdemokraten, verbunden mit den Kommunisten. Da gibt‘s leider Gottes ein Thema, das uns echt beschwert. Wir haben nämlich über die Frage geredet: Können wir Industriearbeitsplätze bei uns in Deutschland, in Europa halten. Ich sag‘s noch mal ganz eindrücklich: Die Europäische Volkspartei, die Gesamtfraktion, hat sich bei der Abstimmung um den Verbrenner für die Weiterführung dieser Technologie in der Zukunft entschieden. Ich muss noch mal deutlich in Erinnerung rufen: Es war auch die liberale Fraktion im Europäischen Parlament, geführt von Emmanuel Macron an der Spitze, die sich für das

Verbot des Verbrenners ausgesprochen hat. Es ist wunderbar zu sehen, wenn die deutsche FDP fordert, dass der Verbrenner weitergeführt wird. In Brüssel in der eigenen Fraktion hatten sie nicht die Kraft, ihre Positionen durchzusetzen. Wir als CDU/CSU hatten die Kraft das europaweit in unserer Fraktion durchzusetzen, liebe Freunde, das muss man immer wieder in Erinnerung rufen.

(Beifall)

Europa ist nicht nationale Politik, kopiert nach Brüssel, sondern lebt von den Mehrheiten dort. Ich sage ausdrücklich dazu: Dieses Verbot des Verbrenners war ein schwerer industriepolitischer Fehler. Wenn wir im nächsten Europäischen Parlament die Mehrheiten haben, dann werden wir die Revisionsklausel nutzen, um diesen Fehler zu heilen, wir wollen die Arbeitsplätze bei uns und nicht in China und nicht in Südamerika, liebe Parteifreunde. Dafür stehen wir und die Zusage geben wir den Menschen.

Wenn ihr mir erlaubt, lasst mich über die Mehrheiten von morgen reden. Wir wollen keine Ampel auf europäische Ebene, sie hat in Deutschland schon genug Schaden angerichtet. Aber wir haben auch einen klaren Trennstrich, und das ist heute mehrfach zum Ausdruck gebracht worden, zum radikalen Kern der Rechten. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Parteifreunde, es ist beschrieben worden, die tschechischen, die belgischen Behörden haben klare Belege für die Korrumpiertheit der AfD, finanziert aus Russland, die chinesischen Spionagetätigkeiten. Alice Weidel war in Paris, hat mit Le Pen gesprochen, sie sind in einer Fraktion. Le Pen sagt nach diesem Gespräch, sie wisse nicht, ob die AfD im nächsten Europäischen Parlament noch in der ID-Fraktion willkommen geheißen werden kann. Die AfD, liebe Parteifreunde, ist unter den radikalen die radikalste Partei. Es gibt nur noch wenige, die den Austritt aus der Europäischen Union fordern, nicht mal Wilders in den Niederlanden fordert das, nicht mal Le Pen fordert das, nicht mal die FPÖ fordert das. Aber unsere deutsche AfD stellt sich mit Höcke hin und sagt, dieses Europa muss sterben. Liebe Parteifreunde, dieses Europa ist unser Europa, es ist ein christdemokratisches Europa, wir haben es geprägt, wir stehen in der ersten Reihe, um unser Europa gegen diese Neonazis zu verteidigen, liebe Freunde. Das ist auf diesem Parteitag heute zum Ausdruck gebracht worden.

(Beifall)

Da brauchen wir auch von niemandem Nachhilfe. In allen Regierungen, wo wir beteiligt sind, praktizieren wir das. Bei Ulf Kristersson in Schweden, bei Petteri Orpo in Finnland. Wir sind in Mittelosteuropa die Partei des Rechtsstaats. Andrej Plenković ist wiedergewählt worden in Kroatien, hat Kroatien in den Euro geführt,

in den Schengenraum geführt. Es ist Klaus Johannis in Rumänien, der wie kein Zweiter für ein demokratisches, europäisches Rumänien steht. Liebe Freunde, in der Tschechischen Republik haben wir den Liberalen Babiš aus dem Amt gekegelt, mit unseren Parteifamilien. Wir brauchen da von niemandem Nachhilfe und an vorderster Stelle steht der tolle Erfolg meines Vorgängers als EVP-Parteivorsitzender in Polen, nämlich von Donald Tusk. Er hat PiS in die Opposition geschickt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind in Europa die Partei Europas, die Partei der Ukraine und die Partei des Rechtsstaats, und niemand sonst auf diesem Kontinent ist diese Partei.

(Beifall)

Ich sag das nochmal ausdrücklich, weil wir jetzt die Debatte darauf haben, wie die demokratische Mitte darauf reagiert, auf diese Welle von Nazis, die wir in Europa leider wieder erleben: Ich plädiere für den Konsens der demokratischen Mitte. Aber ich warne auch davor, dass dieses Thema parteipolitisch missbraucht wird, wie wir es in einigen Ländern der Europäischen Union erleben. Liebe Freunde, es gibt diesen Konsens, aber jede Partei muss in ihrem eigenen Bereich Verantwortung übernehmen. Es sei nur erlaubt, darauf hinzuweisen, dass in den Niederlanden derzeit die Partei der FDP, Mark Rutte, mit Wilders verhandelt, eine Regierung zu bilden, und keine christdemokratische Partei. Insofern muss jeder bitte seine Aufgaben wahrnehmen, Europa auf Kurs zu halten. Wir als Europäische Volkspartei, als CDU, als CSU wissen, wofür wir stehen und wofür wir kämpfen, liebe Freunde.

(Beifall)

Im Hinblick auf die demokratische Verfasstheit Europas sei mir noch erlaubt, drauf hinzuweisen, dass wir nach der Wahl Klarheit brauchen beim Konzept der Spitzenkandidaten, der Spitzenkandidatinnen. Liebe Parteifreunde, wir haben 2019 nach wie vor in den Knochen, im Sinne von Scheitern der Idee. Ich selbst habe zusammengesessen mit sozialdemokratischen und liberalen Fraktionsvorsitzenden im Europäischen Parlament, die mir mitgeteilt haben, dass sie den Wahlgewinner nicht unterstützen werden bei der Wahl des Kommissionspräsidenten. Damals ist Schaden an der europäischen Demokratie entstanden. Für mich und für uns ist das Kapitel abgeschlossen. Wir wissen, wofür wir stehen, für ein demokratisches Europa, und haben eine überzeugende Kandidatin, die in den letzten fünf Jahren bewiesen hat, dass sie es kann, dass wir es gemeinsam gut gemacht haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ich aber formulieren will, ist, dass ich heute schon erwarte, dass Sozialdemokraten, Grüne und Liberale auch vor der Wahl ein Bekenntnis abgeben, dass sie nach der Wahl die stärkste Fraktion Europas und damit auch die Spitzenkandidatin der stärksten Fraktion Europas auch anschließend im demo-

kratischen Bereich unterstützen werden. Ein zweites Mal Hinterzimmer, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein zweites Mal parteipolitische Spiele kann sich die Demokratie Europas nicht leisten. Wir stehen hinter Ursula von der Leyen, und wir wollen, dass die anderen Parteien das auch tun, sollten wir die Wahlen gewinnen.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, der letzte Gedanke, den ich noch ansprechen will, sind die Themen der Zukunft, und sie wurden bereits intensiv diskutiert. Deswegen von meiner Seite nur stichwortartig: Wohlstand steht für uns im Mittelpunkt, wir haben es in Bukarest beschrieben, beschlossen, und wenn unser deutscher Kanzler sagt, er schaut auf die Straßen und sieht keine deutschen oder chinesischen Autos, sondern nur Autos fahren, dann kann man nur fragen: In welcher naiven Welt lebt Olaf Scholz? Wir müssen uns schützen. Ursula von der Leyen hat es zum Ausdruck gebracht, und wir stehen auch für Welthandel, wir wollen MERCOSUR, wir wollen diese modernen Handelsverträge, weil sie die Grundlage dafür sind, dass wir ökonomischen Erfolg in der Zukunft haben. Ich glaube auch, dass Sicherheit ein großes Thema in einem breiten Sinne ist. Das ist vielleicht heute noch nicht so durchgekommen. Aber wenn wir heute Telegram-Kanäle in Deutschland haben, wo Neonazis sich in geschützten Räumen vernetzen, wenn das gedruckt worden wäre, was dort in den Telegram-Kanälen geschrieben wird, dann wäre es strafrechtlich verboten und würde sofort hinter Schloss und Riegel führen. Im Telegram-Kanal ist es erlaubt und nicht mehr nachvollziehbar, weil der Staat keinen Zugriff hat. Wir dürfen nicht zulassen, dass es rechtsfreie Räume gibt, wir dürfen das nicht zulassen. Deswegen muss der Staat auch hier handeln können. Liebe Freunde, so wie es in der Diskussion zum Ausdruck gebracht worden ist: Wir sind die Partei des Friedens auf diesem Kontinent. Wir stehen an der Seite der Ukraine. Meine prägendste Erfahrung war das Gespräch mit dem Bürgermeister von Butscha, der mir beschrieben hat, dass er nach Kriegsbeginn ohne Soldatenausbildung zur Waffe gegriffen hat, seine Stadt verteidigt hat, die zunächst besetzt wurde, mit den schlimmen Kriegsverbrechen und dann wieder befreit wurde, mit der Frage: Warum, warum macht man das? Kam als Antwort: Ich habe zwei Kinder, Herr Weber, ich habe kapiert, was es heißt, in Freiheit und Demokratie leben zu dürfen, und ich will, dass meine zwei Kinder auch in Freiheit und Demokratie leben und nicht in Putins Propagandasystem, in Putins Diktatur leben müssen. Deshalb ist unsere Vergewisserung als Europäische Volkspartei klar, unter Führung von Ursula von der Leyen, dass wir zur Ukraine stehen und dass wir jetzt, und da bin ich dem Johannes Winkel dankbar, der Jungen Union, dass wir jetzt den Schritt weitergehen auch zum Aufbau nicht bloß starker nationaler Armeen, sondern dort, wo Europa einen Mehrwert bringt,

auch Europa zu stärken in der Tradition von Adenauer, wie das in der Vergangenheit beschrieben worden ist, dem Aufbau des europäischen Verteidigungspfeilers. Liebe Freunde, meine sehr verehrten Parteikolleginnen und -kollegen. Friedrich Merz hat vorgestern in seiner Rede von der Leitkultur gesprochen, von dem, was uns zusammenhält, was diese Gesellschaft zusammenhält. Dass wir als Christdemokraten, Christsoziale, als Europäische Volkspartei das beschreiben müssen, dafür werben müssen, dafür eintreten müssen, es bewusst zu machen und dass wir es auch verteidigen müssen. Ich glaube, dass wir uns auch bewusst sind, wenn wir jetzt angesichts der deutschen Leitkultur über Europa reden, dass diese deutsche Leitkultur eingebettet ist in unser Framing des European Way of Life, der europäischen Art zu leben. Dass wir in ganz Europa die Demokratie haben, den Rechtsstaat haben, die Gleichberechtigung von Mann und Frau, das Abschaffen der Todesstrafe, schaut nach Amerika. Dass wir in ganz Europa die Soziale Marktwirtschaft haben. Auch in Rumänien gehen die Menschen an die Krankenhauspforte, klopfen an und werden nicht nach der Kreditkarte, sondern nach dem Namen gefragt. Die solidarische Finanzierung von Sozialleistungen ist das, was Europa ausmacht. Über allem drüber steht die Freiheit als Grunddefinition dieses European Way of Life. Deswegen Ja zur deutschen Leitkultur. Liebe Parteifreunde, eingebettet in eure, in unsere Idee, dass wir Europäer sind, dass die Identität uns ausmacht: Europa nicht funktional sehen, sondern Europa als gemeinsame Schicksalsgemeinschaft wahrnehmen. Dafür stehen wir als Christdemokraten, als Christsoziale auf diesem Kontinent und dafür kämpfen wir am 9. Juni.

(Beifall)

Als letzten Gedanken, liebe Freunde, wir sind gut unterwegs, ich habe die Partei als Vorsitzender übernehmen dürfen, da hatten wir sieben Staats- und Regierungschefs von 27. Heute, liebe Parteifreunde, kann ich euch vermelden, dass wir europaweit 13 Staats- und Regierungschefs in unserer EVP-Familie haben: Wir regieren in Irland, in Schweden, in Finnland, in Litauen, in Lettland, in Kroatien, in Rumänien, in Luxemburg, in Österreich und jetzt kurz in Portugal und in Polen. Wir sind in 13 Staaten der Europäischen Union jetzt in der Führung dieser Länder. Die Sozialdemokraten haben noch vier Staats- und Regierungschefs, die Liberalen haben fünf, wir haben 13, liebe Parteifreunde. Deswegen haben wir alle Chancen, dass wir in dem nächsten Europäischen Parlament die starke, dominante europäische Kraft sind. Deshalb lasst uns jetzt rausgehen, lasst uns Europa rocken, wir sind die Zukunft Europas, und darauf sind wir stolz. Herzlichen Dank, dass ich da sein durfte. Danke schön, danke schön.

(Anhaltender, lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Ganz herzlichen Dank an den Parteivorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, danke schön. Jetzt Film ab für den Europawahlspot der Union.

(Europawahlspot der CDU)

Ich finde, die EU ist einfach ein total besonderes Modell, wir haben einen großartigen Binnenmarkt, der für Wohlstand sorgt. Wir haben unglaubliche Freiheiten, die Reisefreiheit, die wir haben. Jeder kann sagen, was er möchte, freie Wahl, Demokratie, miteinander arbeiten, füreinander arbeiten. Das große Wunder ist wirklich, dass wir seit 75 Jahren keinen Krieg mehr haben. Das geeinte Europa ist das Beste, was uns Deutschen passieren konnte. Europa ist ein Versprechen von unseren Eltern und Großeltern an uns, dass wir in Freiheit und in Sicherheit leben können. Jetzt liegt es an uns, dieses großartige Erbe fortzusetzen.

Das heißt heute, Europa besser zu machen. In Europa leben heißt, gemeinsam in Freiheit leben. Diese Freiheit werden wir schützen, gegen ihre Feinde von innen und von außen. In Sicherheit leben heißt, in unruhigen Zeiten werden wir Europa sicherer machen, gemeinsam die Wirtschaft stärken, den Wohlstand erhalten und das Klima schützen.

Bei dieser Europawahl geht es um viel. Es geht um unsere Art zu leben, in Freiheit, in Sicherheit, in Europa. Wählen Sie am 9. Juni die CDU.

(Beifall)

Stephanie von Schwanenflügel, Moderatorin: Damit bitte ich noch einmal auf die Bühne für

TAGESORDNUNGSPUNKT 25

Schlusswort des Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz MdB

(Beifall und Musik)

Friedrich Merz, Vorsitzender der CDU: Liebe Freundinnen und Freunde, in wenigen Minuten werden wir den heutigen Tag abschließen mit der Ode an die Freude aus der neunten Symphonie von Beethoven, dem Europalied und der deutschen Nationalhymne. Bevor wir das tun, möchte ich mich herzlich bedanken. Zunächst möchte ich mich herzlich bedanken bei dem ganzen Team des Adenauer-Hauses –,

(Lebhafter Beifall und Zurufe)

– das in den letzten Wochen, in den letzten Monaten und vor allem in den letzten drei Tagen zum Teil die Nächte durch hier wirklich unglaublich gearbeitet hat und

in der Nacht von gestern auf heute auch noch einmal die gesamte Bestuhlung hier im Haus komplett geändert hat. Ein tolles Team, das da wirklich super gearbeitet hat.

(Beifall)

Ich möchte mich bei den Delegierten bedanken, bei Ihnen, meine Damen und Herren, die sie von Sonntag bis heute vier Tage in Berlin ausgeharrt haben, einen Bundesparteitag und heute diese Abschlussveranstaltung als Auftakt für den Europawahlkampf mit uns mitgemacht haben. Ich möchte mich bedanken bei Carsten Linnemann bei Christina Stumpp, beim Präsidium der CDU Deutschlands, dem neugewählten Bundesvorstand. Es macht große Freude, mit euch zusammen zu arbeiten, herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich bedanke mich bei unseren Freunden der CSU, Alexander, Markus, der Generalsekretär, es ist ein gutes Miteinander, und das haben Sie alle in den letzten Tagen erlebt. Wir können sogar ganz gut ein bisschen frotzeln übereinander. Herzlichen Dank für diese gute Zusammenarbeit.

(Beifall)

Ich will mich noch einmal bei der Grundsatzprogrammkommission und bei der Antragskommission bedanken, die eine irrsinnige Arbeit gehabt hat, über 2.000 Änderungsanträge alleine im Laufe des gestrigen Tages bearbeitet und behandelt hat, Christoph Hoppe, Philipp Birkenmaier und das ganze Team, das da geholfen hat. Ganz herzlichen Dank für diese tolle Arbeit, ohne diese Arbeit hätten wir das nicht schaffen können.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen, liebe Freundinnen und Freunde, die CDU ist die deutsche Europapartei und deswegen, liebe Ursula, auch noch einmal ein ganz herzliches Wort des Dankes an dich, für deine erfolgreiche Arbeit in den letzten fünf Jahren als Präsidentin der Europäischen Kommission. Es ist an verschiedenen Stellen hier schon zum Ausdruck gekommen: Du hast deine Europäische Kommission geführt in den Zeiten der Krise. Als du vor fünf Jahren in das Amt gekommen bist, konntest du nicht ahnen, was auf dich zukommt. Ich nenne nur die beiden Stichworte Corona und Krieg. Du hast es in einer bewundernswerten Weise gemacht, du hast diese Europäische Union zusammengehalten.

(Lebhafter Beifall)

Du konntest dich dabei stützen auf die EVP-Fraktion, die größte Fraktion im Europäischen Parlament, die deutschen Abgeordneten dieser EVP-Fraktion, auf Manfred Weber, den Vorsitzenden der EVP und auf Daniel Caspary, den Vorsitzenden der deutschen Gruppe und alle Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland ganz besonders. Das atmet den Geist unserer Zusammenarbeit, und das atmet den Geist unserer Verantwortung. Wir haben heute Morgen einen kleinen Ausschnitt aus der Rede gehört, die Richard von Weizsäcker am 8. Mai 1985 im Deutschen Bundestag gehalten hat. Ich bin an diesem 8. Mai gerade wenige Tage als junger Richter vereidigt gewesen am Amtsgericht in Saarbrücken. Es war ein Mittwoch, und ich weiß, dass ich an diesem Tag erst am Nachmittag ins Gericht gefahren bin, weil ich am Vormittag im Fernsehen die Rede unseres damaligen Bundespräsidenten hören wollte, zum 40 Jahrestag des Kriegsendes. Ein 8. Mai wie heute, auch ein Mittwoch. Dieser eine Satz, den er in dieser Rede gesagt hat und der auch heute hier zitiert worden ist, den habe ich selber auch immer wieder zitiert. Es gibt diese Rede in einem kleinen Büchlein, das an prominenter Stelle in meinem Bücherschrank steht. Dieser eine Satz lautet: „Die junge Generation ist nicht verantwortlich für das, was war, aber die junge Generation ist dafür verantwortlich, was in der Geschichte daraus wird." Meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, diese junge Generation, die Richard von Weizsäcker heute vor 39 Jahren gemeint hat, das sind heute wir. Das ist damals die junge Generation gewesen, und das sind heute wir. Wir sind verantwortlich für das, was aus der Geschichte in der Geschichte daraus wird. Lassen Sie uns aus diesem Parteitag genau das mitnehmen: die Verantwortung für Deutschland, die Verantwortung für Europa. Wir haben am Montag einen neuen Bundesvorstand gewählt, übrigens ein Bundesvorstand, der wieder einmal rund vier Jahre jünger ist als der letzte Bundesvorstand, mit jungen, neuen Mitgliedern im Bundesvorstand der CDU Deutschlands, die dazu kommen –

(Beifall)

– und die dieser jungen CDU auch ein Gesicht geben. Wir haben gestern ein neues Grundsatzprogramm, erst das vierte in unserer Geschichte, verabschiedet. Ich meine sagen zu dürfen, so klar und so gut verständlich und lesbar wie keines der vorherigen Grundsatzprogramme unserer Partei. Heute schließen wir diesen Tag nun mit unserem Aufbruch in den Wahlkampf für das Europäische Parlament am 9. Juni. Wenn wir das richtig machen, dann werden wir nicht nur aus Deutschland die größte Zahl der Abgeordneten der CDU und der CSU in diese EVP-Fraktion entsenden. Dann wird diese EVP-Fraktion auch wieder die größte Fraktion im Europäischen Parlament sein, und, liebe Freundinnen und Freunde, es wird dann wieder die Einzige sein, die aus allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, aus allen

27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union Abgeordnete in einer Fraktion, in der EVP-Fraktion zusammenbringt. Lieber David McAllister, ich will dir besonders herzlich danken. Du bist sozusagen das Scharnier auch immer wieder im Alltag zwischen Deutschland und der Europäischen Union, zwischen der CDU und der EVP. Ganz herzlichen Dank für deine großartige Arbeit, die du auch in der EVP leistest.

(Beifall)

In diesem Sinne, liebe Freundinnen und Freunde, lasst uns jetzt in diese Wahlauseinandersetzung gehen. Ich möchte ein Versprechen abgeben für Europa, für die Christdemokraten in Europa, aber auch für uns in Deutschland. Ja, wir machen natürlich nationale Politik, aber wir wissen, dass diese Bundesrepublik Deutschland nicht wäre, was sie ist, wenn sie nicht Freunde hätte in der Europäischen Union und wenn wir nicht gleichzeitig auch Freunde hätten, mit denen wir ein ganz besonders enges, weil unsere Geschichte uns dazu verpflichtet, ein ganz besonders enges Verhältnis haben müssen, und das sind unsere beiden Nachbarn im Osten und im Westen, Polen und Frankreich.

(Beifall)

Wir werden als Union mit diesen beiden Ländern, mit Frankreich und mit Polen, wieder enger zusammenarbeiten, als das gegenwärtig geschieht. Ich weiß es aus meinen Begegnungen in Frankreich mit Emmanuel Macron, in Warschau mit Donald Tusk und aus vielen anderen Begegnungen auch: Sie warten darauf, dass wir, dass Deutschland sich wieder stärker europäisch engagiert, weil sie genau diese Erwartung haben. Ohne Führungsverantwortung aus Deutschland heraus kann sich diese Europäische Union nicht so entwickeln, wie sie sich entwickeln muss. Sie muss sich entwickeln als eine Europäische Union, die nicht nur nach innen schaut, sondern die auch nach außen schaut und die Verantwortung in der Welt wahrnimmt für Freiheit, für Frieden und für Wohlstand in ganz Europa.

(Beifall)

In diesem Sinne, meine Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde, noch einmal ein ganz herzliches Wort des Dankes an Sie alle, dass Sie so lange hiergeblieben sind. Herzlichen Dank auch für die vielen Begegnungen, die uns Freude gemacht haben, abseits der Sitzung des Plenums. Herzlichen Dank für die tolle Stimmung gestern Abend auf dieser großartigen Party, die wir hier feiern konnten im Estrel hier in Berlin.

(Lebhafter Beifall und Zurufe)

In diesem Sinne wünsche ich uns einen guten Heimweg. Kommen sie heil nach Haus, und tragen Sie alle das wieder und weiter, was wir in diesen letzten Tagen miteinander besprochen und beschlossen haben. Es war ein großartiger Bundesparteitag der CDU. Es war ein toller Auftakt für die Europawahlen, die morgen in einem Monat stattfinden. Lassen Sie uns gemeinsam rausgehen, Wahlen gewinnen und Verantwortung übernehmen für Deutschland und für Europa. Herzlichen Dank, dass Sie alle so lange da gewesen sind.

(Anhaltender, lebhafter Beifall – Die Delegierten erheben sich)

Ich bitte alle Europakandidaten, alle Kandidatinnen und Kandidaten für das Europäische Parlament und die Mitglieder des Präsidiums der CDU Deutschlands jetzt zu mir auf die Bühne.

(Die Anwesenden erheben sich: Ode an die Freude, Beifall)

(Die Anwesenden singen die Nationalhymne, Beifall)

(Schluss: 14:40 Uhr)

REDNERVERZEICHNIS

	Seite
Amthor, Philipp	131 f., 188 f., 193 f., 196, 337 f., 348
Arlt-Palmer, Christine	224
Baumann, Ruth	134
Bäumler, Christian	233 f., 236, 276, 284, 364 f.
Beckhoff, Sarah	185 f., 243
Bilger, Steffen	134 f.
Bosbach, Caroline	421 ff.
Breher, Sylvia	111 ff., 244, 335 f., 369 f.
Brodesser, Carsten	278 f.
Brok, Elmar	229 f.
Buchen, Christian	328
Caspary, Daniel	230 ff., 376 ff.
Chialo, Joe	135 f.
Claus, Ines	60 ff., 120 f., 212 f., 218 f.
Connemann, Gitta	274 f., 285, 336 f.
Cosse, Holger	266 f.
Czychon, Karoline Sophie	255 f.
Deppe, Rainer	239 f.
Donth, Michael	264 f.
Dulger, Rainer	410 ff.
Dust, Michael	215, 246
Frei, Thorsten	12 f., 19, 24 f., 97, 101 f., 97, 110 f., 198 f., 206 ff., 328 ff.
Frieling, Heinrich	347
Gebhardt, Thomas	246
Glißmann, Birte	136 f.,193, 249 f., 345
Gödderz, Gereon	263

Gröhe, Hermann 137
Gröninger, Theresa 243 f.
Groß, Benedikt 421 ff.
Güler, Serap 62 ff., 72 ff., 87 f., 130, 162, 165, 168 ff., 283, 322 ff.
Günther, Daniel 65 ff., 220 f.
Güntzler, Fritz 272 f.
Haase, Christian 73 f.
Häusler, Oliver 207 ff.
Hagel, Manuel 370 ff.
Hannack, Elke 362 f.
Hardt, Jürgen 210 f.
Haseloff, Reiner 69 ff.
Haßdenteufel, Rita 390
Hauß, Christopher 256, 283 f.
Heber, Claudia 271, 305 f.
Heck, Stefan 139
Heil, Mechthild 139 f.
Heilmann, Thomas 324, 329
Heinemann, Uwe 79
Helfrich, Mark 322
Hemmerich, Kai-Uwe 74 f.
Hermann, Carina 140 f.
Heveling, Ansgar 245 f.
Hilbers, Reinhold 141 f., 312
Honemann, Lukas 250, 365 f., 421 ff.
Hoppermann, Franziska 88, 90, 105 f., 142 f., 158 ff., 347 ff., 380 ff.
Huber, Martin 386 ff.
Hüppe, Hubert 240 f., 253 f.

Hummel, Florian 277 f.
Jacoby, Peter 95 ff.
Janson, Marc-Philipp 251 f., 258
Jarzombek, Thomas 143, 259 f.
Jung, Andreas 113 f., 323 f., 330 f.
Kampeter, Steffen 235, 282 f., 310 f.
Karliczek, Anja 264
Kemmer, Ronja 121 f., 309
Kleen, Joachim 331 f., 339 f.
Kliewe, Andrea 271 f., 313 f.
Klitschko, Vitali 439 ff.
Klöckner, Julia 91 ff., 186 f.
Krahner, Lilly 252 f., 259
Kraski, Joshua Paul Valentin 275 f.
Kretschmer, Michael 50 ff., 114
Krings, Günter 191 f., 200, 334
Kreye, Anna 342 f.
Kuban, Tilman 310
Kufen, Thomas 144
Kurz, Silke 268 f.
Laumann, Karl-Josef 115 f., 279 ff.
Lechner, Sebastian 122 f.
Liminski, Nathanael 380 ff.
Liese, Peter 78 f., 325 f.
Linnemann, Carsten 80 ff., 106 f., 162 ff., 166 ff., 175 ff., 195, 218, 228, 261 f., 286, 305, 316 f., 351 ff., 357, 386 ff.
Littig, Michael 307
Lorz, Alexander 144 f.

Ludwig, Fred-Holger	145
Lüdemann, Feodora	421 ff.
Matz, Jon Lukas	186 f., 221 ff.
McAllister, David	94 f., 97, 130, 132 f., 160 ff., 263 ff., 373 ff.
Merz, Friedrich	6 ff., 25 ff., 97 ff., 101, 104 ff., 171 ff., 286, 304 f., 317 f., 357 f., 409 f., 431 f., 434 ff., 448 ff.
Metsola, Roberta	404 ff.
Mörseburg, Maximilian	212 f., 214 f.
Mohrmann, Marco	326
Nacke, Jens	344
Nacke, Stefan	242, 277, 306,344
Novak, Andreas	227
Oellers, Wilfried	241 f.
Otte, Henning	88 ff., 146
Peters, Tim Ulrich	195 f., 200, 202 ff., 210,238 f.
Petersen, Felix	190 f.
Prien, Karin	47 ff., 251, 254 f., 367
Quandt, Stefan	227
Rachel, Thomas	176 f.
Radtke, Dennis	214 f., 234 f.
Reddig, Pascal	276 f.
Redmann, Jan	62 ff.
Reichel, Markus	72 f.
Reinke, Georg	333 f.
Reitze, Dirk	94
Rhein, Boris	57 ff.
Rief, Josef	360
Röttgen, Norbert	204 f.

Rohwer, Lars 254
Rothenberger, Johannes 364
Scharrenbach, Ina 19 ff., 50, 57, 67 ff., 102 ff., 111 f., 113 f., 116 ff., 123 f., 133, 135, 137 ff., 182 ff., 343 f., 359 ff., 383
Schäfer, Lisa 183 f.
Schenderlein, Christiane 239, 246 f.
Scherbakowa, Irina 433 ff.
Schimke, Jana 146 f., 308 f., 363 f.
Schmidtke, Claudia 319
Schneider, Bastian 147 f., 221
Schön, Nadine 366
Schroft, Frank 320 f.
Schütte, Albert 194
Schulze, Sven 124 ff., 367 f.
Seeger, Bianca 269
Siegmon, Felix 226, 283
Söder, Markus 288 ff., 411 ff.
Spahn, Jens 126 f., 192, 201 f., 246 f. 263 f. 265 f., 267, 269 f., 315 f., 327
Speer, Kim-Sarah 148 f.
Speicher, Marc 149, 312 f.
Steiniger, Johannes 150 f.
Steinkamp, Joachim 338 f.
Stickeln, Michael 232
Strohschneider, Laura 341 f.
Stumpp, Christina 107 f., 163 ff.
Theis, Roland 197 f.
Thiele, Ulf 192, 235 f.
Toscani, Stephan 199

Voigt, Mario	127 f., 134, 136, 138 ff., 150 ff., 168 ff., 175 f., 177 f., 182 ff., 196, 210 ff., 353 ff.
Volkmann, Johannes	150, 201, 231
Von der Leyen, Ursula	391 ff.
Von Nordhausen, Engelbert	178 ff., 261 f., 352 f.
Von Schwanenflügel, Stephanie	384 ff., 403, 410 ff.
Wadephul, Johann	76 ff., 222 ff.
Wächter, Karina	321
Wagner-Scheid, Anja	187
Wallmann, Astrid	151 f.
Weber, Manfred	440 ff.
Wegner, Kai	10 ff., 13 ff. 47, 50, 60, 118 ff., 121 ff., 128 ff.
Weiß, Peter	281 f.
Weller, Jessica	269 f.
Whittaker, Kai	314
Widmann-Mauz, Annette	273 f., 319, 321 f. 368 f.
Wimberg, Johann	347 f.
Winkel, Johannes	64, 149 f., 190, 216 ff., 356, 418 ff.
Winter, Wibke	152 f., 244 f., 318 f., 326 f.
Wöstmann, Heinz	285 f.
Wulff, Otto	99 ff.
Wüllner, Monica	153, 323
Wüst, Hendrik	51 ff.
Wüstenberg, Jendrik	226, 282
Ziemiak, Paul	154
Zwicker, Kai	355

A N H A N G

Beschlussprotokoll
des 36. Parteitags der CDU Deutschlands
vom 6. bis 8. Mai 2024 in Berlin

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlussfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der Antragskommission
5. Wahl der Mandatsprüfungskommission
6. Wahl der Stimmzählkommission
7. Grußworte
8. Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

   Aussprache zum Bericht des Vorsitzenden
9. Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands
10. Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament
11. Bericht des Mitgliederbeauftragten der CDU Deutschlands
12. Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands und Vorlage des Rechenschaftsberichte 2021 und 2022 gemäß § 23 Abs. 2 Parteiengesetz
13. Bericht der Rechnungsprüfer
14. Bericht der Mandatsprüfungskommission
15. Entlastung des Bundesvorstandes
16. Wahl des Bundesvorstandes

16.1 Wahl der/des Vorsitzenden

16.2 Wahl der/des Generalsekretärin/Generalsekretärs

16.3 Wahl der/des stellvertretenden Generalsekretärin/Generalsekretärs

16.4 Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden

16.5 Wahl der/des Bundesschatzmeisterin/Bundeschatzmeisters

16.6 Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

16.7 Wahl der/des Mitgliederbeauftragten

16.8 Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

17. Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der CDU für den Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP) für den Zeitraum vom 01.01.2025 bis 31.12.2026

18. Wahl der Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der Europäischen Volkspartei (EVP) für den Zeitraum vom 01.01.2025 bis 31.12.2026

19 Wahl des Bundesparteigerichts der CDU

20. Wahl der Rechnungsprüfer

21. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands: Grundsatzprogramm „In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“

    Beratung und Beschlussfassung

22. Anträge zu Änderungen des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung (FBO) und der Geschäftsordnung der CDU

    Beratung und Beschlussfassung

23. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands „In Freiheit. In Sicherheit. In Europa“

    Beratung und Beschlussfassung

24. Sonstige Anträge

    Beratung und Beschlussfassung

25. Schlusswort

Zu TOP 1: **Eröffnung und Begrüßung** durch den Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Friedrich Merz MdB

Zu TOP 2: Folgendes **Tagungspräsidium** wurde nach Eröffnung des 36. Parteitags der CDU Deutschlands am 6. Mai 2024 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Tagungspräsident:	Kai Wegner MdA
Beisitzer:	Thorsten Frei MdB
	Serap Güler MdB
	Franziska Hoppermann MdB
	Dr. Carsten Linnemann MdB
	David McAllister MdEP
	Ina Scharrenbach MdL
	Prof. Dr. Mario Voigt MdL

Zu TOP 3: Die eingangs wiedergegebene **Tagesordnung** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen angenommen.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand gemäß § 10 Abs. 3 GO-CDU für den 36. Parteitag der CDU Deutschlands bestellte **Antragskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Dr. Carsten Linnemann MdB
Stellvertretende Vorsitzende:	Serap Güler MdB
	Prof. Dr. Mario Voigt MdL

Weitere Mitglieder:

Philipp Amthor MdB	Dr. Marco Mohrmann MdL
Dr. Christian Bäumler	Carsten Müller MdB
Claus Bernhold	Dr. Stefan Nacke MdB
Steffen Bilger MdB	Dr. Christoph Ploß MdB
Anna-Maria Bischof	Karin Prien MdL
Silvia Breher MdB	Egon Primas
Daniel Caspary MdEP	Thomas Rachel MdB
Ines Claus MdL	Barbara Richstein MdL

Gitta Connemann MdB
Matthias Eitenbenz
Christian Engelhardt
Thorsten Frei MdB
Birte Glißmann MdL
Mechthild Heil MdB
Lukas Honemann
Andreas Jung MdB
Ingmar Jung
Mario Karschunke
Ronja Kemmer MdB
Dr. Ottilie Klein MdB
Julia Klöckner MdB
Prof. Dr. Günter Krings MdB
David McAllister MdEP
Ina Scharrenbach MdL
Dr. Christiane Schenderlein MdB
Jana Schimke MdB
Dr. Bastian Schneider
Gordon Schnieder MdL
Nadine Schön MdB
Jens Spahn MdB
Jessica Steiner
Nina Warken MdB
Heike Wermer MdL
Annette Widmann-Mauz MdB
Dr. Wiebke Winter MdBB
Heinz Wöstmann
Paul Ziemiak MdB

Zu TOP 5: Die vom Bundesvorstand für den 36. Parteitag der CDU Deutschlands vorgeschlagene **Mandatsprüfungskommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt bestätigt:

Vorsitzende:
Jana Apostel
Hauptabteilungsleiterin
Organisation & Veranstaltungen
der CDU-Bundesgeschäftsstelle

weitere Mitglieder:
Dirk Reitze
Geschäftsführer
des CDU-Landesverbandes Berlin

Ellen Fischer
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Ronny Bereczki
CDU-Bundesgeschäftsstelle

Zu TOP 6: Die **Stimmzählkommission** wurde in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen wie folgt gewählt:

Vorsitzender:	Wolfgang Blum CDU-Bundesgeschäftsstelle
Stellvertretende Vorsitzende:	Ute Elias CDU-Bundesgeschäftsstelle
Weitere Mitglieder:	
Lutz Abruszat	Minden-Lübbecke
Norbert Atorf	LSU NRW
Sandra Bast	Saarpfalz
Yvonne Bauder	Esslingen
Burkhard Beppler	Marburg-Biedenkopf
Antje Böttcher	Potsdam
Sabine Brenner	Mannheim
Dr. Friederike Brodhun	Olpe
Astrid Collenberg	Siegen-Wittgenstein
Harald Ernst	Herford
Nicole Fischinger	Böblingen
Heike Göttlicher	Ludwigsburg
Hartwig Höschen	Paderborn
Imke Jeske-Werner	Peine
Brigitte Joepen	Euskirchen
Olaf Kosinsky	Weimarer Land
André Krause	Mark
Christof Leinenbach	Trier
Friedrich Nies	Hochsauerland
Simone Ochs	Hochtaunus
Harald Orthey	Westerwald
Jana Petrulat	Uelzen

Markus Schwartz	Kaiserslautern
Bernd Sepbach	Heilbronn
Andrea Stenske-Becker	Harburg-Land
Kai Wahler	Essen
Beate Wedermann	Friesland
Karoline Wehrhausen	Ortenau
Marcel Willig	Rhein-Lahn
Andreas Züfle	Südbaden

Zu TOP 7: **Grußworte**

Zu TOP 8: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU Deutschlands und Vorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Friedrich Merz MdB** nach Aussprache zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 9: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Generalsekretärs der CDU Deutschlands, Dr. Carsten Linnemann MdB,** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 10: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht des Vorsitzenden der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Daniel Caspary MdEP,** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den Bericht des **Mitgliederbeauftragten der CDU Deutschlands, Henning Otte MdB,** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 12: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Bundesschatzmeisterin der CDU Deutschlands, Julia Klöckner MdB,** und den gem. § 23 Abs. 2 Parteiengesetz schriftlich vorgelegten **Rechenschaftsberichten 2021 und 2022** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 13: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands nahm den **Bericht der Rechnungsprüfer** zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 14: Die **Mandatsprüfungskommission** des 36. Parteitags der CDU Deutschlands erstattete folgenden Bericht:

„Die Mandatsprüfungskommission hat die Delegiertenmeldungen und die Unterlagen des Tagungsbüros überprüft.

Sie konnte dabei feststellen, dass alle Delegierten satzungsgemäß gewählt wurden und zum heutigen Zeitpunkt weniger als 24 Monate im Amt sind.

Nach § 28 des Statuts der CDU Deutschlands besteht der Parteitag aus 1.001 voll stimmberechtigten Delegierten.

Nach Feststellung der Mandatsprüfungskommission sind für den 36. Parteitag 1.001 Delegierte stimmberechtigt. Von den 1.001 Delegierten waren um 15:40 Uhr 996 Delegierte anwesend.

Der 36. Parteitag ist beschlussfähig.

gez. Jana Apostel
– Vorsitzende –

gez. Dirk Reitze gez. Ellen Fischer gez. Ronny Bereczki“

Zu TOP 15: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands erteilt dem Bundesvorstand für seine Wahlperiode Entlastung. Die Mitglieder des Bundesvorstandes haben sich an der Abstimmung nicht beteiligt**.**

Zu TOP 16: Wahl des Bundesvorstandes

Zu TOP 16.1: Wahl der/des Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	981
Ungültig:	0
Enthaltungen:	9
Gültige Stimmen:	972
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	487
Es wurden abgegeben für:	
Friedrich Merz MdB	873
Nein:	99

Zu TOP 16.2: Wahl der/des Generalsekretärin/Generalsekretärs

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	980
Ungültig:	0
Enthaltungen:	7
Gültige Stimmen:	973

Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	487
Es wurden abgegeben für:	
Dr. Carsten Linnemann MdB	889
Nein:	84

Zu TOP 16.3.: Wahl der/des stellvertretenden Generalsekretärin/Generalsekretärs

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	948
Ungültig:	0
Enthaltungen:	61
Gültige Stimmen:	887
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	444
Es wurden abgegeben für:	
Christina Stumpp MdB	691
Nein:	196

Zu TOP 16.4: Wahl der fünf stellvertretenden Vorsitzenden

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	957
Ungültig:	0
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	957
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	479
Es wurden abgegeben für:	
Karl-Josef Laumann MdL	880
Michael Kretschmer MdL	839
Andreas Jung MdB	760
Silvia Breher MdB	741
Karin Prien MdL	556

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt fünf Stellvertretende Vorsitzende gewählt, darunter zwei Frauen. Damit ist die Frauenquote erfüllt.

Zu TOP 16.5: Wahl der/des Bundesschatzmeisterin/Bundesschatzmeisters

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	898
Ungültig:	0
Enthaltungen:	33
Gültige Stimmen:	865
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	433
Es wurden abgegeben für:	
Julia Klöckner MdB	721
Nein:	144

Zu TOP 16.6: Wahl der weiteren sieben Mitglieder des Präsidiums

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	939
Ungültig:	0
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	939
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	470
Es wurden abgegeben für:	
Prof. Dr. Mario Voigt MdL	853
Ina Scharrenbach MdL	769
Ines Claus MdL	762
Jens Spahn MdB	752
Sebastian Lechner MdL	670
Ronja Kemmer MdB	668
Sven Schulze	640

Danach wurden im ersten Wahlgang insgesamt sieben weitere Mitglieder des Präsidiums gewählt, darunter drei Frauen. Damit ist die Frauenquote erfüllt.

Zu TOP 16.7: Wahl der/des Mitgliederbeauftragten

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	764
Ungültig:	0

Enthaltungen:	35
Gültige Stimmen:	729
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	365
Es wurden abgegeben für:	
Philipp Amthor MdB	495
Nein:	234

Zu TOP 16.8: Wahl der weiteren 26 Mitglieder des Bundesvorstandes

Gesamtzahl der abgegebenen Stimmen:	959
Ungültig:	0
Enthaltungen:	0
Gültige Stimmen:	959
Zur Wahl erforderliche Mehrheit:	480
Es wurden abgegeben für:	
Joe Chialo	848
Astrid Wallmann MdL	826
Franziska Hoppermann MdB	823
Henning Otte MdB	789
Paul Ziemiak MdB	778
Carina Hermann MdL	774
Jessica Steiner	769
Kim-Sarah Speer MdL	751
Dr. Stefan Heck MdB	750
Thomas Kufen	746
Serap Güler MdB	739
Mechthild Heil MdB	737
Steffen Bilger MdB	736
Dr. Jan Redmann MdL	733
Birte Glißmann MdL	718

Hermann Gröhe MdB	714
Johannes Steiniger MdB	706
Thomas Jarzombek MdB	673
Johannes Volkmann	672
Dr. Bastian Schneider	651
Marc Speicher MdL	649
Prof. Dr. Alexander Lorz MdL	614
Dr. Wiebke Winter MdBB	607
Elke Hannack	592
Ruth Baumann	591
Monica Wüllner	579

Danach wurden im ersten Wahlgang 26 weitere Mitglieder des Bundesvorstandes gewählt, darunter zwölf Frauen. Somit ist die Frauenquote erreicht.

Es wurden nicht gewählt:

Jana Schimke MdB	552
Reinhold Hilbers MdL	530
Kai-Uwe Hemmerich	415
Dr. Fred-Holger Ludwig	368

Zu TOP 17: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands wählte in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen als **Mitglieder und stellvertretende Mitglieder der CDU im EVP-Vorstand** für die Zeit vom 1.1.2025 bis 31.12.2026:

Ordentliche Mitglieder:	**Stellvertretende Mitglieder:**
Anna-Maria Bischof	Dr. Christian von Boetticher
Ines Claus MdL	Elmar Brok
Catarina dos Santos-Wintz MdB	Lena Düpont MdEP
Jürgen Hardt MdB	Dr. Beatrice Gorawantschy
Carolin Hostert-Hack	Christian Kremer
Gunther Krichbaum MdB	Dr. Carsten Linnemann MdB

Tilman Kuban MdB	Younes Ouaqasse
Patricia Lips MdB	Dr. Tim Peters
Yvonne Magwas MdB	Dr. Markus Pieper MdEP
Manfred Pentz MdL	Christine Schneider MdEP
Jens Spahn MdB	Christina Stumpp MdB
Dr. Johann Wadephul MdB	Roland Theis MdL
Marion Walsmann MdEP	Sabine Verheyen MdEP
Prof. Dr. Andrea Wechsler	Hannah-Martha Wadephul

Zu TOP 18: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands wählte auf Vorschlag der CDU-Landesverbände in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen für die Zeit vom 1.1.2025 bis 31.12.2026 zu **Delegierten und stellvertretenden Delegierten für die Kongresse der EVP**:

Delegierte:	**Ersatzdelegierte:**
Philipp Amthor MdB	Christel Bartelmei
Dr. Christian Bäumler	Thomas Barth
Gitta Connemann MdB	Anna Bauseneick MdL
Tom Cywinski MdA	Dr. Philipp Birkenmaier
Felix Diekmann-Lange	Stefanie Blaschka
Jascha Rainer Dopp	Veronika Bode MdL
Birgit Ernst	Yannick Bury MdB
Susanne Grobien MdBB	Prof. Dr. Michael Dust
Serap Güler MdB	Barbara Götze
Manuel Hagel MdL	Ursula Groden-Kranich
Dr. Roland Heintze	Claudia Hassenbach
Dr. Norbert Herhammer	Katy Hoffmeister
Caroline Hoster-Hack	Lars Kuhlmann
Prof. Dr. Günter Krings MdB	Luca Macke
Thomas Kufen	Maria Maier-Seel
Nathanael Liminski	Dr. Silke Maringer

Lucia Puttrich	Dr. Nadja Meyer
Barbara Richstein MdL	Dr. Patricia Peill MdL
Uwe Schäfer	Katja Plate
Ina Scharrenbach MdL	Romina Plonska MdL
Albrecht Schütte MdL	Agatha Reichel-Tomczak
Sven Schulze	Thorsten Schick MdL
Lucia Puttrich MdL	Younes Ouaqasse
Sophie Seyfert	Franziska Schütte-Sökeland
Jochen Steinkamp	Katharina Senge MdA
Stephan Toscani MdL	Kim-Sarah Speer MdL
Jonas Urbach MdL	Daniel Sturm MdL
Nina Warken MdB	Tobias Utter MdL
Annette Widmann-Mauz MdB	Prof. Dr. Mario Voigt MdL
Dr. Wiebke Winter MdBB	Irene von Twistern
Paul Ziemiak MdB	Heike Wermer MdL

Zu TOP 19: Wahl des Bundesparteigerichts

Es wurden in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

<u>Ordentliche Mitglieder:</u>

Vorsitzender:

Präsident des Bundessozialgerichts a. D.
Prof. Dr. Rainer Schlegel

Richterin am Sozialgericht
Gabriele Comos-Aldejohann

Vorsitzende Richterin am Bundesarbeitsgericht a D.
Prof. Dr. Anja Schlewing

Universitätsprofessor (Bonn)
Prof. Dr. Gregor Thüsing LL. M.

Richter am Bundesgerichtshof
Heinz Wöstmann

Stellvertretende Mitglieder:

Richterin am Bundesgerichtshof
Dr. Ute Brenneisen

Universitätsprofessor (Jena)
Prof. Dr. Michael Brenner

Oberstaatsanwalt beim Bundesgerichtshof
Dr. Tobias Engelstätter

Ministerin a. D.
Barbara Havliza

Ministerialdirigent
Andreas Horsch

Staatssekretär a. D.
Dr. Berend Lindner

Vorsitzende Richterin am Bundessozialgericht
Dr. Elke Roos

Zu TOP 20: Wahl der Rechnungsprüfer

Es wurden in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen gewählt:

Peter Jacoby

Dr. Michael Meister

Cornelia Yzer

Zu TOP 21: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes **Grundsatzprogramm „In Freiheit leben – Deutschland sicher in die Zukunft führen“** folgende Beschlüsse:

A001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A001 – Ä001	Ablehnung
A001 – Ä002	Ablehnung
A001 – Ä003	Ablehnung
A001 – Ä004	Ablehnung
A001 – Ä005	Ablehnung
A002	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 4 wurde eingefügt: „Unsere Politik beruht auf der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Für uns ist der Mensch von Gott nach seinem Bilde geschaffen. Unser Kompass ist das christliche Bild vom Menschen.“
A002 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A002 – Ä002	Ablehnung
A002 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A002 – Ä004	Ablehnung
A002 – Ä005	Ablehnung
A002 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A002 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A002 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A002 – Ä009	Ablehnung
A002 – Ä010	Ablehnung
A002 – Ä011	Ablehnung
A002 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A002 – Ä013	Ablehnung
A002 – Ä014	Ablehnung
A002 – Ä015	Ablehnung
A003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A003 – Ä001	Ablehnung
A003 – Ä002	Ablehnung
A003 – Ä003	Ablehnung
A003 – Ä004	Ablehnung
A003 – Ä005	Ablehnung

A004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A004 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A004 – Ä002	Ablehnung
A004 – Ä003	Ablehnung
A004 – Ä004	Ablehnung
A004 – Ä005	Ablehnung
A004 – Ä006	Ablehnung
A004 – Ä007	Ablehnung
A004 – Ä008	Ablehnung
A004 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A004 – Ä010	Ablehnung
A004 – Ä011	Ablehnung
A004 – Ä012	Ablehnung
A004 – Ä013	Ablehnung
A005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A005 – Ä001	Ablehnung
A005 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A005 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A005 – Ä004	Ablehnung
A005 – Ä005	Ablehnung
A005 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A006 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A006 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A006 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A006 – Ä004	Ablehnung
A006 – Ä005	Ablehnung
A006 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A006 – Ä007	Ablehnung
A007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A007 – Ä001	Ablehnung
A007 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A007 – Ä003	Ablehnung
A007 – Ä004	Ablehnung
A007 – Ä005	Ablehnung
A007 – Ä006	Ablehnung
A007 – Ä007	Ablehnung
A007 – Ä008	Ablehnung
A007 – Ä009	Ablehnung
A007 – Ä010	Ablehnung
A007 – Ä011	Ablehnung
A007 – Ä012	Ablehnung
A007 – Ä013	Ablehnung
A007 – Ä014	Ablehnung
A007 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A007 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A007 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A007 – Ä018	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A007 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A007 – Ä020	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A007 – Ä021	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A008 – Ä001	Ablehnung
A008 – Ä002	Ablehnung
A008 – Ä003	Ablehnung
A008 – Ä004	Ablehnung
A009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A009 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A009 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A009 – Ä003	Ablehnung
A009 – Ä004	Ablehnung
A009 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A009 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A009 – Ä007	Ablehnung
A009 – Ä008	Ablehnung
A009 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A009 – Ä010	Ablehnung
A009 – Ä011	Ablehnung
A009 – Ä012	Ablehnung
A009 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A009, A015 und A085
A009 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A010 – Ä001	Ablehnung
A010 – Ä002	Ablehnung
A010 – Ä003	Ablehnung
A011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A011 – Ä001	Ablehnung
A011 – Ä002	Ablehnung
A011 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A011 – Ä004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A011 – Ä005	Ablehnung
A012	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 61 wird neu eingefügt: „Wirtschaft für den Menschen! Die CDU ist seit ihrer Gründung die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Deshalb gilt für uns bis heute das Versprechen: „Wohlstand für alle“. Für eine freie, gerechte und nachhaltige Wirtschaftsordnung mit klaren Regeln und fairem Wettbewerb. Wir wollen die Ideen der Sozialen Marktwirtschaft auch in Zukunft erhalten und dabei aktiv weiterentwickeln – national und international.“
A012 – Ä001	Ablehnung
A012 – Ä002	Annahme in der Fassung der AK
A012 – Ä003	Ablehnung
A012 – Ä004	Ablehnung
A012 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A012 – Ä006	Ablehnung
A012 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A012 – Ä008	Ablehnung
A012 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A012 – Ä010	Ablehnung
A012 – Ä011	Ablehnung
A013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A013 – Ä001	Ablehnung
A013 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A013 – Ä003	Ablehnung
A013 – Ä004	Ablehnung
A014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A014 – Ä001	Ablehnung
A014 – Ä002	Ablehnung
A014 – Ä003	Ablehnung
A014 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A014 – Ä005	Ablehnung
A014 – Ä006	Ablehnung
A014 – Ä007	Ablehnung
A015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A015 – Ä001	Erledigt durch A141
A015 – Ä002	Ablehnung
A015 – Ä003	Ablehnung
A015 – Ä004	Ablehnung
A015 – Ä005	Ablehnung
A015 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A015 – Ä007	Ablehnung
A015 – Ä008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A015 – Ä009	Ablehnung
A016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A016 – Ä001	Ablehnung

A016 – Ä002	Ablehnung
A016 – Ä003	Ablehnung
A016 – Ä004	Ablehnung
A016 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A016 – Ä006	Ablehnung
A016 – Ä007	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A017 – Ä001	Ablehnung
A017 – Ä002	Ablehnung
A017 – Ä003	Ablehnung
A017 – Ä004	Ablehnung
A017 – Ä005	Ablehnung
A017 – Ä006	Ablehnung
A017 – Ä007	Ablehnung
A017 – Ä008	Ablehnung
A017 – Ä009	Ablehnung
A017 – Ä010	Ablehnung
A017 – Ä011	Ablehnung
A017 – Ä012	Ablehnung
A017 – Ä013	Ablehnung
A017 – Ä014	Ablehnung
A017 – Ä015	Ablehnung
A017 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A017 – Ä017	Ablehnung
A018	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A018 – Ä001	Ablehnung
A018 – Ä002	Ablehnung
A018 – Ä003	Ablehnung
A018 – Ä004	Ablehnung
A018 – Ä005	Ablehnung
A018 – Ä006	Ablehnung

A018 – Ä007	Ablehnung
A018 – Ä008	Ablehnung
A018 – Ä009	Ablehnung
A018 – Ä010	Ablehnung
A018 – Ä011	Ablehnung
A018 – Ä012	Ablehnung
A018 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A018 – Ä014	Ablehnung
A018 – Ä015	Ablehnung
A018 – Ä016	Ablehnung
A018 – Ä017	Ablehnung
A018 – Ä018	Ablehnung
A018 – Ä019	Ablehnung
A018 – Ä020	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A018 – Ä021	Ablehnung
A018 – Ä022	Ablehnung
A019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A019 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A019 – Ä002	Ablehnung
A019 – Ä003	Ablehnung
A019 – Ä004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A020	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A020 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A020 – Ä002	Ablehnung
A020 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A020 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A020 – Ä005	Ablehnung
A021	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A021 – Ä001	Ablehnung
A021 – Ä002	Ablehnung
A021 – Ä003	Ablehnung

A022	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A022 – Ä001	Ablehnung
A022 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A022 – Ä003	Ablehnung
A022 – Ä004	Ablehnung
A022 – Ä005	Ablehnung
A022 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A022 – Ä007	Ablehnung
A022 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A022 – Ä009	Ablehnung
A022 – Ä010	Ablehnung
A022 – Ä011	Ablehnung
A022 – Ä012	Ablehnung
A023	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A023 – Ä001	Ablehnung
A023 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A023 – Ä003	Ablehnung
A023 – Ä004	Ablehnung
A023 – Ä005	Ablehnung
A023 – Ä006	Ablehnung
A023 – Ä007	Ablehnung
A023 – Ä008	Ablehnung
A023 – Ä009	Ablehnung
A023 – Ä010	Ablehnung
A023 – Ä011	Ablehnung
A023 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A023 – Ä013	Ablehnung
A023 – Ä014	Ablehnung
A024	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A024 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A024 – Ä002	Ablehnung
A024 – Ä003	Ablehnung

A024 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A024 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A024 – Ä006	Ablehnung
A024 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A024 – Ä008	Ablehnung
A024 – Ä009	Ablehnung
A024 – Ä010	Ablehnung
A024 – Ä011	Ablehnung
A024 – Ä012	Ablehnung
A024 – Ä013	Ablehnung
A024 – Ä014	Ablehnung
A024 – Ä015	Ablehnung
A024 – Ä016	Ablehnung
A024 – Ä017	Ablehnung
A024 – Ä018	Ablehnung
A024 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A024 – Ä020	Ablehnung
A024 – Ä021	Ablehnung
A024 – Ä022	Ablehnung
A024 – Ä023	Ablehnung
A024 – Ä024	Ablehnung
A024 – Ä025	Ablehnung
A024 – Ä026	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A024 – Ä027	Ablehnung
A024 – Ä028	Ablehnung
A024 – Ä029	Ablehnung
A024 – Ä030	Ablehnung
A024 – Ä031	Ablehnung
A024 – Ä032	Ablehnung
A024 – Ä033	Ablehnung
A024 – Ä034	Ablehnung
A024 – Ä035	Ablehnung

A025	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A025 – Ä001	Ablehnung
A025 – Ä002	Ablehnung
A025 – Ä003	Ablehnung
A025 – Ä004	Ablehnung
A025 – Ä005	Ablehnung
A025 – Ä006	Ablehnung
A025 – Ä007	Ablehnung
A025 – Ä008	Ablehnung
A025 – Ä009	Ablehnung
A025 – Ä010	Ablehnung
A025 – Ä011	Ablehnung
A025 – Ä012	Ablehnung
A025 – Ä013	Ablehnung
A025 – Ä014	Ablehnung
A025 – Ä015	Ablehnung
A025 – Ä016	Ablehnung
A026	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A026 – Ä001	Ablehnung
A026 – Ä002	Ablehnung
A027	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A027 – Ä001	Ablehnung
A027 – Ä002	Ablehnung
A027 – Ä003	Ablehnung
A027 – Ä004	Ablehnung
A027 – Ä005	Ablehnung
A027 – Ä006	Ablehnung
A027 – Ä007	Ablehnung
A028	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A028 – Ä001	Ablehnung
A029	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A029 – Ä001	Ablehnung

A029 – Ä002	Ablehnung
A029 – Ä003	Ablehnung
A029 – Ä004	Ablehnung
A029 – Ä005	Ablehnung
A029 – Ä006	Ablehnung
A029 – Ä007	Ablehnung
A029 – Ä008	Ablehnung
A030	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A030 – Ä001	Ablehnung
A030 – Ä002	Ablehnung
A030 – Ä003	Ablehnung
A030 – Ä004	Ablehnung
A030 – Ä005	Ablehnung
A030 – Ä006	Ablehnung
A030 – Ä007	Ablehnung
A031	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A031 – Ä001	Ablehnung
A031 – Ä002	Ablehnung
A031 – Ä003	Ablehnung
A032	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A032 – Ä001	Ablehnung
A032 – Ä002	Ablehnung
A032 – Ä003	Ablehnung
A032 – Ä004	Ablehnung
A032 – Ä005	Ablehnung
A032 – Ä006	Ablehnung
A032 – Ä007	Ablehnung
A032 – Ä008	Ablehnung
A033	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A033 – Ä001	Ablehnung
A033 – Ä002	Ablehnung
A033 – Ä003	Ablehnung

A033 – Ä004	Ablehnung
A033 – Ä005	Ablehnung
A033 – Ä006	Ablehnung
A033 – Ä007	Ablehnung
A033 – Ä008	Ablehnung
A033 – Ä009	Ablehnung
A033 – Ä010	Ablehnung
A033 – Ä011	Ablehnung
A033 – Ä012	Ablehnung
A033 – Ä013	Ablehnung
A034	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A034 – Ä001	Ablehnung
A034 – Ä002	Ablehnung
A034 – Ä003	Ablehnung
A034 – Ä004	Ablehnung
A034 – Ä005	Ablehnung
A034 – Ä006	Ablehnung
A034 – Ä007	Ablehnung
A034 – Ä008	Ablehnung
A034 – Ä009	Ablehnung
A034 – Ä010	Ablehnung
A034 – Ä011	Ablehnung
A034 – Ä012	Ablehnung
A034 – Ä013	Ablehnung
A034 – Ä014	Ablehnung
A034 – Ä015	Ablehnung
A034 – Ä016	Ablehnung
A034 – Ä017	Ablehnung
A034 – Ä018	Ablehnung
A034 – Ä019	Ablehnung
A034 – Ä020	Ablehnung
A034 – Ä021	Ablehnung

A034 – Ä022	Ablehnung
A034 – Ä023	Ablehnung
A034 – Ä024	Ablehnung
A034 – Ä025	Ablehnung
A034 – Ä026	Ablehnung
A034 – Ä027	Ablehnung
A034 – Ä028	Ablehnung
A034 – Ä029	Ablehnung
A034 – Ä030	Ablehnung
A034 – Ä031	Ablehnung
A035	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A035 – Ä001	Ablehnung
A035 – Ä002	Ablehnung
A035 – Ä003	Ablehnung
A035 – Ä004	Ablehnung
A035 – Ä005	Ablehnung
A035 – Ä006	Ablehnung
A035 – Ä007	Ablehnung
A035 – Ä008	Ablehnung
A035 – Ä009	Ablehnung
A035 – Ä010	Ablehnung
A035 – Ä011	Ablehnung
A036	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A036 – Ä001	Ablehnung
A036 – Ä002	Ablehnung
A036 – Ä003	Ablehnung
A036 – Ä004	Ablehnung
A036 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A036 – Ä006	Ablehnung
A036 – Ä007	Ablehnung
A037	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä001	Ablehnung

A037 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä005	Ablehnung
A037 – Ä006	Ablehnung
A037 – Ä007	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A037 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä009	Ablehnung
A037 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä012	Ablehnung
A037 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä016	Ablehnung
A037 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä018	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A037 – Ä020	Ablehnung
A037 – Ä021	Ablehnung
A037 – Ä022	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A037
A038	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A038 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A038 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A038 – Ä003	Ablehnung
A038 – Ä004	Ablehnung
A038 – Ä005	Ablehnung
A039	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A039 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A039 – Ä002	Ablehnung
A039 – Ä003	Ablehnung

A039 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A039 – Ä005	Ablehnung
A039 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A039 – Ä007	Ablehnung
A039 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A039 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A039 – Ä010	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A039 – Ä011	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A039 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A039 – Ä013	Ablehnung
A040	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A040 – Ä001	Ablehnung
A040 – Ä002	Ablehnung
A040 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A040 – Ä004	Ablehnung
A040 – Ä005	Ablehnung
A040 – Ä006	Ablehnung
A040 – Ä007	Ablehnung
A040 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A040 – Ä009	Ablehnung
A040 – Ä010	Ablehnung
A040 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A040 – Ä012	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A041	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A041 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A041 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A041 – Ä003	Ablehnung
A041 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A041 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A041 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A041 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A041 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A041 – Ä009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A041 – Ä010	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A042	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A042 – Ä001	Ablehnung
A042 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A042 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A043	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä002	Ablehnung
A043 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä004	Ablehnung
A043 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä006	Ablehnung
A043 – Ä007	Ablehnung
A043 – Ä008	Ablehnung
A043 – Ä009	Ablehnung
A043 – Ä010	Ablehnung
A043 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä012	Ablehnung
A043 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä017	Ablehnung
A043 – Ä018	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä020	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A043 – Ä021	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä022	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä023	Ablehnung
A043 – Ä024	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A043 – Ä025	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A044	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A044 – Ä001	Ablehnung
A044 – Ä002	Ablehnung
A044 – Ä003	Ablehnung
A044 – Ä004	Ablehnung
A044 – Ä005	Ablehnung
A044 – Ä006	Ablehnung
A044 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A044 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A044 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A044 – Ä010	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A045	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A045 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A045 – Ä002	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A045 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A045 – Ä004	Ablehnung
A045 – Ä005	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A045 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A045 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A045 – Ä008	Ablehnung
A046	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A046 – Ä001	Ablehnung
A046 – Ä002	Ablehnung
A046 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A046 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A046 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A046 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A046 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A046 – Ä008	Ablehnung
A046 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A046 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A046 – Ä011	Ablehnung
A046 – Ä012	Ablehnung
A047	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A047 – Ä001	Ablehnung
A047 – Ä002	Ablehnung
A047 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A047 – Ä004	Ablehnung
A047 – Ä005	Ablehnung
A047 – Ä006	Ablehnung
A047 – Ä007	Ablehnung
A047 – Ä008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A048	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A048 – Ä001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A049	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A049 – Ä001	Ablehnung
A049 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A049 – Ä003	Ablehnung
A049 – Ä004	Ablehnung
A049 – Ä005	Ablehnung
A049 – Ä006	Ablehnung
A050	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A050 – Ä001	Ablehnung

A050 – Ä002	Ablehnung
A050 – Ä003	Ablehnung
A050 – Ä004	Ablehnung
A050 – Ä005	Ablehnung
A050 – Ä006	Ablehnung
A050 – Ä007	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A051	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A051 – Ä001	Ablehnung
A051 – Ä002	Ablehnung
A051 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A052	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A052 – Ä001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A052 – Ä002	Ablehnung
A052 – Ä003	Ablehnung
A052 – Ä004	Ablehnung
A053	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A053 – Ä001	Ablehnung
A053 – Ä002	Ablehnung
A053 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A053 – Ä004	Ablehnung
A053 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A053 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A046
A053 – Ä007	Ablehnung
A053 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A046
A053 – Ä009	Ablehnung
A053 – Ä010	Ablehnung
A053 – Ä011	Ablehnung
A053 – Ä012	Ablehnung
A053 – Ä013	Ablehnung
A053 – Ä014	Ablehnung
A053 – Ä015	Ablehnung

A053 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A053 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A053 – Ä018	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A053 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A053 – Ä020	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A053 – Ä021	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A054	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A054 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A054 – Ä002	Ablehnung
A054 – Ä003	Ablehnung
A054 – Ä004	Ablehnung
A054 – Ä005	Ablehnung
A054 – Ä006	Ablehnung
A055	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A055 – Ä001	Ablehnung
A055 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A055 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A055 – Ä004	Ablehnung
A055 – Ä005	Ablehnung
A055 – Ä006	Ablehnung
A055 – Ä007	Ablehnung
A055 – Ä008	Ablehnung
A055 – Ä009	Ablehnung
A055 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A056	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A056 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A056 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A056 – Ä003	Ablehnung
A056 – Ä004	Ablehnung
A056 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A056 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A057	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 604 wird nach „schützen." neu eingefügt: „Durch einen funktionierenden Außengrenzschutz wollen wir Grenzkontrollen an den Binnengrenzen überflüssig machen. Bis dahin müssen Grenzkontrollen an den Binnengrenzen möglich bleiben."
A057 – Ä001	Ablehnung
A057 – Ä002	Ablehnung
A057 – Ä003	Ablehnung
A057 – Ä004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A057 – Ä005	Ablehnung
A057 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A057 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A057 – Ä008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A058	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A058 – Ä001	Ablehnung
A058 – Ä002	Ablehnung
A058 – Ä003	Ablehnung
A058 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A058 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A058 – Ä006	Ablehnung
A058 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A060
A058 – Ä008	Ablehnung
A058 – Ä009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A058 – Ä010	Ablehnung
A058 – Ä011	Ablehnung
A058 – Ä012	Ablehnung
A058 – Ä013	Ablehnung
A058 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A058 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A079
A058 – Ä016	Ablehnung

A058 – Ä017	Ablehnung
A058 – Ä018	Ablehnung
A058 – Ä019	Ablehnung
A058 – Ä020	Ablehnung
A059	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A059 – Ä001	Ablehnung
A059 – Ä002	Ablehnung
A059 – Ä003	Ablehnung
A059 – Ä004	Ablehnung
A059 – Ä005	Ablehnung
A059 – Ä006	Ablehnung
A059 – Ä007	Ablehnung
A059 – Ä008	Ablehnung
A060	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A060 – Ä001	Ablehnung
A060 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A060 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A060 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A060 – Ä005	Ablehnung
A060 – Ä006	Ablehnung
A060 – Ä007	Ablehnung
A060 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A060 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A060 – Ä010	Ablehnung
A060 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A060 – Ä012	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A060 – Ä013	Annahme in Fassung der AK und Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A060 – Ä014	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

A060 – Ä015	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A060 – Ä016	Ablehnung
A061	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A061 – Ä001	Ablehnung
A061 – Ä002	Ablehnung
A061 – Ä003	Ablehnung
A061 – Ä004	Ablehnung
A061 – Ä005	Ablehnung
A061 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A061 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A061 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A062	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A062 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A062 – Ä002	Ablehnung
A062 – Ä003	Ablehnung
A062 – Ä004	Ablehnung
A062 – Ä005	Ablehnung
A062 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A062 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A062 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A062 – Ä009	Ablehnung
A062 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A062 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission und Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands
A062 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A062 – Ä013	Ablehnung
A062 – Ä014	Ablehnung
A062 – Ä015	Ablehnung
A062 – Ä016	Ablehnung
A062 – Ä017	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

A063	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A063 – Ä001	Ablehnung
A063 – Ä002	Ablehnung
A063 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A063 – Ä004	Ablehnung
A063 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A064	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A064 – Ä001	Ablehnung
A064 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A064 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A064 – Ä004	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A065	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A065 – Ä001	Ablehnung
A065 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A055
A065 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A065 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A066	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A066 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A066 – Ä002	Ablehnung
A066 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A066 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A066 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A066 – Ä006	Ablehnung
A066 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A066 – Ä008	Ablehnung
A066 – Ä009	Ablehnung
A066 – Ä010	Ablehnung
A066 – Ä011	Ablehnung
A066 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A066 – Ä013	Ablehnung
A066 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A067	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A067 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A067 – Ä002	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A067 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A067 – Ä004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A067 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A067 – Ä001
A067 – Ä006	Ablehnung
A067 – Ä007	Ablehnung
A068	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 733 wird nach „durchhaltefähige Streitkräfte und eine gut ausgebildete Reserve“ neu eingefügt: „und eine gut ausgebildete Reserve. Wir werden die Aussetzung der Wehrpflicht schrittweise zurücknehmen und eine Wehrpflicht im Rahmen eines allgemeinen Dienstjahres überführen. Bis zu dieser Umsetzung fordern wir zur Stärkung der personellen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr die Einführung einer Kontingentwehrpflicht.“
A068 – Ä001	Ablehnung
A068 – Ä002	Ablehnung
A068 – Ä003	Ablehnung
A068 – Ä004	Ablehnung
A068 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A068 – Ä006	Ablehnung
A068 – Ä007	Ablehnung
A068 – Ä008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A068 – Ä009	Ablehnung
A068 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A068 – Ä011	Ablehnung
A068 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A068 – Ä013	Ablehnung
A068 – Ä014	Ablehnung

A068 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A068 – Ä016	Ablehnung
A068 – Ä017	Ablehnung
A068 – Ä018	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A068 – Ä019	Ablehnung
A068 – Ä020	Ablehnung
A068 – Ä021	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A068 – Ä022	Ablehnung
A068 – Ä023	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A068 – Ä024	Ablehnung
A068 – Ä025	Ablehnung
A068 – Ä026	Ablehnung
A068 – Ä027	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A068 – Ä028	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A068 – Ä029	Ablehnung
A068 – Ä030	Ablehnung
A068 – Ä031	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A068 – Ä032	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A068 – Ä033	Ablehnung
A068 – Ä034	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A068 – Ä035	Ablehnung
A068 – Ä036	Ablehnung
A069	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A069 – Ä001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A069 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A069 – Ä003	Ablehnung
A069 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A069 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A069 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A069 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A069 – Ä008	Ablehnung
A069 – Ä009	Ablehnung
A069 – Ä010	Ablehnung
A069 – Ä011	Ablehnung
A069 – Ä012	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A070	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A070 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A070 – Ä002	Ablehnung
A070 – Ä003	Ablehnung
A070 – Ä004	Ablehnung
A070 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A070 – Ä006	Ablehnung
A070 – Ä007	Ablehnung
A070 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A070 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A070 – Ä010	Ablehnung
A070 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A070 – Ä012	Ablehnung
A070 – Ä013	Ablehnung
A070 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A070 – Ä015	Ablehnung
A070 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A070 – Ä017	Ablehnung
A070 – Ä018	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A070 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A070 – Ä020	Ablehnung
A070 – Ä021	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A130
A071	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A071 – Ä001	Ablehnung
A071 – Ä002	Ablehnung

A071 – Ä003	Ablehnung
A072	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 803 wird eingefügt: „Wir verstehen die EU als starke supranationale Gemeinschaft souveräner Nationalstaaten. Wir stehen für eine klare Ordnung der Kompetenzen zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten nach den Prinzipien der Solidarität und Subsidiarität sowie der Verhältnismäßigkeit.“
A072 – Ä001	Ablehnung
A072 – Ä002	Ablehnung
A072 – Ä003	Ablehnung
A072 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A072 – Ä005	Ablehnung
A072 – Ä006	Ablehnung
A072 – Ä007	Ablehnung
A072 – Ä008	Ablehnung
A072 – Ä009	Ablehnung
A072 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A072 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A072 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A072 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A072 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A072 – Ä015	Ablehnung
A072 – Ä016	Ablehnung
A072 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A072 und A129
A073	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A073 – Ä001	Ablehnung
A073 – Ä002	Ablehnung
A073 – Ä003	Ablehnung
A073 – Ä004	Ablehnung
A073 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A073 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

A073 – Ä007	Ablehnung
A073 – Ä008	Ablehnung
A074	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A074 – Ä001	Ablehnung
A074 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A074 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A074 – Ä004	Ablehnung
A074 – Ä005	Ablehnung
A074 – Ä006	Ablehnung
A074 – Ä007	Ablehnung
A074 – Ä008	Ablehnung
A074 – Ä009	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A074 – Ä010	Ablehnung
A074 – Ä011	Ablehnung
A074 – Ä012	Ablehnung
A074 – Ä013	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A074 – Ä014	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A075	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A075 – Ä001	Ablehnung
A075 – Ä002	Ablehnung
A075 – Ä003	Ablehnung
A075 – Ä004	Ablehnung
A075 – Ä005	Ablehnung
A075 – Ä006	Ablehnung
A076	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A076 – Ä001	Ablehnung
A076 – Ä002	Ablehnung
A076 – Ä003	Ablehnung
A076 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A076 – Ä005	Ablehnung

A077	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A077 – Ä001	Ablehnung
A078	Ablehnung
A078 – Ä001	Ablehnung
A078 – Ä002	Ablehnung
A078 – Ä003	Ablehnung
A078 – Ä004	Ablehnung
A078 – Ä005	Ablehnung
A078 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A149
A079	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A079 – Ä001	Ablehnung
A079 – Ä002	Ablehnung
A079 – Ä003	Ablehnung
A079 – Ä004	Ablehnung
A079 – Ä005	Ablehnung
A079 – Ä006	Ablehnung
A079 – Ä007	Ablehnung
A079 – Ä008	Ablehnung
A079 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A079 – Ä010	Ablehnung
A079 – Ä011	Ablehnung
A079 – Ä012	Ablehnung
A079 – Ä013	Ablehnung
A079 – Ä014	Ablehnung
A079 – Ä015	Ablehnung
A079 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A079 – Ä017	Ablehnung
A079 – Ä018	Ablehnung
A079 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A079 – Ä020	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A080	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A080 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A080 – Ä002	Ablehnung
A080 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A080 – Ä004	Ablehnung
A081	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A081 – Ä001	Ablehnung
A081 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A081 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A081 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A081 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A081 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A081 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A081 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A081 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A081 – Ä010	Ablehnung
A081 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A081 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A081 – Ä013	Ablehnung
A081 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A081 – Ä015	Ablehnung
A082	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A082 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A082 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A082 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A082 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A082 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A082 – Ä006	Ablehnung
A082 – Ä007	Ablehnung
A082 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A082 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A082 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A083	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A083 – Ä001	Ablehnung

A083 – Ä002	Ablehnung
A083 – Ä003	Ablehnung
A083 – Ä004	Ablehnung
A083 – Ä005	Ablehnung
A083 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A083 – Ä007	Ablehnung
A083 – Ä008	Ablehnung
A083 – Ä009	Ablehnung
A083 – Ä010	Ablehnung
A083 – Ä011	Ablehnung
A083 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A083 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A083 – Ä014	Ablehnung
A083 – Ä015	Ablehnung
A083 – Ä016	Ablehnung
A083 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A085
A083 – Ä018	Ablehnung
A084	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A084 – Ä001	Ablehnung
A084 – Ä002	Ablehnung
A084 – Ä003	Ablehnung
A084 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A084 – Ä005	Ablehnung
A084 – Ä006	Ablehnung
A084 – Ä007	Ablehnung
A084 – Ä008	Ablehnung
A084 – Ä009	Ablehnung
A084 – Ä010	Ablehnung
A084 – Ä011	Ablehnung
A084 – Ä012	Ablehnung
A084 – Ä013	Ablehnung
A084 – Ä014	Ablehnung

A085	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A085 – Ä001	Ablehnung
A085 – Ä002	Ablehnung
A085 – Ä003	Ablehnung
A085 – Ä004	Ablehnung
A085 – Ä005	Ablehnung
A085 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A086	Ablehnung
A086 – Ä001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A086 – Ä002	Ablehnung
A086 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A086 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A086 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A086 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A086 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A086 – Ä008	Ablehnung
A086 – Ä009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A086 – Ä010	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A086 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A086 – Ä012	Ablehnung
A086 – Ä013	Ablehnung
A086 – Ä014	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A086 – Ä015	Ablehnung
A086 – Ä016	Ablehnung
A086 – Ä017	Ablehnung
A086 – Ä018	Ablehnung
A086 – Ä019	Ablehnung

A086 – Ä020	Ablehnung
A086 – Ä021	Ablehnung
A086 – Ä022	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A086 – Ä023	Ablehnung
A086 – Ä024	Ablehnung
A087	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A087 – Ä001	Ablehnung
A087 – Ä002	Ablehnung
A087 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A087 – Ä004	Ablehnung
A088	Annahme in der Fassung der Antragskommission: In Zeile 1006 bleibt es beim urspgl. Text: „Aktive Sterbehilfe lehnen wir ab.“
A088 – Ä001	Ablehnung
A088 – Ä002	Ablehnung
A088 – Ä003	Ablehnung
A088 – Ä004	Ablehnung
A088 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A088 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A088 – Ä007	Ablehnung
A088 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A088 – Ä009	Ablehnung
A088 – Ä010	Ablehnung
A088 – Ä011	Ablehnung
A088 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A088 – Ä013	Ablehnung
A088 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A088 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A088 – Ä016	Ablehnung
A088 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A088 – Ä018	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A088 – Ä019	Ablehnung
A089	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A089 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A089 – Ä002	Ablehnung
A089 – Ä003	Ablehnung
A089 – Ä004	Ablehnung
A089 – Ä005	Ablehnung
A089 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A089 – Ä007	Ablehnung
A089 – Ä008	Ablehnung
A089 – Ä009	Ablehnung
A089 – Ä010	Ablehnung
A089 – Ä011	Ablehnung
A089 – Ä012	Ablehnung
A089 – Ä013	Ablehnung
A089 – Ä014	Ablehnung
A090	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A090 – Ä001	Ablehnung
A090 – Ä002	Ablehnung
A091	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A091 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A091 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A091 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A091 – Ä004	Ablehnung
A091 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A091 – Ä006	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A091 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A092	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A092 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A092 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A092 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A092 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A092 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A092 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A092 – Ä007	Ablehnung
A092 – Ä008	Ablehnung
A092 – Ä009	Ablehnung
A092 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A091
A093	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A093 – Ä001	Ablehnung
A093 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä001	Ablehnung
A094 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä004	Ablehnung
A094 – Ä005	Ablehnung
A094 – Ä006	Ablehnung
A094 – Ä007	Ablehnung
A094 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä009	Ablehnung
A094 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä017	Ablehnung
A094 – Ä018	Ablehnung
A094 – Ä019	Ablehnung
A094 – Ä020	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä021	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A094 – Ä022	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä023	Ablehnung
A094 – Ä024	Ablehnung
A094 – Ä025	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A094 – Ä026	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A094 – Ä027	Ablehnung
A094 – Ä028	Ablehnung
A095	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A095 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A095 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A100
A095 – Ä003	Ablehnung
A095 – Ä004	Ablehnung
A095 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A095 – Ä006	Ablehnung
A095 – Ä007	Ablehnung
A095 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A137 und A146
A096	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A096 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A096 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A096 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097 – Ä001	Ablehnung
A097 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097 – Ä003	Ablehnung
A097 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097 – Ä007	Ablehnung
A097 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A097 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097 – Ä013	Ablehnung
A097 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A097 – Ä017	Ablehnung
A097 – Ä018	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A097 – Ä019	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A097 – Ä020	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A097 – Ä021	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A098	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A098 – Ä001	Ablehnung
A098 – Ä002	Ablehnung
A098 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A098 – Ä004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A098 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A098 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A099	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A099 – Ä001	Ablehnung
A099 – Ä002	Ablehnung
A099 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A099 – Ä004	Erledigt durch A069
A099 – Ä005	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

A099 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A099 – Ä007	Annahme in Fassung der AK und Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands
A099 – Ä008	Erledigt durch A069 und Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands
A099 – Ä009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A099 – Ä010	Ablehnung
A099 – Ä011	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A099 – Ä012	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A099 – Ä013	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A099 – Ä014	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A099 – Ä015	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A100	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 1119 wird nach „einzugreifen“ neu eingefügt: „Kultureinrichtungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung agieren und beispielsweise antisemitische Narrative verbreiten, dürfen keine staatliche Förderung erhalten.“
A100 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A100 – Ä002	Ablehnung
A100 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A100 – Ä004	Ablehnung
A100 – Ä005	Ablehnung
A100 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A100 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A100 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A100 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A100 – Ä010	Ablehnung

A100 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A100 – Ä012	Ablehnung
A101	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A101 – Ä001	Ablehnung
A101 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A101 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A101 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A101 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A101 – Ä006	Ablehnung
A101 – Ä007	Ablehnung
A101 – Ä008	Erledigt durch A100
A101 – Ä009	Ablehnung
A102	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A102 – Ä001	Ablehnung
A102 – Ä002	Ablehnung
A102 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A102 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A102 – Ä005	Ablehnung
A102 – Ä006	Ablehnung
A102 – Ä007	Ablehnung
A102 – Ä008	Ablehnung
A102 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A102 – Ä010	Ablehnung
A102 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A102 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A102 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A103	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A103 – Ä001	Ablehnung
A103 – Ä002	Ablehnung
A103 – Ä003	Ablehnung
A103 – Ä004	Ablehnung

A103 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A104	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A104 – Ä001	Ablehnung
A104 – Ä002	Ablehnung
A104 – Ä003	Ablehnung
A104 – Ä004	Ablehnung
A104 – Ä005	Ablehnung
A104 – Ä006	Ablehnung
A104 – Ä007	Ablehnung
A104 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A104 – Ä009	Ablehnung
A104 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A104 – Ä011	Ablehnung
A104 – Ä012	Ablehnung
A104 – Ä013	Ablehnung
A105	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A105 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A105 – Ä002	Ablehnung
A105 – Ä003	Ablehnung
A105 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A105 – Ä005	Ablehnung
A105 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A106	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A106 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A106 – Ä002	Ablehnung
A106 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A106 – Ä004	Ablehnung
A106 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A106 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A106 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A106 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A107	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A107 – Ä001	Ablehnung
A107 – Ä002	Ablehnung
A107 – Ä003	Ablehnung
A107 – Ä004	Ablehnung
A107 – Ä005	Ablehnung
A107 – Ä006	Ablehnung
A107 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A106
A107 – Ä008	Ablehnung
A108	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 1218 wird nach „Förderorten“ neu eingefügt: „darunter Förderschulen“.
A108 – Ä001	Ablehnung
A108 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A108 – Ä003	Ablehnung
A108 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A114
A108 – Ä005	Ablehnung
A108 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A108 – Ä007	Ablehnung
A108 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A108 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A108 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A108 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A109	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A109 – Ä001	Ablehnung
A109 – Ä002	Ablehnung
A109 – Ä003	Ablehnung
A109 – Ä004	Ablehnung
A109 – Ä005	Ablehnung
A109 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A110	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A110 – Ä001	Ablehnung
A110 – Ä002	Ablehnung
A110 – Ä003	Ablehnung

A110 – Ä004	Ablehnung
A110 – Ä005	Ablehnung
A110 – Ä006	Ablehnung
A111	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A111 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A111 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A111 – Ä003	Ablehnung
A112	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A112 – Ä001	Ablehnung
A112 – Ä002	Ablehnung
A112 – Ä003	Überweisung an CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses
A112 – Ä004	Ablehnung
A112 – Ä005	Ablehnung
A112 – Ä006	Überweisung an CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses
A113	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A113 – Ä001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A113 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A113 – Ä003	Ablehnung
A113 – Ä004	Ablehnung
A113 – Ä005	Ablehnung
A113 – Ä006	Ablehnung
A113 – Ä007	Ablehnung
A113 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A113 – Ä009	Ablehnung
A113 – Ä010	Ablehnung
A113 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A101
A113 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A113 – Ä013	Ablehnung
A113 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A113 – Ä015	Ablehnung
A113 – Ä016	Ablehnung
A113 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A113 – Ä018	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A113 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A113 – Ä020	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A113 – Ä021	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A113 – Ä022	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A113 – Ä023	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A113 – Ä024	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A114	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä001	Ablehnung
A114 – Ä002	Ablehnung
A114 – Ä003	Ablehnung
A114 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä005	Ablehnung
A114 – Ä006	Ablehnung
A114 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A115
A114 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A113
A114 – Ä010	Ablehnung
A114 – Ä011	Ablehnung
A114 – Ä012	Ablehnung
A114 – Ä013	Ablehnung
A114 – Ä014	Ablehnung
A114 – Ä015	Ablehnung
A114 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä018	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä019	Ablehnung

A114 – Ä020	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä021	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä022	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä023	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä024	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä025	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä026	Ablehnung
A114 – Ä027	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä028	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä029	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A114 – Ä030	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A115	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A115 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A115 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A115 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A115 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A115 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A115 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A115 – Ä007	Ablehnung
A116	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A116 – Ä001	Ablehnung
A116 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A116 – Ä003	Ablehnung
A116 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A116 – Ä005	Überweisung an CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses
A116 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A116 – Ä007	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A116 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A116 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A116 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A116 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A116 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A114
A116 – Ä013	Ablehnung
A116 – Ä014	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A117	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A117 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A117 – Ä002	Ablehnung
A117 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A114
A118	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A118 – Ä001	Ablehnung
A118 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A118 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A118 – Ä004	Ablehnung
A118 – Ä005	Ablehnung
A118 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A118 – Ä007	Ablehnung
A118 – Ä008	Ablehnung
A118 – Ä009	Ablehnung
A118 – Ä010	Ablehnung
A118 – Ä011	Ablehnung
A119	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A119 – Ä001	Ablehnung
A119 – Ä002	Ablehnung
A119 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A119 – Ä004	Ablehnung
A119 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A119 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A120	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A120 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A120 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A120 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

A120 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A120 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A120 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A120 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A120 – Ä008	Ablehnung
A120 – Ä009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A120 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A120 – Ä011	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A121	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A121 – Ä001	Ablehnung
A121 – Ä002	Ablehnung
A121 – Ä003	Ablehnung
A121 – Ä004	Ablehnung
A121 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A121 – Ä006	Ablehnung
A122	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A122 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A122 – Ä002	Ablehnung
A122 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A141
A122 – Ä004	Ablehnung
A123	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A123 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A123 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A112
A123 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A123 – Ä004	Ablehnung
A123 – Ä005	Ablehnung
A123 – Ä006	Ablehnung
A124	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A124 – Ä001	Erledigt durch A045, A131, A197
A124 – Ä002	Ablehnung
A124 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A124 – Ä004	Ablehnung
A124 – Ä005	Ablehnung
A124 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A124 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A124 – Ä008	Ablehnung
A124 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A124 – Ä010	Ablehnung
A124 – Ä011	Ablehnung
A124 – Ä012	Ablehnung
A124 – Ä013	Ablehnung
A124 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A124 – Ä015	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A124 – Ä016	Ablehnung
A124 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A124 – Ä018	Ablehnung
A124 – Ä019	Ablehnung
A124 – Ä020	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A124 – Ä021	Ablehnung
A124 – Ä022	Ablehnung
A124 – Ä023	Ablehnung
A124 – Ä024	Ablehnung
A124 – Ä025	Ablehnung
A124 – Ä026	Ablehnung
A125	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A125 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A125 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A125 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A125 – Ä004	Ablehnung
A125 – Ä005	Ablehnung
A125 – Ä006	Ablehnung
A125 – Ä007	Ablehnung

A126	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A126 – Ä001	Ablehnung
A126 – Ä002	Ablehnung
A126 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A126 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A126 – Ä005	Ablehnung
A126 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A127	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 1405 wird nach „Landwirtschaft“ neu eingefügt „Tourismus“.
A127 – Ä001	Ablehnung
A127 – Ä002	Ablehnung
A127 – Ä003	Ablehnung
A127 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A127 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A127 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A127 – Ä007	Ablehnung
A127 – Ä008	Ablehnung
A127 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A127 – Ä010	Ablehnung
A127 – Ä011	Ablehnung
A128	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä001	Ablehnung
A128 – Ä002	Ablehnung
A128 – Ä003	Ablehnung
A128 – Ä004	Ablehnung
A128 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä006	Ablehnung
A128 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä008	Ablehnung
A128 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A128 – Ä012	Ablehnung
A128 – Ä013	Ablehnung
A128 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä018	Ablehnung
A128 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä020	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä021	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä022	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä023	Ablehnung
A128 – Ä024	Ablehnung
A128 – Ä025	Ablehnung
A128 – Ä026	Ablehnung
A128 – Ä027	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A128 – Ä028	Ablehnung
A128 – Ä029	Ablehnung
A128 – Ä030	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A128 – Ä031	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä032	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä033	Ablehnung
A128 – Ä034	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A128 – Ä035	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A100 und A127
A128 – Ä036	Ablehnung
A128 – Ä037	Ablehnung
A129	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A129 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A129 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A129 – Ä003	Ablehnung
A129 – Ä004	Ablehnung
A129 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A100
A130	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A130 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A130 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A130 – Ä003	Ablehnung
A130 – Ä004	Ablehnung
A130 – Ä005	Ablehnung
A130 – Ä006	Erledigt durch A170
A130 – Ä007	Ablehnung
A130 – Ä008	Ablehnung
A130 – Ä009	Ablehnung
A130 – Ä010	Ablehnung
A130 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A130 – Ä012	Ablehnung
A130 – Ä013	Ablehnung
A130 – Ä014	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A130 – Ä015	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A130 – Ä016	Ablehnung
A130 – Ä017	Ablehnung
A130 – Ä018	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A130 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A130 – Ä020	Ablehnung
A130 – Ä021	Ablehnung
A130 – Ä022	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A130 – Ä023	Ablehnung
A130 – Ä024	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A130 – Ä025	Ablehnung
A130 – Ä026	Ablehnung
A130 – Ä027	Ablehnung

A130 – Ä028	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A130 – Ä029	Ablehnung
A130 – Ä030	Ablehnung
A130 – Ä031	Ablehnung
A130 – Ä032	Ablehnung
A130 – Ä033	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A130 – Ä034	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A131	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A131 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A131 – Ä002	Erledigt durch A123
A131 – Ä003	Ablehnung
A131 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A131 – Ä005	Ablehnung
A131 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A131 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A131 – Ä008	Ablehnung
A131 – Ä009	Ablehnung
A131 – Ä010	Ablehnung
A131 – Ä011	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A131 – Ä012	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A131 – Ä013	Erledigt durch A133
A131 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A131 – Ä015	Ablehnung
A131 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A131 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A131 – Ä018	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A131 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A132	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A132 – Ä001	Ablehnung

A132 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A132 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A132 – Ä004	Ablehnung
A132 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A132 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A132 – Ä007	Ablehnung
A132 – Ä008	Ablehnung
A132 – Ä009	Ablehnung
A132 – Ä010	Ablehnung
A132 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A132 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A132 – Ä013	Ablehnung
A132 – Ä014	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A132 – Ä015	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A132 – Ä016	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A132 – Ä017	Ablehnung
A133	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A133 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A133 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A133 – Ä003	Ablehnung
A133 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A133 – Ä005	Ablehnung
A134	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A134 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A134 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A134 – Ä003	Ablehnung
A134 – Ä004	Ablehnung
A134 – Ä005	Ablehnung
A134 – Ä006	Ablehnung

A134 – Ä007	Ablehnung
A134 – Ä008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A134 – Ä009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A134 – Ä010	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A134 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A100
A135	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A135 – Ä001	Ablehnung
A135 – Ä002	Ablehnung
A135 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A135 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A135 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A135 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A135 – Ä007	Ablehnung
A135 – Ä008	Ablehnung
A135 – Ä009	Ablehnung
A135 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A157
A135 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A135 – Ä012	Ablehnung
A135 – Ä013	Ablehnung
A135 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A135 – Ä015	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A136	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A136 – Ä001	Ablehnung
A136 – Ä002	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess und Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A142
A136 – Ä003	Ablehnung
A136 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A139 und A143

A136 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A142 und A143
A136 – Ä006	Ablehnung
A136 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A086
A137	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A137 – Ä001	Ablehnung
A137 – Ä002	Ablehnung
A137 – Ä003	Ablehnung
A137 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A137 – Ä005	Ablehnung
A137 – Ä006	Ablehnung
A137 – Ä007	Ablehnung
A137 – Ä008	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A137 – Ä009	Ablehnung
A137 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A191 und A198
A137 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A191 und A198
A137 – Ä012	Ablehnung
A138	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A138 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A138 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A138 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A138 – Ä004	Erledigt durch A143
A138 – Ä005	Ablehnung
A138 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A138 – Ä007	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A139	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A139 – Ä001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A140	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A140 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A140 – Ä002	Ablehnung
A140 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A140 – Ä004	Ablehnung
A140 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A140 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A141	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A141 – Ä001	Ablehnung
A141 – Ä002	Ablehnung
A141 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A141 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A141 – Ä005	Ablehnung
A141 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A086 und A141
A141 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A141 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A141 – Ä009	Ablehnung
A141 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A141 – Ä011	Ablehnung
A141 – Ä012	Ablehnung
A141 – Ä013	Ablehnung
A141 – Ä014	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A141 – Ä015	Ablehnung
A141 – Ä016	Ablehnung
A141 – Ä017	Überweisung an CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses sowie die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A141 – Ä018	Ablehnung
A141 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A141 – Ä020	Ablehnung
A141 – Ä021	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A141 – Ä022	Ablehnung
A141 – Ä023	Ablehnung
A141 – Ä024	Ablehnung
A141 – Ä025	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A141 – Ä026	Ablehnung
A141 – Ä027	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A141 – Ä028	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A141 – Ä029	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A141 – Ä030	Ablehnung
A141 – Ä031	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A097
A141 – Ä032	Ablehnung
A141 – Ä033	Ablehnung
A141 – Ä034	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A141 – Ä035	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A142	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A142 – Ä001	Ablehnung
A142 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A142 – Ä003	Ablehnung
A142 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A142 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A142 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A142 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A142 – Ä008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A142 – Ä009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A142 – Ä010	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A143	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A143 – Ä001	Ablehnung

A143 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission und Überweisung an den Generalsekretär der CDU Deutschlands
A143 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A143 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A143 – Ä005	Ablehnung
A143 – Ä006	Ablehnung
A143 – Ä007	Ablehnung
A143 – Ä008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A143 – Ä009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A143 – Ä010	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A143 – Ä011	Ablehnung
A143 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A143 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A143 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A143 – Ä015	Ablehnung
A143 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A143 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A143 – Ä018	Ablehnung
A144	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A144 – Ä001	Ablehnung
A144 – Ä002	Ablehnung
A144 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A144 – Ä004	Ablehnung
A144 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A144 – Ä006	Ablehnung
A144 – Ä007	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

A144 – Ä008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A145	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A145 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A145 – Ä002	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A145 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A145 – Ä004	Ablehnung
A145 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A145 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A145 – Ä007	Ablehnung
A145 – Ä008	Ablehnung
A145 – Ä009	Erledigt durch A145
A145 – Ä010	Ablehnung
A145 – Ä011	Erledigt durch A144
A145 – Ä012	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A145 – Ä013	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A145 – Ä014	Ablehnung
A145 – Ä015	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A145 – Ä016	Ablehnung
A146	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A146 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A137
A146 – Ä002	Ablehnung
A146 – Ä003	Ablehnung
A146 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission und erledigt durch A147

A147	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 1661 ff. wird gestrichen: „Mit einem Startkapital zur Vermögensbildung für neu geborene Kinder, das zweckgebunden für Bildung, Wohneigentum oder Altersvorsorge eingesetzt werden soll, investieren wir in unsere Zukunft." PV sagt die Einsetzung einer Kommission zu, die ein Konzept zur Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand erarbeiten soll. Aus dem Land der Sparer müsse ein Land der Anteilseigner werden. Das Ergebnis soll in das Regierungsprogramm einfließen.
A147 – Ä001	Ablehnung
A147 – Ä002	Ablehnung
A147 – Ä003	Ablehnung
A147 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A147 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A147 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A148	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 1676 soll nach „profitieren können." folgender Satz eingefügt werden: „Wir setzen uns für eine medizinische Versorgung ein, die geschlechter – spezifische Unterschiede berücksichtigt."
A148 – Ä001	Ablehnung
A148 – Ä002	Ablehnung
A148 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A148 – Ä004	Ablehnung
A148 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A148 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A148 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A148 – Ä008	Ablehnung
A148 – Ä009	Ablehnung
A148 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A148 – Ä011	Ablehnung
A148 – Ä012	Ablehnung
A148 – Ä013	Ablehnung
A148 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A148 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A148 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A148 – Ä017	Ablehnung
A148 – Ä018	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A148 – Ä019	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A148 – Ä020	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A148 – Ä021	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A149	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A149 – Ä001	Ablehnung
A149 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A149 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A149 – Ä004	Ablehnung
A149 – Ä005	Ablehnung
A150	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A150 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A150 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A150 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A150 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A150 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A150 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A150 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A150 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A150 – Ä009	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A151	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A151 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A151 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A151 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A151 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A151 – Ä005	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A151 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A151 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A151 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A151 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A151 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A152	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 1702 wird folgender Satz nach „gepflegt zu werden:“ neu eingefügt: „Pflegende Angehörige sind eine tragende Säule für die Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgungsstrukturen, ihnen gebührt Respekt und Unterstützung.“
A152 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A152 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A152 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A152 – Ä004	Ablehnung
A152 – Ä005	Ablehnung
A152 – Ä006	Ablehnung
A152 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A152 – Ä008	Ablehnung
A152 – Ä009	Ablehnung
A152 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A149
A152 – Ä011	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A152 – Ä012	Ablehnung
A152 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A149
A153	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A153 – Ä001	Ablehnung
A153 – Ä002	Ablehnung
A153 – Ä003	Ablehnung
A153 – Ä004	Ablehnung
A153 – Ä005	Ablehnung
A153 – Ä006	Ablehnung
A153 – Ä007	Ablehnung
A153 – Ä008	Ablehnung
A153 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A153 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A153 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A153 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A153 – Ä013	Ablehnung
A153 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A161
A153 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A153 – Ä016	Ablehnung
A153 – Ä017	Ablehnung
A153 – Ä018	Ablehnung
A153 – Ä019	Ablehnung
A153 – Ä020	Ablehnung
A153 – Ä021	Ablehnung
A153 – Ä022	Ablehnung
A154	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A154 – Ä001	Ablehnung
A154 – Ä002	Ablehnung
A154 – Ä003	Ablehnung
A154 – Ä004	Ablehnung
A154 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A154 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A155	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A155 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A155 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A153
A155 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A155 – Ä004	Ablehnung
A155 – Ä005	Ablehnung
A155 – Ä006	Ablehnung
A155 – Ä007	Ablehnung
A155 – Ä008	Ablehnung
A155 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A155 – Ä010	Ablehnung
A155 – Ä011	Ablehnung

A155 – Ä012	Ablehnung
A155 – Ä013	Ablehnung
A156	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A156 – Ä001	Ablehnung
A156 – Ä002	Ablehnung
A156 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A156 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A156 – Ä005	Ablehnung
A156 – Ä006	Ablehnung
A156 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A156 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A156
A156 – Ä009	Ablehnung
A157	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A157 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A157 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A157 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A157 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A157 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A157
A157 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A157 – Ä007	Ablehnung
A157 – Ä008	Ablehnung
A157 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A157 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A157 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A157 – Ä012	Ablehnung
A157 – Ä013	Ablehnung
A157 – Ä014	Ablehnung
A157 – Ä015	Ablehnung
A157 – Ä016	Ablehnung
A157 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A163
A157 – Ä018	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

A158	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A158 – Ä001	Ablehnung
A158 – Ä002	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A158 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A158 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A158 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A158 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A158 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A158 – Ä008	Ablehnung
A158 – Ä009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A158 – Ä010	Ablehnung
A158 – Ä011	Ablehnung
A158 – Ä012	Ablehnung
A158 – Ä013	Ablehnung
A158 – Ä014	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A158 – Ä015	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A158 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A158 – Ä017	Ablehnung
A158 – Ä018	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A158 – Ä019	Ablehnung
A158 – Ä020	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A158 – Ä021	Ablehnung
A158 – Ä022	Ablehnung
A158 – Ä023	Ablehnung
A158 – Ä024	Ablehnung
A158 – Ä025	Ablehnung
A158 – Ä026	Ablehnung
A158 – Ä027	Ablehnung
A158 – Ä028	Ablehnung

A158 – Ä029	Ablehnung
A158 – Ä030	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A158 – Ä031	Ablehnung
A158 – Ä032	Ablehnung
A158 – Ä033	Ablehnung
A158 – Ä034	Ablehnung
A158 – Ä035	Ablehnung
A158 – Ä036	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
A158 – Ä037	Ablehnung
A159	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä001	Ablehnung
A159 – Ä002	Ablehnung
A159 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A159 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A159 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä011	Ablehnung
A159 – Ä012	Ablehnung
A159 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä017	Ablehnung
A159 – Ä018	Ablehnung
A159 – Ä019	Ablehnung

A159 – Ä020	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä021	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A159 – Ä022	Ablehnung
A159 – Ä023	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A158
A159 – Ä024	Ablehnung
A159 – Ä025	Ablehnung
A159 – Ä026	Ablehnung
A159 – Ä027	Ablehnung
A159 – Ä028	Ablehnung
A159 – Ä029	Ablehnung
A159 – Ä030	Ablehnung
A159 – Ä031	Ablehnung
A159 – Ä032	Ablehnung
A159 – Ä033	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A158
A159 – Ä034	Ablehnung
A159 – Ä035	Ablehnung
A159 – Ä036	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A158
A159 – Ä037	Ablehnung
A159 – Ä038	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A160	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A160 – Ä001	Ablehnung
A160 – Ä002	Ablehnung
A160 – Ä003	Ablehnung
A160 – Ä004	Ablehnung
A160 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A160 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A160 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A160 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A161	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A161 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A161 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A161 – Ä003	Ablehnung
A161 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A161 – Ä005	Ablehnung
A162	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A162 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A162 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A162 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A162 – Ä004	Ablehnung
A162 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A162 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A162 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A162 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A162 – Ä009	Ablehnung
A162 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä001	Ablehnung
A163 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A162
A163 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A163 – Ä016	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion sowie an die CDU/CSU-Gruppe in der EVP – Fraktion im Europäischen Parlament

A164	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A164 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A164 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A164 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A164 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A164 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A164 – Ä006	Ablehnung
A164 – Ä007	Erledigt durch A163 und A164
A165	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A165 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A165 – Ä002	Ablehnung
A165 – Ä003	Ablehnung
A165 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A165 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A165 – Ä006	Ablehnung
A166	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A166 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A166 – Ä002	Ablehnung
A166 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A166 – Ä004	Ablehnung
A166 – Ä005	Ablehnung
A167	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 1856 wird nach „in unserem Land“ neu eingefügt: „Wir fordern deshalb die Verankerung eines Staatsziels Ernährungssicherheit.“
A167 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A167 – Ä002	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A167 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A167 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A167 – Ä005	Ablehnung
A167 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A167 – Ä007	Ablehnung

A167 – Ä008	Ablehnung
A167 – Ä009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A167 – Ä010	Ablehnung
A167 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä001	Ablehnung
A168 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä004	Ablehnung
A168 – Ä005	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A168 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A167
A168 – Ä010	Ablehnung
A168 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä012	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A168 – Ä018	Ablehnung
A169	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A169 – Ä001	Ablehnung
A169 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A169 – Ä003	Ablehnung
A169 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A169 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A169 – Ä006	Ablehnung

A169 – Ä007	Ablehnung
A169 – Ä008	Ablehnung
A170	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A170 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A170 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A072 und A129
A170 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A170 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A072 und A129
A170 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A072 und A129
A170 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A072 und A129
A170 – Ä007	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A170 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A072 und A129
A170 – Ä009	Ablehnung
A170 – Ä010	Ablehnung
A170 – Ä011	Ablehnung
A170 – Ä012	Ablehnung
A170 – Ä013	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A171	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A171 – Ä001	Ablehnung
A171 – Ä002	Ablehnung
A171 – Ä003	Ablehnung
A171 – Ä004	Ablehnung
A171 – Ä005	Ablehnung
A171 – Ä006	Ablehnung
A171 – Ä007	Ablehnung
A171 – Ä008	Ablehnung
A171 – Ä009	Ablehnung

A171 – Ä010	Ablehnung
A171 – Ä011	Ablehnung
A171 – Ä012	Ablehnung
A171 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A171 – Ä014	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A171 – Ä015	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A171 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A171 – Ä017	Ablehnung
A171 – Ä018	Ablehnung
A171 – Ä019	Ablehnung
A171 – Ä020	Ablehnung
A171 – Ä021	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A186 und A190
A171 – Ä022	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A172 – Ä001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A172 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A172 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A172 – Ä005	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172 – Ä007	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172 – Ä008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172 – Ä009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

A172 – Ä010	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172 – Ä011	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172 – Ä012	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172 – Ä013	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172 – Ä014	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172 – Ä015	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172 – Ä016	Ablehnung
A172 – Ä017	Ablehnung
A172 – Ä018	Ablehnung
A172 – Ä019	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A172 – Ä020	Ablehnung
A173	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A173 – Ä001	Ablehnung
A173 – Ä002	Ablehnung
A173 – Ä003	Ablehnung
A173 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A173 – Ä005	Ablehnung
A173 – Ä006	Ablehnung
A173 – Ä007	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A173 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A173 – Ä009	Ablehnung
A174	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A174 – Ä001	Ablehnung
A174 – Ä002	Ablehnung
A174 – Ä003	Ablehnung

A174 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A174 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A174 – Ä006	Ablehnung
A174 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A174 – Ä008	Ablehnung
A174 – Ä009	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A174 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A174 und A177
A174 – Ä011	Ablehnung
A174 – Ä012	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A174 – Ä013	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A175	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A175 – Ä001	Ablehnung
A175 – Ä002	Ablehnung
A175 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A175 – Ä004	Ablehnung
A175 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A175 – Ä006	Ablehnung
A175 – Ä007	Ablehnung
A175 – Ä008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A175 – Ä009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A175 – Ä010	Ablehnung
A176	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A176 – Ä001	Ablehnung
A176 – Ä002	Ablehnung
A176 – Ä003	Ablehnung
A176 – Ä004	Ablehnung
A176 – Ä005	Ablehnung

A176 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A176 – Ä007	Ablehnung
A176 – Ä008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A176 – Ä009	Ablehnung
A176 – Ä010	Ablehnung
A176 – Ä011	Ablehnung
A177	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A177 – Ä001	Ablehnung
A177 – Ä002	Ablehnung
A177 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A177 – Ä004	Ablehnung
A177 – Ä005	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A177 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A177 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A177
A177 – Ä008	Ablehnung
A177 – Ä009	Ablehnung
A177 – Ä010	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A177 – Ä011	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A177 – Ä012	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A178	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A178 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A178 – Ä002	Ablehnung
A178 – Ä003	Ablehnung
A178 – Ä004	Ablehnung
A178 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A190 und A198
A179	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A180	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A180 – Ä001	Ablehnung
A180 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A180 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A180 – Ä004	Ablehnung
A180 – Ä005	Ablehnung
A180 – Ä006	Ablehnung
A180 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A180 – Ä008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A181	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A181 – Ä001	Ablehnung
A181 – Ä002	Ablehnung
A181 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A181 – Ä004	Ablehnung
A181 – Ä005	Ablehnung
A182	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A182 – Ä001	Ablehnung
A182 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A182 – Ä003	Ablehnung
A182 – Ä004	Ablehnung
A182 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A198
A183	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A183 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A183 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A183 – Ä003	Ablehnung
A183 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A184	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A184 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A185	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A185 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A185 – Ä002	Ablehnung
A186	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A186 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission

A186 – Ä002	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A186 – Ä003	Ablehnung
A187	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A187 – Ä001	Ablehnung
A187 – Ä002	Ablehnung
A187 – Ä003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A187 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A187 – Ä005	Ablehnung
A187 – Ä006	Ablehnung
A187 – Ä007	Ablehnung
A188	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A188 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A188 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A188 – Ä003	Ablehnung
A188 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A188 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A190
A189	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A189 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A189 – Ä002	Ablehnung
A189 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A191
A189 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A190
A190	Annahme in der Fassung der Antragskommission. In Zeile 2080 f. wird wie folgt geändert: „Wir wollen den Föderalismus und die kommunale Selbstverwaltung stärken. Die Stärke unseres Gemeinwesens beweist sich für die Bürgerinnen und Bürger vor allem durch starke Verwaltungen in Ländern und Kommunen. Sie sind für den Vollzug der meisten Gesetze verantwortlich und müssen die Probleme vor Ort lösen. Grundlage dafür sind solide Finanzen. Sowohl der Anteil der Länder als auch der Anteil der Kommunen an den Gemeinschaftssteuern (Umsatzsteuer, Einkommensteuer, Körperschaftssteuer) soll daher dauerhaft strukturell erhöht werden.“

A190 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A190 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A190 – Ä003	Ablehnung
A190 – Ä004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A190 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A190 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A194
A190 – Ä007	Ablehnung
A190 – Ä008	Ablehnung
A190 – Ä009	Ablehnung
A190 – Ä010	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A190 – Ä011	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A190 – Ä012	Ablehnung
A190 – Ä013	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A190 – Ä014	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A190 – Ä015	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A190 – Ä016	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A190 – Ä017	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A191	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A191 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A191 – Ä002	Ablehnung
A191 – Ä003	Ablehnung
A191 – Ä004	Ablehnung
A192	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A192 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A192 – Ä002	Ablehnung
A192 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A190
A192 – Ä004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A192 – Ä005	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A192 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A190 und A198

A193	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A193 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A193 – Ä002	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A193 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A193 – Ä004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A193 – Ä005	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A194	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A194 – Ä001	Ablehnung
A194 – Ä002	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A194 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A194 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A198
A195	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A195 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A195 – Ä002	Ablehnung
A195 – Ä003	Ablehnung
A195 – Ä004	Ablehnung
A195 – Ä005	Ablehnung
A195 – Ä006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A195 – Ä007	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A196	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A196 – Ä001	Ablehnung
A196 – Ä002	Ablehnung
A196 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A194
A197	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A197 – Ä001	Ablehnung
A197 – Ä002	Ablehnung
A198	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A198 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A198 – Ä002	Ablehnung

A198 – Ä003	Ablehnung
A198 – Ä004	Ablehnung
A198 – Ä005	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A198 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A199	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A199 – Ä001	Ablehnung
A199 – Ä002	Ablehnung
A199 – Ä003	Ablehnung
A199 – Ä004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A199 – Ä005	Ablehnung
A199 – Ä006	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A199 – Ä007	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
A200	Annahme in der Fassung der Antragskommission. (Gottesbezug)
A200 – Ä001	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A200 – Ä002	Ablehnung
A200 – Ä003	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A200 – Ä004	Annahme in der Fassung der Antragskommission
A200 – Ä005	Ablehnung
A200 – Ä006	Ablehnung
A200 – Ä007	Ablehnung
ZA001	Ablehnung
ZA002	Ablehnung
ZA003	Ablehnung
ZA004	Ablehnung
ZA005	Ablehnung
ZA006	Ablehnung
ZA007	Ablehnung
ZA008	Annahme in der Fassung der Antragskommission
ZA009	Ablehnung

(Der Wortlaut der Anträge A001 bis ZA009 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 22: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Beratung** in offener Abstimmung über die Anträge zu **Änderungen des Statuts, der Finanz– und Beitragsordnung (FBO) und der Geschäftsordnung der CDU** folgende Beschlüsse:

B001	Annahme
B002	Annahme
B003	Annahme
B004	Annahme
B005	Annahme
B006	Annahme
B007	Annahme
B008	Annahme
B009	Annahme
B010	Annahme
B011	Annahme
B012	Annahme
B013	Annahme
B014	Annahme
B015	Annahme
B016	Annahme
B017	Annahme
B018	Annahme
B019	Ablehnung
B020	Überweisung an Bundesvorstand der CDU Deutschlands
B021	Ablehnung
B022	Ablehnung
B023	Annahme
B024	Erledigt durch B023

B025	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands
B026	Ablehnung
B027	Annahme
B028	Annahme
B029	Annahme
B030	Annahme
B031	Annahme
B032	Annahme
B033	Überweisung an Bundesvorstand der CDU Deutschlands
B034	Überweisung an Bundesvorstand der CDU Deutschlands
B035	Annahme in der Fassung der Antragskommission

(Der Wortlaut der Anträge B001 bis B035 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 23: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach Beratung in offener Abstimmung über den Antrag des Bundesvorstandes **„In Freiheit. In Sicherheit. In Europa“** folgenden Beschluss:

E001 Annahme in der Fassung der Antragskommission

Zu TOP 24: Der 36. Parteitag der CDU Deutschlands fasste nach **Aussprache und Beratung** in offener Abstimmung über **die sonstigen Anträge** folgende Beschlüsse:

C001	Annahme
C002	Ablehnung
D001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
D002	Überweisung an Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen
D003	Überweisung an Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen
D004	Überweisung an Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen
D005	Überweisung an Bundesarbeitskreis Christlich Demokratischer Juristen
D006	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion

F001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
F002	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A190 des Leitantrags des Bundesvorstands (Grundsatzprogramm)
G001	Annahme
H001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
H002	Ablehnung
H003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
H004	H1 bis H 4: Zustimmung zum Votum der AK
J001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
J002	Annahme
J003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
J004	Annahme
J005	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
J006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
J007	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
J008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
J009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
K001	Überweisung an Bundesvorstand der CDU Deutschlands
K002	Überweisung an Bundesvorstand der CDU Deutschlands
K003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
K004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
K005	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

K006	Annahme
K007	Annahme
K008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
K009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
L001	Annahme in der Fassung der Antragskommission bei A094 des Leitantrags des Bundesvorstands (Grundsatzprogramm)
L002	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
L003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
M001	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion und CDU/CSU-Gruppe in der EVP – Fraktion im Europäischen Parlament
M002	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
M003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
N001	Überweisung an Bundesvorstand der CDU Deutschlands
N002	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
N003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
N004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
N005	Überweisung an CDU/CSU-Bundestagsfraktion
N006	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
N007	Annahme
N008	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
N009	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
N010	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
N011	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess

P001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
P002	Erledigt durch A167 des Leitantrags des Bundesvorstands (Grundsatzprogramm)
Q001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess und an die CDU/CDU-Bundestagsfraktion
Q002	Annahme
Q003	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Q004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Q005	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
Q006	Annahme
Q007	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
R001	Annahme
R002	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
R003	Ablehnung
R004	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
R005	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess und die CDU-Fraktionen der Landtage, der Bürgerschaften und des Abgeordnetenhauses
S001	Überweisung an Generalsekretär der CDU Deutschlands für den Regierungsprogrammprozess
i001	Annahme
i002	Annahme
i003	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
i004	Annahme
i005	Überweisung an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion
i006	Annahme

(Der Wortlaut der Anträge C001 bis S001 ist in der Broschüre „Sammlung der Anträge und Empfehlungen der Antragskommission“, der Wortlaut der Anträge i001 bis i006 in der Broschüre „Sammlung der Initiativanträge und Empfehlungen der Antragskommission“ abgedruckt.)

Zu TOP 25: **Schlusswort** des Vorsitzenden der CDU Deutschlands, Friedrich Merz MdB

Berlin, den 8. Mai 2024

Herausgeber
CDU-Bundesgeschäftsstelle | Politisches Lektorat
Klingelhöferstraße 8 | 10785 Berlin
Telefon 030 22070-0 | www.cdu.de/kontakt

cdu.de
facebook.com/cdu
x.com/cdu
youtube.com/@cdutv
instagram.com/cdu
tiktok.com/@cdudeutschland
de.linkedin.com/company/cdudeutschlands
k.cdu.de/cduwhatsapp